

Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik 1981

Statistisches Bundesamt
Bibliothek - Dokumentation - Archiv



Herausgeber: Statistisches Bundesamt Wiesbaden

Verlag: W. Kohlhammer Stuttgart und Mainz

Statist. Bundesamt - Bibliothek



09-01398

(09-01398)

Abgeschlossen im April 1981

Erschienen im Mai 1981

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet

Preis: DM 29,40

Bestellnummer: 1030100-81900

ISBN 3-17-003224-0

Fotos: Bundesbildstelle, Bonn

Gedruckt in der Bundesdruckerei, Berlin

Vorwort

Der vorliegende Band »Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik« ist die achte Ausgabe dieser erstmals 1950 erschienenen Veröffentlichung. Wie seine Vorgänger enthält er als Kernstück einen einheitlich gegliederten Katalog aller Bundesstatistiken. Im Textteil werden in zusammenfassenden Abhandlungen die Zielsetzungen, Grundlagen, Methoden und Ergebnisse der statistischen Arbeit dargestellt. Der Anhang enthält wichtige Materialien und ergänzende Übersichten.

Die Veröffentlichung ist als Nachschlagewerk konzipiert und soll einen aktuellen Überblick über die amtliche Statistik zu Beginn der 80er Jahre vermitteln. Insofern unterscheidet sie sich in der Zielsetzung von dem gleichzeitig erscheinenden Bericht »Die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes 1976 bis 1981«, der vor allem über Schwerpunkte und ausgewählte Probleme der statistischen Arbeit in den letzten fünf Jahren informiert.

Besondere Mühe hat das Statistische Bundesamt darauf verwendet, das umfangreiche Material benutzergerecht anzuordnen und darzubieten sowie durch Querverweisungen und Suchhilfen zu erschließen. Damit verbindet sich der Wunsch, die Zusammenhänge transparenter zu machen und den Dialog mit den Befragten und den Benutzern statistischer Zahlen zu fördern.

Den obersten Bundesbehörden und einer Vielzahl von Dienststellen, die Beiträge zu dieser Veröffentlichung geliefert oder ihr Fachwissen eingebracht haben, danke ich für ihre Unterstützung.

Die Veröffentlichung, zu der das gesamte Amt Unterlagen beigesteuert hat, wurde in der Abteilung »Allgemeine und zusammenfassende Aufgaben der Statistik« des Abteilungspräsidenten Dr. Bürgin durch Regierungsdirektor Buchwald bearbeitet.

Wiesbaden, im Mai 1981

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes

Franz Kroppenstedt



Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Inhalt

Abhandlungen		Seite
1	Organisation der Bundesstatistik	13
1.1	Grundsätze und Entwicklungstendenzen	13
1.2	Die Institutionen und ihre Aufgaben	14
2	Rechtsgrundlagen	22
2.1	Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke	22
2.2	Statistik für Zwecke der Europäischen Gemeinschaften	26
3	Aufgaben und Ziele der Bundesstatistik	27
3.1	Breite und Vielseitigkeit des Aufgabengebiets	27
3.2	Entwicklung eines statistischen Gesamtbilds	29
3.3	Die einzelnen Aufgabengebiete	31
3.4	Weiterverarbeitung von statistischen Ergebnissen	38
3.5	Auslandsstatistik	40
4	Durchführung von Bundesstatistiken	41
4.1	Ablauf von Bundesstatistiken	41
4.2	Datengewinnung aus automatisierten Verwaltungsunterlagen	46
4.3	Datenverknüpfung	47
4.4	Anwendung von Stichprobenverfahren	48
4.5	Anwendung maschineller Verfahren	54
4.6	Koordinierung der Arbeitsabläufe	57
5	Bereitstellung statistischer Ergebnisse	58
5.1	Das Veröffentlichungssystem des Statistischen Bundesamtes	59
5.2	Auskunftsdienst	63
5.3	Bibliothek	63
5.4	Statistisches Informationssystem des Bundes	64
5.5	Andere Formen der Informationsbereitstellung	67
6	Öffentlichkeitsarbeit	68
6.1	Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Bundesstatistik	68
6.2	Bemühungen um Bürgerfreundlichkeit und Schonung der Auskunftspflichtigen	69
7	Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen	71
7.1	Europäische Gemeinschaften	71
7.2	Vereinte Nationen	74
7.3	Andere internationale Organisationen	76
8	Systematiken	77
8.1	Unternehmens- und Betriebssystematiken	78
8.2	Systematiken der öffentlichen Finanzwirtschaft und der Privaten Haushalte	80
8.3	Gütersystematiken	81
8.4	Personensystematiken	85
8.5	Regionalsystematiken	86
8.6	Sonstige Systematiken	87

Katalog der Statistiken

Erläuterungen		91
1	Gebiet und Bevölkerung	93
1.1	Volkszählung	95
1.2	Mikrozensus	96
1.3	Feststellung des Gebietsstandes, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes und Bevölkerungs-Modellrechnungen	98
1.4	Staatsangehörigkeitsstatistik	100
1.5	Ausländerstatistik	100
1.6	Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung	101
1.7	Wanderungsstatistik	103

	Seite
2 Wahlen	105
2.1 Bundestagswahlstatistik	107
2.2 Europawahlstatistik	107
3 Erwerbstätigkeit	109
3.1 Volkszählung	111
3.2 Mikrozensus	112
3.3 Beschäftigtenstatistik	114
3.4 Arbeitsmarktstatistiken	115
3.5 Statistik der Streiks und Aussperrungen	117
3.6 Arbeitskräfte-Stichprobe der Europäischen Gemeinschaften	117
3.7 EG-Statistik Ausländische Arbeitnehmer	118
4 Unternehmen und Arbeitsstätten	121
4.1 Arbeitsstättenzählung	123
4.2 Kostenstrukturstatistik	124
4.3 Statistik der Kapitalgesellschaften	125
4.4 Bilanzstatistik	126
4.5 Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren	128
5 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	129
Betriebe und Arbeitskräfte	131
5.1 Agrarberichterstattung	131
5.2 Landwirtschaftszählung 1979	132
5.3 Erhebungen der EG über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe	135
5.4 Feststellung der betrieblichen Einheiten (Betriebsgrößenstruktur)	136
5.5 Statistik der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft	137
5.6 Statistik des Schlepperbestandes	138
5.7 Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz	138
5.8 Statistische Erhebungen der Rebflächen (Weinbaukataster)	139
5.9 Sonderstatistiken	140
Bodennutzung und Ernte	142
5.10 Bodennutzungserhebung	142
5.11 Ernteberichterstattung	146
5.12 Weinerzeugungs- und Weinbestandsstatistik	150
5.13 Holzstatistik	151
Viehwirtschaft und Fischerei	151
5.14 Viehzählungen	151
5.15 Geflügelstatistik	152
5.16 Statistik der Schlachtungen	153
5.17 Veterinärstatistiken	154
5.18 Milcherzeugungs- und -verwendungsstatistik	156
5.19 Fischereistatistik	157
Ernährungswirtschaft	158
5.20 Statistiken der Ernährungswirtschaft	158
6 Produzierendes Gewerbe	161
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	163
6.1 Erhebungen bei Betrieben	163
6.2 Erhebungen bei Unternehmen	167
6.3 Fachstatistiken für einzelne Zweige des Produzierenden Gewerbes	170
Baugewerbe	174
6.4 Erhebungen bei Betrieben	174
6.5 Erhebungen bei Unternehmen	177
Energie- und Wasserversorgung	179
6.6 Erhebungen bei Betrieben	179
6.7 Erhebungen bei Unternehmen	180
6.8 Sonderstatistiken	183
Handwerk	186
6.9 Handwerkszählung 1977	186
6.10 Vierteljährliche Handwerksberichterstattung	187

	Seite
7 Bautätigkeit und Wohnungen	189
7.1 Bautätigkeitsstatistiken	191
7.2 Statistik über die Finanzierung des Wohnungsbaus	194
7.3 Gebäude- und Wohnungszählung	195
7.4 Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes	197
7.5 Wohnungsstichprobe 1978	197
8 Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr	199
8.1 Handels- und Gaststättenzählung 1979	201
8.2 Großhandelsstatistik	202
8.3 Handelsvermittlungsstatistik	203
8.4 Einzelhandelsstatistik	203
8.5 Gastgewerbestatistik	204
8.6 Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr	205
8.7 Statistik des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs	206
8.8 Mikrozensus	206
8.9 Statistik des Warenverkehrs mit Berlin (West)	207
8.10 Statistik des Warenverkehrs mit der DDR und Berlin (Ost)	208
9 Außenhandel	209
9.1 Außenhandelsstatistik	211
9.2 Statistik der eingeführten festen Brennstoffe	213
10 Verkehr	215
Eisenbahnverkehr	217
10.1 Eisenbahnstatistik	217
Straßenverkehr	218
10.2 Straßenstatistik	218
10.3 Statistik des Kraftfahrzeug- und Anhängerbestandes und seiner Veränderungen	220
10.4 Fahrerlaubnisstatistiken	222
10.5 Verkehrszentralregister-Statistik	223
10.6 Fahrzeugmängelstatistik	224
10.7 Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr	224
10.8 Statistik des Güterverkehrs mit Kraftfahrzeugen	225
10.9 Statistik des grenzüberschreitenden Verkehrs mit Kraftfahrzeugen	231
10.10 Statistik des Kraftfahrzeugverkehrs mit Berlin und der DDR	233
10.11 Statistik der Straßenverkehrsunfälle	233
Binnen- und Seeschifffahrt	234
10.12 Binnenschifffahrtstatistik	234
10.13 Seeschifffahrtstatistik	237
Luftverkehr	239
10.14 Luftfahrtstatistik	239
10.15 Statistik der Luftverkehrsunfälle	240
Rohrfernleitungsverkehr	241
10.16 Rohrfernleitungsstatistik	241
Post- und Fernmeldewesen	242
10.17 Statistik der Deutschen Bundespost	242
Wetterdienst	244
10.18 Statistik des Deutschen Wetterdienstes	244
11 Geld und Kredit, Versicherungen	247
Geld und Kredit	249
Bankstatistische Gesamtrechnungen	249
11.1 Konsolidierte Bilanz des Bankensystems	249
11.2 Statistische Daten zum Geldvolumen	249
11.3 Statistische Daten zur Bankenliquidität	249
Deutsche Bundesbank	250
11.4 Ausweis der Deutschen Bundesbank	250
11.5 Angaben zur Auslandsposition der Deutschen Bundesbank	250
11.6 Mindestreservestatistik	251

Kreditinstitute	251
11.7 Zwischenbilanzstatistik	251
11.8 Kreditstatistik	252
11.9 Kreditzusagenstatistik	252
11.10 Statistik der Wertpapierbestände	253
11.11 Statistik der Einlagen und aufgenommenen Kredite	253
11.12 Statistik der Wertpapier-Kundendepots	254
11.13 Zwischenbilanzstatistik der Auslandsfilialen deutscher Kreditinstitute	255
11.14 Statistik über Aktiv- und Passivpositionen der ausländischen Kreditinstitute im Mehrheitsbesitz deutscher Kreditinstitute	255
11.15 Statistik der Gewinn- und Verlustrechnungen der Kreditinstitute	256
11.16 Statistik der Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten	256
11.17 Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute	256
11.18 Statistik der Bausparkassen	257
Wertpapiermärkte	258
11.19 Emissionsstatistik	258
11.20 Investmentstatistik	258
11.21 Statistik über geschlossene Immobilienfonds	259
11.22 Statistik der Effektenkurse	259
11.23 Renditenstatistik festverzinslicher Wertpapiere	259
11.24 Börsenumsatzstatistik	260
Zinsen und Währungen	260
11.25 Die Währungen der Welt	260
11.26 Statistik der Devisenkurse	261
11.27 Statistik der Zinssätze	261
Vermögenswirksames Sparen	262
11.28 Mikrozensus	262
Versicherungen	262
11.29 Statistik über Kapitalanlagen, Bilanzen und Eigenkapital der Versicherungsunternehmen	262
11.30 Statistik der Lebensversicherung	264
11.31 Statistik der Pensions- und Sterbekassen	264
11.32 Statistik der privaten Krankenversicherungen	265
11.33 Statistik der Schaden-, Unfall- und Transportversicherung	266
11.34 Statistik über die Rückversicherung	266
11.35 Statistik der kleineren Versicherungsvereine	267
12 Rechtspflege	269
12.1 Statistiken über Gerichte	271
12.2 Polizeiliche Kriminalstatistik	272
12.3 Strafverfolgungsstatistik	273
12.4 Strafvollzugsstatistik	274
12.5 Bewährungshilfestatistik	274
12.6 Auslieferungsstatistik	275
13 Bildung und Kultur	277
13.1 Statistik des allgemeinen Schulwesens	279
13.2 Statistik des beruflichen Schulwesens	279
13.3 Statistik der Studienseminare	280
13.4 Statistik der Studien- und Berufswünsche	281
13.5 Berufsbildungsstatistik	281
13.6 Hochschulstatistik	282
13.7 Statistik der Ausbildungsförderung	285
13.8 Pressestatistik	286
13.9 Statistik der Filmwirtschaft	287
14 Gesundheitswesen	289
14.1 Statistik der meldepflichtigen Krankheiten	291
14.2 Statistik der Schwangerschaftsabbrüche	293
14.3 Todesursachenstatistik	293
14.4 Statistik der Berufe des Gesundheitswesens	294
14.5 Krankenhausstatistik	295

	Seite
14.6	Mikrozensus 295
14.7	Krankheitsartenstatistik der gesetzlichen Krankenversicherung 297
15	Sozialleistungen 299
15.1	Statistik der gesetzlichen Rentenversicherung 301
15.2	Statistik der gesetzlichen Krankenversicherung 301
15.3	Statistik der gesetzlichen Unfallversicherung 302
15.4	Statistiken der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe 303
15.5	Statistik der Kriegsofferversorgung 304
15.6	Statistik der Kriegsgefangenenentschädigung und Häftlingshilfe 304
15.7	Statistik über den Lastenausgleich 305
15.8	Statistik der Sozialhilfe 307
15.9	Statistik der Kriegsofferversorgung 308
15.10	Statistik der Jugendhilfe 308
15.11	Statistik der Behinderten 309
15.12	Statistik der Rehabilitationsmaßnahmen 310
15.13	Statistik über Kindergeld 311
15.14	Wohngeldstatistik 311
16	Finanzen und Steuern 313
	Öffentliche Haushalte 315
16.1	Statistik der Haushaltswirtschaft 315
16.2	Statistik über den Steuerhaushalt 319
16.3	Statistik über Schulden 320
16.4	Personalstatistiken 322
	Steuern 325
16.5	Einkommensteuerstatistiken 325
16.6	Statistik nach dem Entwicklungsländer-Steuergesetz 328
16.7	Vermögensteuerstatistik 328
16.8	Einheitswertstatistik 329
16.9	Erbschaftsteuerstatistik 331
16.10	Umsatzsteuerstatistik 332
16.11	Verbrauchssteuerstatistiken 333
16.12	Realsteuervergleich 335
17	Wirtschaftsrechnungen 337
17.1	Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte 339
17.2	Einkommens- und Verbrauchsstichproben 340
18	Löhne und Gehälter 341
18.1	Laufende Verdienststatistiken 343
18.2	Erhebungen über die Arbeitskosten 345
18.3	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 346
18.4	Statistik der Tarflöhne und -gehälter 348
18.5	Statistik der betrieblichen Altersversorgung 350
19	Preise 351
19.1	Statistik der Erzeuger- und Großhandelsverkaufspreise 353
19.2	Statistik der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 354
19.3	Statistik der Außenhandelspreise 355
19.4	Statistik der Kaufwerte für Bauland 356
19.5	Statistik der Baupreise 356
19.6	Statistik der Verbraucherpreise 357
19.7	Statistik der Preise für Leistungen des Beherbergungs- und Gaststättengewerbes 358
19.8	Statistik der Verkehrspreise 359
20	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 361
21	Zahlungsbilanz 369
21.1	Zahlungsbilanzstatistik 371
21.2	Auslandsvermögensstatistik 373
22	Umweltschutz 377
22.1	Statistik der Abfallbeseitigung 379
22.2	Statistik der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung 380

	Seite
22.3 Statistik der Unfälle bei der Lagerung und beim Transport wassergefährdender Stoffe ..	383
22.4 Statistik der Investitionen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe	384
23 Auslandsstatistik	385
Nachweis über einmalige oder inzwischen eingestellte Statistiken in früheren Ausgaben	393

Materialien und Übersichten

1 Rechtsgrundlagen	399
1.1 Allgemeine Bestimmungen des Grundgesetzes	399
1.2 Ausgewählte Bestimmungen des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft	400
1.3 Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke	401
1.4 Fundstellennachweis statistischer Gesetze und Verordnungen	406
2 Systematiken	417
2.1 Gliederungstiefe und Anwendungsgebiete wichtiger deutscher Systematiken	417
2.2 Auszüge aus wichtigen Systematiken	425
3 Methodische Grundzüge der Stichprobenstatistiken	456
4 Berechnungsgrundlage von Indizes und Maßzahlen	466
5 Veröffentlichungsnachweis	471
5.1 Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes	471
5.2 Veröffentlichungen von Bundesministerien und Bundesbehörden	476
5.3 Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter	478
Anschriften der Statistischen Ämter	480
Sachregister	481

Beilagen: Organisationsübersicht des Statistischen Bundesamts
Die Gremien des Statistischen Beirats

Abkürzungen

Veröffentlichungen

StJb	= Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland	Amtsbl.	= Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
WiSta	= Wirtschaft und Statistik, Textteil	BAnz.	= Bundesanzeiger
WiSta*	= Wirtschaft und Statistik, Tabellenteil	BGBl.	= Bundesgesetzblatt
AStA	= Allgemeines Statistisches Archiv	BRDrucks.	= Bundesratsdrucksache
IntMon.	= Internationale Monatszahlen in der Reihe »Allgemeine Statistik des Auslandes«	BTDrucks.	= Bundestagsdrucksache
		RZBl.	= Bundeszollblatt
		GG	= Grundgesetz
		GMBI.	= Gemeinsames Ministerialblatt
		RGBl.	= Reichsgesetzblatt
		RMBI.	= Reichsministerialblatt

Sonstige Abkürzungen

StBA	= Statistisches Bundesamt	a. n. g.	= anderweitig nicht genannt
StLA	= Statistische Landesämter	BRT	= Bruttoregistertonnen
SAEG bzw.	= Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften	kVA	= Kilovoltampere
EUROSTAT		kW	= Kilowatt

ABHANDLUNGEN

1 Organisation der Bundesstatistik

1.1 Grundsätze und Entwicklungstendenzen

Die amtliche Statistik in der Bundesrepublik Deutschland ist ganz überwiegend Bundesstatistik. Als »Statistik für Bundeszwecke«¹⁾ hat sie primär die Aufgabe, umfassendes, aktuelles und verlässliches Zahlenmaterial für die gesetzgebenden Körperschaften und für Bundesregierung und -verwaltung bereitzustellen. Statistische Unterlagen werden von diesen Stellen in erster Linie für die Durchführung von Verwaltungsaufgaben, als Entscheidungsgrundlagen für Planungs- und Reformvorhaben sowie für die Erfolgskontrolle staatlicher Maßnahmen benötigt. Daneben bilden fundierte Zahlen eine der wichtigsten Voraussetzungen für die allgemeine Beobachtung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation und ihrer Veränderungen.

Wegen seiner Zuständigkeit für auswärtige Angelegenheiten hat der Bund mit der Statistik für Bundeszwecke auch die ständig wachsenden Datenanforderungen der supra- und internationalen Organisationen zu erfüllen. Ferner deckt die Bundesstatistik seit jeher soweit wie möglich den Bedarf der Länder – und bis zu einem gewissen Grad auch der Kreise und Gemeinden – an statistischen Basisinformationen mit ab. Über den staatlichen Bereich hinaus berücksichtigt sie im Rahmen des Möglichen außerdem die Informationswünsche der an der politischen Willensbildung beteiligten Gruppen (Parteien, Sozialpartner, Kammern, Verbände usw.), der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Öffentlichkeit. Dadurch hat sie sich über ein Hilfsmittel der öffentlichen Verwaltung zu einer Dienstleistungseinrichtung entwickelt, die jedermann zugänglich ist. Der allgemeine Informationsauftrag der Bundesstatistik hat inzwischen auch Eingang in die Begründung zum Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke vom 14. März 1980 gefunden.

Charakteristisch für die amtliche Statistik in der Bundesrepublik Deutschland ist ihre fachliche Konzentration, d. h. die Zusammenfassung der statistischen Arbeiten in Statistischen Ämtern, als

eigens hierfür eingerichteten Fachbehörden. Nur in wenigen Ausnahmefällen sind auch andere Stellen mit der Durchführung von Bundesstatistiken beauftragt (so z. B. die Landwirtschafts-, Verkehrs- und Arbeitsverwaltung und die Deutsche Bundesbank).

Das Prinzip der fachlichen Konzentration – als in Europa vorherrschender Organisationsform – gewährleistet eine gute Koordinierung aller Statistiken und trägt dazu bei, daß die zahlreichen Benutzer alle (bzw. die meisten) statistischen Ergebnisse an einer Stelle finden, daß Doppelarbeiten vermieden werden, weil Wünsche verschiedener Benutzer häufig mit ein und derselben Statistik befriedigt werden können, und daß Fachpersonal und maschinelle Einrichtungen rationell eingesetzt und gleichmäßig ausgelastet werden können. Außerdem schafft die fachliche Konzentration die Voraussetzungen für eine Zusammenfassung statistischer Ergebnisse zu einem in sich geschlossenen und abgestimmten Gesamtbild der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation.

Auf Bundesebene wurde als zentrale statistische Fachbehörde das Statistische Bundesamt eingerichtet, in den Ländern werden die entsprechenden Aufgaben von den Statistischen Landesämtern als selbständigen Landesbehörden wahrgenommen (vgl. Abschnitt 1.2.2). Das Statistische Bundesamt untersteht als selbständige Bundesoberbehörde der Dienstaufsicht des Bundesministers des Innern, ist aber in Fachfragen unmittelbar den fachlich zuständigen Ministerien verantwortlich. Es arbeitet für sämtliche Bundesressorts und ist damit eine der wenigen Querschnittsbehörden der Bundesregierung. Um Objektivität und Neutralität seiner Arbeit zu sichern, ist es in methodischen und wissenschaftlichen Fragen der Statistik nicht an fachliche Weisungen gebunden.

Dem föderalistischen Staats- und Verwaltungsaufbau entsprechend teilen sich Bund und Länder in die Erfüllung der statistischen Aufgaben. Die Bundesstatistik in der Bundesrepublik Deutschland ist deshalb regional weitgehend dezentral aufgebaut und organisiert. Während die methodische und technische Vorbereitung der einzelnen Statistiken sowie die Zusammenstellung und Darbie-

¹⁾ Artikel 73 Nr. 11 GG

tung der Bundesergebnisse beim Statistischen Bundesamt liegen, sind für die Erhebung und Aufbereitung bis zum Landesergebnis – von bestimmten Ausnahmen abgesehen – die Statistischen Landesämter zuständig.

Der zunehmende Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung und die fortschreitende Automation der öffentlichen Verwaltung haben teilweise zu einer weiteren Dezentralisierung geführt, da in sieben Bundesländern die maschinelle Aufbereitung von den Statistischen Landesämtern auf selbständige Landesrechenzentren oder Datenzentralen übergegangen ist. Für die einheitliche und fristgerechte Durchführung der Bundesstatistik ergeben sich dadurch gewisse Schwierigkeiten, weil in den Rechenzentren die statistischen Arbeiten mit anderen termingebundenen Aufgaben der Verwaltung konkurrieren. Dabei wird ihnen häufig eine geringere Priorität zuerkannt. In Einzelfällen wirken sich auch unterschiedliche Kapazitäten nachteilig auf die Einhaltung von Terminen aus.

Unter arbeitsmäßigen Gesichtspunkten hat der Einsatz leistungsfähiger Datenverarbeitungsanlagen in der Statistik erhebliche Rationalisierungseffekte gebracht und dazu beigetragen, ein stark gestiegenes Arbeitsprogramm mit gleichbleibendem, z. T. sogar sinkendem Personalbestand zu bewältigen. Außerdem hat die elektronische Datenverarbeitung neue Möglichkeiten für die Datengewinnung, -verknüpfung und -darbietung in der Statistik erschlossen (vgl. Abschnitte 4.2 und 4.3 sowie Kapitel 5). Am augenfälligsten zeigt sich dies in bezug auf den Aufbau des EDV-gestützten Statistischen Informationssystems des Bundes (STATIS-BUND) beim Statistischen Bundesamt, durch das die Bereitstellung ausgewählter statistischer Ergebnisse und die Durchführung statistischer Auswertungen und mathematisch-statistischer Analysen wesentlich erleichtert werden (vgl. Kapitel 5).

Von grundlegender Bedeutung für die Arbeit der amtlichen Statistik in der Bundesrepublik Deutschland ist das Prinzip der Legalisierung. Darunter versteht man, daß für jede Bundesstatistik eine Rechtsgrundlage zwingend erforderlich ist. Dies können neben Gesetzen und Rechtsverordnungen des Bundes auch Verordnungen der Europäischen Gemeinschaften sein, die in den Mitgliedsländern unmittelbar geltendes Recht sind (vgl. Kapitel 2).

Über die Notwendigkeit einer Bundesstatistik und die Zumutbarkeit der Belastung für die Auskunftspflichtigen entscheiden damit die gesetzgebenden Körperschaften. Dieses Verfahren dient in erster Linie dem Schutz der Befragten. Gleichzeitig schafft es klare Rechtsverhältnisse für die an der Durchführung der Bundesstatistiken beteiligten Länder und gewährleistet, daß im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens alle interessierten Kreise gehört und beteiligt werden. Die bei der Novellierung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz) im Jahr 1980 eingeführte Möglichkeit, Statistiken durch Rechtsverordnung für einen bestimmten Zeitraum ganz oder teilweise aussetzen zu können, erhöht die Flexibilität der statistischen Gesetzgebung, wenn es gilt, das statistische Programm schneller an dem aktuellen Bedarf zu orientieren und einzuschränken.

1.2 Die Institutionen und ihre Aufgaben

1.2.1 Bundesministerien

Das Statistische Bundesamt, als eine den Bedürfnissen aller Ressorts dienende Zentralbehörde, führt seine Arbeiten nach den Anforderungen des fachlich zuständigen Bundesministers durch. Als Auftraggeber der Statistik stellen die Fachressorts fest, welches Zahlenmaterial sie für ihre Aufgaben benötigen und berücksichtigen dabei soweit möglich auch den Informationsbedarf der übrigen Konsumenten. Stark beeinflusst wird das statistische Arbeitsprogramm ferner von den Anforderungen internationaler Organisationen, insbesondere der Europäischen Gemeinschaften, die in besonderem Maße auf eine für alle Mitgliedsländer vergleichbare Statistik angewiesen sind (vgl. Kapitel 5).

Entsprechend dem Grundsatz der fachlichen Konzentration der amtlichen Statistik werden Bundesstatistiken in der Regel nicht von den Ressorts selbst, sondern von den Statistischen Ämtern durchgeführt. In die eigene Zuständigkeit von Bundesministerien fallen im allgemeinen nur Geschäftsstatistiken, d. h. solche Statistiken, deren Unterlagen ausschließlich im Geschäftsgang anfallen oder deren Bearbeitung sich vom Geschäftsgang nicht trennen läßt (§ 9 Abs. 1 Bun-

desstatistikgesetz). Die Ressorts können diese Aufgabe ganz oder teilweise dem Statistischen Bundesamt übertragen. Andererseits können sie in Ausnahmefällen aber auch ermächtigt werden, für bestimmte Bundesstatistiken die Aufgaben des Statistischen Bundesamtes ganz oder teilweise wahrzunehmen, auch wenn es sich nicht um Geschäftsstatistiken handelt (§ 9 Abs. 2 Bundesstatistikgesetz). Als Beispiele für wichtige Bundesstatistiken, die aufgrund gesetzlicher Sonderregelungen von anderen Bundesbehörden durchgeführt werden, seien die Geld- und Kreditstatistiken der Deutschen Bundesbank, die Arbeitsmarktstatistiken der Bundesanstalt für Arbeit, die Statistiken des Kraftfahrt-Bundesamtes und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr erwähnt.

Bei ihren Überlegungen zur Weiterentwicklung der Statistiken werden die Bundesministerien vom Statistischen Bundesamt und vom Statistischen Beirat unterstützt. In der Praxis hat sich hierbei eine gute Zusammenarbeit entwickelt, ohne daß im Bundesstatistikgesetz Art und Umfang der Beteiligung und Einflußnahme im einzelnen festgelegt wären.

Neben ihrer Funktion als Auftraggeber der Bundesstatistik sind die Bundesministerien in erheblichem Umfang auch Konsumenten statistischer Ergebnisse. Wie zahlreiche andere Benutzer werten sie statistisches Material für ihre Zwecke aus. Sie bedienen sich dabei in zunehmendem Maße auch der Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes.

1.2.2 Statistische Ämter

Die Bundesstatistik wird institutionell im wesentlichen von den Statistischen Ämtern getragen. Ihnen obliegt es im Rahmen der gesetzlich vorgegebenen Arbeitsteilung, die Statistiken für Bundeszwecke vorzubereiten, zu koordinieren, durchzuführen und die Ergebnisse zu veröffentlichen.

Die Zusammenfassung statistischer Aufgaben in Statistischen Ämtern begann schon am Anfang des 19. Jahrhunderts, als Preußen 1805 eine statistische Zentralstelle gründete, die das Vorbild für entsprechende Einrichtungen anderer Länder wurde. Aus diesen Behörden entwickelten sich die heutigen Statistischen Landesämter mit ihrer teilweise bereits über 150jährigen Tradition. Länderübergreifende statistische Aufgaben wurden bereits vom Statistischen Büro des Deutschen

Zollvereins wahrgenommen, das nach der Reichsgründung, und zwar im Jahr 1872, in das Kaiserliche Statistische Amt umgewandelt und mit einem ständig zunehmenden statistischen Arbeitsprogramm betraut wurde. Nach dem Ersten Weltkrieg setzte sich die Weiterentwicklung der amtlichen Statistik bei der nunmehr in »Statistisches Reichsamt« umbenannten Zentralbehörde fort. Sie wurde durch das Ende des Zweiten Weltkriegs unterbrochen, nach dem die gesamte statistische Organisation neu aufgebaut werden mußte. In der britischen Besatzungszone wurde schon 1946 ein Zonenamt gegründet; in der amerikanischen Besatzungszone begann der Wiederaufbau der Statistik von den Landesämtern her, die ihre Arbeiten im Statistischen Ausschuß des Länderrats der US-Zone koordinierten. Nach Zusammenschluß der beiden Zonen wurde 1948 das Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in Wiesbaden errichtet, aus dem nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland das Statistische Bundesamt entstand²⁾.

Mit dem Übergang vom zentralen zum föderativen Staats- und Verwaltungsaufbau hat sich die Aufgabenverteilung zwischen den Statistischen Ämtern auf den verschiedenen Ebenen der öffentlichen Verwaltung wesentlich geändert. Nach dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland hat der Bund zwar die ausschließliche Gesetzgebungszuständigkeit für die Bundesstatistik (Artikel 73 Nr. 11), jedoch nur eine begrenzte Verwaltungskompetenz (Artikel 87 Abs. 3). In Verbindung mit der in Artikel 83 festgelegten Verwaltungskompetenz der Länder wird dadurch der Arbeitsschnitt zwischen Statistischem Bundesamt und Statistischen Landesämtern bestimmt.

Dem Statistischen Bundesamt sind vor allem solche Aufgaben übertragen, die ihrem Wesen nach nur von einer Zentralbehörde erfüllt werden können. Hierzu gehört insbesondere die methodische und technische Vorbereitung aller Bundesstatistiken, die notwendig ist, um einheitliche Bundesergebnisse zu erzielen, die Koordinierung der Statistiken untereinander und die Zusammenstellung, Veröffentlichung und Darstellung der Bun-

²⁾ Einen historischen Überblick über die wichtigsten Wandlungen im Programm und in den Aufgaben der amtlichen Statistik vermittelt die Veröffentlichung »Bevölkerung und Wirtschaft 1872 bis 1972«, die das Statistische Bundesamt anläßlich der 100jährigen Wiederkehr der Errichtung eines zentralen Statistischen Amtes in Deutschland im Jahr 1972 herausgegeben hat.

desergebnisse. Die einheitliche und termingemäße Durchführung der Erhebung und Aufbereitung der Bundesstatistiken ist dagegen im allgemeinen Angelegenheit der Statistischen Landesämter.

Die Statistischen Landesämter bedienen sich bei der Durchführung eines Teils der Bundesstatistik der Mitwirkung der kommunalen Statistischen Ämter und der Kreis- bzw. Gemeindeverwaltungen. In mehreren Ländern³⁾ haben Landesrechenzentren oder Datenzentralen die maschinelle Aufbereitung der Bundesstatistiken übernommen.

Die Koordinierungsfunktion des Statistischen Bundesamtes und die Tätigkeit der verschiedenen statistischen Ausschüsse, über die anschließend berichtet wird, gewährleisten, daß das statistische Arbeitsprogramm nach einheitlichen Grundsätzen und ohne Überschneidung durchgeführt wird.

Statistisches Bundesamt

Das Statistische Bundesamt ist eine selbständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern. Es hat seinen Sitz in Wiesbaden, eine Zweigstelle in Berlin und eine Außenstelle in Düsseldorf. Ferner unterhält es in Bonn-Bad Godesberg eine Beratungsstelle, die Interessenten im Großraum Bonn über Aufgaben und Nutzungsmöglichkeiten des Statistischen Informationssystems des Bundes informiert (vgl. Abschnitt 5.4). Über den Aufbau des Amtes im einzelnen unterrichtet der Organisationsplan im Anhang.

Die Zweigstelle Berlin führt als ständige Aufgabe Aufbereitungs- und Konzentrationsarbeiten für eine Reihe von Statistiken durch, insbesondere für die Luftfahrtstatistik, die Statistiken des Warenverkehrs mit Berlin (West), der DDR und Berlin (Ost) sowie für die Presse- und Filmstatistik. Hinzu kommen die Zusammenstellung von Landerkurzberichten mit auslandsstatistischen Ergebnissen sowie verschiedene, z. T. wechselnde Aufgaben.

Bei der Außenstelle Düsseldorf liegt die Bearbeitung der sachlich besonders tief gegliederten Produktionsstatistik für den Bereich Eisen und Stahl.

Insgesamt beschäftigt das Statistische Bundesamt rd. 2 700 Mitarbeiter. Das Haushaltsvolumen betrug im Jahr 1980 128 Mill. DM.

Die Aufgaben des Amtes sind bereits im Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 enumerativ festgelegt worden. Dieses »Grundgesetz« der Bundesstatistik ist nach mehr als 25jährigen Erfahrungen in der praktischen Anwendung und aufgrund neuer Anforderungen nach langwierigen Vorarbeiten durch das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz) vom 14. März 1980 abgelöst worden. Dabei sind auch – unter Berücksichtigung neuer Entwicklungen im nationalen und internationalen Bereich – die Aufgaben des Statistischen Bundesamtes präzisiert und die Vorschriften über Anordnung und Durchführung von Bundesstatistiken neu gefaßt worden. Im einzelnen wird hierauf in den Ausführungen über die Rechtsgrundlagen (vgl. Kapitel 2) eingegangen⁴⁾.

Zum Aufgabenkatalog des Statistischen Bundesamtes gehört es nach dem Bundesstatistikgesetz,

1. Statistiken für Bundeszwecke (Bundesstatistiken) methodisch und technisch vorzubereiten, auf die einheitliche und termingemäße Durchführung der Erhebungs- und Aufbereitungsprogramme von Bundesstatistiken durch die Länder hinzuwirken, ihre Ergebnisse in der erforderlichen sachlichen und regionalen Gliederung für den Bund zusammenzustellen sowie für allgemeine Zwecke zu veröffentlichen und darzustellen,
2. Bundesstatistiken zu erheben und aufzubereiten, wenn und soweit es in einem Bundesgesetz bestimmt ist oder soweit die beteiligten Länder zustimmen, sowie Zusatzaufbereitungen für Bundeszwecke und Sonderaufbereitungen für wissenschaftliche Zwecke durchzuführen, soweit die Statistischen Landesämter diese nicht selbst durchführen,
3. nach Maßgabe des § 9 Abs. 1 Satz 2 Geschäftsstatistiken zu bearbeiten;
4. Statistiken anderer Staaten, der Europäischen Gemeinschaften und internationaler Organisationen zusammenzustellen und ihre Ergeb-

³⁾ Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Hessen, Saarland, Berlin (West)

⁴⁾ Der vollständige Gesetzestext ist auf S. 401 ff. abgedruckt

nisse für allgemeine Zwecke zu veröffentlichen und darzustellen;

5. auf die sachliche, zeitliche und räumliche Abstimmung der Statistiken hinzuwirken, die in den Nummern 1 bis 3 und in § 9 genannt sind oder von anderen Bundesstellen durchgeführt werden;
6. an der Vorbereitung des Programms der Bundesstatistik und der Rechts- und allgemeinen Verwaltungsvorschriften des Bundes, die die Aufgaben der Bundesstatistik berühren, mitzuwirken;
7. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und sonstige Gesamtsysteme statistischer Daten für Bundeszwecke aufzustellen sowie sie für allgemeine Zwecke zu veröffentlichen und darzustellen;
8. die allgemeine Statistische Datenbank des Bundes einzurichten und zu führen sowie an der Koordinierung von speziellen Datenbanken anderer Stellen des Bundes mitzuwirken; das gleiche gilt für entsprechende Vorhaben außerhalb der Bundesverwaltung, soweit der Bund für Bundeszwecke eingeschaltet wird;
9. zur Vereinfachung und Verbesserung der Datengewinnung und -verarbeitung für Zwecke der Bundesstatistik an Nummerungsvorhaben und Bestrebungen des Bundes zur Automation von Verwaltungsvorgängen und Gerichtsverfahren mitzuwirken; das gleiche gilt, soweit der Bund in entsprechende Vorhaben außerhalb der Bundesverwaltung eingeschaltet wird;
10. die Bundesbehörden bei der Vergabe von Forschungsaufträgen bezüglich der Gewinnung und Bereitstellung statistischer Daten zu beraten sowie im Auftrag der obersten Bundesbehörden auf dem Gebiet der Bundesstatistik Forschungsaufträge auszuführen, Gutachten zu erstellen und sonstige Arbeiten statistischer und ähnlicher Art durchzuführen.

Das Schwergewicht der Tätigkeit des Statistischen Bundesamtes liegt bei der methodischen und technischen Vorbereitung der einzelnen Bundesstatistiken. Hierbei handelt es sich, wie in Abschnitt 4.1.1 näher ausgeführt wird, vor allem um methodische Untersuchungen zur Ausgestaltung

der Erhebungen sowie um die Ausarbeitung der Erhebungs- und Aufbereitungsunterlagen und -verfahren, die für eine einheitliche Durchführung der Bundesstatistiken in den Ländern und somit für die Erzielung einheitlicher Bundesergebnisse benötigt werden. Außerdem kommt es darauf an, die verschiedenen Bundesstatistiken hinsichtlich ihres Inhalts und ihrer Methoden aufeinander abzustimmen und in das statistische Gesamtsystem einzuordnen. Den allgemeinen Orientierungsrahmen hierfür geben vor allem die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ab. Auf die Besonderheiten bei der Vorbereitung und Durchführung von supra- und internationalen Statistiken wird ausführlich in Kapitel 7 eingegangen.

Für zentrale Statistiken führt das Statistische Bundesamt auch die Erhebung und Aufbereitung durch. Beispiele hierfür sind die Außenhandelsstatistik, die Kostenstrukturstatistiken, die Einkommens- und Verbrauchsstichproben, die Fischereistatistik, die Eisen- und Stahlstatistik, die Großhandelsstatistik, die Statistiken des Berlinhandels und des Warenverkehrs mit der DDR, die Statistiken der Presse und Filmwirtschaft und einige Gesundheitsstatistiken (vgl. hierzu im einzelnen »Katalog der Statistiken«). Die Abgrenzung der Aufgabengebiete innerhalb der amtlichen Statistik ist also keineswegs starr; sie läßt vielmehr im Hinblick auf eine zweckmäßige Arbeitsverteilung Sonderregelungen zu.

An sonstigen wichtigen Arbeiten, die in engem Zusammenhang mit seinen statistischen Hauptaufgaben stehen, nimmt das Statistische Bundesamt nach § 9 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963⁵⁾ die Aufgaben einer Geschäftsstelle dieses Sachverständigenrats wahr. Durch Erlaß des Bundesministers des Innern vom 28. Dezember 1971⁶⁾ ist dem Statistischen Bundesamt die entsprechende Aufgabe auch für den Rat der Sachverständigen für Umweltfragen übertragen worden. Die Tätigkeit der Geschäftsstellen besteht in erster Linie in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial, ferner in der technischen Vorbereitung der Sitzungen, der Veröffentlichung der Gutachten und den damit verbundenen Arbeiten.

⁵⁾ BGBl I S 685 – ⁶⁾ GMBI 1972, Nr 3, S 27



Gesamtansicht des Statistischen Bundesamtes

Am Sitz des Statistischen Bundesamtes wurde durch Erlass des Bundesministers des Innern vom 12. Februar 1973⁷⁾ ferner das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung errichtet, das u. a. wissenschaftliche Forschungen über Bevölkerungsfragen und damit zusammenhängende Familienfragen als Grundlage für die Arbeit der Bundesregierung durchzuführen hat. Es wird in Verwaltungsgemeinschaft mit dem Statistischen Bundesamt geführt.

In Fortführung einer alten Tradition, die bis zu den Reichstagswahlen zurückreicht, wird dem Präsi-

denten des Statistischen Bundesamtes bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag regelmäßig das Amt des Bundeswahlleiters übertragen. Diese Aufgabe hat er auch für die erste Direktwahl der Abgeordneten zum Europäischen Parlament im Jahr 1979 wahrgenommen. Er erfüllt damit wichtige und besonders verantwortungsvolle Aufgaben bei der Vorbereitung der Wahlen und der Feststellung der Wahlergebnisse. In der Regel führt er auch den Vorsitz in der Wahlkreiskommission.

Seit Oktober 1976 nimmt das Statistische Bundesamt auch die Aufgaben einer Leitbehörde für dezentrale Fortbildungsveranstaltungen der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung im Raum Frankfurt/Wiesbaden wahr.

⁷⁾ GMBI. 1973, Nr. 6, S. 86.

Statistische Landesämter

Entsprechend der föderativen Struktur der Bundesrepublik Deutschland werden die Bundesstatistiken in den meisten Fällen von den Ländern erhoben und bis zur Erstellung von Landesergebnissen aufbereitet. Damit liegt das Schwergewicht der Durchführungsarbeiten bei den Statistischen Landesämtern, die organisatorisch selbständige Landesbehörden⁸⁾, in ihrer Funktion jedoch in großem Umfang Erhebungs- und Aufbereitungsstellen der Bundesstatistik sind. Hierbei ist darauf hinzuweisen, daß die Ergebnisse der Bundesstatistiken in vielen Fällen auch für Landeszwecke benötigt werden.

Daneben sind die Statistischen Landesämter Träger der Landesstatistiken, die jedoch einen wesentlich kleineren Teil des gesamten Arbeitsprogramms umfassen. Bei Landesstatistiken, die von mehreren oder allen Ländern durchgeführt werden (z. B. verschiedene Statistiken des Bildungswesens sowie Statistiken des Gesundheitswesens und der Rechtspflege), wirkt das Statistische Bundesamt meist koordinierend, da sowohl der Bund als auch die Länder an vergleichbaren Ergebnissen interessiert sind. Diese Arbeiten, für die das Statistische Bundesamt auf Wunsch der Länder seit langem Arbeitskapazitäten zur Verfügung stellt, sind mit der Neufassung des Bundesstatistikgesetzes ausdrücklich in den Aufgabekatalog des Statistischen Bundesamtes aufgenommen worden.

In der Regel sind die Statistischen Landesämter auch mit dem Aufbau von Statistischen Datenbanken der Länder beauftragt oder in diese Arbeiten eingeschaltet. Zum Teil sind ihnen weitere Landesaufgaben übertragen.

In den Stadtstaaten Hamburg und Bremen nehmen die Statistischen Landesämter zugleich die kommunalstatistischen Aufgaben wahr. Das gleiche gilt für das Land Berlin, das insofern eine Sonderstellung einnimmt, als Bundesgesetze hier nicht ohne besonderes Berliner Gesetz angewendet werden können. Das Statistische Landesamt Berlin wirkt aber praktisch in gleicher Aufgabenstellung wie die übrigen Landesämter an den statistischen Arbeiten mit.

⁸⁾ In Niedersachsen werden die statistischen Aufgaben vom Landesverwaltungsamt – Statistik – wahrgenommen – Die Anschriften der Statistischen Landesämter sind dem Verzeichnis auf S. 480 zu entnehmen

Kommunalstatistische Ämter und Dienststellen

Bei vielen Bundesstatistiken werden die Erhebungspapiere direkt von den Statistischen Landesämtern an die Befragten versandt. In anderen Fällen hat es sich als zweckmäßig erwiesen, für die Verteilung und Einsammlung der Fragebogen wie auch für Prüfarbeiten die Verwaltung der Gemeinden und Kreise in Anspruch zu nehmen. Das ist vor allem bei den Großzählungen (z. B. Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung; Wohnungszählung), aber auch bei laufenden Erhebungen, insbesondere auf dem Gebiet der Bevölkerungs- und der Landwirtschaftsstatistik, der Fall.

Die Großstädte und größeren Mittelstädte verfügen im allgemeinen über eigene Statistische Ämter, während die kleineren Städte statistische Stellen haben, die als Abteilungen anderen Dienststellen angegliedert sind. Ähnlich wie die Statistischen Landesämter üben auch die Statistischen Ämter der Städte eine Doppelfunktion aus. Neben der Mitwirkung an Bundes- und Landesstatistiken führen sie Erhebungen durch, die von der kommunalen Selbstverwaltung für eigene Zwecke benötigt werden. Die Statistische Abteilung des Deutschen Städtetages vertritt die gemeinsamen Interessen der Städtestatistischen Ämter und ist vor allem um die Vergleichbarkeit und Auswertung der statistischen Ergebnisse bemüht. In einigen Ländern wurden bei den Landkreisverwaltungen statistische Stellen eingerichtet, die für die Durchführung der Erhebungen in ihrem Zuständigkeitsbereich verantwortlich sind.

1.2.3 Statistische Ausschüsse

Die Vielfalt der statistischen Aufgaben, ihre organisatorische Verteilung auf verschiedene Institutionen und die Notwendigkeit einer Koordinierung der getrennten Zuständigkeiten für die Anordnung, Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Bundesstatistiken haben zur Bildung von Ausschüssen geführt, denen jeweils ein bestimmter Aufgabenbereich zugewiesen ist. Da in den verschiedenen Ausschüssen teilweise dieselben Institutionen und Personen vertreten sind, ist die Voraussetzung für eine umfassende Abstimmung der Arbeiten gegeben.

Statistischer Beirat

Im Statistischen Beirat, der gemäß § 4 des Bundesstatistikgesetzes das Statistische Bundesamt in methodischen und technischen Fragen berät, sind die ministeriellen Auftraggeber, die durchführenden Statistischen Ämter, die Benutzer der Bundesstatistiken und die Befragten vertreten. Mit der Neufassung des Bundesstatistikgesetzes sind zusätzlich Vertreter der Hochschulen aufgenommen worden. Damit umfaßt der Statistische Beirat als einziges Gremium alle an der Bundesstatistik beteiligten Gruppen.

Der Beirat tritt im allgemeinen einmal jährlich zusammen und behandelt vornehmlich Grundsatzfragen der amtlichen Statistik, aber auch ausgewählte Probleme einzelner Statistiken. Den Vorsitz führt der Präsident des Statistischen Bundesamtes.

Die detaillierte Beratung einzelner Statistiken und die Erörterung spezieller methodisch-technischer Fragen findet in den vom Statistischen Beirat eingesetzten Fachausschüssen statt, die für folgende Gebiete gebildet worden sind:

Statistische Datenbank,
Systematiken,
Regionalstatistik,
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen,
Kostenstruktur- und Bilanzstatistik,
Statistik im Produzierenden Gewerbe
einschl. Umweltstatistiken,
Bau- und Wohnungsstatistik,
Landwirtschaftsstatistik,
Handels- und Verkehrsstatistik,
Preis- und Lohnstatistik,
Finanz- und Steuerstatistik,
Sozialstatistik,
Bevölkerungsstatistik,
Erwerbstätigkeitsstatistik.

Den Vorsitz in den Fachausschüssen, die ihrerseits für Teilgebiete oder Einzelfragen ständige Arbeitskreise bzw. ad hoc-Arbeitsgruppen einsetzen können, führen die jeweils fachlich zuständigen Abteilungsleiter des Statistischen Bundesamtes.

Vergleichbare Aufgaben nimmt der

Ausschuß für die Hochschulstatistik

wahr, der das Statistische Bundesamt bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach dem Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen berät. Er hat über Stand und Fortschritt der Arbeiten auf diesem Gebiet in zweijährigen Abständen dem Parlament zu berichten.

In ihrer Funktion den Fachausschüssen gleichzusetzen sind die Ausschüsse für

Statistik des Gesundheitswesens,

Rechtspflegestatistik,

Statistik des Bildungswesens,

in denen, ebenfalls unter Vorsitz des Statistischen Bundesamtes, im Auftrag der Länder nicht oder nicht ausschließlich in die Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes fallende Statistiken koordiniert werden, um auch hier einheitliche Bundesergebnisse zu erzielen.

Keinem der vorstehend erwähnten Fachausschüsse zuzuordnen sind die unmittelbar vom Statistischen Beirat eingesetzten Arbeitskreise für

Allgemeine Fachfragen der Statistik,

Rechtsfragen der Statistik,

Öffentlichkeitsarbeit,

Auslandsstatistik,

Fragen der mathematischen Methodik,

Berufsbildungsstatistik,

deren Aufgaben sich auf alle Fachbereiche erstrecken.

Zur Beratung von Fragen, die in erster Linie die Statistischen Ämter betreffen, wird regelmäßig die Amtsleiterkonferenz einberufen. Ihr gehören die

Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder an.

Von der Amtsleiterkonferenz sind der Arbeitskreis für maschinelle Aufbereitung, die Arbeitsgruppe »Arbeitsorganisation« sowie Arbeitsgruppen für die Erledigung von ad hoc-Aufgaben eingesetzt worden⁹⁾.

Interministerieller Ausschuß für Koordinierung und Rationalisierung der Statistik

Zur Abstimmung und Koordinierung der statistischen Anforderungen auf seiten der Auftraggeber der Bundesstatistik besteht seit Anfang der fünfziger Jahre der Interministerielle Ausschuß für Koordinierung und Rationalisierung der Statistik. In ihm sind bestimmte Bundesministerien und der Bundesrechnungshof als ständige, andere Ressorts als nichtständige stimmberechtigte Mitglieder und das Statistische Bundesamt als ständiges beratendes Mitglied vertreten. Seine Tagungen finden in Form von Ressortbesprechungen bei dem für ein bestimmtes Vorhaben federführenden Bundesministerium statt. In ressortübergreifenden Fragen, wie etwa statistischen Anforderungen der Europäischen Gemeinschaften, wird der Ausschuß vom Bundesministerium des Innern einberufen.

Entsprechende Koordinierungsausschüsse gibt es auch in den Bundesländern. Einige Bundesministerien haben darüber hinaus eigene statistische Ausschüsse gebildet, in denen Erhebungen aus ihrem Zuständigkeitsbereich mit den jeweiligen Fachministern der Länder beraten werden.

Trotz aller Bemühungen ist es dem Interministeriellen Ausschuß für Koordinierung und Rationalisierung der Statistik allerdings nicht ausreichend gelungen, eine rechtzeitige Abstimmung zwischen Aufgaben- und Finanzplanung herbeizuführen und eine ausreichende Finanzierung neuer Aufgaben sicherzustellen. Hier wirkten sich u. a. die Eigenständigkeit der Ressorts und der die Bundesstatistik durchführenden Länder aus. Außerdem machte sich nachteilig bemerkbar, daß die anfordernden Stellen (Fachressorts bzw. Bund) nicht

gleichzeitig diejenigen Instanzen sind, die für die Finanzierung zu sorgen haben (Bundesinnenministerium als Dienstaufsichtsbehörde bzw. Länder).

Abteilungsleiterausschuß Statistik

Mitte der siebziger Jahre zeigte sich, daß die stetig wachsenden Anforderungen an das Aufgabenprogramm der Bundesstatistik (vgl. Abschnitt 3.1) nicht durch zusätzliche Haushaltsmittel finanziert oder durch eigene Rationalisierungsmaßnahmen der Statistischen Ämter abgefangen werden konnten. Nachdem deutlich geworden war, daß die unternommenen Versuche, durch Straffung des vorhandenen Programms Platz für neue Aufgaben zu schaffen und geplante Vorhaben auf ein realisierbares Maß zu reduzieren, nicht den gewünschten Erfolg brachten, entschloß sich die Bundesregierung zu einer politischen Lösung. Durch Kabinettsbeschluß vom 12. März 1975 richtete sie einen »Abteilungsleiterausschuß Statistik« ein und übertrug ihm die Aufgabe, die bestehenden und geplanten Bundesstatistiken auf ihre gegenwärtige oder künftige Notwendigkeit als politische Entscheidungsgrundlage zu überprüfen und das Gesamtprogramm der Statistik zu straffen.

Als ständige Mitglieder gehören dem Abteilungsleiterausschuß Statistik Vertreter des Bundeskanzleramts, des Bundesministers der Finanzen und des Bundesministers des Innern an. Der Vorsitz liegt beim Bundesminister des Innern. Der Präsident des Bundesrechnungshofes als Bundesbeauftragter für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung und der Präsident des Statistischen Bundesamtes werden zu den Beratungen hinzugezogen. Wenn der Ausschuß zu keiner einheitlichen Meinung kommt, ist eine Entscheidung der Bundesregierung herbeizuführen.

Im Hinblick darauf, daß die Länder die Bundesstatistiken durchführen und daß viele Bundesstatistiken in erheblichem Umfang Länderzwecken dienen, wurde auf Länderebene gemäß Beschluß der Innenministerkonferenz vom 18./19. September 1975 ein Kontaktgremium zum Abteilungsleiterausschuß Statistik eingerichtet. Durch die Einschaltung der Länder in das Verfahren zur Überprüfung des Aufgabenprogramms der Bundesstatistik wurde zugleich einer Entschleißung des Bundesrates zur Einschränkung der Bundesstatistik Rechnung getragen.

⁹⁾ Eine schematische Übersicht über die Gremien des Statistischen Beirats befindet sich im Anhang

Nach der konstituierenden Sitzung des Abteilungsleiterausschusses Statistik am 25. April 1975 wurde zunächst eine Bestandsaufnahme aller bestehenden und bis 1981 geplanten Statistiken durchgeführt. Im Anschluß daran wurden ressortweise die einzelnen Bundesstatistiken unter Anleitung eines kritischen Maßstabes auf ihre politische Bedeutung überprüft und Kürzungsmöglichkeiten erörtert. Über das Ergebnis der Überprüfung des Aufgabenprogramms der Bundesstatistik wurde abschließend dem Bundeskabinett berichtet.

Soweit die Kürzungsvorschläge des Abteilungsleiterausschusses Statistik Änderungen bestehender Rechtsvorschriften auf dem Gebiet der Statistik voraussetzten, haben sie Eingang in das Erste Statistikbereinigungsgesetz vom 14. März 1980 gefunden. Bei der Verabschiedung des Gesetzes hat sich der Bundestag in einer Entschließung dafür ausgesprochen, den Abteilungsleiterausschuß Statistik mit der ständigen Überprüfung bestehender und geplanter Statistiken zu betrauen.

2 Rechtsgrundlagen

2.1 Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke

Nach Artikel 73 Nr. 11 des Grundgesetzes (GG) hat der Bund die ausschließliche Gesetzgebung über die Statistik für Bundeszwecke. Die im Grundgesetz gewählte Formulierung »Statistik für Bundeszwecke« gibt ihm die Möglichkeit, sich für alle Zwecke, die er berechtigterweise verfolgt, die nötigen statistischen Unterlagen zu verschaffen. Anforderungen an die Bundesstatistik ergeben sich aus den Bereichen, in denen der Bund die Gesetzgebungskompetenz hat. Wegen seiner Zuständigkeit für auswärtige Angelegenheiten hat der Bund mit der Statistik für Bundeszwecke auch die beträchtlichen Datenanforderungen der supra- und internationalen Organisationen zu erfüllen.

Aufgrund der Zuständigkeit nach Artikel 73 Nr. 11 GG wurde mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314) erstmalig das gesamte Organisations- und Verfahrensrecht sowie das materielle Recht der Bundesstatistik zusammenfassend geregelt. Nach mehrfachen punktuellen Änderungen dieses Gesetzes machten die bei der Gesetzesanwendung gesammelten Erfahrungen sowie neue Entwicklungen und Anforderungen eine umfassende Novellierung dringend erforderlich. Die Bundesregierung hat daher 1978 eine Neufassung als Gesetzentwurf eingebracht, dessen Zielsetzungen wie folgt zusammengefaßt werden können: Verbesserung der Aktualität, Flexibilität und

Qualität der Bundesstatistik sowie ihrer rationellen Durchführung, Anpassung an neue Entwicklungen im nationalen und internationalen Bereich sowie Weiterentwicklung der Regelungen über die statistische Geheimhaltung vor allem unter dem Aspekt der neueren Datenschutzgesetzgebung. Mit Verkündung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289)¹⁾ kam diese Initiative zu einem erfolgreichen Abschluß²⁾.

Das neue »Grundgesetz« der Bundesstatistik ist in acht Abschnitte gegliedert. Davon sind die Abschnitte I »Das Statistische Bundesamt«, II »Der Statistische Beirat«, IV »Besondere Verfahrensbestimmungen« und VII »Besondere Bestimmungen über statistische Erhebungen der Europäischen Gemeinschaften sowie die supra- und internationalen Aufgaben des Statistischen Bundesamtes« wegen ihrer grundlegenden Bedeutung in die Darstellung der entsprechenden Themenkreise in der vorliegenden Veröffentlichung eingearbeitet worden. Im folgenden wird auf die übrigen Abschnitte III »Anordnung von Bundesstatistiken«, V »Auskunftspflicht«, VI »Geheimhaltung« und VIII »Bußgeldvorschriften« eingegangen.

¹⁾ Der Wortlaut des Bundesstatistikgesetzes ist auf Seite 401 abgedruckt – ²⁾ Eine Darstellung der in Kraftgetretenen Änderungen im einzelnen enthält der Aufsatz »Zur Novellierung des Bundesstatistikgesetzes« in Heft 8/80 von »Wirtschaft und Statistik«. Ferner sei auf die amtliche Begründung zum Gesetzentwurf, die Stellungnahme des Bundesrats und die Gegenäußerung der Bundesregierung verwiesen (Bundestags-Drucksache 8/2517).

2.1.1 Anordnung von Bundesstatistiken

Das statistische Auskunftsverlangen bedeutet unter Umständen einen starken Eingriff in die private Rechtssphäre des einzelnen Staatsbürgers und damit in das verfassungsmäßig nach Artikel 2 GG garantierte Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit. Unter Berücksichtigung rechtsstaatlicher Grundsätze bestimmt daher § 6 BStatG, daß Bundesstatistiken durch Gesetz angeordnet werden, soweit nicht in § 6 Abs. 2 BStatG oder in anderen bundesgesetzlichen Vorschriften Ausnahmen zugelassen sind. Größere statistische Erhebungen werden grundsätzlich durch Gesetz angeordnet. Sachlich zusammengehörige Materien werden dabei nach Möglichkeit in »Sammelgesetzen« zusammengefaßt. Das ist z. B. auf den Gebieten der Finanz- und Steuerstatistiken, der Preis- und Lohnstatistiken, der Statistiken im Produzierenden Gewerbe und der Statistiken im Handel und Gastgewerbe geschehen.

Die Voraussetzungen, unter denen aufgrund der gesetzlichen Ermächtigung nach dem BStatG eine Anordnung durch Rechtsverordnung möglich ist, sind in § 6 Abs. 2 festgelegt. Danach kann die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates statistische Erhebungen durch Rechtsverordnung mit einer bis zu drei Jahren begrenzten Geltungsdauer anordnen, wenn

- die Ergebnisse zur Erfüllung bestimmter, im Zeitpunkt der Erhebung schon festliegenden Bundeszwecke erforderlich sind,
- die Erhebung nicht einen unbeschränkten Personenkreis erfaßt,
- die voraussichtlichen Kosten der Erhebung beim Bund und bei den Ländern zusammen 1 Mill. DM jährlich nicht übersteigen.

Nach allgemeiner Auffassung bedürfen auch Bundesstatistiken, die auf freiwilligen Auskünften beruhen, einer sie konkret anordnenden einzelstatistischen Rechtsgrundlage. Ausgenommen sind lediglich die auf freiwilliger Grundlage zur Vorbereitung statistischer Erhebungen gemäß § 6 Abs. 3 BStatG erfolgenden, in ihrem Umfang begrenzten Untersuchungen über die Brauchbarkeit von Fragebogen und des Erhebungsverfahrens sowie zur Prüfung der Auskunftspflicht und der statistischen Zuordnung. Eine solche Erprobung kann insbesondere bei schwierigen neuen

Statistiken notwendig sein und zu einer Kosteneinsparung bei der eigentlichen Erhebung beitragen.

Die statistische Auswertung von Unterlagen, die ausschließlich im Geschäftsgang von Bundesbehörden anfallen oder deren Bearbeitung sich vom Geschäftsgang nicht trennen läßt, ist ein verwaltungsinterner Vorgang. Für diese sogenannten Geschäftsstatistiken (§ 9 BStatG) ist eine spezielle Rechtsgrundlage daher entbehrlich. Geschäftsstatistiken können von den zuständigen Bundesministerien selbst durchgeführt oder dem Statistischen Bundesamt ganz oder teilweise übertragen werden.

Zum Schutz der Befragten ist der Mindestinhalt einer statistischen Rechtsgrundlage in § 7 Abs. 1 BStatG vorgeschrieben. Hiernach muß die Rechtsgrundlage die zu erfassenden Sachverhalte, die Art der Erhebung (Total- oder Repräsentativerhebung), die Berichtszeit (Stichtag oder Zeitraum), die Periodizität und den Kreis der Befragten (z. B. Inhaber von Betrieben oder Unternehmen, Halter von Kraftfahrzeugen) bestimmen.

Außerdem ist in der Rechtsgrundlage festzulegen, ob

- die Auskunftserteilung auf freiwilliger Basis erfolgen soll,
- die Statistik zentral vom Statistischen Bundesamt erhoben und aufbereitet werden soll.

Bei der Bestimmung der zu erfassenden Sachverhalte stehen sich der Anspruch des Befragten auf rechtsstaatlichen Schutz gegen Eingriffe in seine persönliche Freiheit und das berechtigte Anliegen von Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft nach einem wechselnde Bedürfnisse berücksichtigenden Frageprogramm gegenüber. Die zu erfassenden Sachverhalte müssen daher klar und zugleich flexibel formuliert werden. Hierbei ist besonders darauf Wert zu legen, daß Begriffe gefunden werden, die die erforderlichen Einzelfragen im Erhebungsbogen abdecken. Wie bereits in der Begründung zum StatGes von 1953 ausdrücklich erwähnt, sind die Begriffe »Kreis der Befragten« sowie »die zu erfassenden Tatbestände« so zu verstehen, daß nicht jede Einzelheit festgelegt, sondern nur der große Rahmen umschrieben werden soll. Der dadurch gegebene Spielraum ist nicht zuletzt auch wegen der methodischen Weiterent-

wicklung der Statistik notwendig. Ferner ist damit eine Entlastung des Gesetzgebers verbunden, der sonst schon wegen kleiner Änderungen in der Fragestellung der einzelnen Statistik bemüht werden müßte. Die bewährte Gesetzgebungspraxis wirkt sich bei den einzelnen Rechtsgrundlagen so aus, daß keine umfangreichen Fragenkataloge oder gar Erhebungsbogen zum Bestandteil der Rechtsgrundlage werden müssen.

Der Grundsatz allen Verwaltungshandelns, den Bürger nicht unnötig durch Maßnahmen der Verwaltung zu belasten, gebietet es, alle Möglichkeiten zur Einschränkung von Bundesstatistiken zu nutzen. Eine erhöhte Flexibilität in dieser Richtung bringt eine jetzt in das Bundesstatistikgesetz aufgenommene Bestimmung, die die Bundesregierung ermächtigt, Rechtsverordnungen zu diesem Zweck zu erlassen (§ 6 Abs. 4 BStatG). Wie schon bei einigen einzelstatistischen Rechtsvorschriften jüngeren Datums kann hiernach zukünftig generell die Durchführung einer Bundesstatistik oder die Erfassung einzelner Sachverhalte ausgesetzt werden, die Periodizität von Erhebungen verlängert sowie der Kreis der Befragten eingeschränkt werden, wenn die Ergebnisse nicht mehr oder nicht mehr in der ursprünglich vorgesehenen Ausführlichkeit oder Häufigkeit benötigt werden oder wenn tatsächliche Voraussetzungen für eine Statistik entfallen sind. Die Geltungsdauer einer solchen Rechtsverordnung ist allerdings auf höchstens drei Jahre beschränkt; diese Zeit reicht jedoch erfahrungsgemäß aus, eine Gesetzesänderung zur Statistikbereinigung in die Wege zu leiten.

2.1.2 Auskunfts- und Geheimhaltungspflicht

Das Grundgesetz gewährt dem einzelnen Bürger einen unantastbaren Bereich privater Lebensgestaltung, der der Einwirkung aller öffentlichen Gewalt entzogen ist. Nach einer Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts³⁾ muß jedoch jedermann als gemeinschaftsbezogener Bürger die Notwendigkeit statistischer Erhebungen über seine Person in gewissem Umfang als Vorbedingung für die Planmäßigkeit staatlichen Handelns hinnehmen. Wo die statistische Erhebung nur an das Verhalten des Individuums in der

Außenwelt anknüpft, wird die menschliche Persönlichkeit dadurch in aller Regel noch nicht in ihrem unantastbaren Bereich privater Lebensgestaltung erfaßt. Das gilt jedenfalls dann, wenn diese Angaben durch die Anonymität ihrer Auswertung den Persönlichkeitsbezug verlieren.

Unter Beachtung dieses allgemeinen Grundsatzes legt das Bundesstatistikgesetz grundsätzlich eine Auskunftspflicht für alle bei der Bundesstatistik Befragten fest. § 10 Abs. 1 bestimmt allgemein, daß alle natürlichen und juristischen Personen des Privatrechts sowie Personenhandelsgesellschaften und Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, Behörden und sonstige öffentliche Stellen des Bundes, der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände sowie deren Aufsicht unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts zur Beantwortung der ordnungsgemäß angeordneten Fragen verpflichtet sind. Der Kreis der für eine Bundesstatistik Auskunftspflichtigen wird in der Rechtsgrundlage zu der jeweiligen statistischen Erhebung konkret bestimmt.

Die Auskunftspflichtigen haben die Auskünfte wahrheitsgemäß, vollständig, fristgemäß sowie kosten- und portofrei zu erteilen. Damit ist klar gestellt, daß die Meldepflichtigen alle Kosten, die ihnen bei der Beantwortung statistischer Fragen entstehen, selbst zu tragen haben. Wenn das Bundesstatistikgesetz auch nicht ausdrücklich bestimmt, von wem und wie die Frist für die Auskunftserteilung festgelegt wird, so ist in der Rechtsprechung⁴⁾ anerkannt, daß die mit der amtlichen Statistik betrauten Stellen angemessene Fristen setzen dürfen.

Die statistische Auskunftspflicht, die es dem Staat erlaubt, notfalls mit Zwangsmitteln in die persönlichen und betrieblichen Verhältnisse der Auskunftspflichtigen einzudringen, findet ihr unverzichtbares Korrelat in der statistischen Geheimhaltung. Neben dem Schutz des einzelnen vor der Offenlegung seiner persönlichen und sachlichen Verhältnisse soll die Geheimhaltung das Vertrauensverhältnis zwischen dem Befragten und den statistischen Behörden wahren und die Berichtswilligkeit der Befragten sowie die Zuverlässigkeit ihrer Angaben garantieren. Schon von daher ist es geradezu selbstverständlich, daß die

³⁾ Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE), 27 Band, S 1ff

⁴⁾ Beschluß des Oberlandesgerichts Celle vom 23 Mai 1960, abgedruckt in »Neue Juristische Wochenschrift« 1961, S 185

statistische Geheimhaltung auch in den Fällen gilt, in denen Befragungen auf freiwilliger Grundlage durchgeführt werden. Die statistische Geheimhaltung hat wegen ihres hohen Stellenwerts auch Vorrang vor den Beistands- und Anzeigepflichten gegenüber den Finanzämtern nach den Bestimmungen der Abgabenordnung (§ 11 Abs. 1 Satz 2 BStatG).

Die traditionell strenge Handhabung der statistischen Geheimhaltung ist beim Erlass des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gewürdigt worden. Nach der Subsidiaritätsregelung des § 45 Satz 2 Nr. 1 BDSG haben die Geheimhaltungsbestimmungen des Bundesstatistikgesetzes Vorrang vor den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes.

Nach § 11 BStatG sind Einzelangaben über persönliche und sachliche Verhältnisse, die für eine Bundesstatistik gemacht werden, von den die Statistik durchführenden Personen und Stellen grundsätzlich geheimzuhalten. Sie dürfen nur im Ausnahmefall weitergeleitet werden und – abgesehen von der ausdrücklichen Einwilligung des Betroffenen – auch nur dann, wenn dies in einer speziellen Rechtsvorschrift ausdrücklich zugelassen und auf den Erhebungsvordrucken vorher bekanntgegeben worden ist.

Mit dieser Regelung ist es nicht der Verwaltung überlassen worden, zwischen dem Schutz des einzelnen vor einer Offenlegung seiner persönlichen und sachlichen Verhältnisse und den Wünschen der Konsumenten an einer weitergehenden Nutzung der für statistische Zwecke erhobenen Daten abzuwägen. Der Gesetzgeber hat diese Interessenabwägung bei jeder Ausnahmebestimmung in den einzelstatistischen Rechtsvorschriften zu treffen. Dabei ist festzulegen, welcher Empfängerkreis zu welchen Verwendungszwecken welche Einzelangaben ggf. unter Nennung von Name und/oder Anschrift erhalten darf. Unzulässig ist in jedem Fall die Verwendung von Erkenntnissen, die aus den Angaben gewonnen wurden, zu Maßnahmen gegen die Betroffenen.

Unter diesen Voraussetzungen ist in § 11 Abs. 3 BStatG für das Statistische Bundesamt, die Statistischen Landesämter sowie die sonstigen erhebenden Behörden und Stellen grundsätzlich das Recht und die Pflicht normiert, den fachlich zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden auf Verlangen Einzelangaben zuzuleiten. Diese bereits im Gesetz von 1953 vorgesehene sog. Dienst-

berichterstattung bildet auch den Rahmen für eine Weiterleitung an die von diesen Behörden bestimmten Stellen. Daneben kommen in Anlehnung an die seit Jahren in speziellen Gesetzen geübte Praxis »Sonstige Amtsträger und für den öffentlichen Dienst Verpflichtete« als Empfänger in Frage. Damit ist der Empfängerkreis in § 11 Abs. 3 BStatG abschließend aufgezählt und so abgegrenzt, daß er bei einem Verstoß gegen die Geheimhaltungspflicht auch strafrechtlich nach § 203 ff. StGB belangt werden kann. Soweit es sich nicht um Amtsträger handelt, sind die Empfänger nach dem Verpflichtungsgesetz⁵⁾ förmlich zu verpflichten.

Als Beispiele für eine mögliche Weiterleitung von Einzelangaben, in denen also ein berechtigtes Interesse Dritter an den für Zwecke der Bundesstatistik erhobenen Einzelangaben vorliegt, sind bei der erwähnten Dienstberichterstattung Fälle anzusehen, in denen eine Geheimhaltung der Einzelangaben für den Staat zu finanziell kaum vertretbaren Doppelbefragungen führen würde (z. B. § 8 Abs. 1 des Gesetzes über die Luftfahrtstatistik vom 30. Oktober 1967, § 4 Abs. 2 des Gesetzes über eine Düngemittelstatistik vom 15. November 1977). Außerdem kann es in gewissen Fällen naheliegend und zweckmäßig sein, die mit erheblichem Aufwand gewonnenen Zahlen nicht nur für die Bundesstatistik, sondern auch für statistische Arbeiten anderer Stellen und ggf. für andere Zwecke zu benutzen. So durften nach dem Volkszählungsgesetz 1970 Angaben aus der Zählung 1970 mit entsprechenden Unterlagen der Gemeinden verglichen und Einzelangaben für bestimmte Verwaltungszwecke weitergeleitet werden, teilweise jedoch nur ohne Nennung des Namens bzw. ohne Namen und Anschrift des Auskunftspflichtigen.

Insbesondere um die wissenschaftliche Auswertung von statistischen Angaben zu erleichtern, ist durch § 11 Abs. 5 in das Bundesstatistikgesetz eine Regelung aufgenommen worden, die eine Weiterleitung sog. anonymisierter Einzelangaben ausdrücklich gestattet. Einzelangaben, die so anonymisiert werden, daß sie Auskunftspflichtigen oder Betroffenen nicht mehr zuzuordnen sind, können damit von den Statistischen Ämtern weitergegeben werden. Durch diese Vorschrift wird die strenge

⁵⁾ Gesetz über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469) – Artikel 42 EGGStGB

statistische Geheimhaltung jedoch nicht beeinträchtigt, da die Statistischen Ämter vor einer Übermittlung solcher Daten sicherzustellen haben, daß nach ihrer Kenntnis eine Deanonymisierung ausgeschlossen werden kann.

Da lediglich die Angaben eines Auskunftspflichtigen den Geheimhaltungsschutz genießen, fallen aggregierte Angaben mehrerer Auskunftspflichtiger nicht unter die statistische Geheimhaltung (§ 11 Abs. 6 BStatG). Hiernach wäre sogar schon eine Weiterleitung oder Veröffentlichung statistischer Ergebnisse, die Angaben zweier Auskunftspflichtiger zusammenfaßt, rechtlich zulässig. In diesem Falle könnten aber beide Auskunftspflichtigen durch Differenzbildung die Angaben des anderen ermitteln. In der Praxis der Statistischen Ämter wird daher eine Zusammenfassung der Angaben von mindestens drei Auskunftspflichtigen vorgenommen. Wenn dabei jedoch die Angaben eines Befragten so stark überwiegen, daß praktisch die Verhältnisse eines Befragten offenbart würden, werden weitere Angaben zusammengefaßt.

Offenkundige Tatsachen, d. h. solche, die unmittelbar aus allgemein zugänglichen Quellen von jedermann ohne besondere Anstrengung entnommen werden können, dürfen von den Statistischen Ämtern weitergegeben werden. Zu den offenkundigen Tatsachen zählen insbesondere Einzelangaben, die bereits durch die Presse oder andere Publikationsorgane der Allgemeinheit mitgeteilt wurden.

Wie bereits erwähnt, kann der Auskunftspflichtige im Einzelfall auf den Geheimhaltungsschutz verzichten. In der Praxis wird hierfür eine schriftliche Erklärung des Befragten verlangt.

2.1.3 Strafen und Geldbußen

Die strenge Beachtung der statistischen Geheimhaltung wird dadurch gewährleistet, daß eine unbefugte Offenbarung von statistischen Einzelangaben durch die mit der Durchführung der Bundesstatistik betrauten Amtsträger und für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten unter Strafandrohung verboten ist. Eine Verletzung der Geheimhaltung kann nach den §§ 203 ff. StGB mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren geahndet werden. Bisher sind keine Strafverfahren wegen Verletzung der Geheimhaltungspflicht durchgeführt

worden. Dies kann als ein Zeichen dafür angesehen werden, daß die Statistischen Ämter die ihnen obliegende Geheimhaltung strikt und vollständig wahren.

Die Verletzung der Auskunftspflicht ist im Gegensatz zu Verstößen gegen die Geheimhaltungspflicht, die strafrechtlich als Vergehen gewertet werden, als Ordnungswidrigkeit eingestuft (§ 14 BStatG), die nach den Vorschriften des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) geahndet werden kann. Die Zuständigkeit zur Verfolgung und Ahndung von Auskunftspflichtverletzungen bei zentral erhobenen Bundesstatistiken ist durch Verordnung des Bundesministers des Innern vom 20. Dezember 1968 (BGBl. I S. 1410) dem Statistischen Bundesamt übertragen worden. Ordnungswidrigkeitenverfahren werden erst eingeleitet, wenn alle Versuche gescheitert sind, den Auskunftspflichtigen durch Erläuterungen über Zweck und Notwendigkeit der Statistik zur Auskunftserteilung zu bewegen. Sie sind damit die letzte und äußerste Maßnahme, um säumige Auskunftspflichtige nachdrücklich auf ihre Pflichten hinzuweisen. Die Zurückhaltung der Statistischen Ämter hat sich bewährt und in Verbindung mit geduldiger Aufklärungsarbeit (vgl. Abschnitt 6.2) dazu beigetragen, daß die Erhebungen mit einem hohen Grad an Auskunftserteilung fristgerecht abgeschlossen werden können.

2.2 Statistik für Zwecke der Europäischen Gemeinschaften

Nach den Verträgen sind die Europäischen Gemeinschaften (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Europäische Atomgemeinschaft) berechtigt, von den Mitgliedstaaten Auskünfte einzuholen und sich damit Kenntnis über Tatsachen zu verschaffen, die für ihre Maßnahmen wesentlich sind⁶⁾. Hierzu gehört auch die Bereitstellung statistischen Materials, die innerhalb der Europäischen Gemeinschaften (EG) dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (SAEG) übertragen ist (vgl. Abschnitt 7.1).

⁶⁾ Art 213 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25. März 1957 (BGBl. II S. 753, 766), Art 47 Abs. 1 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 18. April 1951 (BGBl. 1952 II S. 445) und Art 187 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft vom 25. März 1957 (BGBl. II S. 753, 1018).

Das SAEG greift hierbei zu einem großen Teil auf Angaben zurück, die bereits für nationale Zwecke zusammengestellt wurden. Zur Verbesserung der Vergleichbarkeit müssen diese Ausgangsdaten vielfach auf andere Begriffe, Gruppierungen usw. umgestellt werden. Diese »Harmonisierung« bereits vorhandener nationaler Statistiken reicht jedoch nicht immer aus, um die Informationsbedürfnisse der Gemeinschaften zu befriedigen. Deshalb machen die Europäischen Gemeinschaften in wachsendem Umfang von ihrer Möglichkeit zur supranationalen Rechtsetzung durch Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen Gebrauch.

Verordnungen der EG setzen unmittelbar in den Mitgliedstaaten geltendes Recht und gehen nationalen Rechtsnormen vor, während die Durchführung der in Richtlinien und Entscheidungen festgelegten Maßnahmen nach innerstaatlichem Recht erfolgt.

Bisher beschränken sich Verordnungen der Europäischen Gemeinschaften, sofern sie Statistiken anordnen, auf den Inhalt und die Durchführung dieser Statistiken sowie auf die Regelung von Auskunftspflicht und Geheimhaltung. Die Verfolgung und Ahndung von Verstößen gegen die Auskunftspflicht und Geheimhaltungspflicht bleibt dagegen inner-

staatlichen Regelungen überlassen. Nach § 12 BStatG gelten die Bestimmungen des BStatG auch für statistische Erhebungen, die durch unmittelbar geltende Rechtsakte der EG angeordnet werden, soweit sich aus diesen Rechtsakten nichts anderes ergibt.

Richtlinien der Europäischen Gemeinschaften verpflichten die Mitgliedstaaten, zweckdienliche Maßnahmen zur Erreichung des in der Richtlinie festgelegten Ziels zu treffen. Für die Durchführung von Statistiken in der Bundesrepublik Deutschland muß in diesem Falle zusätzlich eine bundesgesetzliche Regelung geschaffen werden, es sei denn, die mit der Richtlinie geforderten Angaben können bereits aufgrund bestehender Rechtsgrundlagen erhoben werden.

Entscheidungen der Europäischen Gemeinschaften können sich an die Mitgliedstaaten, aber auch an einzelne natürliche oder juristische Personen richten. Beispiele hierfür finden sich vor allem im Bereich der Landwirtschaftsstatistik⁷⁾.

7) Entscheidung der Kommission vom 7. April 1978 zur Schaffung eines gemeinschaftlichen Klassifizierungssystems der landwirtschaftlichen Betriebe (78/463/EWG) (Amtsbl. der EG Nr. L 148/1) Entscheidung der Kommission vom 8. Juli 1980 zur Festlegung des Tabellenprogramms und der Definitionen betreffend die statistischen Zwischenerhebungen der Rebflächen (80/764/EWG) (Amtsbl. der EG Nr. L 213/28)

3 Aufgaben und Ziele der Bundesstatistik

In den vorangegangenen Abschnitten sind die organisatorischen und rechtlichen Voraussetzungen aufgezeigt worden, unter denen die amtliche Statistik arbeitet. Im folgenden sollen die wichtigsten Gesichtspunkte dargelegt werden, die Aufbau und Inhalt der Bundesstatistik bestimmen und für die Weiterentwicklung des statistischen Instrumentariums maßgebend waren bzw. sind.

3.1 Breite und Vielseitigkeit des Aufgabengebiets

Wie bereits erwähnt, haben Parlament, Regierung, Verwaltung und Öffentlichkeit in allen hochindustrialisierten Staaten mit weltweiten Verflechtungen einen großen, immer noch steigenden Informa-

tionsbedarf. Sie sind daher auf systematische Sammlung und Bereitstellung von Informationen aller Art angewiesen. Dabei geht es sowohl um die Durchleuchtung von Einzelfragen als auch um die Klärung von Gesamtzusammenhängen.

Eine der vielseitigsten Informationsquellen für diese Zwecke ist die amtliche Statistik. Ihre Ergebnisse sind unentbehrlich für

- die Untersuchung und Beobachtung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation und ihrer Entwicklung,
- die Vorbereitung von Planungen und Entscheidungen sowie
- die Kontrolle der Auswirkungen dieser Maßnahmen.

Wichtig ist, daß die Statistik nicht nur Fakten und Probleme als solche nachweist, sondern auch Größenordnungen aufzeigt. Wegen der Vielschichtigkeit und des raschen Wechsels der Fragestellungen muß das statistische Informationsangebot umfassend und zugleich differenziert sein. Gestiegen sind auch die Anforderungen an die Qualität der Ergebnisse (Genauigkeit, Zuverlässigkeit, Aktualität, Vergleichbarkeit usw.) und an eine problem- und benutzergerechte Darbietung.

In der Bundesrepublik Deutschland sind die meisten amtlichen Statistiken, wie bereits erwähnt, Bundesstatistiken. Auftraggeber und Hauptkonsument der Bundesstatistiken sind die gesetzgebenden Körperschaften des Bundes bzw. die Bundesregierung und innerhalb der Bundesregierung, wenn auch in unterschiedlichem Maße, praktisch alle Ministerien. Für einen besonders großen Teil ist das Bundeswirtschaftsministerium federführend.

Die Ergebnisse vieler Statistiken werden jedoch nicht nur vom federführenden Ministerium, sondern auch von zahlreichen anderen Ressorts benutzt, wie z. B. die Daten der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung, der laufenden Bevölkerungsstatistiken und der Erwerbstätigkeitsstatistiken, die Konjunkturindikatoren, die Preisindizes, die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen usw. Während früher Statistiken häufig nur für spezielle Verwaltungsaufgaben erhoben wurden und damit einen begrenzten Verwendungszweck hatten, überwiegt heute der Anteil der vielseitig benutzten Statistiken. Das hängt damit zusammen, daß systematischer für große Bereiche geplant wird und auch Einzelmaßnahmen im großen Zusammenhang gesehen werden.

Benutzer der Bundesstatistiken sind aber nicht nur Bundesstellen, sondern in erheblichem Maße auch die Länder und Gemeinden. Beide haben ebenfalls ein starkes Interesse daran, ihre Wünsche in der Bundesstatistik verwirklicht zu sehen und außerdem wirksame Möglichkeiten, dies durchzusetzen. Das gilt insbesondere für die Länder, deren Informationsbedürfnisse nach dem Bundesstatistikgesetz bei der Anordnung der einzelnen Statistiken zu berücksichtigen sind, weil sie den überwiegenden Teil der Bundesstatistiken als eigene Angelegenheit und damit auf eigene Kosten durchführen.

Erhebliche Anforderungen kommen ferner von den supra- und internationalen Organisationen, vor

allem von den Europäischen Gemeinschaften, die ein eigenes, z. T. unmittelbar in den Mitgliedstaaten wirkendes Anordnungsrecht für Statistiken haben. Neben der Einführung neuer Statistiken spielt hier die Harmonisierung vorhandener nationaler Statistiken eine beträchtliche Rolle (vgl. Kapitel 7).

Jeder moderne Staat sieht es ferner als seine Pflicht an, in ausreichendem Umfang den Informationsbedarf der an der politischen Willensbildung beteiligten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organisationen (Parteien, Sozialpartner, Verbände, Kammern usw.) zu decken. Das gleiche gilt – im Interesse einer gut funktionierenden Marktwirtschaft – auch für viele Informationsbelange der Wirtschaft selbst. So ist z. B. der Umfang der Produktions- und der Außenhandelsstatistik nicht zuletzt durch die Wünsche der Unternehmen und ihrer Verbände bestimmt.

In der Begründung zum Bundesstatistikgesetz von 1980 ist der vielfältige Informationsbedarf des großen und heterogenen Benutzerkreises statistischer Zahlen ausdrücklich anerkannt und seine angemessene Berücksichtigung zugesichert worden. Ungeachtet der erheblichen und z. T. divergierenden Ansprüche an das statistische Arbeitsprogramm, die sich hieraus ergeben, sieht der Gesetzgeber in der weitgehenden Konzentration der Anforderungen auf die Bundesstatistik Vorteile für eine sinnvolle Koordinierung der Benutzerwünsche und ihre rationelle Erfüllung. Außerdem wird damit gewährleistet, daß die Benutzer von Statistiken bei Untersuchungen und Verhandlungen weitgehend von demselben Zahlenmaterial ausgehen. Dies hat sich vielfach bewährt und trägt zur Versachlichung wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Diskussionen bei.

Die amtliche Statistik liefert vielfach auch das Ausgangsmaterial für die Forschung auf dem Gebiet der Bevölkerungs-, Sozial-, Wirtschafts- und Finanzwissenschaft. Sie muß daher auch deren Bedürfnisse berücksichtigen. Die Bindungen zwischen amtlicher Statistik und Wissenschaft sind deshalb auf einigen Gebieten besonders eng. Durch die Mitgliedschaft von zwei Vertretern der Hochschulen im Statistischen Beirat ab 1980 soll u. a. auch eine weitere Annäherung zwischen Theorie und Anwendung der Statistik sowie zwischen Statistik und Sozial- und Wirtschaftswissenschaften erreicht werden.

Der Vielfalt der Benutzer und Verwendungszwecke entspricht die Breite und Vielseitigkeit des Auf-

gabengebiets der Bundesstatistik und damit des Statistischen Bundesamtes. Da das Programm der amtlichen Statistik ständig an neue und gewandelte Fragestellungen angepaßt wird, ist es im Laufe der Jahre immer umfassender und differenzierter geworden. Die Bundesstatistik bietet heute eine Fülle von Daten aus fast allen Lebens- und Tätigkeitsbereichen, die einer quantitativen Erfassung zugänglich sind, und ermöglicht damit – abgesehen von einigen schwer zu schließenden Lücken – eine umfassende Beobachtung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation, ihrer Entwicklungstendenzen und Strukturwandlungen.

3.2 Entwicklung eines statistischen Gesamtbilds

Das statistische Arbeitsprogramm ist – wie erwähnt – im letzten Jahrzehnt vor allem durch das Anwachsen der öffentlichen Aufgaben und die zunehmende Tendenz zur systematischeren Planung im gesamten staatlichen Bereich bestimmt worden. Diese Entwicklung ist u. a. dadurch gekennzeichnet, daß neben völlig neuen Aufgabengebieten – wie dem Umweltschutz – immer mehr in sich geschlossene Problemkreise in den Vordergrund des Interesses gerückt sind. Die Staatstätigkeit wendet sich dabei in immer größerem Umfang der Planung und Ordnung ressortübergreifender Aufgabenbereiche, wie Bildungswesen, Soziale Sicherheit, Arbeitsmarktpolitik usw., zu. Dieses Denken in Gesamtzusammenhängen verlangt auch von der amtlichen Statistik eine Gesamtschau und die Berücksichtigung vielfältiger Wechselwirkungen. Die besonderen Bemühungen des Statistischen Bundesamtes gehen deshalb seit langem dahin, nicht nur Teilinformationen, sondern ein in sich geschlossenes, vielseitig verwendbares und gut koordiniertes statistisches Gesamtbild von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft bereitzustellen.

Unter diesen Gesichtspunkten wird ständig daran gearbeitet,

- die verschiedenen Statistiken in sachlicher, zeitlicher und regionaler Hinsicht so gut wie möglich zu koordinieren,

- die Ergebnisse in zusammengefaßter problem- bzw. sachgebietsbezogener Form bereitzustellen,
- sie – wenn möglich – zu geschlossenen Gesamtdarstellungen weiterzuverarbeiten und sichtbar gewordene Lücken im Gesamtbild zu füllen.

Die Bestrebungen um Koordinierung sind hauptsächlich auf eine umfassende Abstimmung der Erhebungsbereiche, Darstellungseinheiten, Tatbestände und Merkmale, Definitionen, systematischen Gliederungen, Zuordnungsprinzipien, Periodizitäten usw. ausgerichtet. Anzustreben sind ferner eine Präzisierung der zu untersuchenden Sachverhalte und eine bessere Abstimmung der Frage- und Tabellenprogramme auf die Bedürfnisse aller Konsumenten und zugleich auf die Beantwortungsmöglichkeiten der Befragten.

Für die Abstimmung in zeitlicher Hinsicht ist vor allem die Überlegung maßgebend, die regelmäßig wiederkehrenden Statistiken mit kurzfristiger oder jährlicher Periodizität mit den in längerfristigen Zeitabständen stattfindenden Zählungen zu verzahnen. Auf diese Weise werden die Angaben aus laufenden Statistiken, die ein Bild der kurzfristigen Wirtschafts- und Konjunkturentwicklung und der Bevölkerungsbewegung zeichnen, regelmäßig durch Strukturdaten ergänzt. Eine umfassende Neuordnung, die u. a. diesen Grundgedanken Rechnung trägt, ist in den vergangenen Jahren in wichtigen Wirtschaftsbereichen erfolgt. Zu erwähnen sind vor allem die Reform der Agrarstatistik, der Statistiken im Produzierenden Gewerbe und der Handels- und Gastgewerbestatistiken.

Die Koordinierung des statistischen Programms in regionaler Hinsicht gewinnt angesichts des Bedarfs an regionalisierten Daten weiterhin an Bedeutung. Zugenommen hat – neben den Anforderungen der Länder und Kommunen – vor allem das Interesse des Bundes an regional tief gegliederten Daten für administrative und nichtadministrative Raumeinheiten. Das Statistische Bundesamt bemüht sich, im Rahmen des Möglichen diesen Anforderungen Rechnung zu tragen.

Grenzen der Koordinierungsmöglichkeiten ergeben sich insbesondere dadurch, daß viele Statistiken, die an Verwaltungsvorgänge anknüpfen, hinsichtlich der erhobenen Sachverhalte an die vor-

gegebenen gesetzlichen Definitionen (z. B. des Steuerrechts, des Arbeitsrechts usw.) gebunden sind. Da sich die amtliche Statistik über diese vorgegebenen Definitionen nicht hinwegsetzen kann, bleibt ihr zur Verbesserung der angestrebten Kombinierbarkeit der Ergebnisse aus verschiedenen Statistiken häufig nur der Weg, behelfsweise durch Umrechnungen, Umgruppierungen oder Umschätzungen die Abweichungen zwischen den vorgefundenen und den volkswirtschaftlich erwünschten Begriffen einzuschränken bzw. zu beheben. So werden mit Erfolg Schätzmethoden schon seit langem in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (einschl. der Aufstellung von Input-Output-Tabellen) angewandt. Für diese Arbeiten werden die Ergebnisse fast aller Statistiken – insbesondere der Wirtschaftsstatistiken – herangezogen, auf die erwünschten Begriffsbestimmungen und Abgrenzungen abgestellt und ergänzt.

Umrechnungen und Umgruppierungen sind meist auch notwendig, wenn kombinierbares Material für die Durchleuchtung anderer großer Problemkreise zur Verfügung gestellt werden soll. Die ineinandergreifenden Planungen auf den verschiedensten Gebieten machen es erforderlich, aus einer Vielzahl von statistischen Quellen Material in problem- und bedarfsorientierter Form bereitzustellen. Hierbei werden hohe Anforderungen an die Flexibilität des Datenangebots gestellt, die neben den bereits erwähnten Umrechnungen auch Sonderaufbereitungen des Einzelmaterials erfordern. Zu einigen größeren Problemkreisen hat das Statistische Bundesamt in den letzten Jahren Querschnittsveröffentlichungen herausgegeben (vgl. Abschnitt 5.1). Einen wichtigen Beitrag zur benutzergerechten Darbietung leistet auch das Statistische Informationssystem des Bundes (STATIS-BUND), das umfangreiches Informationsmaterial der amtlichen Statistik auf Abruf in beliebiger Kombination liefert (vgl. Abschnitt 5.4).

Als Beispiel für die Weiterverarbeitung statistischer Ergebnisse zu geschlossenen Gesamtdarstellungen seien vor allem die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einschl. der Input-Output-Tabellen, der Finanzierungsrechnung und der Kapitalstockberechnungen erwähnt. Das System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen hat sich zugleich als allgemeiner Orientierungsrahmen für die Ausgestaltung und Weiterentwicklung des Programms der amtlichen Stati-

stik und für die Abstimmung der einzelnen statistischen Erhebungen untereinander bewährt. Die Darstellung des Wirtschaftskreislaufs in der gegenseitigen Abhängigkeit von Güterproduktion und -verwendung, Einkommensentstehung, -verteilung und -verwendung sowie Vermögensbildung und ihrer Finanzierung läßt Lücken und Unzulänglichkeiten im Datenangebot der Statistik besonders deutlich erkennen. Daraus ergeben sich wichtige Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung und Abrundung des Programms der Bundesstatistik.

Die gleiche Bedeutung kommt dem bei den Vereinten Nationen entwickelten Rahmenwerk für die Koordinierung und Integration der Bevölkerungs- und Sozialstatistiken zu. Allerdings sind die Voraussetzungen, auch auf diesem Gebiet ein den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vergleichbares geschlossenes System zu schaffen, ungünstiger, da es bisher keine umfassende, allgemein akzeptierte Theorie der Bevölkerung und ihrer sozialen Entwicklung gibt, die eine Richtschnur für die Ausgestaltung eines solchen Systems bilden könnte. Größere praktische Bedeutung kommt daher den vor allem von internationalen Organisationen entwickelten Zusammenstellungen Sozialer Indikatoren zu. Mit ihnen wird ein möglichst umfassender Überblick über die gesellschaftliche Situation und die Lebensbedingungen der Bevölkerung angestrebt.

Den Bemühungen, Lücken zu füllen und das Programm der Bundesstatistik auf rationelle Weise weiterzuentwickeln, kommen vor allem die verbesserten Möglichkeiten der Datengewinnung aus automatisierten Verwaltungsunterlagen zustatten (vgl. Abschnitt 4.2). Soweit die von der amtlichen Statistik benötigten Einzelangaben ohnehin bei Dienststellen der öffentlichen Verwaltung in einer Form vorliegen, die den methodischen und technischen Anforderungen der Statistik genügt, wird schon seit jeher auf aufwendige originäre Erhebungen verzichtet und stattdessen auf diese Unterlagen – sekundärstatistisch – zurückgegriffen. Mit dem verstärkten Übergang von manuellen Erfassungsmethoden zur maschinellen Bearbeitung von Verwaltungsvorgängen haben sich in den letzten zehn Jahren die Voraussetzungen zur Durchführung von Sekundärstatistiken weiter verbessert. Allerdings sind dabei alle Anforderungen der Datenschutzgesetzgebung zu beachten.

Als Beispiel für die Möglichkeiten, aber gleichzeitig auch die Grenzen der Datengewinnung aus automatisierten Verwaltungsunterlagen sei der Aufbau der laufenden Statistik der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer erwähnt, die auf der Einführung des neuen Meldeverfahrens zur Sozialversicherung und dem Datenverbund zwischen den Sozialversicherungsträgern und der Bundesanstalt für Arbeit basiert. Die Angaben aus dieser Quelle haben die Datenbasis über die Beschäftigten wesentlich verbessert. Da diese Statistik aber nur die der Sozialversicherungspflicht unterliegenden Arbeitnehmer einbezieht, muß zur Gewinnung eines Gesamtbildes der Beschäftigung ergänzend Material aus anderen Erhebungen herangezogen werden.

Der zunehmende Einsatz der automatischen Datenverarbeitungsanlagen zwingt dazu, in immer stärkerem Maße von verbalen Bezeichnungen auf Nummern überzugehen. Dieser Entwicklung wird im Bereich der amtlichen Statistik unter strikter Beachtung der Geheimhaltungsbestimmungen durch Einführung von internen Betriebsnummern und den Aufbau von Karteien bzw. Dateien für verschiedene Wirtschaftsstatistiken bereits Rechnung getragen, insbesondere im Bereich der Landwirtschaftsstatistiken durch den Aufbau von Betriebsregistern und bei den Statistiken im Produzierenden Gewerbe durch Einführung einer Kartei für Unternehmen und Betriebe (vgl. Abschnitt 4.3).

Der Verwendung solcher statistikinterner Nummern ist allerdings die Einführung bundeseinheitlicher, nach einheitlichen Systematiken aufgebauter Nummerungssysteme vorzuziehen. Wenn alle Datenschutzfragen gelöst sind, ermöglicht die Verwendung von Nummern als Verknüpfungszeichen nicht nur die maschinelle Datenkorrespondenz zwischen verschiedenen Datenträgern in Verwaltung und Wirtschaft mit allen ihren Vorteilen, sondern erlaubt auch die Durchführung von Verlaufsstatistiken und die stärkere Ausschöpfung des Materials durch die Kombination von Einzelangaben aus verschiedenen Statistiken. Beides kann zur Bereicherung und Vervollständigung des statistischen Instrumentariums beitragen. Das Statistische Bundesamt sieht sich daher aufgefordert, an Arbeiten zur Nummerung von Personen, Unternehmen, Waren usw. – ebenso wie bei allen statistikrelevanten Automationsvorhaben der Verwaltung – in einem möglichst frühen Stadium mitzuwirken. Diesen Anliegen trägt auch das neue Bun-

desstatistikgesetz Rechnung, das ein entsprechendes Recht des Statistischen Bundesamtes im Aufgabenkatalog des Amtes verankert hat.

Seit jeher ist es für die Weiterentwicklung des statistischen Gesamtbildes entscheidend, die Belange der verschiedenen an der amtlichen Statistik beteiligten und interessierten Gruppen aufeinander abzustimmen. Die institutionellen Voraussetzungen für eine Abstimmung auf nationaler Ebene sind bereits im Abschnitt über die »Organisation der Bundesstatistik« dargelegt. Es sei hier kurz wiederholt, daß die verschiedenen »Konsumenten«, »Produzenten« und »Lieferanten« der Statistik im Statistischen Beirat und seinen Gremien (Fachausschüsse, Arbeitskreise, Referentenbesprechungen mit den Statistischen Landesämtern) sowie in Ressortbesprechungen bzw. Tagungen des Interministeriellen Ausschusses für Koordinierung und Rationalisierung der Statistik und des Abteilungsleiterausschusses Statistik über das Programm sowie über die methodischen und erhebungstechnischen Fragen der amtlichen Statistik beraten. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Kontakte mit anderen nationalen Gremien.

3.3 Die einzelnen Aufgabengebiete

Während in den Jahren des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst die Gewinnung von Bestands- und Entwicklungsdaten über Bevölkerung und Wirtschaft vordringlich war, rückten in einer zweiten Entwicklungsphase u. a. Angaben über weltwirtschaftliche Verflechtungen und Wettbewerbsfähigkeit, über Preise und Kosten, über Konjunkturschwankungen, über Fragen der Tarifpolitik und der Einkommensverteilung, über die Situation benachteiligter Bevölkerungsgruppen usw. stärker in den Vordergrund. Später verlagerte sich das Gewicht noch weiter auf gesellschaftspolitische Probleme, wie z. B. Bevölkerungsentwicklung, berufliche Mobilität, Bildungswesen, Umweltschutz, Regionalpolitik und Vermögensverteilung. Angesichts der vielfältigen Probleme der Weltwirtschaft wendet sich das Interesse neuerdings wieder verstärkt den Wirtschaftsstatistiken zu. Im Mittelpunkt stehen dabei u. a. Fragen der Beschäftigung, der Konjunkturschwankungen und des Wirtschaftswachstums, der Energieversorgung und des Strukturwandels.

Im folgenden werden der Stand der Arbeiten und einige wesentliche Fortschritte beim Ausbau des statistischen Arbeitsprogramms – hauptsächlich bezogen auf die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes – dargestellt. Auf die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird dabei nur am Rande eingegangen, da ihre Sonderstellung und ihr Einfluß auf die Weiterentwicklung des statistischen Instrumentariums an anderer Stelle ausführlich behandelt werden (vgl. Abschnitt 3.4.1).

3.3.1 Bevölkerungs- und Erwerbstätigkeitsstatistik

Grundlage der Bevölkerungsstatistik bilden die in etwa 10jährigen Abständen stattfindenden Volkszählungen, die als Totalzählungen wichtige demographische Strukturzahlen – auch über Haushalte und Familien sowie über die sozioökonomische Gliederung der Bevölkerung – bereitstellen. Daneben fallen aus den Gebäude- und Wohnungszählungen, die in erster Linie der Beschaffung von Angaben über die Wohnverhältnisse dienen, einige bevölkerungsstatistische Grunddaten an. In gewissem Umfang gilt das auch für die 1%-Wohnungsstichproben, die in mehrjährigen Abständen durchgeführt werden.

Die wichtigste Ergänzung im kurzfristigen System der Bevölkerungsstatistiken stellt der Mikrozensus dar, der 1957 als Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens eingeführt und ab 1975 auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt wurde. Das Grundprogramm des Mikrozensus wird jährlich mit einem Auswahlsatz von 1% der Bevölkerung erhoben. Neben der Ermittlung wichtiger demographischer Merkmale dient der Mikrozensus vor allem der sachlichen Vertiefung der Zählungsdaten und der Bereitstellung aktueller Informationen. Durch den Einsatz von Interviewern können vor allem auch komplizierte Sachverhalte ermittelt werden.

Zur laufenden Fortschreibung der Bevölkerung werden die Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen und Ehescheidungen) und der Wanderungsstatistik (Zu- und Fortzüge) herangezogen. Eine wichtige Ergänzung des statistischen Instrumentariums stellt auch die Ausländerstatistik nach dem Ausländerzentralregister dar. Zum ständigen

Arbeitsprogramm der Bevölkerungsstatistik gehören ferner die Aufstellung von Tafelberechnungen über Sterblichkeit, Heirats- und Geburtenhäufigkeit, Ehedauer usw. sowie von koordinierten Bevölkerungsvorausschätzungen für Bund und Länder bzw. entsprechender Modellrechnungen.

Statistische Angaben über Erwerbstätigkeit und Beschäftigung sind unter zwei verschiedenen Aspekten von Bedeutung. Im Mittelpunkt der gesellschafts- und sozialpolitischen Betrachtungsweise steht die Bevölkerung und ihre Beteiligung am Erwerbsleben in der Gliederung nach demographischen und sozialen Merkmalen, während unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten in erster Linie der Produktionsfaktor Arbeit und seine Verknüpfung mit anderen ökonomischen und sozialen Tatbeständen interessieren. Das System der deutschen Statistik ist durch die Befragung von Personen (Erwerbskonzept) und die Erfassung von Beschäftigten über die Betriebe (Beschäftigtenkonzept) auf beide Untersuchungsziele ausgerichtet. Eine Brücke zwischen beiden Ansätzen wird durch die Statistik der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer geschlagen. Sie erbringt bisher vierteljährlich Angaben über persönliche, versicherungsbezogene und wirtschaftliche Merkmale, insbesondere auch in tiefer regionaler Gliederung; in absehbarer Zukunft werden für diese Beschäftigtengruppe zusätzlich jährliche Angaben über Entgelte und Beschäftigungsdauer zur Verfügung stehen. Damit ist auch das Ausgangsmaterial für die Schätzungen der Erwerbstätigen und des von ihnen geleisteten Arbeitsvolumens erheblich verbessert worden.

Für die Ermittlung der Unterhaltsquellen der Bevölkerung und die Erfassung der Erwerbspersonen nach dem Erwerbskonzept stellen die mit der Volkszählung verbundenen Berufszählungen und der Mikrozensus die wichtigsten Informationsquellen dar. In den Mikrozensus integriert sind in der Bundesrepublik Deutschland die gemeinsamen Stichprobenerhebungen über Arbeitskräfte der Europäischen Gemeinschaften. Mit ihnen wird eine Harmonisierung von Grunddaten der Erwerbstätigkeitsstatistiken und die Ermittlung vergleichbarer Angaben über Niveau und Entwicklung der Beschäftigung und Arbeitslosigkeit angestrebt. Zugleich sind mit diesen, in zweijährigem Turnus stattfindenden Stichprobenerhebungen Sonderbefragungen über wechselnde erwerbsstatistische Fragen verbunden (so u. a. über schulische

und berufliche Ausbildung, über Arbeitsbedingungen usw.). Über die Zusammenhänge zwischen Ausbildung und Erwerbstätigkeit liegen ferner Angaben aus den Volkszählungen und dem Mikrozensus vor.

Nach dem Beschäftigtenkonzept fallen die umfassendsten Angaben aus den im allgemeinen in Verbindung mit den Volkszählungen stattfindenden Arbeitsstättenzählungen an. Als Rahmenzählungen erstrecken sich Arbeitsstättenzählungen auf alle Wirtschaftsbereiche (mit Ausnahme der Landwirtschaft) und vermitteln damit einen Überblick über Arbeitsstätten, Unternehmen und die darin beschäftigten Personen in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung. Zugleich bilden sie die Basis für nachfolgende Bereichszählungen, die im Abstand von einigen Jahren detailliertes Material über Zahl und Struktur der Beschäftigten in einzelnen Wirtschaftsbereichen bereitstellen. Daneben gibt es ein ausgebautes System kurzfristiger Statistiken, mit denen Beschäftigtenzahlen ebenfalls vom Betrieb her ermittelt werden. Hierzu gehören Erhebungen in der Landwirtschaft, im Produzierenden Gewerbe, im Handel und Gastgewerbe, im Verkehr und in Teilbereichen des Dienstleistungsgewerbes. Für den öffentlichen Dienst sind aus der Personalstatistik detaillierte Angaben verfügbar. Beschäftigtenzahlen für die gesamte Wirtschaft fallen aus der bereits erwähnten Statistik der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer an.

3.3.2 Statistiken über die Wirtschaft und ihre Bereiche

In der Wirtschaft und ihren Bereichen werden zahlreiche Statistiken durchgeführt, die laufend oder in ein- bzw. mehrjährigen Abständen sachlich und regional mehr oder minder tief gegliedertes Material für die Konjunktur- und Strukturbeobachtung liefern. Besonders intensiv werden die Landwirtschaft und das Produzierende Gewerbe durchleuchtet. Viele wichtige Daten sind auch für Handel, Verkehr, Kreditinstitute und Versicherungen vorhanden. Relativ unzureichend ist dagegen noch die Erfassung des sonstigen Dienstleistungsgewerbes und der Freien Berufe.

Als wichtigste Tatbestände werden in den Wirtschaftsstatistiken im allgemeinen Zahl und Struk-

tur der Unternehmen und Betriebe, Produktionsgrundlagen (Beschäftigte, Grund und Boden, Gebäude, Maschinen usw.), Auftragseingänge und -bestände, Produktionsaufwand (Materialverbrauch und Wareneingänge, umgesetzte Handelsware, Personal- und sonstige Kosten), Produktionsergebnisse (Umsätze, Warenproduktion, Verkehrsleistungen usw.), Betriebs- und Unternehmensergebnis, Vermögens- und Kapitalstruktur, Investitionen (Anlagen, Vorräte), Finanzierung, Zahlungsschwierigkeiten, Außenhandel, Preise usw. erhoben. Im einzelnen gibt es allerdings erhebliche Abstufungen. Unternehmen und Betriebe, Beschäftigte, Löhne und Gehälter, Produktionszahlen, Umsätze, Preise und Zahlungsschwierigkeiten werden in weiten Bereichen und relativ häufig erfaßt. Auch die Warenströme im Außenhandel werden laufend detailliert nachgewiesen. Die Ermittlung der Kostenstruktur und der Investitionen erfolgt in jährlichem oder mehrjährigem Turnus. Daten über Unternehmensergebnisse, Sachkapital, Vermögens- und Kapitalstruktur, Finanzierung und dgl. liegen nur für Teilbereiche der Wirtschaft vor.

Differenziert man nach dem Erhebungsbereich, so kann man zwischen Statistiken unterscheiden, die sich auf die gesamte Wirtschaft erstrecken, und solchen, die nur Teile abdecken. Beispiele für umfassende Erhebungen sind die Arbeitsstättenzählungen, die für die gesamte Volkswirtschaft (mit Ausnahme des Agrarbereichs) ein – wenn auch nur grobes – Strukturbild vermitteln, ferner die Umsatzsteuerstatistiken, die Einheitswertstatistiken, die Bilanzstatistiken und die Statistiken der Zahlungsschwierigkeiten. Daneben stehen wichtige Strukturzahlen aus den Bereichsstatistiken, die jährlich oder in mehrjährigen Abständen für Ausschnitte der Wirtschaft durchgeführt werden, zur Verfügung. Aus dieser Quelle fällt u. a. Material zur Ermittlung der Nettoproduktionswerte und der Roherträge, der Zusammensetzung der Wareneingänge und des Handelssortiments sowie zur Feststellung weiterer wichtiger Daten über die Unternehmens- und Betriebsstruktur an.

Die Gewinnung von Strukturdaten aus Bereichsstatistiken ist in den vergangenen Jahren zum Teil entscheidend verbessert worden. Die Bestrebungen auf diesem Gebiet gehen dahin, die in längeren Abständen durchgeführten, relativ schwerfälligen und aufwendigen Zählungen durch Jahreserhe-

bungen zu entlasten. Ungeachtet dessen bleiben Bereichszählungen als totale, tief gegliederte Bestandsaufnahmen in größeren Zeitabständen unentbehrlich. In der verstärkten Hinwendung zur kurz- und mittelfristigen Berichterstattung spiegelt sich vor allem das Bemühen wider, das Arbeitsprogramm der amtlichen Statistik noch flexibler als bisher auf aktuelle Fragestellungen und neuere Entwicklungen auszurichten.

Mit den jährlich oder in mehrjährigen Abständen durchgeführten Erhebungen abgestimmt und verzahnt ist das System der kurzfristigen Berichterstattung, das insbesondere der Beobachtung des Wirtschaftsablaufs dient. Für kurzfristige Analysen liegt in monatlichen und/oder vierteljährlichen Zeitabständen ein vielfältiges Zahlenangebot aus verschiedenen Wirtschaftsstatistiken vor. Aus den kurzfristigen Berichtssystemen im Bereich des Produzierenden Gewerbes, der Bau-, Handwerks- und Handelsberichterstattung sind als wichtige Konjunkturindikatoren u. a. Angaben über Beschäftigung, Umsätze, Brutto-lohn- und -gehaltsummen sowie Produktions- und Preisindizes verfügbar. Für das Verarbeitende Gewerbe und das Bauhauptgewerbe werden ferner Auftragseingänge und Auftragsbestände und für das Produzierende Gewerbe in tief gegliederter Form die Warenproduktion erfaßt.

In den vergangenen Jahren sind die Statistiken für wichtige Wirtschaftsbereiche entsprechend umgestaltet und ausgebaut worden. Dies gilt vor allem für die Einführung jährlicher Unternehmenserhebungen im Bereich der Verkehrsstatistiken, die Weiterentwicklung des bestehenden Systems landwirtschaftsstatistischer Erhebungen zur laufenden Agrarberichterstattung, die Reform der Statistiken im Produzierenden Gewerbe und die Neugestaltung der Statistiken des Handels und Gastgewerbes sowie der Beherbergungsstatistiken.

Im Bereich der Landwirtschaft sind die Statistiken über die Betriebe und ihre Erzeugung vor allem durch die Einführung der Agrarberichterstattung ergänzt und zu einem gut abgestimmten System weiterentwickelt worden. Dabei werden die in den landwirtschaftlichen Betrieben regelmäßig erhobenen Angaben über Bodennutzung, Viehhaltung und Arbeitskräfte ohne zusätzlichen Erhebungsaufwand zusammengeführt und betriebsweise ausgewertet.

Im Produzierenden Gewerbe ist – unter Berücksichtigung vielfältiger nationaler und internationaler Anforderungen – ebenfalls eine Vereinheitlichung und Zusammenfassung der Statistiken erreicht worden. Dabei war der Gedanke maßgebend, die Berichterstattung im gesamten Produzierenden Gewerbe, d. h. im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe und in der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung, so zu gestalten, daß – unter weitgehender Beibehaltung des bisherigen Erhebungssystems – ein konsistentes System entstand. Für den gesamten Bereich gelten nunmehr weitgehend einheitliche Regelungen; außerdem werden – neben Daten für Betriebe – in stärkerem Maße Daten für Unternehmen erhoben. Darüber hinaus ist vorgesehen, Angaben für fachliche Unternehmensteile zu ermitteln. Ferner wurde eine jährliche repräsentative Kostenstrukturstatistik (mit Auskunftspflicht) eingeführt und mit den kurzfristigen Statistiken und den Zensen verzahnt.

Der Bereich der Baustatistiken ist u. a. durch Ausdehnung der Bauberichterstattung auf das Ausbaugewerbe und den Fertigteilbau und die Reform der Bautätigkeitsstatistik auf neue Anforderungen ausgerichtet worden. Dadurch ist die angestrebte Erfassung der Bautätigkeit vom Einsatz der Produktionsfaktoren bis hin zum fertigen Bauergebnis wesentlich verbessert worden.

Das integrierte statistische Berichtssystem im Handel und Gastgewerbe umfaßt nach der Neuordnung durch das Handelstatistikgesetz von 1978 Handels- und Gaststättenzählungen als Totalerhebungen, repräsentative Monats- und Jahreserhebungen und ergänzende Repräsentativerhebungen zu den Jahreserhebungen.

Im Bereich der Reiseverkehrsstatistiken sind mit der Neuregelung der Beherbergungsstatistik und der Handels- und Gaststättenzählung die Voraussetzungen für eine Gesamtdarstellung verbessert worden, in die auch die Mikrozensusbefragungen über Urlaubs- und Erholungsreisen einbezogen werden.

Im Bereich der sonstigen Dienstleistungen wurden im letzten Jahrzehnt eine jährliche Pressestatistik und jährliche Erhebungen im Bereich der Filmwirtschaft eingeführt.

Zusätzliche Anforderungen hinsichtlich des Nachweises der Güterströme sind im statistischen

Programm u. a. durch Einführung regelmäßiger Sortimentserhebungen im Handel bzw. von Material- und Wareneingangserhebungen im produzierenden Gewerbe berücksichtigt worden. Eine zusammenfassende Darstellung der güter- und produktionsmäßigen Verflechtungen in der Volkswirtschaft unter Ausnutzung aller hierfür verfügbaren statistischen Informationen wird durch Input-Output-Tabellen ermöglicht, die vom Statistischen Bundesamt im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aufgestellt werden.

Verfeinert wurde auch der Aussagewert der Außenhandelsstatistik, deren Methoden, Verfahren und Rechtsgrundlagen immer mehr durch die Entwicklung in den Europäischen Gemeinschaften beeinflusst werden. Hinsichtlich der Erfassung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften nach einem Wegfall der Zollkontrollen an den Binnengrenzen sind Überlegungen im Gange.

Der Ausbau der Statistiken über Preise berücksichtigt insbesondere die wachsende Differenzierung des Güterangebots, die Aufhebung der Preisbindung und vielfältige wirtschaftliche Wandlungen. Preise werden in nahezu allen Stadien des Wirtschaftskreislaufs erfaßt und zu Indizes für die Darstellung der zeitlichen Entwicklung der Preise bzw. der Kaufkraft des Geldes verarbeitet. Während die Preise auf der Absatzseite der einzelnen Bereiche – mit Ausnahme des Dienstleistungssektors – bereits relativ vollständig erfaßt werden, ist das System der Einkaufspreisindizes nicht so gut ausgebaut.

Zum Aufgabengebiet der Preisstatistik gehört auch die Berechnung von Verbrauchergeldparitäten als Ergebnisse von Preisvergleichen für Waren und Dienstleistungen der Lebenshaltung zwischen einer Vielzahl von Staaten und der Bundesrepublik Deutschland. Im internationalen Bereich konnten die ersten Phasen eines gesamtwirtschaftlichen Kaufkraftvergleichs der Vereinten Nationen abgeschlossen werden, an dem die Bundesrepublik über das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften beteiligt war.

Zu den noch verhältnismäßig neuen Arbeitsgebieten der Bundesstatistik gehört die Durchführung von Umweltstatistiken. Zur Wahrnehmung der Bundesaufgaben auf dem Gebiet des Umweltschutzes hat das Gesetz über Umweltstatistiken

von 1974 bestehende Statistiken erweitert bzw. neue Statistiken eingeführt. Die Statistiken über Wasserversorgung, Abfall- und Abwasserbeseitigung liefern wichtige Basisdaten zur Beurteilung der Umweltsituation, der ökologischen Belastungen und ihrer Veränderungen.

3.3.3 Statistiken des öffentlichen Bereichs, des Bildungs- und Gesundheitswesens

Die Finanzstatistiken vermitteln einen Überblick über die öffentliche Haushaltswirtschaft. Sie liefern Unterlagen über Höhe, Art und Verwendungszweck der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben und geben damit auch Aufschluß über die Finanzbeziehungen zwischen den Gebietskörperschaften und anderen Bereichen der Volkswirtschaft. Die statistische Auswertung der Haushaltsunterlagen konnte durch die Neugestaltung des Haushaltsrechts Anfang der siebziger Jahre und die Angleichung der Haushaltssystematiken von Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden wesentlich verbessert werden. Durch die Darstellung der Einnahmen und Ausgaben nach laufender Rechnung, Kapitalrechnung und besonderen Finanzierungsvorgängen sind vor allem präzisere Aussagen über die gesamtwirtschaftlichen und finanzwirtschaftlichen Funktionen der öffentlichen Haushalte möglich geworden. Auch der Nachweis nach Aufgabenbereichen wurde wesentlich verfeinert. Darüber hinaus ist die Finanzstatistik durch Einbeziehung der Sozialversicherungsträger, der Bundesanstalt für Arbeit, der Zusatzversicherungsträger, der kommunalen Zweckverbände und dgl. sowie der überwiegend aus öffentlichen Zuwendungen finanzierten Organisationen ohne Erwerbszweck erweitert worden. Die wegen der Umstellung auf kaufmännische Buchführung aus der Finanzstatistik ausgeschiedenen öffentlichen Krankenhäuser und Hochschulkliniken werden jetzt wieder erfaßt. Als Konjunkturindikator ist die vierteljährliche Kassenstatistik auch auf die kleineren Gemeinden ausgedehnt worden. Weiterhin werden Darstellungen über die vorgesehenen Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte in einem mittelfristigen Beobachtungszeitraum durch die neue Finanzplanungsstatistik möglich. Zu den Finanzstatistiken im weiteren Sinn gehören auch die Schuldenstatistik und die Statistik des Personals sowie der Versor-

gungsempfänger des öffentlichen Dienstes, die ebenfalls auf eine breitere Basis gestellt werden konnten.

Über die wichtigste Einnahmequelle der Gebietskörperschaften berichten in stärker untergliederter Form die laufenden Statistiken über den Steuerhaushalt, die ein zusammengefaßtes Bild des Aufkommens aus allen Steuerarten bieten. Die in regelmäßigem Turnus durch Auswertung der Besteuerungsunterlagen erstellten Steuerstatistiken geben Auskunft über die Steuerbemessungsgrundlagen, wie Einkommen, Gewinne, Umsätze und Verbrauch, sowie über die Steuervergünstigungen verschiedenster Art. Neben den speziell für steuerpolitische Zwecke benötigten Daten liefern sie auch Erkenntnisse über wichtige volkswirtschaftliche Größen, wie z. B. Umsätze in der Gliederung nach Wirtschaftszweigen oder Einkommen und Vermögen nach Größenklassen und Arten.

Mit dem Ausbau des Bildungswesens ging eine wesentliche Verbesserung und Aktualisierung des bildungsstatistischen Datenangebots einher. Die auf landesrechtlichen Regelungen beruhenden Schulstatistiken mit ihren Angaben über Schulen, Schüler und Lehrer sind in einem koordinierten Programm bundeseinheitlicher Daten abgestimmt. Über die Auszubildenden, die von ihnen abgelegten Prüfungen und das Ausbildungspersonal fallen regelmäßig tiefgegliederte Daten im Rahmen der neu eingeführten Berufsbildungsstatistik an, die auf den Unterlagen der berufsständischen Kammern basiert und u. a. die Grundlage für die jährlichen Berufsbildungsberichte der Bundesregierung darstellt. Die auf Bundesgesetz beruhende Hochschulstatistik liefert vielfältig untergliederte Angaben über die Studenten, die Prüfungen, das Personal und den Raumbestand an Hochschulen. Darüber hinaus ermöglicht die individualisierte Studentenstatistik und ihre Zusammenführung mit der individualisierten Prüfungsstatistik Erkenntnisse über Studienverläufe und damit Aussagen über Hochschul- und Fachwechsel, Verweildauer und Studienabbruch. Im Rahmen der Finanzstatistik werden detaillierte Angaben über die Ausgaben für die Hochschulen erstellt. Weiterhin werden die Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz laufend erfaßt. Über den Bildungsstand der gesamten Bevölkerung und die Zusammenhänge zwischen Ausbildung und Erwerbstätigkeit unterrichten Volkszählung und

Mikrozensus. Amtliche Daten über Wissenschaft und Forschung im öffentlichen Bereich stehen ebenfalls aus der Finanzstatistik zur Verfügung. Bei den privaten Ausgaben muß u. a. auf Unterlagen des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft zurückgegriffen werden.

Auf dem Gebiet der Rechtspflege gibt es umfangreiche Angaben über die Gerichte, ihren Geschäftsanfall und seine Abwicklung. Außerdem wird die Zahl der abgeurteilten bzw. verurteilten Personen in ausführlicher Gliederung nach Straftaten nachgewiesen. Darüber hinaus fallen Ergebnisse über den Strafvollzug und die Bewährungshilfe an.

Über Teilaspekte des Gesundheitswesens liegen verschiedenartige statistische Unterlagen vor. Die Erkrankungen an ausgewählten übertragbaren meldepflichtigen Krankheiten werden laufend erfaßt; auch für bestimmte Personengruppen, z. B. Krankenversicherte, gibt es regelmäßige Aufzeichnungen. Durch die zweijährlich gestellten Fragen zur Gesundheit im Rahmen des Mikrozensus sind Angaben über den Gesundheitszustand der Bevölkerung, die auf Selbsteinschätzung der Befragten beruhen und sich auf Krankheiten bzw. Unfallverletzungen beziehen, möglich geworden. Die umfassendsten Aussagen über Erkrankungen, die zum Tode geführt haben, liefert die Todesursachenstatistik. Über Schwangerschaftsabbrüche wird seit einigen Jahren berichtet. Einblicke in die medizinische Versorgung der Bevölkerung sind u. a. aus der Statistik der Berufe des Gesundheitswesens und der Krankenhausstatistik zu gewinnen.

Im Bereich der Sozialleistungen vermittelt das im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung erstellte Sozialbudget, das in enger Verbindung mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen steht, einen zusammenfassenden Überblick über die Sozialleistungen und ihre Finanzierung in tiefer Gliederung sowohl für zurückliegende Jahre als auch für einen mittelfristigen Vorausschätzungszeitraum. Weitere Informationen über Sozialleistungen – insbesondere über Aufwendungen und Empfänger – liefern neben den Geschäftstatistiken der Sozialleistungsträger die Statistiken der Sozialhilfe, der Kriegsopferversorge und der Jugendhilfe. Über den Personenkreis der Behinderten und über durchgeführte Rehabilitationsmaßnahmen wird neuerdings zweijährlich bzw. jährlich berichtet.

3.3.4 Einkommens-, Verbrauchs- und Vermögensstatistiken

Auf dem Gebiet der Einkommensstatistiken werden vor allem Informationen über die Verteilung der im Produktionsprozeß entstehenden Einkommen, die Umverteilung der Einkommen (insbesondere über den Staat) sowie über die Verteilung aller Einkommen der privaten Haushalte (Erwerbs-, Vermögens-, übertragene Einkommen) auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen benötigt. Zur schrittweisen Verbesserung der statistischen Nachweisungen auf diesem Gebiet ist es erforderlich, Ergebnisse aus verschiedenen Quellen sinnvoll zu kombinieren und durch Schätzungen zu ergänzen.

In bezug auf die Einkommensentstehung und -verteilung steht über das Einkommen aus unselbständiger Arbeit relativ reichhaltiges und gut gegliedertes Material aus zahlreichen Statistiken zur Verfügung. Angaben über die Bruttolohn- und -gehaltsummen und die Personalkosten werden global oder aufgegliedert in verschiedenen laufenden Statistiken bzw. in Bereichszählungen bei Unternehmen und Betrieben ermittelt. Die Verdienste von Arbeitern und Angestellten werden in der Gliederung nach lohnpolitisch wichtigen Merkmalen aus den laufenden Verdiensterhebungen und den in sechsjährigen Abständen stattfindenden Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen erfaßt. Während die laufenden Verdienststatistiken aufgrund des bei der Erhebung angewandten Lohnsummenverfahrens Durchschnittswerte für Arbeitnehmergruppen in wichtigen Wirtschaftsbereichen erbringen, gehen die Lohn- und Gehaltsstrukturerhebungen nach dem Individualverfahren von Angaben für jeden erfaßten Arbeiter und Angestellten aus. Diese Erhebung erstreckt sich auf repräsentativ ausgewählte Betriebe des Produzierenden Gewerbes sowie auf Unternehmen des Groß- und Einzelhandels, des Kredit- und Versicherungsgewerbes und stellt u. a. Daten über die Streuung der Verdienste bereit. Aus den Arbeitskostenerhebungen der Europäischen Gemeinschaften, die sich in dreijährigem Turnus an denselben Erhebungsbereich richten, sind insbesondere Angaben über die Personal- und Personalnebenkosten der Unternehmen verfügbar. Informationen über das nach steuerlichen Vorschriften abgegrenzte Einkommen fallen in regelmäßigen Abständen aus den Steuerstatistiken an. Eine weitere wichtige Informationsquelle ist die Beschäftigten- und Entgelt-

statistik aufgrund der Unterlagen der Sozialversicherung; sie ermöglicht die Darstellung der sozialversicherungspflichtigen Bruttoarbeitsentgelte je Person und je Beschäftigungsfall nach demographischen, wirtschaftlichen und versicherungsbezogenen Merkmalen.

Im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die den umfassendsten Nachweis über die in den einzelnen Wirtschaftsbereichen entstandenen und verteilten Einkommen geben, konnte mit der Berechnung der Einkommen der Sektoren aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in der Gliederung nach Einkommensarten ein wichtiger Fortschritt erzielt werden. So erlaubt die Berechnung der Vermögenseinkommen u. a. den Nachweis von Unternehmensgewinnen, der Ausschüttungen und Entnahmen sowie der nichtentnommenen Gewinne. Weiterhin wurden mit Untersuchungen der Verteilung und Verwendung der Einkommen nach Haushaltsgruppen erste Schritte in Richtung auf die Darstellung der sog. personellen Einkommensverteilung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen getan.

Hinsichtlich der Bemühungen um Vervollständigung der Angaben über die Umverteilung der Einkommen, insbesondere über die Sozialleistungen im weitesten Sinne, wurde bereits auf das Sozialbudget der Bundesregierung hingewiesen, das über wichtige Eckdaten mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verknüpft ist. Über die betriebliche Altersversorgung in der Wirtschaft liegen Angaben aus der Wiederholung einer Stichprobenerhebung im Jahr 1976 vor.

Als Quellen für Angaben über das Einkommen der privaten Haushalte sind diejenigen Statistiken von besonderer Bedeutung, die eine Aussage in sozioökonomischer Gliederung, nach Einkommensgrößenklassen, nach der Haushaltsgröße und anderen für die Einkommenspolitik relevanten Merkmalen erlauben und es ermöglichen, die verschiedenen bei einer Person bzw. einem Haushalt zusammen treffenden Einkommen zu ermitteln. Hierzu gehören neben den laufenden Wirtschaftsrechnungen in erster Linie die Einkommens- und Verbrauchsstichproben, die allerdings aus erhebungstechnischen Schwierigkeiten nicht die Haushalte an der Spitze der Einkommenspyramide erfassen. An weiteren Haushaltsbefragungen, die Fragen nach dem Einkommen enthalten, sind der jährliche Mikrozensus und die 1%-Wohnungsstichproben in mehrjäh-

rigen Abständen zu nennen. Wichtige Unterlagen fallen ferner aus den in dreijährigem Turnus stattfindenden Lohn- und Einkommensteuerstatistiken an. Die Arbeiten im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen an der Aufstellung von Einkommensschichtungen sind so ausgerichtet, daß in einer ersten Phase Jahreszahlen über die Zusammensetzung der Einkommen und über die Einkommensverwendung nach sozialen Gruppen ermittelt wurden; in einer zweiten Phase sind für ausgewählte Jahre zusätzliche Angaben in der Gliederung nach Einkommensgrößenklassen der privaten Haushalte vorgesehen.

Das statistische Instrumentarium über die Einkommensverwendung der privaten Haushalte erlaubt einen detaillierten Einblick in die Struktur und Entwicklung des letzten Verbrauchs. Um die Nachfrage der privaten Haushalte darstellen zu können, werden hauptsächlich zwei Wege eingeschlagen. Der erste besteht darin, im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen mit Hilfe von Statistiken über die Umsätze des Einzelhandels, des Handwerks und anderer Lieferanten der privaten Haushalte – ergänzt durch Umsatzsteuer-, Kostenstruktur- und Produktionsstatistiken usw. – den Umfang des gesamten Privaten Verbrauchs zu ermitteln und ihn nach verschiedenen Gesichtspunkten grob zu gliedern. Der zweite Weg führt unmittelbar über die Befragung ausgewählter privater Haushalte und wird in den laufenden Wirtschaftsrechnungen und den Einkommens- und Verbrauchsstichproben beschränkt. Aus diesen Quellen liegen detaillierte Angaben über Verbrauchsstruktur und -gewohnheiten der Bevölkerung und über die Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern vor. Die Mietbelastung läßt sich anhand der Einkommens- und Mietangaben in den 1%-Wohnungsstichproben und ab 1980 in zweijährigen Abständen auch aus dem Mikrozensus ableiten.

Für die von vielen Seiten geforderte Durchleuchtung der Vermögensbildung und -verteilung reicht das statistische Basismaterial gegenwärtig nicht aus. Um das statistische Bild der Verteilung des im Rahmen der Produktion eingesetzten Vermögens zu vervollständigen, wäre vor allem eine umfassende und in ihrer Ausgestaltung dem Analysezweck angepaßte Bilanzstatistik der Unternehmen notwendig. Ferner müßte eine an den Erfordernissen gesamtwirtschaftlicher Analysen ausgerichtete Vermögensstatistik im öffentlichen

Bereich geschaffen werden. Für eine Realisierung beider Anliegen bestehen auf absehbare Zeit aber keine Erfolgchancen. Ein verbessertes Informationsangebot auf dem Gebiet der Vermögensstatistik ist deshalb bis auf weiteres allenfalls durch eine verstärkte Zusammenführung und Ausschöpfung vorhandener Unterlagen zu erreichen.

Zur Darstellung der Vermögenssituation der privaten Haushalte kann die Vermögensteuerstatistik nur in beschränktem Umfang beitragen. Wegen der Freigrenzen und Freibeträge gibt sie nur über die großen Vermögen Auskunft, nicht aber über die große Zahl der mittleren und kleinen Vermögen. Die ergiebigste Quelle für vermögensstatistische Angaben sind die Einkommens- und Verbrauchsstichproben, die eine Fülle von Material, u. a. über ausgewählte Vermögensbestände und Schulden privater Haushalte, die Formen der Vermögensbildung und die Nutzung der staatlichen Sparförderung, bereitstellen. Die Haushalte mit sehr großen Vermögenswerten können von dieser Statistik, die auf freiwilliger Mitwirkung der Haushalte beruht, allerdings nicht erfaßt werden. Es müssen deshalb besondere Anstrengungen unternommen werden, um die vorhandenen Unterlagen aus verschiedenen Quellen besser kombinierbar zu machen. In diese Bemühungen sind auch die Unterlagen der Banken und Versicherungsunternehmen einzubeziehen, die Aufschluß über bestimmte Vermögensarten geben. Eine gesamtwirtschaftliche Vermögensrechnung, die Sach-, Geld- und Reinvermögen der Sektoren und Bevölkerungsgruppen ausweist, konnte noch nicht aufgestellt werden. Ansätze bieten die im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen durchgeführte Anlagevermögensrechnung sowie die Geldvermögensrechnung der Deutschen Bundesbank.

3.4 Weiterverarbeitung von statistischen Ergebnissen

Der Weiterverarbeitung statistischer Untersuchungsergebnisse zu neuen – berechneten oder geschätzten – Größen kommt steigende Bedeutung zu. Wichtige Beispiele hierfür sind eine Vielzahl von Indexberechnungen, Volumenberechnungen im Außenhandel, Berechnungen von Kaufkraftparitäten, Tafelberechnungen über Sterblichkeit bzw. Lebenserwartung, Heirats- und Geburtenhäufigkeit, Ehedauer, die Berechnung von Durch-

schnittszahlen für Erwerbstätige usw. In allen diesen Fällen werden aus Erhebungsergebnissen unter Anwendung vielfältiger Berechnungs- und Schätzverfahren neue statistische Daten gewonnen. In besonders umfassender Form ist die Weiterverarbeitung statistischer Ergebnisse in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwirklicht. In diesem geschlossenen System, das umfassend über Struktur und Ablauf der Wirtschaft sowie über die Zusammenhänge im wirtschaftlichen Geschehen informiert, werden nahezu alle verfügbaren wirtschaftsstatistischen Daten herangezogen. Sie müssen jedoch in der Regel – da primär für andere Zwecke erhoben – umgerechnet werden, um sie auf die Konzepte und Definitionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen umzustellen, um Doppelzählungen zu bereinigen und um sie auf die jeweilige Gesamtheit hochzurechnen. Außerdem müssen Lücken im Material durch Schätzungen ausgefüllt werden.

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind zu einem in sich geschlossenen System der Güter-, Einkommens- und Finanzierungsströme ausgebaut worden. Es umfaßt neben den traditionellen Konten für die Sektoren der Volkswirtschaft auch Input-Output-Tabellen, Finanzierungskonten (von der Deutschen Bundesbank bearbeitet) und Angaben über das reproduzierbare Sachvermögen. Wichtige Impulse für die Weiterentwicklung des Systems sind von den Arbeiten der internationalen Organisationen ausgegangen, die zur Aufstellung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) der Europäischen Gemeinschaften und zum System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen der Vereinten Nationen (SNA) geführt haben.

Neben Jahresergebnissen werden in zusammengefaßter Form auch Halbjahreszahlen dargestellt. Ferner liegen ab 1968 Vierteljahresergebnisse für ausgewählte Größen der Entstehungs-, Verwendungs- und Verteilungsseite des Sozialprodukts vor. In regionaler Gliederung berechnen die Statistischen Landesämter in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt laufend wichtige Größen des Systems auch für Länder und Kreise.

Zu einer wesentlichen Erweiterung des Programms der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hat die von der Bundesregierung in Auftrag gegebene sektorale Strukturberichterstattung geführt. Für die Erstellung der Strukturberichte durch die wirtschaftswissenschaftlichen For-

schungsinstitute waren insbesondere nach Wirtschaftsbereichen und Gütergruppen tief gegliederte Ergebnisse zu berechnen, die es u. a. ermöglichen, strukturelle Veränderungen der Nachfrage, der Produktion und der Produktionsfaktoren zu untersuchen und dadurch den Strukturwandel der Wirtschaft und seine Ursachen aufzuheilen.

Bei den weiteren Überlegungen zum Ausbau der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen geht es vor allem darum, den durch die nationalen bzw. internationalen Systeme vorgegebenen Rahmen nach und nach auszufüllen und neuen Anforderungen und Fragestellungen soweit wie möglich Rechnung zu tragen. Diesen Bestrebungen aber sind durch das verfügbare statistische Basismaterial relativ enge Grenzen gesetzt. Wünschenswert ist die Verbesserung und Weiterentwicklung der Darstellung der Einkommens- und Finanzierungsvorgänge, der Berechnungen in konstanten Preisen, der Vermögensrechnungen sowie der weitere Ausbau der Vierteljahresberechnungen. Außerdem wird erörtert, die grundlegenden Konzepte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen weiterzuentwickeln, um neben dem bisherigen Programm auch den neuen Fragestellungen – u. a. im Zusammenhang mit Wohlstandsüberlegungen sowie der Berücksichtigung von Umweltaspekten – entsprechen zu können. Diese Überlegungen müssen auch im Zusammenhang mit Vorschlägen zur Entwicklung Sozialer Indikatoren gesehen werden.

In den letzten Jahren macht sich ferner die Tendenz bemerkbar, analytische Arbeiten, die bisher nach gleichen oder ähnlichen Ansätzen mit erheblichem Rechenaufwand an verschiedenen Stellen durchgeführt wurden, den Statistischen Ämtern zu übertragen. Ein Beispiel dafür ist die Zeitreihenanalyse, insbesondere die Berechnung saisonbereinigter Konjunkturindikatoren, wie sie vom Statistischen Bundesamt in monatlichen Abständen veröffentlicht werden. In immer stärkerem Maße werden die Statistischen Ämter auch in die Auswertung von Statistiken für Verwaltungszwecke, Prognosen, Modellrechnungen und dgl. eingeschaltet. Dies zeigt sich vor allem in den Materialzusammenstellungen für Berichte und Planungsvorhaben der Regierungen (im Bereich des Bundes u. a. Agrarbericht; Sozialbericht; Raumordnungs- und Städtebaubericht; Familien-, Jugend-, Bildungsbericht). Auch die enge Zusammenarbeit mit dem Bundesinstitut für Bevölkerungsfor-

schung und den Sachverständigenräten zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie für Umweltfragen führt zu einer Beteiligung an Zusammenstellungs- und Auswertungsarbeiten auf den verschiedensten Gebieten.

Das zunehmende Gewicht der Weiterverarbeitung und Auswertung statistischen Originärmaterials zeigt sich auch auf dem Gebiet der Vorausschätzungen und der Modellrechnungen (u. a. der Bevölkerung, der Erwerbstätigen, der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der Steuern, des Bedarfs an öffentlichen Einrichtungen usw.). Prognosen, Projektionen und Planungen sind auf vielen Gebieten zu unentbehrlichen Hilfsmitteln bei der Lösung von Aufgaben im politischen Bereich geworden. Die Statistischen Ämter sind in wachsendem Umfang an Vorausschätzungen beteiligt bzw. damit betraut. Dabei erstreckt sich die Mitarbeit von rein beratender Tätigkeit über die Bereitstellung von adäquatem Ausgangsmaterial, die Übernahme von analytischen Vorarbeiten bis zur Beteiligung an der Aufstellung von Prämissen. Eine wichtige Grundlage hierfür bietet das Statistische Informationssystem des Bundes (STATIS-BUND), über das im Abschnitt 5.4 berichtet wird.

3.5 Auslandsstatistik

Der Aufgabenkatalog des Statistischen Bundesamtes enthält in § 3 Abs. 1 Nummer 4 des Bundesstatistikgesetzes vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289) auch die Verpflichtung, Statistiken anderer Staaten, der Europäischen Gemeinschaften und internationaler Organisationen zusammenzustellen und ihre Ergebnisse für allgemeine Zwecke zu veröffentlichen und darzustellen. Damit ist das Aufgabengebiet der Auslandsstatistik im Statistischen Bundesamt eingegrenzt. Es umfaßt im wesentlichen die Sammlung, Sichtung und Auswertung von Zahlenmaterial und ergänzender Unterlagen über die demographische, wirtschaftliche und soziale Situation ausländischer Staaten. Hierbei wird sowohl auf die jeweiligen nationalen Quellen als auch auf zusammenfassende Veröffentlichungen internationaler Organisationen – insbesondere der Europäischen Gemeinschaften und der Vereinten Nationen – zurückgegriffen. Dieses Basismaterial wird vom Statistischen Bundesamt sorgfältig auf Zuverlässigkeit und Aussagekraft überprüft, soweit wie

möglich mit Angaben aus der deutschen amtlichen Statistik vergleichbar gemacht und anschließend in kommentierter Form dargeboten.

Spezielle Anfragen werden im Rahmen des auslandsstatistischen Auskunftsdienstes beantwortet. Daneben hat das Statistische Bundesamt in seinem Veröffentlichungssystem eine Kategorie »Statistik des Auslandes« eingerichtet, die auslandsstatistische Querschnittsveröffentlichungen (Internationale Monatszahlen, Länderberichte und Länderkurzberichte) und die Fachserie »Auslandsstatistik« mit fünf Veröffentlichungsreihen umfaßt.

Unter den auslandsstatistischen Querschnittsveröffentlichungen bringen die »Internationalen Monatszahlen« für zahlreiche Staaten kurzfristige Wirtschaftsindikatoren. Durch Aufnahme periodisch wiederkehrender Sondertabellen wird versucht, ausgewählte Übersichten aus dem Internationalen Teil des Statistischen Jahrbuchs für die Bundesrepublik Deutschland zu aktualisieren und auf diese Weise die Zeit bis zum Erscheinen eines neuen Jahrgangs zu überbrücken.

In Länderberichten, die das Statistische Bundesamt in mehrjährigen Abständen für fast alle Staaten der Erde zusammenstellt, werden zusammenfassend Strukturen und Verhältnisse der einzelnen Länder dargestellt. Diese Veröffentlichungen werden durch das System der Länderkurzberichte ergänzt, die in kürzerer Erscheinungsfolge eine Auswahl wichtiger statistischer Zahlen enthalten und damit eine aktuellere Berichterstattung ermöglichen.

In Ermangelung ausreichend fundierter Unterlagen über verschiedene Staaten – insbesondere Entwicklungsländer – hat es sich besonders bewährt, daß das Statistische Bundesamt wiederholt durch Besuche und Studien an Ort und Stelle zusätzliche Informationen für Feldstudien- und Länderberichte beschaffen konnte.

In der Fachserie »Auslandsstatistik« liegt umfangreiches Material über wichtige auslandsstatistische Fachgebiete bzw. Teilbereiche vor. So wird laufend bzw. in unregelmäßigen Abständen u. a. über die Bevölkerung und Erwerbstätigkeit im Ausland, über die industrielle Produktion, den Außenhandel sowie über Preise, Löhne und Gehälter berichtet.

Für Vergleiche der Preisentwicklung sind die aktuellen Nachweisungen über die Preisindizes der Lebenshaltung, der Großhandels- und Erzeugerpreise sowie der Baustoffe und Bauleistungen von besonderer Bedeutung. Entsprechende Angaben für eine Vielzahl von Staaten werden vom Statistischen Bundesamt monatlich veröffentlicht. Unterschiede im absoluten Preisniveau des Auslandes (im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland) werden mit der Berechnung von Kaufkraftparitäten erfaßt. Sie werden vor allem im nationalen Bereich für Zwecke der deutschen Auslandsbesoldung, der Unterhaltssicherung usw. herangezogen, aber auch in zunehmendem Maße für internationale Vergleiche verwendet. Auch lohnstatistische Angaben werden vom Statistischen Bundesamt regelmäßig zusammengestellt.

Bei der Zusammenstellung von auslandsstatistischen Veröffentlichungen macht sich nachteilig bemerkbar, daß die Angaben zu verschiedenen Sachgebieten und Ländern zeitlich nicht zu einheitlichen Terminen und zum Teil erst mit erheblicher

Verspätung anfallen. Außerdem schränken unterschiedliche Begriffe, Methoden und Darstellungsformen die Vergleichbarkeit von Statistiken stark ein. Diese Unterschiede werden in den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes nach Möglichkeit kenntlich gemacht; Benutzern, die sich für Einzelheiten interessieren, stehen im Statistischen Bundesamt die Originalquellen zur Einsichtnahme zur Verfügung.

Mit den übrigen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland, die auf dem Gebiet der Auslandsberichterstattung tätig sind, besteht eine enge Arbeitsteilung. Dies gilt insbesondere in bezug auf die Bundesstelle für Außenhandelsinformation und die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, die bei ihren Spezialuntersuchungen häufig auf das vom Statistischen Bundesamt bereitgestellte Grund- und Vergleichsmaterial zurückgreifen. Die Festlegung der Arbeitsschwerpunkte und die Abstimmung des Arbeitsprogramms der Auslandsstatistik erfolgt im Arbeitskreis »Auslandsstatistik« des Statistischen Beirats.

4 Durchführung von Bundesstatistiken

4.1 Ablauf von Bundesstatistiken

Die Durchführung von Bundesstatistiken vollzieht sich in dem organisatorischen Rahmen, wie er in Kapitel 1 erläutert wurde. Einen zusammenfassenden Überblick über die einzelnen Ablaufphasen von Bundesstatistiken und die Arbeitsteilung zwischen Statistischem Bundesamt und Statistischen Landesämtern vermittelt das Diagramm auf Seite 43. Danach kann man bei der Durchführung von Bundesstatistiken in der Regel die drei Stadien der Vorbereitung, der Erhebung und Aufbereitung und der Bereitstellung der Ergebnisse unterscheiden. Bei zentralen Statistiken sind alle Arbeiten – also auch die Erhebung und Aufbereitung – im Statistischen Bundesamt zusammengefaßt.

4.1.1 Vorbereitung

In die Vorbereitungsphase von Statistiken fällt die Klärung einer Vielzahl von Fragen zur Zielsetzung, zum Konzept und zur Realisierung der Erhebung. Dabei greift das fachlich zuständige Bundesministerium als Auftraggeber der Statistik frühzeitig auf die Erfahrungen des Statistischen Bundesamtes zurück und läßt sich bei der Konzeption der Erhebung beraten. Ferner unterrichtet es bereits im Vorfeld der Überlegungen den »Abteilungsleiterausschuß Statistik«, um dessen grundsätzliche Zustimmung zu dem neuen Projekt einzuholen (vgl. Abschnitt 1.2.3).

Nachdem in großen Zügen die zu klärenden Probleme und die zu erfassenden Tatbestände umris-

sen sind, beginnen die methodisch-technischen Vorarbeiten an der Statistik, die zu den zentralen Aufgaben des Statistischen Bundesamtes gehören. Sie sind von vornherein darauf gerichtet, einheitliche Bundesergebnisse sicherzustellen, die sich in ein statistisches Gesamtbild einordnen lassen. Es ist eines der Hauptanliegen des Statistischen Bundesamtes, für alle Bundesstatistiken einheitliche bzw. aufeinander abgestimmte methodische Grundlagen zu schaffen, um mit Hilfe korrespondierender Fragestellungen und Begriffsbestimmungen sowie durch die Verwendung vergleichbarer Systematiken usw. die statistischen Bausteine zu einem geschlossenen Gebäude zusammenfügen zu können. Den Ausgangspunkt für alle derartigen Überlegungen geben vor allem die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ab, mit deren Hilfe es möglich ist, die einzelnen Statistiken in das Gesamtbild der Statistik einzupassen und Lücken bzw. Überschneidungen im statistischen System zu erkennen.

Von Anfang an wird auch darauf geachtet, daß der Umfang der Erhebungen auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt bleibt und alle Rationalisierungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden. Seit jeher werden wichtige Gesichtspunkte der zur Zeit besonders aktuellen Diskussion über mehr Bürgernähe der Verwaltung, wie z. B. Abstimmung des Frageprogramms auf die Auskunftsmöglichkeiten der Befragten oder die benutzergerechte Darbietung der statistischen Ergebnisse, in die Überlegungen einbezogen (vgl. Abschnitt 6.2).

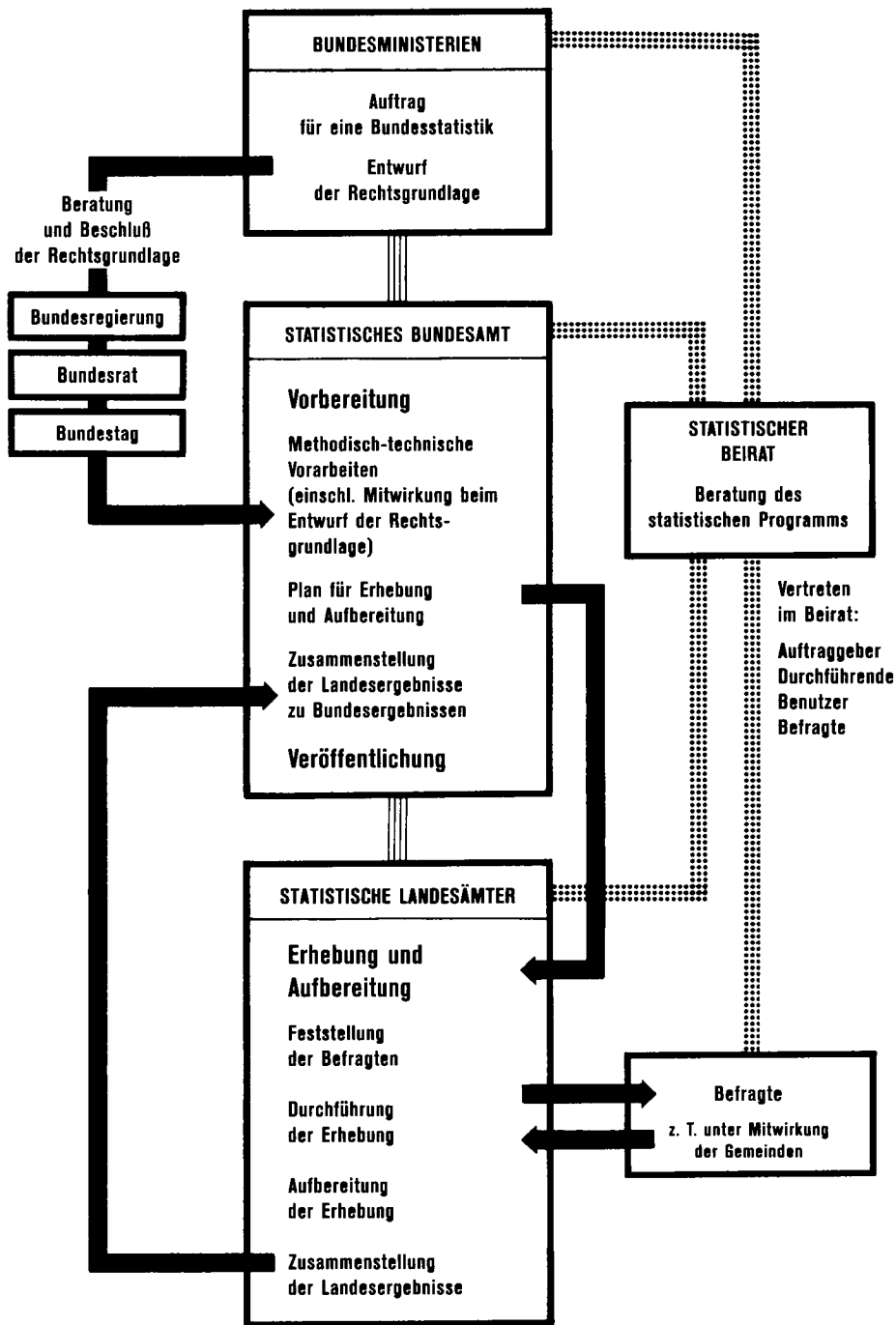
Durch die vermehrte Verwendung moderner statistischer Methoden (z. B. Stichprobenverfahren), vor allem aber durch den Einsatz der automatisierten Datenverarbeitung bei der Gewinnung, Verarbeitung, Bereitstellung und Auswertung der Bundesstatistik, hat der Zwang zu einheitlichem Vorgehen auch in Verfahrensfragen beträchtlich zugenommen. Um die Vorteile moderner Methoden und der automatisierten Datenverarbeitung für die Rationalisierung der Bundesstatistik und die Bewältigung des ständig steigenden Aufgabenprogramms voll nutzen zu können, ist es sehr viel stärker als früher erforderlich, einheitliche Erhebungs- und Aufbereitungsverfahren einzuplanen. Daneben gewinnen Probleme der Arbeitsablauf- und Terminplanung an Gewicht. Das Statistische Bundesamt und die Statistischen Landesämter haben aus dieser Überlegung heraus eine gemeinsame Arbeitsgruppe »Arbeitsorganisation« eingesetzt,

die sich vor allem um Verbesserung von Aktualität und Flexibilität des statistischen Datenangebots bemüht (vgl. Abschnitt 6.6). Sie hat u. a. Vorschläge zur Verbesserung des Informationsaustauschs und der Arbeitsverfahren in den Statistischen Ämtern entwickelt, Überlegungen zur Zusammenarbeit zwischen Statistischen Landesämtern und Landesrechenzentren angestellt und Regeln zur weitgehenden Standardisierung bestimmter Arbeitsgänge erarbeitet. Außerdem hat sie den Aufbau eines umfassenden Terminüberwachungssystems vorbereitet und Richtlinien für die termingerechte Spezifizierung der Tabellen bzw. eine frühzeitige Festlegung der Tabellenprogramme aufgestellt. Standardtabellenprogramme decken die wesentlichsten aktuellen Wünsche der Benutzer ab; spezielle Fragestellungen bleiben im Interesse der flexiblen Aufbereitung nachfolgenden Sonderauswertungen vorbehalten.

Im einzelnen gehören zur Vorbereitung von Statistiken folgende größere Arbeiten, die z. T. bereits für den Entwurf der Rechtsgrundlage, z. T. in dem durch die jeweilige statistische Rechtsvorschrift abgesteckten Rahmen, nach den Anforderungen des federführenden Bundesministers zu leisten sind:

- methodische Untersuchungen zur Auswahl, Definition und Abgrenzung der zu erfassenden Erhebungsbereiche, Erhebungseinheiten, Erhebungstatbestände, Erhebungsmerkmale,
- Vorschläge zur Bestimmung des Kreises der Befragten (Total- oder Teilerhebung, Stichprobenumfang),
- Vorschläge zur zweckmäßigen Festlegung der Erhebungs- und Berichtszeiten und der Periodizitäten,
- Ausarbeitung und endgültige Abstimmung der bei der Ergebniserstellung zu berücksichtigenden Tatbestandskomplexe, Merkmalskombinationen und Gruppierungen (Systematiken, Größenklassengliederungen, regionale Gliederungen usw.),
- Regelung der Art der Erhebung (Anschriftengewinnung, Stichprobenauswahl, postalische Befragung oder Einsatz von Zählern oder Interviewern, Einsatz maschinell lesbarer Bogen, Lieferung von maschinell les-

ABLAUF VON BUNDESSTATISTIKEN



Vereinfachte Darstellung Bei zentral durchgeführten Statistiken übernimmt das Statistische Bundesamt auch die Erhebung und Aufbereitung

baren Datenträgern durch die Auskunftspflichtigen usw.),

- Ausarbeitung der Erhebungsunterlagen (Fragebogen und sonstige Erhebungspapiere mit Erläuterungen und Ausfüllungsrichtlinien) bzw. Regelung des Inhalts und Aufbaus der von den Befragten zu liefernden maschinellen Datenträger usw.,
- Aufstellung der bundeseinheitlichen Tabellenprogramme (Arbeits- und Veröffentlichungstabellen),
- Regelung der Art des Aufbereitungsverfahrens (manuelle/maschinelle Aufbereitung, Art der maschinellen Aufbereitung usw.),
- Ausarbeitung der Aufbereitungsunterlagen (Signieranleitungen, Prüfungskatalog für die Vollständigkeits- und Plausibilitätskontrollen, Korrekturanleitungen, Hochrechnungs- und Anpassungsverfahren, Tabellenspezifikationen, Mitwirkung an der Erstellung der EDV-Programme usw.),
- Regelung der Art des Veröffentlichungsverfahrens und der Übernahme von Ergebnissen in das Statistische Informationssystem des Bundes (STATIS-BUND) sowie Ausarbeitung entsprechender Unterlagen (u. a. Anleitungen zur Wahrung der statistischen Geheimhaltung),
- Aufstellung von Arbeitsablauf- und Terminplänen usw.

Die Unterlagen für die Beratungen werden vom Statistischen Bundesamt den zuständigen Gremien des Statistischen Beirats zugeleitet. Hier findet eine Diskussion zwischen allen an der statistischen Arbeit beteiligten Gruppen, d. h. den Auftraggebern und Benutzern, den Vertretern der Befragten und den durchführenden Stellen (insbesondere den Statistischen Landesämtern), statt. Zur Vorbereitung größerer oder besonders schwieriger Erhebungen treten die zuständigen Fachausschüsse, Arbeitskreise usw. wiederholt zusammen. Auch der Statistische Beirat als übergeordnetes Gremium wird über den Fortgang der Arbeiten unterrichtet und diskutiert besonders wichtige Punkte auf seinen jährlichen Tagungen.

Sobald die grundsätzlichen methodisch-technischen Probleme einer Statistik geklärt sind, wird

der Entwurf für eine Rechtsgrundlage (Gesetz oder Rechtsverordnung) in Angriff genommen. Federführend ist das zuständige Ressort, das sich auch hier auf die Mitwirkung des Statistischen Bundesamtes stützt. Der Gesetzentwurf wird mit einer Begründung versehen, in der Zielsetzung, Art und Umfang der Statistik sowie die einzelnen Vorschriften erläutert und die entstehenden Kosten genannt werden. Die Kostenkalkulation beruht auf Berechnungen, die gemeinsam vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern angestellt werden.

Nach abschließender Begutachtung durch den Interministeriellen Ausschuß für Koordinierung und Rationalisierung der Statistik sowie den Abteilungsleiterausschuß Statistik wird der Entwurf der Rechtsgrundlage vom federführenden Ministerium dem Bundeskabinett zugeleitet. Nach Verabschiedung durch die Bundesregierung beginnt die parlamentarische Beratung im Bundestag und Bundesrat. Erst nach Erlaß der Rechtsgrundlage sind die Statistischen Ämter berechtigt und verpflichtet, die Erhebung durchzuführen. Bezüglich der Rechtsgrundlagen der Europäischen Gemeinschaften sei auf die Kapitel 2 und 5 verwiesen.

Die Bereitstellung von Finanzmitteln durch die Finanzministerien beruht auf Anmeldungen der Statistischen Ämter zu den Haushaltsplänen für die einzelnen Rechnungsjahre. Im Prinzip haben die Statistischen Ämter übertragene Aufgaben nur im Rahmen der jeweils verfügbaren Haushaltsmittel zu erfüllen. Da viele Statistiken (wie z. B. die Volkszählung) längere und aufwendige Vorarbeiten erfordern, setzt dies eine frühzeitige Abstimmung zwischen den Anforderungen auf dem Gebiet der Statistik und den finanziellen Möglichkeiten zur Durchführung der damit verbundenen Aufgaben voraus. In das neue Bundesstatistikgesetz wurde deshalb eine Bestimmung aufgenommen, nach der das Statistische Bundesamt seine Arbeiten im Rahmen eines mit der Finanzplanung abgestimmten Aufgabenprogramms und der verfügbaren Haushaltsmittel durchzuführen hat. Das mehrjährige Aufgabenprogramm wird von der Bundesregierung erstellt und ist jährlich fortzuschreiben.

4.1.2 Erhebung und Aufbereitung

Mit der Verkündung der Rechtsgrundlage sind die rechtlichen Voraussetzungen zur Durchführung

der Erhebung geschaffen. Einzelheiten regelt der endgültige Erhebungs- und Aufbereitungsplan, der die einheitliche Durchführung der Statistik sichert und an alle mitwirkenden Stellen verteilt wird. Er enthält u. a. die methodischen Richtlinien, Muster der Erhebungspapiere, verbindliche Regelungen zum Kreis der Befragten, zum Erhebungsweg, zur Berichtszeit und Periodizität sowie zu Art und Umfang der Aufbereitung. Außerdem legt er die Termine und den Rahmen für den zeitlichen Ablauf fest.

Die eigentliche Erhebungs- und Aufbereitungsarbeit liegt – wenn man von der bereits erwähnten Ausnahme der zentralen Statistiken absieht – in der Zuständigkeit der Statistischen Landesämter. Dabei ist die Aufbereitung der Ergebnisse über elektronische Datenverarbeitung in mehreren Ländern Landesrechenzentren übertragen.

Im einzelnen erfüllen die Statistischen Landesämter in der Erhebungs- und Aufbereitungsphase folgende größere Aufgaben:

- Feststellung der Befragten,
- Ausdruck der Zählpapiere,
- Schulung von Zählern bzw. Interviewern,
- Versand der Zählpapiere an die Befragten (ggf. an die Gemeinden oder an die Zähler zur weiteren Verteilung) bzw. Einsatz von Interviewern,
- Sammlung der rücklaufenden Zählpapiere und Prüfung der Bogen auf Vollständigkeit sowie auf vollständige und richtige Beantwortung der Fragen,
- Mahnverfahren bei säumigen Befragten,
- Vorbereitung und Durchführung der Aufbereitung,
- Zusammenstellung der Landesergebnisse,
- Mitteilung der Ergebnisse an das Statistische Bundesamt und an das fachlich zuständige Landesressort.

4.1.3 Bereitstellung der Ergebnisse

Mit der Bereitstellung der Ergebnisse wird die Durchführung von Bundesstatistiken abgeschlossen. Die Statistischen Landesämter haben in erster Linie die Aufgabe, Ergebnisse für ihre Länder zusammenzustellen, während die Bereitstellung von Bundesergebnissen in die Zuständigkeit des Statistischen Bundesamtes fällt. Dabei werden Formen der Darbietung angestrebt, die dem vielfältigen Benutzerkreis und den zahlreichen Aufgaben der Bundesstatistik gerecht werden (vgl. hierzu im einzelnen Kapitel 5).

Die wichtigste allgemein zugängliche Informationsquelle bilden die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes. Daneben gewinnen neue Arten der Informationsbereitstellung ständig an Bedeutung, mit denen den Benutzern der Zugriff zu den statistischen Daten und die Auswertung des vorhandenen Materials erleichtert werden soll. Besonders vielseitige Möglichkeiten bietet das Statistische Informationssystem des Bundes. Als Serviceeinrichtung ergänzt dieses EDV-gestützte System das breitgefächerte Veröffentlichungsprogramm des Statistischen Bundesamtes, ohne es ersetzen zu sollen.

Auch in absehbarer Zukunft werden Veröffentlichungen voraussichtlich ihre zentrale Bedeutung bei der Bereitstellung von statistischen Ergebnissen behalten. Dabei wird es darauf ankommen, die bewährte Unterteilung in Veröffentlichungen mit Ergebnissen einzelner Statistiken und Querschnittsveröffentlichungen systematisch weiterzuentwickeln. Eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben liegt darin, die Ergebnisse der statistischen Arbeit noch stärker als bisher in kommentierter Form, d. h. durch eine geschickte Verbindung von Wort, Zahl und Grafik, darzubieten. Hierbei sind auch Abgrenzungen zu den Veröffentlichungen anderer Bundes- und Landesstellen zu beachten.

4.1.4 Auswertung

Die umfangreichen Ergebnisse der Bundesstatistik stehen allen Interessenten für spezielle Auswertungen zur Verfügung. Von dieser Möglichkeit machen die Bundesministerien und andere Bundesstellen, Wissenschaft und Forschungsinstitute, Verbände, Unternehmen und sonstige Konsumenten

ten Gebrauch. Teilweise wird auch das Statistische Bundesamt in die Auswertung eingeschaltet. Allerdings kann es das Amt nicht als seine Aufgabe betrachten, umfassende Diagnosen oder Prognosen z. B. zur Wirtschaftslage abzugeben, da diese sich nicht allein auf das Material der Bundesstatistik stützen können. Entsprechend einer bewährten Arbeitsteilung werden diese Aufgaben von den Ressorts, der Deutschen Bundesbank, den Sachverständigenräten, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituten, Verbänden und anderen Stellen wahrgenommen. Durch die Einrichtung des Statistischen Informationssystems des Bundes kann das Statistische Bundesamt allerdings in stärkerem Maße als bisher Hilfestellung bei der verbesserten und vertieften Auswertung von Statistiken leisten.

4.2 Datengewinnung aus automatisierten Verwaltungsunterlagen

Die weitaus wichtigste Quelle für die Beschaffung statistischer Angaben sind eigene Erhebungen der amtlichen Statistik. Daneben hat – hauptsächlich gefördert durch das Fortschreiten der Automation im gesamten Bereich der öffentlichen Verwaltung – der Rückgriff auf Verwaltungsunterlagen immer mehr an Bedeutung gewonnen. Damit ist eine besonders rationelle Form der Informationsbeschaffung erschlossen worden, die direkte Befragungen der Bevölkerung und der Unternehmen in vielen Fällen entbehrlich macht. Durch Auswertung bereits vorhandener Verwaltungsunterlagen ist es in erheblichem Umfang gelungen, Anforderungen von den Auskunftspflichtigen fernzuhalten. In der Zukunft werden bei der Nutzung solcher Verwaltungsunterlagen allerdings Fragen des Datenschutzes eine verstärkte Rolle spielen. Obwohl diese Nutzung bereits jetzt in der Regel eine einzelstatistische Rechtsvorschrift voraussetzt, wird von Vertretern des Datenschutzes neuerdings argumentiert, daß diese Daten für bestimmte Verwaltungszwecke und nicht für statistische Zwecke gesammelt wurden, so daß die Übermittlung von personenbezogenen Daten an die Statistischen Ämter in den jeweiligen Spezialgesetzen, aufgrund derer die Daten ursprünglich »erhoben« werden, geregelt werden müsse.

Grundsätzlich ist festzustellen, daß die Bundesstatistik auf die Verwaltungsunterlagen als Datenquelle heute nicht mehr verzichten kann. In der Anfangsphase der Ausschöpfung von Verwaltungsunterlagen standen manuelle Erfassungsmethoden im Vordergrund, die an Durchschriften, Statistische Blätter, Zahlkarten usw. anknüpften. Erst der Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung hat die Voraussetzungen geschaffen, um in großem Umfang Verwaltungsunterlagen in Form von maschinellen Datenträgern (Lochkarten, Magnetbänder usw.) einer statistischen Auswertung zugänglich zu machen. Positiv wirkt sich dabei auch die Vereinheitlichung des Basismaterials und die Zentralisierung der Datensammlung aus, die im allgemeinen mit dem Übergang auf maschinelle Datenverarbeitung verbunden sind.

Eine effiziente Nutzung von Verwaltungsunterlagen für statistische Zwecke setzt voraus, daß die von den Verwaltungen gespeicherten Daten inhaltlich und technisch den Bedürfnissen der amtlichen Statistik möglichst weitgehend entsprechen. Dies macht die frühzeitige Einschaltung des Statistischen Bundesamtes in die Planung von Automationsvorhaben auf allen staatlichen Ebenen erforderlich. Nur hierdurch ist zu gewährleisten, daß bei den Beratungen über den zu automatisierenden Datenbestand und seine statistische Aufbereitung die Belange der amtlichen Statistik und ihrer Benutzer gebührend berücksichtigt werden. Dabei geht es nicht nur um organisatorisch-technische Probleme, wie z. B. die Registerführung und den Zugriff zu den Daten, sondern auch um die Frage der Einpassung dieser Daten in das statistische Gesamtbild.

Diesen Anliegen trägt § 3 Abs. 1 Nr. 9 des neuen Bundesstatistikgesetzes Rechnung, in dem die Mitwirkung des Statistischen Bundesamtes an Nummerungsvorhaben und Bestrebungen zur Automation von Verwaltungsvorgängen und Gerichtsverfahren verankert wurde. Das Mitwirkungsrecht des Statistischen Bundesamtes gilt allerdings nur unter der Voraussetzung, daß zwischen dem Automationsvorhaben und der Statistik für Bundeszwecke enge Berührungspunkte bestehen.

Beispiele für Statistiken, die aufgrund von Verwaltungsunterlagen zusammengestellt werden, finden sich auf nahezu allen wichtigen Arbeitsgebieten

der Statistik. In zahlenmäßig besonders großem Umfang werden die Möglichkeiten von der Außenhandelsstatistik genutzt, die auf die Anmeldeunterlagen der Zollverwaltung zurückgreift. Erwähnt seien ferner die Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung und die Wanderungsstatistik, die auf Unterlagen der Standesämter und der Einwohnermeldeämter basieren. Die Arbeitsmarktstatistiken ziehen Unterlagen der Arbeitsämter heran. Mit der Einführung des integrierten Meldeverfahrens zur Sozialversicherung konnte eine laufende Beschäftigten- und Entgeltstatistik aufgebaut werden. Angaben über Ausländer werden durch Auszählungen des beim Bundesverwaltungsamt geführten Ausländerzentralregisters gewonnen. Verbesserte Voraussetzungen für statistische Aufbereitungen, vor allem in kürzeren Intervallen, hat ferner die Automatisierung der Steuerverwaltung und des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens geschaffen. Die Justizstatistiken stützen sich u. a. auf Auswertungen des Bundeszentralregisters und die Statistiken des Kraftfahrzeugbestandes auf Auszählungen der Register beim Kraftfahrt-Bundesamt.

Für die Zukunft zeichnen sich neue Möglichkeiten durch Auswertung der Gewerbeanzeigen nach der Gewerbeordnung und die Automatisierung des Liegenschaftskatasters und des Grundbuchs ab. Im Hinblick auf künftige Volkszählungen wird zu prüfen sein, ob und wie sich aus der Automation des Meldewesens Entlastungseffekte ergeben.

Ungeachtet der Möglichkeiten, die die Datengewinnung aus automatisierten Verwaltungsunterlagen im Hinblick auf Arbeitserleichterung und Rationalisierung bietet, wird durch sie die Notwendigkeit originärer Erhebungen nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Zwar sind mit fortschreitender Automation Einschränkungen im Programm bestimmter statistischer Erhebungen denkbar; viele Tatbestände lassen sich aber auch weiterhin nur durch spezielle statistische Erhebungen erfassen. Dies gilt vor allem für das große Gebiet der Wirtschaftsstatistiken, aber auch für solche personenbezogenen Tatbestände, für die aus Verwaltungsunterlagen keine oder nur unvollständige Angaben anfallen. In anderen Fällen (z. B. bei Angaben über den ausgeübten Beruf) reicht möglicherweise die Zuverlässigkeit bzw. Aktualität der Daten in den Verwaltungsunterlagen für statistische Zwecke nicht aus. Hinzu kommt, daß Totalerhebungen für den Aufbau von

Registern und ihre Überprüfung in längerfristigen Zeitabständen unentbehrlich bleiben.

4.3 Datenverknüpfung

Von besonderem Interesse für die Ausschöpfung statistischen Materials ist die Untersuchung der Entwicklung identischer Erhebungseinheiten (z. B. Personen, Unternehmen) über längere Zeiträume hinweg. Durch eine derart orientierte Beobachtung lassen sich Veränderungen im Zeitablauf herausarbeiten und – unter Beachtung der Geheimhaltungsvorschriften – einer vertiefenden Auswertung zugänglich machen. Schafft man darüber hinaus durch Einführung eines Identifikationskennzeichens die Voraussetzungen zur Zusammenführung von Angaben über dieselbe Einheit aus verschiedenen Statistiken, läßt sich die Aussagefähigkeit des Materials weiter verbessern.

Die technischen Voraussetzungen für eine rationelle Verknüpfung von Daten bietet auch in diesem Falle die elektronische Datenverarbeitung. Ihr Einsatz macht aus technischen Gründen ohnehin die Abkehr von Namen und den Übergang zu numerischen Begriffen zwingend erforderlich. Nur durch Vergabe von einheitlichen festen Nummern für Einzelpersonen sowie einzelne Unternehmen und Waren läßt sich die maschinelle Identifizierung derselben statistischen Einheit auf verschiedenen Datenträgern bewerkstelligen. Die neuen Möglichkeiten, die sich hierdurch für eine verbesserte Datenverknüpfung eröffnen, sind frühzeitig erkannt und in Plane zur Einführung von entsprechenden Identifikationskennzeichen umgesetzt worden.

Für interne Zwecke verwendet die amtliche Statistik Identifikationskennzeichen als Ordnungsmerkmale, wie z. B. Unternehmens- und Betriebsnummern in der Landwirtschafts- und Handelsstatistik. In der Statistik im Produzierenden Gewerbe haben Identifikationsnummern für die Verknüpfung von Informationen über Unternehmen und Betriebe besondere Bedeutung, weil sie nicht nur die länderübergreifende Zusammenführung von Angaben für Betriebe zu Unternehmensergebnissen gestatten, sondern auch die Durchführung von Homogenitäts- und Konzentrationsuntersuchungen ermöglichen. Im Rahmen der Studentenstatistik schafft die Vergabe von Identifikationskennzeichen für Studenten die Voraussetzung, durch Ver-

laufsuntersuchungen wichtige Aufschlüsse über das Studienverhalten zu gewinnen

Die offensichtlichen Vorteile amtlicher, bundeseinheitlicher Nummerungssysteme sind in Teilbereichen genutzt worden, so z. B. durch Vergabe von Versicherungsnummern in der gesetzlichen Rentenversicherung. Mit Fortschreiten der Diskussion in den siebziger Jahren haben sich jedoch die Forderungen nach verstärktem Datenschutz gegenüber dem Rationalisierungsargument durchgesetzt. Dies hat u. a. den Deutschen Bundestag bewogen, von der ursprünglich geplanten Einführung eines bundeseinheitlichen Personenkennzeichens abzusehen. Auch die Beratungen über ein Gruppenkennzeichen für juristische Personen u. ä. sind nicht fortgeführt worden.

Eine einheitliche Nummerung von Waren sowie ihre einheitliche Benennung, Beschreibung und Katalogisierung könnte die statistische Erfassung von Waren und ihre Zuordnung zu den verschiedenen Warensystematiken erheblich erleichtern und die Möglichkeiten der Datenverknüpfung vergrößern. Die Hoffnungen, mit dem verstärkten Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung im Bereich der Warendistribution eine größere Vereinheitlichung zu erreichen, haben sich indessen nur in Teilbereichen erfüllt. Hinderlich sind vor allem die unterschiedlichen Verwendungszwecke der Nummerungssysteme (Produktion, Zollabfertigung, Transport, Versorgung usw.), die auch unterschiedliche Gliederungskriterien erfordern, sowie die mangelnde Flexibilität einheitlicher Nummerungssysteme bei notwendig werdenden Änderungen und Ergänzungen. Beachtliche Fortschritte konnten bei der Erstellung des neuen Warenverzeichnisses für die Binnenhandelsstatistik erzielt werden, mit dem versucht wurde, vorhandene Sortimentsklassifikationen und die klassifizierenden Teile von Artikelnumerierungssystemen des Handels in das Verzeichnis zu integrieren. Damit können Handelsunternehmen ihre Daten der amtlichen Statistik nicht nur schneller und genauer liefern, sondern auch Sortimentsanalysen und andere inner- und zwischenbetriebliche Aufgaben leichter lösen.

Auch unter – gegenüber den ursprünglichen Zielsetzungen – veränderten Bedingungen setzt das Statistische Bundesamt die Mitarbeit an Nummerungsbestrebungen und ihrer Ausnutzung für eine verbesserte Datenverknüpfung in der Statistik

fort. Es ist hierzu durch § 3 Abs. 1 Nr. 9 des Bundesstatistikgesetzes ausdrücklich aufgefordert worden.

4.4 Anwendung von Stichprobenverfahren

4.4.1 Teilstatistiken

Während in Totalstatistiken alle Einheiten der zu untersuchenden Gesamtheit vollzählig erfaßt und aufbereitet werden müssen, ermöglicht es die Durchführung von Teilstatistiken, den Umfang der zu bearbeitenden Masse herabzusetzen. Für das Ziehen der Teilmasse aus der jeweils untersuchten Gesamtheit können verschiedene Auswahlverfahren angewandt werden¹⁾. Grundsätzlich sind zwei Gruppen zu unterscheiden: die auf dem Zufallsprinzip beruhenden Auswahlverfahren und die Verfahren, die nicht – oder nicht ausschließlich – auf dem Zufallsprinzip aufgebaut sind. Die letzteren erfordern stets an irgendeiner Stelle der Auswahl subjektive Entscheidungen. Das Ziehen von Zufallsstichproben ist dagegen frei von subjektiven Einflüssen. Dies hat den entscheidenden Vorteil, daß die gesamte Auswahl den Gesetzen der Wahrscheinlichkeitsrechnung unterworfen und die Güte der Ergebnisse abschätzbar ist.

Unter den nicht auf dem Zufallsprinzip beruhenden Auswahlverfahren sind neben der willkürlichen Auswahl verschiedene Arten der bewußten Auswahl zu unterscheiden. Hierzu gehören die typische Auswahl, das Abschneideverfahren und die Quotenauswahl.

Bei der typischen Auswahl werden solche Einheiten der Gesamtheit in die Auswahl genommen, die subjektiv für »typisch« gehalten werden, also z. B. näherungsweise dem Durchschnitt entsprechen oder einen für wesentlich gehaltenen Teil der Gesamtheit einschließen. Da z. B. in der Preisstatistik nicht sämtliche Waren und Dienstleistungen ständig beobachtet werden können, wird der Preisindex aufgrund der Preisnotierungen »typischer« Waren ermittelt. An diesem Beispiel wird deutlich,

¹⁾ Siehe »Stichproben in der amtlichen Statistik« (1960) sowie Wirtschaft und Statistik 11/1960 »Stand der Anwendung des Stichprobenverfahrens in der amtlichen Statistik«

daß »typische« Einheiten wechseln können und nicht immer »typisch« bleiben.

Verhältnismäßig häufig wird in der amtlichen Statistik das sogenannte **Abschneideverfahren** angewandt. Diesem Verfahren liegt eine Auswahl nach dem Konzentrationsprinzip zugrunde. Es beruht darauf, nur die »großen« Einheiten der Gesamtheit, d. h. diejenigen in die Erhebung zu nehmen, die den größten Beitrag zu den Aufbereitungsmerkmalen liefern, die zahlreichen »kleinen« Einheiten aber wegzulassen. Bei der kurzfristigen Berichterstattung im Produzierenden Gewerbe werden z. B. im wesentlichen nur Unternehmen mit einer Mindestzahl von Beschäftigten in die monatliche Erhebung und Aufbereitung einbezogen. Das Abschneideverfahren ist einfach anwendbar, hat aber den Nachteil, daß es Sonderentwicklungen bei den kleinen Einheiten nicht erfaßt. Um wenigstens in längerfristigen Zeitabständen einen Gesamtüberblick zu gewinnen, werden die Einheiten unterhalb der Abschneidegrenze deshalb im allgemeinen in Zählungen erfaßt.

Bei der Quotenauswahl wird die Zusammensetzung der Stichprobe dadurch gesteuert, daß für bestimmte Merkmalsgliederungen Quoten, d. h. Anteilswerte des Stichprobenumfanges, vorgeschrieben werden. Dieses Auswahlverfahren, das innerhalb der Rahmenbedingungen weitgehend subjektive Momente enthält, wird in der amtlichen Statistik kaum benutzt.

Im folgenden werden die auf einer Zufallsauswahl aufgebauten Teilstatistiken behandelt, die als »Stichprobenstatistiken« bezeichnet werden und in ihrer Verallgemeinerungsfähigkeit nicht wie die übrigen Teilstatistiken beschränkt sind.

Einen kurzgefaßten aktuellen Überblick über die wichtigsten Stichprobenstatistiken gibt die synoptische Übersicht auf S. 456. Eine ausführliche Darstellung nach dem Stand von 1960 enthält der umfangreiche Band über »Stichproben in der amtlichen Statistik«. In dieser Veröffentlichung werden nach einer allgemeinverständlichen Einführung in das Stichprobenverfahren eingehend die methodischen Einzelheiten dargestellt und die praktischen Erfahrungen behandelt, die bei der Planung und Durchführung von Stichprobenstatistiken gesammelt worden sind. Eine überarbeitete Neuauflage ist in Vorbereitung.

4.4.2 Vorzüge und Grenzen des Stichprobenverfahrens

Das Stichprobenverfahren wird in steigendem Maße und mit gutem Erfolg bei der Erhebung und Aufbereitung amtlicher Statistiken angewandt. Sein vielseitiger Einsatz beruht auf einer Reihe von **Vorzügen**: Die Beschränkung auf eine Teilmasse (Stichprobe), die ein verkleinertes, aber wirklichkeitsgetreues Abbild der Gesamtheit darstellt, ermöglicht es, den Umfang der zu bearbeitenden Masse herabzusetzen. Das bedeutet weniger Befragungen, geringere Kosten bei Erhebung und Aufbereitung sowie schnellere Fertigstellung der Ergebnisse. Das Stichprobenverfahren führt also zu einer erheblichen Rationalisierung der statistischen Arbeit. Außerdem kann bei einer Stichprobenstatistik mehr Sorgfalt auf jeden einzelnen Fall verwandt werden, als dies im allgemeinen bei einer Totalstatistik möglich ist. Infolgedessen können Fehler, die auf mangelhaften Angaben in den Erhebungsbogen beruhen oder durch die Aufbereitung hervorgerufen werden, bei Stichprobenstatistiken oft in engeren Grenzen gehalten werden als bei Totalstatistiken. Bei manchen Aufgabenstellungen ist es von vornherein notwendig, ein Stichprobenverfahren anzuwenden, weil eine vollständige Erfassung der statistischen Masse technisch ausgeschlossen ist (z. B. Besondere Ernteermittlung), oder weil die Fragen aus sachlichen Gründen so schwierig sind, daß richtige Antworten nur durch den Einsatz besonders geschulter Zähler oder Interviewer gesichert werden können (z. B. Mikrozensus).

Selbstverständlich sind aber auch der Anwendung des Stichprobenverfahrens **Grenzen** gesetzt. Für viele statistische Aufgaben sind Totalstatistiken unentbehrlich. Das gilt für alle Vorhaben, bei denen eine sehr tiefe sachliche und regionale Gliederung erforderlich ist, z. B. bei vielen Merkmalen in Volkszählungen. Darüber hinaus werden Totalerhebungen als Auswahlgrundlage für das Ziehen nachfolgender Stichproben sowie im Bedarfsfall als Basis für die Durchführung gebundener Hochrechnungen gebraucht.

Die Nachteile von Stichprobenstatistiken, die man in Kauf nehmen muß, um ihre Vorteile nutzen zu können, sind die sogenannten »Stichprobenfehler«. Die Ergebnisse von Stichprobenstatistiken stimmen fast nie genau mit den Ergebnissen einer entsprechenden idealen Totalstatistik überein, son-

dern weichen davon zufallsbedingt mehr oder weniger stark ab. Bei der praktischen Verwendung von Stichprobenergebnissen muß deshalb stets ihr »Fehlerbereich« berücksichtigt werden. Die Breite des Fehlerbereichs läßt sich bei Stichproben, die nach dem Zufallsprinzip gezogen worden sind, mathematisch berechnen. Aus diesem Grunde wird in der amtlichen Statistik grundsätzlich das Verfahren der Zufallsauswahl oder ein gleichwertiges Ersatzverfahren²⁾ angewandt.

4.4.3 Einsatzstellen des Stichprobenverfahrens

Einsatz bei der Erhebung

Beschränkung der Erhebung aus sachlichen Gründen:

Wichtige Beispiele hierfür sind die Besondere Erntetermineitlung, der Mikrozensus und die Wohnungsstichproben. Bei der Erntetermineitlung ist eine vollständige Erfassung von vornherein ausgeschlossen. Die beiden anderen Statistiken enthalten komplizierte Fragestellungen, die den Einsatz von Interviewern erfordern.

Beschränkung der Erhebung aus Gründen der Rationalisierung:

In diesem Fall werden in größeren Zeitabständen weiterhin Totalstatistiken durchgeführt, damit regional und sachlich tief gegliederte Ergebnisse verfügbar sind. In dem Zeitraum zwischen zwei Totalerhebungen werden die benötigten Informationen durch Stichprobenstatistiken beschafft. Sie beschränken sich auf ein reduziertes Tabellenprogramm, liefern aber Ergebnisse nach dem letzten Stand schneller und mit geringerem Aufwand. Als Beispiele seien die Bodennutzungserhebung, die Viehzwischenzählungen, die Handwerksberichterstattung und die Umsatzstatistiken im Binnenhandel genannt.

Aufstocken von Stichprobenstatistiken auf Totalstatistiken:

Bei Großzählungen werden häufig Erhebungsmerkmale, von denen die Haupterhebungen ent-

lastet werden können, von vornherein abgetrennt und im Rahmen von Stichprobenerhebungen erfaßt. Dieses Verfahren eines »mehrgeschossigen« Erhebungsaufbaus ist z. B. bei der Volkszählung 1970, bei der Landwirtschaftszählung 1979 und bei der Handels- und Gaststättenzählung 1979 angewandt worden.

Umstellung von Teilerhebungen auf Stichprobenerhebungen für den Gesamtbereich:

Bisweilen werden Teilerhebungen auf Stichprobenerhebungen umgestellt, die dann repräsentative Aussagen für eine größere statistische Gesamtheit zulassen. Ein Beispiel sind die Wirtschaftsrechnungen, die nur bei bestimmten Kategorien von Arbeitnehmer- oder Rentnerhaushalten monatlich durchgeführt werden, aber mit den Einkommens- und Verbrauchsstichproben in mehrjährigen Abständen auf nahezu sämtliche bundesdeutschen Privathaushalte ausgedehnt werden.

Einsatz bei der Aufbereitung

Vorwegaufbereitung auf Stichprobenbasis:

Beschleunigungen bei der Feststellung erster Eckzahlen lassen sich u. a. dadurch erreichen, daß man der totalen Aufbereitung einer Statistik die Aufbereitung einer aus dem Material dieser Statistik gezogenen Stichprobe vorausschickt. Als Beispiel sei die repräsentative Vorwegaufbereitung der totalen Viehzählung im Dezember genannt.

Repräsentative Aufbereitung ausgewählter Tabellengruppen:

Im Rahmen von Großzählungen werden gelegentlich total erfaßte Merkmalskomplexe nur stichprobenweise aufbereitet. Dadurch kann neben Beschleunigungs- und Rationalisierungseffekten eine merkliche Beschränkung von kostenaufwendigen Arbeitsgängen erreicht werden. So ist z. B. für die nächste Volkszählung vorgesehen, die Signierung des Wirtschaftszweiges der Arbeitsstelle und die anschließende Auswertung auf eine Stichprobe zu beschränken.

²⁾ Die praktisch wichtigste Technik ist eine »Systematische Auswahl«, bei der die Einheiten einer geordneten Gesamtheit zunächst in Zonen gleichen Umfangs gegliedert werden, in jeder dieser Zonen wird die Stichprobe nach dem Zufallsprinzip bestimmt.

Repräsentative Aufbereitung von sekundärstatistischem Material:

Bei sehr umfangreichem sekundärstatistischem Material kann durch Einsatz des Stichprobenverfahrens vielfach eine erhebliche Senkung der Kosten und Beschleunigung der Aufbereitung erreicht werden; das gilt z. B. für die Statistik des Fernverkehrs mit Kraftfahrzeugen. Ein weiteres Beispiel ist die Stichprobe zur Wohngeldstatistik

Einsatz bei der Nachprüfung

Kontrolle der Erhebung auf Stichprobenbasis:

Um Fehlerspannen von Totalzählungen quantifizieren zu können, werden repräsentative Nachprüfungen durchgeführt. Beispiele sind die regelmäßigen Nachprüfungen von totalen und repräsentativen Viehzählungen, die zur Beurteilung von Schlachtungsprognosen herangezogen werden, sowie die repräsentative Nachprüfung der Volks- und Berufszählung 1970.

Kontrolle der Aufbereitung auf Stichprobenbasis:

Das Sortieren und Signieren statistischer Unterlagen sowie das Übernehmen der Angaben auf Lochkarten können bei umfangreichen Statistiken – ähnlich wie für eine industrielle Massenfertigung – mit Hilfe des Stichprobenverfahrens auf Güte geprüft werden. Ein derartiges Prüfverfahren auf der Grundlage der statistischen Qualitätskontrolle wird im Statistischen Bundesamt seit langem mit Erfolg angewandt.

4.4.4 Aufbau eines Stichprobenplans

Stichprobenstatistiken erfordern stets eine sehr gründliche Planung und Vorbereitung. Dabei müssen die einzelnen Schritte von der Auswahl der Stichprobenfälle bis zur Errechnung der Ergebnisse aufeinander abgestimmt und mit den Zielsetzungen und Bedürfnissen der jeweiligen Statistik in Einklang gebracht werden. Allgemein gilt der Grundsatz, daß unter den gegebenen Voraussetzungen die Ergebnisse der Stichprobenstatistik möglichst rationell und möglichst genau erstellt werden sollen.

Der Stichprobenplan für eine Statistik hängt vor allem von folgenden Einflußgrößen ab:

- vom Tabellenprogramm der Statistik,
- von der Eigenart der Fragestellung und von der Erhebungstechnik,
- von den verfügbaren Unterlagen für die Planung und die Auswahl,
- von der Variabilität der zu erfassenden Merkmale,
- vom Stichprobenumfang bzw. Auswahlsatz,
- von den Genauigkeitsforderungen oder -vorstellungen,
- von den Kosten der Statistik,
- von der verfügbaren Zeit.

Diese Einflußgrößen sind zwar grundsätzlich als Plandaten vorgegeben, können jedoch zum Teil schon während der Planung oder noch im Verlauf der Aufbereitung durch stichprobenmethodische Erfordernisse modifiziert werden. Vor allem ist zu beachten, daß sich diese Größen bis zu einem gewissen Grade auch gegenseitig beeinflussen und deshalb nicht isoliert betrachtet werden dürfen.

Ein Stichprobenplan besteht aus folgenden drei Hauptteilen:

- Auswahlverfahren,
- Verfahren zur Hochrechnung oder Umrechnung der Stichprobenwerte,
- Verfahren zur Beurteilung der Genauigkeit der Ergebnisse.

Bei der Auswahl der Stichprobe soll – wie erwähnt – ein maßstabsgerechtes Miniaturbild der Gesamtheit entstehen. Diese Aufgabe kann auf sehr unterschiedliche Weise gelöst werden. Von besonderer Bedeutung für den Stichprobenplan ist die Festlegung der »Auswahleinheiten«, d. h. der Einheiten, die einem Auswahlvorgang zugrunde liegen. Im Gegensatz zu den Erhebungseinheiten, die sich nach Gesichtspunkten der Erhebungsorganisation ergeben, und den Aufbereitungseinheiten, die durch das Tabellenprogramm bestimmt

sind, werden die Auswahlseinheiten ausschließlich nach methodischen Gesichtspunkten festgelegt. Bei »mehrstufigen Auswahlverfahren« werden mehrere Arten von Auswahlseinheiten festgelegt. Beim Mikrozensus waren z. B. vor 1962 Gemeinden und Wohnungen die Auswahlseinheiten erster und zweiter Stufe, dagegen Haushalte die Erhebungs- und Personen die Aufbereitungseinheiten. Vielfach sind Erhebungseinheiten gleichzeitig auch Auswahlseinheiten. Gelegentlich werden die Auswahlseinheiten so bestimmt, daß sie mehrere Aufbereitungseinheiten einschließen. Eine solche »Klumpenauswahl« liegt z. B. beim Mikrozensus vor, bei dem seit 1962 alle Personen in ausgewählten Zählbezirken und seit 1972 in ausgewählten Segmenten erfaßt werden.

Durch eine »Schichtung« oder »Anordnung« der Einheiten vor der Auswahl ist es möglich, die Genauigkeit der Ergebnisse zu verbessern, ohne das Zufallsprinzip zu verletzen. Bei einer Schichtung wird die Gesamtheit in Teile zerlegt und aus jeder so gebildeten »Schicht« gesondert eine Stichprobe gezogen; die Auswahlsätze können dabei von Schicht zu Schicht verschieden sein. Häufig kann die Genauigkeit auch durch eine günstige Anordnung der Auswahlseinheiten in Verbindung mit dem systematischen Auswahlverfahren erheblich gesteigert werden. Großen praktischen Wert hat auch die Kombination von Schichtung und Anordnung; sie wurde bei der Planung des Mikrozensus entwickelt und ist seitdem für viele andere Stichprobenstatistiken nutzbar gemacht worden.

Die Genauigkeit der Stichprobenergebnisse und die Kosten der Statistik werden wesentlich durch den »Stichprobenumfang« bestimmt, d. h. durch die Anzahl der in die Stichprobe einbezogenen Einheiten; kleinere Stichproben liefern bei sonst gleichem Stichprobenplan weniger genaue Ergebnisse als größere Stichproben. Für die Genauigkeit ist der Umfang der Stichprobe im allgemeinen von größerer Bedeutung³⁾ als der »Auswahlsatz«, d. h. der Anteil der erfaßten Auswahlseinheiten.

Das bei der Auswahl verkleinerte Bild der untersuchten Gesamtheit muß bei der Aufbereitung wieder auf die ursprüngliche Größe gebracht werden.

Dieser Vorgang wird Hochrechnung der Stichprobenwerte genannt. Bei der »freien Hochrechnung« werden die Stichprobenwerte mit dem reziproken Wert des Auswahlsatzes der betreffenden Schicht multipliziert. Unter gewissen Voraussetzungen kann die Genauigkeit der Stichprobenergebnisse mit Hilfe der »gebundenen Hochrechnung« beträchtlich gesteigert werden. Bei diesen Verfahren (Verhältnis-, Differenzen-, Regressions-Schätzung) werden – im Gegensatz zur freien Hochrechnung – zusätzliche Informationen über die Grundgesamtheit zur Verbesserung der Genauigkeit ausgenutzt. Bei Strukturhebungen tritt an die Stelle der Hochrechnung meist eine Umrechnung der Stichprobenwerte zu Anteilswerten und anderen Verhältniszahlen.

Die dritte wichtige Komponente des Stichprobenplans ist das Verfahren zur Beurteilung der Genauigkeit der Ergebnisse. Bei jeder Statistik – also auch bei einer Totalstatistik – unterscheiden sich die Ergebnisse von den »wahren Werten« um gewisse Fehler. Bei Stichprobenstatistiken werden zwei Arten von Fehlern unterschieden: »Zufallsfehler« sind Abweichungen, die darauf zurückzuführen sind, daß nicht alle Einheiten der Gesamtheit, sondern nur die nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Einheiten für die Statistik herangezogen werden. Die Größenordnung der Zufallsfehler wird mit Hilfe von Standardfehlern abgeschätzt, die sich aus der vorliegenden Stichprobe berechnen lassen. »Systematische Fehler« heißen alle Abweichungen, die nicht auf die Auswahl, sondern auf andere Einflüsse zurückzuführen sind, z. B. auf eine unzutreffende Abgrenzung der Grundgesamtheit, unklare Fragestellung, unzutreffende Angaben der Befragten, Antwortverweigerungen, Fehler bei der Aufbereitung usw.

Aus Zufallsfehlern und systematischen Fehlern allein können keine Aussagen über die Zuverlässigkeit der statistischen Ergebnisse getroffen werden. Entscheidend für die Beurteilung der Genauigkeit ist in jeder Statistik der Gesamtfehler, der sich aus beiden Komponenten zusammensetzt. Es sollte nach Möglichkeit erreicht werden, daß beide Fehlerarten in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen. Denn falls in einer Statistik mit ziemlich großen systematischen Fehlern gerechnet werden muß, die durch Kontrollen oder eine intensivere Bearbeitung des Erhebungsmaterials nicht entscheidend vermindert werden können, wäre es im Hinblick auf den Gesamtfehler

³⁾ Siehe Wirtschaft und Statistik 1/1958 »Über die Genauigkeit und den Umfang von Stichproben«

ohne nennenswerten Nutzen, durch einen hohen Stichprobenumfang oder durch besondere Auswahl- und Hochrechnungsverfahren den Standardfehler so weit zu verringern, daß er kleiner als etwa die Hälfte des systematischen Fehlers wird. Eine ähnliche Überlegung gilt auch für das Verhältnis von Total- zu Repräsentativstatistiken: Sind die zu erwartenden systematischen Fehler einer Totalstatistik hoch, dann ist es – abgesehen von besonderen Anforderungen an die Gliederungstiefe der Ergebnisse – oft zweckmäßiger, nur einen zufällig ausgewählten Teil der Erhebungsgesamtheit zu erfassen. Die leichte Vergrößerung des Gesamtfehlers, die durch das Hinzukommen von Zufallsfehlern entsteht, kann möglicherweise sogar wieder aufgehoben werden durch eine entsprechende Verminderung des systematischen Fehlers, die sich mit Hilfe von gründlicheren Feststellungen für den repräsentativen Teil der Gesamtheit erreichen läßt.

Während für die Abschätzung von systematischen Fehlern zusätzliche Unterlagen oder Kontrollerhebungen (z. B. bei der totalen Viehzählung) notwendig sind, können Zufallsfehler – wie erwähnt – mit Hilfe einer »Fehlerrechnung« der Größenordnung nach abgeschätzt werden, ohne daß zusätzliches Material benötigt wird. Diese Tatsache verleitet dazu, an die Stelle der Ermittlung des Gesamtfehlers lediglich eine Abschätzung des Zufallsfehlers zu setzen. Es sollte aber stets darauf geachtet werden, daß eine ergänzende Betrachtung über die Größenordnung der systematischen Fehler erforderlich ist.

Die Bedeutung der Fehlerrechnung liegt nicht allein darin, daß sie einen objektiven Maßstab zur Beurteilung der Ergebnisse liefert; sie ermöglicht darüber hinaus auch künftige Verbesserungen des Stichprobenplans und läßt erkennen, in welchen Fällen das Stichprobenverfahren nicht mehr rational ist.

4.4.5 Weiterentwicklung des Stichprobenverfahrens

Die in den letzten Jahrzehnten gesammelten vielfältigen Erfahrungen aus der Stichprobenpraxis werden zur weiteren Verbesserung der Planung genutzt. Für die Weiterentwicklung des Stichpro-

benverfahrens haben nach wie vor drei Aufgabengruppen besondere Bedeutung:

- das planmäßige Auswechseln von Stichprobeneinheiten,
- die Quantifizierung der systematischen Fehler sowie
- die Verbesserung der Planung und Aufbereitung von Stichprobenstatistiken mit Hilfe elektronischer Datenverarbeitungsanlagen.

Bei laufenden Stichprobenerhebungen muß in verstärktem Maße ein planmäßiges Auswechseln von Stichprobeneinheiten (»Rotation der Stichprobe«) angestrebt werden. Das dauernde Einbeziehen der gleichen Auskunftspflichtigen ist rechtlich als ungleiche Behandlung anzusehen, falls für das Beibehalten kein sachlicher Grund vorliegt. Die Art und das Ausmaß des Auswechselns hängen von erhebungs- und aufbereitungstechnischen Gesichtspunkten sowie von stichprobenmethodischen Überlegungen ab. In der Regel müssen die Einheiten mit den größten Merkmalswerten ständig erfaßt werden, weil sonst die Zuverlässigkeit der Ergebnisse erheblich gefährdet wird. Diese Gruppe wird jedoch so klein wie möglich gehalten. Bei allen übrigen Gruppen müssen bereits bei der Planung die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß die Befragten nach einem angemessenen Zeitraum ausgewechselt werden können. Dies gilt in erster Linie für den Zeitpunkt einer Neuauswahl, bei deren Durchführung Befragte, die an der früheren Erhebung beteiligt waren, nach Möglichkeit durch andere Einheiten ersetzt werden. Gleichzeitig kann ggf. auch bereits Vorsorge getroffen werden, daß während der Laufzeit der neuen Stichprobe ein Teil der Auskunftspflichtigen gegen neue Einheiten ausgetauscht wird. Ein solches Verfahren der »partiellen Rotation« wird z. B. beim Mikrozensus seit 1962 angewandt. Schließlich ist noch zu berücksichtigen, daß in bestimmten Bereichen mehrere Stichprobenstatistiken gleichzeitig durchzuführen sind, zu denen zwecks Entlastung der Befragten soweit möglich nur verschiedene Stichprobeneinheiten herangezogen werden sollten.

Eine wesentliche Verbesserung der Aussagekraft statistischer Ergebnisse läßt sich durch eine Quantifizierung der systematischen Fehler erreichen, soweit sie nicht durch geeignete

Maßnahmen vermieden bzw. durch operative Kontrollen ausgeschaltet werden können. Die durch die Unvollständigkeit des Materials bedingten systematischen Fehler sind bisher in Größe und Richtung weitgehend unbekannt.

Der Einsatz elektronischer Datenverarbeitungsanlagen hat sich bei der Planung von Stichprobenstatistiken gut bewährt. Die nach vorgegebenen Kriterien gesteuerte Aufteilung der gesamten Stichprobe auf die Schichten eines Auswahlplans wird unter Verwendung verschiedener Kenngrößen der Auswahlgesamtheit seit mehreren Jahren überwiegend maschinell mit Hilfe eines speziellen Rechenprogramms durchgeführt. Auch die konkrete Auswahl der in die Statistik einzubeziehenden Einheiten wird – sofern die Auswahlgrundlage auf maschinellen Datenträgern vorliegt – seit längerem ausschließlich maschinell mit einem Programm durchgeführt, das die Vorzüge der systematischen mit denen der Zufallsauswahl verbindet. Zur verbesserten Beurteilung der Genauigkeit von Stichprobenstatistiken befindet sich ein umfassendes Fehlerrechnungsprogramm in Vorbereitung; erste Teile sind einsatzfähig und werden bereits genutzt.

4.5 Anwendung maschineller Verfahren

Elektronische Datenverarbeitungsanlagen (EDV-Anlagen) spielen bei der Aufbereitung und Auswertung der meisten Statistiken eine entscheidende Rolle. Sie ermöglichen Aufbereitungstechniken, die früher wegen ihres Aufwandes nicht realisiert werden konnten. Für Stichprobenstatistiken sind sie ein unentbehrliches Hilfsmittel zur Bestimmung der Auswahlätze und zur Aufstellung optimaler Stichprobenpläne. Außerdem machen sie Fehlerrechnungen in großem Umfang und die Anwendung komplizierter leistungsfähiger Schätzmethoden möglich. Nur mit Hilfe elektronischer Datenverarbeitungsanlagen können die heute in der Statistik anfallenden großen Datenmengen in relativ kurzen Zeiträumen verarbeitet werden. Die elektronische Datenverarbeitung ist zudem die Voraussetzung für viele neuartige Vorhaben, zu denen als wichtigstes das Statistische Informationssystem des Bundes mit seinen Auswertungsmethoden gehört.

4.5.1 Maschinenausrüstung

Für die rationelle Durchführung der maschinellen Erstellung und Auswertung von Statistiken werden im Statistischen Bundesamt die modernsten technischen Hilfsmittel eingesetzt. Im Amt sind zur Zeit drei EDV-Anlagen – zwei große und eine kleine – in Betrieb. Hierbei handelt es sich um zwei Anlagen vom Typ Siemens 7.755 und eine Siemens 7.531.

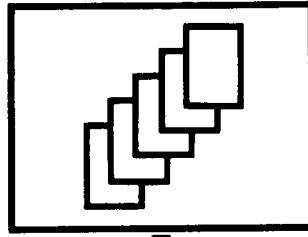
Eine der beiden Siemens 7.755 wird als Produktionsanlage zur Durchführung statistischer Aufbereitungen eingesetzt. Sie ist seit Anfang 1978 in Betrieb, hat eine Leistung von rd. 500 000 Operationen je Sekunde und einen Arbeitsspeicher mit einer Kapazität von rd. 1 Million Zeichen. Zur Aufnahme der statistischen Daten und Verarbeitungsprogramme sind 7 Magnetplattengeräte mit einer Speicherkapazität von je 144 Millionen Zeichen angeschlossen. Die unmittelbare Ein- und Ausgabe von Daten erfolgt über 11 Magnetbandgeräte, die je 320 000 Zeichen pro Sekunde lesen oder schreiben können. Für die Datenaufnahme stehen 2 Lochkartenleser mit einer Maximalleistung von 60 000 Lochkarten je Stunde und für die Druckausgabe 3 Schnelldrucker, die je 70 000 Zeilen in der Stunde drucken können, zur Verfügung.

Die zweite Siemens 7.755 wird in ständig steigendem Umfang für das Statistische Informationssystem eingesetzt. Diese Anlage wird seit der Jahreswende 1980/81 in 2 Personalschichten im sog. Dialogmodus (Betriebssystem BS 2000 im Gegensatz zum BS 1000 auf der Produktionsanlage) betrieben. Sie steht daher für Produktionsarbeiten herkömmlicher Art nur noch eingeschränkt zur Verfügung. Dies führt zu Kapazitätsengpässen bei der Durchführung statistischer Aufbereitungen, die nur durch Einsatz der EDV-Anlagen des Amtes im 3-Schicht-Betrieb abgefangen werden können.

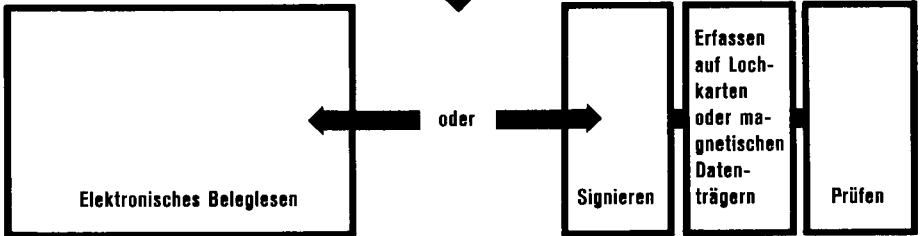
Die Dialoganlage hat die gleiche Leistungsfähigkeit wie die Produktionsanlage (rd. 500 000 Operationen je Sekunde); ihr Arbeitsspeicher hat allerdings eine Größe von 3 Millionen Zeichen. Es sind 7 Magnetplattengeräte mit einer Speicherkapazität von je 144 Millionen Zeichen und 3 Magnetplattengeräte mit einer Kapazität von je 300 Millionen Zeichen angeschlossen. Diese größere Kapazität gegenüber der Produktionsanlage ist für den Dialogbetrieb erforderlich. 5 Magnetbandgeräte vom gleichen Typ wie an der Produktionsanlage dienen dem Datenaustausch mit der Peripherie und zur

MASCHINELLE AUFBEREITUNG

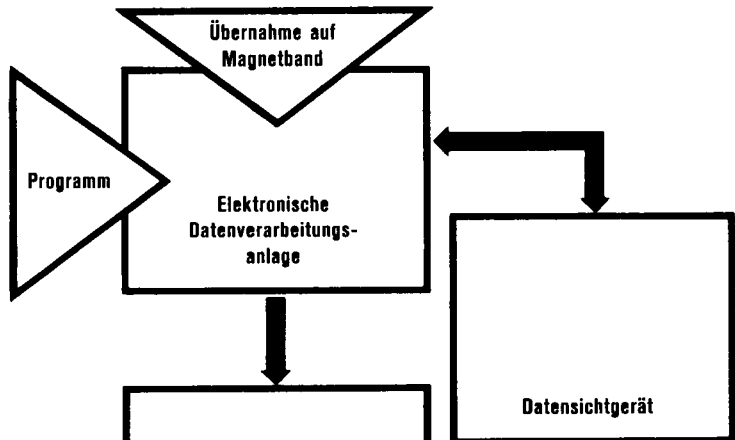
Beleg-
anlieferung



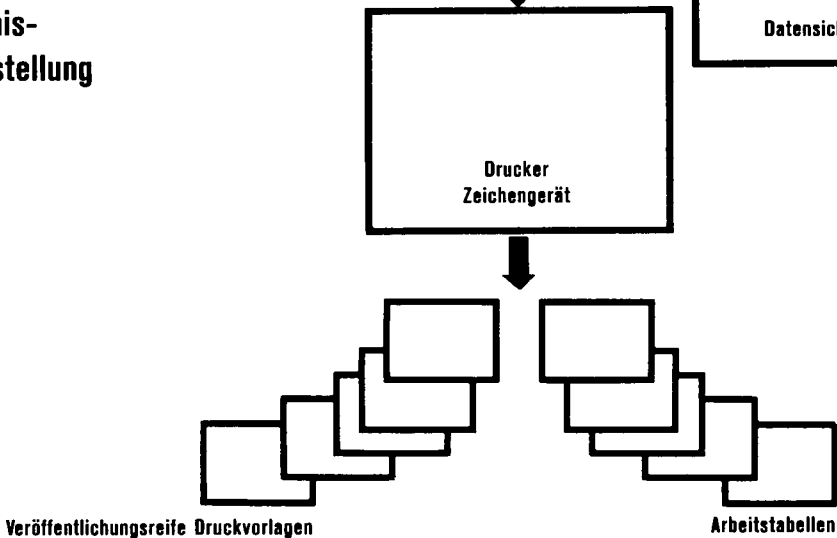
Daten-
erfassung



Daten-
verarbeitung



Ergebnis-
bereitstellung





Teilansicht einer EDV-Anlage im Statistischen Bundesamt

Dateisicherung (Doppeln von wichtigen Daten aus den Magnetplatten auf Magnetband). Ferner sind an der Anlage zwei Schnelldrucker und zwei Lochkartenleser angeschlossen.

Der Dialog wird über z. Z. 49 Bildschirmterminals (davon 5 Fremdanschlüsse) durchgeführt. Sie stehen den Benutzern z. T. in sog. Terminalräumen, z. T. direkt am Arbeitsplatz zur Verfügung. Auch in der Zweigstelle Berlin (dort als Nachfolgegeräte für UNIVAC 1005) und in der Beratungsstelle Bonn für das Statistische Informationssystem sind Terminals eingesetzt; sie sind über Standleitungen der Deutschen Bundespost an den Rechner im Wiesbadener Rechenzentrum des Amtes angeschlossen.

Der sog. Kompaktrechner vom Typ Siemens 7.531 wurde zum Jahresende 1980 installiert. Er wird für umfangreiche Testarbeiten, kleinere Dialogarbeiten und für Entwicklungsarbeiten zu neuen Projekten eingesetzt. Er ist mit einem Arbeitsspeicher von 1 Million Zeichen, 2 Magnetplattengeräten à 126 Millionen Zeichen, einem Schnelldrucker à 36 000 Zeilen je Stunde, einem Diskettenleser und

Datenfernübertragungseinrichtungen ausgestattet; seine Leistung beträgt rd. 240 000 Operationen je Sekunde.

Bei der Erstellung kleinerer Statistiken werden im Statistischen Bundesamt seit langem programmgesteuerte Buchungsautomaten eingesetzt. Die Fachabteilungen verwenden für kleinere Statistiken elektronisch gesteuerte Tischrechenanlagen, die in ihren neueren Ausführungen eine beachtliche Kapazität und periphere Ausrüstung aufweisen und erheblich zur Rationalisierung der Amtsbearbeitung beitragen. Weiter wird ein mittels selbstentwickelter Standardprogramme gesteuerter Kurvenzeichner eingesetzt, der veröffentlichungsreife Graphiken liefert.

4.5.2 Neue Formen der maschinellen Datenerfassung

Für die Erfassung großer Datenmassen, deren Weiterverarbeitung praktisch nur noch maschinell erfolgen kann, wurde im Statistischen Bundesamt

bisher weitgehend die Lochkarte benutzt. Zu diesem Zweck waren bisher insgesamt 92 Locher, 28 Prüfer und 31 Prüflocher (darunter in der Zweigstelle Berlin 44 Locher, 15 Prüfer und 15 Prüflocher) eingesetzt. Zusätzlich verfügt das Statistische Bundesamt über 10 Datenerfassungspunkte IBM 3742. Bei ihnen erfolgt die Datenerfassung direkt auf Magnetplatte (Diskette).

Die vorgenannten Geräte sind veraltet und z. T. sehr störanfällig geworden. Daher werden sie z. Z. durch moderne Geräte ersetzt. Im Verlauf des Jahres 1981 wird die Datenerfassung im Statistischen Bundesamt und in der Zweigstelle Berlin auf Geräte vom Typ ITT 3451 umgestellt. Lediglich für Sonderaufgaben bleiben einige wenige Kartenlocher bis auf weiteres im Einsatz. Bei den Geräten ITT 3451 erfolgt die Datenerfassung wie bei den bisher eingesetzten Geräten IBM 3742 direkt auf Diskette.

Mit dem Einsatz optischer Belegleser wurde ein weiterer Schritt unternommen, die Datenerfassung zu vereinfachen und zu beschleunigen. Belegleser wurden in großem Umfang – insbesondere auch bei den Statistischen Landesämtern – für das Lesen der Fragebogen der Volkszählung 1970 eingesetzt und ersparten dabei das Lochen und Prüfen von 60 Millionen Fragebogen. Bei den Abiturientenbefragungen, der Lehrer- und Unterrichtserhebung und anderen Statistiken wurden ebenfalls Lesegeräte mit Erfolg verwendet.

In Zukunft wird in verstärktem Maße versucht werden, technische Neuentwicklungen für weitere Arbeiten einzusetzen. Doch sind z. B. durch die Uneinheitlichkeit der zu verarbeitenden Belege dem Einsatz optischer Belegleser Grenzen gesetzt.

4.5.3 Programmierung

In Anbetracht der ständig wachsenden Aufgaben können die umfangreichen Arbeiten in der Programmierung nur mit Mühe bewältigt werden. Das Amt bemüht sich, durch eigene Ausbildungskurse neue Programmierer heranzuziehen. Zur Zeit stehen in den einzelnen Programmiergruppen insgesamt 65 Kräfte zur Verfügung. Ein großer Teil der Programmierkapazität ist durch Umstellungsarbeiten und zu einem gewissen Teil durch den laufenden Änderungsdienst gebunden. Außerdem müs-

sen umfangreiche und schwierige Programme für das Statistische Informationssystem und künftige Projekte erstellt werden.

Im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern werden umfangreiche Arbeiten für die Koordinierung der maschinellen Datenverarbeitung in Bund und Ländern geleistet. Für die Verbundprogrammierung werden beträchtliche Vorarbeiten bei der Erstellung von Loch- und Prüfanleitungen, Spezifikationen von Wahrscheinlichkeitskontrollen und Tabellierprogrammen in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachabteilungen übernommen. Ferner müssen für neue und geänderte Statistiken die Arbeitsabläufe entworfen und im Arbeitskreis für maschinelle Aufbereitung erörtert werden. Zum Zwecke der Koordinierung ist stets eine enge Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern erforderlich; sie findet ihren Niederschlag in einer Vielzahl von Programmierbesprechungen, in einheitlichen Richtlinien für die Statistische Verbundprogrammierung, in gemeinsamen Besprechungen der Programmierer mit den Fachreferenten usw. Im Rahmen der Verbundprogrammierung beteiligt sich das Statistische Bundesamt an der Erstellung von Programmen für die dezentrale Aufbereitung von Bundesstatistiken.

Um für die Zukunft bessere und flexiblere Auswertungsmöglichkeiten bieten zu können, werden Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet der Programmierung geleistet. So wurden Standardprogramme für Druckausgabe und Erzeuger für Tabellierungsprogramme gefertigt, durch welche die Programmierung in dafür geeigneten Fällen stark vereinfacht werden konnte. Dies hat zu einem verbesserten Leistungsangebot des Amtes bei dringenden Auswertungswünschen der Ressorts und anderer Benutzer geführt. Mit dem Statistischen Informationssystem (vgl. Abschnitt 5.4) ist ein Auswertungs- und Analysesystem geschaffen worden, so daß in vielen Fällen auf die Neuerstellung von Aufbereitungsprogrammen verzichtet werden kann.

4.6 Koordinierung der Arbeitsabläufe

Die dezentrale Erhebungs- und Aufbereitungsorganisation für die meisten Bundesstatistiken, wie sie sich aufgrund der verfassungsmäßigen Gegebenheiten in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt hat, bringt erhebliche Probleme hinsichtlich der sach- und termingerechten Abstimmung

der Arbeitsabläufe mit sich. Die Lösung von Organisationsfragen und eine vorausschauende Ablaufplanung gehören deshalb zu den Grundvoraussetzungen der Zusammenarbeit zwischen Statistischem Bundesamt und Statistischen Landesämtern. Dabei müssen auch die hauptsächlich aus der unterschiedlichen Größe der Länder resultierenden Unterschiede in der finanziellen, personellen und maschinellen Ausstattung der Statistischen Landesämter berücksichtigt werden. Wie bereits erwähnt, haben verschiedene Länder Landesrechenzentren eingerichtet, denen auch die Verarbeitung statistischer Daten übertragen wurde. Diese Aufsplitterung der Zuständigkeiten hat dazu geführt, daß die statistischen Arbeiten in Konkurrenz zu anderen termingebundenen Verwaltungsarbeiten treten. Damit hat sich die Gefahr von Terminverzögerungen in der statistischen Arbeit verstärkt.

Diesen Entwicklungen versucht die amtliche Statistik durch ein Bündel von Maßnahmen zu begegnen. Mit den entsprechenden Grundsatzproblemen befassen sich u. a. die Amtsleiterkonferenz und der Statistische Beirat, während die Erörterung von Einzelfragen den Fachausschüssen, Arbeitskreisen und Referentenbesprechungen vorbehalten ist (vgl. Abschnitt 1.2.3). Eine wichtige Koordinierungsfunktion erfüllt in diesem Zusammenhang vor allem der Arbeitskreis für maschinelle Aufbereitung, der sich um eine abgestimmte

Planung von Terminen im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung bemüht. Aus den Diskussionen in diesem Gremium ergeben sich wertvolle Anregungen für organisatorische Verbesserungen und die Beseitigung von Schwachstellen.

Eine Reihe von bedeutungsvollen Vorschlägen zur Koordinierung der Arbeitsabläufe hat die »Arbeitsgruppe Arbeitsorganisation« entwickelt, die von der Amtsleiterkonferenz eingesetzt wurde. Sie hat Richtlinien und Einzelregelungen für eine Vielzahl wichtiger organisatorischer Fragen erarbeitet, so u. a. ein Terminüberwachungssystem für Statistiken und Vorschläge zur Verbesserung des Informationsaustausches und der Arbeitsverfahren im statistischen Bereich. Darüber hinaus wurden Überlegungen zur Zusammenarbeit mit den Landesrechenzentren sowie bezüglich einer möglichst einheitlichen Maschinenausrüstung angestellt. Weitere Arbeitsschwerpunkte der Arbeitsgruppe bilden die Grundsätze zur Führung von Organisationsakten und für die Dokumentation maschineller Arbeiten, die Festlegung von Mindestaufbewahrungsfristen für statistisches Material und die Grundsätze und Regeln für die Anlage von Plausibilitätskontrollen bzw. zur einheitlichen Spezifizierung. Diese Maßnahmen tragen dazu bei, die Arbeitsabläufe im Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern zu vereinheitlichen, zu rationalisieren und möglichst optimal zu gestalten.

5 Bereitstellung statistischer Ergebnisse

Wie in Kapitel 4 bei der Behandlung des Ablaufs von Bundesstatistiken angedeutet, wird die Durchführung von Erhebungen mit der Bereitstellung der Ergebnisse abgeschlossen. Nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Bundesstatistikgesetzes vom 14. März 1980 ist das Statistische Bundesamt verpflichtet, die Ergebnisse von Bundesstatistiken in der erforderlichen sachlichen und regionalen Gliederung für den Bund zusammenzustellen sowie für allgemeine Zwecke zu veröffentlichen und darzustellen. In die Gesetzesbegründung ist ausdrücklich die Verpflichtung aufgenommen worden, dies in einer Weise zu tun, die dem vielfältigen Benutzerkreis und den zahlreichen Aufgaben der Bundesstatistik

gerecht wird. Hieraus leitet sich die Informationspflicht als eine der zentralen Aufgaben des Statistischen Bundesamtes ab; zugleich wird damit der Grundsatz der Gleichbehandlung der Benutzer postuliert, den das Statistische Bundesamt strikt einhält.

Die wichtigste, allgemein zugängliche Quelle für statistische Ergebnisse ist das Veröffentlichungssystem des Statistischen Bundesamtes (vgl. Abschnitt 5.1). Es umfaßt rd. 600 Veröffentlichungstitel mit jährlich etwa 1300 Ausgaben in einer Gesamtauflage von rd. 850 000 Exemplaren. Trotz dieses umfangreichen Angebots können nur die

wichtigsten Ergebnisse der amtlichen Statistik veröffentlicht werden. Anforderungen, die über allgemeine Zwecke hinausgehen, werden im Rahmen der Dienstberichterstattung oder – in vertretbarem Umfang – auch durch den Auskunftsdienst (vgl. Abschnitt 5.2) erfüllt, soweit die Vorschriften über die Geheimhaltung statistischer Angaben dies zulassen. Daneben nutzt das Statistische Bundesamt neue Formen und Techniken der Informationsbereitstellung wie sie in den Abschnitten 5.4 und 5.5 beschrieben werden.

5.1 Das Veröffentlichungssystem des Statistischen Bundesamtes

5.1.1 Grundsätze des Veröffentlichungswesens

Das Veröffentlichungssystem des Statistischen Bundesamtes ist als abgestimmtes, sich in seinen einzelnen Teilen ergänzendes System konzipiert. Es nimmt darauf Rücksicht, daß die Benutzer statistischer Zahlen im allgemeinen detaillierte Einblicke in ein oder mehrere Sachgebiet(e) oder – aus der Sicht einer bestimmten Fragestellung – einen zusammenfassenden Überblick über die wichtigsten Arbeitsbereiche der amtlichen Statistik benötigen. Deshalb muß das Veröffentlichungsprogramm sowohl den Ansprüchen nach statistikbezogener als auch nach problemorientierter Datendarbietung gerecht werden.

Dem vordringlichen Wunsch nach möglichst aktuellen Ergebnissen versucht das Statistische Bundesamt dadurch zu entsprechen, daß es die Ergebnisse der einzelnen Statistiken unmittelbar nach Abschluß der Aufbereitungsarbeiten in Fachserien veröffentlicht. Damit liegt das Material nach Quellen geordnet vor. Allgemeine Querschnittsveröffentlichungen und Thematische Querschnittsveröffentlichungen, die Angaben aus verschiedenen Statistiken zusammentragen, kommen dagegen mehr dem Bedürfnis nach problemorientierter Darbietung entgegen. Diese Veröffentlichungsform ist zweifellos am benutzerfreundlichsten, hat aber den Nachteil, daß Ergebnisse aus mehreren Quellen abgewartet werden müssen. Auch die Abstimmung des Inhalts und der Form solcher Veröffentlichungen bringt bei der Vielzahl unterschiedlicher Benutzerinteressen Schwierigkeiten

mit sich. Hinzu kommt, daß aus Kostengründen und wegen der aus anderen Gründen notwendigen Beschränkung des Veröffentlichungsprogramms jede erneute Darbietung bereits vorliegender Zahlen an strengen Maßstäben gemessen werden muß.

Die vom Statistischen Bundesamt erarbeiteten Ergebnisse der Bundesstatistik werden – dem Auftrag des Bundesstatistikgesetzes folgend – primär auch von ihm selbst veröffentlicht. Soweit andere Stellen eigene Veröffentlichungen herausgeben, bestehen Absprachen zur Arbeitsteilung. Das gilt sowohl hinsichtlich der Zusammenstellung von statistischen Daten unter speziellen Zielsetzungen durch Bundesministerien und andere Bundesdienststellen als auch im Hinblick auf die Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter.

Mit den Statistischen Landesämtern bestehen Vereinbarungen hauptsächlich hinsichtlich der regionalen Tiefengliederung. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht die Ergebnisse der Bundesstatistik in der notwendigen sachlichen und systematischen Ausführlichkeit, aber nur in begrenzter regionaler Differenzierung. Dafür weisen die Statistischen Landesämter das Zahlenmaterial in weitergehender regionaler Gliederung, aber geringerer sachlicher Tiefe nach. Vom Statistischen Bundesamt werden in der Regel nur Landergebnisse, gelegentlich Angaben für Regierungsbezirke und in bestimmten Fällen für nichtadministrative Gebietseinheiten veröffentlicht. Nur bei größeren Zählungen und Strukturerhebungen werden vom Statistischen Bundesamt auch ausgewählte Daten für Kreise gebracht. Die Veröffentlichung von Gemeindeergebnissen bleibt im allgemeinen vollständig den Ländern überlassen.

Hinsichtlich Inhalt und Form sind die Veröffentlichungssysteme des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter nach einheitlichen Grundsätzen aufgebaut und somit weitgehend vergleichbar. Auch untereinander haben sich die Statistischen Landesämter auf ein abgestimmtes Veröffentlichungsprogramm geeinigt, das in dem »Gesamtverzeichnis Statistischer Berichte der Statistischen Landesämter« dokumentiert ist. Die Richtlinien für Mindestveröffentlichungsprogramme und die Vereinbarungen über Inhalt und Erscheinungsweise der Berichte werden gemeinsam vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern erarbeitet.

Vom Aufbau her sind die Veröffentlichungen der amtlichen Statistik so angelegt, daß sich Tabellen, Text und Schaubilder ergänzen. Allerdings läßt es der Wunsch nach möglichst zeitnaher Bereitstellung der Ergebnisse häufig nur zu, relativ knappe textliche Erläuterungen aufzunehmen. Dies gilt vor allem für Veröffentlichungen mit kurzfristigen Ergebnissen laufender Statistiken, insbesondere für Vor- bzw. Eilberichte, die sich weitgehend auf tabellarische Darbietungen des Zahlenmaterials beschränken. Ausführlicher kommentiert und durch Graphiken angereichert wird das Material in den Jahres-, Zählungs- und Sonderveröffentlichungen sowie in der Monatszeitschrift des Statistischen Bundesamtes »Wirtschaft und Statistik«.

Bei der textlichen Darstellung der Ergebnisse steht die Beschreibung der Strukturen und der zeitlichen Entwicklungen mit Hilfe von Vergleichsdaten und Verhältniszahlen (Prozent- und Beziehungszahlen, Meßzahlen, Indizes usw.) im Vordergrund. Nur in beschränktem Umfang wird eine Analyse der Ursachen vorgenommen (vgl. Abschnitt 4.1.4). Einen wesentlichen Teil der textlichen Darstellung bilden dagegen die methodischen Erläuterungen, die sich in fast allen Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes finden. Sie sollen es den Benutzern erleichtern, die Aussagefähigkeit der Daten zu beurteilen und damit eine zweck- und methodengerechte Verwendung der statistischen Ergebnisse sichern.

Besonderes Augenmerk richtet das Statistische Bundesamt darauf, die Dokumentation und den Zugang zu den veröffentlichten Daten zu erleichtern. Hierzu soll insbesondere auch der vorliegende Band »Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik« beitragen. Einen Gesamtüberblick über alle verfügbaren Publikationen des Statistischen Bundesamtes vermittelt das jährlich erscheinende Veröffentlichungsverzeichnis. Neuerscheinungen werden wöchentlich im »Bundesanzeiger« und im »Statistischen Wochendienst« sowie monatlich in »Wirtschaft und Statistik« angekündigt. Zur besseren Erschließung des Materials dienen ferner Sachregister, Quellennachweise und ähnliche Zusammenstellungen in den einzelnen Veröffentlichungen. Sie sollen dem Benutzer helfen, das für den jeweiligen Untersuchungszweck benötigte spezielle Zahlenmaterial aus unterschiedlichen Erhebungen und Zeiträumen aufzufinden und für seine Zwecke zusammenzustellen.

Der Ausbau des statistischen Arbeitsprogramms in den vergangenen Jahren hat nahezu zwangsläufig auch zu einer Erweiterung des Angebots an Veröffentlichungen geführt. Das Statistische Bundesamt versucht einer Ausuferung u. a. dadurch entgegenzuwirken, daß es sich um eine ständige Bereinigung des Veröffentlichungsprogramms und um die inhaltliche Straffung der Veröffentlichungen bemüht. Daneben hat auch die Ausschöpfung vielfältiger technischer Rationalisierungsmöglichkeiten (z. B. verstärkter Einsatz der EDV und kostengünstiger Vervielfältigungs- und Drucktechniken) zur Bewältigung zusätzlicher Arbeitslasten beigetragen. Auch in Zukunft wird das Statistische Bundesamt diesen Weg konsequent weiterverfolgen. Dabei ist zu erwarten, daß sich mit der zunehmenden Nutzung des Statistischen Informationssystems des Bundes (STATIS-BUND) Reduzierungen und Umstrukturierungen der Veröffentlichungen ergeben werden (vgl. Abschnitt 5.4). Richtung und Ausmaß lassen sich heute allerdings noch nicht übersehen.

5.1.2 Gliederung des Veröffentlichungssystems

Die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. hierzu Schaubild auf S. 61 und Übersicht S. 471) gliedern sich in drei große Kategorien:

- Zusammenfassende Veröffentlichungen,
- Fachserien,
- Systematische Verzeichnisse.

Ergänzend werden Veröffentlichungen zur Auslandsstatistik, Karten und fremdsprachige Veröffentlichungen herausgegeben.

Die Zusammenfassenden Veröffentlichungen enthalten Ergebnisse aus mehreren oder allen Arbeitsgebieten des Amtes. Dabei lassen sich unterscheiden:

- Allgemeine Querschnittsveröffentlichungen,
- Thematische Querschnittsveröffentlichungen,
- Veröffentlichungen zu Organisations- und Methodenfragen,
- Kurzbroschüren.

VERÖFFENTLICHUNGSSYSTEM DES STATISTISCHEN BUNDESAMTES

Zusammenfassende Veröffentlichungen			
Allgemeine Querschnitts- veröffentlichungen	Thematische Querschnitts- veröffentlichungen	Veröffentlichungen zu Organisations- und Methodenfragen	Kurzbroschüren

Fachserien
1 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit
2 Unternehmen und Arbeitsstätten
3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
4 Produzierendes Gewerbe
5 Bautätigkeit und Wohnungen
6 Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr
7 Außenhandel
8 Verkehr
9 Geld und Kredit
10 Rechtspflege
11 Bildung und Kultur
12 Gesundheitswesen
13 Sozialleistungen
14 Finanzen und Steuern
15 Wirtschaftsrechnungen
16 Löhne und Gehälter
17 Preise
18 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
19 Umweltschutz

Systematische Verzeichnisse				
Unternehmens- und Betriebs- systematiken	Güter- systematiken	Personen- systematiken	Regional- systematiken	Sonstige Systematiken

Karten

Statistik des Auslandes

Fremdsprachige Veröffentlichungen



Eine Auswahl aus dem Veröffentlichungsprogramm des Statistischen Bundesamtes

Zu den wichtigsten Allgemeinen Querschnittsveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes zählen das »Statistische Jahrbuch«, die Monatszeitschrift »Wirtschaft und Statistik« und der »Statistische Wochendienst«. Die jährlich erscheinende Veröffentlichung »Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer« stellt Material in länderspezifischer Gliederung für regionale Untersuchungen und Vergleiche zur Verfügung. Zeitreihen enthalten der zum 100jährigen Bestehen einer zentralen Statistik in Deutschland erschienene Band »Bevölkerung und Wirtschaft 1872 bis 1972« sowie in zweijährlicher Periodizität die Veröffentlichung »Lange Reihen zur Wirtschaftsentwicklung« für den Zeitraum ab 1950. In der Monatsveröffentlichung »Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung« werden die wichtigsten Konjunkturdaten als Originalwerte und saisonbereinigte Zahlen (nach dem Berliner Verfahren) zusammengestellt.

Thematische Querschnittsveröffentlichungen tragen Material für bestimmte Bereiche (z. B. Bildungswesen, Bauwirtschaft) zusammen oder ordnen es bestimmten Personengruppen zu (»Die Frau in Familie, Beruf und Gesellschaft«, »Die Lebens-

verhältnisse älterer Menschen«, »Die Situation der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland«, »Zur Situation der Behinderten«).

Kurzbroschüren bieten in populärer Form einen allgemeinen Überblick über wichtige, in Zahlen erfassbare Lebensbereiche (»Zahlenkompaß«, »Im Blickpunkt: Der Mensch«) oder beleuchten ausgewählte Bereiche des Wirtschafts- und Soziallebens (»Haushaltsgeld – woher, wohin?«). Sie sind in erster Linie als Informationsmaterial für Interessenten gedacht, die über keine speziellen Fachkenntnisse der amtlichen Statistik verfügen.

Die Ergebnisse einzelner Statistiken werden im System der Fachserien veröffentlicht, das nach großen Sachgebieten gegliedert ist. Seit einer umfassenden Neuordnung zum Jahresbeginn 1977 gibt es z. Z. folgende Fachserien:

- 1 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit
- 2 Unternehmen und Arbeitsstätten
- 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
- 4 Produzierendes Gewerbe

- 5 Bautätigkeit und Wohnungen
- 6 Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr
- 7 Außenhandel
- 8 Verkehr
- 9 Geld und Kredit
- 10 Rechtspflege
- 11 Bildung und Kultur
- 12 Gesundheitswesen
- 13 Sozialleistungen
- 14 Finanzen und Steuern
- 15 Wirtschaftsrechnungen
- 16 Löhne und Gehälter
- 17 Preise
- 18 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
- 19 Umweltschutz

Jede Fachserie umfaßt Veröffentlichungsreihen mit Ergebnissen laufender Statistiken, die im Bedarfsfall durch Sonderbeiträge ergänzt werden. Die Ergebnisse von einmalig oder in unregelmäßigen Zeitabständen stattfindenden Zählungen bzw. größeren Erhebungen werden als Einzelveröffentlichungen im Rahmen der Fachserien herausgegeben

Systematische Verzeichnisse sind Hilfsmittel für die einheitliche Zuordnung von Tatbeständen in den Statistiken und für eine dem Erhebungs- und Darstellungszweck entsprechende Gliederung der Ergebnisse. Sie enthalten nur ausnahmsweise Zahlenangaben. Entsprechend der Art der klassifizierten Tatbestände werden Unternehmens- und Betriebssystematiken, Güter-, Personen-, Regional- und sonstige Systematiken unterschieden.

Angaben aus Großzählungen werden vom Statistischen Bundesamt z. T. auch in thematische Karten umgesetzt.

Die Veröffentlichungsgruppe Statistik des Auslandes weist gewisse Besonderheiten auf,

da sie sowohl Allgemeine Querschnittsveröffentlichungen (»Internationale Monatszahlen«, Länderberichte und Länderkurzberichte) als auch eine eigene Fachserie »Auslandsstatistik« mit 5 Veröffentlichungsreihen umfaßt.

Von einigen Veröffentlichungen gibt es auch fremdsprachige Ausgaben. Außerdem stehen Verzeichnisse in englischer und französischer Sprache zur Verfügung.

5.2 Auskunftsdienst

Am stärksten auf die individuellen Wünsche der Benutzer ausgerichtet ist die Arbeit der Auskunftsdienste in den Statistischen Ämtern. Sie bieten die Möglichkeit, sich nahezu vollständig auf unterschiedliche Anforderungen einzustellen und sie gezielt zu erfüllen. Das Interesse an dieser Serviceleistung für jedermann äußert sich in jährlich rd. 2 200 zum Teil umfangreichen Materialzusammenstellungen und etwa 9 000 telefonischen Auskünften allein beim Zentralen Auskunftsdienst des Statistischen Bundesamtes.

Angesichts der hohen Öffentlichkeitswirkung dieses Kundendienstes widmet ihm das Statistische Bundesamt besondere Aufmerksamkeit. Auf Anforderung werden über den Auskunftsdienst auch solche Daten bereitgestellt, die nicht von allgemeinem Interesse sind und deshalb – schon aus Kostengründen – keinen Eingang in die Veröffentlichungen finden. Soweit es die beschränkten Arbeitskapazitäten zulassen, werden für spezielle Anfragen auch bereits veröffentlichte Angaben zusammengetragen. Ist dies wegen des hohen Zeitaufwands nicht möglich, werden zumindest ausführliche Hinweise und Erläuterungen gegeben.

5.3 Bibliothek

Die Bibliothek des Statistischen Bundesamtes verfügt über ein reichhaltiges Angebot an Veröffentlichungen, die es für seine wissenschaftlichen Arbeiten benötigt. Neben Literatur zu Methodenfragen der Statistik und einer Vielzahl von wissenschaftlichen Fachzeitschriften werden vor allem Veröffentlichungen mit statistischen Ergebnissen gesammelt. Hierzu gehören u. a. Publikationen aus

dem Bereich der deutschen amtlichen und nicht-amtlichen Statistik, der internationalen Organisationen sowie ausländischer Staaten. Zu diesem Zweck besteht zum Teil seit langen Jahren ein Veröffentlichungsaustausch mit diesen Stellen.

Alle Veröffentlichungen sind in der Bibliothek des Statistischen Bundesamtes alphabetisch katalogisiert sowie nach systematischen und regionalen Gesichtspunkten erschlossen. Sie stehen zur allgemeinen Benutzung bereit.

5.4 Statistisches Informationssystem des Bundes

Wirtschaft, öffentliche Verwaltung und Wissenschaft benötigen für wechselnde Aufgabenstellungen immer umfangreichere Informationen. Die Anforderungen beziehen sich nicht nur auf eine tiefere sachliche und zeitliche Gliederung des Materials, sondern auch auf dessen schnellere Verfügbarkeit. Von seiten der amtlichen Statistik konnten diese Informationswünsche in der Vergangenheit nur in begrenztem Maß erfüllt werden. So mußten z. B. für quantitative Untersuchungen oder für Planungsvorhaben statistische Ausgangsdaten vielfach in zeitraubender Arbeit manuell zusammengestellt werden. Wichtigste Quellen waren dabei die zahlreichen Veröffentlichungen und das Datenarchiv des Statistischen Bundesamtes, das umfangreiches Material – allerdings in unterschiedlicher Gliederung und in der Abgrenzung der jeweiligen Erhebung – enthält. Häufig wurde auch die erneute Eingabe von Daten oder die Aufstellung eigener EDV-Programme für die Bereitstellung und Auswertung von Daten auf Magnetband notwendig.

Mit der Einrichtung des Statistischen Informationssystems des Bundes (STATIS-BUND) steht dem Statistischen Bundesamt seit Ende der siebziger Jahre ein modernes, EDV-gestütztes Instrument zur Verbesserung und Rationalisierung der Bereitstellung und Auswertung statistischer Ergebnisse zur Verfügung, mit dem das Dienstleistungsangebot der Bundesstatistik beträchtlich erweitert wird. Die technischen Möglichkeiten, welche die automatisierte Datenverarbeitung zur Speicherung und Verarbeitung großer Datenmengen bietet, gestatten einen schnellen und direkten Zugriff auf das gespeicherte Material, die Bereitstellung der benö-

tigten Angaben in problemorientierter Form sowie die flexible Durchführung von Berechnungen.

Der Aufbau des Statistischen Informationssystems des Bundes erfolgte aufgrund eines Erlasses des Bundesministeriums des Innern aus dem Jahr 1969. Maßgebend war u. a. die Erkenntnis, daß durch die Konzentration statistischer Informationen an einer Stelle Mehrfacharbeiten vermieden werden können und eine einheitliche Darbietung statistischer Ergebnisse gewährleistet wird. Inzwischen ist die Aufgabe des Statistischen Bundesamtes, »die allgemeine Statistische Datenbank des Bundes einzurichten und zu führen«, auch in § 3 Abs. 1 Nr. 8 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289) festgelegt.

Hauptaufgabe des Statistischen Informationssystems des Bundes ist es, unter Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten für einen größeren Benutzerkreis die Auswertung von statistischen Materialien zu erleichtern und zu verbessern. Dies setzt die Speicherung zahlreicher statistischer Ergebnisse unterschiedlichen Umfangs aus verschiedenen Quellen und Berichtsperioden voraus. Das Material muß soweit wie möglich vergleichbar sein, damit es schnell in beliebiger Kombination zur Verfügung steht, um Berechnungen für Zwecke der Analyse, Prognose und Planung durchführen zu können. Das Statistische Informationssystem hat also nicht nur die Aufgabe, statistische Angaben in leicht zugänglicher Form zur Verfügung zu halten, sondern auch den Apparat für Auswertungen bereitzustellen. Es ist deshalb auch nicht als Datenbank für Einzelauskünfte konzipiert, die weiterhin besser in den bewährten traditionellen Formen erteilt werden können (vgl. Abschnitt 5.2).

Das Statistische Informationssystem richtet sich unter Beachtung der geltenden Geheimhaltungsbestimmungen an einen Benutzerkreis, der sich häufiger mit der Auswertung von Statistiken befaßt. Im wesentlichen sind dies Parlament, Ministerien, Bundes- und Länderverwaltungen, Institute, Unternehmen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sowie andere öffentliche und private Organisationen.

Die Nutzung des Statistischen Informationssystems ist dialogorientiert; die Benutzer arbeiten mit Datensichtstationen über Datenfernübertragung.



Arbeit an der Datenstation mit dem Statistischen Informationssystem des Bundes (STATIS-BUND)

Für die Beratung stehen ausgebildete Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden zur Verfügung. Außerdem hat das Statistische Bundesamt – insbesondere für Bundesbehörden – in Bonn eine Beratungsstelle eingerichtet. Benutzer, die unmittelbar mit dem Statistischen Informationssystem arbeiten wollen, werden ausführlich geschult. Spezielle Benutzerkurse informieren über den Datenbestand, die verfügbaren Methoden, die Auswertungsmöglichkeiten und die systemeigene Benutzersprache. Diese Kenntnisse werden durch praktische Übungen am Terminal vertieft. Benutzer, die nicht über die technischen Einrichtungen zum Arbeiten im Dialog verfügen, können sich an das Statistische Bundesamt in Wiesbaden oder an die Beratungsstelle wenden, um ihre Aufträge von Mitarbeitern des Amtes durchführen zu lassen.

5.4.1 Datenbasis

Im Statistischen Informationssystem ist eine Auswahl besonders wichtiger Daten aus allen Bereichen der amtlichen Statistik und in begrenztem

Maße auch aus der nichtamtlichen Statistik in übersichtlicher und leicht zugänglicher Form gespeichert und dokumentiert. Eine Aufnahme des gesamten Materials der amtlichen Statistik hätte zwar eine flexiblere Auswertung ermöglicht, aber auch den Rahmen des Systems gesprengt. Außerdem wären schwierige Fragen der Geheimhaltung und des Datenschutzes aufgeworfen worden. Das Statistische Bundesamt hat sich daher auf eine breit angelegte Auswahl aggregierter statistischer Daten beschränkt, die in verschiedener Kombination, Gliederung und Zeitfolge von vielen Benutzern häufig benötigt werden.

Im einzelnen enthält die Datenbasis z. Z. statistische Ergebnisse aus rd. 180 Statistiken. Neben etwa 80 000 Zeitreihen werden weitere rd. 500 Millionen Daten in tiefer sachlicher und regionaler Gliederung aus einmaligen Zählungen und laufenden Statistiken bereitgehalten.

Die Datenauswahl wurde in der Planungsphase mit dem Statistischen Beirat und wichtigen Konsumenten abgestimmt. Die Grundausstattung ist inzwischen vor allem aufgrund konkreter Benutzeranforderungen beträchtlich erweitert worden.

Gespeichert sind insbesondere Zeitreihen als Grundlagenmaterial für die Konjunkturbeobachtung und -analyse bzw. für globale Untersuchungen, Planungen und Projektionen in mittel- und langfristiger Sicht. Die Zeitreihen in jährlicher Periodizität reichen z. T. bis zum Jahr 1950 zurück, solche mit monatlicher, vierteljährlicher und halbjährlicher Periodizität in der Regel bis 1962. Die meisten Daten sind Statistiken aus dem Bereich des Produzierenden Gewerbes, der Erwerbstätigkeit, des Handels und Verkehrs und den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entnommen. Ferner finden sich Regionaldaten für Kreise bzw. Gemeinden, die im wesentlichen aus Großzählungen, wie z. B. der Volks- und Arbeitsstättenzählung 1970 oder der Landwirtschaftszählung 1971, stammen und ergänzt werden um detaillierte Angaben aus dem Mikrozensus, der Bundestagswahlstatistik, der Ausländer- und der Studentenstatistik usw. Die Aktualisierung der Datenbasis erfolgt entweder durch unmittelbare Übernahme der Zahlen aus der maschinellen Aufbereitung oder über Direkteingabe am Bildschirm bzw. durch Ablochung der entsprechenden Daten. Außerdem wird ständig an der Erweiterung der Datenauswahl durch Aufnahme von Daten für solche Bereiche gearbeitet, die bisher noch nicht berücksichtigt bzw. für die nur Eckzahlen eingespeichert waren.

Alle Daten der Datenbasis sind hinsichtlich Herkunft und Art der Aufbereitung umfassend dokumentiert. Damit soll der Benutzer in die Lage versetzt werden, die geeigneten Daten für die Lösung seiner Fragestellung aus dem großen Angebot herauszufinden und zu interpretieren. Diesem Zweck dient auch ein Definitionskatalog, der die im System gespeicherten Daten hinsichtlich ihres Begriffsinhaltes, der Änderungen der Begriffe im Zeitablauf und der Beziehung zu ähnlichen oder gleichartigen Begriffen erläutert.

Bei der Datensuche wird der Benutzer im Dialog am Bildschirm schrittweise an die Informationen herangeführt. Dafür sind Stichwortlisten vorhanden, wobei Stichworte miteinander verknüpft werden können und Hinweise auf gleichartige oder miteinander kombinierbare Daten gegeben werden.

5.4.2 Verarbeitungsmöglichkeiten

Für die Weiterverarbeitung der statistischen Materialien stehen dem Benutzer zwei Möglichkeiten

zur Verfügung. Mit dem statistischen Auswertungssystem können Datenauszüge und Tabellierungen angefertigt sowie Tabellen ausgedruckt werden. Das mathematisch-statistische Analysesystem gestattet die Anwendung mathematisch-statistischer Verfahren, die als fertige Methoden zur Verfügung stehen. Darüber hinaus kann der geschulte Benutzer im mathematisch-statistischen Analysesystem auf Bausteine zurückgreifen, die mit einer einfachen Benutzersprache zu speziellen Methoden zusammenzufügen sind. Die allgemein verfügbaren Methoden und die Methodenbausteine sind im Benutzerhandbuch ausführlich beschrieben.

Mit dem statistischen Auswertungssystem und dem mathematisch-statistischen Analysesystem können auch sog. externe Daten verarbeitet werden, die z. B. aus dem Datenarchiv des Statistischen Bundesamtes stammen oder vom Benutzer selbst zur Verfügung gestellt werden. Diese externen Daten sind gesichert und werden nur dem legitimen Benutzer auf dem eigenen Arbeitsspeicher zur Verfügung gestellt. Von dort können sie jederzeit für Berechnungen mitverwendet werden.

Um den hohen Standard des Systems zu sichern, ist eine ständige Pflege und ein systematischer weiterer Ausbau, vor allem hinsichtlich des Angebots an Daten, Methoden und Auswertungsverfahren, erforderlich. Die Anforderungen und praktischen Erfahrungen der Benutzer werden dazu intensiv ausgewertet und in die Überlegungen für weitere Entwicklungen einbezogen.

5.4.3 Bisherige Erfahrungen

Seit Beginn des Einsatzes im Jahre 1977 hat die Nutzung des Statistischen Informationssystems ständig zugenommen. Das System wird vor allem von den Stellen genutzt, die sich schon bisher intensiv mit der Auswertung statistischer Ergebnisse befaßt haben. Einen besonderen Interessenschwerpunkt bildet dabei die Möglichkeit, mit dem Auswertungssystem statistisches Ausgangsmaterial (externe Daten z. B. aus dem Mikrozensus oder der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe) nach neuen Merkmalskombinationen aufzubereiten und damit zusätzliche Informationen unter Beachtung aller Geheimhaltungsbestimmungen gewinnen zu können.

Inzwischen verfügen mehrere Bundesbehörden über einen Direktanschluß an das System. Andere

Stellen aus dem öffentlichen und nichtöffentlichen Bereich haben ihre Anschlußwünsche bekundet. Diesen kann jedoch nur sukzessive, nach entsprechender Erweiterung der Kapazität der EDV-Anlage des Statistischen Bundesamtes entsprochen werden.

5.5 Andere Formen der Informationsbereitstellung

In steigendem Umfang setzt das Statistische Bundesamt für die Informationsbereitstellung moderne Hilfsmittel der Technik ein. So können z. B. über automatische Anrufbeantworter die neuesten Werte der Preisindizes für die Lebenshaltung und über Fernschreiber der aktuelle Stand des Index der Aktienkurse abgerufen werden.

Besonders aussichtsreich sind einige neuere technische Entwicklungen, wie der Einsatz von Bildschirmgeräten, Mikrofilmen und Mikrofiches. Neue Erfahrungen erhofft sich die amtliche Statistik auch aus der Beteiligung an den z. Z. laufenden öffentlichen Feldversuchen zur Erprobung von Bildschirmtext. Im Rahmen eines vom Bundesministerium des Innern geförderten Projekts testet das

Statistische Bundesamt modellhaft, wie statistische Informationen in Form von Tabellen, Graphiken oder Texten mit Bildschirmtext dargeboten werden können.

Während das Statistische Informationssystem (STATIS-BUND) als EDV-gestütztes Auswertungs- und Analyseinstrument konzipiert ist, wendet sich Bildschirmtext an jedermann. Die in den zentralen Rechnern der Post gespeicherten Informationen können von den Teilnehmern über das Fernsprechnet auf den Bildschirm ihres Farbfernsehgerätes abgerufen werden.

Für die bis zum Jahresende 1981 laufende Erprobung von Bildschirmtext im Bereich Düsseldorf/Neuss und in Berlin hat das Statistische Bundesamt ein Informationsangebot zusammengestellt, das speziell auf die Interessen der privaten Haushalte und mittelständischer Unternehmen ausgerichtet ist. Es hat besondere Anstrengungen unternommen, um alle neuen Gestaltungsmöglichkeiten von Bildschirmtext voll auszuschöpfen. Besonderer Wert wurde auf übersichtliche und leicht verständliche Darbietung und optimale Suchhilfen gelegt.



Bildschirmtext – ein neues Medium für die Bereitstellung von Informationen

6 Öffentlichkeitsarbeit

6.1 Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Bundesstatistik

Das Recht der Öffentlichkeit auf umfassende und vollständige Information ist seit langem im gesamten Bereich der staatlichen Verwaltung als Selbstverständlichkeit anerkannt. In bezug auf die amtliche Statistik gilt es um so mehr, als der Gesetzgeber der Bevölkerung und der Wirtschaft vielfältige Auskunft- und Berichtspflichten auferlegt. Von den Statistischen Ämtern wird deshalb nicht nur erwartet, daß sie – sozusagen als Gegenleistung – die Ergebnisse von Erhebungen möglichst benutzergerecht zur Verfügung stellen, sondern auch Bedeutung und Notwendigkeit ihrer Arbeit für jedermann überzeugend und verständlich darlegen. Im Zusammenhang mit der wachsenden Bürokratiekritik kommt es insbesondere darauf an, die teilweise vorhandenen Vorbehalte der Bürger gegenüber dem Ausfüllen von Fragebogen abzubauen und Zweifel an der Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit oder gar Rechtmäßigkeit statistischer Erhebungen zu beseitigen.

Hauptziel der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit des Statistischen Bundesamtes ist es deshalb, durch systematische Information und Aufklärung das Vertrauen in die amtliche Statistik zu stärken, ihre Arbeit ins rechte Licht zu rücken und um Verständnis für ihre Tätigkeit zu werben. Hierfür sind vor allem Hinweise auf die erfolgreichen Bemühungen um Bürgerfreundlichkeit und Schonung der Auskunftspflichtigen (vgl. Abschnitt 5.2), aber auch auf die Leistungsfähigkeit und Vielseitigkeit des statistischen Dienstes und die Verlässlichkeit der Daten nützlich. Außerdem erfordert es das geschärfte Bewußtsein der Bevölkerung für den Datenschutz, die traditionell strenge Handhabung der Geheimhaltung statistischer Einzelangaben zu verdeutlichen.

Einen zusammenfassenden Überblick über die Tätigkeit des Statistischen Bundesamtes und die Grundlagen seiner Arbeit vermittelt die vorliegende Veröffentlichung »Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik«. Sie erscheint in mehrjährigen Abständen in einer ausführlichen Fassung, die in erster Linie für den statistischen Fachmann bestimmt ist. Eine Kurzausgabe für den nicht an

Einzelheiten interessierten Benutzer ist auch in englischer und französischer Sprache verfügbar. Mit diesem Kompendium der amtlichen Statistik abgestimmt sind die Berichte über »Die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes«, die auf aktuelle Schwerpunkte der Amtsarbeit und Probleme der Weiterentwicklung des statistischen Arbeitsprogramms eingehen. Sie sind zugleich Diskussionsgrundlage für den Statistischen Beirat.

Neue Entwicklungen auf dem Gebiet der Statistik beleuchtet das Statistische Bundesamt regelmäßig in Beiträgen für Veröffentlichungen der Bundesregierung und der Ministerien sowie für Jahresberichte von Verbänden, Kammern und anderer Institutionen. Wissenschaftliche Fachzeitschriften, wie z. B. das »Allgemeine Statistische Archiv« der Deutschen Statistischen Gesellschaft, geben ebenfalls Raum zur Berichterstattung. Auch eine Vielzahl von Handbüchern und Sammelwerken sind an Darstellungen der statistischen Arbeit oder ausgewählter Probleme interessiert. Vorträge bzw. Diskussionsbeiträge von Amtsangehörigen vor wissenschaftlichen Gremien und gesellschaftlichen bzw. wirtschaftlichen Vereinigungen aller Art sind für die Verbreitung und Vertiefung des Wissens über die amtliche Statistik gleichfalls von großer Bedeutung.

Informationsmaterial, Faltblätter oder prospektartig zusammengefaßte Kurzinformationen werden vom Statistischen Bundesamt allen Interessenten auf Anforderung zur Verfügung gestellt. Für die zahlreichen Besucher und Besuchergruppen aus dem In- und Ausland, die sich an Ort und Stelle unterrichten wollen, ist ein Besucherdienst eingerichtet, der Informationswünsche individuell erfüllt.

Besonders wichtig ist die Kontaktpflege zu Presse, Funk und Fernsehen, denen in der Vertrauenswerbung der amtlichen Statistik eine Schlüsselrolle zufällt. Das Statistische Bundesamt gibt jährlich nahezu 500 Pressenotizen heraus, mit denen vorwiegend aktuelle und für die Öffentlichkeit besonders interessante Ergebnisse aus laufenden oder neuen Statistiken bereitgestellt werden. Diese Informationen, die über Fernschreiber bzw. mit der Post an etwa 1 000 Bezieher (Nachrichtenagenturen, Redaktionen) gehen, werden von den Medien

gern aufgegriffen und in aktuelle Berichte umgesetzt. Hierdurch wird die Arbeit des Statistischen Bundesamtes fast täglich ins öffentliche Bewußtsein gerückt. Durch einen monatlichen Pressedienst, der statistische Zahlen, Fakten und Trends in aufgelockerter Form darbietet und in einen größeren Zusammenhang stellt, hat das Statistische Bundesamt sein Informationsangebot in diesem Bereich abgerundet.

Neben der laufenden Berichterstattung wird mit wachsendem Erfolg versucht, Journalisten für spezielle Beiträge über Amtsaufgaben und -probleme, über technische Neuerungen, Besonderheiten des Arbeitsprogramms, Gewährleistung der Geheimhaltung und des Datenschutzes, Fragen der internationalen Zusammenarbeit in der Statistik usw. zu gewinnen. Die bereitwillige Gewährung von Interviews und die Überlassung von Hintergrundmaterial tragen zur Pflege des guten Verhältnisses zu den Medien bei.

Die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit des Statistischen Bundesamtes wird ergänzt durch spezielle Informations- und Werbemaßnahmen, die auf die Besonderheiten einzelner statistischer Erhebungen abgestellt sind. Bei Statistiken, die laufend durchgeführt werden, bemüht sich die Öffentlichkeitsarbeit vor allem, bei den Befragten die Bereitschaft zur fristgerechten, vollständigen und wahrheitsgemäßen Abgabe der Meldungen wachzuhalten. Das gilt insbesondere bei der erstmaligen Heranziehung oder dem Wechsel von Befragten im Rahmen von Stichprobenerhebungen. Hier muß insbesondere begründet werden, warum die einen auskunftspflichtig sind, andere hingegen nicht.

Ein spezielles Problem der Öffentlichkeitsarbeit ist die Gewinnung von Auskunftswilligen für Statistiken, die auf freiwilliger Basis durchgeführt werden. Bei Unternehmensbefragungen, wie z. B. den freiwilligen Kostenstrukturerhebungen, tritt das Statistische Bundesamt hauptsächlich an die Verbände heran, die durch entsprechende Aufforderungen an ihre Mitgliedsfirmen die Beteiligung wesentlich fördern können. Bei Haushaltsbefragungen, wie z. B. den Einkommens- und Verbrauchsstichproben, haben sich gezielte Werbeaktionen der Statistischen Ämter bei der Bevölkerung bewährt. Auch hier ist die Unterstützung durch die Presse notwendig und hilfreich.

Noch bedeutsamer ist die Öffentlichkeitsarbeit bei der Vorbereitung von größeren Zählungen, wie z. B. Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählungen, Wohnungszählungen oder Bereichszählungen (z. B. Handels- und Gaststättenzählungen, Landwirtschaftszählungen). Bei diesen Bestandsaufnahmen in längerfristigen Abständen kommt es darauf an, die Befragten umfassend über das Vorhaben zu informieren und sie zur Mitarbeit zu gewinnen. Ein Beispiel für eine besonders breit angelegte und langfristig geplante Öffentlichkeitsarbeit sind Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählungen. Hier wird der Maßnahmenkatalog in enger Zusammenarbeit mit den Ländern im Arbeitskreis »Öffentlichkeitsarbeit« entwickelt und abgestimmt. In beschränktem Umfang werden im Rahmen dieser Zählungen auch Werbemittel (z. B. Plakate, Faltblätter) eingesetzt. Für die bevorstehende Zählung soll auch ein Markenzeichen als Bild- oder Wortzeichen entwickelt und werbewirksam eingesetzt werden.

6.2 Bemühungen um Bürgerfreundlichkeit und Schonung der Auskunftspflichtigen

In der öffentlichen Diskussion gewinnt die Forderung nach Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung zunehmend an Gewicht. Sie ist Teil der allgemeinen Bürokratiekritik und vielfach mit der Vorstellung von der Überforderung der Bevölkerung und der Wirtschaft durch Anforderungen staatlicher Stellen verbunden. Auch im statistischen Bereich genügt häufig ein geringfügiger Anlaß, um überzogene Kritik auszulösen und die statistische Arbeit in Mißkredit zu bringen. Das Statistische Bundesamt hat sich deshalb in jüngster Zeit in verstärktem Maße mit Grundsatzfragen des Verhältnisses von amtlicher Statistik und Öffentlichkeit befaßt und sie in das Konzept der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit eingebettet.

Die Beachtung des Grundsatzes der Bürgerfreundlichkeit ist allerdings für die amtliche Statistik nicht neu, sondern seit jeher integrierender Bestandteil ihrer Arbeit. Es gehört zu den Grundanliegen, die Belastungen der Befragten zu minimieren und die statistischen Ergebnisse benutzergerecht bereitzustellen. Im einzelnen wird an anderer Stelle auf die Maßnahmen zur Reduzierung der Anforderungen durch optimale Programmgestal-

tung (vgl. Abschnitt 1.2), die Nutzung von Verwaltungsunterlagen (vgl. Abschnitt 4.2), die Anwendung von Stichprobenverfahren und Abschneidegrenzen (vgl. Abschnitt 4.4), den Austausch von Auskunftspflichtigen in Stichproben (vgl. Abschnitt 4.4) und die Verbesserung des Zugangs zu den Daten (vgl. Kapitel 5) eingegangen.

Die bisher erzielten Erfolge auf diesem Gebiet sind für die amtliche Statistik Ansporn, sich um weitere Verbesserungen zu bemühen. In Zukunft wird es darauf ankommen, Ansätze zur Beschränkung des statistischen Arbeitsprogramms konsequent weiterzuverfolgen und zugleich öffentlichkeitswirksamer darzustellen. Dies bedeutet, daß neben methodischen und kostenmäßigen Auswirkungen stärker als bisher Entlastungs- und Rationalisierungseffekte und der Gesichtspunkt der Schonung der Auskunftspflichtigen herausgestellt werden müssen. Damit kann zugleich Klagen über ein angebliches Übermaß an statistischen Erhebungen entgegengetreten werden, bei denen häufig nicht ausreichend zwischen Meldepflichten zur amtlichen Statistik, zu Verbandsstatistiken und zu anderen Anforderungen staatlicher und privater Stellen differenziert wird.

Um den Überblick über die tatsächliche Belastung der Auskunftspflichtigen zu verbessern, sind spezielle Untersuchungen unerläßlich. Erste Ansätze zur Quantifizierung werden von einer Studie erwartet, die z. Z. vom Bundesinnenministerium in Zusammenarbeit mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft unter Beteiligung des Statistischen Bundesamtes und eines Statistischen Landesamtes durchgeführt wird. Diese Untersuchung bei ausgewählten Unternehmen soll in der Untergliederung nach Wirtschaftsbereichen und Beschäftigtengrößenklassen Hinweise auf die zeitliche Beanspruchung der Firmen durch statistische Auskunftspflichten erbringen.

Klarstellungen sind auch bezüglich der Heranziehung von Auskunftspflichtigen zu mehreren Erhebungen erwünscht. Häufig wird die Berechtigung von Wiederholungsbefragungen (z. B. im Rahmen des Mikrozensus) nicht eingesehen oder die Ausfüllung unterschiedlicher Fragebogen fälschlicherweise als vermeidbare »Doppelbefragung« eingestuft. Hier ist die amtliche Statistik aufgefordert, die Bemühungen um gleichmäßige Verteilung der Auskunftslasten darzulegen und auf stichprobenmethodisch oder aufbereitungstechnisch bedingte Notwendigkeiten einzugehen.

Das Problem der bürgerfreundlichen Gestaltung von Erhebungspapieren berührt ebenfalls in entscheidender Weise das Verhältnis der Befragten zur amtlichen Statistik. Hierzu ist anzumerken, daß alle Fragestellungen von Anfang an auf die Auskunftsmöglichkeiten der Befragten ausgerichtet werden. Bevorzugt werden alle Möglichkeiten, die einen unmittelbaren Rückgriff der Befragten auf bereits vorhandene Unterlagen ermöglichen.

Hinsichtlich der Formulierung der Fragen sind Verständlichkeit und Klarheit oberstes Gebot. Nur eindeutige Fragestellungen sowie geschickte und folgerichtige Anordnung der Fragen gewährleisten eine vollständige und richtige Beantwortung. Diesem Zweck dienen erläuternde Hinweise in den Fragebogen sowie ansprechende drucktechnische und graphische Gestaltung der Erhebungspapiere. Dabei wird stets versucht, technische Erfordernisse (z. B. Verwendung von maschinenlesbaren Belegen usw.) mit den Erfordernissen der Befragten in Einklang zu bringen. Soweit erforderlich, werden – insbesondere bei größeren Zählungen – verschiedene Fragebogenentwürfe getestet und erforderlichenfalls Probeerhebungen gesetzlich angeordnet.

Das Statistische Bundesamt bemüht sich in zunehmendem Maße darum, für diese Maßnahmen externen Sachverstand zu nutzen. So sind z. B. bei der Vorbereitung der Volkszählung Sachverständige verschiedener Fachbereiche (Markt- und Meinungsforschungsinstitute, Bundesstelle für Büroorganisation und Bürotechnik, Gesellschaft für Deutsche Sprache sowie das graphische Gewerbe) eingeschaltet worden, um eine optimale Bürgerfreundlichkeit der Fragebogen zu erreichen. Dieses Verfahren soll weiter ausgedehnt werden.

Ein weiteres wichtiges Anliegen im Rahmen der Bestrebungen um Bürgerfreundlichkeit ist die zweckentsprechende und benutzerfreundliche Bereitstellung aktueller Ergebnisse. Sie ist zweifellos die beste Werbung für die Arbeit der amtlichen Statistik. Hierzu tragen die Bemühungen des statistischen Dienstes bei, das Auffinden der benötigten Zahlen zu erleichtern. Ferner sind Erläuterungen zum Aussagewert der Zahlen wichtig. Diesem Ziel dienen in allgemeiner Form die methodischen Vorbemerkungen in den Veröffentlichungen. Wegen der starken Auffächerung des Veröffentlichungsprogramms kann es allerdings

für den gelegentlichen Benutzer mühsam sein, die z. T. verstreuten Aussagen zusammenzutragen und zu erschließen. Die amtliche Statistik muß deshalb verstärkt darauf achten, Querverbindungen transparenter zu machen und den allgemeinen Benutzerservice zu verbessern.

Einige Ansätze in dieser Richtung ergeben sich durch die Tätigkeit der Beratungsstelle Bonn des Statistischen Bundesamtes. Wertvolle Dienste bei der Benutzerschulung leisten auch Fortbildungskurse, z. B. der Deutschen Statistischen

Gesellschaft und der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung. An Ausbildungs- und Fortbildungseinrichtungen muß immer wieder appelliert werden, entsprechende Lehrangebote zu machen. Daß hieran ein Bedarf besteht, zeigen z. B. entsprechende Aktivitäten einzelner Volkshochschulen und Verbände sowie die Resonanz des »Telekollegs Statistik«. Darüber hinaus müssen die Anwender ermuntert werden, durch eigene Anstrengungen ihre Mitarbeiter besser für den Umgang mit statistischen Zahlen zu rüsten und von geeigneten Ausbildungsangeboten Gebrauch zu machen.

7 Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen

Lösungen für politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Probleme können nicht ausschließlich im nationalen Rahmen gefunden werden. Deshalb hat sich auf zahlreichen Gebieten – vor allem in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg – eine enge internationale Zusammenarbeit herausgebildet. Als Folge hiervon ist der Bedarf an Zahlen, die über Ländergrenzen hinweg vergleichbar sind, stark gestiegen und gewinnt weiter an Bedeutung. Von den Statistischen Ämtern in aller Welt werden daher seit jeher alle Aktivitäten gefördert, die auf eine Verbesserung der internationalen Vergleichbarkeit von Statistiken gerichtet sind. Bereits im Jahre 1885 schlossen sich Statistiker aus zahlreichen Staaten zum Internationalen Statistischen Institut (ISI) zusammen, das als private wissenschaftliche Fachvereinigung zum Vorläufer amtlicher Organisationen wurde, die heute auf dem Gebiet der Statistik tätig sind.

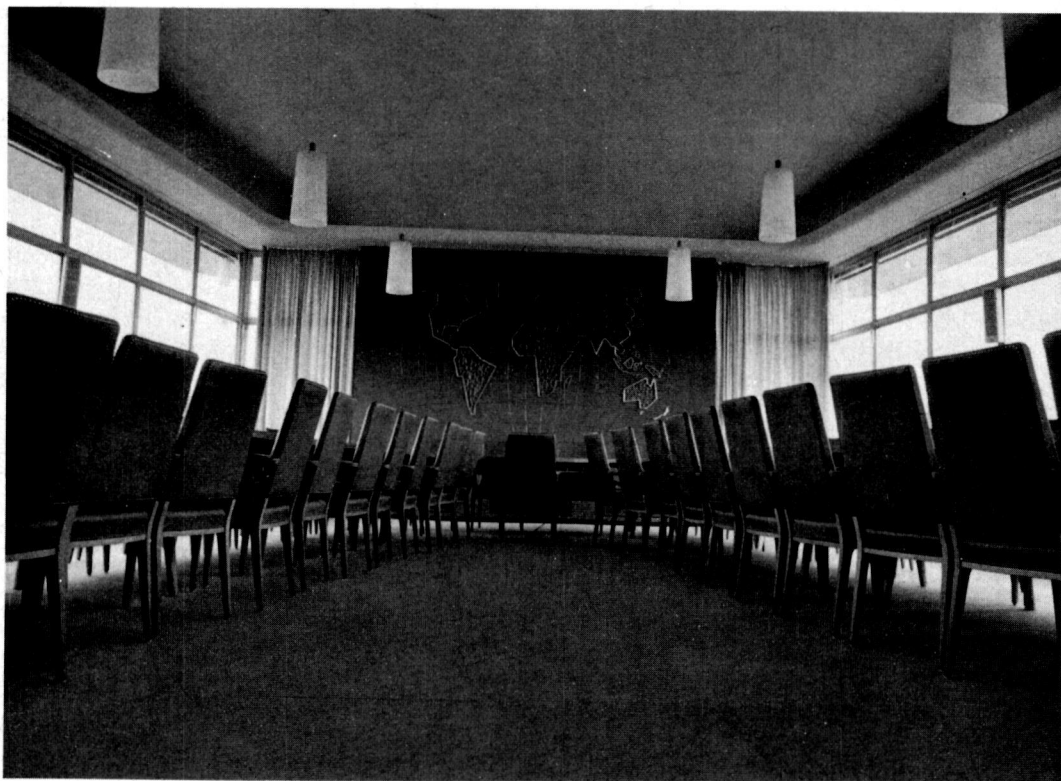
Diese Organisationen beschränken sich nicht darauf, für ihre Zwecke Material aus nationalen Quellen zusammenzutragen, sondern bemühen sich auch um Vereinheitlichung der Ergebnisse und Angleichung der Methoden. Über einen intensiven Gedanken- und Erfahrungsaustausch, über die Aufstellung von Leitlinien und Empfehlungen sowie über Abkommen und andere Regelungen ist es ihnen gelungen, den Aufbau der internationalen Statistik entscheidend zu fördern. Zugleich haben sich aus der internationalen Zusammenarbeit vielfältige Anregungen für die Statistik in den Mitgliedsländern ergeben.

Das Statistische Bundesamt unterhält Verbindungen zu zahlreichen ausländischen Statistischen Zentralämtern und beteiligt sich an den Arbeiten von mehr als 30 amtlichen und nichtamtlichen internationalen Organisationen (vgl. Übersicht S. 75). Die Mitarbeit reicht von der Bereitstellung von Zahlen über die Teilnahme an Sitzungen, die Ausarbeitung von Vorschlägen und Abgabe von Stellungnahmen bis zur Entsendung von Sachverständigen und zur Beteiligung an Ausbildungsmaßnahmen für Statistiker aus dem Ausland, insbesondere aus Entwicklungsländern. Im folgenden wird über die Aktivitäten der wichtigsten internationalen Organisationen, die auf dem Gebiet der Statistik tätig sind, und ihre Auswirkungen auf die Arbeit des Statistischen Bundesamtes berichtet.

7.1 Europäische Gemeinschaften

Die Europäischen Gemeinschaften (EG), bestehend aus der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM), bilden seit 1. Juli 1967 organisatorisch eine Einheit. Als gemeinsame statistische Dienststelle ist bereits 1958 das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (SAEG) eingerichtet worden, das seinen Sitz in Luxemburg hat.

Aufgrund der in den Römischen Verträgen festgelegten Vollmachten kann dieses Amt die Statistik in



»Die Welt in Zahlen« – Metallrelief im großen Sitzungssaal des Statistischen Bundesamtes

den Mitgliedsländern der EG sehr viel nachhaltiger beeinflussen, als es internationalen Organisationen sonst möglich ist. Den Europäischen Gemeinschaften, die als supranationale Organisation mit hoheitsrechtlichen Befugnissen ausgestattet sind, steht das Recht zu, durch Erlass von Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen direkten Einfluß auf die nationalen statistischen Arbeiten zu nehmen. Während Verordnungen in den Mitgliedstaaten unmittelbar geltendes Recht setzen, sind Richtlinien der EG nur hinsichtlich der darin enthaltenen Ziele verbindlich. Entscheidungen der EG sind wie Verordnungen in allen ihren Teilen verbindlich, verpflichten jedoch nur die von ihnen bezeichneten Empfänger (vgl. Abschnitt 2.2).

Die EG machen von der Möglichkeit zum Erlass von Rechtsakten im Bereich der Statistik immer dann Gebrauch, wenn Zahlenmaterial, das zur Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen benötigt wird, ganz oder teilweise fehlt oder wenn vorgeschaltete Bemühungen zur Harmonisierung bestehender Statistiken nicht zum Erfolg geführt haben. In den EG-Rechtsakten werden die Konzepte, Begriffe, Gruppierungen, Erhebungs- und Aufbereitungs-

methoden usw. teilweise sehr detailliert festgelegt.

Grundlage der statistischen Arbeitsplanung in den Europäischen Gemeinschaften ist das mittelfristige Arbeitsprogramm, das vom SAEG jeweils für eine Zeitdauer von 3 Jahren aufgestellt und jährlich fortgeschrieben wird. Es wird vom SAEG in Zusammenarbeit mit den betroffenen Generaldirektionen erarbeitet und nach eingehender Prüfung durch die Konferenz der Leiter der Statistischen Zentralämter der EG-Mitgliedstaaten der Kommission der EG zur formellen Billigung vorgelegt. In mehrjährigen Abständen wird das Programm ferner dem EG-Ministerrat zur Stellungnahme zugeleitet. Die Stellungnahmen des Rates, die bisher in zwei Entschlüssen ihren Niederschlag gefunden haben, sind richtungweisend für die statistische Programmplanung der EG.

In der Bundesrepublik Deutschland behandelt vor allem der Interministerielle Ausschuß für Koordinierung und Rationalisierung der Statistik den Entwurf des statistischen Arbeitsprogramms der EG. Auch der Abteilungsleiterausschuß Statistik (vgl.

Abschnitt 1.2.3) hat sich mit Fragen der Gemeinschaftsstatistik befaßt. Beide Gremien wirken darauf hin, die Anforderungen der EG auf das unumgänglich notwendige Maß zu beschränken.

Die Zusammenarbeit und Koordinierung beim SAEG vollzieht sich in zahlreichen Gremien. Als wichtigster Ausschuß ist die bereits erwähnte Konferenz der Leiter der Statistischen Zentralämter der EG-Mitgliedstaaten zu nennen, die sich mit Grundsatzen des statistischen Arbeitsprogramms und ausgewählten Fachfragen der Statistik befaßt. Ferner bestehen – ähnlich wie im nationalen Bereich (vgl. Abschnitt 1.2.3) – auf fast allen Fachgebieten der Statistik beratende Ausschüsse, Arbeits- und Sachverständigengruppen usw. Daneben hat der Ministerrat zur Durchführung wichtiger EG-Verordnungen Verwaltungsausschüsse eingesetzt, denen die Befugnis übertragen ist, in ihrem Zuständigkeitsbereich Beschlüsse zu fassen und über Maßnahmen gemeinsam mit der EG-Kommission zu entscheiden. Verwaltungsausschüsse (und zwar Durchführungsausschüsse) mit Zuständigkeiten für statistische Fragen sind der Ständige Agrarstatistische Ausschuß und der Ausschuß für die Außenhandelsstatistik.

Eine zentrale Stellung im Arbeitsprogramm des SAEG nimmt die Entwicklung statistischer Rahmensysteme und Klassifikationen ein. Von besonderer Bedeutung war die Aufstellung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG), das zugleich als allgemeiner Rahmen für die Koordinierung der Wirtschaftsstatistiken innerhalb der Europäischen Gemeinschaften dient. Es ist inzwischen durch Berechnungen in konstanten Preisen und durch Vierteljahres- und Regionalkonten ergänzt worden. In Vorbereitung sind Teilsysteme für die Land- und Forstwirtschaft und Fischerei. In enger Verbindung zum ESVG steht ferner ein System der Sozialschutzstatistik (früher Sozialkonten), das die Grundlage zur Aufstellung europäischer Sozialbudgets bildet.

Auf dem Gebiet der Klassifikationen (vgl. hierzu im einzelnen Kapitel 8) ist die Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den EG (NACE) entwickelt worden, ferner Warensystematiken für den Außenhandel (NIMEXE), den Güterverkehr (NST) und industrielle Erzeugnisse (NIPRO). Zusammen mit den Vereinten Nationen wird seit einiger Zeit intensiv an der Harmonisierung der in-

ternationalen Wirtschaftszweigsystematiken der EG und UN (NACE und ISIC) und ihrer Verknüpfung mit den internationalen Gütersystematiken für die Produktion und den Handel gearbeitet.

Das System der Wirtschaftsstatistiken im Bereich der EG ist schrittweise auf den Bedarf an vergleichbaren Grunddaten über Struktur und Entwicklung der Wirtschaft ausgerichtet worden. Die gemeinschaftliche Agrarstatistik umfaßt u. a. einheitliche Struktur- und Produktionsstatistiken sowie Versorgungsbilanzen. Im Bereich der Industriestatistik sind u. a. einheitliche Jahreserhebungen, Investitionsstatistiken und kurzfristige Konjunkturstatistiken sowie eine – noch im Aufbau befindliche – gemeinschaftliche Produktionsstatistik eingeführt worden. Die Außenhandelsstatistiken sind durch EG-Verordnungen für das gemeinschaftliche Versandverfahren, die Vereinheitlichung der außenhandelsstatistischen Begriffe und Methoden und die Einführung eines gemeinschaftlichen Warenverzeichnisses (NIMEXE) vereinheitlicht und weiterentwickelt worden. Überlegungen zur Weiterführung der Außenhandelsstatistiken nach Wegfall der Zollkontrollen an den Binnengrenzen sind im Gange.

Zur Harmonisierung der Binnenhandelsstatistik ist u. a. ein gemeinschaftliches Programm für Jahreserhebungen im Groß- und Einzelhandel entwickelt worden. Entsprechende Regelungen für die Bereiche Handelsvermittlung, Gast- und Beherbergungsgewerbe sind in Vorbereitung.

Im Verkehrswesen liegt ein Rahmenprogramm für gemeinschaftliche Strukturserhebungen vor. Die Erfassung des Straßengüterverkehrs, des Güterverkehrs auf Binnenwasserstraßen und des Eisenbahngüterverkehrs im Rahmen von Regionalstatistiken ist durch EG-Richtlinien geregelt.

Wichtigste Quelle für vergleichbare Preisdaten ist die gemeinschaftliche Erhebung über Verbraucherpreise, deren Ergebnisse gleichzeitig die Grundlage zur Ermittlung gesamtwirtschaftlicher Paritäten für wichtige Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf der Basis des ESVG bilden. An der Harmonisierung der Preisstatistiken und -indizes, u. a. für Landwirtschaft, Außen- und Einzelhandel und die Lebenshaltung, wird laufend gearbeitet. Eine gemeinschaftliche Einkommens- und Verbrauchsstatistik wird angestrebt.

Auf dem Gebiet der Lohnstatistiken ist ein auf EG-Verordnungen beruhendes System gemeinschaftlicher Gehalts-, Lohnstruktur-, Personalkosten- und Verdiensterhebungen für das Produzierende Gewerbe, den Handel und wichtige Dienstleistungsbereiche sowie die Landwirtschaft aufgebaut worden.

Im Bereich der Bevölkerungsstatistik konzentrieren sich die Arbeiten der Europäischen Gemeinschaften auf die Harmonisierung und Synchronisierung der Volkszählungen in den Mitgliedsländern und die Entwicklung gemeinschaftlicher Tabellenprogramme. Kernstück der Erwerbstätigkeitsstatistiken ist die gemeinschaftliche Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte, die aufgrund von EG-Verordnungen in zweijährlichem Turnus stattfindet. Die bereits erreichte Harmonisierung der Statistiken über Erwerbspersonen, Beschäftigte und Arbeitslose trägt in Verbindung mit der angestrebten Vereinheitlichung der Statistiken über landwirtschaftliche Arbeitskräfte zur Entwicklung eines gemeinschaftlichen Programms für Beschäftigtenstatistiken bei.

Zur Information über die Entwicklung der sozialen Lage in den Mitgliedsländern werden laufend vergleichbare Daten über Soziale Indikatoren veröffentlicht. Weitere wichtige Vorhaben sind der Aufbau abgestimmter Statistiken über Bildung und Ausbildung sowie der Ausgaben für diesen Bereich. Während die Entwicklung eines harmonisierten Programms über die öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung bereits vorangeschritten ist, steckt der Aufbau gemeinschaftlicher Regional- und Umweltstatistiken noch in den Anfängen. Fragen der automatisierten Datenverarbeitung und ihrer verstärkten Anwendung in der Statistik gewinnen auch im Bereich der Europäischen Gemeinschaften zunehmend an Bedeutung.

7.2 Vereinte Nationen

Den Vereinten Nationen (UN) – als weltumspannender internationaler Organisation – fällt auch im statistischen Bereich eine führende Rolle zu. Verantwortlich für die Pflege der internationalen Statistik in ihrem Bereich ist der Wirtschafts- und Sozialrat. Unterstützt wird er von der Statistischen Kommission, der das Statistische

Amt der Vereinten Nationen als ausführendes Organ zur Seite steht. Dieses Amt (mit Sitz in New York) unterhält enge Verbindungen zu den Statistischen Zentralämtern aller Länder sowie den statistischen Abteilungen anderer internationaler Organisationen. Sie liefern dem Amt auch Material für seine statistischen Veröffentlichungen (z. B. Statistical Yearbook, Demographic Yearbook, Monthly Bulletin of Statistics) mit Angaben über fast alle Staaten der Erde.

Mit der Diskussion statistisch-methodischer Fragen führen die Vereinten Nationen eine Tradition fort, die bereits vom Völkerbund begründet wurde. Damit verfolgen sie das Ziel, schrittweise ein wenigstens in den Grundzügen vergleichbares System internationaler Statistiken zu entwickeln. Wegen der großen Unterschiede im Entwicklungsniveau und in der Wirtschafts- und Sozialordnung der Mitgliedsländer stellen allerdings die Empfehlungen der Vereinten Nationen zur Statistik vielfach nur Minimalprogramme aus der Sicht der Staaten mit hochentwickelten statistischen Systemen dar. Dennoch sind sie – insbesondere für weniger entwickelte Länder – eine wertvolle Hilfe für den Auf- und Ausbau einer statistischen Organisation.

Den besonderen Gegebenheiten in den einzelnen Erdteilen werden diese Weltprogramme von den regionalen Wirtschaftskommissionen der Vereinten Nationen angepaßt. Sie haben für diese Aufgabe ständige Statistikerkonferenzen als Beratungs- und Koordinierungsorgane eingesetzt.

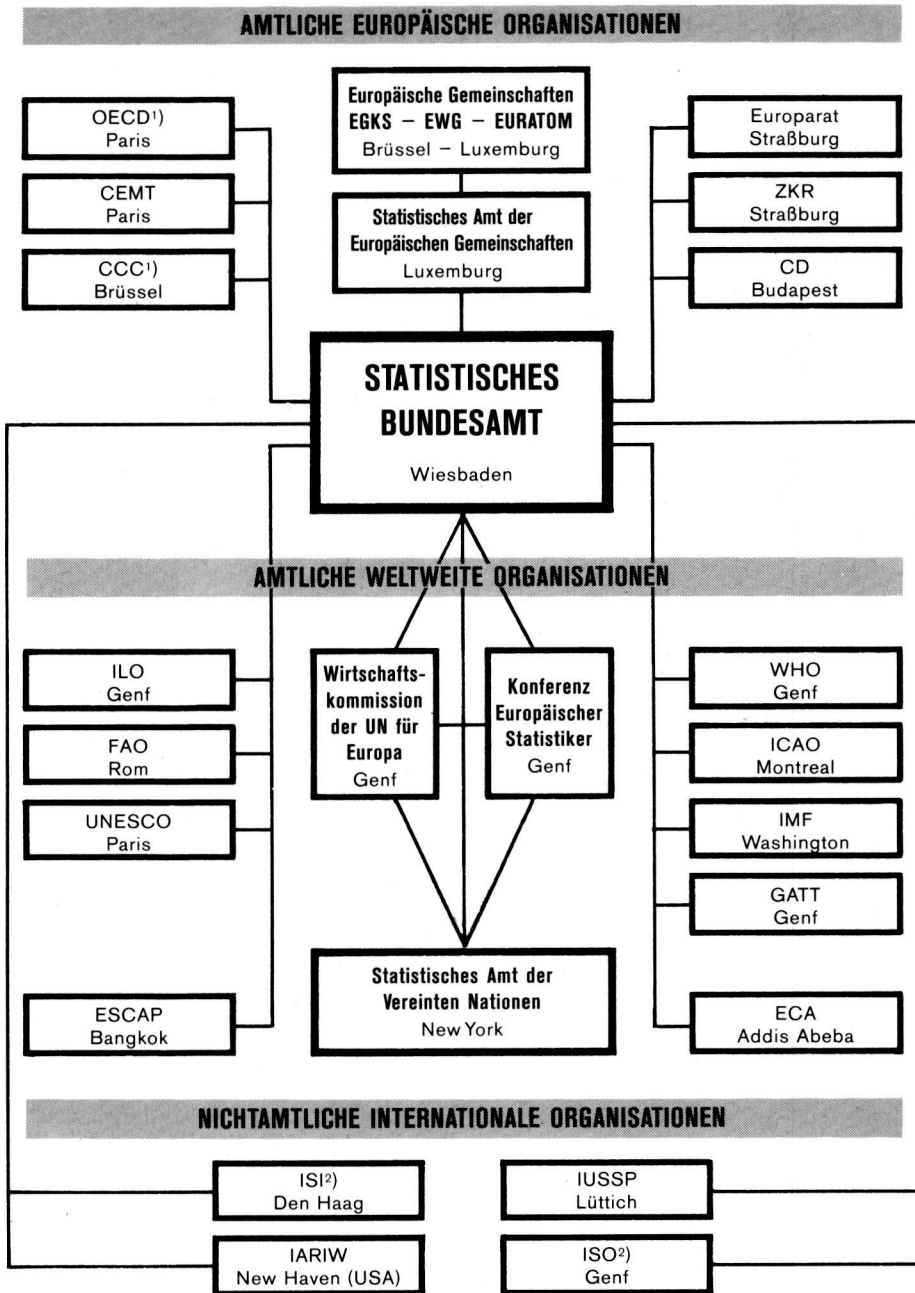
7.2.1 Regionale Wirtschaftskommissionen der Vereinten Nationen

Von besonderer Bedeutung für die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes ist die Tätigkeit der Konferenz Europäischer Statistiker bei der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) in Genf. Daneben bestehen Verbindungen zum Ständigen Ausschuss für Statistik der Wirtschafts- und Sozialkommission der UN für Asien und den Pazifik (ESCAP) und der Ständigen Konferenz Afrikanischer Statistiker bei der UN-Wirtschaftskommission für Afrika (ECA).

Die Konferenz Europäischer Statistiker bei der ECE hat den Rang eines Fachausschusses und ist damit den übrigen Fachausschüssen mit Zuständigkeiten für wirtschaftspolitische Fragen be-

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

Organisationen, mit denen das Statistische Bundesamt zusammenarbeitet



¹⁾ Zu den Mitgliedstaaten zählen auch außereuropäische Staaten. – ²⁾ Halbamtliche internationale Organisationen.

stimmter Fachbereiche sowie den ECE-Beraterguppen für Wirtschaftsfragen, für Wissenschaft und Technologie sowie für Umweltprobleme gleichgestellt. Alle diese Ausschüsse befassen sich innerhalb ihres Verantwortungsbereichs ebenfalls mit ausgewählten statistischen Problemen, wickeln aber diese Arbeiten gemeinsam mit der Konferenz Europäischer Statistiker ab.

Der Konferenz Europäischer Statistiker gehören die Leiter der Statistischen Zentralämter fast aller europäischen Länder sowie der Vereinigten Staaten und Kanadas an. Damit ist dieses Gremium ein wichtiges Forum für Gespräche zwischen West und Ost und für den Brückenschlag zwischen unterschiedlichen wirtschaftlichen und statistischen Systemen. Besondere Bemühungen gelten deshalb z. B. der Weiterentwicklung und Vergleichsbarmachung der westlichen und östlichen Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen – System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen der Vereinten Nationen (SNA) und System Volkswirtschaftlicher Bilanzen der zentralgeleiteten Planwirtschaften (MPS) – und der Entwicklung von vergleichbaren Wirtschaftszweig- und Gütersystematiken, insbesondere durch Erarbeitung von Umsteigeschlüsseln. Weitere Arbeitsschwerpunkte sind die Ausrichtung der statistischen Fachprogramme der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen auf europäische Bedürfnisse (z. B. im Bereich der Landwirtschaftsstatistiken, der Energiestatistiken, der Statistiken des öffentlichen Sektors, der Wissenschaft und technischen Forschung, der Reiseverkehrs- und Unternehmensstatistiken sowie der Statistiken der Preise und Mengen). Wichtige Projekte sind ferner der Aufbau und die Vereinheitlichung von Umwelt- und Regionalstatistiken. Ausgewählte Grundsatzfragen verfahrenstechnischer und methodischer Art (z. B. Einsatz der Datenverarbeitung in der Statistik, Messung der Qualität von Statistiken, Prioritätensetzung im Arbeitsprogramm usw.) gewinnen ebenfalls zunehmend an Bedeutung.

Im Bereich der Bevölkerungs- und Sozialstatistik konzentrieren sich die Arbeiten auf die Entwicklung eines Rahmenwerks für die Koordinierung und Integration der Bevölkerungs- und Sozialstatistiken. Es soll – ähnlich wie die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für den Bereich der Wirtschaftsstatistiken – den allgemeinen Rahmen für die Koordinierung und Weiterentwicklung der Bevölkerungs- und Sozialstatistiken bilden.

7.2.2 Sonderorganisationen der Vereinten Nationen

Schon vor ihrer Aufnahme in die Vereinten Nationen im Jahre 1972 war die Bundesrepublik Deutschland Mitglied der autonomen Sonderorganisationen der Vereinten Nationen, denen die UN u. a. die Betreuung bestimmter statistischer Fachgebiete übertragen hat. Hierzu gehören vor allem die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), die Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft (FAO), für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Internationale Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO), der Internationale Währungsfonds (IMF) und das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT).

Das Statistische Bundesamt unterhält langjährige enge Verbindungen zu diesen Organisationen und beteiligt sich an ihren statistischen Arbeiten. In den Zuständigkeitsbereich der ILO fallen vor allem die Überarbeitung der von ihr aufgestellten Internationalen Standardklassifikation der Berufe (ISCO) sowie die Beschäftigung mit Fragen der Wirtschaftsrechnungen, der Statistiken der Erwerbstätigkeit, der sozialen Sicherheit sowie der Produktivitätsstatistiken. Die FAO bemüht sich vor allem um die Entwicklung von Programmen für Landwirtschaftszählungen und laufende Agrarstatistiken. Die WHO ist insbesondere für den Aufbau eines Systems von Gesundheitsstatistiken und die Aktualisierung der Internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD) verantwortlich. Die UNESCO bemüht sich hauptsächlich um die Standardisierung der Statistiken über das Bildungswesen, die Wissenschaft und die technische Forschung, die ICAO um die Vereinheitlichung der Luftfahrtstatistiken und der IMF um die Angleichung der Statistiken über Zahlungsbilanzen und den öffentlichen Sektor.

Alle Sonderorganisationen der Vereinten Nationen berichten der Statistischen Kommission der UN laufend über den Fortgang der Arbeiten. Damit sind die Voraussetzungen für eine enge Abstimmung der Aktivitäten innerhalb der UN gegeben.

7.3 Andere internationale Organisationen

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ist

aus dem ursprünglich zur Verteilung der Hilfen aus dem Marshallplan gegründeten Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) hervorgegangen. Nach Abschluß dieser Maßnahme hat sie sich neuen Aufgaben zugewandt und durch den Beitritt wichtiger außereuropäischer Industriestaaten ihren regionalen Wirkungskreis erheblich ausgeweitet.

Auf statistischem Gebiet hat sich die OECD besondere Verdienste durch ihre Mitarbeit bei der Entwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, ihre Tätigkeit auf den Gebieten der Statistik der Forschungsausgaben (Frascati-Handbuch) sowie der Reiseverkehrsstatistiken erworben. Wertvoll sind auch ihre Anregungen zum Ausbau der Industriestatistik, die grundlegenden Arbeiten zur internationalen Produktivitätsstatistik und zur statistischen Erfassung multinationaler Unternehmen. Pionierarbeit hat sie ferner bei der Entwicklung eines Programms Sozialer Indikatoren, der Entwicklung von Umweltstatistiken und im Bereich der Bildungsplanung und -indikatoren geleistet. In jüngster Zeit wendet sie sich in verstärktem Maße Problemen der Arbeitsmarkt- und Erwerbstätigkeitsstatistiken zu.

Auf Einzelgebieten der Statistik ist auch der Euro-parat tätig. Er befaßt sich u. a. mit Problemen der Erfassung der kommunalen Finanzwirtschaft und des Haushaltsvergleichs und führt Untersuchungen auf dem Gebiet der Bildungs-, Kriminal- und Regionalstatistik durch. Einen wichtigen Beitrag zur Durchleuchtung bevölkerungspolitischer Zu-

sammenhänge leisten die von ihm veranstalteten Europäischen Bevölkerungskonferenzen.

Eine der ältesten europäischen Organisationen ist die Zentralkommission für die Rheinschifffahrt (ZKR), der die statistische Erfassung des Schiffsverkehrs auf dem Rhein übertragen ist. Ähnliche Funktionen erfüllt die Donau-Kommission (CD) für die Donau. Kontakte unterhält die deutsche Statistik ferner zum Rat für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens (CCC) und zur Europäischen Konferenz der Verkehrsminister (CEMT).

Unter den nichtamtlichen Organisationen hat das Internationale Statistische Institut (ISI), auch nachdem seine ursprünglichen Aufgaben teilweise vom Völkerbund und später von den Vereinten Nationen übernommen worden sind, seine Bedeutung als wissenschaftliches Diskussionsforum für Statistiker aller Fachrichtungen behalten. Das ISI beabsichtigt, seine Tätigkeit in Zukunft noch stärker auf die praxisbezogene Weiterentwicklung der Statistik in den einzelnen Fachbereichen auszurichten.

Als weitere nichtamtliche Organisationen, bei denen die Statistik einen bedeutenden Platz einnimmt, seien die Internationale Vereinigung zur Erforschung des Volkseinkommens (IARIW) sowie die Internationale Union für Bevölkerungswissenschaft (IUSSP) genannt. Berührungspunkte bestehen auch zur Internationalen Organisation für Normung (ISO).

8 Systematiken

In der amtlichen Statistik wird für Zwecke der Erhebung und Darstellung der Ergebnisse eine Vielzahl von Systematiken zur Gliederung der nachzuweisenden Tatbestände verwendet. Es werden insbesondere folgende Gruppen von Systematiken unterschieden:

- Unternehmens- und Betriebssystematiken,
- Systematiken der öffentlichen Finanzwirtschaft und der Privaten Haushalte,
- Gutersystematiken,
- Personensystematiken,
- Regionalsystematiken,
- Sonstige Systematiken.

Art und Tiefe der verwendeten Systematiken hängen in erster Linie von den zu gliedernden Tatbeständen und dem jeweiligen Erhebungs- oder Darstellungszweck ab. Um die Ergebnisse über die verschiedenen Tatbestände in ihrer Aussage so weit wie möglich aufeinander abzustimmen und damit vielseitig verwendbar zu machen, ist eine Koordinierung der verschiedenen Systematiken (z. B. der Wirtschaftszweig- und der Warensystematiken) und eine möglichst einheitliche Verwendung der Systematiken in der amtlichen Statistik erforderlich. Die einheitliche Verwendung der Systematiken macht es notwendig, daß gleiche sta-

tistische Einheiten in allen Statistiken der gleichen systematischen Position zugeordnet werden. Bei der Verwendung unterschiedlicher statistischer Einheiten (z. B. Unternehmen einerseits und Betriebe andererseits) sind hierdurch bedingte Unterschiede in den statistischen Ergebnissen zu beachten. Für die Einordnung der statistischen Einheiten zu den Positionen der Systematiken gibt es bestimmte Regeln. Kommen z. B. bei Unternehmen Kombinations- oder Mischformen vor, so sind die Unternehmen in der Regel ihrem wirtschaftlichen Schwerpunkt entsprechend – vorzugsweise an der Wertschöpfung der einzelnen Betriebsteile gemessen – zuzuordnen.

Besondere Bedeutung kommt der Vergleichbarkeit der Systematiken auch in zeitlicher Hinsicht zu. Obwohl Systematiken einerseits aktuellen Strukturen und Entwicklungen angepaßt sein sollen, ist andererseits auch die Erhaltung systematischer Positionen in gleicher Abgrenzung im Zeitablauf für die Beobachtung und Analyse der Entwicklungsvorgänge wichtig. Beide Ziele lassen sich bei Revisionen von Systematiken z. T. nur eingeschränkt verwirklichen.

Um Ergebnisse aus verschiedenen Statistiken gegenüberstellen oder zusammenführen zu können, denen im Zeitablauf geänderte oder aus anderen Gründen abweichende Systematiken zugrunde liegen, werden in der amtlichen Statistik zahlreiche Gegenüberstellungen oder Umsteigeschlüssel angewendet. Auf diese Vergleichsschlüssel wird im folgenden nicht näher eingegangen.

Für eine Reihe von Systematiken (z. B. Wirtschaftszweigsystematiken) gibt es neben einer »Grundsystematik« auch abgeleitete Fassungen, die auf die Anforderungen einzelner Erhebungen abgestellt sind und – unter Verwendung der Bausteine der Grundsystematik – zumeist gewisse Zusammenfassungen enthalten. So gibt es z. B. aus der »Grundsystematik« der Wirtschaftszweige abgeleitete Fassungen für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO), für Umweltstatistiken (SYUM) oder für die Steuerstatistiken.

8.1 Unternehmens- und Betriebs-systematiken

Gegenwärtig sind in der amtlichen Statistik folgende wichtige auf Unternehmen bzw. Betriebe abgestellte Systematiken in Gebrauch:

Nationale Systematiken

- Systematik der Wirtschaftszweige, Grundsystematik mit Erläuterungen, Ausgabe 1961, mit Nachtrag 1970,
 - daraus abgeleitet u. a.:
 - Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für Umweltstatistiken (SYUM)
 - für Bereiche außerhalb des Produzierenden Gewerbes –,
 - Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
 - für Bereiche außerhalb des Produzierenden Gewerbes –,
 - Systematik der Produktionsbereiche in Input-Output-Rechnungen (SIO)
 - für Bereiche außerhalb der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, des Produzierenden Gewerbes und des Handels –,
 - Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit, Ausgabe 1973¹⁾
 - mit eigenem Nummernsystem –,
- Systematik der Wirtschaftszweige mit Erläuterungen, Ausgabe 1979 (WZ 1979),
 - daraus abgeleitet:
 - Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO)²⁾
 - mit eigenem Nummernsystem –,
 - Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für Umweltstatistiken (SYUM)
 - für den Bereich des Produzierenden Gewerbes; mit eigenem Nummernsystem –,
 - Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
 - für den Bereich des Produzierenden Gewerbes –,
 - Systematik der Produktionsbereiche in Input-Output-Rechnungen (SIO)
 - für die Bereiche der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, des Produzierenden Gewerbes und des Handels –,
 - Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Handwerkszahlung 1977³⁾,
 - Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Steuerstatistiken,
 - Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung,
 - Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Berufszählung.
- Verzeichnis der Gewerbe, die als Handwerk betrieben werden können, Anlage A der Handwerksordnung vom 28. Dezember 1965.

¹⁾ In Anlehnung an die »Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1961 mit Nachtrag 1970« – ²⁾ Bisherige Bezeichnung für die vorgezogene Veröffentlichung des Bereiches »Produzierendes Gewerbe« der revidierten WZ. »Systematik der Wirtschaftszweige (WZ) rev., Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe – SYPRO –, Stand 1976« – ³⁾ Vorgezogene Fassung der revidierten WZ

Systematiken der Europäischen Gemeinschaften

- Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften – Nomenclature générale des activités économiques dans les Communautés européennes – 1970 (NACE), daraus abgeleitet.

Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften, Fassung für Input-Output-Tabellen – Nomenclature des activités économiques dans les Communautés européennes – Ramification pour l'établissement des tableaux Entrées-Sorties – (NACE/CLIO).

Systematiken der Vereinten Nationen

- Internationale Systematik der Wirtschaftszweige – International Standard Industrial Classification of all Economic Activities – 1968 (ISIC), daraus abgeleitet.

Systematik des Bruttoinlandsprodukts und entstandener Einkommen nach Wirtschaftsbereichen (Darstellungseinheiten sind fachliche Unternehmensteile u. a.) – Gross domestic product and factor incomes, by kind of economic activity – 1968 (SNA).

8.1.1 Systematik der Wirtschaftszweige

Die Systematik der Wirtschaftszweige dient der Einordnung wirtschaftlicher Institutionen nach der Art ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit. Sie liegt grundsätzlich allen auf Wirtschaftszweige abgestellten Statistiken zugrunde.

Als oberstes Einteilungsprinzip berücksichtigt sie die großen Sektoren der Volkswirtschaft, und zwar »Unternehmen« (Abteilungen 0 bis 7), »Organisationen ohne Erwerbszweck und Private Haushalte« (Abteilung 8), »Gebietskörperschaften und Sozialversicherung« (Abteilung 9). Diese Einteilung trägt den unterschiedlichen wirtschaftlichen Funktionen (Produktion, letzter Verbrauch, Einkommensumverteilung usw.), der unterschiedlichen Stellung zum Markt und – damit verbunden – den unterschiedlichen Finanzierungsformen (Verkäufe gegen kostendeckendes Entgelt, Steuern usw.) Rechnung.

Der Sektor »Unternehmen« (der die Freien Berufe einschließt) dient der Klassifizierung von Unternehmen und/oder deren örtlicher bzw. fachlich abgegrenzter Teile. Die Gliederung dieses Sektors nach Abteilungen beruht auf der Unterscheidung nach den Bereichen Warenproduktion, Warenverteilung (Handel und Verkehr) sowie Dienstleistun-

gen. Innerhalb der Warenproduktion steht die Gruppierung nach produktionswirtschaftlichen Zusammenhängen im Vordergrund. Dabei werden Institutionen zusammengefaßt, die nach dem Fertigungsstoff oder dem Produktionsverfahren, aber auch nach dem Verwendungszweck der Waren verwandt sind. Für die Gliederung im Handel ist das Warensortiment, für den Dienstleistungsbereich die Art der erbrachten Leistung maßgebend. Nach Möglichkeit ist auch die Verbandsorganisation der Wirtschaft beachtet worden, in der sich ihrerseits produktionswirtschaftliche Zusammenhänge widerspiegeln. Nicht berücksichtigt wurden Einteilungen nach Rechtsformen, nach der Eintragung in Register (z. B. Handwerksrolle), nach vertraglichen Bindungen und nach soziologischen Gesichtspunkten.

Um bestimmte Anstalten und Einrichtungen, wie Schulen, Heime, Krankenhäuser usw., nicht nur im sektoralen Zusammenhang, sondern auch entsprechend ihrer eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit darstellen zu können, enthält die Wirtschaftszweigsystematik einen Sonderschlüssel zur Einordnung dieser Anstalten und Einrichtungen. Der Sonderschlüssel erlaubt es u. a., Anstalten und Einrichtungen mit gleicher Tätigkeit, deren Träger z. B. Unternehmen, Organisationen ohne Erwerbszweck, Gebietskörperschaften oder die Sozialversicherung sind, für bestimmte Darstellungszwecke zusammenzufassen.

Die Systematik der Wirtschaftszweige, Grundsystematik mit Erläuterungen, Ausgabe 1961 (mit Nachtrag 1970), ist in den vergangenen Jahren – unter Beibehaltung ihrer Struktur – umfassend revidiert worden⁴⁾. Die neue Ausgabe 1979 berücksichtigt aktuelle Entwicklungen in der Wirtschaft und verbessert wesentlich die Vergleichbarkeit mit der Allgemeinen Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften (NACE). Der Übergang von der alten auf die neue Systematik vollzieht sich in den einzelnen Statistiken zeitlich gestaffelt. Das hat zur Folge, daß in einer Übergangsphase für bestimmte Statistiken noch die Ausgabe 1961 bzw. der Nachtrag 1970, für andere Statistiken dagegen bereits die neue Ausgabe 1979 der Wirtschaftszweigsystematik angewendet wird.

⁴⁾ Siehe hierzu Wirtschaft und Statistik 7/1980 »Revision der Systematik der Wirtschaftszweige«

Für die Aufstellung von Input-Output-Tabellen ist aus der Systematik der Wirtschaftszweige eine Systematik der Produktionsbereiche entwickelt worden, die dem speziellen Erkenntniszweck dieser Tabellen sowie dem verfügbaren statistischen Ausgangsmaterial Rechnung trägt. Die Produktionsbereiche stellen fiktive Wirtschaftszweige dar, die so abgegrenzt sind, als ob in ihnen alle für diesen Wirtschaftszweig typischen Güter und nur diese erzeugt würden. Die »Systematik der Produktionsbereiche in Input-Output-Rechnungen« (SIO) ist analog zu der beim Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften für Input-Output-Tabellen entwickelten NACE/CLIO aufgestellt worden.

Es sei darauf hingewiesen, daß die Handwerksunternehmen für Zwecke der Handwerkszählung, der Handwerksberichterstattung und der Verdiensterhebung im Handwerk auch nach dem »Verzeichnis der Gewerbe, die als Handwerk betrieben werden können« (Anlage A der Handwerksordnung vom 28. Dezember 1965 – BGBl. 1966 I S. 1) gegliedert werden, das im Grunde eine »Berufssystematik« des Handwerks darstellt und den besonderen Verhältnissen in diesem Bereich entspricht. Bei dieser Gliederung bleibt unberücksichtigt, daß der wirtschaftliche Schwerpunkt eines Handwerksunternehmens u. U. außerhalb der handwerklich ausgeübten Be- und Verarbeitung bzw. Dienstleistung liegen kann. Es ist mit der Systematik der Wirtschaftszweige deshalb auch nur bedingt vergleichbar.

Die Systematik der Wirtschaftszweige weicht in den Grundzügen ihres Aufbaues z. T. von den entsprechenden internationalen Systematiken – Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften (NACE) und Internationale Systematik der Wirtschaftszweige (ISIC) der Vereinten Nationen – ab. Wie bereits erwähnt, wurde bei der Revision 1979 der deutschen Wirtschaftszweigssystematik die Vergleichbarkeit mit der NACE wesentlich verbessert. Hinsichtlich der 3stelligen und 4stelligen Positionen besteht nunmehr weitgehende Übereinstimmung in der Abgrenzung.

8.2 Systematiken der öffentlichen Finanzwirtschaft und der Privaten Haushalte

Für die öffentliche Finanzwirtschaft und die Privaten Haushalte, die in ihrem wirtschaftlichen Cha-

rakter wesentliche strukturelle Unterschiede zu den Unternehmen und Freien Berufen aufweisen, werden folgende spezielle Systematiken angewandt:

Nationale Systematiken

- Funktionen- und Gruppierungsplan für die staatlichen Haushalte,
- Gliederungs- und Gruppierungsplan für die kommunalen Haushalte,
- Schlüssel für die Zusammenfassung der Staats- und Kommunalfinanzen (Zusammenfassung der beiden vorgenannten Systematiken),
- Systematisches Verzeichnis der Einnahmen und Ausgaben der Privaten Haushalte, Ausgabe 1963,
- Systematik der Aufgabenbereiche des Staates in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Systematiken der Europäischen Gemeinschaften und der Vereinten Nationen

- Systematik der Aufgabenbereiche des Staates – Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen – 1970 (ESVG),
- Internationale Systematik der Aufgabenbereiche des Staates – Classification of the purposes of Government – Vereinte Nationen, 1968 (SNA).

8.2.1 Systematiken der öffentlichen Finanzwirtschaft

Die Systematiken der öffentlichen Haushalte bilden die Grundlage für die finanzstatistische Berichterstattung (siehe Katalog der Statistiken, Kapitel 16, Finanzen und Steuern, Abschnitt Öffentliche Haushalte).

Im Rahmen der staatlichen Haushaltsreform hat das Haushaltsgrundsätzegesetz⁵⁾ einheitliche Grundsätze für das Haushaltsrecht aufgestellt, die ihren Niederschlag in den Haushaltsordnungen des Bundes⁶⁾ und der Länder gefunden haben. Für alle staatlichen Haushalte ist seither ein verbindlicher Gruppierungs- und Funktionenplan eingeführt, der durch funktionale Kennziffern die Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen und finanzwirtschaftlichen Arten und die einzelnen Finanzvorfälle nach Funktionen (Aufgabenbereichen) ordnet.

⁵⁾ BGBl. 1969 I S. 1273 – ⁶⁾ BGBl. 1969 I S. 1284

Für Gemeinden, Gemeindeverbände, kommunale Zweckverbände und andere juristische Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit (soweit nicht Unternehmen mit kaufmännischem Rechnungswesen) haben die Bundesländer durch verbindliche Verwaltungsvorschriften ab 1974 – für einige Länder ab 1975 – eine neue bundesweit weitgehend vereinheitlichte Haushaltssystematik in Kraft gesetzt. Die Gruppierungen der kommunalen Haushalte nach Einnahme- und Ausgabearten und die Gliederung nach Aufgabenbereichen sind inhaltlich mit der Haushaltssystematik des Bundes und der Länder abgestimmt. Sie tragen, ebenso wie die Haushaltssystematik des Bundes und der Länder, den Anforderungen einer wirtschaftspolitisch orientierten Finanzwirtschaft Rechnung. Daneben bieten sie eine gute Übersicht über die Finanzwirtschaft der Kommunen, insbesondere über die Finanzierung der einzelnen Aufgaben. Sie ermöglichen außerdem den Aufbau eines nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgerichteten Rechnungswesens. Die Einheitlichkeit des Systems ist zugleich die Voraussetzung für eine einheitliche und rationelle maschinelle Verarbeitung der Haushalts-, Rechnungs- und Kassendaten aller Gemeinden, Gemeindeverbände, Zweckverbände usw. in der Finanzstatistik (Kommunalfinanzstatistik).

Die Erfassung der im Rechnungswesen meist nicht nach dem kameralen Ausgaben-/Einnahmenschema gegliederten Finanzdaten der Sozialversicherungsträger, der Bundesanstalt für Arbeit, der Träger der öffentlichen Zusatzversorgung, der überwiegend öffentlich finanzierten Organisationen ohne Erwerbszweck und der öffentlichen Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen erfolgt ebenfalls nach der Systematik des staatlichen bzw. kommunalen Gruppierungsplans.

Der Funktionenplan für die staatlichen und der Gliederungsplan (Funktionalgliederung) für die kommunalen Haushalte sind gleichzeitig die einheitliche Systematik für alle Nachweisungen der öffentlichen Finanzwirtschaft außerhalb der Einnahme- und Ausgabewirtschaft, also für die Erfassung des Schuldenstandes und dessen Veränderung sowie für den Personalstand. Auch für die in Teilbereichen geführten Vermögensnachweisungen und Vermögensstatistiken sind diese funktionalen Gliederungsprinzipien maßgebend.

8.2.2 Systematisches Verzeichnis der Einnahmen und Ausgaben der Privaten Haushalte

Für die laufenden Wirtschaftsrechnungen, die Einkommens- und Verbrauchsstichproben und ähnliche Erhebungen, die sich an private Haushalte richten, wird ein »Systematisches Verzeichnis der Einnahmen und Ausgaben der Privaten Haushalte« verwendet. Im Aufbau und in der Abgrenzung der einzelnen Positionen lehnt es sich eng an die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen angewandten Gliederungskriterien an. Die Einnahmen werden insbesondere nach Quellen und Arten gegliedert. Sie setzen sich u. a. zusammen aus Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen, Einnahmen aus Übertragungen, Einnahmen aus Untervermietung, aus dem Verkauf von Waren und aus der Erstattung von Ausgaben für geschäftliche Zwecke, Einnahmen aus der Auflösung bzw. Umwandlung von Vermögen und Kreditaufnahme. Die Ausgaben gliedern sich in Ausgaben für den Privaten Verbrauch, Zinsen auf Konsumentenkredite, geleistete Übertragungen, Ausgaben für die Bildung bzw. Umwandlung von Vermögen und Rückzahlung von Krediten. Die Ausgaben für den Privaten Verbrauch werden nach dem Verwendungszweck sowie nach der Dauerhaftigkeit und dem Wert der gekauften Güter, sämtliche Ausgaben außerdem nach Arten gegliedert. Der Gruppierung der Ausgaben für den Privaten Verbrauch liegt das »Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch, Ausgabe 1963«, zugrunde.

8.3 Gütersystematiken

In der amtlichen Statistik werden verschiedenartige Gütersystematiken verwendet, z. B. das Warenverzeichnis für die Industriestatistik, das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik, das Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik, das Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik und das Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch. Diese Systematiken sind hinsichtlich ihrer Gliederungskriterien in erster Linie auf die statistische Erfassung des jeweiligen Stadiums des Warenflusses – z. B. Produktion, Ein- und Ausfuhr, Binnenhandel, Verkehr, letzte Verwendung der privaten Haushalte – ausgerichtet. So sind für die Gruppierung der Produktion in erster Linie produk-

tionswirtschaftliche Zusammenhänge maßgebend, die Warengliederung für den Außenhandel orientiert sich aus Zweckmäßigkeitsgründen am Zolltarif, im Binnenhandel ist das Sortiment ausschlaggebend, für den Verkehr überwiegt die Transporteigenschaft der Waren und für den letzten Verbrauch ist der Verwendungszweck vorrangig. Eine Warensystematik, die allen diesen Gesichtspunkten gerecht werden wollte, müßte wegen der Vielzahl der Gliederungskriterien sehr tief gegliedert sein und würde in der Struktur hinsichtlich der meisten Kriterien – sofern sie nicht in der oberen Gruppierung berücksichtigt werden können – wenig übersichtlich und damit nicht praktikabel sein.

Ungeachtet dieser grundsätzlichen Schwierigkeiten werden derzeit auf internationaler Ebene Anstrengungen unternommen, zumindest die Produktions- und Außenhandelssystematiken besser zu koordinieren. Diese Arbeiten basieren u. a. auf Bemühungen des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens zur Schaffung einer neuen, möglichst universell verwendbaren Warenklassifizierung. Damit erhofft man sich international insbesondere auch eine stärkere Angleichung der Wirtschaftszweigsystematiken der Europäischen Gemeinschaften und der Vereinten Nationen.

Folgende wichtige Gütersystematiken werden in der amtlichen Statistik z. Z. verwendet:

Nationale Systematiken

- Güterverzeichnis für die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Ausgabe 1978 (GÜLA),
- Systematisches Warenverzeichnis für die Industriestatistik, Ausgabe 1975 (WI),
daraus abgeleitet:
 Nomenklatur zum Produktions-Eilbericht,
 Produktliste aus Fachstatistiken zum Produktions-Eilbericht.
- Warenverzeichnis für den Material- und Wareneingang im Produzierenden Gewerbe, Ausgabe 1978 (WE),
- Systematik der Bauwerke, Ausgabe 1978 (SB),
- Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik, Ausgabe 1978 (WB),
- Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik, Ausgabe 1981 (WA),
- Deutscher Gebrauchs-Zolltarif, Stand 1. 1. 1981,
- Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik, Ausgabe 1969 (GV),
- Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch, Ausgabe 1963.

Systematiken der Europäischen Gemeinschaften

- Gemeinsames Verzeichnis der industriellen Erzeugnisse – Nomenclature commune des produits industriels – 1975 (NIPRO),
- Warenverzeichnis für die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten – Nomenclature des marchandises pour les statistiques du commerce extérieur de la Communauté et du commerce entre ses Etats membres – Ausgabe 1981 (NIMEXE),
- Zolltarif der Europäischen Gemeinschaften – Tarif douanier commun de la CEE – TDC – 1968 nach dem Stand vom 1. 1. 1981 (GZT),
- Einheitliches Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik der Europäischen Gemeinschaften – Nomenclature uniforme des marchandises pour les statistiques de transport – 1968 (NST),
- Systematik der Verwendungszwecke des letzten Verbrauchs der Privaten Haushalte im Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen – 1970 (ESVG).

Systematiken der Vereinten Nationen und sonstige internationale Systematiken

- Internationale Systematik aller Waren und Dienstleistungen nach Herkunftsbereichen – International Standard Classification of all Goods and Services – Vereinte Nationen, 1976 (ICGS),
- Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel – Standard International Trade Classification – Vereinte Nationen, 1975 (SITC II),
- Internationales Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik – Commodity Classification for Transport Statistics in Europe – Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa, 1968 (CSTE),
- Internationale Systematik der Bruttoanlageinvestitionen nach Anlagearten – Classification of gross fixed capital formation according to type – Vereinte Nationen, 1968 (SNA),
- Internationale Systematik der Lagerbestände nach Arten – Classification of stocks according to type – Vereinte Nationen, 1968 (SNA),
- Internationale Systematik des letzten Verbrauchs der Privaten Haushalte – Classification of household goods and services – Vereinte Nationen, 1968 (SNA),
- Nomenklatur des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens – Nomenclature du Conseil de coopération douanière – 1978 (NRZZ).

8.3.1 Güterverzeichnis für die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Die Ausgabe 1978 des »Güterverzeichnisses für die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei« (GÜLA) umfaßt die in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei erzeugten Produkte und in diesem Bereich erbrachten Dienstleistungen. Ferner berücksichtigt es überwiegend oder ausschließlich impor-

tierte landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und Fischereierzeugnisse. Die Einteilung nach Gruppen lehnt sich an die Gliederung der Abteilung 0 der Systematik der Wirtschaftszweige an. Bei der Gliederung nach Zweigen, Klassen und Melde-nummern wurden – neben der Berücksichtigung institutioneller Gesichtspunkte – eine weitgehende Vergleichbarkeit mit dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik und den Gütergliederungen, die von den Europäischen Gemeinschaften für die landwirtschaftlichen Gesamtrechnungen geschaffen worden sind, erreicht.

8.3.2 Systematisches Warenverzeichnis für die Industriestatistik

Das »Systematische Warenverzeichnis für die Industriestatistik« (WI), letzte Ausgabe 1975⁷⁾, umfaßt die durch Urproduktion gewonnenen und die durch Be- oder Verarbeitung hergestellten Produkte, ferner Montagen, Reparaturen und ähnliche Dienstleistungen. Die oberste Gruppierung nach Warengruppen folgt produktionswirtschaftlichen Zusammenhängen und ist daher eng mit der Gliederung der Systematik der Wirtschaftszweige verknüpft. Für die feinere Gliederung nach Warenzweigen, -klassen und -arten werden z. T. zusätzlich auch andere Gliederungsgesichtspunkte (z. B. der Be- und Verarbeitungsgrad oder der Verwendungszweck) berücksichtigt.

Das Warenverzeichnis für die Industriestatistik hat zum Grundsatz, gleiche Waren nur an einer Stelle des Verzeichnisses aufzuführen, und zwar unabhängig von der Zuordnung der betreffenden Unternehmen oder Betriebe. Nach Möglichkeit werden Waren, die zu der Produktion mehrerer Wirtschaftszweige gehören können, der Warengruppe zugeordnet, die dem Wirtschaftszweig entspricht, in dem die jeweilige Ware überwiegend produziert wird. (Beispiel: Elektro-Vollherde, auch wenn sie z. T. von der Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie hergestellt werden, sind sämtlich unter den elektrotechnischen Erzeugnissen eingeordnet.)

8.3.3 Warenverzeichnis für den Material- und Wareneingang im Produzierenden Gewerbe

Das »Warenverzeichnis für den Material- und Wareneingang im Produzierenden Gewerbe« (WE) von 1978 wurde für die Erhebung über die Zusammensetzung des Material- und Wareneingangs nach Warenarten in Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bauhaupt- und Ausbaugewerbes entwickelt. Es enthält alle im Produzierenden Gewerbe als Input vorkommenden Materialien und Waren und folgt in der Gliederung nach Warengruppen in großen Zügen dem Aufbau und der Numerierung des »Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975« (WI) und des »Güterverzeichnisses für die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Ausgabe 1978« (GÜLA). Bei der Gruppierung nach Warengruppen, -zweigen, -klassen und -arten dominieren im WE insbesondere die Gliederungskriterien »Verwendungszweck« und »Art des Rohstoffs bzw. anderer Vorprodukte«, während bei den Output-Systematiken (WI, GÜLA) produktionswirtschaftliche Gesichtspunkte Vorrang haben.

8.3.4 Systematik der Bauwerke

Die 1978 herausgegebene »Systematik der Bauwerke« (SB) soll zur Vereinheitlichung der in den Bau- und Wohnungsstatistiken verwendeten Begriffe und Bauwerksgliederungen beitragen.

Die Bauwerke werden in der Systematik nach Hoch- und Tiefbauten (Bauwerksgruppen) gegliedert. Innerhalb dieser Kategorien werden die Bauwerke in erster Linie nach der durch den Verwendungszweck bedingten bautechnischen Gestaltung und weiter – speziell bei Gebäuden – nach der Hauptnutzung gruppiert. Die Lage eines Bauwerks, die Eigentumsverhältnisse und die institutionelle Zugehörigkeit sind für die Einordnung in der Regel bedeutungslos und bis auf wenige Ausnahmen in der Systematik unberücksichtigt geblieben. Weitere Gliederungsgesichtspunkte, die insbesondere die technische Ausstattung und Konstruktionsart des Bauwerks betreffen, sind ebenso in einem der Systematik beigelegten Zusatzschlüssel enthalten wie ein Verzeichnis ausgewählter Infrastrukturbauten im Hochbau.

⁷⁾ Es ist vorgesehen, die nächste Ausgabe mit dem »Güterverzeichnis für die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei« zusammenzufassen. Sie wird 1982 als »Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken« (GP) erscheinen.

8.3.5 Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik

Das »Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik« (WB) wurde erstmalig im Jahre 1978 herausgegeben. Es ist für den gesamten Binnenhandel (Großhandel, Handelsvermittlung, Einzelhandel) aufgestellt worden, umfaßt alle im Binnenhandel vorkommenden Waren und folgt weitgehend der Sortimentsstruktur des Handels.

Um den unterschiedlichen Sortimenten im Groß- und Einzelhandel und in der Handelsvermittlung gerecht zu werden, ist bei der Abgrenzung und Gliederung der Waren davon ausgegangen worden, in welcher Handelsstufe sie ihren Schwerpunkt haben; so sind insbesondere Rohstoffe, Vorzeugnisse und Investitionsgüter entsprechend der Sortimentsstruktur im Großhandel, Konsumgüter dagegen entsprechend der Sortimentsstruktur des Einzelhandels abgegrenzt und gegliedert.

Wie im Warenverzeichnis für die Industriestatistik gilt auch für das WB der Grundsatz, daß die einzelnen Waren unabhängig von den Sortimenten der einzelnen Branchen nur an einer Stelle des Verzeichnisses nachgewiesen werden. Dabei wurde vom Konzept der sogenannten Kernsortimente ausgegangen, demzufolge in dem für einen Wirtschaftszweig vorgesehenen Bereich des WB nur die Waren eingruppiert sind, die von diesem Wirtschaftszweig schwerpunktmäßig abgesetzt werden.

Die Warengruppen und Warenklassen folgen in ihrer Gliederung weitgehend der Abteilung 4 »Handel« der Systematik der Wirtschaftszweige. Abweichungen bestehen in einigen Fällen u. a. deshalb, weil vorhandene Sortimentsklassifikationen und Artikelnumerierungssysteme weitgehend in dieses Verzeichnis übernommen worden sind, um Erhebungen im Bereich des Handels zu erleichtern. Die Warenarten sind so abgegrenzt, daß sie möglichst ähnliche Güter enthalten und mit anderen amtlichen Systematiken sowie den Sortimentsklassifikationen und Artikelnumerierungssystemen des Handels vergleichbar sind.

8.3.6 Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik

Seit 1975 bildet das von den Europäischen Gemeinschaften herausgegebene »Warenver-

zeichnis für die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten« (NIMEXE) die Grundlage des deutschen »Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik« (WA). Die Ausgabe 1981 der NIMEXE mit ihren ca. 7 500 sechsstelligen Kennziffern besteht aus den Positionen des Zolltarifs der Europäischen Gemeinschaften (GZT) sowie weiteren gemeinschaftlichen statistischen Unterteilungen. Über den Rahmen der NIMEXE hinausgehende nationale Unterteilungen werden durch Anfügen einer siebenten Stelle an die Kennziffer der NIMEXE verschlüsselt.

Die enge Bindung an die NIMEXE bzw. an den Zolltarif erschwert die Vergleichbarkeit mit dem Warenverzeichnis für die Industriestatistik; an einer weiteren Angleichung der beiden Verzeichnisse wird gearbeitet. Eine Gegenüberstellung des Statistischen Bundesamtes, in der die Nummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik den entsprechenden Positionen des Warenverzeichnisses für die Industriestatistik zugeordnet werden, ermöglicht einen eingeschränkten Vergleich der Ergebnisse von Außenhandelsstatistik und Produktionsstatistik.

Die z. Z. ca. 9 000 Warennummern als kleinste Bausteine des deutschen Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik erlauben eine Zusammenfassung der Ergebnisse zu Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft. Innerhalb der Gewerblichen Wirtschaft werden nach dem Verarbeitungsgrad Rohstoffe, Halbwaren sowie Fertigwaren-Vorzeugnisse und -Enderzeugnisse unterschieden.

8.3.7 Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik

Das ab 1969 gültige »Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik« (GV) ist so aufgebaut, daß es von allen Verkehrszweigen verwendet werden kann. Es ist mit der Ausgabe 1968 des Einheitlichen Güterverzeichnisses für die Verkehrsstatistik der Europäischen Gemeinschaften (NST) und damit auch mit der Ausgabe 1968 des Internationalen Güterverzeichnisses für die Verkehrsstatistik der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (CSTE) und dem Warenverzeichnis für die Statistik des Außenhandels der Gemein-

schaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten (NIMEXE) sowie dem Internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC) abgestimmt. Außerdem ist das Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik mit dem nationalen Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik und auch mit dem Warenverzeichnis für die Industriestatistik vergleichbar.

8.3.8 Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch

Das 1963 herausgegebene »Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch« dient der Gliederung der von privaten Haushalten gekauften Waren und Dienstleistungen. Es wird insbesondere für den Nachweis des Privaten Verbrauchs in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die Darstellung der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben, die Gliederung des Preisindex für die Lebenshaltung sowie die laufenden Wirtschaftsrechnungen verwendet.

Das Güterverzeichnis berücksichtigt zwei Hauptgliederungsgesichtspunkte, und zwar Verwendungszweck und gruppenspezifische Merkmale der Güter einerseits sowie ihre Dauerhaftigkeit und ihren Wert andererseits. Die Problematik einer Gliederung nach dem Verwendungszweck liegt darin, daß Käufe – also eine Vorstufe des tatsächlichen Verbrauchs – zu ordnen sind und verschiedene Gruppen von gekauften Gütern, die einen mehrfachen Verwendungszweck haben, nicht entsprechend aufgeteilt werden können. Die Einteilung selbst lehnt sich an traditionelle Gruppierungen der von privaten Haushalten gekauften Güter an. Bei der Gliederung der Güter nach der Dauerhaftigkeit und dem Wert wird zwischen Verbrauchsgütern und Reparaturen, Gebrauchsgütern von mittlerer Lebensdauer und/oder begrenztem Wert, langlebigen, hochwertigen Gebrauchsgütern und Dienstleistungen unterschieden.

8.4 Personensystematiken

Für die Gruppierung von Personen nach wichtigen Merkmalen und Tatbeständen – vor allem in den Statistiken der Bevölkerung und des Erwerbslebens – sind folgende spezielle Systematiken von Bedeutung:

Nationale Systematiken

- Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1975⁸⁾, daraus abgeleitet:

Schlüsselverzeichnis der Berufsbenennungen für die Berufszählung 1970⁹⁾,

Berufstätigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland, beschrieben in der Zusammenfassung nach berufssystematischen Einheiten der Klassifizierung der Berufe 1961,

Verzeichnis der Amtsbezeichnungen von Beamten nach Laufbahngruppen; Signierverzeichnis für die Berufszählung 1970⁹⁾,

Schlüsselverzeichnis der Amtsbezeichnungen von Beamten und Richtern nach der Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1970,

- Handbuch der Internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen, 9. Revision, 1979 (ICD)¹⁰⁾,
- Verzeichnis der Religionsbenennungen, Ausgabe 1970.

Systematiken der Europäischen Gemeinschaften und der Vereinten Nationen

- Europäisches System zur Übermittlung von Stellen- und Bewerberangeboten im internationalen Ausgleich – Système européen de diffusion des offres et des demandes d'emploi enregistrées en compensation internationale – Europäische Gemeinschaften, gemäß Entscheidung der Kommission vom 8. Dezember 1972 (SEDOC-System),
- Internationale Standardklassifikation der Berufe – International Standard Classification of Occupations – 1968 (ISCO),
- Internationale Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen – International Statistical Classification of Diseases, Injuries and Causes of Death – 1979 (ICD).

8.4.1 Klassifizierung der Berufe

Die Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1975, stellt eine geringfügig überarbeitete Fassung der für Zwecke der Volks- und Berufszählung 1970 gemeinsam vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, der Bundesanstalt für Arbeit und dem Statistischen Bundesamt entwickelten Berufssystematik dar. Als »Beruf« werden die auf Erwerb gerichteten, charakteristische Kenntnisse und Fertigkeiten sowie Erfahrungen erfordernden und in einer typischen Kombination zusammenfließenden Arbeitsverrichtungen verstanden.

⁸⁾ Die Ausgabe 1975 entspricht in ihrer systematischen Struktur der Ausgabe 1970 – ⁹⁾ Eine überarbeitete Fassung dieses Verzeichnisses für die nächste Berufszählung ist vorgesehen – ¹⁰⁾ Herausgeber: Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit

Die Systematik wird nicht durchgehend nach dem Dezimalsystem geführt, sondern verwendet zur Einteilung auch römische Ziffern und Buchstaben. Die erste Stufe der Gliederung umfaßt 6 Berufsbereiche, die sich an der großen Linie der Wirtschaftszweigsystematiken ausrichten. Sie werden weiter in 33 Berufsabschnitte untergliedert, die vor allem zur Beobachtung des Arbeitsmarktes gebildet sind. Ferner werden Berufsgruppen (zweistellig), Berufsordnungen (dreistellig) und Berufsklassen (vierstellig) unterschieden. Den Berufsordnungen, die als Basis-Einheiten dienen, sind jeweils Berufsbenennungskataloge beigegeben.

Als Abgrenzungsmerkmal für die einzelnen Berufe wird – ebenso wie in der International Standard Classification of Occupations (ISCO) – die ausgeübte Tätigkeit verwendet, die eine Person zu einem bestimmten Zeitpunkt verrichtet oder verrichtet hat.

Begriffe der Ausbildungsstufe (z. B. Auszubildender, Geselle, Meister), der Stellung im Beruf (z. B. Selbständiger, Angestellter, Arbeiter) oder der Stellung im Betrieb (z. B. Vorarbeiter, leitender Angestellter) werden nicht als Merkmal für die Berufsklassifizierung herangezogen. Doppelberufe sind bei dem Beruf eingeordnet, der den Schwerpunkt der Kombination bildet.

Die Klassifizierung der Berufe ist mit der Internationalen Standardklassifikation der Berufe – International Standard Classification of Occupations, revidierte Ausgabe 1968 (ISCO) – abgestimmt. Der Vergleich läßt sich weitgehend auf der Ebene der Berufsgattungen (Unit Groups der ISCO) – also auf deren unterster, für statistische Zwecke vorgesehenen Gliederungsstufe – durchführen.

Als Arbeitsunterlage ist ein »Schlüsselverzeichnis der Berufsbenennungen für die Berufszählung 1970« erschienen, das neben der Einordnung aller Berufsbenennungen in die Systematik Umsteigeschlüssel zur Klassifizierung der Berufe 1961 und zur Internationalen Standardklassifikation der Berufe, Ausgabe 1968 (ISCO), bringt. Ein Beschreibungsband, in dem die Berufstätigkeiten in der Zusammenfassung nach berufssystematischen Einheiten der Klassifizierung der Berufe 1961 beschrieben sind, ist 1966 erschienen und berücksichtigt noch nicht die Fassung von 1970. Mit Hilfe des bereits erwähnten Umsteigeschlüssels zur Klassifizierung der Berufe 1961, der auch

in den Ausgaben 1970 und 1975 abgedruckt ist, läßt sich der Beschreibungsband von 1966 weiterhin verwenden.

8.4.2 Internationale Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen

In den Gesundheitsstatistiken wird die deutsche Fassung der vierstelligen »Internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen, 9. Revision« (ICD) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) angewandt¹¹⁾. Der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger und die gesetzliche Krankenversicherung arbeiten ebenfalls mit der ICD, beim Verband der privaten Krankenversicherung wird sie teilweise benutzt.

Auch in der Todesursachenstatistik wird die ICD zugrunde gelegt. Es sei erwähnt, daß damit grundsätzlich nur eine Todesursache statistisch erfaßt wird (unkausale Statistik). Multikausalanalysen, die Mehrfachdiagnosen erfassen, werden angestrebt.

Für Befragungen über Krankheiten und Unfälle im Rahmen des Mikrozensus wird die ICD in gekürzter Form angewendet. Für die Statistik der Behinderten und der Rehabilitationsmaßnahmen wurde Ende der siebziger Jahre ein erweiterter Schlüssel erarbeitet.

8.5 Regionalsystematiken

Eine besonders wichtige regionale Systematik ist das Verzeichnis »Kennziffern der Gemeinden und Verwaltungsbezirke in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Stand 31. 12. 1977«, das seit 1976 vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen geführt wird. Es enthält alle Gemeinden und Verwaltungsbezirke des Bundesgebiets in systematischer und alphabetischer Ordnung mit dem in der amtlichen Statistik verwendeten Gemeindeschlüssel (statistische Kennziffern). Aufgrund der vierteljährlich erscheinenden Ergänzungen ist die Fortschreibung auf den jeweils neuesten Stand gewährleistet.

¹¹⁾ Herausgeber Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit

Als weitere Beispiele für Verzeichnisse räumlicher Gliederungen seien das »Länderverzeichnis für die Außenhandelsstatistik« – das im Aufbau, in der Bezeichnung und der Benummerung der Länder dem Länderverzeichnis für die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten (Geonomenklatur) entspricht – sowie das »Verzeichnis der Verkehrsbezirke und Häfen« erwähnt, das u. a. auch Verkehrsbezirke, Häfen und Küstenstrecken des Auslandes enthält.

8.6 Sonstige Systematiken

Als Beispiele für Systematiken, die einem speziellen Erhebungszweck dienen, seien das »Verzeichnis der Krankenhäuser«, die zahlreichen Zuordnungsverzeichnisse für die Statistiken des allgemeinen und beruflichen Schulwesens, das »Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe«, die Fächersystematiken der Hochschulstatistik und das Straftatenverzeichnis der Strafverfolgungsstatistik genannt.

KATALOG DER STATISTIKEN

Erläuterungen zum Katalog der Statistiken

1 Inhalt

Der Katalog enthält alle Bundesstatistiken, unabhängig davon, ob sie von den Statistischen Ämtern, den obersten Bundesbehörden und ihren nachgeordneten Dienststellen, der Deutschen Bundesbank oder der Bundesanstalt für Arbeit bearbeitet werden. Nachgewiesen werden ferner die Statistiken der Europäischen Gemeinschaften und die vom Statistischen Bundesamt koordinierten Länderstatistiken. Ausgenommen sind lediglich die verhältnismäßig wenigen Bundesstatistiken, deren Ergebnisse nur zum Dienstgebrauch bestimmt sind, also nicht zur Veröffentlichung gelangen.

Dargestellt sind alle in regelmäßigen Zeitabständen zu wiederholenden Statistiken nach ihrem Programm von Anfang 1981. Wegen ihrer besonderen Bedeutung sind auch die jeweils letzten Zählungen im Katalog enthalten. Von den sonstigen einmaligen oder unregelmäßigen Erhebungen sind nur die seit dem Erscheinen des letzten Bandes (1976) durchgeführten verzeichnet. Angaben über die vor 1976 abgeschlossenen Statistiken können den früheren Ausgaben dieses Bandes entnommen werden (siehe Übersicht auf Seite 393).

Sofern bei Statistiken gegenüber der letzten Ausgabe dieses Bandes umfassende gesetzliche Neuregelungen oder Änderungen erfolgt sind (z. B. durch das 1. Statistikbereinigungsgesetz), wird dies jeweils in Vorbemerkungen oder Hinweisen erwähnt.

Der Katalog bringt auch Hinweise auf Statistiken, deren Vorbereitung bereits so weit gediehen ist, daß mit ihrer baldigen Durchführung gerechnet werden kann.

2 Aufbau und Gliederung

Die systematische Anordnung der Statistiken und ihre Zusammenfassung zu Aufgabenbereichen entspricht der Gliederung im »Statistischen Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland«. Statistiken, die verschiedene Sachbereiche betreffen, wurden – auch wenn sie in einem Gesetz oder einer Rechtsverordnung angeordnet sind – auf die jeweiligen Abschnitte aufgeteilt (z. B. Mikrozensus).

Der Benutzer, der sich über gleichartige Tatbestände aus verschiedenen Statistiken informieren möchte, findet Verweisungen im Sachregister (Seite 481) und gegebenenfalls auch in den Hinweisen oder Vorbemerkungen zu den jeweiligen Statistiken.

Der Katalog enthält folgende Angaben:

2.1 Rechtsgrundlage

Für die den Statistiken zugrunde liegenden Gesetze oder Rechtsverordnungen sind jeweils die Fundstellen angegeben. Eine Übersicht über die z. Z. geltenden statistischen Rechtsgrundlagen befindet sich auf Seite 399. Der Wortlaut dieser Gesetze und Verordnungen einschl. ihrer Begründung ist einer Loseblatt-Sammlung zu entnehmen, die beim Statistischen Bundesamt angefordert werden kann.

2.2 Periodizität

Es werden nachgewiesen:

bei laufenden Statistiken der Wiederholungsturnus,

bei einmalig oder in unregelmäßigen Zeitabständen durchgeführten Erhebungen der Zeitpunkt (Stichtag) oder Zeitraum der Erhebung bzw. Erfassung.

Soweit die Periodizität von Erhebung und Aufbereitung auseinanderfällt, ist dies jeweils vermerkt.

2.3 Kreis der Befragten

Bei Primärstatistiken werden die unmittelbar Befragten, bei Sekundärstatistiken diejenigen Stellen genannt, die sich erstmals mit der Bearbeitung des Materials befassen.

Die methodischen Grundlagen von Stichprobenerhebungen sind in der Übersicht auf Seite 456 näher erläutert.

2.4 Berichtsweg

Es werden alle Stellen genannt, die in die Bearbeitung des Materials eingeschaltet sind.

2.5 Ergebnisse

Tatbestände

Es handelt sich um eine Aufzählung der wichtigsten Tatbestände und Merkmale, für die Ergebnisse veröffentlicht werden oder zur Veröffentlichung vorgesehen sind. Aus Platzgründen können nicht alle in den Veröffentlichungen enthaltenen Merkmalskombinationen einzeln aufgeführt werden. Die Angaben reichen aber für eine Charakterisierung des in den Publikationen dargebotenen Materials aus.

Fachliche Gliederung

Hier werden – sofern vorhanden – die Systematiken aufgeführt, nach denen die Ergebnisse gegliedert sind. Einen Überblick über die in den einzelnen Statistiken verwendeten deutschen Systematiken enthält die Übersicht auf Seite 417. Auszüge aus

wichtigen Systematiken sind auf den Seiten 425 abgedruckt.

Regionale Gliederung

Da die Ergebnisse in der Regel nach Bundesländern gegliedert vorliegen, wird diese Untergliederung nicht besonders erwähnt. An dieser Stelle werden nur Hinweise über die Aufgliederung des Materials nach kleineren regionalen Einheiten gegeben. Es ist zu berücksichtigen, daß nicht alle Tatbestände in der angegebenen regionalen Gliederung nachgewiesen werden und daß auch nicht alle Statistischen Landesämter einheitlich bei der Veröffentlichung von Regionalzahlen verfahren.

Veröffentlichungen

Die Nachweise beschränken sich auf die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, der obersten Bundesbehörden, ihrer nachgeordneten Stellen, der Deutschen Bundesbank und der Bundesanstalt für Arbeit. Eine Aufzählung der vielgestaltigen Länderveröffentlichungen ist aus Platzgründen nicht möglich. Über das einheitliche Mindestveröffentlichungsprogramm der Länder in den »Statistischen Berichten« unterrichtet die Übersicht auf Seite 478.

Von den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes werden die Beiträge aus Wirtschaft und Statistik (WiSta) ab Jahrgang 1976 (dem Erschei-

nungsjahr des Vorläufers dieses Bandes) zitiert. Mit Stern (*) versehene Beiträge beziehen sich nur auf den Tabellenteil von Wirtschaft und Statistik. Außerdem werden die jeweiligen Fachveröffentlichungen (Fachserien) mit Kennziffer und Erscheinungsfolge genannt. Über Titel und Gliederung der Fachserien unterrichtet die Übersicht auf Seite 473.

Die Textbeiträge in Wirtschaft und Statistik enthalten neben einer Kommentierung der Ergebnisse im allgemeinen auch Erläuterungen zu den Erhebungsmethoden. Dasselbe gilt hinsichtlich der Fachserien. Auf tiefergehende, detaillierte Darstellungen über methodische Grundlagen wird – sofern vorhanden – besonders hingewiesen. Derartige Beiträge werden auch dann erwähnt, wenn sie bereits vor 1976 erschienen sind und noch heute Gültigkeit haben.

Arbeitsunterlagen des Statistischen Bundesamtes sind nur dann aufgeführt, wenn das in ihnen enthaltene Material an keiner anderen Stelle veröffentlicht wird. Sie werden auf Anforderung zur Verfügung gestellt.

Allgemeine Querschnittsveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes sind in der Regel nicht erwähnt. Das Statistische Jahrbuch, das einen ausführlichen Quellennachweis enthält, wird nur zitiert, wenn es die einzige Veröffentlichungsquelle darstellt.

1 GEBIET UND BEVÖLKERUNG

1.1	Volkszählung	95
1.2	Mikrozensus	96
1.3	Feststellung des Gebietsstandes, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes und Bevölkerungs-Modellrechnungen ..	98
1.4	Staatsangehörigkeitsstatistik	100
1.5	Ausländerstatistik	100
1.6	Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung	101
1.7	Wanderungsstatistik	103

Vorbemerkung: In Übereinstimmung mit Empfehlungen der Vereinten Nationen und der Europäischen Gemeinschaften wurden bisher in der Bundesrepublik Deutschland Volkszählungen in ungefähr zehnjährigen Abständen jeweils zusammen mit einer Arbeitsstättenzählung (siehe unter 4.1) durchgeführt. Nach 1950, 1961 und 1970 war die nächste Zählung ursprünglich für Mai 1981 geplant. Das Gesetz über eine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1981) ist jedoch wegen der umstrittenen Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern nicht zustandegekommen. Angesichts der Bedeutung einer umfassenden Bestandsaufnahme der Einwohner, Haushalte, Gebäude, Wohnungen und Arbeitsstätten, die in der Diskussion über das Zahlungsverfahren stets unbestritten war, hat die Bundesregierung am 4. Februar 1981 einen neuen Gesetzentwurf eingebracht (Bundesrats-Drucksache 86/81). Er sieht für den 19. Mai 1982 eine Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung vor. Obwohl das Gesetzgebungsverfahren bei Redaktionsschluß noch im Gange war, läßt sich bereits absehen, daß wichtige Merkmalskomplexe der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1970 auch 1982 wieder erfragt werden. An dieser Stelle werden deshalb in leicht verkürzter Form nochmals die bevölkerungstatistischen Tatbestände der Volkszählung 1970 nachgewiesen (erwerbsstatistische Tatbestände siehe unter 3.1). Hieran schließt sich ein Ausblick auf das voraussichtliche Frageprogramm der Zählung 1982 an.

1.1 Volkszählung

Rechtsgrundlage

Gesetz über eine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1970) vom 14. April 1969 (BGBl. I S. 292).

Periodizität

Bisher in etwa zehnjährlichem Turnus (1950, 1961, 1970).

Kreis der Befragten

Gesamtbevölkerung (ohne im Bundesgebiet stationierte ausländische Streitkräfte sowie ohne Mitglieder der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen und die Familienangehörigen dieser Personenkreise).

Ein Teil der Fragen wurde nur an einen repräsentativen Querschnitt von 10 % der Bevölkerung gestellt (Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456ff.).

Berichtsweg

Befragte – Gemeinden (Einsatz von Zählern) – Kreise – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Bevölkerung nach Geschlecht, Alters- und Geburtsjahren, Familienstand, Religionszugehörigkeit, Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft, Staatsangehörigkeit (Deutsche/Ausländer), Ausbildung, Beteiligung am Erwerbsleben, Gemeindegrößenklassen und Stadt-Land-Gliederung.

Privathaushalte und Familien nach Haushalts- bzw. Familientyp, Zahl der Haushalts- bzw. Familienmitglieder, Zahl und Alter der Kinder, Haushalts- bzw. Familienvorstand nach Geschlecht, Altersgruppen, Familienstand, Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft, Beteiligung am Erwerbsleben, Stellung im Beruf und Nettoerwerbseinkommen, Stadt-Land-Gliederung; Familientypen im Haushalt; Staatsangehörigkeit des Familienvorstandes.

Bevölkerung in Anstalten nach Art der Anstalt, Geschlecht, Altersgruppen, Familienstand und Staatsangehörigkeit.

Ausländer nach Geschlecht, Altersgruppen, Familienstand und Staatsangehörigkeit; Privathaushalte von Ausländern; Geschlecht und Staatsangehörigkeit des Haushaltsvorstandes, Zahl der Haushaltsmitglieder.

Ehepaare nach der Zahl der ehelich lebendgeborenen Kinder und der in der Familie lebenden ledigen Kinder, Altersgruppen, Religionszugehörigkeit, Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft, Beteiligung am Erwerbsleben und Nettoerwerbseinkommen der Ehepartner.

Ehedauer, ggf. frühere Ehe; Religionszugehörigkeit der Kinder.

Ehefrauen bzw. weibliche Familienvorstände insgesamt bzw. mit Kindern nach Familientyp, Altersgruppen, Zahl der ehelich lebendgeborenen und der in der Familie lebenden ledigen Kinder, außerdem nach Beteiligung am Erwerbsleben und Stellung im Beruf.

Verheiratete, verwitwete und geschiedene Frauen nach Altersgruppen, Geburtsjahren, Zahl der ehelich lebendgeborenen und der in der Familie lebenden ledigen Kinder; Alter bei der Geburt der Kinder, Ehedauergruppen und Heiratsaltersgruppen, ggf. Jahresabstand zwischen Eheschließung und Aufgabe der Erwerbstätigkeit, ferner Abstand zwischen Geburt des ersten Kindes und Aufgabe der Erwerbstätigkeit.

Mütter nach Familientyp, Altersgruppen, Zahl und Altersgruppen der Kinder in der Familie, Beteiligung am Erwerbsleben, Stellung im Beruf.

Ledige Kinder in Familien nach Familientyp, Geschlecht, Altersgruppen; Art der gegenwärtig besuchten Schule bzw. Ausbildung (höchster Abschluß), Beteiligung am Erwerbsleben, Stellung im Beruf; ferner nach Ausbildung sowie Erwerbstätigkeitsmerkmalen der Mutter bzw. des Familienvorstandes (höchster Abschluß, Beteiligung am Erwerbsleben, Wirtschaftsbereich, Stellung im Beruf, sozio-ökonomische Gruppe und Nettoerwerbseinkommen) und nach Stadt-Land-Gliederung.

Gemeinden nach Gemeindegrößenklassen.

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Berufszählung 1970«.
»Verzeichnis der Religionsbenennungen, Ausgabe 1970«.

Regionale Gliederung

StBA: Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden, Stadtregionen, sonstige nicht-administrative Gebietseinheiten.

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

WiSta 12/71; 8, 11, 12/72; 10, 11/73; 3, 4, 5, 6, 7, 9/74.

Fachserie 1, »Volks- und Berufszählung vom 27. Mai 1970« (Hefte 1 bis 24).

Karten zur Volks- und Berufszählung vom 27. Mai 1970 (8 Kartenblätter mit 13 Karten).

»Amtliches Gemeindeverzeichnis für die Bundesrepublik Deutschland, Ausgabe 1971«.

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 8, 10/67; 4/70 bzw. 6/78 und 1/79.

Fachserie 1, »Volks- und Berufszählung vom 27. Mai 1970«, Hefte 25 und 26.

Hinweis: Die durch die Volkszählung ermittelten Bevölkerungszahlen werden durch die »Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung« (siehe unter 1.3 und 1.6) fortgeschrieben.

Der Entwurf eines Gesetzes über eine Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1982 sieht die Erfassung folgender bevölkerungsstatistischer Tatbestände vor:

Geschlecht, Alter, Familienstand, Religionszugehörigkeit, Staatsangehörigkeit (Deutsche/Ausländer), ggf. Haupt- oder Nebenwohnung, überwiegender Lebensunterhalt, Beteiligung am Erwerbsleben, erlernter Beruf, Dauer der praktischen Berufsausbildung, höchster Schulabschluß an allgemeinbildenden Schulen, höchster Abschluß an einer berufsbildenden Schule oder Hochschule sowie Hauptfachrichtung des letzten Abschlusses.

Anstaltsinsassen, Anstaltspersonal und dessen Familienangehörige.

1.2 Mikrozensus

Vorbemerkung: An dieser Stelle werden die bevölkerungsstatistischen Tatbestände des Mikrozensus nachgewiesen. (Erwerbsstatistische Tatbestände siehe unter 3.2, Reiseverkehr siehe unter 8.8, Vermögenswirksames Sparen siehe unter 11.28, Gesundheitsstatistische Tatbestände siehe unter 14.6.)

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 15. Juli 1975 (BGBl. I S. 1909), geändert durch Artikel 2 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294).

Periodizität

Jährlich, zweijährlich und vierjährlich.

Kreis der Befragten

Stichprobenerhebungen mit einem Auswahlsatz von 1% der Bevölkerung, d. h. bei rd. 230 000 Haushalten (einschl. Anstalten), im April (Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456 ff.).

Berichtsweg

Befragte (Befragung durch Interviewer) – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Jährlich: Wohnbevölkerung nach Geschlecht, Alters- und Geburtsjahrgruppen, Familienstand, Quellen des Lebensunterhalts, Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder, Art des Krankenversicherungsschutzes und Art der Krankenkasse; Wohnbevölkerung im Alter von 15 Jahren und mehr nach Mitgliedschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung; Ausländer nach Geschlecht, Alters- und Geburtsjahrgruppen, Familienstand und Staatsangehörigkeit; Frauen und Mütter nach Zahl und Alter der Kinder, Familienstand und Alter.

Privathaushalte nach Haushaltstyp, Zahl der Haushaltsmitglieder, Haushaltseinkommen, Gemeindegrößenklassen sowie nach Geschlecht, Alter, Familienstand, Beteiligung am Erwerbsleben und Stellung im Beruf des Haushaltsvorstandes.

Familien nach Familientyp (z. B. Ehepaare mit Kindern, Ehepaare ohne Kinder), Zahl der Familienmitglieder, Zahl und Alter der Kinder sowie nach Geschlecht, Alter, Familienstand, Beteiligung am Erwerbsleben, Stellung im Beruf und Einkommen des Familienvorstandes (Angaben über den Haushalts- bzw. Familienvorstand werden nur zum Zwecke der statistischen Zuordnung erhoben).

Zweijährlich: Aus- und Weiterbildung der Bevölkerung; Wohnbevölkerung nach Lebensversicherung und sonstiger Alterssicherung; Ausländer nach Merkmalen der noch im Heimatland lebenden Familienangehörigen, Sprachkenntnissen und Aufenthaltsdauer; Privathaushalte nach Art der Unterbringung und Mietbelastung; von Pendlern benutztes Verkehrsmittel, Zeitaufwand für Weg und Entfernung zur Arbeitsstätte, Schule bzw. Hochschule.

Vierjährlich: Wohnbevölkerung nach Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Regierungsbezirke.

Veröffentlichungen

WiSta 3, 7, 10, 12/77; 2, 3, 5, 6, 8, 9, 10, 11/78; 1, 3, 7, 9, 10, 12/79; 3, 10/80

Fachserie 1, Reihe 3 (jährlich),
Reihe 4.1.1 (jährlich),
Reihe 4.1.2 (zweijährlich);

Fachserie 13, Reihe 1 (jährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 11/73.

1.3 Feststellung des Gebietsstandes, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes und Bevölkerungs-Modellrechnungen

1.3.1 Feststellung des Gebietsstandes

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 308), geändert durch § 26 des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) vom 16. August 1980 (BGBl. I S. 1429).

Periodizität

Laufende Feststellung der Änderungen; jährliche Feststellung des Gebietsstandes.

Kreis der Befragten

Laufende Auswertung von amtlichen Publikationen der für die Feststellung des Gebietsstandes zuständigen Behörden.

Berichtsweg

Kreisverwaltungen – Regierungspräsidien/Bezirksregierungen – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zahl, Fläche, Namens- und Grenzänderungen der Gemeinden bzw. Verwaltungsbezirke; zuständige Standesämter; Postleitzahl der Gemeinden.

Zugehörigkeit der Gemeinden bzw. Gemeindeverbände zu Amtsgerichts-, Landgerichts-, Oberlandesgerichts-, Arbeitsgerichts-, Sozialgerichts-, Verwaltungsgerichts-, Arbeitsamts-, Finanzamts- und Hauptzollamtsbezirken, Kreiswehrratsämtern, Oberpostdirektionen, Bundestagswahlkreisen, Handwerks- sowie Industrie- und Handelskammerbezirken.

Fachliche Gliederung

»Statistische Kennziffern der Gemeinden und Verwaltungsbezirke in der Bundesrepublik Deutschland, Ausgabe 1974« (einschl. Ergänzungen).

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Regierungsbezirke, Regionalverbände, Kreise, Samtgemeinden, Ämter, Verbandsgemeinden, Verwaltungsgemeinschaften, Gemeinden; Postleitzbereiche.

Veröffentlichungen

Fachserie 1, Reihe 1.2.2 (jährlich).

1.3.2 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Rechtsgrundlage

Siehe unter 1.3.1.

Periodizität

Monatlich, vierteljährlich, halbjährlich und jährlich.

Kreis der Befragten

Die Fortschreibung (Basis jeweils letzte Volkszählung) wird in den Statistischen Landesämtern aufgrund der Ergebnisse der Statistik der natürlichen

Bevölkerungsbewegung (siehe unter 1.6) und der Wanderungsstatistik (siehe unter 1.7) durchgeführt.

Berichtsweg

StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Stand der Wohnbevölkerung.

Monatlich für Bund: insgesamt (d. h. einschl. Ausländer) nach Geschlecht.

Vierteljährlich für Bund und Länder: insgesamt nach Geschlecht.

Jährlich (Stichtag 31. Dezember) für Bund, Länder, Regierungsbezirke und Kreise: insgesamt nach Geschlecht, Altersgruppen sowie Bevölkerungsdichte; für Bund und Länder: insgesamt und deutsche Wohnbevölkerung jeweils nach Geburtsjahren, Altersjahren, Familienstand und Geschlecht; Gemeinden mit 10 000 Einwohnern und mehr; für Gemeinden: insgesamt nach Größenklassen sowie Fläche und Bevölkerungsdichte; für Ämter, Samtgemeinden, Verbandsgemeinden und Verwaltungsgemeinschaften: insgesamt sowie Bevölkerungsdichte.

Jährlich (Stichtag 30. Juni) für Bund und Länder: insgesamt nach Gemeindegrößenklassen; Gemeinden mit 20 000 Einwohnern und mehr; für Regierungsbezirke und Kreise: Geschlecht, Fläche sowie Bevölkerungsdichte.

Regionale Gliederung

Siehe unter 1.3.1.

Veröffentlichungen

WiSta 7/76; 7/77; 7/78; 7/79; 7/80.

WiSta* (monatlich).

Fachserie 1, Reihe 1 1 (vierteljährlich, jährlich),
Reihe 1.2.1 (jährlich),
Reihe 1.2.2 (jährlich),
Reihe 1.3 (jährlich)

Außerdem methodische Grundlagen:

Ehemalige Fachserie A Reihe 1. I »Bevölkerungsstand und -entwicklung 1970«

1.3.3 Bevölkerungs-Modellrechnungen

Rechtsgrundlage

Siehe unter 1.3.1.

Periodizität

Unregelmäßig.

Berichtsweg

Zentrale Aufbereitung im Statistischen Bundesamt.

Ergebnisse

Tatbestände

Modellrechnung der deutschen und der ausländischen Wohnbevölkerung.

Die letzte Modellrechnung der deutschen Wohnbevölkerung (nach Geschlecht und Alter) wurde 1979 für den Zeitraum bis zum Jahr 2030 durchgeführt, und zwar unter den Annahmen, daß die Geburtenhäufigkeit 1978 konstant bleibt (Modell I), innerhalb von 10 Jahren um 20 % abnimmt (Modell II)

bzw. innerhalb von 10 Jahren um 20 % zunimmt (Modell III). Für den gleichen Zeitraum wurde auch die ausländische Wohnbevölkerung vorausgerechnet unter der Annahme, daß die Geburtenhäufigkeit von 1978 sich innerhalb von 30 Jahren um 15 % vermindert und keine Außenwanderung stattfindet (Modell A), jährlich 20 000 Ausländer zuwandern (Modell B) bzw. jährlich 20 000 Ausländer abwandern (Modell C). Die Modelle A–C wurden zwischenzeitlich dem durch Zuwanderung von 1979 auf 1980 kräftig gestiegenen Ausländerbestand angepaßt.

Veröffentlichungen

Bundestags-Drucksache 8/4437.

1.4 Staatsangehörigkeitsstatistik

Rechtsgrundlage

Verwaltungsvereinbarungen des Bundesministers des Innern mit den Ländern und Anordnungen der Länder.

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Zuständige Behörden der Länder und Bundesverwaltungsamt, Köln.

Berichtsweg

Befragte – Innenminister bzw. -senatoren der Länder – StBA (Zusammenstellung und Veröffentlichung).

Ergebnisse

Tatbestände

Für Bund: Eingebürgerte Personen nach der früheren Staatsangehörigkeit.

Für Bund und Länder: Eingebürgerte Personen nach dem Rechtsgrund des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit; aus der deutschen Staatsangehörigkeit entlassene Personen nach neuen Heimatstaaten; Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerungen und Erklärungen.

Veröffentlichungen

Fachserie 1, Reihe 1 5 (jährlich).

1.5 Ausländerstatistik

Rechtsgrundlage

Verwaltungsvereinbarung zwischen Statistischem Bundesamt und Bundesverwaltungsamt (Ausländerzentralregister) mit Zustimmung des Bundesministers des Innern.

Periodizität

Jährliche Aufbereitung (Stichtag 30. September).

Kreis der Befragten

Ausländerbehörden.

Berichtsweg

Auswertung von Datensätzen des Ausländerzentralregisters durch das Statistische Bundesamt.

Ergebnisse

Tatbestände

Für Bund und Länder: Ausländer insgesamt nach dem Geschlecht sowie nach Altersjahren und -gruppen, Familienstand, Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsdauer.

Für Gemeinden mit 100 000 Einwohnern und mehr: Ausländer insgesamt nach dem Geschlecht sowie nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten.

Regionale Gliederung

StLÄ: z. T. Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 1, 12/76, 2/80; 1/81

Fachserie 1, Reihe 1 4 (jährlich),
Reihe 1 S 2 (unregelmäßig).

Hinweis: Angaben über Ausländer fallen außerdem im Rahmen zahlreicher anderer Statistiken an (siehe Sachregister).

1.6.1 Eheschließungen, Geburten, Sterbefälle

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 308), geändert durch § 26 des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) vom 16. August 1980 (BGBl. I S. 1429).

Periodizität

Laufende Erfassung anhand von Zählkarten; monatliche, vierteljährliche und jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Standesämter.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Monatlich: Eheschließungen, Lebendgeborene, Geborene mit erkennbaren Fehlbildungen und Totgeborene sowie Gestorbene nach dem Registrierort.

Vierteljährlich (mit Monatsergebnissen) außerdem: Eheschließungen nach dem Registrierort; Lebendgeborene nach Geschlecht, Legitimität und Staatsangehörigkeit sowie nach Wohnort der Mutter; Totgeborene nach Staatsangehörigkeit sowie nach Wohnort der Mutter; Gestorbene nach Geschlecht, Wohnort und Staatsangehörigkeit; im 1. Lebensjahr und in den ersten sieben Lebenstagen Gestorbene.

Jährlich: Eheschließungen nach Kalendermonaten und Registrierort; Alter, bisheriger Familienstand, Kinderzahl, Religionszugehörigkeit und Staatsangehörigkeit der Ehegatten.

Geburten (Lebend- und Totgeborene) nach Kalendermonaten, Geschlecht, Legitimität, Körpergewicht, Körperlänge und erkennbaren Fehlbildungen; Wohngemeinde, Alter, Erwerbstätigkeit, Religionszugehörigkeit und Staatsangehörigkeit der Mutter; Mehrlingsgeburt;

1.6 Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung

bei ehelich Geborenen außerdem: Alter, Staatsangehörigkeit und Religionszugehörigkeit des Vaters; Eheschließungsjahr der Eltern; Geburtenfolge und Geburtsdatum des vorangegangenen Kindes.

Sterbefälle nach Kalendermonaten, Geschlecht, Alter, Familienstand, Wohnort, Religionszugehörigkeit und Staatsangehörigkeit;

im 1. Lebensjahr Gestorbene nach Legitimität, Geburts- und Sterbemonat, Lebensdauer (in Tagen, Wochen und Monaten), Körperlänge und Gewicht bei der Geburt sowie Todesursachen;

verheiratet Gestorbene nach Alter des überlebenden Ehegatten.

Außerdem Tafelberechnungen in Form von Geburtentafeln, Heiratstafeln sowie Allgemeinen und Abgekürzten Sterbetafeln. Die Abgekürzten Sterbetafeln werden jährlich, die Allgemeinen Sterbetafeln jeweils im Zusammenhang mit einer Volkszählung und die Heirats- sowie Geburtentafeln in unregelmäßigen Zeitabständen erstellt.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 1, 2, 6/76; 3, 6/77; 3/78; 3, 5, 7/79; 3/80.

WiSta* (monatlich).

Fachserie 1, Reihe 2 (jährlich),

Reihe 2.1 (vierteljährlich).

Heiratstafeln 1972/74:

WiSta 12/76; 9/79

Sterbetafeln 1970/72:

WiSta 7/74.

Fachserie 1, Reihe 2 S 1.

Sauglingssterblichkeit:

WiSta 1/78.

Lebensablauf einer Generation:

WiSta 8/68

Fachserie 1, Reihe 2 S 1.

Hinweis. Der Nachweis der Kriegsstorbefälle wurde gemäß Artikel 1 des 1. Statistikbereinigungsgesetzes vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294) mit Wirkung vom 21. März 1980 eingestellt.

1.6.2 Rechtskräftige Urteile in Ehesachen

Rechtsgrundlage

Siehe unter 1.6.1.

Periodizität

Laufende Erhebung anhand von Zählkarten; jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Familiengerichte bei den Amtsgerichten.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Gerichtliche Ehelösungen nach Entscheidungen in der Ehesache (Scheidung, Aufhebung, Nichtigkeit; Abweisung des Scheidungsantrags, Abweisung der Klage auf Nichtigkeit und Aufhebung der Ehe) sowie Antragsteller/Kläger;

geschiedene Ehen außerdem nach Eheschließungs- und Geburtsjahren, Zahl der noch lebenden minderjährigen Kinder, Religionszugehörigkeit und Staatsangehörigkeit der Ehegatten.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Regierungsbezirke und Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 2/76; 2/77; 1/78; 1/79; 12/80.

Fachserie 1, Reihe 2 (jährlich),
Reihe 2.2 (jährlich).

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 308), geändert durch § 26 des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) vom 16. August 1980 (BGBl. I S. 1429).

Periodizität

Laufende Erfassung anhand der An- und Abmeldescheine; monatliche, vierteljährliche und jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Einwohnermeldeämter.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu- und Fortzüge.

Innerhalb des Bundesgebietes (Binnenwanderung):

Von Bundesland zu Bundesland

Vierteljährlich: Personen insgesamt (d. h. einschl. Ausländer) und Erwerbspersonen nach Geschlecht, jeweils nach Herkunfts- und Zielländern.

Jährlich außerdem: Personen insgesamt nach Alters- und Geburtsjahren, Familienstand, Religionszugehörigkeit und einzelnen Staatsangehörigkeiten; Erwerbspersonen nach Alters- und Geburtsjahren.

Innerhalb der Bundesländer

Vierteljährlich: Personen insgesamt und Erwerbspersonen nach Geschlecht.

Jährlich außerdem: Wanderungsströme zwischen den Kreisen der Bundesländer nach Herkunfts- und Zielkreisen.

Über die Grenzen des Bundesgebietes (Außenwanderung):

Insgesamt

Vierteljährlich: Personen insgesamt (d. h. einschl. Ausländer) nach einzelnen Staatsangehörigkeiten, Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen nach Geschlecht, jeweils nach Herkunfts- und Zielländern.

Jährlich außerdem: Personen insgesamt nach Alters- und Geburtsjahren, Familienstand und Religionszugehörigkeit.

Zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland

Vierteljährlich: Personen insgesamt nach einzelnen Staatsangehörigkeiten und Erwerbspersonen, jeweils nach Herkunfts- und Zielländern.

1.7 Wanderungsstatistik

Jährlich außerdem: Personen insgesamt nach Geschlecht, Alters- und Geburtsjahren, Religionszugehörigkeit und einzelnen Staatsangehörigkeiten; Wanderungsströme zwischen den Kreisen des Bundesgebietes und dem Ausland.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 9/76; 7/77; 7/78; 7/79; 1/80

WiSta* (monatlich)

Fachserie 1, Reihe 2.3 (vierteljährlich, jährlich).

2 WAHLEN

2.1	Bundestagswahlstatistik	107
2.2	Europawahlstatistik	107

Rechtsgrundlage

§ 51 des Bundeswahlgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. September 1975 (BGBl. I S. 2325), zuletzt geändert durch Fünftes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 20. Juli 1979 (BGBl. I S. 1149).

Periodizität

In der Regel vierjährlich, zuletzt für die Bundestagswahlen am 3. Oktober 1976 und am 5. Oktober 1980 durchgeführt.

Kreis der Befragten

- 1 Für Auszählung der Totalergebnisse: Wahlberechtigte in rd. 65 000 Wahlbezirken.
- 2 Für repräsentative Wahlstatistik: Wahlberechtigte in etwa 1 750 Auswahlbezirken mit einem Anteil von etwa 3,4 % der Wahlberechtigten (Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456ff.).

Berichtsweg

Zu 1: Wahlbezirke – Gemeinden – Kreise (nur bei kreisangehörigen Gemeinden) – Kreiswahlleiter (Kreiswahlausschuß) – Landeswahlleiter (Landeswahlausschuß) – Bundeswahlleiter (Bundeswahlausschuß) – StBA.

Zu 2: Auswahlbezirke – Gemeinden – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Wahlberechtigte, Wähler, Wahlbeteiligung, ungültige und gültige Erst- und Zweitstimmen; Verteilung der gültigen Erststimmen auf die Wahlkreisbewerber und der gültigen Zweitstimmen auf die Landeslisten.

Kandidaten und Gewählte nach Parteizugehörigkeit, Altersgruppen, Wohnsitz und Beruf; bei Gewählten Angabe, ob im Wahlkreis oder auf Landesliste gewählt.

Außerdem Erst- und Zweitstimmenabgabe nach Gemeindegrößenklassen, Anteil der evangelischen Bevölkerung, der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen und der Beamten und Angestellten.

Sonderauswertung der Ergebnisse der Briefwahl.

Zu 2: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter der Wahlberechtigten und Wähler sowie nach Art der Kombination der Erst- und Zweitstimmen.

Regionale Gliederung

StBA: Bundestagswahlkreise, Kreise.

StLÄ: Bundestagswahlkreise, Kreise, Gemeinden, z. T. auch Wahlbezirke.

Veröffentlichungen

WiSta 5, 10, 11, 12/76; 1/77 bzw. 6, 10, 11, 12/80; 1, 3/81.

Fachserie A bzw. ab Heft 7 (1976) Fachserie 1, »Wahl zum 8. Deutschen Bundestag am 3. Oktober 1976« bzw. »Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980« jeweils Heft 1 bis 9 und Sonderheft.

2.1 Bundestagswahlstatistik

Rechtsgrundlage

§ 25 des Gesetzes über die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Europawahlgesetz – EuWG) vom 16. Juni 1978 (BGBl. I S. 709). § 78 der Verordnung über die Vorbereitung und Durchführung der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Europawahlordnung – EuWO) vom 23. August 1978 (BGBl. I S. 1405).

2.2 Europawahlstatistik

Periodizität

Fünffährlich (erstmals 1979).

Kreis der Befragten

- 1 Für Auszählung der Totalergebnisse: Wahlberechtigte in rd. 61 000 Wahlbezirken.
- 2 Für repräsentative Wahlstatistik: Wahlberechtigte in 1751 Auswahlbezirken mit einem Anteil von 3,4 % der Wahlberechtigten (Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456 ff.).

Berichtsweg

Zu 1: Wahlbezirke – Gemeinden – Kreis- bzw. Stadtwahlleiter (Kreis- bzw. Stadtwahlausschuß) – Landeswahlleiter (Landeswahlausschuß) – Bundeswahlleiter (Bundeswahlausschuß) – Präsident des Deutschen Bundestages – StBA.

Zu 2: Auswahlbezirke – Gemeinden – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Wahlberechtigte, Wähler, Wahlbeteiligung, ungültige und gültige Stimmen, Verteilung der gültigen Stimmen auf Liste für ein Land und gemeinsame Liste für alle Länder.

Kandidaten und Gewählte nach Parteizugehörigkeit, Altersgruppen, Wohnsitz und Beruf.

Sonderauswertung der Ergebnisse der Briefwahl.

Zu 2: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter der Wahlberechtigten und Wähler.

Regionale Gliederung

StBA: Kreisfreie Städte, Kreise.

StLÄ: Kreisfreie Städte, Kreise, kreisangehörige Gemeinden, z. T. auch Wahlbezirke.

Veröffentlichungen

WiSta 6, 8, 9, 10/79.

Fachserie 1, »Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 10. Juni 1979«, Heft 1 bis 7 und Sonderheft.

3 ERWERBSTÄTIGKEIT

3.1	Volkszählung	111
3.2	Mikrozensus	112
3.3	Beschäftigtenstatistik	114
3.4	Arbeitsmarktstatistiken	115
3.5	Statistik der Streiks und Aussperrungen	117
3.6	Arbeitskräfte-Stichprobe der Europäischen Gemeinschaften	117
3.7	EG-Statistik Ausländische Arbeitnehmer	118

3.1 Volkszählung

Vorbemerkung: In Übereinstimmung mit Empfehlungen der Vereinten Nationen und der Europäischen Gemeinschaften wurden bisher in der Bundesrepublik Deutschland Volkszählungen in ungefähr zehnjährigen Abständen jeweils zusammen mit einer Arbeitsstättenzählung (siehe unter 4.1) durchgeführt. Nach 1950, 1961 und 1970 war die nächste Zählung ursprünglich für Mai 1981 geplant. Das Gesetz über eine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1981) ist jedoch wegen der umstrittenen Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern nicht zustandegekommen. Angesichts der Bedeutung einer umfassenden Bestandsaufnahme der Einwohner, Haushalte, Gebäude, Wohnungen und Arbeitsstätten, die in der Diskussion über das Zählungsvorhaben stets unbestritten war, hat die Bundesregierung am 4. Februar 1981 einen neuen Gesetzentwurf eingebracht (Bundesrats-Drucksache 86/81). Er sieht für den 19. Mai 1982 eine Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung vor. Obwohl das Gesetzgebungsverfahren bei Redaktionsschluß noch im Gange war, läßt sich bereits absehen, daß wichtige Merkmalskomplexe der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1970 auch 1982 wieder erfragt werden. An dieser Stelle werden deshalb in leicht verkürzter Form nochmals die erwerbsstatistischen Tatbestände der Volkszählung 1970 nachgewiesen (bevölkerungsstatistische Tatbestände siehe unter 1.1). Hieran schließt sich ein Ausblick auf das voraussichtliche Frageprogramm der Zählung 1982 an

Rechtsgrundlage

Gesetz über eine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1970) vom 14. April 1969 (BGBl. I S. 292).

Periodizität

Bisher in etwa zehnjährlichem Turnus (1950, 1961, 1970).

Kreis der Befragten

Gesamtbevölkerung (ohne die im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte sowie ohne die Mitglieder der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen und die Familienangehörigen dieser Personenkreise).

Ein Teil der Fragen wurde nur an einen repräsentativen Querschnitt von 10 % der Bevölkerung gestellt (Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456 ff.).

Berichtsweg

Befragte – Gemeinden (Einsatz von Zählern) – Kreise – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Bevölkerung nach Geschlecht, Alters- und Geburtsjahren, Familienstand, Religionszugehörigkeit, Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft, Staatsangehörigkeit (Deutsche/Ausländer), Beteiligung am Erwerbsleben, überwiegendem Lebensunterhalt, Berufsordnungen des ausgeübten und erlernten Berufs, Stellung im Beruf, sozio-ökonomischen Gruppen, leitender oder aufsichtsführender Tätigkeit, Art der Maschinenbedienung, Nettoerwerbseinkommen, Wochenarbeitszeit, weiterer Tätigkeit, Zeitaufwand für den Weg zur Arbeitsstätte, schulischer und beruflicher Ausbildung (höchster Abschluß), Gemeindegrößenklassen und Stadt-Land-Gliederung.

Bevölkerung in Haushalten sowie in Anstalten nach Geschlecht, Altersgruppen, Familienstand, Beteiligung am Erwerbsleben, überwiegendem Lebensunterhalt und Stellung im Beruf.

Ausländer nach Geschlecht, Altersgruppen, Familienstand, Religionszugehörigkeit, Staatsangehörigkeit, Beteiligung am Erwerbsleben und Stellung im Beruf.

Frauen nach Altersgruppen, Familienstand, gegenwärtiger bzw. früherer Beteiligung am Erwerbsleben, Stellung im Beruf, beruflicher Ausbildung, Wochenarbeitszeit, Zeitaufwand für den Weg zur Arbeitsstätte.

Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige nach Geschlecht, Altersgruppen, Beteiligung am Erwerbsleben, Merkmalen des

Ernährers. Ernährer mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit nach Geschlecht, Wirtschaftsbereichen, Stellung im Beruf und wirtschaftlich abhängigen Personen.

Selbständige nach Geschlecht, sozio-ökonomischen Gruppen, Betriebsgrößenklassen und Nettoerwerbseinkommen.

In Ausbildung befindliche Personen nach Geschlecht, Alter, Religionszugehörigkeit, Art der gegenwärtig besuchten Schule und Erwerbstätigkeitsmerkmalen des Familienvorstandes. Personen, die allgemeinbildende Schulen besucht haben, nach Geschlecht, Art des Schulabschlusses und Dauer der praktischen Berufsausbildung. Personen mit Abschluß an einer berufsbildenden Schule nach Geschlecht, Geburtsjahrgruppen, Religionszugehörigkeit, Schulart, ausgewählten Fachrichtungen, Dauer der Ausbildung und Beteiligung am Erwerbsleben. Personen mit Hochschulausbildung nach Geschlecht, Geburtsjahrgruppen, Abschlußjahrgruppen, Alter beim Abschluß, ausgewählten Fachrichtungen und Dauer der Ausbildung.

Pendler über die Gemeindegrenze und innergemeindliche Pendler nach Geschlecht, Familienstand, Beteiligung am Erwerbsleben, Zeitaufwand für den Weg zur Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte und überwiegend benutztem Verkehrsmittel. Berufspendler nach Altersgruppen, Stellung im Beruf, Wirtschaftsabteilungen, Wochenarbeitszeit, Nettoerwerbseinkommen und Gemeindegrenzen; Ausbildungspendler nach Art der gegenwärtig besuchten Schule.

Fachliche Gliederung

•Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Berufszählung 1970•.
•Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1970•.

Regionale Gliederung

StBA: Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden, Stadtregionen, sonstige nicht-administrative Gebietseinheiten.

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

WiSta 12/71; 10, 11/73; 3, 4, 5, 6/74.

Fachserie 1, •Volks- und Berufszählung vom 27. Mai 1970•, Hefte 1 bis 24.

Karten zur Volks- und Berufszählung vom 27. Mai 1970 (8 Kartenblätter mit 13 Karten).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 8, 10/67; 4, 5/70 bzw. 6/78 und 1/79.

Fachserie 1, •Volks- und Berufszählung vom 27. Mai 1970•, Hefte 25 und 26.

Der Entwurf eines Gesetzes über eine Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1982 sieht die Erfassung folgender erwerbsstatistischer Tatbestände vor:

Geschlecht, Alter, Familienstand, Staatsangehörigkeit, überwiegender Lebensunterhalt, Beteiligung am Erwerbsleben, Art und Dauer der Ausbildung.

Bei Erwerbstätigen Geschäftszweig des Betriebes, Stellung im Beruf, ausgeübte Tätigkeit, Arbeitszeit, landwirtschaftliche und nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeit.

Bei Erwerbstätigen sowie Schülern und Studenten hauptsächlich benutztes Verkehrsmittel und Zeitaufwand für den Weg von und zur Arbeitsstätte.

3.2 Mikrozensus

Vorbemerkung: An dieser Stelle werden die erwerbsstatistischen Tatbestände des Mikrozensus nachgewiesen. (Bevölkerungsstatistische Tatbestände siehe unter 1.2, Reiseverkehr siehe unter 8.8, Vermögenswirksames Sparen siehe unter 11.28, Gesundheitsstatistische Tatbestände siehe unter 14.6.)

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 15. Juli 1975 (BGBl. I S. 1909), geändert durch Artikel 2 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294).

Periodizität

Jährlich, zweijährlich und vierjährlich.

Kreis der Befragten

Stichprobenerhebungen mit einem Auswahlsatz von 1 % der Bevölkerung, d. h. bei rd. 230 000 Haushalten (einschl. Anstalten), im April (Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456 ff.).

Berichtsweg

Befragte (Befragung durch Interviewer) – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Jährlich: Erwerbstätige nach Geschlecht, Alters- und Geburtsjahrgruppen, Familienstand, überwiegendem Lebensunterhalt, Stellung im Beruf, normalerweise und tatsächlich geleisteter Arbeitszeit je Woche, Gründen für Arbeitsausfälle, Art des Krankenversicherungsschutzes, Art der Krankenkasse, Mitgliedschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung, wirtschaftsfachlicher Gliederung (z. B. nach Wirtschaftsbereichen) und Nettoeinkommen aus allen Einkommensquellen.

Tätigkeitsfälle nach Geschlecht, Stellung im Beruf, Arbeitsdauer (in allen Tätigkeitsfällen geleistete Arbeitsstunden in der Berichtswoche).

Erwerbspersonen nach Geschlecht, Altersgruppen, Stellung im Beruf, Arbeitsdauer und wirtschaftsfachlicher Gliederung (z. B. nach Wirtschaftsbereichen).

Erwerbstätige Frauen und Mütter nach Zahl und Alter der ledigen Kinder, Familienstand, Alter, Stellung im Beruf, Wirtschaftsbereichen, Arbeitsdauer und Nettoeinkommen aus allen Einkommensquellen.

Ausländische Erwerbstätige nach Geschlecht, Alter, Stellung im Beruf, wirtschaftsfachlicher Gliederung (z. B. nach Wirtschaftsbereichen), Arbeitsdauer und Nettoeinkommen aus allen Einkommensquellen.

Zweijährlich: Erwerbstätige nach beruflicher Gliederung, Tätigkeitsmerkmalen, betrieblicher Altersversorgung, Aus- und Weiterbildung, Pendlereigenschaft, benutztem Verkehrsmittel sowie Zeitaufwand für den Weg und Entfernung zur Arbeitsstätte.

Vierjährlich: Erwerbstätige nach Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft.

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Berufszählung 1970«, »Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1975«.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Regierungsbezirke.

Veröffentlichungen

WiSta 10/77; 2, 3, 5, 6, 8, 9, 10, 11/78; 1, 3, 7, 10, 12/79; 3, 10/80.

Fachserie 1, Reihe 3 (jährlich),
Reihe 4.1.1 (jährlich),
Reihe 4.1.2 (zweijährlich);

Fachserie 13, Reihe 1 (jährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 11/73.

Hinweis: Die zweijährlichen Stichprobenerhebungen über Arbeitskräfte der Europäischen Gemeinschaften (siehe unter 3.6) sind in der Bundesrepublik Deutschland in den Mikrozensus integriert.

Das Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 15. Juli 1975 (BGBl. I S. 1909) hat einige Tatbestände, die bis 1974 im Rahmen von Zusatzerhebungen (angeordnet durch Rechtsverordnung) ermittelt wurden, in das Grundprogramm des Mikrozensus einbezogen. Sie werden dort in jährlichen bzw. zweijährlichen Abständen erhoben.

Darüber hinaus schafft das Mikrozensus-Gesetz die Möglichkeit, in Zusatzprogrammen, deren Auswahlsätze den Auswahlsatz des Grundprogramms nicht überschreiten dürfen, ausgewählte Tatbestände von besonderer aktueller Bedeutung zu erfassen. Diese Zusatzprogramme werden durch Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrats angeordnet.

Seit Inkrafttreten des Mikrozensus-Gesetzes von 1975 wurden Zusatzerhebungen nicht durchgeführt; die letzte Zusatzerhebung dieser Art erfolgte im Juli 1974 zum Thema »Berufliche Mobilität der Frauen«.

3.3 Beschäftigtenstatistik

Rechtsgrundlage

§ 6 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) vom 25. Juni 1969 (BGBl. I S. 582).

Periodizität

Laufende Berichterstattung; vierteljährliche, jährliche bzw. mehrjährige Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Arbeitgeber (Auswertung der Versicherungsnachweise für Arbeitnehmer – einschl. der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten –, die krankenversicherungs-, rentenversicherungs- oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind).

Berichtsweg

Befragte – Krankenkassen – Datenstellen der Rentenversicherungsträger – Hauptstelle der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

Die im Rahmen des Datenverbundes zwischen den gesetzlichen Krankenkassen, den Rentenversicherungsträgern und der Bundesanstalt für Arbeit anfallenden Daten werden von der Bundesanstalt für Arbeit dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung sowie dem Statistischen Bundesamt und vom Statistischen Bundesamt den Statistischen Landesämtern für arbeitsteilige Auswertungen zur Verfügung gestellt.

Ergebnisse

Tatbestände

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit, Wirtschaftszweig des Betriebes, ausgeübtem Beruf, Stellung im Beruf, Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung, Ausbildung, Beschäftigungsdauer und beitragspflichtigem Bruttoarbeitsentgelt.

Einstellungen und Entlassungen (vorgesehen).

Fachliche Gliederung

»Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit, Ausgabe 1973«, »Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Berufszählung 1970« und »Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1981«.

Regionale Gliederung

Landesarbeitsamtsbezirke, Arbeitsamtsbezirke; Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden; nichtadministrative Gebietseinheiten.

Veröffentlichungen

Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg:

»Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit« (monatlich) mit Sonderheft
»Arbeitsstatistik – Jahreszahlen« (jährlich).

StBA:

WiSta 3/76; 11/77; 9, 12/78; 12/79; 9, 12/80.

Fachserie 1, Reihe 4.2 (vierteljährlich und jährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

ASiA Sonderheft 11 (1977)

3.4 Arbeitsmarkt- statistiken

- 1 Statistik der Arbeitsvermittlung und Arbeitsberatung, insbesondere Statistik über Arbeitslose und offene Stellen.
- 2 Statistik der Berufsberatung.
- 3 Statistik der Förderung der beruflichen Bildung.
- 4 Statistik der Förderung der Arbeitsaufnahme.
- 5 Statistik der Arbeits- und Berufsförderung behinderter Personen.
- 6 Statistik der Kurzarbeit (siehe auch 15.4.1).
- 7 Statistik der Förderung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft (siehe auch 15.4.2).
- 8 Statistik der Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (siehe auch 15.4.3).
- 9 Statistik der Arbeitsvermittlung im Auftrage der Bundesanstalt für Arbeit.
- 10 Statistik der Arbeitnehmerüberlassung.
- 11 Statistik der Anzeigen gemäß § 10 Abs. 2 des Schwerbehindertengesetzes (SchwbG).
- 12 Statistik der Heimarbeit.

Rechtsgrundlage

§ 6 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) vom 25. Juni 1969 (BGBl. I S. 582).

§ 8 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) vom 7. August 1972 (BGBl. I S. 1393). § 10 Abs. 2 des Schwerbehindertengesetzes (SchwbG) vom 29. April 1974 (BGBl. I S. 1005).

Periodizität

Zu 1 bis 12: Laufende Berichterstattung; jährliche Zusammenstellung.

Zu 1: Monatliche, vierteljährliche und halbjährliche Zusammenstellung.

Zu 3: Monatliche und vierteljährliche Zusammenstellung.

Zu 4 bis 8: Monatliche Zusammenstellung.

Zu 9 und 10: Halbjährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Zu 1 bis 5, 7 und 8: Arbeitsämter (Auswertung von Geschäftsunterlagen).

Zu 6 und 12: Betriebe.

Zu 9: Beauftragte Einrichtungen und Personen.

Zu 10: Verleiher.

Zu 11: Arbeitgeber.

Berichtsweg

Befragte – Landesarbeitsämter – Hauptstelle der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Arbeitsuchende (darunter Arbeitslose), sonstige bei der Arbeitsvermittlung Ratsuchende, offene Stellen und Arbeitsvermittlungen in teils beruflicher und teils wirtschaftsfachlicher Gliederung, darunter für Teilzeitarbeit, Ausländer, Jugendliche unter 20 Jahren, 59 Jahre und ältere Personen, Schwerbehinderte und Heimarbeiter;

Arbeitslosenquoten; saisonbereinigte Zahlen der Arbeitslosen und offenen Stellen; halbjährlich Arbeitslose und offene Stellen nach wichtigen Merkmalen; Bewerbergesuche, Stellenangebote und Arbeitsvermittlungen bei den Fachvermittlungsstellen in beruflicher Gliederung.

Zu 2: Ratsuchende der Berufsberatung nach Personenkreis, Schulbildung, Berufswunsch und Ergebnis der Beratung; gemeldete und noch nicht untergebrachte Bewerber sowie gemeldete und noch nicht besetzte Berufsausbildungsstellen in beruflicher Gliederung; Schulabgänger; Maßnahmen zur Berufsorientierung.

Zu 3: Teilnehmer an berufsvorbereitenden Maßnahmen; Empfänger von Berufsausbildungsbeihilfe und Anträge; geförderte Heimplätze in Jugendwohneinrichtungen; Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Fortbildung, Umschulung und der betrieblichen Einarbeitung, ferner Ein- und Austritte sowie Empfänger von Unterhaltsgeld und Anträge nach wichtigen Merkmalen.

Zu 4: Bewilligte Leistungen zur Förderung der Arbeitsaufnahme.

Zu 5: Empfänger von Ausbildungsgeld und Anträge; Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung, ferner Ein- und Austritte sowie Empfänger von Übergangsgeld und Anträge nach wichtigen Merkmalen; bewilligte Leistungen bei sonstigen berufsfördernden Maßnahmen; abgeschlossene Rehabilitationsfälle nach persönlichen Merkmalen sowie Art und Ergebnis der Arbeits- und Berufsförderung.

Zu 6: Kurzarbeitende Betriebe und Kurzarbeiter nach Wirtschaftszweigen und sonstigen wichtigen Merkmalen.

Zu 7: Anträge auf Winter- und auf Schlechtwettergeld, auf Investitionskosten- und auf Mehrkostenzuschüsse; witterungsbedingter Arbeitsausfall.

Zu 8: Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, beschäftigte geförderte Arbeitnehmer und Arbeitsvermittlungen nach wichtigen Merkmalen.

Zu 9: Arbeitsvermittlungen durch beauftragte Personen und Einrichtungen nach wichtigen Merkmalen.

Zu 10: Verleiher, Leiharbeiter, Entleiher und Überlassungsfälle nach wichtigen Merkmalen.

Zu 11: Arbeitgeber, Betriebe, Arbeitsplätze, mit Schwerbehinderten besetzte Arbeitsplätze, unbesetzte Pflichtplätze.

Zu 12: Beschäftigte Heimarbeiter einschl. Hausgewerbetreibende, Zwischenmeister und Gleichgestellte nach Wirtschaftszweigen.

Fachliche Gliederung

»Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit, Ausgabe 1973« und »Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1981«.

Regionale Gliederung

Bundesanstalt für Arbeit: Landesarbeitsamtsbezirke, Arbeitsamtsbezirke.

Veröffentlichungen

Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg:

»Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit« (monatlich) mit Sonderheften (jährlich), u. a. »Berufsberatung« und »Arbeitsstatistik-Jahreszahlen«.

StBA:

WiSta 11/77; 9, 12/78; 12/79; 12/80

Fachserie 1, Reihe 4.2 (vierteljährlich und jährlich).

Rechtsgrundlage

§ 6 in Verbindung mit § 17 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) vom 25. Juni 1969 (BGBl. I S. 582).

Periodizität

Laufende Berichterstattung; vierteljährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Arbeitsämter (Auswertung von Meldungen der Betriebe).

Berichtsweg

Befragte – Landesarbeitsämter – StLÄ – StBA bzw. Hauptstelle der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

Ergebnisse

Tatbestände

Von Streiks betroffene oder an Aussperrungen beteiligte Betriebe, beteiligte bzw. betroffene Arbeitnehmer, Gesamtdauer der Streiks bzw. Aussperrungen und verlorene Arbeitstage nach Wirtschaftsgruppen.

Fachliche Gliederung

StBA: »Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979«, Bundesanstalt für Arbeit: »Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit, Ausgabe 1973«.

Regionale Gliederung

Bundesanstalt für Arbeit: Landesarbeitsamtsbezirke, Arbeitsamtsbezirke.

Veröffentlichungen

Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg:

»Ämtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit« (monatlich).

StBA:

WiSta 2/76; 2/77, 2/78; 2/79; 2/80; 2/81.

Fachserie 1, Reihe 4.3 (unregelmäßig).

Vorbemerkung: In der Bundesrepublik Deutschland sind die Stichprobenerhebungen über Arbeitskräfte der EG in den Mikrozensus integriert (siehe unter 3.2).

Rechtsgrundlage

Verordnung (EWG) Nr. 195/81 des Rates vom 20. Januar 1981 zur Durchführung einer Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte im Frühjahr 1981 (Amtsbl. der EG Nr. L 24 S. 1).

Periodizität

Zweijährliche Erhebung, zuletzt 1979; nächste Erhebung für 1981 vorgesehen.

Kreis der Befragten

Stichprobenerhebung bei rd. 100 000 Haushalten (einschl. Anstalten) im April (Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456ff.).

Berichtsweg

Befragte (Befragung durch Interviewer) – StLÄ – StBA – SAEG.

3.5 Statistik der Streiks und Aussperrungen

3.6 Arbeitskräfte – Stichprobe der Europäischen Gemeinschaften

Ergebnisse

Tatbestände

Grunderhebung:

Bevölkerung in Privathaushalten nach Geschlecht, Alter, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Beteiligung am Erwerbsleben sowie (zu Vergleichszwecken) Beteiligung am Erwerbsleben, Wirtschaftszweig, Stellung im Beruf und Wohnsitz vor Jahresfrist. Erwerbstätige mit erster Tätigkeit (in der Berichtswoche) nach Stellung im Beruf, ausgeübtem Beruf, Wirtschaftszweig, Arbeitsstunden; zweite Tätigkeit. Arbeitsuche, Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt, Art der gesuchten Tätigkeit, Grund, Dauer und Art der Arbeitsuche. Arbeitslose nach früherer Stellung im Beruf und Wirtschaftszweig.

In Sondererhebungen wurden bisher u. a. ermittelt:

1975: Berufliche Aus- und Fortbildung; Weg zur Arbeitsstätte; Art des Arbeitsplatzes (im Freien, unter Tage, im Büro usw.) und Umfeld des Arbeitsplatzes (Lärm, Schmutz, Unfallrisiko); Nacht-, Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeit.

1977: Art der eigenen (Versicherten-) Rente, Pension; Alter und Grund für Eintritt in den Ruhestand.

1979: Für alle Personen der Geburtsjahre 1935–1965: Art der gegenwärtigen Ausbildung, Fachrichtung, Ort und Art der Ausbildung (auch berufliche Fortbildung oder Umschulung); Anstoß für die Ausbildung oder Fortbildung/Umschulung; finanzielle Unterstützung der Ausbildung, Fortbildung oder Umschulung.

Für Erwerbstätige außerdem: Schulischer bzw. beruflicher Ausbildungsabschluß (Erstausbildung), Jahr des Abschlusses, Übergang in das Erwerbsleben; weitere berufliche Ausbildung, Fortbildung oder Umschulung.

Regionale Gliederung

SAEG: Regierungsbezirke.

Veröffentlichungen

SAEG:

»Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte 1975« (EUROSTAT 1976),

»Arbeitsbedingungen in den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft 1975« (EUROSTAT 1977),

»Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte 1977« (EUROSTAT 1978),

»Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte 1979« (EUROSTAT 1980) (vorgesehen).

Außerdem methodische Grundlagen:

SAEG.

»Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte. Methodik und Definitionen« (EUROSTAT 1977).

StBA:

WiSta 8/72.

3.7 EG – Statistik Ausländische Arbeitnehmer

Rechtsgrundlage

Verordnung (EWG) Nr. 311/76 des Rates vom 9. Februar 1976 über die Erstellung von Statistiken über ausländische Arbeitnehmer (Amtsbl. der EG Nr. L 39 S. 1).

Periodizität

Jährlich (Stichtag 31. März).

Kreis der Befragten

Siehe unter 3.3.

Berichtsweg

Siehe unter 3.3.

Ergebnisse

Tatbestände

Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit, Wirtschaftszweig.

Fachliche Gliederung

»Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften, Ausgabe 1970 (NACE)«.

Regionale Gliederung

SAEG: Regierungsbezirke.

Veröffentlichungen

SAEG: »Beschäftigte und Arbeitslosigkeit 1973–1979« (EUROSTAT 1980).

4 UNTERNEHMEN UND ARBEITSSTÄTTEN

4.1	Arbeitsstättenzählung	123
4.2	Kostenstrukturstatistik	124
4.3	Statistik der Kapitalgesellschaften	125
4.4	Bilanzstatistik	126
4.5	Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren	128

Vorbemerkung: In Übereinstimmung mit Empfehlungen der Vereinten Nationen und der Europäischen Gemeinschaften wurden bisher in der Bundesrepublik Deutschland Arbeitsstättenzählungen in ungefähr zehnjährigen Abständen jeweils im Rahmen einer Volkszählung (siehe unter 1.1 und 3.1) durchgeführt. Nach 1950, 1961 und 1970 war die nächste Zählung ursprünglich für Mai 1981 geplant. Das Gesetz über eine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1981) ist jedoch wegen der umstrittenen Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern nicht zustande gekommen. Angesichts der Bedeutung einer umfassenden Bestandsaufnahme der Einwohner, Haushalte, Gebäude, Wohnungen und Arbeitsstätten, die in der Diskussion über das Zählungsvorhaben stets unbestritten war, hat die Bundesregierung am 4. Februar 1981 einen neuen Gesetzentwurf eingebracht (Bundesrats-Drucksache 86/81). Er sieht für den 19. Mai 1982 eine Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung vor. Obwohl das Gesetzgebungsverfahren bei Redaktionsschluß noch im Gange war, läßt sich bereits absehen, daß wichtige Merkmalskomplexe der Arbeitsstättenzählung 1970 auch 1982 wieder erfragt werden. An dieser Stelle werden deshalb in leicht verkürzter Form nochmals die Tatbestände der Arbeitsstättenzählung 1970 nachgewiesen. Hieran schließt sich ein Ausblick auf das voraussichtliche Frageprogramm der Zählung 1982 an.

4.1 Arbeitsstättenzählung

Rechtsgrundlage

Gesetz über eine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1970) vom 14. April 1969 (BGBl. I S. 292).

Periodizität

Bisher in etwa zehnjährlichem Turnus (1950, 1961, 1970).

Kreis der Befragten

Inhaber und Leiter nichtlandwirtschaftlicher Arbeitsstätten und Unternehmen einschl. der öffentlichen und öffentlich-rechtlichen Verwaltungen, der selbständigen Angehörigen der freien Berufe; Heimarbeiter; Büros jeglicher Art; Betriebe der gewerblichen Gärtnerei und der Tierzucht; Betriebe der Hochsee- und Küstenfischerei. Bundesbahn und Bundespost führen die Erhebung in ihren Geschäftsbereichen selbständig durch.

Berichtsweg

Befragte – Gemeinden (Einsatz von Zählern) – Kreise – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Arbeitsstätten:

Arbeitsstätten (einzige, Haupt- und Zweigniederlassungen) und deren Tätige Personen insgesamt; Telefonanschluß; Arbeitsstätten und Tätige Personen nach Betriebs- und Gemeindegrößenklassen; Tätige Personen nach Geschlecht, Stellung im Betrieb und Größenklassen; Teilzeitbeschäftigte, Ausländer, Heimarbeiter nach Geschlecht; Arbeitsstätten mit Lohn- und Gehaltsummen, Tätige Personen, Arbeitnehmer, Löhne und Gehälter nach Betriebs- und Gemeindegrößenklassen.

Unternehmen:

Unternehmen und Tätige Personen nach der Rechtsform und nach Größenklassen; Tätige Personen nach Geschlecht und Stellung im Betrieb; Unternehmen mit Lohn- und Gehaltsummen, Tätige Personen, Arbeitnehmer, Löhne und Gehälter nach Größenklassen bzw. nach Rechtsformen. Wirtschaftssystematische und regionale Zusammenhänge zwischen den Unternehmen und ihren Niederlassungen.

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Arbeitsstättenzählung 1970«.

Regionale Gliederung

StBA: Regierungsbezirke, Kreise, Stadtregionen, sonstige nichtadministrative Gebietseinheiten.

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

WiSta 4, 9/72; 1, 3/73.

Fachserie 2, »Arbeitsstättenzählung vom 27. Mai 1970«, Heft 2 bis 9 sowie 2 Sonderhefte.

Karten zur Arbeitsstättenzählung vom 27. Mai 1970 (8 Kartenblätter mit 13 Karten)

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 8, 10/67; 1/69 bzw. 6/78 und 2/79.

Fachserie 2, »Arbeitsstättenzählung vom 27. Mai 1970«, Heft 1.

Der Entwurf eines Gesetzes über eine Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1982 sieht die Erfassung folgender Tatbestände über Arbeitsstätten und Unternehmen vor:

Für Arbeitsstätten und Unternehmen: Art der Niederlassung, ausgeübte Tätigkeit, Eröffnungsjahr, Träger der Arbeitsstätte; Telefonanschluß; Tätige Personen nach Geschlecht und Stellung im Betrieb, Teilzeitbeschäftigte, ausländische Arbeitnehmer; Bruttolohn- und -gehaltsumme.

Für Unternehmen außerdem Eintragung in die Handwerksrolle, Rechtsform, Gesamtumsatz.

Für Hauptniederlassungen zusätzlich ausgeübte Tätigkeit, Tätige Personen sowie Bruttolohn- und -gehaltsumme aller zugehörigen Zweigniederlassungen.

4.2 Kostenstrukturstatistik

4.2.1 Statistiken nach dem Gesetz über Kostenstrukturstatistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über Kostenstrukturstatistik (KoStrukStatG) vom 12. Mai 1959 (BGBl. I S. 245), geändert durch § 5 des Gesetzes über eine Pressestatistik vom 1. April 1975 (BGBl. I S. 777) und durch § 13 des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975 (BGBl. I S. 2779) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Mai 1980 (BGBl. I S. 641).

Periodizität

In vierjährlichem Turnus abwechselnd für:

Handwerk (zuletzt 1979 für 1978);

Großhandel, Buch- u. ä. Verlage, Handelsvertreter und Handelsmakler (zuletzt 1981 für 1980);

Einzelhandel und Gastgewerbe (zuletzt 1978 für 1977);

Verkehrsgewerbe (zuletzt 1980 für 1979);

Freie Berufe (zuletzt 1980 für 1979).

Kreis der Befragten

Ausgewählte Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und ausgewählte Praxen bzw. Büros von freien Berufen (Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Rechtsanwälte und Notare, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Steuerbevollmächtigte, Architekten und Beratende Ingenieure).

Der Repräsentationsgrad von durchschnittlich 5 % aller Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und sonstiger einbezogener Bereiche variiert je nach den sachlichen Erfordernissen in den einzelnen Wirtschaftszweigen und Größenklassen. Die Auskunftserteilung ist freiwillig.

Berichtsweg

Befragte – StBA (zentrale Erhebung und Aufbereitung).

Einzelne Erhebungsschritte (z. B. Auswahl der Unternehmen bzw. Praxen und Büros, Versand und Wiedereinziehen der Fragebogen) werden teilweise unter Mitwirkung von Wirtschaftsorganisationen (Verbänden usw.) durchgeführt.

Ergebnisse

Tatbestände

Gesamtleistung (Gesamtproduktion) bzw. Einnahmen (bei freien Berufen):

Umsatz gegliedert nach fachlichen Besonderheiten; Bestandsveränderung an unfertigen und fertigen Erzeugnissen eigener Produktion. Wert der aktivierten selbsterstellten Anlagen bzw. der innerbetrieblichen Leistungen, Nettoproduktion (Nettoleistung), Rohertrag.

Kosten, auch Material- und Wareneinsatz, in Prozent der Gesamtleistung (Gesamtproduktion) bzw. Einnahmen (bei freien Berufen):

Material- und Wareneinsatz, Verbrauch von Brennstoffen, Energie u. dgl. sowie von sonstigen Betriebsstoffen, Löhne und Gehälter, Sozialkosten (gesetzliche, übrige), Instandhaltungskosten, Steuern, Mieten und Pachten, Kosten für Kraftfahrzeughaltung, steuerliche Abschreibungen, Fremdkapitalzinsen, sonstige Kosten.

Je Unternehmen, je Praxis bzw. je Büro:

Beschäftigte und Personalkosten, wie Löhne und Gehälter, Sozialkosten.

Ausgewählte Posten des Jahresabschlusses (z. B. Sachanlagen, Bestände, Forderungen und Verbindlichkeiten).

Fachliche Gliederung

•Systematik der Wirtschaftszweige (Stand 1970 bzw. Ausgabe 1979)•.

Veröffentlichungen

WiSta 12/80.

Fachserie 2, Reihen 1.1, 1.2.1, 1.2.2, 1.3, 1.4, 1.5.1, 1.5.2, 1.6.1 und 1.6.2 (jeweils in vierjährlichem Turnus).

4.2.2 Sonstige Kostenstrukturerhebungen

- 1 Jährliche Kostenstrukturerhebungen mit Auskunftspflicht im Produzierenden Gewerbe ab 1976 bei Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes, des Baugewerbes und bei Unternehmen der Elektrizitäts-, Gas- und Fernwärmeversorgung sowie der Wasserversorgung (siehe unter 6.2.2 Ziffer 2, 6.5.1 Ziffer 2 und 6.7.2 Ziffer 3).
- 2 Freiwillige Kostenstrukturerhebungen bei Verlagen, die Zeitungen und Zeitschriften herstellen, im Rahmen der Pressestatistik in zweijährlichem Turnus (siehe unter 13.8).

Rechtsgrundlage

§ 3 Abs. 1 Nr. 10 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289).

Periodizität

Laufende Ermittlung; jährliche und dreijährliche Zusammenstellung.

4.3 Statistik der Kapitalgesellschaften

Kreis der Befragten

Registergerichte (nicht in Baden-Württemberg, Bremen und Nordrhein-Westfalen), ferner Auswertung von Bekanntmachungen im Bundesanzeiger durch Statistische Landesämter und Statistisches Bundesamt.

Berichtsweg

Befragte (in Baden-Württemberg, Bremen und Nordrhein-Westfalen nur Auswertung der Bekanntmachungen im Bundesanzeiger) – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Jährlich: Bestand und Veränderung von Zahl und Nominalkapital der rd. 246 000 (Mitte 1980) Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaften einschl. Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung) nach Wirtschaftszweigen; Zugänge und Abgänge nach Art der Veränderung (Neugründung, Umwandlung, Fortsetzung, Kapitalerhöhung; Liquidationseröffnung, Konkursöffnung, Fusion und Umwandlung, Kapitalherabsetzung u. ä.).

Dreijährlich: Zahl und Nominalkapital nach Größenklassen des Nominalkapitals (zuletzt 1978 für 1977; 1981 für 1980 vorgesehen).

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979«.

Veröffentlichungen

WiSta 3/76, 3/77; 4/78; 4/79; 5/80

4.4 Bilanzstatistik 4.4.1 Aktiengesellschaften

Rechtsgrundlage

§ 3 Abs. 1 Nr. 10 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289).

Periodizität

Jährliche Zusammenstellung im Statistischen Bundesamt durch Auswertung von Bekanntmachungen im Bundesanzeiger und von Geschäftsberichten (Berichtsjahr 1978: rd. 1 700 Jahresabschlüsse, rd. 360 Konzernabschlüsse).

Ergebnisse

Tatbestände

Posten der Jahresabschlüsse (Bilanz mit Entwicklung der Sachanlagen, Gewinn- und Verlustrechnung) mit den Angaben über die Gewinnverwendung von Aktiengesellschaften (einschl. Kommanditgesellschaften auf Aktien; ohne Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen) nach Wirtschaftszweigen; Finanzierungsrechnung, Struktur der Bilanz und der Erfolgsrechnung; Posten der Konzernabschlüsse, die aufgrund des Aktienrechts aufgestellt werden.

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979«.

Veröffentlichungen

WiSta 9, 12/76; 9, 12/77; 9, 12/78; 9, 12/79; 9/80; 2/81
Fachserie 2, Reihe 2.1 (jährlich).

4.4.2 Unternehmen, für die das Publizitätsgesetz gilt

Rechtsgrundlage

Siehe unter 4.4.1.

Periodizität

Jährliche Zusammenstellung im Statistischen Bundesamt durch Auswertung von Bekanntmachungen im Bundesanzeiger und von Geschäftsberichten (Berichtsjahr 1978: rd. 190 Jahresabschlüsse, rd. 100 Konzernabschlüsse).

Ergebnisse

Tatbestände

Posten der Jahresabschlüsse und der Konzernabschlüsse von Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Personenhandelsgesellschaften, Einzelkaufleuten usw. (ohne Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen) aufgrund des Gesetzes über die Rechnungslegung von bestimmten Unternehmen und Konzernen vom 15. August 1969 (BGBl. I S. 1189) – des sogenannten Publizitätsgesetzes – in Anlehnung an die Gliederung der Veröffentlichungen für Aktiengesellschaften (Bilanz mit Entwicklung der Sachanlagen, Gewinn- und Verlustrechnung, Finanzierungsrechnung, Struktur der Bilanz und der Erfolgsrechnung).

Veröffentlichungen

WiSta 8, 10/76; 8, 10/77; 8, 10/78; 8, 10/79; 8, 10/80.

4.4.3 Statistik der Finanzen der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen und der Zweckverbände mit wirtschaftlichen Aufgaben

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Finanzstatistik in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Juni 1980 (BGBl. I S. 673).

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Staatliche und kommunale Wirtschaftsunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Eigenbetriebe) oder in rechtlich selbständiger Form (AG, GmbH), an denen der Bund, die Länder, die Gemeinden oder die Gemeindeverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 % des Nennkapitals oder des Stimmrechts beteiligt sind, sowie Zweckverbände mit wirtschaftlichen Aufgaben. Einbezogen werden Unternehmen und Zweckverbände mit einer Bilanzsumme von mindestens 5 Mill. DM, bei Wasserwerken von mindestens 2 Mill. DM. Bisher werden nur die Bereiche Versorgung und Verkehr erfaßt (Berichtsjahr 1977: 1008 Unternehmen, 165 Zweckverbände).

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Posten der Jahresabschlüsse in Anlehnung an die Gliederung der Veröffentlichungen für Aktiengesellschaften (Bilanz mit Entwicklung der Sachanlagen,

Gewinn- und Verlustrechnung, Finanzierungsrechnung, Struktur der Bilanz und der Erfolgsrechnung).

Veröffentlichungen

Fachserie 2, Reihe 3 (jährlich).

4.5 Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren

Rechtsgrundlage

Verwaltungsvereinbarungen des Statistischen Bundesamtes mit den Statistischen Landesämtern sowie Anordnungen der Landesjustizministerien.

Periodizität

Monatlich und jährlich.

Kreis der Befragten

Amtsgerichte.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Monatlich: Zahl der beantragten Konkurs- und eröffneten Vergleichsverfahren nach Wirtschaftszweigen, Rechtsform der Gemeinschuldner, Alter der Unternehmen und Höhe der voraussichtlichen Forderungen.

Jährlich: Finanzielle Ergebnisse der eröffneten Konkurs- und Vergleichsverfahren nach Wirtschaftszweigen und Rechtsform der Gemeinschuldner sowie Alter der Unternehmen.

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979«.

Regionale Gliederung

StLÄ: z. T. Regierungsbezirke und Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 2/76; 2/77; 2/78; 2/79, 2/80 (Zahlungsschwierigkeiten);
5/76; 6/77; 6/78; 7/79; 6/80 (Finanzielle Ergebnisse).

WiSta* (monatlich).

Fachserie 2, Reihe 4.1 (monatlich),
Reihe 4.2 (jährlich).

Hinweis: Vom Statistischen Bundesamt werden außerdem monatlich die Angaben über Anzahl und Betrag der Wechselproteste und nicht eingelösten Schecks, die von der Deutschen Bundesbank bei den Kreditinstituten erhoben und zusammengestellt werden, in WiSta* sowie in Fachserie 2, Reihe 4.1 veröffentlicht.

5 LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, FISCHEREI

Betriebe und Arbeitskräfte	
5.1	Agrarberichterstattung 131
5.2	Landwirtschaftszählung 1979 132
5.3	Erhebungen der EG über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe 135
5.4	Feststellung der betrieblichen Einheiten (Betriebsgrößenstruktur) 136
5.5	Statistik der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft 137
5.6	Statistik des Schlepperbestandes 138
5.7	Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz 138
5.8	Statistische Erhebungen der Rebflächen (Weinbaukataster) 139
5.9	Sonderstatistiken 140
Bodennutzung und Ernte	
5.10	Bodennutzungserhebung 142
5.11	Ernteberichterstattung 146
5.12	Weinerzeugungs- und Weinbestandsstatistik 150
5.13	Holzstatistik 151
Viehwirtschaft und Fischerei	
5.14	Viehzählungen 151
5.15	Geflügelstatistik 152
5.16	Statistik der Schlachtungen 153
5.17	Veterinärstatistiken 154
5.18	Milcherzeugungs- und -verwendungsstatistik 156
5.19	Fischereistatistik 157
Ernährungswirtschaft	
5.20	Statistiken der Ernährungswirtschaft 158

Betriebe und Arbeitskräfte

Vorbemerkung: Um die strukturellen Veränderungen in der Landwirtschaft und die damit verbundenen Anpassungsprozesse zeitnaher verfolgen zu können als das zuvor in den nur in etwa zehnjährigen Abständen stattfindenden Landwirtschaftszahlungen möglich war, wurde 1975 die Agrarberichterstattung eingeführt. Neben einer besseren Ausnutzung bereits vorhandener statistischer Unterlagen wurde damit zugleich eine Entlastung der Landwirtschaftszahlungen erreicht.

Den Kern der Agrarberichterstattung bildet das Grundprogramm mit den Angaben der Bodennutzungshaupterhebung, der Viehzählung und der Arbeitskräfteerhebung in der Landwirtschaft. Das Ergänzungsprogramm umfaßt einige vor allem für die betriebsstatistischen Erhebungen wichtige Merkmale. Mit dem Zusatzprogramm sollen in erster Linie kurzfristige nationale und/oder supranationale Anforderungen erfüllt werden. Sowohl die Merkmalsprogramme des Ergänzungs- als auch des Zusatzprogramms können durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrats geändert werden.

Die Zusammenführung der verschiedenen Erhebungsteile der Agrarberichterstattung erfolgt in den Statistischen Landesämtern in jedem Berichtsjahr (d. h. jedes zweite Kalenderjahr) über eine an alle Betriebe für statistische Zwecke vergebene Betriebsnummer.

Bis einschl. 1979 wurde – mit Ausnahme von Sonderregelungen für das Anlaufjahr 1975 – das Grundprogramm der Agrarberichterstattung hinsichtlich Bodennutzung und Viehhaltung zweijährlich total aus den entsprechenden Basiserhebungen des Kalenderjahres in die Agrarberichterstattung übernommen. Aufgrund des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Bodennutzungs- und Ernteerhebung und des 1. Statistikbereinigungsgesetzes werden die bisher total einbezogenen Teile des Grundprogramms und des Ergänzungsprogramms – beginnend 1981 – in jedem zweiten Berichtsjahr (d. h. jedes vierte Kalenderjahr) nur noch repräsentativ einbezogen. Weiterhin wird ab 1981 statt der Viehzählung im Dezember des gleichen Kalenderjahres die Viehzählung des Vorjahres herangezogen.

Die für die Agrarberichterstattung und für die sonstigen in den Betrieben der Land- und Forstwirtschaft durchzuführenden agrarstatistischen Erhebungen erforderliche Feststellung der betrieblichen Einheiten erfolgt seit 1979 im Rahmen der Bodennutzungshaupterhebung durch eine jährliche allgemeine Erfassung der Betriebsfläche, der landwirtschaftlich genutzten Fläche und der Waldfläche (siehe auch Feststellung der betrieblichen Einheiten (Betriebsgrößenstruktur) unter 5.4.).

- 1 Grundprogramm.
- 2 Ergänzungsprogramm.
- 3 Zusatzprogramm.

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Agrarberichterstattung (Agrarberichterstattungsgesetz – AgrBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juli 1980 (BGBl. I S. 822).

Periodizität

(»Berichtsjahr« ist jedes zweite Kalenderjahr).

Zu 1: Bodennutzungserhebung und Viehzählung 1975, 1977 und 1979 sowie ab 1979 jedes zweite Berichtsjahr total; in den dazwischenliegenden Berichtsjahren – beginnend 1981 – repräsentativ. Die Arbeitskräfteerhebung in der Landwirtschaft wird jedes Kalenderjahr repräsentativ durchgeführt.

Zu 2: Merkmale zur Kennzeichnung, zur Rechtsstellung und zu sozialökonomischen Verhältnissen der Betriebe, Buchführung jedes zweite Berichtsjahr – beginnend 1979 – total; in den dazwischenliegenden Berichtsjahren – beginnend 1981 – repräsentativ.

Besitzverhältnisse, Pachtpreise, Erwerbs- und Unterhaltsquellen jedes Berichtsjahr repräsentativ.

Zu 3: Vorgeesehen.

5.1 Agrarberichterstattung

Kreis der Befragten

Totalerhebung: Rund 950 000 landwirtschaftliche Betriebe mit 1 ha und mehr landwirtschaftlich genutzter Fläche und Forstbetriebe mit 1 ha und mehr forstwirtschaftlich genutzter Fläche sowie landwirtschaftliche Betriebe mit unter 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (einschl. Betriebe ohne landwirtschaftlich genutzte Fläche), deren natürliche Erzeugungseinheiten mindestens einer jährlichen Markterzeugung von 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche entsprechen.

Stichprobenerhebungen: Mindestens 80 000 bis höchstens 100 000 landwirtschaftliche Betriebe mit den zur Totalerhebung genannten Flächen bzw. Erzeugungseinheiten (im Zusatzprogramm zwischen 10 000 und 100 000 Betriebe). (Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456 ff.).

Berichtsweg

Befragte (beim repräsentativen Teil des Ergänzungsprogramms sowie beim Zusatzprogramm Befragung in der Regel durch Erheber) – Gemeinden – Kreise – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Betriebsweise Zusammenführung der Angaben aus der Bodennutzungserhebung (siehe unter 5.10), der Viehzählung im Dezember (siehe unter 5.14) und der Statistik der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft für landwirtschaftliche Betriebe (siehe unter 5.5).

Zu 2: Merkmale zur Kennzeichnung, zur Rechtsstellung und zu sozialökonomischen Verhältnissen der Betriebe; Buchführung; Besitzverhältnisse und Pachtpreise; Erwerbs- und Unterhaltsquellen.

Zu 3: Wirtschaftliche, organisatorische, technische und bauliche Verhältnisse der Betriebe; Ausbildung und Beratung des Betriebsinhabers; Betriebsentwicklungsplan.

Regionale Gliederung

StLÄ: Totalerhebung: Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden;
Stichprobenerhebungen: Regierungsbezirke
(z. T. auszugsweise oder zusammengefaßt).

Veröffentlichungen

WiSta 10/76, 1, 5/77; 10/78; 7, 9, 11/79; 9, 11, 12/80.
Fachserie 3, Reihe 2.1.2 bis 2.1.7 (zweijährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 8/76
Fachserie 3, Reihe 2 S 1 (unregelmäßig).

Hinweis. Erhebungen der EG über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe siehe unter 5.3.

5.2 Landwirtschaftszählung 1979

Vorbemerkung: Bis 1971 waren die in etwa zehnjährigen Abständen stattfindenden Landwirtschaftszählungen nahezu die einzige Quelle über Strukturdaten der landwirtschaftlichen Betriebe; dementsprechend vielseitig war auch ihr Merkmalsprogramm. Seit Einführung der zweijährlichen Agrarberichterstattung (siehe unter 5.1) im Jahr 1975 wird dagegen der Bedarf an landwirtschaftlichen Strukturdaten über Produktionsgrundlagen und Betriebsverhältnisse zu einem großen Teil aus dieser Quelle gedeckt. Zu diesem Zweck werden die in den landwirtschaftlichen Betrieben regelmäßig erhobenen Angaben über Bodennutzung, Viehhaltung und Arbeitskräfte ohne erneuten Erhebungsaufwand zusammengeführt und im Betriebszusammenhang ausgewertet. Einige für betriebsstatistische Auswertungen erforderliche Merkmale werden in den Erhebungsbogen der Bodennutzungserhebung und der Arbeitskräfteerhebung erfaßt.

Die Angaben zur Hauptidehebung der Landwirtschaftszählung 1979 ergänzen im wesentlichen die Angaben zur Agrarberichterstattung 1979 (siehe § 3 des Gesetzes über eine Zählung in der Landwirtschaft (Landwirtschaftszahlungsgesetz 1979 – LwZG 1979) vom 5. Mai 1978 (BGBl. I S. 597)). Dies geschah durch Aufnahme zusätzlicher Merkmalskomplexe sowie durch totale Erfragung von Merkmalen, über die in der Agrarberichterstattung Angaben lediglich repräsentativ erhoben werden. Bei den total erhobenen Merkmalen ist im Rahmen der Landwirtschaftszählung 1979 eine fachlich bzw. regional tiefer gegliederte Ergebnisdarstellung erfolgt.

Neben der Hauptidehebung zur Landwirtschaftszählung 1979 werden mit zeitlichem Abstand als Nacherhebungen eine Weinbauerhebung (siehe unter 5.2.2.1), eine Gartenbauerhebung (siehe unter 5.2.2.2) und eine Binnenfischereierhebung (siehe unter 5.2.2.3) durchgeführt.

Rechtsgrundlage

Gesetz über eine Zählung in der Landwirtschaft (Landwirtschaftszahlungsgesetz 1979 – LwZG 1979) vom 5. Mai 1978 (BGBl. I S. 597).

Periodizität

Etwa zehnjährlicher Turnus (1949, 1960, 1971, 1979).

5.2.1 Hauptidehebung

- 1 Totalerhebung.
- 2 Stichprobenerhebung.

Kreis der Befragten

Zu 1: Rund 950 000 landwirtschaftliche Betriebe mit 1 ha und mehr landwirtschaftlich genutzter Fläche und Forstbetriebe mit 1 ha und mehr forstwirtschaftlich genutzter Fläche sowie landwirtschaftliche Betriebe mit unter 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (einschl. Betriebe ohne landwirtschaftlich genutzte Fläche), deren natürliche Erzeugungseinheiten mindestens einer jährlichen Markterzeugung von 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche entsprechen.

Zu 2: Repräsentativer Teil: Mindestens 80 000 bis höchstens 100 000 landwirtschaftliche Betriebe mit den unter 1 genannten Flächen bzw. Erzeugungseinheiten, die aus dem Material der Totalerhebungen ausgewählt sind (Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456 ff.).

Berichtsweg

Befragte – Gemeinden (Einsatz von Erhebern) – Kreise – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Angaben über den Betriebsinhaber, seinen Ehegatten und den Betriebsleiter sowie auf dem Betrieb lebende Familienangehörige und ihre Beschäftigung, ständige familienfremde Arbeitskräfte, ihre Stellung und Beschäftigung im Betrieb;

Besitzverhältnisse und Pachtpreise;

Zimmervermietung.

Zu 2: Soziale Sicherung des Betriebsinhabers und seiner Familienangehörigen, fachliche Vorbildung des Betriebsinhaberehepaars und des Betriebsleiters; bauliche Einrichtungen; vertragliche Bindungen bei Erzeugergemeinschaften.

Regionale Gliederung

StLÄ: Totaler Teil: Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden,
Repräsentativer Teil: Regierungsbezirke
(z. T. auszugsweise oder zusammengefaßt).

Veröffentlichungen

Fachserie 3, »Landwirtschaftszählung 1979«
(Heft 1 bis 6 in Vorbereitung).

Außerdem methodische Grundlagen:
WiSta 4/79

Fachserie 3, »Landwirtschaftszählung 1979«, Heft 7 (in Vorbereitung)

5.2.2 Nacherhebungen

5.2.2.1 Weinbauerhebung 1979/80

Kreis der Befragten

Alle Betriebe mit einer bestockten oder zur Wiederbestockung vorgesehenen Rebfläche von mindestens 10 Ar sowie alle Betriebe, die Weinbauerzeugnisse, Trauben, Maische, Most, Wein oder Erzeugnisse daraus zum Verkauf herstellen (insgesamt rd. 100 000 Betriebe). Die Erhebung erfolgt nur in den Ländern mit Weinbau, das sind Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern und Saarland.

Berichtsweg

Befragte – Gemeinden – Kreise – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Merkmale zur Kennzeichnung des Betriebes (Betriebsart; Verbindung mit gewerblichen Betriebszweigen; Arbeitskräfte nach Familienzugehörigkeit und Umfang ihrer Tätigkeit in Weinbau und Kellerwirtschaft), Besitzverhältnisse, Buchführung, Erwerbs- und Unterhaltsquellen; Betriebsflächen und deren Nutzung nach Nutzungsarten sowie Rebflächen und deren Bepflanzung und Bearbeitung, Rebsorten nach Altersgruppen; Arbeitskräfte nach Zahl und Arbeitszeitgruppen, fachliche Vorbildung des Betriebsleiters; Verwertung des Erntegutes, Absatzwege und vertragliche Bindungen bei der Erzeugung und beim Absatz.

Regionale Gliederung

StBA: Regierungsbezirke, Anbaugebiete.

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden, Anbaugebiete.

Veröffentlichungen

(in Vorbereitung)

5.2.2.2 Gartenbauerhebung 1981/82

Kreis der Befragten

Alle Betriebe, die Gartenbauerzeugnisse zum Verkauf anbauen, mit einer gärtnerischen Nutzfläche von mindestens 15 Ar oder einer gärtnerischen Nutzfläche unter Glas oder Kunststoff (insgesamt rd. 90 000 Betriebe).

Berichtsweg

Siehe unter 5.2.2.1.

Ergebnisse

Tatbestände

Merkmale zur Kennzeichnung des Betriebes (Betriebsart; Produktionssparte; Verbindung mit gewerblichen Betriebszweigen), Besitzverhältnisse, Buchführung, Erwerbs- und Unterhaltsquellen; Betriebsflächen und deren Nutzung nach Nutzungsarten; Arbeitskräfte nach Zahl und Arbeitszeitgruppen, fachliche Vorbildung des Betriebsleiters und seines Ehegatten; Absatzwege; bauliche Einrichtungen (Unterglasanlagen nach Art, Umfang, Alter und Nutzung; Lagerräume).

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

Fachserie 3, »Gartenbauerhebung 1981/82« (vorgesehen).

5.2.2.3 Binnenfischereierhebung 1982

Kreis der Befragten

Alle Betriebe, die Fluß- oder Seenfischerei, Teichwirtschaft oder Fischzucht zu Erwerbszwecken betreiben, deren natürliche Erzeugungseinheiten mindestens dem durchschnittlichen Wert einer jährlichen landwirtschaftlichen Markterzeugung von einem Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche entsprechen (insgesamt rd. 8 000 Betriebe).

Berichtsweg

Siehe unter 5.2.2.1.

Ergebnisse

Tatbestände

Merkmale zur Kennzeichnung des Betriebes (haupt- und nebenberufliche Betriebsinhaber); Gewässer und deren Bewirtschaftung (Art und Größe der befischten Gewässerfläche, Zahl und Größe der bewirtschafteten Teiche); Fischfänge und Fischerzeugung nach Art und Menge, Futtermittelverbrauch, Arbeitskräfte nach Zahl und Beschäftigungsart, fachliche Vorbildung des Betriebsleiters.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke.

Veröffentlichungen

Fachserie 3, »Binnenfischereierhebung 1982« (vorgesehen).

Vorbemerkung: Die Anforderungen der Europäischen Gemeinschaften an die EG-Strukturerhebungen in der Landwirtschaft – 1975: Richtlinie (EWG) 75/108 des Rates vom 20. Januar 1975 (Amtsbl. der EG Nr. L 42 S. 21), 1977: Verordnung (EWG) Nr. 3228/76 des Rates vom 21. Dezember 1976 (Amtsbl. der EG Nr. L 366 S. 1) und 1979: Verordnung (EWG) Nr. 218/78 des Rates vom 19. Dezember 1977 (Amtsbl. der EG Nr. L 35 S. 1) – wurden in der Bundesrepublik Deutschland in das Erhebungsprogramm der Agrarberichterstattung der jeweiligen Jahre einbezogen; das über das nationale Erhebungsprogramm der Agrarberichterstattung 1975 hinausgehende Frageprogramm der EG für das Jahr 1975 wurde in der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Zusatzprogramms der Agrarberichterstattung erhoben (siehe unter 5.1).

5.3 Erhebungen der EG über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe

Rechtsgrundlage

1979: Verordnung (EWG) Nr. 218/78 des Rates vom 19. Dezember 1977 zur Durchführung einer Erhebung über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe 1979/1980 (Amtsbl. der EG Nr. L 35 S. 1).

Periodizität

Zuletzt 1979/80; Erhebungen über ein ähnliches Merkmalsprogramm aufgrund eigener supranationaler Rechtsgrundlage wurden 1975 und 1977 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Befragung im Rahmen der Agrarberichterstattung (siehe unter 5.1). Totalerhebung: rd. 830 000 landwirtschaftliche Betriebe; Stichprobenerhebung: rd. 100 000 landwirtschaftliche Betriebe (Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456 ff.).

Berichtsweg

Befragte – Gemeinden – Kreise – StLÄ – StBA – SAEG.

Ergebnisse

Tatbestände

Rechtsform, Bodennutzung, Besitzverhältnisse, Viehhaltung, Arbeitskräfte, außerbetriebliche Tätigkeit des Betriebsinhabers und seiner Familienangehörigen, Buchführung, Berufsausbildung des Betriebsleiters.

Regionale Gliederung

SAEG: Regionen (= Bundesländer; darunter Hamburg, Bremen und Berlin (West) zu einer Region zusammengefaßt); Erhebungsbezirke (= Regierungsbezirke).

Veröffentlichungen

SAEG:
(in Vorbereitung).

5.4 Feststellung der betrieblichen Einheiten (Betriebsgrößenstruktur)

Rechtsgrundlage

Gesetz über Bodennutzungs- und Ernteerhebung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1978 (BGBl. I S. 1509).

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Land- und forstwirtschaftliche Betriebe ab 1 ha Betriebsfläche und Gesamtflächen ab 1 ha; Betriebe unterhalb dieser Grenze (einschl. Betriebe ohne landwirtschaftlich genutzte Fläche), soweit deren natürliche Erzeugungseinheiten mindestens dem durchschnittlichen Wert einer jährlichen landwirtschaftlichen Markterzeugung von 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche entsprechen.

Berichtsweg

Befragte – Gemeinden – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Merkmale zur Kennzeichnung des Betriebes.

Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) nach Größenklassen der LF. Forstbetriebe nach Rechtsformen und Waldfläche (WF) nach Größenklassen der WF. Landwirtschaftliche Betriebe mit Waldfläche (WF) und Forstbetriebe nach Größenklassen der WF.

Regionale Gliederung

StBA: Regierungsbezirke, Kreise (dreijährlich).

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, z. T. Regionen, Gemeinden.

Veröffentlichungen

Fachserie 3, Reihe 2.1.1 (jährlich)

1 Landwirtschaft (einschl. Gartenbau).

2 Forstwirtschaft.

Rechtsgrundlage

Gesetz über eine Statistik der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juli 1980 (BGBl. I S. 820).

Periodizität

Zu 1: Ab 1979 jährlich für den Berichtsmonat April. In den Ländern Berlin, Bremen und Hamburg nur zweijährlich.

Zu 2: In jedem dritten Forstwirtschaftsjahr (Oktober bis September; jeweils in den ersten drei Monaten nach Ablauf des Forstwirtschaftsjahres); zuletzt für das Forstwirtschaftsjahr 1979/80 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Zu 1: 80 000 bis 100 000 landwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von mindestens 1 ha; Betriebe unterhalb dieser Grenze, soweit deren natürliche Erzeugungseinheiten mindestens dem durchschnittlichen Wert einer jährlichen landwirtschaftlichen Markterzeugung von 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche entsprechen.

Zu 2: Rd. 3 000 private Forstbetriebe, Betriebe von Körperschaften und Gemeinschaftsforstbetriebe mit 50 ha und mehr Waldfläche; zusätzlich staatliche Forstbetriebe (Staatsforsten) und Forstämter der Landwirtschaftskammern.

(Stichprobenerhebung zu 1 und 2; Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456 ff.).

Berichtsweg

Befragte – Gemeinden – StLÄ – StBA.

(Für die staatlichen Forstbetriebe (Staatsforsten) und Forstämter der Landwirtschaftskammern sind die obersten Aufsichtsbehörden auskunftspflichtig.)

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Betriebsinhaber und ihre Familienangehörigen nach Geschlecht, Alter, Tätigkeit im Betrieb, Haushalt des Betriebsinhabers und anderweitiger Erwerbstätigkeit; familienfremde Arbeitskräfte nach Geschlecht, Alter, Tätigkeit und Stellung im Betrieb. Gliederung der Ergebnisse außerdem nach Grö-

5.5 Statistik der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft

Benklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche und sozialökonomischen Betriebstypen.

Zu 2: Betriebseigene Arbeitskräfte, gegliedert nach Familienarbeitskräften, Beamten und Angestellten sowie Lohnarbeitskräften; betriebsfremde Arbeitskräfte; Tätigkeit der betriebseigenen Arbeitskräfte (u. a. nach Geschlecht, Beschäftigungsgruppen). Gliederung der Ergebnisse außerdem nach Größenklassen der Waldfläche (Staatsforsten ohne Größenklassengliederung), getrennt nach Privatforsten und Körperschaftsforsten.

Veröffentlichungen

Fachserie 3, Reihe 2.2 (jährlich).

Außerdem methodische Grundlagen.

WiSta 8/69, 4/76.

5.6 Statistik des Schlepperbestandes

Rechtsgrundlage

Vereinbarung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit den zuständigen Ministerien der Länder und dem Statistischen Bundesamt.

Periodizität

Jährliche Auszählungen (Zusammenstellung für das Bundesgebiet dreijährlich, beginnend 1976).

Kreis der Befragten

Betriebe mit Schleppern, deren Anträge auf Gasölverbilligung gemäß dem Gesetz über die Verwendung von Gasöl durch Betriebe der Landwirtschaft (Gasöl-Verwendungsgesetz – Landwirtschaft) vom 22. Dezember 1967 (BGBl. I S. 1339) und dem 7. Änderungsgesetz vom 8. September 1969 (BGBl. I S. 1589) anerkannt wurden.

Berichtsweg

Antragsteller – Landwirtschaftsämter – Landwirtschaftskammern/Landwirtschaftsministerien der Länder – StLÄ – StBA. (Der Berichtsweg ist in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich.)

Ergebnisse

Tatbestände

Schlepper nach Besitzformen (Allein-, Gemeinschaftsbesitz, im Besitz von Genossenschaften oder Lohnunternehmen), nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche und nach kW-Leistungsklassen.

Regionale Gliederung

StLÄ: z. T. Kreise.

Veröffentlichungen

Fachserie 3, Reihe 2.3 (dreijährlich).

5.7 Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605).

Periodizität

Laufende Erfassung; jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Finanzämter.

(Auswertung der von den Notaren ausgestellten Veräußerungsanzeigen und Durchdrucke der Kaufverträge, die dem gebietlich zuständigen Finanzamt zugeleitet werden müssen.)

Berichtsweg

Befragte – Oberfinanzdirektionen – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Veräußerte Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung und durchschnittliche Kaufwerte je ha nach Größenklassen der Flächen und nach der Grundstücksort (mit oder ohne Gebäude, mit oder ohne Inventar) sowie nach Klassen der Ertragsmeßzahlen.

Regionale Gliederung

StBA: Regierungsbezirke.

StLÄ: z. T. Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 7/76; 1, 10/77, 10/78, 10/79, 10/80.

Fachserie 3, Reihe 2.4 (jährlich).

Hinweis: Statistik der Kaufwerte von Bauland siehe unter 19.4.

Rechtsgrundlage

Verordnungen (EWG) Nr. 24/62 des Rates vom 4. April 1962 (Amtsbl. der EG Nr. 30 S. 989), Nr. 1894/68 der Kommission vom 27. November 1968 (Amtsbl. der EG Nr. L 288 S. 10), Nr. 357/79 des Rates vom 5. Februar 1979 (Amtsbl. der EG Nr. L 45 S. 124) und Nr. 991/79 der Kommission vom 17. Mai 1979 (Amtsbl. der EG Nr. L 129 S. 1). Neufassung des Gesetzes über Maßnahmen auf dem Gebiete der Weinwirtschaft vom 11. September 1980 (BGBl. I S. 1665).

Periodizität

Ende 1964 Einrichtung des Weinbaukatasters, 1965/66 erste statistische Aufbereitung. Ab 1968 jährliche Fortführung. In zehnjährigen Abständen, erstmalig 1979/80, vollständige Neufeststellung der Rebflächen (Weinbaukataster).

Kreis der Befragten

Weinbaubetriebe mit einer Rebfläche von 10 Ar und mehr, bei Marktbefragung auch Betriebe mit einer Rebfläche unter 10 Ar.

Berichtsweg

Befragte – Gemeinden – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Erste Aufbereitung: Weinbaubetriebe sowie deren Rebflächen und Rebgrundstücke nach Besitzverhältnissen; Zahl der Rebgrundstücke, Anteil der bestockten Rebfläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche; Rebsorten.

Jährliche Fortführung: Bestockte Rebfläche, Fläche der Rebsorten, vegetatives Vermehrungsgut der Reben.

5.8 Statistische Erhebungen der Rebflächen (Weinbaukataster)

Regionale Gliederung

StBA: Regierungsbezirke, Anbaugebiete.

StLÄ: Regierungsbezirke, Anbaugebiete, Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

Fachserie 3, Reihe 3.5.2 (jährlich).

Hinweis: Angaben über Rebflächen siehe auch unter 5.10.2 (Bodennutzungshaupterhebung); Angaben über Weinerzeugung und Weinbestand siehe unter 5.12; Berichtserstattung über Wachstumstand der Reben und Weinmosterträge siehe unter 5.11.4.

5.9 Sonderstatistiken

5.9.1 Betriebs- und marktwirtschaftliche Meldungen in der Landwirtschaft

Rechtsgrundlage

Gesetz über betriebs- und marktwirtschaftliche Meldungen in der Landwirtschaft vom 23. Dezember 1966 (BGBl. I S. 683). Verordnung zur Einschränkung und Änderung des Erhebungsprogramms nach § 2 des Gesetzes über betriebs- und marktwirtschaftliche Meldungen in der Landwirtschaft vom 11. August 1976 (BGBl. I S. 2196).

Periodizität

Monatlich.

Kreis der Befragten

Bis zu 0,8 % der landwirtschaftlichen Betriebe mit 0,5 ha und mehr landwirtschaftlicher Nutzfläche, höchstens 10 000 Betriebe. In den Stadtstaaten wird die Erhebung nicht durchgeführt. Die Auskunftserteilung ist freiwillig.

Berichtsweg

Befragte – Landwirtschaftskammern bzw. StLÄ – Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Zusammenstellung des Bundesergebnisses im StBA).

Ergebnisse

Tatbestände

Monatlich: Verkaufsmengen und Erlöse landwirtschaftlicher Erzeugnisse nach Absatzwegen; Hennenhaltung und Eierzeugung; Futtermittelzukäufe.

Neunmal im Jahr: Vorräte an Getreide und Kartoffeln.

Dreimal im Jahr: Anbauentwicklung der Hauptfeldfrüchte.

Jährlich: Verwertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Absatz von Kartoffeln nach Verwendungsarten.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

»Statistischer Monatsbericht«,

Sonderveröffentlichungen,

»Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten«.

5.9.2 Buchführungsstatistik für Betriebe der Landwirtschaft, des Garten- und Weinbaus sowie der Forst- und Fischereiwirtschaft

Rechtsgrundlage

Landwirtschaftsgesetz vom 5. September 1955 (BGBl. I S. 565), geändert durch Artikel 75 des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung (EGAO 1977) vom 14. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3341).

Periodizität

Jährliche Zusammenstellung (in der Regel für das Wirtschaftsjahr, teilweise für das Kalenderjahr).

Kreis der Befragten

Betriebsinhaber und Buchstellen (aufgrund der Buchführungsabschlüsse, die für ausgewählte Betriebe der Landwirtschaft, des Garten- und Weinbaus sowie der Forst- und Fischereiwirtschaft erstellt werden).

Berichtsweg

Befragte – Landwirtschaftskammern bzw. Landwirtschaftsministerien der Länder – Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Ergebnisse

Tatbestände

Produktionsgrundlagen, Arbeits-, Rentabilitäts-, Einkommens- und Vermögensverhältnisse in der Landwirtschaft, im Garten- und Weinbau sowie in der Forst- und Fischereiwirtschaft.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:
Sonderveröffentlichungen,
»Agrarbericht der Bundesregierung« (jährlich)

5.9.3 Berichterstattung über Flurbereinigung

Rechtsgrundlage

Vereinbarung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit den zuständigen Ministerien der Länder.

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Flurbereinigungsbehörden.

Berichtsweg

Befragte – Landwirtschaftsministerien der Länder – Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Ergebnisse

Tatbestände

Nach dem Flurbereinigungsgesetz in der Neufassung der Bekanntmachung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546) anhängige, abgeschlossene, angeordnete und beabsichtigte Verfahren nach Anzahl, Bearbeitungsflächen und Rechtsgrundlage.

Durchschnittliche Größe der Besitzstücke vor und nach den Verfahren, Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur und Infrastruktur, voraussichtliche Ausführungskosten und deren Finanzierung.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:
»Statistischer Monatsbericht«,
»Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten«,
»Die Verbesserung der Agrarstruktur in der Bundesrepublik Deutschland« (Agrarstrukturbericht, jährlich).

5.9.4 Berichterstattung über berufliche Bildung und Wirtschaftsberatung in der Landwirtschaft

Rechtsgrundlage

Siehe unter 5.9.3.

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Landwirtschaftskammern bzw. zuständige Behörden der Länder.

Berichtsweg

Befragte – Landwirtschaftsministerien der Länder – Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Ergebnisse

Tatbestände

Praktische Berufsbildung in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, überbetriebliche Ausbildungsstätten der Land- und Forstwirtschaft; Fachschulen der Landwirtschaft, des Weinbaus, des Gartenbaus und der Forstwirtschaft; Wirtschaftsberaterinnen der ländlichen Hauswirtschaft; Wirtschaftsberater und Beratungsringe in der Landwirtschaft; bestandene Prüfungen zum Landwirtschaftsassessor und zur Lehrerin der landwirtschaftlichen Haushaltungskunde; ländliche Heimvolkshochschulen.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

»Statistischer Monatsbericht«.

»Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten«.

Bodennutzung und Ernte

5.10 Bodennutzungs- erhebung

5.10.1 Flächenerhebung

Rechtsgrundlage

Gesetz über Bodennutzungs- und Ernteerhebung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1978 (BGBl. I S. 1509).

Periodizität

1979, 1981, danach alle vier Jahre.

Kreis der Befragten

Vermessungsverwaltungen und Gemeinden.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Bodenflächen nach Nutzungsarten (Gebäude- und Freifläche, Betriebs-, Erholungs-, Verkehrs-, Landwirtschafts-, Wald- und Wasserfläche, Flächen anderer

Nutzung); ab 1985 zusätzlich nach bauplanungsrechtlich zulässiger Nutzungsart.

Regionale Gliederung

StBA: Regierungsbezirke, Kreise.

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

WiSta 4/80.

Fachserie 3, Reihe 3 (jährlich),

Reihe 3.1.1 (1979, 1981, dann vierjährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 1/79.

5.10.2 Bodennutzungshaupterhebung

Rechtsgrundlage

Siehe unter 5.10.1.

Periodizität

Jährlich (Januar bis Mai) total: Betriebsfläche, landwirtschaftlich genutzte Fläche, Waldfläche und Rechtsgrund des Besitzes.

Vierjährlich (Januar bis Mai) total (erstmal 1979) und in den Zwischenjahren repräsentativ: Hauptnutzungs- und Kulturarten sowie Pflanzenarten und Pflanzengruppen.

Kreis der Befragten

Totalerhebung: ca. 1 Mill., Stichprobenerhebung: höchstens 110 000 (Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456ff.) Inhaber und Betriebsleiter

von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben ab 1 ha Betriebsfläche und Gesamtflächen ab 1 ha, die ganz oder teilweise land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden;

von Betrieben unter 1 ha Betriebsfläche bzw. Gesamtflächen unter 1 ha – einschl. der Betriebe ohne landwirtschaftlich genutzte Flächen –, deren natürliche Erzeugungseinheiten mindestens dem durchschnittlichen Wert einer jährlichen Markterzeugung von 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche entsprechen;

von sonstigen Flächen, auf denen Reben, Obst, Gemüse, Zierpflanzen oder Baumschulerzeugnisse für den Verkauf angebaut werden;

von Gewässern, in denen Teichwirtschaft für den Verkauf betrieben wird.

Berichtsweg

Befragte – Gemeinden (z. T. Einsatz von Zählern) – Kreise (teilweise) – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Betriebsfläche, landwirtschaftlich genutzte Fläche, Waldfläche und Rechtsgrund des Besitzes; landwirtschaftliche sowie land- und forstwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche; Forstbetriebe sowie land- und forstwirtschaftliche Betriebe und Waldfläche nach Größenklassen der Waldfläche.

Nutzung der Betriebsfläche nach Hauptnutzungs- und Kulturarten; Nutzung des Ackerlandes nach Fruchtarten (Getreide, Hackfrüchte, Gartengewächse, Futterpflanzen, Ölfrüchte usw.).

Regionale Gliederung

Totale Erhebung:

StBA und StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 10/76; 10/77; 10/78; 10/79; 12/80.

Fachserie 3, Reihe 2.1.1 (jährlich),

Reihe 3 (jährlich),

Reihe 3.1.2 mit Vorbericht (jährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 1/79

Hinweis: In Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern wird der Hopfenanbau jährlich total erfaßt.

Berichterstattung über Wachstumstand und Erträge der landwirtschaftlichen Feldfrüchte und des Grünlandes siehe unter 5.11.1.

5.10.3 Gemüseanbauerhebung

Rechtsgrundlage

Siehe unter 5.10.1.

Periodizität

Jährlich (im Juli). Alle drei Jahre Totalerhebung, beginnend 1966; übrige Jahre Stichprobenerhebung.

Kreis der Befragten

Totalerhebung: Inhaber von Flächen, auf denen Gemüse, Erdbeeren oder Zierpflanzen für den Verkauf angebaut werden.

Stichprobenerhebung: höchstens 12 000 Auskunftspflichtige der Totalerhebung (Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456ff.).

Berichtsweg

Siehe unter 5.10.2.

Ergebnisse

Tatbestände

Jährlich: Flächen des Anbaus für den Verkauf von Gemüse auf dem Freiland und in Unterglasanlagen sowie von Erdbeeren.

Dreijährlich: Anbau von Gemüse und Erdbeeren zur Erfüllung vertraglicher Bindungen bei Erzeugung und Absatz sowie Anbau von Zierpflanzen für den Verkauf (jeweils Flächen nach Pflanzenarten und -gruppen).

Regionale Gliederung

StBA: Regierungsbezirke.

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 11/76; 11/77; 11, 12/78; 11/79, 11/80

Fachserie 3, Reihe 3 (jährlich),

Reihe 3.3.1 (jährlich, mit Vorbericht),

Reihe 3.6 (dreijährlich)

Hinweis. Berichterstattung über Wachstumstand und Erträge von Gemüse und Erdbeeren siehe unter 5.11.2.

5.10.4 Baumschulerhebung

Rechtsgrundlage

Siehe unter 5.10.1.

Periodizität

Jährliche Totalerhebung (von Juli bis August).

Kreis der Befragten

Rund 4 500 Betriebe, die sich mit der Anzucht von Baumschulerzeugnissen befassen.

Berichtsweg

Siehe unter 5.10.2.

Ergebnisse

Tatbestände

Baumschulfläche; Bestände an Obst- und Ziergehölzen sowie an Forstpflanzen nach Art, Zahl und Anzuchtmerkmalen (z. B. bei Obstgehölzen Stammformen, Veredlung, Unterlagen; bei Ziergehölzen verkaufsfertige Bäume und Sträucher, Containerpflanzen).

Regionale Gliederung

StBA: Regierungsbezirke.

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

Fachserie 3, Reihe 3 (jährlich),
Reihe 3.7 (jährlich).

5.10.5 Obstanbauerhebung

Rechtsgrundlage

Richtlinie (EWG) Nr. 76/625 des Rates vom 20. Juli 1976 (Amtsbl. der EG Nr. L 218 S. 10) und für Erhebung 1977 Verordnung über eine Obstanbauerhebung vom 25. Januar 1977 (BGBl. I S. 219). Für Erhebungen ab 1982 siehe unter 5.10.1.

Periodizität

Fünffährlich, abwechselnd total und repräsentativ in der Zeit von Januar bis Juni. Letztmals 1977; nächste Totalerhebung 1982.

Kreis der Befragten

Totalerhebung: Inhaber und Leiter aller Betriebe, die Baumobst als Hauptnutzung auf einer Fläche von insgesamt 15 Ar und mehr anbauen.

Stichprobenerhebung: Höchstens 15 000 Auskunftspflichtige der allgemeinen Erhebung.

Berichtsweg

Siehe unter 5.10.2.

Ergebnisse

Tatbestände

Baumobstflächen, die der Erzeugung von Kern- und Steinobst dienen, nach Merkmalen zur näheren Kennzeichnung der Bewirtschaftungsintensität (z. B. Pflanzdichte, Alter der Bäume), bei Äpfeln und Birnen auch nach Sorten.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 4/75; 7/78.

Fachserie 3, Reihe 3 (jährlich),
Reihe 3.4.2 (fünfjährlich).

Hinweis: Berichterstattung über Wachstumstand und Erträge des Obstes siehe unter 5.11.3.

5.11 Erntebericht- erstattung

Vorbemerkung: Die Ernteberichterstattung erfaßt den Wachstumstand und die Erträge der landwirtschaftlichen Feldfrüchte und des Grünlandes (5.11.1), von Gemüse und Erdbeeren (5.11.2) sowie des Obstes (5.11.3), ferner den Wachstumstand der Reben und die Weinmosterträge (5.11.4). Außerdem erfolgt eine Besondere Ernteermittlung für bestimmte Getreidearten und Kartoffelsorten (5.11.5) sowie eine Berichterstattung über Saatgutvermehrungsflächen (5.11.6).

Zusätzlich werden Erntevorausschätzungen auf der Grundlage von Witterungsdaten für Getreide, Zuckerrüben und Kartoffeln durchgeführt.

5.11.1 Berichterstattung über Wachstumstand und Erträge der landwirtschaftlichen Feldfrüchte und des Grünlandes

Rechtsgrundlage

Gesetz über Bodennutzungs- und Ernteerhebung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1978 (BGBl. I S. 1509).

Periodizität

Monatlich (von April bis November).

Kreis der Befragten

Rund 6 800 Berichterstatter.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Wachstumstand bestimmter Feldfrüchte (Roggen, Weizen, Hafer, Kartoffeln, Zuckerrüben usw.) sowie Vorschätzungen und endgültige Schätzungen der Ernteerträge von Ackerfrüchten und des Grünlandes. Infolge Auswinterung umgepflügte oder umzupflügende Flächen.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 10/76; 10/77; 10/78; 10/79; 10/80.

Fachserie 3, Reihe 3 (jährlich),
Reihe 3.2 (unregelmäßig).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 7/78.

Herbert Hanus: Ertragsvorhersage aus Witterungsdaten. Beiheft 5/78 der »Zeitschrift für Acker- und Pflanzenbau«.

Hinweis: Zur Ergänzung der Schätzungen von Ernteerträgen können bei höchstens 8 000 Betrieben oder bei Obst für höchstens 0,5 vom Hundert der Bodenflächen die Erträge repräsentativ festgestellt werden. Dabei dürfen jährlich nicht mehr als drei Arten

von Gemüse, Obst oder landwirtschaftlichen Feldfrüchten mit Ausnahme von Getreide und Kartoffeln, insgesamt jedoch nicht mehr als vier dieser Arten, sowie Weinmost einbezogen werden.

Bodennutzungshaupterhebung siehe unter 5.10.2

5.11.2 Berichterstattung über Wachstumstand und Erträge von Gemüse und Erdbeeren

Rechtsgrundlage

Siehe unter 5.11.1.

Periodizität

Monatliche Erhebung (von Mai bis Oktober).

Kreis der Befragten

Rund 1 750 Berichtersteller.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Wachstumstand, Erntevorschätzungen und endgültige Ernteschätzungen für Gemüsearten und -sortengruppen, Erdbeeren (jeweils aus dem Anbau für den Verkauf).

Regionale Gliederung

StBA: Regierungsbezirke.

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 11/76; 11/77; 11/78; 11/79; 11/80.

Fachserie 3, Reihe 3 (jährlich),

Reihe 3.3.2 (unregelmäßig).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 7/78.

Hinweis: Gemüseanbauerhebung siehe unter 5.10.3.

5.11.3 Berichterstattung über Wachstumstand und Erträge des Obstes

Rechtsgrundlage

Siehe unter 5.11.1.

Periodizität

Monatliche Erhebung (von Mai bis Oktober).

Kreis der Befragten

Rund 3 600 Berichtersteller.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Wachstumstand, Erntevorschätzungen und endgültige Ernteschätzungen der wichtigsten Obstarten nach Anbaubereichen (Marktoberbau, übriger Anbau).

Regionale Gliederung

Siehe unter 5.11.2.

Veröffentlichungen

WiSta 11/76; 11/77; 11/78, 11/79; 11/80.

Fachserie 3, Reihe 3 (jährlich),

Reihe 3.4 1 (unregelmäßig)

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 7/78.

Hinweis: Obstanbauerhebung siehe unter 5.10.5

5.11.4 Berichterstattung über Wachstumstand der Reben und Weinmosterträge

Rechtsgrundlage

Siehe unter 5.11.1.

Periodizität

Monatliche Erhebung (von Mai bis November).

Kreis der Befragten

Rund 1 200 Berichterstatte.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Stand der Reben und Güte der Trauben; Vorschätzung und endgültige Schätzung der Weinmosternte, der Güte des Mostes, der Mostausbeute, des Mostgewichts und des Säuregehalts. Verkaufsmengen und Erlöse von Trauben und Most.

Regionale Gliederung

StBA: Regierungsbezirke, Anbaugemeinden.

StLÄ: Regierungsbezirke, Anbaugemeinden, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 2/76, 2/77; 3/78; 3/79; 4/80.

Fachserie 3, Reihe 3 (jährlich),

Reihe 3 5.1 (unregelmäßig)

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 7/78.

Hinweis: Weinbaukataster siehe unter 5.8.

5.11.5 Besondere Erntermittlung

Rechtsgrundlage

Siehe unter 5.11.1.

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Kreiskommissionen für Besondere Erntermittlungen sowie ausgewählte Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe.

Die Ergebnisse werden mittels Probeschnitten und Proberodungen auf höchstens 12 000 Probestücken gewonnen; bei etwa 1 500 der Probeschnittfelder werden Vollrutsche durchgeführt (Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456 ff.).

Berichtsweg

Befragte – Landesarbeitsgemeinschaften (Landwirtschaftsministerien der Länder, StLÄ, Sachverständige; verantwortlich für die Durchführung) – Zentraler Sachverständigenausschuß (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, StBA, Landwirtschaftsministerien der Länder, StLÄ, Sachverständige; zuständig für Vorbereitung und Auswertung).

Ergebnisse

Tatbestände

Hektarerträge für bestimmte Getreidearten und Kartoffelsorten (Reifestufen).

Veröffentlichungen

WiSta 9/76; 9/77; 9/78, 9/79; 9/80.

Fachserie 3, Reihe 3 (jährlich),

Reihe 3.2 (unregelmäßig).

Hinweis: Aufgrund der Besonderen Erntermittlung werden die Schätzungen der Hektarerträge der übrigen Getreidearten und Kartoffelsorten (siehe unter 5.11 1) überprüft und gegebenenfalls berichtet.

In den Stadtstaaten werden diese Ermittlungen nicht durchgeführt.

5.11.6 Berichterstattung über Saatgutvermehrungsflächen

Rechtsgrundlage

Vereinbarungen des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit den zuständigen Behörden oder Stellen der Länder.

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Nach Landesrecht für die Saatgut Anerkennung zuständige Behörden oder Stellen (Anerkennungsstellen).

Berichtsweg

Befragte – Landwirtschaftsministerien der Länder – Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft – Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Bundessortenamt.

Ergebnisse

Tatbestände

Zur Feldbesichtigung angemeldete sowie mit Erfolg feldbesichtigte Vermehrungsflächen von landwirtschaftlichem Saat- und Pflanzgut einschl. Rebepflanzgut nach Pflanzenarten, Sorten und Kategorien;

zur Feldbesichtigung angemeldete sowie mit Erfolg feldbesichtigte Vermehrungsflächen von landwirtschaftlichem Saat- und Pflanzgut – ohne Rebepflanzgut – nach Pflanzenarten.

Regionale Gliederung

Landwirtschaftsministerien der Länder: z. T. für Bereiche der Anerkennungsstellen.

Veröffentlichungen

Bundessortenamt, Hannover:

»Blatt für Sortenwesen« (monatlich).

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

»Statistischer Monatsbericht«.

»Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten«.

StBA:

Fachserie 3, Reihe 1.

5.12 Wein- erzeugungs- und Wein- bestands- statistik

1 Weinerzeugung.

2 Weinbestand.

Rechtsgrundlage

Neufassung des Gesetzes über Maßnahmen auf dem Gebiete der Weinwirtschaft vom 11. September 1980 (BGBl. I S. 1665). Verordnung (EWG) Nr. 134/62 der Kommission über Ernte- und Bestandsmeldungen für Wein vom 25. Oktober 1962 (Amtsbl. der EG S. 2604), geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 1136/70 der Kommission vom 17. Juni 1970 (Amtsbl. der EG Nr. L 134 S. 4). Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289).

Periodizität

Jährliche Erhebung (Stichtag für Weinerzeugung: 15. bzw. 31. Dezember, für Weinbestand: 31. August).

Kreis der Befragten

Zu 1: Weinbaubetriebe mit einer Rebfläche von 10 Ar und mehr, bei Marktbeflieferung auch Betriebe mit einer Rebfläche unter 10 Ar.

Zu 2: Natürliche und juristische Personen; ausgenommen: Privatverbraucher, Einzelhändler und Weinbaubetriebe (ohne Marktbeflieferung) mit einer Rebfläche unter 10 Ar.

Berichtsweg

Befragte – Gemeinden (teilweise) – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Hergestellte Weinmenge; nicht schon zu Wein verarbeiteter Traubenmost; zur Weinherstellung bestimmte frische Trauben.

Zu 2: Lagernde Mengen an Wein und Most sowie für die Weinherstellung bestimmte Trauben; Lagerbehälter für Wein (Faß- und Tankraum).

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Regierungsbezirke.

Veröffentlichungen

Fachserie 3, Reihe 3 (jährlich),
Reihe 3.5.1 (unregelmäßig)

- 1 Holzeinschlag.
- 2 Holzbearbeitung.

Rechtsgrundlage

Gesetz über eine Holzstatistik vom 30. April 1968 (BGBl. I S. 333).

Periodizität

Vierteljährlich.

Kreis der Befragten

Zu 1: Bei 10 000 Betrieben mit Wald wird erhoben, für die übrigen Waldbetriebe (im Normalfall unter 50 ha Waldfläche) wird der Holzeinschlag geschätzt.

Zu 2: Holzbearbeitungsbetriebe mit 20 Beschäftigten und mehr bzw. Sägewerke mit einem jährlichen Einschnitt von mindestens 1 000 m³ Rundholz.

Berichtsweg

Zu 1: Befragte – zuständige Ministerien der Länder – Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Zu 2: Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Einschlag und Veräußerung von Rohholz in Erzeugerbetrieben.

Zu 2: Zugang, Abgang und Bestand an Rohholz und an Erzeugnissen des holzbearbeitenden Gewerbes in Herstellerbetrieben nach Arten.

Veröffentlichungen

Zu 1: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

•Statistischer Monatsbericht•,

•Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten•.

Zu 2: StBA:

Fachserie 4, Reihe 8.3 (vierteljährlich)

5.13 Holzstatistik

Viehwirtschaft und Fischerei

Rechtsgrundlage

Viehzählungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juli 1980 (BGBl. I S. 817).

Periodizität

Jährlich: Anfang Dezember Viehzählung für Rinder, Schweine, Schafe, Pferde und Geflügel. Bis 1979 jährlich total, ab 1980 jährlich wechselnd total und

5.14 Viehzählungen

repräsentativ. Repräsentative Viehzwischenzählungen für Schweine (Anfang April und Anfang August) sowie für Rinder und Schafe (Anfang Juni).
Vierjährlich (Dezember): Bienen sowie Kleinsthaltungen an Schweinen und Legehennen.

Kreis der Befragten

Viehhalter (Repräsentative Viehzwischenzählung: Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456 ff.).

Berichtsweg

Befragte – Gemeinden (örtliche Durchführung unter Einsatz von Zählern) – Kreise – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Jährlich: Bestand an Schweinen nach Gewichtsklassen und Nutzungskategorien (Ferkel, Jung-, Zucht- und Mastschweine). Bestand an Rindvieh, Pferden, Schafen und Geflügel nach Alter und Nutzungskategorien.

Zweijährlich: Aufbereitung nach Bestandsgrößenklassen.

Vierjährlich (Dezember): Bestände an Bienenvölkern. Außerdem Bestände mit weniger als drei Schweinen oder weniger als 20 Legehennen bei Haltern mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von weniger als 1 ha.

Regionale Gliederung

Totale Viehzählung (im Dezember):

StBA und StLÄ: Regierungsbezirke und Kreise.

Repräsentative Viehzählung (im Dezember):

StBA und StLÄ: Regierungsbezirke.

Veröffentlichungen

WiSta 2, 5/76; 2, 5/77; 2, 5/78; 2, 5/79; 2, 5/80.

Fachserie 3, Reihe 4 (jährlich),

Reihe 4.1 (jährlich),

Reihe 4.1.1 (zweijährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

Ehemalige Fachserie B, Reihe 3, »Viehwirtschaft 1975«,

Fachserie 3, Reihe 4, »Tierische Erzeugung 1980« (in Vorbereitung).

Hinweis: In den Stadtstaaten werden keine repräsentativen Viehzählungen durchgeführt. Nachprüfungen der Viehzählung finden (außer in den Stadtstaaten) vierjährlich – beginnend 1981 – im April und Dezember statt (Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456 ff.).

Statistik der Abfallbeseitigung in der Viehhaltung siehe unter 22.1.3,

Statistik der Abwasserbeseitigung in der Viehhaltung siehe unter 22.2.4.

5.15 Geflügelstatistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über eine Geflügelstatistik vom 29. März 1967 (BGBl. I S. 388), geändert durch Gesetz vom 17. April 1974 (BGBl. I S. 972). Verordnung (EWG) Nr. 2782/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die Erzeugung von und den Verkehr mit Bruteiern und Küken von Hausgeflügel (Amtsbl. der EG Nr. L 282 S. 100). Verordnung (EWG) Nr. 1868/77 der Kommission vom 29. Juli 1977 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2782/75 über die Erzeugung von und den Verkehr mit Bruteiern und Küken von Hausgeflügel (Amtsbl. der EG Nr. L 209 S. 1).

Periodizität

Monatlich und jährlich.

Kreis der Befragten

Monatlich: Brütereien ab einem Fassungsvermögen der Brutanlage von 1 000 Eiern und Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität ab 2 000 Tieren im Monat.

Jährlich: Brütereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlage von 500 Eiern und mehr, Geflügelschlachtereien mit einer monatlichen Schlachtkapazität von mindestens 500 Tieren.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Monatlich: Zahl der in Brutschränken eingelegten Bruteier zur Erzeugung von Hausgeflügel (Hühner, Enten, Gänse, Trut- und Perlhühner); Zahl der geschlüpften Küken von Hausgeflügel, jeweils getrennt nach Rasse und Verwendungszweck; Menge des geschlachteten Geflügels inländischer Herkunft nach Herrichtungsformen und Angebotszustand.

Außenhandel mit Küken von Hausgeflügel nach Angaben der Außenhandelsstatistik (Innergemeinschaftlicher Handel und Handel mit Drittländern).

Jährlich: Fassungsvermögen der Brutanlagen. Monatliche Schlachtkapazität.

Veröffentlichungen

WiSta 2/76, 2/77; 4/78; 4/79; 4/80.

WiSta* (monatlich).

Fachserie 3, Reihe 4 (jährlich).

Reihe 4.4 (vierteljährlich).

5.16.1 Schlachtungsstatistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über eine Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik vom 29. August 1975 (BGBl. I S. 2305).

Periodizität

Laufende Erfassung; monatliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Fleischbeschau-Tierärzte und Fleischbeschauer.

Berichtsweg

Befragte – Kreisveterinärbehörden – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Beschaute Schlachttiere in- und ausländischer Herkunft nach gewerblichen Schlachtungen und Hausschlachtungen sowie nach Tierarten (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); bei Rindern außerdem nach Alters- und Nutzungskategorien (Kälber, Ochsen, Bullen, Färsen, Kühe).

Regionale Gliederung

StBA: Regierungsbezirke.

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

5.16 Statistik der Schlachtungen

Veröffentlichungen

WiSta 4/78; 4/79; 4/80.

WiSta* (monatlich).

Fachserie 3, Reihe 4 (jährlich),

Reihe 4 3.1 (vierteljährlich).

5.16.2 Schlachtgewichtsstatistik

1 Schlachthöfe.

2 Versandschlachtereien und Fleischwarenfabriken.

Rechtsgrundlage

Siehe unter 5.16.1.

Periodizität

Laufende Erfassung; monatliche Aufbereitung der Lebend- bzw. Schlachtgewichte.

Kreis der Befragten

Verfügungsberechtigte über Schlachttiere:

Zu 1: Leiter von Schlachtvieh- und Schlachtviehgroßmärkten (ausgewählte öffentliche Schlachthöfe),

Zu 2: Inhaber von Versandschlachtereien und Fleischwarenfabriken.

Berichtsweg

Zu 1: Befragte – StLÄ – StBA.

Zu 2: Befragte – Länderministerien – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Durchschnittliche Schlachtgewichte und Gesamtschlachtmenge aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren inländischer Herkunft, jeweils gegliedert nach Tierarten (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen).

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 2/76; 2/77, 4/78; 4/79; 4/80.

WiSta* (monatlich).

Fachserie 3, Reihe 4 (jährlich),

Reihe 4.3.1 (vierteljährlich).

5.17 Veterinärstatistiken

5.17.1 Schlachttier- und Fleischbeschaustatistik

Rechtsgrundlage

Verordnung über die Durchführung der Fleischbeschau- und Geflügelfleischhygienestatistik (Fleischhygiene-Statistik-Verordnung-FIStV) vom 20. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3615) in Verbindung mit § 25 a des Fleischbeschaugegesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Oktober 1940 (RGBl. I S. 1463), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Fleischbeschaugegesetzes und des Geflügelfleischhygienegesetzes vom 10. Mai 1980 (BGBl. I S. 545).

Periodizität

Laufende Erfassung; jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Siehe unter 5.16.1.

Berichtsweg

Befragte – Kreisveterinärbehörden – Oberste Landesveterinärbehörden – StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Beschaute Schlachttiere (aus ordnungsgemäßen Schlachtungen und Not-schlachtungen), Beurteilungen, Beanstandungen und Beanstandungsgründe von Schlachttieren, Tierkörpern und Tierkörperteilen, jeweils nach Tierarten (Rinder, Kälber, Schweine, Schafe, Pferde) sowie Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. Eingeführtes und zur Untersuchung gestelltes frisches und zubereitetes Fleisch, Beurteilungen, Beanstandungen und Beanstandungsgründe.

Veröffentlichungen

Fachserie 3, Reihe 4 (jährlich),
Reihe 4.3.2 (jährlich).

5.17.2 Statistik der Schlachtgeflügel- und Geflügelfleischunter-suchung (Geflügelfleischhygienestatistik)

Rechtsgrundlage

Verordnung über die Durchführung der Fleischschau- und Geflügelfleischhygienestatistik (Fleischhygiene-Statistik-Verordnung-FiStV) vom 20. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3615) in Verbindung mit § 34 des Geflügelfleischhygienegesetzes (GFIHG) vom 12. Juli 1973 (BGBl. I S. 776), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Fleischbeschaugesetzes und des Geflügelfleischhygienegesetzes vom 10. Mai 1980 (BGBl. I S. 545).

Periodizität

Laufende Erfassung; jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Tierärzte, Geflügelfleischkontrolleure.

Berichtsweg

Befragte – Kreisveterinärbehörden – Oberste Landesveterinärbehörden – StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Untersuchtes Schlachtgeflügel und Geflügelfleisch, Beurteilungen, Beanstandungen und Beanstandungsgründe; eingeführtes und zur Untersuchung gestelltes frisches und zubereitetes Geflügelfleisch, Beurteilungen, Beanstandungen und Beanstandungsgründe.

Veröffentlichungen

Fachserie 3, Reihe 4.3.2 (jährlich).

5.17.3 Tierseuchenstatistik

Rechtsgrundlage

Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Tierseuchennachrichten vom 21. Dezember 1978 (GMBI. S. 678).

Periodizität

Halbmonatliche Berichterstattung; halbmonatliche und monatliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Kreisveterinärbehörden.

Berichtsweg

Befragte – Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Ergebnisse

Tatbestände

Anzeigepflichtige Tierseuchen.

Regionale Gliederung

Regierungsbezirke und Veterinärämter.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

»Tierseuchenbericht« (halbmonatlich, ausführliche Ergebnisse),

»Statistischer Monatsbericht« (zusammenfassende Ergebnisse),

»Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten« (mit Vierteljahres-Ergebnissen).

StBA.

WiSta* (monatlich).

5.18 Milcherzeugungs- und -verwendungsstatistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über eine Milchstatistik vom 25. Juli 1968 (BGBl. I S. 860).

Periodizität

Monatliche Erhebung und Schätzung. (Geschätzt wird die im Haushalt bzw. im Betrieb des Kuhhalters als Frischmilch verbrauchte oder zu Landbutter verarbeitete sowie die für Futterzwecke verwendete Milch.)

Kreis der Befragten

Leiter der Milchsammelstellen und Molkereien; Geschäftsführer der Kontrollverbände für Milchleistungsprüfungen; Schätzungskommissionen.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Erzeugung von Kuhmilch insgesamt sowie Milchleistung je Kuh, Verwendung der Kuhmilch.

Regionale Gliederung

StBA: Regierungsbezirke.

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

Fachserie 3, Reihe 4 (jährlich),
Reihe 4.2 (jährlich).

1 Hochsee- und Küstenfischerei.

2 Bodenseefischerei.

5.19 Fischerei- statistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über eine Fischereistatistik vom 21. Juli 1960 (BGBl. I S. 589).

Periodizität

Monatlich.

Kreis der Befragten

Zu 1: Schiffsführer, Reedereien, Fischereigesellschaften, Seefischmarktverwaltungen, Fischverwertungsgenossenschaften, Fischgroßhandlungen, Fischverarbeiter.

Zu 2: Fischer bzw. Abnahmestellen (Genossenschaften) oder Fischhandlungen.

(Insgesamt rd. 3 000 Befragte.)

Berichtsweg

Zu 1: Befragte – Erhebungsstellen (Seefischmarktverwaltungen, Fischereiämter) – StBA.

Zu 2: Befragte – Erhebungsstellen (Fischereiaufsicht, Wasserschutzpolizei, Hauptzollämter) – StBA.

(Jeweils zentrale Aufbereitung.)

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Fangergebnisse (Menge und Erzeugerlös) nach Fisch- bzw. Tierarten, Fanggebieten und -plätzen, nach Reisen, Reise- und Fangtagen, Fangstunden, Anlandeplätzen und Verwendungszweck sowie nach Fischereibetriebs- und Fahrzeugarten. Zahl und BRT der Fischereifahrzeuge nach Fischereibetriebsarten und Heimathäfen. Im Einsatz befindliche Fahrzeuge.

Zu 2: Fangergebnisse (Menge und Erzeugerlös) nach Fischarten.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

»Jahresbericht über die Deutsche Fischwirtschaft«

StBA

WiSta 5/76; 5/77; 5/78; 5/79; 5/80.

WiSta* (monatlich)

Fachserie 3, Reihe 4.5 (monatlich, jährlich).

Außerdem methodische Grundlagen.

Fachserie 3, Reihe 4 5 (Jahresheft 1976).

Ernährungswirtschaft

5.20 Statistiken der Ernährungswirtschaft

5.20.1 Berichterstattung über Getreide-, Stärke- und Futtermittelwirtschaft

Rechtsgrundlage

§ 15 des Gesetzes über die Neuorganisation der Marktordnungsstellen vom 23. Juni 1976 (BGBl. I S. 1608, 2902) und Verordnung über Meldepflichten der Getreide-, Stärke- und Futtermittelwirtschaft (Meldeverordnung Getreide) vom 26. Juni 1978 (BGBl. I S. 883).

Periodizität

Monatlich (Kleinbetriebe: zweimal jährlich).

Kreis der Befragten

Mühlen; Unternehmen, die Verarbeitungserzeugnisse aus Getreide herstellen bzw. mit Getreide oder Futtermitteln handeln.

Berichtsweg

Befragte – zuständige Stellen der Länder – Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Ergebnisse

Tatbestände

Getreidekäufe von der Landwirtschaft nach Getreidearten; Verarbeitung von Getreide; Herstellung von Getreideerzeugnissen und Mischfuttermitteln; Absatz und Bestände von Getreide, Getreideerzeugnissen und Futtermitteln.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

•Statistischer Monatsbericht•,

•Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten•.

5.20.2 Berichterstattung über Zuckerwirtschaft

Rechtsgrundlage

§ 15 des Gesetzes über die Neuorganisation der Marktordnungsstellen vom 23. Juni 1976 (BGBl. I S. 1608, 2902) und Verordnung über Meldepflichten der Zuckerwirtschaft (Meldeverordnung Zucker) vom 20. März 1980 (BGBl. I S. 335).

Periodizität

Monatlich (Zuckerfabriken während der Zeit der Zuckerrübenverarbeitung: wöchentlich).

Kreis der Befragten

Unternehmen, die Zucker herstellen bzw. mit Zucker handeln.

Berichtsweg

Befragte – zuständige Stellen der Länder – Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Ergebnisse

Tatbestände

Erzeugte Menge von Zucker aus Zuckerrüben sowie von Rohzucker und Melasse; Absatz von und Bestände an Zucker.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

- Statistischer Monatsbericht•,
- Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten•.

5.20.3 Berichterstattung über Fettwirtschaft (Nahrungsfette)

Rechtsgrundlage

Gesetz über den Verkehr mit Milch, Milcherzeugnissen und Fetten (Milch- und Fettgesetz) in der Fassung vom 10. Dezember 1952 (BGBl. I S. 811) und Dritte Durchführungsverordnung zum Milch- und Fettgesetz vom 23. November 1951 (BAZ. Nr. 230 S. 2).

Periodizität

Monatlich.

Kreis der Befragten

Ölmühlen, Margarinefabriken, Fettschmelzen, Schmalzsiedereien und Importeure.

Berichtsweg

Befragte – Einfuhr- und Vorratsstelle für Fette – Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Ergebnisse

Tatbestände

Anlieferung, Verarbeitung und Ölanfall aus Verarbeitung inländischer Ölsaaten; Herstellung, Absatz und Bestände an Speiseöl, Margarine u. a. Fetten.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

- Statistischer Monatsbericht•,
- Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten•.

5.20.4 Berichterstattung über Vieh- und Fleischwirtschaft

Rechtsgrundlage

Gesetz über den Verkehr mit Vieh und Fleisch (Vieh- und Fleischgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. März 1977 (BGBl. I S. 477). Zweite Durchführungsverordnung vom 2. Mai 1951 (BAZ. Nr. 90 S. 1), zuletzt geändert durch Verordnung vom 20. August 1979 (BAZ. Nr. 157 S. 1). Vierte Durchführungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. August 1976 (BGBl. I S. 2059), geändert durch Verordnung vom 13. August 1979 (BGBl. I S. 1453). Fünfte Durchführungsverordnung vom 5. Februar 1970 (BGBl. I S. 154). Siebente Durchführungsverordnung vom 28. Mai 1976 (BGBl. I S. 1317).

Periodizität

Wöchentlich (teilweise zweimal wöchentlich).

Kreis der Befragten

Schlachtviehgroßmärkte, Versandschlachtereien, Fleischwarenfabriken, Fleischgroßmärkte.

Berichtsweg

Befragte – Landwirtschaftsministerien der Länder – Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Ergebnisse

Tatbestände

Auftrieb von Schlachtvieh, Lebendviehpreise an den Schlachtviehgroßmärkten; Mengenumsätze und Preise für Schlachtvieh und Fleisch außerhalb von notierungspflichtigen Märkten sowie Fleischpreise auf Fleischgroßmärkten.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

•Statistischer Monatsbericht•,

•Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten•.

5.20.5 Berichterstattung über Molkereiwirtschaft

Rechtsgrundlage

§ 15 des Gesetzes über die Neuorganisation der Marktordnungsstellen vom 23. Juni 1976 (BGBl. I S. 1608, 2902) und Verordnung über Meldepflichten der Milchwirtschaft (Meldeverordnung Milch) vom 18. August 1977 (BGBl. I S. 1605).

Periodizität

Monatlich (teilweise wöchentlich) bzw. dreijährlich.

Kreis der Befragten

Molkereien, Milchsammelstellen, Rahmstationen.

Berichtsweg

Befragte – zuständige Stellen der Länder – Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Ergebnisse

Tatbestände

Monatlich (teilweise wöchentlich): Milchanlieferung, -bearbeitung und -verarbeitung; Herstellung von Konsummilch und Milcherzeugnissen; Auszahlungspreise und Molkereiabgabepreise für Milch.

Dreijährlich: Struktur der Molkereiwirtschaft.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

•Statistischer Monatsbericht•,

•Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten•,

•Statistischer Bericht über die Milch- und Molkereiwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland und den EG-Mitgliedstaaten• (jährlich),

•Unternehmens- und Betriebsstruktur der Molkereiwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland• (dreijährlich).

6 PRODUZIERENDES GEWERBE

	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	
6.1	Erhebungen bei Betrieben	163
6.2	Erhebungen bei Unternehmen	167
6.3	Fachstatistiken für einzelne Zweige des Produzierenden Gewerbes	170
	Baugewerbe	
6.4	Erhebungen bei Betrieben	174
6.5	Erhebungen bei Unternehmen	177
	Energie- und Wasserversorgung	
6.6	Erhebungen bei Betrieben	179
6.7	Erhebungen bei Unternehmen	180
6.8	Sonderstatistiken	183
	Handwerk	
6.9	Handwerkszählung 1977	186
6.10	Vierteljährliche Handwerksberichterstattung	187

Vorbemerkung: Das Produzierende Gewerbe umfaßt die Bereiche Energie- und Wasserversorgung, Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe sowie Baugewerbe und schließt jeweils das Produzierende Handwerk ein. Das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975 (BGBl. I S. 2779) hat die Statistiken in diesem Bereich zusammengefaßt und sie u. a. in bezug auf Inhalt, Berichtskreis und Periodizität vereinheitlicht. Außerdem ordnet es jährliche zentrale Kostenstrukturerhebungen im Produzierenden Gewerbe mit Auskunftspflicht an (siehe auch unter 4 »Unternehmen und Arbeitsstätten«).

Der Übergang auf das neue System vollzog sich – mit Ausnahme der kurzfristigen Statistiken im Baugewerbe – nach einem Stufenplan. Nach Einführung der neuen »Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO)«, im Jahre 1976 trat zum 1. Januar 1977 die Neuabgrenzung des Berichtskreises in Kraft. Er umfaßt grundsätzlich alle Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe (einschl. Produzierendes Handwerk) und deren Betriebe sowie produzierende Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr der anderen Unternehmen. Die Zuordnung der Unternehmen zu den Wirtschaftszweigen erfolgt nach dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit, in der Regel gemessen an der Beschäftigtenzahl.

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

6.1.1 Monatserhebungen

- 1 Monatsbericht (einschl. Auftragseingangserhebung).
- 2 Produktions-Eilbericht.

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Mai 1980 (BGBl. I S. 641) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289).

Periodizität

Zu 1: Monatliche Erhebung; monatliche und jährliche Aufbereitung.

Zu 2: Monatlich.

Kreis der Befragten

Produzierende Betriebe von höchstens 52 000 Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes sowie produzierende Betriebe anderer Unternehmen (jeweils ohne Baubetriebe und Betriebe der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung).

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1:

Für Betriebe:

Beschäftigte, geleistete Arbeiterstunden, Bruttolohn- und -gehaltssumme, Umsatz, Bestand und Verbrauch von Brennstoffen, Bezug und Verbrauch sowie Erzeugung und Abgabe von Elektrizität,

für fachliche Betriebsteile:

Auftragseingang und Verbrauchsteuern,

für Betriebe und fachliche Betriebsteile:

Beschäftigte und Umsatz,

jeweils nach Wirtschaftszweigen/-gruppen.

6.1 Erhebungen bei Betrieben

Jährlich werden für den Berichtsmonat September außerdem Ergebnisse für Betriebe, Beschäftigte, Umsatz und Vorjahresumsatz nach Beschäftigtengrößenklassen veröffentlicht (siehe auch »Erhebung für Kleinbetriebe« – 6.1.3).

Zu 2:

Produktion für ca. 1 000 ausgewählte Warenarten oder Zusammenfassungen von Warenarten. (Diese Erhebung dient insbesondere der Berechnung der Produktionsindizes.)

Fachliche Gliederung

Zu 1: »Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO)«.

Zu 2: »Nomenklatur zum Produktions-Eilbericht, Ausgabe 1981«.

Regionale Gliederung

StBA:

Zu 1: In vierjährlichen Abständen werden die September-Ergebnisse für die Betriebe und Beschäftigten insgesamt nach Stadt- und Landkreisen sowie Regierungsbezirken dargestellt.

Veröffentlichungen

Zu 1:

WiSta 2, 9/76, 3, 10/77; 4/78; 6/79; 5/80.

WiSta* (monatlich).

Fachserie 4, Reihe 4.1.1 (monatlich, jährlich, jeweils mit Vorbericht),

Reihe 4.1.2 (jährlich),

Reihe 4.1.3 (vierjährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 7/76; 6/79.

Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes für das Verarbeitende Gewerbe

(Berechnungsgrundlagen siehe Übersicht S. 466 ff.)

WiSta 3/76; 3/77, 4/78; 5/79; 9/80.

WiSta* (monatlich).

Fachserie 4, Reihe 2.2 (monatlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 9/80.

Zu 2.

WiSta 2, 8/77; 2, 8/78; 2, 8/79; 2, 8/80.

WiSta* (monatlich).

Fachserie 4, Reihe 2.1 (monatlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 7/76.

Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe¹⁾

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 466 ff.)

WiSta 2, 8/77; 2, 8/78; 2, 8/79, 2, 8/80.

WiSta* (monatlich).

Fachserie 4, Reihe 2.1 (monatlich mit Eilbericht).

Außerdem methodische Grundlagen.

WiSta 12/74.

Index der Bruttonproduktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter¹⁾

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 466 ff.)

WiSta* (monatlich).

Fachserie 4, Reihe 2.1 (monatlich mit Eilbericht).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 1/75.

¹⁾ Die methodischen Aufsätze in WiSta beziehen sich noch auf den alten Bereich »Industrie«. Die Berechnungsmethode hat sich jedoch gegenüber dem neuen Berichtskreis »Produzierendes Gewerbe« nicht geändert.

Index der Arbeitsproduktivität für den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe

(Produktionsergebnis je Beschäftigten, je Beschäftigtenstunde, je Arbeiter und je Arbeiterstunde) ¹⁾

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S 466 ff)

WiSta 4/76; 4/77; 8/78; 7/79; 8/80.

WiSta* (monatlich)

Fachserie 4, Reihe 2.1 (monatlich).

Außerdem methodische Grundlagen.

WiSta 2/75.

6.1.2 Vierteljährliche Produktionserhebung

Rechtsgrundlage

Siehe unter 6.1.1.

Periodizität

Vierteljährlich.

Kreis der Befragten

Siehe unter 6.1.1.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Produktion nach Menge und Wert sowie Reparatur-, Montage- und Lohnveredlungsarbeiten nach Wert für ca. 6 000 Warenarten.

Für einige Warenarten werden Fachstatistiken (siehe unter 6.3) herangezogen.

Fachliche Gliederung

»Systematisches Warenverzeichnis für die Industriestatistik, Ausgabe 1975«.

Veröffentlichungen

Fachserie 4, Reihe 3 1 (vierteljährlich, jährlich)

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 7/76

6.1.3 Jahresherhebungen

1 Investitionserhebung.

2 Statistik über den Auftragsbestand.

3 Erhebung für Kleinbetriebe.

Rechtsgrundlage

Siehe unter 6.1.1.

¹⁾ Die methodischen Aufsätze in WiSta beziehen sich noch auf den alten Bereich »Industrie«. Die Berechnungsmethode hat sich jedoch gegenüber dem neuen Berichtskreis »Produzierendes Gewerbe« nicht geändert

Periodizität

Zu 1: Jährlich.

Zu 2: Für den Berichtsmonat Dezember.

Zu 3: Für den Berichtsmonat September.

Kreis der Befragten

Zu 1 und 2: Produzierende Betriebe von höchstens 52 000 Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes sowie produzierende Betriebe anderer Unternehmen (jeweils ohne Baubetriebe und Betriebe der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung).

Zu 3: Die im Monatsbericht für Betriebe – siehe unter 6.1.1 Ziffer 1 – nicht erfaßten Industriebetriebe (ohne Baubetriebe und Betriebe der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung).

Berichtsweg

Befragte – StLA – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Für Betriebe: Investitionen, Aufwendungen für gemietete und gepachtete Anlagegüter, Material- und Warenbestände einschl. fertiger und unfertiger Erzeugnisse am Anfang und Ende des Jahres nach Wirtschaftszweigen/-gruppen.

Zu 2: Für fachliche Betriebsteile: Auftragsbestand nach Wirtschaftszweigen/-gruppen.

Zu 3: Für Betriebe: Beschäftigte und Umsatz für einen Monat sowie Umsatz für das vorhergehende Jahr nach Wirtschaftszweigen/-gruppen.

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO)«.

Veröffentlichungen

Zu 1. Fachserie 4, Reihe 4 2 2 (jährlich),

Reihe S 2 (unregelmäßig).

Zu 3: Die Daten werden mit denjenigen des Monatsberichts (siehe unter 6.1.1 Ziffer 1) einmal jährlich erhoben, aufbereitet und in Fachserie 4, Reihe 4.1.2 veröffentlicht

Außerdem methodische Grundlagen.

WiSta 7/76

6.1.4 Mehrjährige Erhebung (Zensus)

Rechtsgrundlage

Siehe unter 6.1.1.

Periodizität

Zuletzt 1980 für 1979 durchgeführt, künftig – beginnend in einem der Jahre 1984 bis 1986 – sechsjährlich, jeweils für das vorangegangene Jahr.

Kreis der Befragten

Produzierende Betriebe von höchstens 52 000 Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes sowie produzierende Betriebe anderer Unternehmen (ohne Baubetriebe und Betriebe der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung).

Es handelt sich beim Betriebszensus um keine originäre Erhebung, sondern ausschließlich um die Auswertung von Meldungen aus laufenden Erhebungen im Rahmen der Investitionserhebung (siehe unter 6.1.3 Ziffer 1 und 6.2.2 Ziffer 1 und 2) und des Monatsberichts (siehe unter 6.1.1 Ziffer 1) in Verbindung mit dem Zensus bei Unternehmen (siehe unter 6.7.3).

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Betriebe, Beschäftigte, Bruttolohn- und -gehaltsumme, Investitionen sowie Nettoproduktionswert (geschätzt) nach Wirtschaftszweigen und Beschäftigtengrößenklassen.

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO)«.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Regierungsbezirke (vorgesehen).

Veröffentlichungen

Fachserie 4, »Zensus im Produzierenden Gewerbe 1979« (in Vorbereitung), Heft 1, Heft 5 bis 7.

Außerdem methodische Grundlagen:
WiSta 1/81

6.2.1 Monatserhebungen

- 1 Monatsbericht.
- 2 Statistik über den Auftragsbestand.

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Mai 1980 (BGBl. I S. 641) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289).

Periodizität

Zu 1: Monatliche Erhebung; monatliche und jährliche Aufbereitung (bis 1976 Erhebung und Aufbereitung im Rahmen der jährlichen Unternehmenserhebung im Bergbau und in der Industrie).

Zu 2: Monatliche Erhebung; monatliche und jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Zu 1: Höchstens 10 000 Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes mit zwei Betrieben und mehr.

Zu 2: Höchstens 3 000 Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes.

Berichtsweg

Zu 1: Befragte – StLÄ – StBA.

Zu 2: Befragte – StBA (zentrale Aufbereitung).

6.2 Erhebungen bei Unter- nehmen

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Unternehmen, Beschäftigte, Bruttolohn- und -gehaltssumme und Umsatz nach Wirtschaftsgruppen/-zweigen.

(Die Angaben der Mehrbetriebsunternehmen werden mit denen der Einbetriebsunternehmen des Monatsberichts für Betriebe – siehe unter 6.1.1 Ziffer 1 – zusammengefaßt.)

Zu 2: Auftragsbestand nach ausgewählten Wirtschaftsgruppen/-zweigen.

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO)«.

Veröffentlichungen

Zu 1:

Fachserie 4, Reihe 4 1.1 (monatlich, jährlich).

Außerdem methodische Grundlagen.

WiSta 7/76; 6/79.

Zu 2:

Index des Auftragsbestandes für das Verarbeitende Gewerbe

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S 466 ff.)

WiSta 3/76, 3/77, 4/78; 5/79; 9/80.

WiSta* (monatlich).

Fachserie 4, Reihe 2.2 (monatlich)

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 9/80.

6.2.2 Jahreserhebungen

1 Investitionserhebung.

2 Jahreserhebung (Kostenstrukturerhebung).

Rechtsgrundlage

Siehe unter 6.2.1.

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Zu 1: Höchstens 52 000 Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes (siehe auch unter 6.2.3 Ziffer 1).

Zu 2: Höchstens 15 000 Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes (Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456 ff.).

Berichtsweg

Zu 1: Befragte – StLÄ – StBA.

Zu 2: Befragte – StBA (zentrale Erhebung und Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Unternehmen, Investitionen, Aufwendungen für gemietete und gepachtete Anlagegüter, Material- und Warenbestände einschl. fertiger und unfertiger Erzeugnisse am Anfang und Ende des Jahres sowie Verkaufserlös aus dem Abgang von Anlagegütern nach Wirtschaftsgruppen/-zweigen, Beschäftigtengrößenklassen und Umsatzgrößenklassen.

Zu 2: Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz, selbsterstellte Anlagen, Material- und Warenbestände einschl. fertiger und unfertiger Erzeugnisse am Anfang und Ende des Jahres, Material- und Wareneingang, Kosten nach Kostenarten, Umsatzsteuer und Subventionen nach Wirtschaftsgruppen/-zweigen, Beschäftigtengrößenklassen und Bruttoproduktionswert-Größenklassen.

(Es ist beabsichtigt, für fachliche Unternehmensteile folgende Tatbestände nachzuweisen: Beschäftigte, Bruttolohn- und -gehaltsumme, Umsatz, Bruttoproduktionswert einschl. Lieferungen und Leistungen an andere fachliche Unternehmensteile, Census Value Added.)

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO)«.

Veröffentlichungen

Zu 1:

WiSta 6/76; 6/77; 10/78.

Fachserie 4, Reihe 4.2.1 (jährlich).

Außerdem methodische Grundlagen.

WiSta 7/76

Zu 2.

WiSta 12/77.

Fachserie 4, Reihen 4.3.1, 4.3.2, 4.3.3 (jeweils jährlich)

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 11/77.

6.2.3 Mehrjährige Erhebungen

1 Zensus.

2 Statistik über den Material- und Wareneingang.

Rechtsgrundlage

Zu 1: Siehe unter 6.2.1.

Zu 2: Verordnung über die statistische Erfassung des Material- und Wareneingangs im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Baugewerbe vom 20. Oktober 1977 (BGBl. I S. 1897) sowie Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Mai 1980 (BGBl. I S. 641).

Periodizität

Zu 1: Zuletzt 1980 für 1979 durchgeführt, künftig – beginnend in einem der Jahre 1984 bis 1986 – sechsjährlich, jeweils für das vorangegangene Jahr.

Zu 2: Zuletzt für 1978 durchgeführt, künftig vierjährlich – beginnend 1983 für 1982.

Kreis der Befragten

Zu 1: Höchstens 65 000 Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes (soweit nicht unter 6.2.2 Ziffer 2 erfaßt).

Zu 2: Höchstens 20 000 Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes (Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456 ff.).

Berichtsweg

Zu 1: Befragte – StLÄ – StBA.

Zu 2: Befragte – StBA (zentrale Erhebung und Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Unternehmen, Beschäftigte, Bruttolohn- und -gehaltsumme, Umsatz, Investitionen, Aufwendungen für gemietete und gepachtete Anlagegüter, Material- und Warenbestände einschl. fertiger und unfertiger Erzeugnisse am Anfang und Ende des Jahres, Verkaufserlös aus dem Abgang von Anlagegütern, Material- und Wareneingang, vergebene Lohnarbeiten, jeweils nach Wirtschaftszweigen.

(Die Ergebnisse des Zensus sowie die Ergebnisse der jährlichen Investitionserhebung – siehe unter 6.2.2 Ziffer 1 – werden in den Jahren, in denen ein Zensus durchgeführt wird, zu einem Gesamtergebnis zusammengestellt.)

Zu 2: Material- und Wareneingang nach Arten und Wirtschaftszweigen/-gruppen.

Fachliche Gliederung

Zu 1: »Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO)«.

Zu 2: »Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO)« und »Warenverzeichnis für den Material- und Wareneingang im Produzierenden Gewerbe (WE), Ausgabe 1978«.

Veröffentlichungen

Zu 1.

Fachserie 4, »Zensus im Produzierenden Gewerbe 1979« (in Vorbereitung), Heft 1, Heft 5 bis 7.

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 7/76, 1/81

Zu 2:

Fachserie 4, Reihe S 5 (vorgesehen).

Außerdem methodische Grundlagen

WiSta 10/69; 8/70; 7/76

6.3 Fachstatistiken 6.3.1 Eisen- und Stahlstatistik

für einzelne Zweige des Produzierenden Gewerbes

Rechtsgrundlage

Gesetz über Statistiken der Rohstoff- und Produktionswirtschaft einzelner Wirtschaftszweige vom 11. November 1960 (BGBl. I S. 842), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Juni 1976 (BGBl. I S. 1607).

Periodizität

Monatlich.

Kreis der Befragten

Gruben des Eisenerzbergbaus; Werke der eisenschaffenden Industrie; Stahlrohrwerke; Eisen-, Stahl- und Tempergießereien; Erzeuger von Legierungsmitteln; Schrott-, Eisen- und Stahlhändler.

Berichtsweg

Befragte – StBA Außenstelle Düsseldorf (zentrale Erhebung und Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

1 Eisenerzbergbau

Eisenerze: Förderung, Aufbereitung, Versand, Bestände.

Ferner Angaben über Beschäftigte, Arbeiterstunden, Bruttolohnsumme.

2 Eisenschaffende Industrie

Hochofenwerke

Einsatzstoffe: Bezug, Verbrauch, Bestände.

Koks: Erzeugung, Bezug, Verbrauch, Bestände.

Roheisen nach Sorten: Erzeugung, Versand, Bestände.

Stahlwerke

Einsatzstoffe: Bezug, Verbrauch, Bestände.

Rohstahl nach Herstellungsverfahren: Erzeugung, Versand, Bestände.

Konverterschlacke: Erzeugung, Versand.

Walzwerke

Stahlhalbzeug, Walzstahlfertigerzeugnisse, weiterverarbeitete Walzstahlfertigerzeugnisse (jeweils nach Sorten): Erzeugung, Versand, Bestände.

Stahlrohrwerke

Erzeugung, Auftragseingänge und -bestände, Lieferungen.

Schmiede-, Preß- und Hammerwerke

Freiformschmiedestücke, rollendes Eisenbahnzeug: Erzeugung, Versand.

Ferner für die gesamte eisenschaffende Industrie

Angaben über Brennstoff- und Energiewirtschaft, Beschäftigte (gegliedert nach Betriebsteilen), Arbeiter- und Angestelltenstunden (verfahren- und ausgefallene Stunden).

3 Eisen-, Stahl- und Tempergießereien

Rohstoffverbrauch, Erzeugung, Auftragseingänge und -bestände, Lieferungen, Brennstoff- und Energiewirtschaft, Beschäftigte, Arbeiterstunden (verfahren- und ausgefallene Stunden).

4 Schrottwirtschaft

Verbraucher: Eigenentfall, Bezug, Verbrauch, Bestände.

Handel: Zugang, Versand, Bestände, Beschäftigte.

Veröffentlichungen

Fachserie 4, Reihe 8.1 (monatlich mit Vorbericht und vierteljährlich),

Reihe 2.1 (monatlich),

Reihe 3 (vierteljährlich, jährlich)

6.3.2 Nichteisen- und Edelmetallstatistik

Rechtsgrundlage

Siehe unter 6.3.1.

Periodizität

Monatlich, vierteljährlich und jährlich.

Kreis der Befragten

Betriebe des Metallerzbergbaus, der Metallgewinnung, der ersten Verarbeitungsstufe und des Metallhandels.

Berichtsweg

Befragte – Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, Eschborn/Ts. (zentrale Erhebung und Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Monatlich: NE-Metalle: Erzeugung von Erzen, Konzentraten, Rohmaterial, Halbmaterial und Guß; Erzeugung von Edelmetallen; Abgabe von Edelmetallen in Form von Roh- und Halbmaterial und von chemischen Verbindungen an edelmetallverarbeitende Betriebe bei den Scheideanstalten; Auftragseingang und Lieferungen bei Betrieben der ersten Verarbeitungsstufe (Halbzeugwerke, Gießereien); Bestand an Rohmaterial bei Betrieben der Metallgewinnung.

Vierteljährlich: Verbrauch von Roh- sowie Alt- und Abfallmaterial bei Betrieben der ersten Verarbeitungsstufe; Bestand an Vor-, Alt- und Abfallmaterial bei Betrieben der Metallgewinnung sowie an Vor-, Roh-, Alt- und Abfallmaterial bei Betrieben der ersten Verarbeitungsstufe und des Metallhandels.

Jährlich: Abgabe von Formguß an Abnehmer im Inland.

Veröffentlichungen

Metallgesellschaft, Frankfurt am Main:

•Metallstatistik* (jährlich).

StBA:

Auszugsweise in

Fachserie 4, Reihe 2 1 (monatlich mit Eilbericht),

Reihe 3.1 (vierteljährlich, jährlich)

6.3.3 Mineralölstatistik

Rechtsgrundlage

Siehe unter 6.3.1.

Periodizität

Monatlich.

Kreis der Befragten

Betriebe, die Mineralölprodukte herstellen oder im Außenhandel bzw. im Handel mit der DDR und Berlin (Ost) beziehen oder liefern.

Berichtsweg

Befragte – Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, Eschborn/Ts. (zentrale Erhebung und Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Zugang, Lieferung, Bestand an Mineralölprodukten.

Veröffentlichungen

Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, Eschborn/Ts.:

Ergebnisse sind Interessenten auf Anforderung zugänglich

StBA:

Ausgewählte Ergebnisse in Fachserie 4, Reihe 2.1 (monatlich) und Reihe 3.1 (vierteljährlich, jährlich) (jeweils Produktion)

6.3.4 Textilstatistik

Rechtsgrundlage

Siehe unter 6.3.1.

Periodizität

Monatlich, vierteljährlich und jährlich.

Kreis der Befragten

- 1 Betriebe von höchstens 2 300 Unternehmen der Chemiefasererzeugung, Spinnstoffaufbereitung und -verarbeitung, Gespinnstverarbeitung und Textilveredlung.
- 2 Betriebe von höchstens 100 Unternehmen des Woll- und Baumwollhandels.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Monatlich: Erzeugung, Versand und Bestand an Textilerzeugnissen.

Jährlich: Beschäftigte, Bestand an Textilmaschinen, Bestand und Verarbeitung an Textilrohstoffen, Spindel- und Webstuhlstunden bei Spinnereien und Webereien.

Zu 2: Vierteljährlich: Abgang und Bestand an Rohstoffen.

Fachliche Gliederung

»Systematisches Warenverzeichnis für die Industriestatistik, Ausgabe 1975« und »Güterverzeichnis für die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (GÜLA), Ausgabe 1978«.

Veröffentlichungen

Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, Eschborn/Ts..

»Die Textilindustrie in der Bundesrepublik Deutschland« (monatlich und jährlich)

StBA:

Auszugsweise in Fachserie 4, Reihe 3 (vierteljährlich, jährlich)

6.3.5 Düngemittelstatistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über eine Düngemittelstatistik vom 15. November 1977 (BGBl. I S. 2137).

Periodizität

Monatlich.

Kreis der Befragten

Unternehmen, die Düngemittel erstmalig in den Verkehr bringen.

Berichtsweg

Befragte – StBA (zentrale Erhebung und Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Erzeugung, Einfuhr, Ausfuhr, Lieferungen zum Verbrauch in der Landwirtschaft (nach Absatzgebieten) und Bestände nach Düngersorten und Nährstoffgehalten (Stickstoff, Phosphat, Kali, Kalk).

Fachliche Gliederung

»Erzeugnisgliederung für die Düngemittelstatistik«.

Veröffentlichungen

WiSta 11/76; 11/77, 11/78, 11/79; 11/80.

Produktion:

Fachserie 4, Reihe 2.1 (monatlich),

Reihe 3.1 (vierteljährlich, jährlich).

Versorgung:

Fachserie 4, Reihe 8.2 (monatlich, jährlich)

Außerdem methodische Grundlagen:

Fachserie 4, Reihe 8.2 (jährlich).

Baugewerbe

6.4 Erhebungen bei Betrieben

6.4.1 Monatserhebungen

- 1 Monatsbericht im Bauhauptgewerbe (einschl. Auftragseingangserhebung).
- 2 Monatsbericht im Ausbaugewerbe.
- 3 Produktions-Eilbericht im Fertigteilbau.

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Mai 1980 (BGBl. I S. 641).

Periodizität

Zu 1 und 2: Monatliche Erhebung; monatliche und jährliche Aufbereitung.

Zu 3: Monatlich.

Kreis der Befragten

Zu 1: Baubetriebe von höchstens 20 000 Unternehmen des Bauhauptgewerbes sowie Baubetriebe anderer Unternehmen (jeweils ohne ausbaugewerbliche Betriebe).

Zu 2: Höchstens 5 000 ausbaugewerbliche Betriebe von Unternehmen des Ausbaugewerbes sowie anderer Unternehmen.

Zu 3: Betriebe des Fertigteilbaus.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Für Betriebe: Beschäftigte, Arbeitsstunden, Bruttolohn- und -gehaltssumme, Umsatz, Auftragseingang.

Außerdem für fachliche Betriebsteile: Beschäftigte, Arbeitsstunden, Umsatz und Auftragseingang.

Zu 2: Für Betriebe: Beschäftigte, Arbeitsstunden, Bruttolohn- und -gehaltssumme sowie Umsatz, jeweils nach Wirtschaftszweigen.

Zu 3: Produktion für höchstens 40 Warenarten des Fertigteilbaus. (Diese Daten werden gemeinsam mit denjenigen des Produktions-Eilberichts im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe – siehe unter 6.1.1 Ziffer 2 – erhoben und aufbereitet.)

Fachliche Gliederung

Zu 1 und 2: »Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO)«.

Zu 3: »Nomenklatur zum Produktions-Eilbericht, Ausgabe 1981«.

Veröffentlichungen

»Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft« (monatlich).

Zu 1: WiSta 3, 9/76; 3, 9/77; 4, 9/78, 3, 9/79, 3, 9/80

WiSta* (monatlich).

Zu 2: WiSta 8/79, 3, 9/80.

Zu 3: Fachserie 4, Reihe 2.1 (monatlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

Zu 1: WiSta 4/78

Zu 2: WiSta 8/79.

Index des Auftragseingangs für das Bauhauptgewerbe

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 466 ff.)

WiSta 3/76, 3/77; 5/78; 5/79.

Fachserie 4, Reihe 2.2 (monatlich).

»Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft« (monatlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 9/73.

Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 466 ff.)

WiSta* (monatlich).

Fachserie 4, Reihe 2.1 (monatlich).

»Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft« (monatlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 12/74.

6.4.2 Vierteljahreserhebungen

1 Statistik über den Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe.

2 Produktionserhebung im Fertigteilbau.

Rechtsgrundlage

Siehe unter 6.4.1.

Periodizität

Vierteljährlich.

Kreis der Befragten

Zu 1: Siehe unter 6.4.1 Ziffer 1.

Zu 2: Betriebe des Fertigteilbaus.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Auftragsbestand (auch für fachliche Betriebsteile) nach ausgewählten Bauarten (z. B. Wohnungsbau).

Zu 2: Gesamte Produktion der Betriebe des Fertigteilbaus. (Diese Daten werden gemeinsam mit denjenigen der vierteljährlichen Produktionserhebung im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe – siehe unter 6.1.2 – erhoben und aufbereitet.)

Regionale Gliederung

StLÄ: z. T. Kreise.

Veröffentlichungen

Zu 1: »Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft« (monatlich).

Zu 2: Fachserie 4, Reihe 3.1 (vierteljährlich, jährlich).

Index des Auftragsbestands für das Bauhauptgewerbe

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 466 ff.)

WiSta 3/76; 3/77; 5/78; 5/79

Fachserie 4, Reihe 2.2 (vierteljährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 9/73

Produktionsindex für das Baugewerbe

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 466 ff.)

WiSta* (vierteljährlich).

Fachserie 4, Reihe 2 1 (vierteljährlich)

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 12/74.

6.4.3 Jahresherhebungen

1 Totalerhebung im Bauhauptgewerbe.

2 Zusatzerhebung im Ausbaugewerbe.

Rechtsgrundlage

Siehe unter 6.4.1.

Periodizität

Jährlich (Stichtag Ende Juni).

Kreis der Befragten

Zu 1: Alle Betriebe des Bauhauptgewerbes (und zwar alle Betriebe des Monatsberichts – siehe unter 6.4.1 Nr. 1 – und alle übrigen Betriebe).

Zu 2: Höchstens 15 000 Betriebe des Ausbaugewerbes (und zwar alle Betriebe des Monatsberichts – siehe unter 6.4.1 Nr. 2 – und 10 000 der übrigen Betriebe).

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Für Betriebe: Beschäftigte, Arbeitsstunden, Bruttolohn- und -gehaltsumme, Umsatz und Geräteausstattung jeweils für Juni bzw. Ende Juni nach Wirtschaftszweigen und Beschäftigtengrößenklassen; Beschäftigte nach Stellung im Betrieb, geleistete Arbeitsstunden und baugewerblicher Umsatz

nach Bauarten (z. B. Wohnungsbau). Arbeitgeberzulagen zur Vermögensbildung und Umsatz für das vorhergehende Jahr.

Außerdem für fachliche Betriebsteile: Beschäftigte, Arbeitsstunden und Umsatz.

Zu 2: Für Betriebe: Beschäftigte, Arbeitsstunden, Bruttolohn- und -gehaltsumme, Umsatz jeweils für Juni bzw. Ende Juni, und zwar nach Wirtschaftszweigen und ausgewählten Beschäftigtengrößenklassen. Umsatz für das vorhergehende Jahr.

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO)«.

Regionale Gliederung

Zu 1: StBA und StLÄ: Kreise (in eingeschränkter fachlicher Gliederung).

Veröffentlichungen

Zu 1: WiSta 2/76; 4/77, 3/78; 2/79; 2/80; 2/81.

Fachserie 4, Reihe 5.1 (jährlich)

Außerdem methodische Grundlagen:
WiSta 4/77.

Zu 2: WiSta 8/79

Fachserie 4, Reihe 5.1 (jährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:
WiSta 8/79

6.5.1 Jahresherhebungen

1 Jahresherhebung einschl. Investitionserhebung im Baugewerbe.

2 Jahresherhebung im Baugewerbe (Kostenstrukturhebung).

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Mai 1980 (BGBl. I S. 641).

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Zu 1: Höchstens 35 000 Unternehmen des Baugewerbes.

Zu 2: Höchstens 4 000 Unternehmen des Baugewerbes (Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456ff.).

Berichtsweg

Zu 1: Befragte – StLÄ – StBA.

Zu 2: Befragte – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Für Unternehmen: Beschäftigte, Bruttolohn- und -gehaltsumme, Umsatz (bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes auch Jahresbauleistung), Investitionen, Aufwendungen für gemietete und gepachtete Anlagegüter, Material- und Warenbestände einschl. fertiger und unfertiger Erzeugnisse am Anfang und Ende des Jahres, Verkaufserlös aus dem Abgang von Anlagegütern.

6.5 Erhebungen bei Unternehmen

Zu 2: Für Unternehmen: Beschäftigte, Umsatz (bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes auch Jahresbauleistung), selbsterstellte Anlagen, Material- und Warenbestände einschl. fertiger und unfertiger Erzeugnisse am Anfang und Ende des Jahres, Material- und Wareneingang, Kosten nach Kostenarten, Umsatzsteuer, Subventionen und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen am Anfang und Ende des Jahres.

Für fachliche Unternehmensteile von Unternehmen mit 100 Beschäftigten und mehr: Beschäftigte, Bruttolohn- und -gehaltssumme, Umsatz (bei bauhauptgewerblichen Unternehmensteilen auch Jahresbauleistung), selbsterstellte Anlagen, an andere Unternehmen und an fachliche Unternehmensteile vergebene Lohnarbeiten sowie von diesen bezogene Dienstleistungen, Lieferungen und Leistungen an fachliche Unternehmensteile, Bestand an fertigen und unfertigen Erzeugnissen am Anfang und Ende des Jahres, Materialverbrauch.

Fachliche Gliederung

Zu 1 und 2: »Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO)«.

Veröffentlichungen

Zu 1: WiSta 6/76; 6/77; 10/78, 8/80.

Fachserie 4, Reihe 5.2 (jährlich).

Zu 2: WiSta 11/77; 11/78; 10/80.

Fachserie 4, Reihe 5.3 (jährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

Zu 1 und 2: WiSta 7/76.

Zu 2: WiSta 11/77.

6.5.2 Mehrjährige Erhebungen

1 Zensus.

2 Statistik über den Material- und Wareneingang im Baugewerbe.

Rechtsgrundlage

Siehe unter 6.5.1; außerdem Verordnung über die statistische Erfassung des Material- und Wareneingangs im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Baugewerbe vom 20. Oktober 1977 (BGBl. I S. 1897).

Periodizität

Zu 1: Zuletzt 1980 für 1979 durchgeführt, künftig – beginnend in einem der Jahre 1984 bis 1986 – sechsjährlich, jeweils für das vorangegangene Jahr.

Zu 2: Zuletzt 1979 für 1978 durchgeführt, künftig vierjährlich, beginnend 1983 für 1982.

Kreis der Befragten

Zu 1: Höchstens 45 000 Unternehmen des Baugewerbes.

Zu 2: Höchstens 10 000 Unternehmen des Baugewerbes (Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456 ff.).

Berichtsweg

Zu 1: Befragte – StLÄ – StBA.

Zu 2: Befragte – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Für Unternehmen: Beschäftigte, Bruttolohn- und -gehaltssumme, Umsatz (bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes auch Jahresbauleistung), Investitio-

nen, Aufwendungen für gemietete und gepachtete Anlagegüter, Material- und Warenbestände einschl. fertiger und unfertiger Erzeugnisse am Anfang und Ende des Jahres, Verkaufserlös aus dem Abgang von Anlagegütern, Material- und Wareneingang, vergebene Lohnarbeiten und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen am Anfang und Ende des Jahres. (Die Ergebnisse des Zensus werden mit den Ergebnissen der Jahresherhebung – siehe unter 6.5.1 Nr. 2 – zusammengeführt und gemeinsam veröffentlicht.)

Zu 2: Material- und Wareneingang nach Arten.

Fachliche Gliederung

Zu 1 und 2: »Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO)«.

Veröffentlichungen

Zu 1: Fachserie 4, »Zensus im Produzierenden Gewerbe 1979«, Heft 3 (vorgesehen).

Zu 2: WiSta 2/81.

Fachserie 4, Reihe S 6.

Energie- und Wasserversorgung

6.6.1 Monatserhebung (Monatsbericht)

6.6 Erhebungen bei Betrieben

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Mai 1980 (BGBl. I S. 641).

Periodizität

Monatlich.

Kreis der Befragten

Betriebe von höchstens 1000 Unternehmen der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung sowie Betriebe der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung von Unternehmen anderer Bereiche.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Für Betriebe: Beschäftigte, Arbeiterstunden, Bruttolohn- und -gehaltssumme nach Wirtschaftszweigen.

Außerdem für fachliche Betriebsteile: Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen.

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO)«.

Regionale Gliederung

StLÄ: Kreise.

Veröffentlichungen

»Ausgewählte Zahlen zur Energiewirtschaft« (vorgesehen).

6.6.2 Jahreserhebung (Investitionserhebung)

Rechtsgrundlage

Siehe unter 6.6.1.

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Betriebe von Unternehmen der Elektrizitäts-, Gas- und Fernwärmeversorgung sowie von höchstens 2 000 Unternehmen der Wasserversorgung.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Investitionen, Aufwendungen für gemietete und gepachtete Anlagegüter, Material- und Warenbestände einschl. fertiger und unfertiger Erzeugnisse am Anfang und Ende des Jahres, jeweils nach Wirtschaftszweigen.

Fachliche Gliederung

Siehe unter 6.6.1.

Veröffentlichungen

•Ausgewählte Zahlen zur Energiewirtschaft• (vorgesehen).

6.7 Erhebungen bei Unternehmen

6.7.1 Monatserhebungen

1 Monatsbericht über die Elektrizitätsversorgung.

2 Monatsbericht über die Gasversorgung.

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Mai 1980 (BGBl. I S. 641).

Periodizität

Monatlich.

Kreis der Befragten

Unternehmen der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung sowie andere Unternehmen, die brennbare Gase erzeugen, gewinnen, beziehen, umwandeln, speichern oder abgeben.

Berichtsweg

Befragte – zuständige Ministerien der Länder bzw. StLÄ – Bundesministerium für Wirtschaft.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Für fachliche Betriebsteile der Elektrizitätsversorgung: Erzeugung, Bezug und Abgabe von Elektrizität, Ein- und Ausfuhr von Elektrizität, Leistung und Belastung der Anlagen zur Erzeugung, zum Bezug und zur Abgabe von Elektrizität und Wärme, Bezug und Verbrauch von Brennstoffen zur Erzeugung von Elektrizität und Wärme sowie deren Bestände, Vorräte an Speicherwasser für die Erzeugung von Elektrizität.

Zu 2: Für fachliche Betriebsteile der Gasversorgung: Erzeugung, Gewinnung, Umwandlung, Bezug, Speicherung, Verwendung und Abgabe von Gas, Ein- und Ausfuhr von Gas, Aufkommen, Verwendung und Abgabe von Koks und Nebenprodukten der Gasgewinnung sowie deren Bestände, Bezug und Verwendung von Einsatzstoffen zur Erzeugung und Umwandlung von Gas sowie deren Bestände.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Wirtschaft:

»Öffentliche Elektrizitätsversorgung der Bundesrepublik Deutschland« (monatlich, jährlich),

»Vierteljahresbericht über die Elektrizitätswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland« (vierteljährlich, jährlich),

»Bericht über die Gaswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland« (monatlich, halbjährlich, jährlich).

StBA.

WiSta* (monatlich).

»Ausgewählte Zahlen zur Energiewirtschaft« (vorgesehen).

6.7.2 Jahreserhebungen

- 1 Jahreserhebung.
- 2 Investitionserhebung.
- 3 Jahreserhebung (Kostenstrukturhebung).
- 4 Erhebung bei den Elektrizitätsversorgungsunternehmen über die Abgabe von Elektrizität, die erzielten Erlöse und den Wert der Ein- und Ausfuhr von Elektrizität.
- 5 Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen über die Abgabe von Gas, die erzielten Erlöse und den Wert der Ein- und Ausfuhr von Gas.

Rechtsgrundlage

Siehe unter 6.7.1.

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Zu 1 und 2: Unternehmen der Elektrizitäts-, Gas- und Fernwärmeversorgung sowie höchstens 2 000 Unternehmen der Wasserversorgung.

Zu 3: Höchstens 1 100 Unternehmen der Elektrizitäts-, Gas- und Fernwärmeversorgung sowie der Wasserversorgung, die auch zu 1 und 2 melden.

Zu 4: Unternehmen der Elektrizitätsversorgung.

Zu 5: Unternehmen der Gasversorgung.

Berichtsweg

Zu 1 bis 3: Befragte – StLÄ – StBA (zentrale Aufbereitung).

Zu 4 und 5: Befragte – zuständige Ministerien der Länder bzw. StLÄ – Bundesministerium für Wirtschaft.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Für Unternehmen und fachliche Unternehmensteile: Beschäftigte, Arbeitsstunden, Bruttolohn- und -gehaltsumme, Umsatz, Aufwendungen für gemietete und gepachtete Anlagegüter, Material- und Warenbestände einschl. fertiger und unfertiger Erzeugnisse am Anfang und Ende des Jahres, Abgabe von

Fernwärme und Wasser, Wert der Ein- und Ausfuhr von Wasser, jeweils nach Wirtschaftszweigen.

Zu 2: Für Unternehmen und fachliche Unternehmensteile: Investitionen, Verkaufserlöse aus dem Abgang von Anlagegütern, jeweils nach Wirtschaftszweigen.

Zu 3: Bei den zur Kostenstrukturerhebung meldepflichtigen Unternehmen werden zusätzlich erhoben:

für Unternehmen: Material- und Wareneingang, Kosten nach Kostenarten (soweit nicht unter 1 genannt), Umsatzsteuer, Subventionen, jeweils nach Wirtschaftszweigen;

für fachliche Unternehmensteile: Materialverbrauch und Wareneinsatz, von anderen Unternehmen und fachlichen Unternehmensteilen bezogene Dienstleistungen, Lieferungen und Leistungen an fachliche Unternehmensteile, jeweils nach Wirtschaftszweigen.

Zu 4: Abgabe von Elektrizität, erzielte Erlöse und Wert der Ein- und Ausfuhr von Elektrizität.

Zu 5: Abgabe von Gas, erzielte Erlöse und Wert der Ein- und Ausfuhr von Gas.

Fachliche Gliederung

Zu 1 bis 3: »Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO)«.

Veröffentlichungen

Zu 1 bis 3:

StBA:

WiSta 9/79

Fachserie 4, Reihe 6.1 (jährlich),
Reihe 6.3 (jährlich).

Zu 4 und 5:

Bundesministerium für Wirtschaft:

»Die Elektrizitätswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland« (jährlich),

»Die Entwicklung der Gaswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland« (jährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 9/79

6.7.3 Mehrjährige Erhebungen (Zensus)

Rechtsgrundlage

Siehe unter 6.7.1.

Periodizität

1980 für 1979 sowie – beginnend in einem der Jahre 1984 bis 1986 – sechs-jährlich, jeweils für das vorangegangene Jahr.

Kreis der Befragten

Unternehmen der Elektrizitäts-, Gas- und Fernwärmeversorgung und höchstens 2 000 Unternehmen der Wasserversorgung, die nicht zur Kostenstrukturerhebung (siehe unter 6.7.2 Ziffer 3) melden.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

In Zensusjahren werden bei den Unternehmen, die nicht bereits zur Kostenstrukturerhebung melden, die folgenden Merkmale zusätzlich erfragt:

für Unternehmen: Material- und Wareneingang, für fachliche Unternehmens-teile: Materialverbrauch und Wareneinsatz, jeweils nach Wirtschaftszweigen.

Fachliche Gliederung

Siehe unter 6.7.2.

Veröffentlichungen

Fachserie 4, »Zensus im Produzierenden Gewerbe 1979«, Heft 4 (vorgesehen)

6.8.1 Erhebung über Stromerzeugungsanlagen bei Betrieben des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes **6.8 Sonderstatistiken**

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Mai 1980 (BGBl. I S. 641).

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Jährlich: Betriebe des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes mit Stromerzeugungsanlagen von 1 000 kVA und mehr Nennleistung der Stromerzeuger.

In mehrjährigen Abständen: Betriebe des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes mit Stromerzeugungsanlagen unter 1 000 kVA Nennleistung der Stromerzeuger.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Für die fachlichen Betriebsteile Stromerzeugungsanlagen: Investitionen, Leistung und Belastung der Anlagen zur Erzeugung, zum Bezug und zur Abgabe von Elektrizität, Verbrauch von und Bestand an Brennstoffen für die Erzeugung von Elektrizität, jeweils nach Wirtschaftszweigen.

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO)«.

Veröffentlichungen

Fachserie 4, Reihe 6.4 (jährlich)

6.8.2 Erhebungen über brennbare Gase bei Betrieben des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes

Rechtsgrundlage

Siehe unter 6.8.1.

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Betriebe des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes mit Anlagen zur Erzeugung von Generator- bzw. Spaltgas.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Für Betriebe, die Generator- oder Spaltgas herstellen: Erzeugung, Verwendung und Abgabe von Gas; Einsatzstoffe für die Gaserzeugung.

Fachliche Gliederung

Siehe unter 6.8.1.

Veröffentlichungen

•Ausgewählte Zahlen zur Energiewirtschaft• (vorgesehen)

6.8.3 Erhebung über Erdgas und Erdölgas sowie auf Erdöl- oder Mineralölbasis erzeugten Gasen

Rechtsgrundlage

Siehe unter 6.8.1.

Periodizität

Monatlich.

Kreis der Befragten

Unternehmen der Erdgas- und Erdölgasgewinnung sowie der Mineralölverarbeitung.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Aufkommen, Verwendung und Abgabe von Erdgas und Erdölgas, Flüssiggas und Raffineriegas.

Veröffentlichungen

•Ausgewählte Zahlen zur Energiewirtschaft• (vorgesehen).

6.8.4 Erhebung über Investitionen bei Unternehmen, die Erdgas oder Erdölgas gewinnen oder Erdöl- oder Erdölgasleitungen erstellen oder betreiben

Rechtsgrundlage

Siehe unter 6.8.1.

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Unternehmen, die Erdgas oder Erdölgas gewinnen oder Erdöl- oder Erdölgasleitungen erstellen oder betreiben.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Investitionen für die Gasversorgung.

6.8.5 Erhebung über Flüssiggas

Rechtsgrundlage

Siehe unter 6.8.1.

Periodizität

Monatlich und jährlich.

Kreis der Befragten

Verkaufsgesellschaften für Flüssiggas.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Monatlich: Bezüge, Verwendung und Abgabe von Flüssiggas.

Jährlich: Abgabe von Flüssiggas.

Veröffentlichungen

»Ausgewählte Zahlen zur Energiewirtschaft« (vorgesehen).

6.8.6 Erhebung über Klärgas

Rechtsgrundlage

Siehe unter 6.8.1.

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Gemeinden und Unternehmen der Abwasserbeseitigung.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Gewinnung, Eigenverbrauch und Abgabe von Klärgas.

Veröffentlichungen

»Ausgewählte Zahlen zur Energiewirtschaft« (vorgesehen).

Handwerk

Vorbemerkung: Angaben für Unternehmen und Betriebe, die in die Handwerksrolle eingetragen sind, fallen – soweit es sich um das Produzierende Handwerk handelt – im Rahmen der Berichterstattung für den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe sowie für das Baugewerbe an. Sie werden in die vierteljährliche Handwerksberichterstattung eingesteuert.

Strukturdaten über das gesamte Handwerk werden in regelmäßigen Abständen in Handwerkszählungen (zuletzt 1977) ermittelt. Laufende Angaben sind der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung zu entnehmen (siehe unter 6.10). Die Erhebung der Wareneingänge und Warenvorräte im Handwerk (in vierjährlichem Turnus) wurde gemäß Artikel 8 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294) mit Wirkung vom 21. März 1980 eingestellt.

6.9 Handwerks- zählung 1977

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Handwerkszählung 1977 (Handwerkszählungsgesetz 1977) vom 10. August 1976 (BGBl. I S. 2125).

Periodizität

Unregelmäßig, zuletzt 1977 (davor 1968).

Kreis der Befragten

Rund 510 000 in die Handwerksrolle eingetragene Unternehmen und Nebenbetriebe.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Unternehmen, Rechtsform, Zweigniederlassungen; Beschäftigte nach Stellung im Unternehmen und Geschlecht; Löhne, Gehälter, Sozialkosten; Zusammensetzung des Umsatzes und Absatzrichtung, jeweils nach Beschäftigten- und Umsatzgrößenklassen sowie nach Wirtschafts- und Gewerbebranchen.

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige (WZ) rev., Fassung für die Handwerkszählung 1977« und »Verzeichnis der Gewerbe, die als Handwerk betrieben werden können (Anlage A der Handwerksordnung (HwO) vom 28. Dezember 1965)«.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungs- und Handwerkskammerbezirke, Kreise, Gemeinden, z. T. Gemeindeteile.

Veröffentlichungen

WiSta 8, 9/78.

Fachserie 4, »Handwerkszählung 1977« (Heft 1–3).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 8/78.

Fachserie 4, »Handwerkszählung 1977« (Heft 1)

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handwerk (HwStatG) vom 12. August 1960 (BGBl. I S. 689), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294).

Periodizität

Vierteljährlich.

Kreis der Befragten

Rund 35 000 in die Handwerksrolle eingetragene Unternehmen selbständiger Handwerker in ausgewählten Zweigen.

(Stichprobenerhebung – Näheres siehe S. 456 ff.)

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Beschäftigte und Gesamtumsatz nach ausgewählten Wirtschafts- und Gewerbebezweigen.

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige (WZ) rev., Fassung für die Handwerkszählung 1977« und »Verzeichnis der Gewerbe, die als Handwerk betrieben werden können (Anlage A der Handwerksordnung (HwO) vom 28. Dezember 1965)«.

Veröffentlichungen

WiSta* (vierteljährlich).

Fachserie 4, Reihe 7.1 (vierteljährlich, jährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 12/79.

6.10 Viertel- jährliche Handwerks- bericht- erstattung

7 BAUTÄTIGKEIT UND WOHNUNGEN

7.1	Bautätigkeitsstatistiken	191
7.2	Statistik über die Finanzierung des Wohnungsbaus	194
7.3	Gebäude- und Wohnungszählung	195
7.4	Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes	197
7.5	Wohnungsstichprobe 1978	197

Vorbemerkung: Die Bautätigkeitsstatistiken erfassen genehmigungs- oder zustimmungsbedürftige Baumaßnahmen, bei denen Wohnraum oder sonstiger Nutzraum geschaffen oder verändert wird, ferner Gebäude und Gebäudeteile, deren Nutzung geändert wird oder die durch bauaufsichtliche Maßnahmen, Schadensfälle oder Abbruch der Nutzung entzogen werden.

7.1 Bautätigkeitsstatistiken

7.1.1 Statistik der Baugenehmigungen

Rechtsgrundlage

Zweites Gesetz über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit und die Fortschreibung des Gebäudebestandes (2. BauStatG) vom 27. Juli 1978 (BGBl. I S. 1118).

Periodizität

Laufende Erfassung; monatlich eingeschränkte und jährlich ausführliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Bauherren bzw. Architekten sowie Bauaufsichtsbehörden.

Berichtsweg

Befragte – Bauaufsichtsbehörden (Überprüfung der Erhebungsbogen) – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Genehmigte Hochbauten:

Gebäude, Rauminhalt, Wohnungen, sonstige Wohneinheiten, Wohnräume, Wohn- bzw. Nutzfläche, veranschlagte Kosten der Baumaßnahme, jeweils nach Art der Baumaßnahme (Errichtung neuer Gebäude, Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden), Gebäudeart (für Wohngebäude: Ein-, Zwei- bzw. Mehrfamilienhäuser, Wohnheime; für Nichtwohngebäude: Anstaltsgebäude, Büro- und Verwaltungsgebäude usw.) und Bauherrengruppen, außerdem neu zu errichtende Fertigteilbauten. Ausstattung der Gebäude und städtebauliche Festsetzungen für das Bauvorhaben.

Hinweis: Der Nachweis der Tiefbauvergaben der öffentlichen Hand wurde gemäß § 7 des Zweiten Gesetzes über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit und die Fortschreibung des Gebäudebestandes (2. BauStatG) vom 27. Juli 1978 (BGBl. I S. 1118) mit Wirkung vom 1. Januar 1979 eingestellt

Fachliche Gliederung

»Systematik der Bauwerke, Fassung 1978«.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 4/76; 4/77; 4/78; 4/79; 10/80.

WiSta* (monatlich).

Fachserie 5, Reihe 1 (jährlich).

»Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft« (monatlich).

7.1.2 Statistik der Baufertigstellungen

Rechtsgrundlage

Siehe unter 7.1.1.

Periodizität

Laufende Erfassung (Durchdrucke der Erhebungsbogen für Baugenehmigungen); monatlich eingeschränkte und jährlich ausführliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Bauherren bzw. Architekten sowie Bauaufsichtsbehörden.

Berichtsweg

Befragte – Bauaufsichtsbehörden (Überprüfung der Erhebungsbogen) – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Fertiggestellte Hochbauten:

Gebäude, Rauminhalt, Wohnungen, sonstige Wohneinheiten, Wohn- bzw. Nutzfläche, veranschlagte Kosten der Baumaßnahme, jeweils nach Art der Baumaßnahme (Errichtung neuer Gebäude, Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden), Gebäudeart (für Wohngebäude: Ein-, Zwei- bzw. Mehrfamilienhäuser, Wohnheime; für Nichtwohngebäude: Anstaltsgebäude, Büro- und Verwaltungsgebäude usw.) und Bauherrngruppen. Wohnungen nach der Größe (Raumzahl). Ausstattung der Gebäude und Wohnungen sowie städtebauliche Festsetzungen für das Bauvorhaben.

Jährlich außerdem: Mit öffentlichen Mitteln geförderte Gebäude, Wohnungen und Räume. Fertigstellung nach Genehmigungszeiträumen.

Fachliche Gliederung

»Systematik der Bauwerke, Fassung 1978«.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

Siehe unter 7.1.1.

7.1.3 Statistik des Bauüberhangs

Rechtsgrundlage

Siehe unter 7.1.1.

Periodizität

Jährlich (Stichtag: 31. Dezember).

Kreis der Befragten

Gemeinden bzw. Bauaufsichtsbehörden (Feststellung und Eintragung des Bauzustandes in den Erhebungsbogen für Bauüberhang).

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Genehmigte Baumaßnahmen, die am Jahresende noch nicht als fertiggestellt gemeldet sind; erloschene Baugenehmigungen.

Gebäude, Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden, Rauminhalt, Wohnungen nach Bauzustand, Genehmigungszeiträumen und Bauherrengruppen.

Fachliche Gliederung

»Systematik der Bauwerke, Fassung 1978«.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

Siehe unter 7 1.1.

7.1.4 Abgangserhebung

Rechtsgrundlage

Siehe unter 7.1.1.

Periodizität

Laufende Erfassung; jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Eigentümer, Gemeinden bzw. Bauaufsichtsbehörden.

Berichtsweg

Befragte – Bauaufsichtsbehörden (Überprüfung der Erhebungsbogen) – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Totalabgang und Nutzungsänderung von Gebäuden und Gebäudeteilen, Wohnungen sowie sonstigen Wohneinheiten. Wohn- bzw. Nutzfläche, Räume, Eigentümer, Baualter, Abgangsursache, Gebäudearten (für Wohngebäude: Ein-, Zwei- bzw. Mehrfamilienhäuser, Wohnheime; für Nichtwohngebäude: Anstaltsgebäude, Büro- und Verwaltungsgebäude usw.); städtebauliche Festsetzungen.

Fachliche Gliederung

»Systematik der Bauwerke, Fassung 1978«.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 1/81.

Fachserie 5, Reihe 1 (jährlich, vorgesehen).

7.2 Statistik über die Finanzierung des Wohnungsbaus

7.2.1 Berichterstattung über die Finanzierung durch Kapitalsammelstellen

Rechtsgrundlage

Vereinbarung des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau mit den Verbänden der Kapitalsammelstellen (Sparkassen, Pfandbriefinstitute, Lebensversicherungsunternehmen, Bausparkassen).

Periodizität

Monatlich.

Kreis der Befragten

Kreditinstitute, Bausparkassen.

Berichtsweg

Befragte – Verbände der Kapitalsammelstellen – Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.

Ergebnisse

Tatbestände

Umfang der Zusagen und Auszahlungen von Wohnungsbaukrediten der Kapitalsammelstellen.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau:
»Bundes-Baublatt« (monatlich).

7.2.2 Statistik der Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau

Rechtsgrundlage

§ 32 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes (Wohnungsbau- und Familienheimgesetz – II. WoBauG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juli 1980 (BGBl. I S. 1085).

Periodizität

Laufende Erfassung; jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Bewilligungsstellen der Länder für Mittel für den sozialen Wohnungsbau.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Geförderte Bauvorhaben im 1. Förderungsweg (öffentlich geförderter sozialer Wohnungsbau) und im 2. Förderungsweg (Förderung des steuerbegünstigten Wohnungsbaus durch Aufwendungszuschüsse und -darlehen). Zahl der Gebäude und Wohnungen nach Gebäudearten (Ein-, Zwei- bzw. Mehrfamilienhäuser, Gebäude mit Eigentumswohnungen, Nichtwohngebäude), Größe der Wohnungen, Bauherrngruppen, Eigentumsformen.

Förderungsmittel (Bundes-/Landesmittel, Aufwendungsbeihilfen, Annuitätshilfen, Zinszuschüsse) nach Gebäudearten; veranschlagte Finanzierungsmittel nach Finanzierungsquellen.

Durchschnittliche Miete für Mietwohnungen in Mehrfamilienhäusern, durchschnittliche Belastung für Eigentumswohnungen und eigengenutzte Wohnungen in Familienheimen je m².

Für vollgeforderte Wohngebäude: Gebäude, Rauminhalt, Wohnungen, Grundstücksfläche und Wohnfläche nach Gebäudeart. Gesamtkosten und ihre Aufteilung; konventioneller Bau, Fertigteilbau.

Fachliche Gliederung

»Systematik der Bauwerke, Ausgabe 1978«.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 11/76; 8/77; 8/78; 3, 9/79; 9/80.

Fachserie 5, Reihe 2 (jährlich).

»Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft« (monatlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 3/75.

Hinweis: Im Rahmen der Bewilligungsstatistik werden die Angaben über den Umfang der Mittelbewilligungen und -auszahlungen sowie über die Anzahl der geförderten Wohnungen nach Förderungstypen monatlich von den zuständigen Länderministerien dem Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau mitgeteilt und monatlich im »Bundes-Baublatt« veröffentlicht.

Vorbemerkung: Zählungen der Gebäude und Wohnungen haben in der Bundesrepublik Deutschland bisher 1950, 1956, 1961 und 1968 stattgefunden. Im Zusammenhang mit der ursprünglich für Mai 1981 geplanten nächsten Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung war auch die Erhebung einiger gebäude- und wohnungsstatistischer Tatbestände geplant. Der Entwurf des Gesetzes über eine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1981) ist jedoch wegen der umstrittenen Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern nicht zustandegekommen. Angesichts der Bedeutung einer umfassenden Bestandsaufnahme der Einwohner, Haushalte, Gebäude, Wohnungen und Arbeitsstätten, die in der Diskussion über das Zählungsvorhaben stets unbestritten war, hat die Bundesregierung am 4. Februar 1981 einen neuen Gesetzentwurf eingebracht (Bundesrats-Drucksache 86/81). Er sieht für den 19. Mai 1982 eine Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung vor. Obwohl das Gesetzgebungsverfahren bei Redaktionsschluß noch im Gange war, wird das Erhebungsprogramm der Zählung 1982 in bezug auf gebäude- und wohnungsstatistische Feststellungen gegenüber 1968 stark eingeschränkt sein. An dieser Stelle wird deshalb zunächst in leicht verkürzter Form der Merkmalskatalog der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 nachgewiesen und anschließend ein Ausblick auf das voraussichtliche Frageprogramm des entsprechenden Erhebungsteils von 1982 gegeben.

7.3 Gebäude- und Wohnungszählung

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Gebäude- und Wohnungszählung 1968 (Wohnungszählungsgesetz 1968) vom 18. März 1968 (BGBl. I S. 225).

Periodizität

Unregelmäßig.

Kreis der Befragten

- 1 Gebäudezählung: Rund 9,2 Mill. Gebäudeeigentümer oder beauftragte Vertreter.
- 2 Wohnungszählung: Rund 22 Mill. Haushaltsvorstände oder deren Vertreter (unbewohnte Wohnungen: Gebäudeeigentümer oder deren Vertreter; an Angehörige ausländischer Streitkräfte privatrechtlich vermietete Wohnungen: Vermieter oder deren Vertreter).

Berichtsweg

Befragte – Gemeinden (Einsatz von Zählern) – Kreise – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Wohngebäude, sonstige bewohnte Gebäude und solche mit mindestens einer leerstehenden Wohnung sowie Unterkünfte nach Art, Zahl der Wohnungen und Wohngelegenheiten, Zahl der Wohnparteien und Personen, Baualter, Art der Wasserversorgung und Fäkalienbeseitigung, Unterkellerung, Geschößzahl der Wohngebäude.

Zu 2: Wohnungen und Wohngelegenheiten nach Zahl, Lage, Ausstattung, Art der Beheizung, Eigentums- und Besitzverhältnis, öffentlicher Förderung, Baualter der Gebäude, Größe (Raumzahl, Fläche, Wohn- und Schlafräume), Belegung mit Wohnparteien und Personen. Wohnungen ohne Wohnpartei nach Raumzahl, künftiger Nutzung, Dauer des Leerstehens.

Miete, auch nach Ausstattungstypen der Wohnungen, Größenklassen und Einzugsjahr in die Wohnung.

Wohnparteien nach Größe und Unterbringung sowie nach Alter, sozialer Stellung, Vertriebenen-/Flüchtlingseigenschaft und bei Einpersonensorohnparteien nach Geschlecht.

Wohnparteien ausländischer Arbeitnehmer insgesamt, Wohnparteien von Arbeitnehmern aus Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaften nach Größe und Unterbringung sowie nach sozialer Stellung. Einpersonensorohnparteien nach Geschlecht.

Unverheiratete Personen unter 21 Jahren in Wohnparteien mit drei Personen und mehr nach Zahl und Unterbringung. Ehepaare mit Eheschließung in den Jahren 1963 bis 1967 nach Kinderzahl und Unterbringung.

Auswahl von Merkmalen zu 1 und 2 auch nach Gemeindegrößenklassen.

Regionale Gliederung

StBA: Regierungsbezirke, Kreise, Stadtregionen.

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

WiSta 5, 8, 11/70; 7, 9, 10, 11, 12/71; 1, 5/72.

Fachserie 5, »Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968«, Hefte 2 bis 8 und Sonderheft.

Karten zur Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968 (6 Kartenblätter mit 21 Karten).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 5, 10/68 bzw. 6/78 und 5/79.

Fachserie 5, »Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968«, Heft 1.

Der Entwurf eines Gesetzes über eine Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1982 sieht die Erfassung folgender gebäude- und wohnungsstatistischer Tatbestände vor:

Gebäudezählung

Grundstücksgröße, Lage, Grundfläche aller auf dem Grundstück befindlichen Bauwerke, Abstellmöglichkeiten für Kraftfahrzeuge, Eigentümer oder Nießbrauchberechtigter, Erbbaurecht.

Gebäude und ständig bewohnte Unterkünfte nach Art und Baujahr, Zahl der Geschosse, Zahl und Lage der Wohnungen und Arbeitsstätten, Gesamtnutzfläche sowie Art und Anteile der Nutzungen.

Bei Anstaltsgebäuden außerdem Zweck der Anstalt und Zahl der Plätze.

Wohnungszählung

Art, Größe, Ausstattung und Verwendungszweck der Wohnung, Wohnverhältnis, Förderung mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus, Zahl und Nutzung der Räume, Bezugsjahr.

Bei vermieteten Wohnungen außerdem Höhe der monatlichen Miete; bei leerstehenden Wohnungen Dauer des Leerstehens.

Rechtsgrundlage

§ 4 des Zweiten Gesetzes über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit und die Fortschreibung des Gebäudebestandes (2. BauStatG) vom 27. Juli 1978 (BGBl. I S. 1118).

Periodizität

Jährliche Fortschreibung zum 31. Dezember.

Kreis der Befragten

Die bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 (siehe unter 7.3) festgestellten Bestandszahlen über Wohngebäude und Wohnungen werden von den Statistischen Landesämtern anhand der Ergebnisse der Bautätigkeitsstatistiken (siehe unter 7.1) und der Veränderungen aus Freigaben und Inanspruchnahmen von Wohnungen für die im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte fortgeschrieben.

Berichtsweg

StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Bestand an Wohngebäuden, Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden nach der Zahl der Räume.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 7/76; 8/77; 8/78; 8/79.

Fachserie 5, Reihe 3 (jährlich).

Außerdem methodische Grundlagen.

Fachserie 5, »Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968«, Heft 1.

7.4 Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik auf dem Gebiet des Wohnungswesens (Wohnungsstichprobengesetz 1978) vom 14. Dezember 1977 (BGBl. I S. 2562).

Periodizität

Unregelmäßig (bisher 1957, 1960, 1965, 1972, 1978).

Kreis der Befragten

Stichprobenerhebung mit einem Auswahlatz von 1 % (Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456 ff.).

Rund 240 000 Haushalte (Gebäudeeigentümer, Wohnungsinhaber und Untermieter) in rd. 240 000 Wohnungen in rd. 110 000 Gebäuden und Unterkünften.

Berichtsweg

Befragte (Befragung durch Interviewer) – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Gebäude und Unterkünfte: Art, Baualter, Zahl der Wohnungen, Belegung mit Haushalten und Personen, Geschoßzahl, Beheizung, Unterkellerung, Schutzräume, Garagen im Gebäude, Grünanlage auf dem Grundstück, Nutzung für Nichtwohnzwecke, Eigentümer, Größe des Grundstücks (falls nur ein Gebäude).

7.5 Wohnungsstichprobe 1978

Wohngebäude nach laufenden Aufwendungen, Feuerversicherungswert, Eigentumserwerb, Mieteinnahmen, Art der durchgeführten Modernisierung oder größeren Instandsetzung (seit 1973) des Gebäudes oder von Wohnungen, Kosten und Finanzierung.

Wohnungen: Gebäudeart (z. B. landwirtschaftliche und nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude), Wohnungsart (z. B. Haupt- und Zweitwohnungen), Baualter, Besitzverhältnis, Raumzahl, Fläche, Ausstattung, Beheizung, Warmwasserversorgung, Art der Fenster (Isolierung), Förderung mit öffentlichen Mitteln; Belegungsjahr, Belegung mit Haushalten und Personen. Außerdem bei Mietwohnungen: Wohnungsmiete und Wohnungsart, Modernisierung auf Kosten des Mieters.

Haushalte: Struktur, Größe; Staatsangehörigkeit, soziale Stellung, Alter und Geschlecht des Haushaltsvorstands; Zahl und Alter der Kinder; Wohnverhältnis, Beurteilung der Wohnverhältnisse allgemein (Wohnung/Wohngegend, Entfernung zu Infrastruktureinrichtungen, Verkehrsanbindung und -häufigkeit), Einzugsjahr.

Inhaber von Hauptwohnungen: Erstmaliger Bezug einer Wohnung, Umzug, Grund des letzten Umzugs (seit 1972), Vergleich jetzige/frühere Wohnung und Vergleich der sonstigen Wohnsituation zur letzten Wohnung des Haushaltsvorstands.

Haushalte: Besitz einer Freizeitwohnung, Größe, Häufigkeit der Benutzung; Besitz und Abstellung privater Pkw; Bezug von Wohngeld, Beginn, Höhe, Anlaß; Hauptmieterhaushalte: Miete und Mietbelastung; Untermieterhaushalte: Untermiete und Gesamtfläche der untergemieteten Räume.

Fachliche Gliederung

»Systematik der Bauwerke, Ausgabe 1978«.

Regionale Gliederung

StBA: Gemeindetypen (17 Typen nach siedlungsstrukturellen Faktoren: a) Großräumige siedlungsstrukturelle Lage, b) zentralörtliche Funktion, c) Einwohnerzahl).

Außerdem auf Datenband: Raumordnungsregionen, Regionstypen, Verdichtungsregionen.

Veröffentlichungen

Fachserie 5, »1 % – Wohnungsstichprobe 1978«, Heft 2 und 3 (Heft 4 bis 6 vorgesehen).

Außerdem methodische Grundlagen:
WiSta 7/77.

Fachserie 5, »1 % – Wohnungsstichprobe 1978«, Heft 1.

8 HANDEL, GASTGEWERBE, REISEVERKEHR

8.1	Handels- und Gaststättenzählung 1979	201
8.2	Großhandelsstatistik	202
8.3	Handelsvermittlungsstatistik	203
8.4	Einzelhandelsstatistik	203
8.5	Gastgewerbestatistik	204
8.6	Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr	205
8.7	Statistik des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs	206
8.8	Mikrozensus	206
8.9	Statistik des Warenverkehrs mit Berlin (West)	207
8.10	Statistik des Warenverkehrs mit der DDR und Berlin (Ost)	208

- 1 Unternehmen.
- 2 Arbeitsstätten von Unternehmen.

8.1 Handels- und Gaststätten- zählung 1979

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik im Handel und Gastgewerbe (Handelsstatistikgesetz – HdlStatG) vom 10. November 1978 (BGBl. I S. 1733).

Periodizität

Unregelmäßig; zuletzt 1979 für das Kalender- oder Geschäftsjahr 1978 (davor 1968/70 und 1960). Die nächste Zählung findet 1985 für das Kalender- oder Geschäftsjahr 1984 statt.

Kreis der Befragten

Zu 1: Unternehmen des Großhandels (einschl. Außenhandel, Einkaufs- und Verkaufsvereinigungen, auch -genossenschaften), der Handelsvermittlung (Handelsvertreter und Handelsmakler einschl. Versandhandelsvertreter), des Einzelhandels (einschl. Versand-, Markt-, Straßen- und Hausierhandel, Apotheken sowie Tankstellen) und des Gastgewerbes (Beherbergungs- und Gaststättengewerbe).

Zu 2: Arbeitsstätten von Unternehmen des Großhandels, der Handelsvermittlung, des Einzelhandels und des Gastgewerbes, unabhängig von ihrer ausgeübten wirtschaftlichen Tätigkeit.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Anzahl der Unternehmen und Arbeitsstätten; Tätige Personen insgesamt, Teilzeitbeschäftigte und Arbeitnehmer; Umsatz insgesamt und Aufteilung nach ausgeübten wirtschaftlichen Tätigkeiten (z. B. aus Großhandel, Reparatur); im Großhandel und in der Handelsvermittlung Gesamtwert der gegen Provision vermittelten Waren.

Die Ergebnisse werden im allgemeinen gegliedert nach: Umsatzgrößenklassen, Beschäftigtengrößenklassen, Rechtsformen, Zahl der Arbeitsstätten; im Großhandel und in der Handelsvermittlung jeweils nach Arten (Großhandel: z. B. Binnengroßhandel, Ausfuhrhandel; Handelsvermittlung: Handelsvertreter, Handelsmakler); im Groß- und Einzelhandel nach der Unternehmensform (Werkhandelsunternehmen, ungebundene Unternehmen), nach der Absatzform (Großhandel: Streckengroßhandel, Lagergroßhandel; Einzelhandel: ambulanter Handel, Versandhandel, stationärer Einzelhandel); im Einzelhandel nach Erscheinungsformen (z. B. Warenhäuser, Verbrauchermärkte, SB-Warenhäuser).

Zu 2: Anzahl der Arbeitsstätten; Tätige Personen insgesamt, Teilzeitbeschäftigte und Arbeitnehmer; Umsatz insgesamt und Aufteilung nach ausgeübten wirtschaftlichen Tätigkeiten (z. B. aus Großhandel, Reparatur); im Großhandel Umsatz aus Selbstbedienung (Cash-and-Carry-Umsatz); im Groß- und Einzelhandel verfügbare Kfz-Parkfläche; im Einzelhandel Geschäfts- und Verkaufsfläche; im Gastgewerbe Fremdenzimmer, Fremdenbetten und Ferienhäuser, Ferienwohnungen.

Die Ergebnisse werden im allgemeinen gegliedert nach: Umsatzgrößenklassen, Beschäftigtengrößenklassen; im Groß- und Einzelhandel nach Bedienungsformen und örtlicher Lage; im Einzelhandel nach Erscheinungsformen (z. B. Warenhäuser, Verbrauchermärkte, SB-Warenhäuser), Verkaufsflächengrößenklassen, Vertriebsformen (z. B. Ladengeschäft, Straßenverkauf); im Gastgewerbe nach der Zahl der Fremdenzimmer und Fremdenbetten.

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979«.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden, Gemeindeteile.

Veröffentlichungen

Fachserie 6, »Handels- und Gaststättenzählung 1979« (mehrere Hefte vorgesehen).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 11/78; 12/80.

8.2 Großhandels- statistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik im Handel und Gastgewerbe (Handelsstatistikgesetz – HdlStatG) vom 10. November 1978 (BGBl. I S. 1733).

Periodizität

Monatlich, jährlich und mehrjährlich (1981, 1987 und danach im Abstand von fünf bis sieben Jahren).

Kreis der Befragten

Bis zu 10 000 ausgewählte Unternehmen – bei den mehrjährigen Erhebungen bis zu 20 000 Unternehmen – aus 121 Wirtschaftsklassen anhand der Unterlagen der Handels- und Gaststättenzählung 1979 unter Berücksichtigung der Neugründungen (Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456ff.).

Berichtsweg

Befragte – StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Absolute Werte, Meßzahlen (Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 466ff.) bzw. Veränderungsraten.

Monatlich: Umsatz, Voll- und Teilzeitbeschäftigte.

Jährlich: Tätige Personen, Waren- und Materialeingang (einschl. Aufwendungen für an andere Unternehmen vergebene Lohnarbeiten), Waren- und Materialbestände am Anfang und Ende des Kalender- oder Geschäftsjahres, Investitionen, Aufwendungen für gemietete oder gepachtete Anlagegüter, Verkaufserlöse aus dem Abgang von Anlagegütern, Bruttolohn- und -gehaltsumme; Umsatz nach Arten der ausgeübten wirtschaftlichen Tätigkeiten, Warengruppen und Absatzformen; Gesamtwert des gegen Provision vermittelten Warenumsatzes.

Mehrjährlich: Zusammensetzung des Warensortiments, Inlandsbezüge nach Lieferantengruppen, Inlandsumsatz nach Abnehmergruppen.

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979«. Verschiedene zussystematische Gliederungen, wie Außenhandel, Binnenhandel, Cash-and-Carry, Lager- und Streckenhandel.

Veröffentlichungen

WiSta* (monatlich).

Fachserie 6, Reihe 1.1 (monatlich, jährlich),
Reihe 1.2 (jährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 11/78.

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik im Handel und Gastgewerbe (Handelsstatistikgesetz – HdlStatG) vom 10. November 1978 (BGBl. I S. 1733).

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Bis zu 10 000 ausgewählte Unternehmen aus 85 Wirtschaftsklassen anhand der Unterlagen der Handels- und Gaststättenzählung 1979 unter Berücksichtigung der Neugründungen (Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456 ff.).

Berichtsweg

Befragte – StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Absolute Werte bzw. Veränderungsraten: Tätige Personen, Waren- und Materialeingang (einschl. Aufwendungen für an andere Unternehmen vergebene Lohnarbeiten), Waren- und Materialbestände am Anfang und Ende des Kalender- oder Geschäftsjahres, Investitionen, Aufwendungen für gemietete oder gepachtete Anlagegüter, Verkaufserlöse aus dem Abgang von Anlagegütern, Bruttolohn- und -gehaltsumme, Umsatz nach Arten der ausgeübten wirtschaftlichen Tätigkeiten sowie Gesamtwert des gegen Provision vermittelten Warenumsatzes nach Warengruppen.

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979«.

Veröffentlichungen

Fachserie 6, Reihe 2 (jährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:
WiSta 11/78

8.3 Handelsvermittlungstatistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik im Handel und Gastgewerbe (Handelsstatistikgesetz – HdlStatG) vom 10. November 1978 (BGBl. I S. 1733).

Periodizität

Monatlich, jährlich und mehrjährlich (1980, 1986 und danach im Abstand von fünf bis sieben Jahren).

Kreis der Befragten

Bis zu 25 000 ausgewählte Unternehmen aus 82 Wirtschaftsklassen anhand der Unterlagen der Handels- und Gaststättenzählung 1979 unter Berücksichtigung der Neugründungen (Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456 ff.).

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

8.4 Einzelhandelsstatistik

Ergebnisse

Tatbestände

Absolute Werte, Meßzahlen (Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 466ff.) bzw. Veränderungsraten.

Monatlich: Umsatz, Voll- und Teilzeitbeschäftigte.

Jährlich: Tätige Personen, Waren- und Materialeingang (einschl. Aufwendungen für an andere Unternehmen vergebene Lohnarbeiten), Waren- und Materialbestände am Anfang und Ende des Kalender- oder Geschäftsjahres, Investitionen, Aufwendungen für gemietete oder gepachtete Anlagegüter, Verkaufserlöse aus dem Abgang von Anlagegütern, Brutto Lohn- und -gehaltsumme; Umsatz nach Arten der ausgewählten wirtschaftlichen Tätigkeiten, Warengruppen und Absatzformen.

Mehrjährlich: Zusammensetzung des Warensortiments, Inlandsbezüge nach Lieferantengruppen.

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979«. Verschiedene zussystematische Gliederungen, wie stationärer Handel, Versandhandel, Warenhaus- und Verbrauchermarktunternehmen.

Veröffentlichungen

WiSta* (monatlich).

Fachserie 6, Reihe 3.1 (monatlich, jährlich),
Reihe 3.2 (jährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 11/78.

8.5 Gastgewerbestatistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik im Handel und Gastgewerbe (Handelsstatistikgesetz – HdStatG) vom 10. November 1978 (BGBl. I S. 1733).

Periodizität

Monatlich, jährlich und mehrjährlich (1981, 1987 und danach im Abstand von fünf bis sieben Jahren).

Kreis der Befragten

Bis zu 8 000 ausgewählte Unternehmen aus 20 Wirtschaftsklassen anhand der Unterlagen der Handels- und Gaststättenzählung 1979 unter Berücksichtigung der Neugründungen (Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456ff.).

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Absolute Werte, Meßzahlen (Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 466ff.) bzw. Veränderungsraten.

Monatlich: Umsatz, Voll- und Teilzeitbeschäftigte.

Jährlich: Tätige Personen, Waren- und Materialeingang (einschl. Aufwendungen für an andere Unternehmen vergebene Lohnarbeiten), Waren- und Materialbestände am Anfang und Ende des Kalender- oder Geschäftsjahres, Investitionen, Aufwendungen für gemietete oder gepachtete Anlagegüter, Verkaufserlöse aus dem Abgang von Anlagegütern, Brutto Lohn- und -gehaltsumme.

summe; Umsatz nach Arten der ausgeübten wirtschaftlichen Tätigkeiten (Beherbergung, Verpflegung (einschl. Getränke) und sonstiger Umsatz).

Mehrfährlich: Zusammensetzung des Warensortiments.

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979«.

Veröffentlichungen

WiSta* (monatlich).

Fachserie 6, Reihe 4 (monatlich, jährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 11/78.

Vorbemerkung: Die bisherige Rechtsgrundlage der Beherbergungsstatistik, das Gesetz über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten (FremdenVerk StatG) vom 12. Januar 1960 (BGBl. I S. 6) in der durch § 11 Abs 1 Handelsstatistikgesetz (HdlStatG) vom 10. November 1978 (BGBl. I S. 1733) geänderten Fassung, ist mit Wirkung vom 1. Januar 1981 außer Kraft getreten. Durch die auf der neuen Rechtsgrundlage beruhende Reform der Beherbergungsstatistik sind der Erhebungsumfang sowie das Erhebungs- und Darstellungsprogramm geändert worden.

8.6 Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr (Beherbergungsstatistikgesetz – BeherbStatG) vom 14. Juli 1980 (BGBl. I S. 953).

Periodizität

1 Monatlich.

2 Sechsfährlich, beginnend 1981 (Stand 1. Januar).

Kreis der Befragten

Alle Beherbergungsstätten, die nach Einrichtung und Zweckbestimmung dazu dienen, mehr als acht Gäste gleichzeitig vorübergehend zu beherbergen.

Berichtsweg

Auskunftspflichtige – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Ankünfte, Übernachtungen und Aufenthaltsdauer von Gästen; ausländische Gäste nach Herkunftsländern; angebotene Fremdenbetten und Wohneinheiten bzw. Stellplätze auf Campingplätzen; Auslastung der Bettenkapazität, und zwar jeweils nach Betriebsarten (Hotels, Gasthöfe, Pensionen u. a.), Betriebsgrößeklassen, Gemeindegößeklassen und Gemeindeguppen (Heilbäder, Seebäder, Luftkurorte u. a.).

Zu 2: Beherbergungsstätten, Beherbergungseinheiten (Gästezimmer, Wohneinheiten) und Fremdenbetten nach Betriebsarten, Betriebsgrößeklassen, Ausstattungsklassen, Preisklassen, Gemeindegößeklassen und Gemeindeguppen; Größe und Struktur des Campingplatzangebots.

Veröffentlichungen

Zu 1: Fachserie 6, Reihe 7.1 (monatlich).

Zu 2: Fachserie 6, Reihe 7.2 (sechsfährlich)

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 12/80.

Fachserie 6, Reihe 7.1,
Reihe 7.2.

8.7 Statistik des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs

Rechtsgrundlage

Geschäftsstatistik des Bundesministeriums des Innern gemäß § 9 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289).

Periodizität

Laufende Erfassung; monatliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Grenzschutzämter und Wasserschutzämter.

Berichtsweg

Befragte – Grenzschutzdirektion – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Einreisen von Deutschen und Ausländern im Reiseverkehr über die Auslandsgrenzen der Bundesrepublik Deutschland.

Ein- und Ausreisen von Deutschen und Ausländern im Reiseverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost) sowie im Transitverkehr (ohne Luftverkehr) von und nach Berlin (West).

Regionale Gliederung

Art des Grenzübergangs (Straßen-, Eisenbahn-, Wasserübergänge; Seehäfen, Flugplätze), Landgrenzübergangsstellen, z. T. Grenzabschnitte.

Veröffentlichungen

Fachserie 6, Reihe 7.4 (monatlich).

8.8 Mikrozensus 0,1 % Stichprobe

Vorbemerkung: An dieser Stelle werden nur die Tatbestände des Mikrozensus nachgewiesen, die sich auf den Bereich Reise und Erholung beziehen. (Bevölkerungss-statistische Tatbestände siehe unter 1.2, erwerbsstatistische Tatbestände siehe unter 3.2, Vermögenswirksames Sparen siehe unter 11.28 und gesundheitsstatistische Tatbestände siehe unter 14.6.)

Rechtsgrundlage

§ 3 Abs. 1 Nr. 9 des Gesetzes über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 15. Juli 1975 (BGBl. I S. 1099).

Periodizität

Ab 1976 (für 1975) jährlich; vergleichbare Befragungen wurden für die Jahre 1962, 1966 sowie 1969 bis 1972 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Stichprobenerhebung bei rd. 23 000 Haushalten (Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456ff.).

Berichtsweg

Befragte (Befragung durch Interviewer) – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Personen mit mindestens einer Reise von 5 Tagen oder mehr, Reisende nach Zahl der Reisen sowie ausgewählten demographischen und erwerbsstatistischen Merkmalen.

Reisen nach Herkunftsland (Bundesländer) und Zielland (Bundesländer – Inlandsreisen außerdem nach Reisegebieten –, ausländische Staaten), Monat, Dauer, Art (z. B. Pauschalreise, Kur), Verkehrsmittel und Unterkunftsart (z. B. Hotel, Privatquartier, Campingplatz).

Haushaltsreisen und Reiseausgaben nach Zahl der Reisetilnehmer, Reisedauer und sonstigen reisebezogenen Merkmalen.

Veröffentlichungen

WiSta 12/77, 7, 10/78; 3, 10/79; 2, 9/80.
Fachserie 6, Reihe 7 3 (jährlich).

Rechtsgrundlage

Geschäftsstatistik des Statistischen Bundesamtes im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft gemäß § 9 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289). »Verfahren für die Ausfertigung und Behandlung von Warenbegleitscheinen für den Transit ziviler Güter zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)« (BA nz. Nr. 13 vom 20. Januar 1972 S. 1).

Periodizität

Laufende Erfassung; monatliche und jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Auswertung der bei den Zolldienststellen anfallenden Warenbegleitscheine.

Berichtsweg

Zolldienststellen – StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Warensendungen nach Warengruppen, Gewicht und Wert sowie Verkehrszweigen.

Fachliche Gliederung

Warengliederung in Anlehnung an »Systematisches Warenverzeichnis für die Industriestatistik, Ausgabe 1975« und »Güterverzeichnis für die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Ausgabe 1978«.

Regionale Gliederung

Übergangsstellen.

Veröffentlichungen

WiSta* (monatlich).
Fachserie 6, Reihe 5 (monatlich, jährlich).

8.9 Statistik des Warenverkehrs mit Berlin (West)

8.10 Statistik des Warenverkehrs mit der DDR und Berlin (Ost)

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik des Warenverkehrs mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost) vom 16. Juni 1978 (BGBl. I S. 751).

Periodizität

Laufende Erfassung; monatliche und jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Auswertung der bei den Zolldienststellen anfallenden Warenbegleitscheine.

Berichtsweg

Zolldienststellen – StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Warenverkehr nach Bundesländern, Lieferanlässen (z. B. Käufe, Verkäufe) und Wert.

Lieferungen und Bezüge des Bundesgebietes nach Warengruppen, ausgewählten Warenzweigen und -arten, Verkehrszweigen (z. B. Straßen-, Eisenbahnverkehr), Wert und Gewicht.

Fachliche Gliederung

»Systematisches Warenverzeichnis für die Industriestatistik, Ausgabe 1975« und »Güterverzeichnis für die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Ausgabe 1978«.

Regionale Gliederung

Übergangsstellen.

Veröffentlichungen

WiSta 3/76; 3/77; 3/78; 3/79, 3/80.

WiSta* (monatlich).

Fachserie 6, Reihe 6 (monatlich, jährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 11/71.

Fachserie 6, Reihe 6.

9 AUSSENHANDEL

9.1	Außenhandelsstatistik	211
9.2	Statistik der eingeführten festen Brennstoffe	213

Vorbemerkung: Der Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost) wird nicht in der Außenhandelsstatistik, sondern in der »Statistik des Warenverkehrs mit der DDR und Berlin (Ost)« nachgewiesen (siehe unter 8.10).

9.1 Außenhandelsstatistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs (Außenhandelsstatistikgesetz – AHStatGes) vom 1. Mai 1957 (BGBl. I S. 413), geändert durch Artikel 9 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294). Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs (Außenhandelsstatistik-Durchführungsverordnung – AHStatDV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1977 (BGBl. I S. 1281), geändert durch Artikel 24 des 1. Statistikbereinigungsgesetzes vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294). Verordnung (EWG) Nr. 1736/75 des Rates vom 24. Juni 1975 über die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten (Amtsbl. der EG Nr. L 183 S. 3), geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 2845/77 des Rates vom 19. Dezember 1977 (Amtsbl. der EG Nr. L 329 S. 3).

Periodizität

Laufende Erfassung; monatliche und jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Im allgemeinen die Einführer und Ausführer von Waren; für die Durchfuhr die Besitzer von Waren (Frachtführer); für die Zolltarifstatistik teilweise auch die Zolldienststellen.

Als Unterlagen dienen die von den Ein- bzw. Ausführern auszufüllenden und von den Zolldienststellen zu bestätigenden Anmeldepapiere.

Ab Frühjahr 1980 erfolgt gemäß dem 1. Statistikbereinigungsgesetz keine Anmeldung von Sendungen mit Waren der gewerblichen Wirtschaft bis zu einem Wert von einschl. 500 DM und mit Waren der Ernährung und Landwirtschaft bis zu einem Wert von einschl. 100 DM. Vorher (ab 1974) betrug die Wertgrenzen 300 DM bzw. 50 DM.

Berichtsweg

Befragte – Anmeldestellen (Zoll- und andere Dienststellen) – StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Grenzüberschreitender Warenverkehr (Einfuhr, Ausfuhr, Durchfuhr) des Erhebungsgebietes mit dem Ausland.

Einfuhr:

Mengen und Werte (Maßeinheit, Eigengewicht und Grenzübergangswert) für die Merkmale: Einfuhrart, Warennummer, Codennummer, Herstellungs-(Ursprungs-)land, Einkaufsland, Versendungsland (gemäß Artikel 11 Verordnung (EWG) Nr. 1736/75), Zielland (Bundesland), Lieferbedingung (fob, ab Werk; cif, frei Grenze, frei Bestimmungsort; sonstige Einfuhren), Eingangs-anmeldestelle.

Ausfuhr:

Mengen und Werte (Maßeinheit, Eigengewicht und Grenzübergangswert) für die Merkmale: Ausfuhrart, Warennummer, Verbrauchs-(Bestimmungs-)land, Käuferland, Herstellungsland (Bundesland).

Durchfuhr:

Mengen (Bruttogewicht) der durch das Erhebungsgebiet durchgeführten Waren (ab 1973 nur Eingang von See, Ausgang nach See und Seeumschlag) nach Versendungs- und Bestimmungsländern sowie nach Seehäfen.

Die Angaben über die Einfuhrart (Einfuhr in den freien Verkehr, zur Eigenveredelung, zur Lohnveredelung, nach passiver Veredelung, auf Lager, aus Lager) und über die Ausfuhrart (Ausfuhr aus dem freien Verkehr, nach Eigenveredelung, nach Lohnveredelung, zur passiven Veredelung, aus Lager) ermöglichen eine Darstellung des Generalhandels und Spezialhandels.

Der Generalhandel umfaßt alle ein- und ausgehenden Waren (mit Ausnahme der Waren der Durchfuhr und des Zwischenauslandsverkehrs).

Der Spezialhandel umfaßt bei der Einfuhr im wesentlichen nur die Waren, die zum Gebrauch, Verbrauch, zur Bearbeitung oder Verarbeitung in das Erhebungsgebiet eingehen, und bei der Ausfuhr die Waren, die aus der Erzeugung, Bearbeitung oder Verarbeitung des Erhebungsgebietes stammen.

Spezialhandel und Generalhandel unterscheiden sich durch die unterschiedliche Behandlung des Lagerverkehrs, und zwar sind die Einfuhr von Waren auf Lager und die Ausfuhr von Waren aus Lager im Generalhandel, dagegen die Einfuhr von Waren aus Lager im Spezialhandel enthalten.

Ferner werden in der Außenhandelsstatistik Ergebnisse über den Lagerverkehr (die auf Lager – Freihafen- und Zollager – eingeführten ausländischen Waren einschl. einiger Sonderfälle), den Veredelungsverkehr und die Zollsoll-erträge nachgewiesen.

Fachliche Gliederung

Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft sowie Kapitel und einzelne bzw. zusammengefaßte Positionen des »Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik, Ausgabe 1980«. Warengruppen und -zweige des »Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975«. »Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC – Rev. II)« sowie Investitions- und Verbrauchsgütergruppen.

Die Ländergliederung folgt dem »Länderverzeichnis für die Außenhandelsstatistik, Ausgabe 1981«.

Veröffentlichungen

WiSta* (monatlich).

Fachserie 7, Reihe 1 (monatlich, jährlich),

Reihe 2 (monatlich, Dezember mit Jahresergebnis),
Ergänzender Bericht 2.1 (jährlich),

Reihe 3 (vierteljährlich, 4. Vierteljahr mit Jahresergebnis),
Ergänzende Berichte 3.1 und 3.2 (jährlich),

Reihe 4.1 (monatlich, Dezember mit Jahresergebnis),

Reihe 5.1 (jährlich),
5.2 (zweijährlich),

Reihe 6 (jährlich),

Reihe 7 (jährlich),

Reihe 8 (jährlich),

Reihe S (Sonderbeiträge, unregelmäßig).

»Foreign Trade according to the Standard International Trade Classification (SITC – Rev. II) – Special Trade« (vierteljährlich, 4. Vierteljahr mit Jahresergebnis).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 12/61; 6/69; 4/71; 2/74; 4/75; 1/79.

Indizes der Ein- und Ausfuhr

(Berechnungsgrundlage und fachliche Gliederung siehe Übersicht S. 466 ff.)

Veröffentlichungen

WiSta* (monatlich).

Fachserie 7, Reihe 1 (monatlich, jährlich).

»Foreign Trade according to the Standard International Trade Classification (SITC – Rev. II) – Special Trade« (vierteljährlich, 4. Vierteljahr mit Jahresergebnis).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 1, 10/66; 12/74; 1/79.

Rechtsgrundlage

Gesetz über die statistische Erfassung der in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbrachten festen Brennstoffe vom 29. November 1974 (BGBl. I S. 3345).

Periodizität

Monatlich.

Kreis der Befragten

Unternehmen des einschlägigen Einfuhr- und DDR-Handels.

Berichtsweg

Befragte – Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, Eschborn/Ts.

Ergebnisse

Tatbestände

Art und Menge der Lieferungen nach Abnehmergruppen sowie der Bestände.

Veröffentlichungen

Statistik der Kohlenwirtschaft e V., Essen:

»Zahlen zur Kohlenwirtschaft« (monatlich, jährlich).

9.2 Statistik der eingeführten festen Brennstoffe

10 VERKEHR

	Eisenbahnverkehr	
10.1	Eisenbahnstatistik	217
	Straßenverkehr	
10.2	Straßenstatistik	218
10.3	Statistik des Kraftfahrzeug- und Anhängerbestandes und seiner Veränderungen	220
10.4	Fahrerlaubnisstatistiken	222
10.5	Verkehrszentralregister-Statistik	223
10.6	Fahrzeugmängelstatistik	224
10.7	Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr	224
10.8	Statistik des Güterverkehrs mit Kraftfahrzeugen	225
10.9	Statistik des grenzüberschreitenden Verkehrs mit Kraftfahrzeugen	231
10.10	Statistik des Kraftfahrzeugverkehrs mit Berlin und der DDR	233
10.11	Statistik der Straßenverkehrsunfälle	233
	Binnen- und Seeschifffahrt	
10.12	Binnenschifffahrtsstatistik	234
10.13	Seeschifffahrtsstatistik	237
	Luftverkehr	
10.14	Luftfahrtstatistik	239
10.15	Statistik der Luftverkehrsunfälle	240
	Rohrfernleitungsverkehr	
10.16	Rohrfernleitungsstatistik	241
	Post- und Fernmeldewesen	
10.17	Statistik der Deutschen Bundespost	242
	Wetterdienst	
10.18	Statistik des Deutschen Wetterdienstes	244

Vorbemerkung: Die verkehrsstatistischen Nachweisungen der amtlichen Statistik beziehen sich im allgemeinen nur auf Teile der Verkehrswirtschaft, meist auf einzelne Verkehrszweige. Darüber hinaus gibt es einige zusammenfassende Übersichten für den gesamten Verkehrsbereich, die eine Gesamtschau ermöglichen. Hierzu gehören die jährlichen Angaben über die gesamte Verkehrswirtschaft, die regelmäßig in Heft 2 von WiSta gebracht werden. Meßzahlen des Personen- und Güterverkehrs (Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 466 ff.) erscheinen in den »Statistischen Monatszahlen« von WiSta. Der Güterverkehr aller Verkehrszweige wird zusammenfassend in WiSta (vierteljährlich) und in Fachserie 8, Reihe 1 (vierteljährlich und jährlich) dargestellt. Über die Verkehrsunfälle in allen Verkehrszweigen wird im »Statistischen Jahrbuch« berichtet.

Eisenbahnverkehr

- 1 Bestandsstatistik.
- 2 Verkehrsstatistik.
- 3 Statistik der Bahnbetriebsunfälle.

10.1 Eisenbahnstatistik

Hinweis: Die Betriebsstatistik im Rahmen der Eisenbahnstatistik ist gemäß dem 1. Statistikbereinigungsgesetz fortgefallen

Rechtsgrundlage

Verordnung über eine Eisenbahnstatistik vom 8. August 1965 (BGBl. I S. 749), geändert durch Artikel 25 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294).

Periodizität

Zu 1: Jährlich.

Zu 2: Monatlich, jährlich.

Zu 3: Monatliche Erhebung; jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Unternehmen, die öffentlichen Schienenverkehr betreiben (Deutsche Bundesbahn, nichtbundeseigene Eisenbahnen).

Berichtsweg

Befragte (Unternehmen der nichtbundeseigenen Eisenbahnen über zuständige Landesbehörden) – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Strecken- und Gleislängen nach Art und Einrichtung. Fahrzeug- und Behälterbestände nach Art. Bahnhöfe, Haltepunkte und -stellen, Gleisanschlüsse und Bahnübergänge. Personalbestand nach Beschäftigungsverhältnis und betrieblichem Einsatz.

Zu 2: Personenverkehr: Beförderte Personen und Personenkilometer nach Art der Fahrausweise.

Güterverkehr: Menge des frachtpflichtigen Wagenladungsverkehrs in der Verflechtung nach Ein- und Ausladeverkehrsbezirken und Gütergruppen sowie Tariftonnenkilometern. Menge des frachtpflichtigen Stückgutverkehrs nach Versandverkehrsbezirken sowie Tariftonnenkilometern. Menge und Tariftonnenkilometer des Expreßgut- und des Dienstgutverkehrs. Be- und Entladung auf Gleisanschlüssen nach Wagen und Tonnen.

Jährlich: Menge und Tariftonnenkilometer des frachtpflichtigen Wagenladungsverkehrs nach Entfernungsstufen und wichtigen Gütergruppen. Menge des Versandes und Empfanges der Kreise.

Einnahmen aus dem Personen-, Gepäck-, Expreßgut- und Güterverkehr.

Zu 3: Art der Bahnbetriebsunfälle sowie getötete und verletzte Personen.

Fachliche Gliederung

»Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik, Ausgabe 1969«.

Regionale Gliederung

StBA: Verkehrsgebiete und Verkehrsbezirke nach dem »Verzeichnis der Verkehrsbezirke und Häfen, Ausgabe 1980«. Ferner Angaben für Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 10/76; 7/77; 7/78; 8/79, 8/80

WiSta* (monatlich).

Fachserie 8, Reihe 2 (monatlich, jährlich),

Reihe 1 (vierteljährlich, jährlich)

Straßenverkehr

10.2 Straßenstatistik

10.2.1 Statistik der Straßen des überörtlichen Verkehrs

- 1 Straßenbestandsaufnahme.
- 2 Straßenlängenstatistik.
- 3 Verkehrszählungen.

Rechtsgrundlage

Vereinbarungen des Bundesministers für Verkehr mit den zuständigen Ministerien der Länder.

Periodizität

Zu 1: Fünfjährlich, zuletzt zum Stichtag 1. Januar 1981.

Zu 2: Jährlich (Stichtag 1. Januar).

(In den Jahren, in denen eine Straßenbestandsaufnahme stattfindet, wird die Straßenlängenstatistik zusammen mit der Straßenbestandsaufnahme durchgeführt.)

Zu 3: Laufende Ermittlung durch automatische Registriergeräte an bestimmten Zählstellen sowie in Abständen von zwei bis drei Jahren (zuletzt 1980) manuelle Kurzzeitzählungen (d. h. Erfassungen durch Zähler an zahlreichen Zählstellen und zu ausgewählten Zeiten).

Kreis der Befragten

Landesstraßenbauämter.

Berichtsweg

Befragte – Oberste Straßenbaubehörden der Länder – Bundesministerium für Verkehr.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Gesamte Straßenlänge der Straßen des überörtlichen Verkehrs (Bundesautobahnen, Bundesstraßen, Landesstraßen und Kreisstraßen); Art der Straßendecke, Breite der Fahrbahn; Angabe der freien Strecken, der Ortsdurchfahrten, der befestigten Rand- und Seitenstreifen; Art des Unterbaues und der Befestigung (jeweils gegliedert nach Baulastträgern), Radwege im Zuge von überörtlichen Straßen.

Zu 2: Gesamte Straßenlänge der Straßen des überörtlichen Verkehrs; Angabe der freien Strecken und Ortsdurchfahrten nach Baulastträgern, Abschnitte in der Baulast Dritter (jeweils gegliedert nach Straßenklassen).

Zu 3: Automatische Zählungen: Stärke des täglichen Verkehrs (an besonders dafür ausgerüsteten Zählstellen auch Unterscheidung in Pkw- und Lkw-ähnliche Fahrzeuge). Monatsmittelwerte, Jahresmittelwerte des Verkehrs, an einigen Zählstellen nach Fahrtrichtungen getrennt, an den meisten Zählstellen nur für beide Fahrtrichtungen zusammen. Jahresganglinien der täglichen Verkehrsmenge, maximale Tages- und Stundenwerte, getrennt nach Werktagen sowie nach Sonn- und Feiertagen.

Manuelle Zählungen: Stärke des täglichen Verkehrs, und zwar Anzahl der Fahrzeuge (getrennt nach Arten) je 24 Stunden im Jahresmittel (Querschnittszählung) an ausgewählten Punkten der Bundesautobahnen und der Bundesstraßen, teilweise – mit unterschiedlichem Erfassungsgrad in den einzelnen Ländern – auch auf den anderen Straßen des überörtlichen Verkehrs.

Jahresfahrleistungen nach Fahrzeugarten, Straßenklassen und Bundesländern.

Regionale Gliederung

Bundesministerium für Verkehr und StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

Zu 1:

StBA: Fachserie 8, Reihe 3.1 (zusammen mit den Ergebnissen über die Statistik der Gemeindestraßen, bisher fünfjährlich, zuletzt für 1976).

Zu 2:

StBA: StJb (auszugsweise)

Zu 3:

Bundesministerium für Verkehr:

»Straßenverkehrszählungen« (unregelmäßig),

Verkehrsstärkekarten (fünfjährlich),

»Straße und Autobahn« (monatlich),

»Forschung Straßenbau und Straßenverkehrstechnik« (unregelmäßig),

»Verkehr in Zahlen« (jährlich).

10.2.2 Statistik der Gemeindestraßen

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik der Straßen in den Gemeinden 1976 vom 7. April 1975 (BGBl. I S. 830).

Periodizität

Fünfjährlich, zuletzt zum Stichtag 1. Januar 1976. 1981 wird keine Erhebung durchgeführt.

Kreis der Befragten

Träger der Straßenbaulast bzw. sonstige Unterhaltungspflichtige; Gemeinden (für Parkeinrichtungen).

Berichtsweg
Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Länge der Straßen in der Baulast der Gemeinden (ohne Ortsdurchfahrten von Straßen des überörtlichen Verkehrs) nach Breite und Deckenarten sowie Lage (innerorts/außerorts). Privatstraßen nach Länge und Lage. Brücken im Zuge von Gemeindestraßen nach Lage, Längenklassen der lichten Weite, Tragfähigkeit und Bau- bzw. Konstruktionsart.

Ferner für Gemeinden mit 10 000 Einwohnern und mehr: Zahl der Stellplätze und Fläche der öffentlichen Parkeinrichtungen getrennt nach ausschließlich zum Parken verwendeten Parkplätzen, Parkstreifen und Parkspuren jeweils in der Untergliederung nach Flächen mit und ohne Parkzeitbeschränkung, zeitweilig zum Parken verfügbaren Plätzen, markierten Aufstellflächen auf Gehwegen und öffentlichen Parkbauten (Parkhäuser und Hochgaragen sowie Tiefgaragen). Zahl der öffentlichen Parkplätze und Parkbauten (Parkeinrichtungen sind öffentlich, wenn sie der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, unabhängig davon, wem sie gehören).

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, ausgewählte Gemeinden.

StBA: Großstädte.

StLÄ: Großstädte und andere Gemeinden.

Veröffentlichungen

WiSta 8/77.

Fachserie 8, Reihe 3.1 (bisher fünfjährlich, zuletzt für 1976).

10.3 Statistik des Kraftfahrzeug- und Anhängerbestandes und seiner Veränderungen

- 1 Bestand.
- 2 Neuzulassungen (von zulassungspflichtigen Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern) und Neuansmeldungen (von zulassungsfreien Kraftfahrzeugen mit amtlichem Kennzeichen – hauptsächlich Kleinkrafträder –).
- 3 Besitzumschreibungen.
- 4 Löschungen.

Rechtsgrundlage

§ 2 Abs. 5 des Gesetzes über die Errichtung eines Kraftfahrt-Bundesamtes vom 4. August 1951 (BGBl. I S. 488).

Periodizität

Zu 1: Halbjährliche und jährliche Bestandsermittlung durch Auszählung der Fahrzeugdatei des Kraftfahrt-Bundesamtes (Stichtage: 1. Januar und 1. Juli).

Zu 2: Laufende Erfassung; monatliche, halbjährliche, jährliche und zweijährliche Aufbereitung.

Zu 3: Laufende Erfassung; monatliche, jährliche und fünfjährliche Aufbereitung.

Zu 4: Laufende Erfassung; jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Kraftfahrzeug-Zulassungsstellen.

Berichtsweg

Befragte – Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Kraftfahrzeug- und Anhängerbestand:

Halbjährlich nach Fahrzeugart, Größenklasse, Aufbauart und Zulassungsbezirk.

Jährlich nach Antriebsart, Zulassungsjahr, Hersteller, Typ, Aufbauart, Wirtschaftszweig des Halters, ferner Hubraum-, kW-, Nutzlast-, Gesamtgewichtsklassen je nach Fahrzeugart.

Zu 2: Zulassungen von fabrikneuen zulassungspflichtigen Kraftfahrzeugen und Anhängern:

Monatlich nach Fahrzeugart und Größenklasse sowie nach dem Wirtschaftszweig des Käufers; außerdem Krafträder und Personenkraftwagen nach Altersgruppe des Käufers, Personenkraftwagen nach Hersteller und Typ, Nutzfahrzeuge nach zulässigem Gesamtgewicht.

Halbjährlich nach Hersteller und Typ.

Jährlich nach Antriebsart, Zulassungsbezirk.

Zweijährlich nach Gemeinden.

Neuanmeldungen von zulassungsfreien Kraftfahrzeugen mit amtlichem Kennzeichen:

Monatlich nach Fahrzeugart und Wirtschaftszweig des Käufers.

Zu 3: Besitzumschreibungen von Kraftfahrzeugen und Anhängern:

Monatlich nach Fahrzeugart und Größenklasse sowie nach dem Wirtschaftszweig des Käufers; außerdem Krafträder und Personenkraftwagen nach Altersgruppe des Käufers, Nutzfahrzeuge nach zulässigem Gesamtgewicht.

Jährlich nach Antriebsart, Zulassungsjahr, Zulassungsbezirk sowie nach Zahl der Besitzer und durchschnittlicher Haltedauer.

Fünfjährlich nach Käufer- und Verkäufergruppen.

Besitzumschreibungen von zulassungsfreien Kraftfahrzeugen mit amtlichem Kennzeichen:

Monatlich nach Fahrzeugart und Wirtschaftszweig des Käufers.

Zu 4: Löschungen von Kraftfahrzeugen und Anhängern:

Jährlich nach Fahrzeugart, Größenklasse, Aufbauart, Zulassungsjahr, Zulassungsbezirk, Wirtschaftszweig des bisherigen Halters.

(Unter Größenklassen werden verstanden: bei Personenkraftwagen und Krafträdern Hubraumklassen, bei Lastkraftwagen und Kraftfahrzeuganhängern zur Lastenbeförderung Nutzlastklassen oder Gesamtgewichtsklassen, bei Zugmaschinen Motorleistungsklassen.)

Fachliche Gliederung

»Verzeichnis der Fahrzeug- und Aufbauarten«.

»Verzeichnis der Hersteller und Typen von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern«.

»Schlüsselnummern-Verzeichnis für die Zuordnung der Fahrzeughalter« nach der »Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979«.

Regionale Gliederung

Kraftfahrt-Bundesamt und StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Zulassungsbezirke, z. T. Gemeinden.

Veröffentlichungen

Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg:

»Statistische Mitteilungen des Kraftfahrt-Bundesamtes und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr« (Bestand: halbjährlich; Neuzulassungen: monatlich; Löschungen: jährlich; Besitzumschreibungen: monatlich),

»Der Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern« (jährlich),
»Neuzulassungen – Besitzumschreibungen – Löschungen von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern« (jährlich)
StBA:
WiSta* (halbjährlich).

10.4 Fahrerlaubnisstatistiken

- 1 Fahrerlaubnisprüfungen.
- 2 Erteilungen von Fahr- und Fahrerlaubnis.
- 3 Entziehungen und Versagungen von Fahr- und Fahrerlaubnis.

Rechtsgrundlage

Zu 1 und 2: § 11 Abs. 2 des Gesetzes über amtlich anerkannte Sachverständige und amtlich anerkannte Prüfer für den Kraftfahrzeugverkehr (Kraftfahr-sachverständigengesetz – KfSachvG) vom 22. Dezember 1971 (BGBl. I S. 2086). § 1 der Durchführungsverordnung zum Fahrerhergesetze vom 16. September 1969 (BGBl. I S. 1763). Vereinbarungen des Bundesministers für Verkehr mit den zuständigen Obersten Landesbehörden sowie entsprechende Durchführungserlasse der Länder.

Zu 3: § 2 Abs. 5 des Gesetzes über die Errichtung eines Kraftfahrt-Bundesamtes vom 4. August 1951 (BGBl. I S. 488).

Periodizität

Zu 1 und 3: Halbjährlich.

Zu 2: Jährlich.

Kreis der Befragten

Zu 1: Technische Prüfstellen für den Kraftfahrzeugverkehr und Prüfungsausschüsse für Fahrerher der Länder.

Zu 2: Kraftfahrzeug-Zulassungsstellen und Technische Prüfstellen für den Kraftfahrzeugverkehr.

Zu 3: Auswertung der Mitteilungen von Gerichten, Staatsanwaltschaften und Verwaltungsbehörden an das Verkehrszentralregister beim Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg.

Berichtsweg

Zu 1: Befragte – Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg.

Zu 2: Befragte – Oberste Verkehrsbehörden der Länder – Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg.

Zu 3: Siehe »Kreis der Befragten«.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Ergebnis der Prüfungen zur Erlangung einer Fahr- und Fahrerherlaubnis sowie einer zusätzlichen Fahrerherlaubnis zur Fahrgastbeförderung nach Art und Klasse der Fahrerherlaubnis, Erteilungsart und Geschlecht der Bewerber.

Zu 2: Erteilte Fahrerherlaubnisse nach Art und Klasse, Geschlecht der Bewerber und Erteilungsart (Ersterteilung, erneute Erteilung, Erweiterung, Umschreibung und Erteilung an Inhaber ausländischer Fahrerherlaubnisse).

Zu 3: Entziehungen und Versagungen von Fahr- und Fahrerherlaubnissen, Sperrern, Fahrverbote, Verzichte auf die Fahr- und Fahrerherlaubnis während eines Entziehungsverfahrens, Rücknahmen und Widerrufe von Erlaubnissen sowie Aberkennungen des Rechts, von einem ausländischen Fahrausweis Gebrauch zu machen, nach Entscheidungsgründen, ferner (ausgenommen bei

Verzichten und Aberkennungen) nach Alters-, Gewerbe- und Berufsgruppen der Fahrerlaubnisinhaber sowie nach Sperr- bzw. Verbotsfristen.

Veröffentlichungen

Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg.

»Statistische Mitteilungen des Kraftfahrt-Bundesamtes und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr« (halbjährlich).

StBA:

StJb (auszugsweise).

Rechtsgrundlage

§ 2 Abs. 5 des Gesetzes über die Errichtung eines Kraftfahrt-Bundesamtes vom 4. August 1951 (BGBl. I S. 488).

Periodizität

Halbjährlich.

Kreis der Befragten

Auswertung der Mitteilungen über Entscheidungen von Gerichten, Staatsanwaltschaften und Verwaltungsbehörden nach §§ 13 ff. Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO) an das Verkehrszentralregister beim Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg.

Berichtsweg

Siehe »Kreis der Befragten«.

Ergebnisse

Tatbestände

Eintragungen, Tilgungen und Auskünfte des Verkehrszentralregisters.

Personenbezogen:

Namenslöschungen, aus dem Verkehrszentralregister erteilte Auskünfte auf Anfragen (Auskunftsrecht nach § 30 Straßenverkehrsgesetz (StVG) sowie nach § 13 c StVZO) und von Amts wegen (nach Verwaltungsvorschrift zu § 15 b StVZO, Mehrfachtäter-Punktsystem).

Eintragungsbezogen:

Art der Mitteilungen an das Verkehrszentralregister (Mitteilungen von Gerichten über Verurteilungen, Bußgeldentscheidungen, vorläufige Entziehungen und Aufhebungen; Mitteilungen von Bußgeldbehörden über Bußgeldentscheidungen; Mitteilungen anderer Behörden über Fahrverbote und Fahrerlaubnisentscheidungen; Mitteilungen von Gerichten und Staatsanwaltschaften über Einstellungen von Verfahren nach § 153 a Strafprozeßordnung (StPO)).

Zahl der im Verkehrszentralregister erfaßten Personen nach Zahl der Punkte; Zugang an Mitteilungen nach Zahl der Punkte je Mitteilung.

Veröffentlichungen

Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg:

Berichte über Eintragungen, Tilgungen und Auskünfte des Verkehrszentralregisters in »Statistische Mitteilungen des Kraftfahrt-Bundesamtes und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr« (halbjährlich).

Berichte über Auswirkungen des Mehrfachtäter-Punktsystems in »Statistische Mitteilungen des Kraftfahrt-Bundesamtes und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr« (unregelmäßig).

10.5 Verkehrs- zentral- register- Statistik

10.6 Fahrzeug- mängel- statistik

Rechtsgrundlage

§ 11 Abs. 2 des Gesetzes über amtlich anerkannte Sachverständige und amtlich anerkannte Prüfer für den Kraftfahrzeugverkehr (Kraftfahrtsachverständigen-gesetz – KfSachvG) vom 22. Dezember 1971 (BGBl. I S. 2086). Vereinbarungen des Bundesministers für Verkehr mit den zuständigen Obersten Landesbehörden sowie entsprechende Durchführungserlasse der Länder.

Periodizität

Halbjährlich.

Kreis der Befragten

Technische Prüfstellen für den Kraftfahrzeugverkehr.

Berichtsweg

Befragte – Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg.

Ergebnisse

Tatbestände

Betriebserlaubnisprüfungen und Fahrzeuguntersuchungen.

Typ- und Teileprüfungen nach Prüfungsart (Einzelprüfungen, Typprüfungen als erstmalige oder Ergänzungsprüfungen usw.).

Ergebnisse der Fahrzeuguntersuchungen nach Fahrzeugart, Schwere bzw. Art und Sitz der Mängel.

Veröffentlichungen

Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg.

»Statistische Mitteilungen des Kraftfahrt-Bundesamtes und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr« (halbjährlich).

10.7 Statistik der Personen- beförderung im Straßen- verkehr

Vorbemerkung: Aufgrund des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294) werden der Linienverkehr von Unternehmen mit weniger als 3 Mill. DM jährlichen Einnahmen aus dem berichtspflichtigen Linienverkehr statt bisher monatlich nur noch vierteljährlich, der Gelegenheitsverkehr nur noch vierteljährlich und von Unternehmen mit weniger als vier Bussen nur noch jährlich erfaßt. Außerdem entfällt die bisher in jedem dritten Jahre durchgeführte Erfassung des Linienverkehrs nach § 43 Nummer 1 des Personenbeförderungsgesetzes, den ein Unternehmen zur Beförderung seiner Arbeitnehmer mit eigenen Kraftfahrzeugen und für die beförderten Personen unentgeltlich durchführt.

Von der Statistik nicht erfaßt wird die Beförderung mit Kraftdroschken. Die Beförderung mit anderen Personenkraftwagen des Gelegenheitsverkehrs wird nur dann erfaßt, wenn diese mit acht Fahrgastplätzen ausgestattet und bei Unternehmen des Kraftomnibusverkehrs eingesetzt sind.

1 Unternehmensstatistik.

2 Verkehrsstatistik.

Rechtsgrundlage

Gesetz zur Durchführung einer Statistik über die Personenbeförderung im Straßenverkehr in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Juni 1980 (BGBl. I S. 865).

Periodizität

Zu 1: Jährlich.

Zu 2: Monatlich: Linienverkehr und Freigestellter Schülerverkehr bei Unternehmen, die im Vorjahr in ihrem berichtspflichtigen Linienverkehr an Beförderungsentgelten drei Mill. DM oder mehr vereinnahmt haben.

Vierteljährlich: Linienverkehr und Freigestellter Schülerverkehr bei Unternehmen, die im Vorjahr in ihrem berichtspflichtigen Linienverkehr weniger als drei Mill. DM an Beförderungsentgelten vereinnahmt haben.

Gelegenheitsverkehr gemäß § 46 des Personenbeförderungsgesetzes bei allen Unternehmen, die vier und mehr Busse besitzen.

Jährlich: Gelegenheitsverkehr bei Unternehmen, die weniger als vier Busse besitzen.

Kreis der Befragten

Unternehmen, die genehmigungspflichtigen Verkehr nach dem Personenbeförderungsgesetz betreiben (zum Berichtskreis im einzelnen siehe auch Abschnitt »Periodizität«).

Berichtsweg

Befragte – Oberste Verkehrsbehörden der Länder bzw. StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Art der Tätigkeit der Unternehmen; Anzahl, Art und Fassungsvermögen der verfügbaren Fahrzeuge (Straßenbahnen einschl. Hoch- und U-Bahnen, Obusse, Kraftomnibusse, Personenkraftwagen; Kraftfahrzeuge getrennt nach eigenen und angemieteten Fahrzeugen sowie nach Einsatz im Linien- und Gelegenheitsverkehr).

Anzahl und Art der im Straßenpersonenverkehr beschäftigten Personen sowie Umsatz aus der Personenbeförderung; bei überwiegend im Straßenpersonenverkehr tätigen Unternehmen auch Anzahl der Gesamtbeschäftigten und Gesamtumsatz.

Anzahl und Länge der Linien der einzelnen Verkehrsmittel; Kraftfahrzeuglinien nach Verkehrsart und Verkehrsform; Strecken- und Gleislänge im Straßenbahnverkehr (getrennt nach Straßenbahnen herkömmlicher Art und Stadtbahnen einschl. Hoch- und U-Bahnen).

Zu 2: Unternehmen nach Unternehmensformen; beförderte Personen, Personenkilometer, Einnahmen und Wagenkilometer nach Unternehmensformen, Verkehrsarten und Verkehrsformen. Wagenkilometer in der Verkehrsart »Allgemeiner Linienverkehr« nach Verkehrsmitteln (Betriebszweigen).

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979«.

Veröffentlichungen

WiSta 5/76; 5/77; 5/78; 6/79; 5/80.

WiSta* (monatlich).

Fachserie 8, Reihe 3 2 (monatlich, jährlich).

10.8.1 Unternehmens- und Fahrzeugstatistik

- 1 Gewerblicher Güter- und Möbelfernverkehr.
- 2 Gewerblicher Güternahverkehr.
- 3 Werkfernverkehr.

Rechtsgrundlage

§ 60 und § 87 des Güterkraftverkehrsgesetzes (GüKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. August 1975 (BGBl. I S. 2132, 2480), zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes zur Neufassung des Umsatzsteuergeset-

10.8 Statistik des Güterverkehrs mit Kraftfahrzeugen

zes und zur Änderung anderer Gesetze vom 26. November 1979 (BGBl. I S. 1953).

Periodizität

Zu 1: Vierjährlich, zuletzt 1978.

Zu 2: Erstmalig 1977, dann 1980, danach vierjährlich.

Zu 3: Vierjährlich, zuletzt 1978.

Kreis der Befragten

Zu 1: Unternehmen des gewerblichen Güter- und Möbelfernverkehrs, denen Genehmigungen für gewerblichen Güterfernverkehr erteilt sind.

Zu 2: Auszählung der bei der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr geführten Kartei der Unternehmen mit Erlaubnis für den gewerblichen Güternahverkehr.

Zu 3: Auszählung der bei der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr geführten Kartei der Unternehmen mit Bescheinigung für den Werkfernverkehr.

Berichtsweg

Unternehmen (nur bei 1) – Bundesanstalt für den Güterfernverkehr – Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg (technische Aufbereitung) – Bundesanstalt für den Güterfernverkehr, Köln (Veröffentlichung).

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Unternehmen mit gewerblichem Fernverkehr – darunter Unternehmen im Speditions- und Lagereigewerbe – nach Betriebsgröße (bemessen nach der Anzahl der erteilten Genehmigungen), Genehmigungsart, Rechtsform, Verflechtung mit weiteren Verkehrsgewerben bzw. anderen Gewerben und Beschäftigungsverträgen; Niederlassungen.

Fahrzeuge nach Genehmigungsart (die Zuordnung richtet sich nach dem Einsatz des Fahrzeugs am Stichtag der Erhebung), Fahrzeugart, Ladekapazität, Nutzlastklasse, Motorleistung (bei Zugmaschinen), zulässigem Gesamtgewicht, Erstzulassungsjahr, Aufbauart und Hersteller.

Zu 2: Unternehmen mit gewerblichem Güternahverkehr nach Betriebsgröße (bemessen nach der Anzahl der registrierten Zugfahrzeuge), Rechtsform, Verflechtung mit weiteren Verkehrsarten bzw. weiteren Gewerben und Beschäftigungsverträgen; Niederlassungen.

Fahrzeuge nach Fahrzeugart und Nutzlastklasse.

Zu 3: Unternehmen mit Bescheinigung für Werkfernverkehr nach Betriebsgröße (bemessen nach der Anzahl der registrierten Zugfahrzeuge), Rechtsform und Wirtschaftszweig.

Fahrzeuge (Lastkraftwagen über 4 t Nutzlast und Zugmaschinen über 40 kW sowie deren Anhänger) nach Wirtschaftszweig, Fahrzeugart, Ladekapazität, Nutzlastklasse, Motorleistung (bei Zugmaschinen), zulässigem Gesamtgewicht, Erstzulassungsjahr und Aufbauart.

Hinweis: Die Unternehmens- und Fahrzeugstatistik des Werkfernverkehrs weist die bei der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr registrierten Fahrzeuge nach. Die im Werkfernverkehr jeweils im Oktober eines Berichtsjahres eingesetzten Fahrzeuge werden in der Statistik des Werkfernverkehrs – siehe unter 10.8.3 – ausgewiesen.

Regionale Gliederung

Zu 1: Fahrzeuge teilweise nach Regierungsbezirken und Kreisen.

Zu 2: Unternehmen und Fahrzeuge teilweise nach Regierungsbezirken und Kreisen.

Veröffentlichungen

Bundesanstalt für den Güterfernverkehr, Köln.

Zu 1: »Unternehmen und Fahrzeuge des gewerblichen Güter- und Möbelfernverkehrs«, Reihe BG (vierjährlich).

Zu 2: »Unternehmen und Fahrzeuge des gewerblichen Güternahverkehrs«, Reihe BN (vierjährlich)

Zu 3: »Unternehmen und Fahrzeuge des Werkfernverkehrs«, Reihe BW (vierjährlich)

10.8.2 Statistik der Beförderungsleistungen des gewerblichen Güterfernverkehrs

- 1 Gewerblicher Güter- und Möbelfernverkehr deutscher Lastkraftfahrzeuge.
- 2 Grenzüberschreitender gewerblicher Fernverkehr ausländischer Lastkraftfahrzeuge.

Rechtsgrundlage

Zu 1: Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. August 1975 (BGBl. I S. 2132, 2480), zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes zur Neufassung des Umsatzsteuergesetzes und zur Änderung anderer Gesetze vom 26. November 1979 (BGBl. I S. 1953). Verordnung über die Durchführung einer Statistik der Beförderungsleistungen im Güterfernverkehr vom 20. April 1956 (BANz. Nr. 83 S. 1).

Zu 2: Gesetz über eine Statistik des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs vom 21. Dezember 1973 (BGBl. I S. 1987).

Periodizität

Zu 1: Monatliche Erhebung; monatliche, teilweise vierteljährliche sowie jährliche Aufbereitung.

Zu 2: Laufende Erfassung; monatliche und jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Zu 1: Unternehmen, die gewerblichen Fernverkehr durchführen (Erfassung der Daten aus den Frachtunterlagen, welche die Unternehmer des deutschen gewerblichen Güter- und Möbelfernverkehrs gemäß § 58 Güterkraftverkehrsgesetz der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr zur Prüfung vorzulegen haben).

Zu 2: Fahrzeugführer (Erfassung der Daten aus Zählkarten, die von den Fahrzeugführern auszufüllen und beim Grenzübertritt an der jeweiligen Grenzzoll- bzw. Grenzkontrollstelle abzugeben sind).

Berichtsweg

Zu 1: Befragte – Bundesanstalt für den Güterfernverkehr, Köln – Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg (technische Aufbereitung) – Bundesanstalt für den Güterfernverkehr (Veröffentlichung).

Zu 2: Befragte – Grenzzoll- bzw. Grenzkontrollstellen – Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg (technische Aufbereitung und Veröffentlichung).

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1:

Binnenverkehr:

Monatlich: Beförderte Gütermenge, geleistete Tonnenkilometer und Frachteinnahmen nach Entfernungsstufen, Güterhauptgruppen und Tarifklassen.

Jährlich außerdem nach Genehmigungsarten, nach Gewichtsklassen und nach dem Bundesland, in dem das Fahrzeug beheimatet ist. Güterbewegung zwischen den Verkehrsbezirken des Bundesgebietes nach Gütergruppen sowie Gesamtempfang und Gesamtversand der Kreise.

Grenzüberschreitender Verkehr:

Monatlich: Beförderte Gütermenge, geleistete Tonnenkilometer nach Entfernungsstufen und Güterhauptgruppen.

Vierteljährlich außerdem nach Güter- und Gewichtsklassen der obligatorischen Tarife und Referenztarife einschl. Frachteinnahmen.

Jährlich außerdem nach Genehmigungsarten und nach dem Bundesland, in dem das Fahrzeug beheimatet ist. Güterbewegung zwischen den Verkehrsbezirken des Bundesgebietes und ausgewählten Verkehrsgebieten außerhalb des Bundesgebietes nach Gütergruppen sowie Gesamtempfang und Gesamtversand der Kreise.

Zu 2:

Monatlich: Beförderte Gütermenge und geleistete Tonnenkilometer nach Versand, Empfang und Durchgangsverkehr sowie Entfernungsstufen, Güterhauptgruppen und Heimatstaaten der Fahrzeuge.

Jährlich außerdem Güterbewegung zwischen den Verkehrsbezirken des Bundesgebietes und ausgewählten Verkehrsgebieten außerhalb des Bundesgebietes nach Gütergruppen sowie Gesamtempfang und Gesamtversand der Kreise.

Fachliche Gliederung

»Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik, Ausgabe 1969«.

Regionale Gliederung

»Verzeichnis der Verkehrsbezirke und Häfen, Ausgabe 1980«.

Veröffentlichungen

Zu 1: Bundesanstalt für den Güterfernverkehr, Köln:

Presseinformationen (monatlich),

»Grenzüberschreitender gewerblicher Güterverkehr deutscher Kraftfahrzeuge nach obligatorischen Tarifen und Sonderabmachungen« (vierteljährlich).

Gemeinsame Berichte der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr und des Kraftfahrt-Bundesamtes (jeweils jährlich):

»Fernverkehr deutscher Lastkraftfahrzeuge in seiner Gesamtleistung und Entwicklung (Reihe LD)«,

»Grenzüberschreitender Fernverkehr ausländischer Lastkraftfahrzeuge in seiner Gesamtleistung und Entwicklung (Reihe LA)«,

»Fernverkehr deutscher Lastkraftfahrzeuge in seiner Bewegung nach Verkehrsgebieten, Güterhauptgruppen und wichtigeren Gütergruppen (Reihe GD)«,

»Grenzüberschreitender Fernverkehr ausländischer Lastkraftfahrzeuge in seiner Bewegung nach Verkehrsgebieten, Güterhauptgruppen und wichtigeren Gütergruppen (Reihe GA)«,

»Fernverkehr mit Lastkraftfahrzeugen. Zusammengefaßte Übersichten zur Güterbewegung (Reihe GZ)«.

Zu 2: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg:

»Statistische Mitteilungen des Kraftfahrt-Bundesamtes und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr« (monatlich).

Zu 1 und 2: StBA:

WiSta* (monatlich).

10.8.3 Statistik des Werkfernverkehrs

- 1 Werkfernverkehr deutscher Lastkraftfahrzeuge.
- 2 Grenzüberschreitender Werkfernverkehr ausländischer Lastkraftfahrzeuge.
- 3 Betriebe, Fuhrpark und Ladekapazität des Werkfernverkehrs.

Rechtsgrundlage

Zu 1 und 3: § 52 Abs. 3 des Güterkraftverkehrsgesetzes (GüKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. August 1975 (BGBl. I S. 2132, 2480), zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes zur Neufassung des Umsatzsteuergesetzes und zur Änderung anderer Gesetze vom 26. November 1979 (BGBl. I S. 1953). Verordnung über Beförderungs- und Begleitpapiere, zusammenfassende Übersichten und die statistische Erfassung der Beförderungsleistungen im Werkfernverkehr vom 29. September 1953 (BGBl. I S. 1464), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. Februar 1979 (BGBl. I S. 220).

Zu 2: Gesetz über eine Statistik des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs vom 21. Dezember 1973 (BGBl. I S. 1987) sowie Dienstanweisung des Bundesministers der Finanzen zum Gesetz über eine Statistik des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs vom 1. Januar 1974 (BZBl. Nr. 5 S. 131).

Periodizität

Zu 1: Monatliche Erhebung; monatliche und jährliche Aufbereitung.

Zu 2: Laufende Erhebung; monatliche und jährliche Aufbereitung.

Zu 3: Monatliche Erhebung; jährliche Aufbereitung (Stand Oktober).

Kreis der Befragten

Zu 1 und 3: Unternehmen, die Werkfernverkehr betreiben.

Zu 2: Fahrzeugführer.

Berichtsweg

Zu 1 und 3: Befragte – Außenstellen der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr – Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg.

Zu 2: Befragte – Grenzzollstellen bzw. Grenzkontrollstellen – Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Binnenfernverkehr bzw. grenzüberschreitender Fernverkehr.

Monatlich: Beförderte Gütermenge und geleistete Tonnenkilometer nach Entfernungsstufen, Güterhauptgruppen und Wirtschaftszweigen.

Jährlich außerdem nach dem Bundesland, in dem das Fahrzeug seinen Standort hat. Güterbewegung zwischen den Verkehrsbezirken des Bundesgebietes untereinander und mit ausgewählten Verkehrsgebieten außerhalb des Bundesgebietes nach Gütergruppen sowie Gesamtempfang und Gesamtversand der Kreise.

Zu 2: Beförderte Gütermenge und geleistete Tonnenkilometer.

Monatlich nach Versand, Empfang und Durchgangsverkehr sowie Entfernungsstufen, Güterhauptgruppen und Heimatstaaten der Fahrzeuge.

Jährlich außerdem Güterbewegung zwischen den Verkehrsbezirken des Bundesgebietes und ausgewählten Verkehrsgebieten außerhalb des Bundesgebietes nach Gütergruppen sowie Gesamtempfang und Gesamtversand der Kreise.

Zu 3: Im Oktober des Berichtsjahres im Werkfernverkehr tätige Betriebe. Zahl und Ladekapazität der eingesetzten Fahrzeuge nach Wirtschaftszweigen, Fahrzeugarten, Nutzlastklassen, kW-Klassen, zulässigem Gesamtgewicht, Zulassungsjahren, Antriebsarten, ausgewählten Herstellern sowie nach Betriebsgrößenklassen (bemessen nach der Zahl der eingesetzten Zugfahrzeuge).

Hinweis: Die Statistik über Betriebe, Fuhrpark und Ladekapazität des Werkfernverkehrs weist die jeweils im Oktober eingesetzten Fahrzeuge nach. Die bei der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr registrierten Fahrzeuge des Werkfernverkehrs werden in der Unternehmens- und Fahrzeugstatistik – siehe unter 10.8.1 – ausgewiesen

Fachliche Gliederung

Zu 1 und 2: »Güterverzeichnis für die Verkehrsstistik, Ausgabe 1969«.

Zu 1 und 3: »Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979«.

Regionale Gliederung

Verkehrsbezirke, z. T. Verkehrsgebiete, Kreise.

Veröffentlichungen

Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg:

»Statistische Mitteilungen des Kraftfahrt-Bundesamtes und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr« (monatlich).

Gemeinsame Berichte der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr und des Kraftfahrt-Bundesamtes (jeweils jährlich):

»Fernverkehr deutscher Lastkraftfahrzeuge in seiner Gesamtleistung und Entwicklung (Reihe LD)«,

»Grenzüberschreitender Fernverkehr ausländischer Lastkraftfahrzeuge in seiner Gesamtleistung und Entwicklung (Reihe LA)«,

»Fernverkehr deutscher Lastkraftfahrzeuge in seiner Bewegung nach Verkehrsgebieten, Güterhauptgruppen und wichtigeren Gütergruppen (Reihe GD)«,

»Grenzüberschreitender Fernverkehr ausländischer Lastkraftfahrzeuge in seiner Bewegung nach Verkehrsgebieten, Güterhauptgruppen und wichtigeren Gütergruppen (Reihe GA)«,

»Fernverkehr mit Lastkraftfahrzeugen. Zusammengefaßte Übersichten zur Güterbewegung (Reihe GZ)«.

StBA:

WiSta* (monatlich).

10.8.4 Statistik im Güterkraftverkehr

Vorbemerkung. Die Halter von Kraftfahrzeugen des Güterverkehrs wurden aus der Fahrzeugdatei des Kraftfahrt-Bundesamtes ausgewählt. Die Befragten hatten während einer Berichtswoche Anschreibungen über die mit dem ausgewählten Kraftfahrzeug (ggf. einschl. des mitgeführten Anhängers) durchgeführten Beförderungen zu führen. In der Gesamtstichprobe (Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456 ff.) wurden die Berichtswochen über das ganze Jahr verteilt

Rechtsgrundlage

Gesetz über eine Statistik im Güterkraftverkehr 1978 vom 24. November 1977 (BGBl. I S. 2261).

Periodizität

Unregelmäßig; zuletzt 1978, davor 1970 und 1965 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Halter von ca. 85 000 Kraftfahrzeugen des Güterverkehrs (Lastkraftwagen mit einer Tonne und mehr Nutzlast, Sattelzugmaschinen).

Berichtsweg

Befragte – StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Beförderte Gütermenge und geleistete Tonnenkilometer nach Güterhauptgruppen und Güterabteilungen, Entfernungsstufen, Verkehrsarten, Fahrzeugart und -größenklasse sowie Wirtschaftszweig des Fahrzeughalters. Fahrleistungen nach Fahrzeugart und -größenklasse.

Fachliche Gliederung

»Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik, Ausgabe 1969«.

Ausgewählte bzw. zusammengefaßte Haltergruppen nach der »Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1970«.

Regionale Gliederung

Be- und Entlade-Verkehrsgebiete und Verkehrsbezirke des Fahrzeugstandortes.

Veröffentlichungen

WiSta 8/80

Fachserie 8, Reihe 3 S 1 (unregelmäßig).

10.9.1 Statistik des grenzüberschreitenden Verkehrs mit Personenkraftfahrzeugen

Rechtsgrundlage

Vereinbarungen zwischen dem Bundesminister für Verkehr und dem Bundesminister der Finanzen sowie Erlaß des Bundesministers der Finanzen an die Grenzzollstellen vom 21. Januar 1970.

Periodizität

Laufende Erfassung; monatliche und jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Grenzzoll- bzw. Grenzkontrollstellen.

Berichtsweg

Befragte – Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg.

Ergebnisse

Tatbestände

Ein- und durchgefahrene Kraftomnibusse, Krafträder und Personenkraftwagen (Kraftomnibusse und von ihnen beförderte Fahrgäste nach Fahrzeugen mit deutschem und ausländischem Nationalitätszeichen).

Regionale Gliederung

Kraftfahrt-Bundesamt: Grenzzollstellen und Grenzkontrollstellen.

Veröffentlichungen

Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg.

»Statistische Mitteilungen des Kraftfahrt-Bundesamtes und der Bundesanstalt für den Guterfernverkehr« (monatlich)

10.9 Statistik des grenzüberschreitenden Verkehrs mit Kraftfahr- zeugen

10.9.2 Statistik des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs

Rechtsgrundlage

Gesetz über eine Statistik des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs vom 21. Dezember 1973 (BGBl. I S. 1987). Dienstanweisung des Bundesministers der Finanzen zum Gesetz über eine Statistik des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs vom 1. Januar 1974 (BZBl. Nr. 5 S. 131).

Periodizität

Laufende Erfassung; monatliche und jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Fahrzeugführer.

Berichtsweg

Befragte – Grenzzoll- bzw. Grenzkontrollstellen – Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg.

Ergebnisse

Tatbestände

Monatlich: Ein-, Aus- und Durchfahrten von Lastkraftfahrzeugen nach Heimatstaaten, Fahrtantritts- und Fahrtzielländern, Fahrzeug- und Verkehrsarten.

Beförderte Container und Wechselaufbauten nach Heimatstaat der befördernden Kraftfahrzeuge (mit Standort im Bundesgebiet, andere).

Beförderte Gütermenge nach Heimatstaat und Art der befördernden Fahrzeuge (Lastkraftwagen ohne Anhänger, Lastzug, Sattelkraftfahrzeug, Container, Wechselaufbau), Versand- und Empfangsländern, Verkehrsarten und Güterhauptgruppen.

Jährlich außerdem nach Gütergruppen sowie Versand- und Empfangsverkehrsbezirken (Durchgangsverkehr nur nach Versand- und Empfangsverkehrsgebieten).

Fachliche Gliederung

»Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik, Ausgabe 1969«.

Regionale Gliederung

StBA: Verkehrsbezirke nach dem »Verzeichnis der Verkehrsbezirke und Häfen, Ausgabe 1980«, Grenzzollstellen und Grenzkontrollstellen.

Veröffentlichungen

Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg:

»Statistische Mitteilungen des Kraftfahrt-Bundesamtes und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr« (monatlich).

»Grenzüberschreitender Güterkraftverkehr in seiner Bewegung zwischen inländischen Verkehrsbezirken und Ländern nach Güterhauptgruppen« (jährlich)

StBA:

StJb (auszugsweise)

Hinweis: Gesonderte Angaben über den grenzüberschreitenden Fernverkehr ausländischer Lastkraftfahrzeuge siehe unter 10.8.2 Ziffer 2 und 10.8.3 Ziffer 2.

Rechtsgrundlage

Vereinbarungen zwischen dem Bundesminister für Verkehr und dem Bundesminister der Finanzen sowie Erlaß des Bundesministers der Finanzen an die Grenzkontrollstellen vom 15. April 1965.

Periodizität

Laufende Erfassung; monatliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Grenzkontrollstellen.

Berichtsweg

Befragte – Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg (für Berlin-Verkehr über Senator für Wirtschaft, Berlin).

Ergebnisse

Tatbestände

Über die Grenze ein- und ausgefahrene Fahrzeuge nach Fahrzeugart, Fahrtrichtung und Übergangsstellen.

Bei Kraftomnibussen außerdem nach Heimatstandort und Einsatz im Linien- oder Gelegenheitsverkehr, ferner Zahl der Fahrgäste.

Bei Lastkraftfahrzeugen außerdem nach dem Heimatstandort, nach dem Ladezustand (beladen oder leer) sowie beförderte Gütermenge.

Regionale Gliederung

Grenzkontrollstellen.

Veröffentlichungen

Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg.

•Statistische Mitteilungen des Kraftfahrt-Bundesamtes und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr• (monatlich).

10.10 Statistik des Kraftfahrzeugverkehrs mit Berlin und der DDR

Rechtsgrundlage

Gesetz zur Durchführung einer Straßenverkehrsunfallstatistik (StVUnfG) vom 18. Mai 1961 (BGBl. I S. 606), geändert durch Gesetz vom 20. September 1965 (BGBl. I S. 1437).

Periodizität

Laufende Erfassung; monatliche und jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Polizeibehörden.

(Als Erhebungsunterlagen dienen Durchschläge der Verkehrsunfallanzeigen.)

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Monatlich: Straßenverkehrsunfälle nach Art des Schadens (Unfälle mit Getöteten, Schwerverletzten, Leichtverletzten = Unfälle mit Personenschaden; Unfälle mit nur Sachschaden, und zwar von DM 1 000,- und mehr bei einem Beteiligten bzw. unter DM 1 000,- bei jedem der Beteiligten), nach Ortslage des Unfalls (innerorts/außerorts) und Kalendertagen.

10.11 Statistik der Straßenverkehrsunfälle

Unfälle mit Personenschaden und dabei Verunglückte (Getötete, einschl. innerhalb von 30 Tagen Gestorbene, Schwer- und Leichtverletzte) nach Straßenarten (Autobahnen, Bundes-, Landes-, Kreisstraßen, andere Straßen), Unfallarten (z. B. Zusammenstöße, Abkommen von der Fahrbahn), Unfalltypen (z. B. Fahr Unfall, Abbiegeunfall).

An Straßenverkehrsunfällen beteiligte Fahrzeugführer und Fußgänger sowie Verunglückte nach Art der Verkehrsbeteiligung (Fahrzeugführer und Mitfahrer, Radfahrer).

Ursachen von Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden. Autobahnunfälle und dabei Verunglückte nach Kalendertagen.

Jährlich: Alleinunfälle und Unfälle zwischen zwei Teilnehmern nach Art der Verkehrsbeteiligung; Unfälle nach Kalendertagen und Stunden. Unfallbeteiligte und Verunglückte nach Alter, Geschlecht und ausgewählten Nationalitäten.

Regionale Gliederung

StBA: Gemeinden mit über 100 000 Einwohnern.

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

WiSta 3/76; 3/77; 3/78; 3/79; 3/80.

WiSta*(monatlich)

Fachserie 8, Reihe 3 3 (monatlich, jährlich mit Vorbericht)

Binnen- und Seeschifffahrt

10.12 Binnenschifffahrtsstatistik

10.12.1 Statistik des Bestandes an Binnenschiffen

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik der Binnenschifffahrt vom 26. Juli 1957 (BGBl. II S. 742), geändert durch Artikel 12 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294).

Vorherige Bezeichnung: Gesetz über die Statistik des Schiffs- und Güterverkehrs auf den Binnenwasserstraßen und die Fortschreibung des Schiffsbestandes der Binnenflotte.

Periodizität

Laufende Fortschreibung der Ergebnisse der Binnenschiffszählung vom 1. Januar 1950; halbjährliche Aufbereitung der Fortschreibungsergebnisse mit Hilfe von Veränderungsanzeigen der Schiffsregistergerichte und der Meldepflichtigen in der Binnenschifffahrt und Veröffentlichung der Ergebnisse zum Stichtag 31. Dezember.

Kreis der Befragten

Schiffseigner; Amtsgerichte, die Binnenschiffsregister führen.

Berichtsweg

Befragte – Bundesministerium für Verkehr (Fortschreibung und Vorauswertung) – StBA (Aufbereitung und Veröffentlichung).

Ergebnisse

Tatbestände

Für Gesamtflotte und Rheinflotte:

Bestand an Binnenschiffen. Zahl, Tragfähigkeit, Fahrgastplätze und Maschinenleistung der Schiffe nach Schiffsgattungen, Wasserstraßengebieten, Größenklassen, Baujahren und nach Breite und Länge. Binnenschiffe nach Art der Unternehmen (z. B. Partikulierunternehmen, Reedereiunternehmen).

Regionale Gliederung

StBA: Wasserstraßengebiete.

Veröffentlichungen

WiSta 6/76, 6/77; 7/78; 6/79; 6/80.

Fachserie 8, Reihe 4 (jährlich)

10.12.2 Unternehmensstatistik

Rechtsgrundlage

Siehe unter 10.12.1.

Periodizität

Jährlich (Stichtag 30. Juni).

Kreis der Befragten

Inhaber und Leiter von Unternehmen der Binnenschifffahrt.

Berichtsweg

Befragte – StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Art der Tätigkeit der Unternehmen. Anzahl, Art und Kapazität der verfügbaren Binnenschiffe. Anzahl und Art der in der Binnenschifffahrt beschäftigten Personen sowie der in der Binnenschifffahrt erzielte Umsatz; bei überwiegend in der Binnenschifffahrt tätigen Unternehmen auch Anzahl der Gesamtbeschäftigten und Gesamtumsatz.

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979«.

Veröffentlichungen

WiSta 5/76; 4/77, 5/78; 6/79, 5/80

Fachserie 8, Reihe 4 (jährlich).

10.12.3 Statistik des Schiffs- und Güterverkehrs auf den Binnenwasserstraßen

Rechtsgrundlage

Siehe unter 10.12.1.

Periodizität

Laufende Erfassung; monatliche und jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Schiffsführer, Frachtführer, Verfrachter.

Berichtsweg

Befragte – Statistische Meldestellen (Hafenverwaltungen, Besitzer privater Losch- und Ladestellen, Gemeindebehörden, Zolldienststellen, zuständige Behörden der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung) – StLÄ – StBA.

(Aufbereitung: StLÄ und z. T. StBA; Zusammenstellung von Bundesergebnissen sowie von Angaben zur Güterbewegungsstatistik und zu tonnenkilometrischen Leistungen: StBA.)

Ergebnisse

Tatbestände

Monatlich: Schiffs- und Güterverkehr deutscher und ausländischer Schiffe auf Binnenwasserstraßen des Bundesgebietes. Güterverkehr nach Verkehrsbezirken, Verkehrsbeziehungen, Wasserstraßen, Wasserstraßengebieten, Güterhauptgruppen, tonnenkilometrischen Leistungen, Flaggen; Güterverkehr an Grenzzollstellen und Übergangsstellen zur Deutschen Demokratischen Republik und nach Berlin (Ost); Güterumschlag nach Wasserstraßengebieten und ausgewählten Häfen; Seeverkehr der Binnenhäfen.

Jährlich außerdem: Güterverkehr in der Verflechtung nach Verkehrsbezirken, Wasserstraßengebieten, Wasserstraßengebietsabschnitten.

Fachliche Gliederung

»Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik, Ausgabe 1969«.

Regionale Gliederung

StBA: Verkehrsbezirke, Binnenhäfen; z. T. Verkehrsgebiete, Wasserstraßen, Häfen, Kreise, Grenzzollstellen, Übergangsstellen.

StLÄ: Binnenhäfen.

Veröffentlichungen

WiSta 7/75; 6/76, 6/77, 7/78; 6/79; 6/80.

WiSta* (monatlich).

Fachserie 8, Reihe 4 (monatlich; jährlich mit Vorbericht),

Reihe 1 (vierteljährlich, jährlich)

10.12.4 Statistik der Unfälle auf den Binnenwasserstraßen

Rechtsgrundlage

Erlaß des Bundesministers für Verkehr vom 24. Januar 1958.

Periodizität

Laufende Erfassung; jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Wasserschutzpolizei.

Berichtsweg

Befragte – Bundesministerium für Verkehr (Vorauswertung) – StBA (Zusammenstellung und Veröffentlichung der Ergebnisse).

Ergebnisse

Tatbestände

Schiffsunfälle (Verkehrs- und Betriebsunfälle) auf den Binnenwasserstraßen nach Ort, Zeit und Ursache des Unfalls. Beteiligte Schiffe nach Schiffsart, Tragfähigkeit bzw. Maschinenleistung sowie nach Unfallfolgen (verunglückte Personen nach Art des Unfalls, Unfälle mit Sachschaden nach Art der Beschädigung).

Regionale Gliederung

StBA: Wasserstraßengebiete.

Veröffentlichungen

Fachserie 8, Reihe 4 (jährlich).

10.13.1 Statistik des Bestandes an Seeschiffen

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik der Seeschifffahrt vom 26. Juli 1957 (BGBl. II S. 739), geändert durch Artikel 14 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294).

Periodizität

Ermittlung aufgrund der Meldungen der Amtsgerichte, bei denen ein Seeschiffsregister geführt wird; monatliche und jährliche Zusammenstellung der Fortschreibungsergebnisse.

Kreis der Befragten

Schiffseigner/Reeder; Amtsgerichte, bei denen ein Seeschiffsregister geführt wird; Bundesamt für Schiffsvermessung, Hamburg.

Berichtsweg

Befragte – Bundesministerium für Verkehr (Fortschreibung und Zusammenstellung der Ergebnisse) – StBA (Veröffentlichung).

Ergebnisse

Tatbestände

Monatlich: Fortgeschriebener Bestand an Seeschiffen (Zahl, Bruttoreaumgehalt) nach Schiffsart und Verwendungszweck.

Jährlich: Handelsschiffe, Seefischereifahrzeuge und nicht Handelszwecken dienende Fahrzeuge nach Schiffsart, Verwendungszweck und Antriebsart. Handelsschiffe nach Schiffsgattungen, Tonnageklassen, Baujahren, Heimatgebieten und ausgewählten Heimathäfen. Entwicklung der Handelsflotte.

Veröffentlichungen

WiSta 7/76; 7/77.

Fachserie 8, Reihe 5 (monatlich; jährlich mit Vorbericht)

10.13 Seeschiffahrtsstatistik

10.13.2 Seemannsstatistik

Rechtsgrundlage

Siehe unter 10.13.1.

Periodizität

Laufende Erfassung; jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Besatzungsmitglieder der Seeschiffe unter der Bundesflagge sowie die sonstigen an Bord tätigen Personen.

Berichtsweg

Schiffseigner/Reeder – See-Berufsgenossenschaft, Hamburg – Bundesministerium für Verkehr – StBA (Veröffentlichung).

Ergebnisse

Tatbestände

Befragte nach Berufs- und Altersgruppen, Schiffsarten sowie Ausländereigenschaft.

Veröffentlichungen

WiSta 11/71; 6/76.

Fachserie 8, Reihe 5 (jährlich).

10.13.3 Seeverkehrsstatistik

1 Schiffs- und Güterverkehr über See.

2 Schiffs- und Güterverkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal.

Hinweis: Der Nachweis des Personenverkehrs über See mit dem Ausland wurde gemäß Artikel 14 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1 Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294) mit Wirkung vom 15. März 1980 eingestellt.

Rechtsgrundlage

Siehe unter 10.13.1. Ferner Verordnung über die Meldestellen für die Seeverkehrsstatistik vom 24. April 1958 (BANz. Nr. 80 S. 1), geändert durch Verordnung vom 18. März 1960 (BANz. Nr. 57 S. 1).

Periodizität

Laufende Erfassung; monatliche und jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Zu 1: Verfrachter oder deren Vertreter, Schiffsführer.

Zu 2: Fahrzeugführer.

Berichtsweg

Zu 1: Befragte – Statistische Meldestellen (Hafenverwaltungen, Besitzer privater Lösch- und Ladestellen, Gemeindebehörden, Zolldienststellen, zuständige Stellen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, Bundesministerium für Verkehr, Abt. Seeverkehr) – StBA. (Die Aufbereitung wird für Hamburg, Bremen und Lübeck von den dortigen Statistischen Ämtern, für die übrigen Küstenhäfen direkt vom StBA durchgeführt; die zusammenfassende Aufbereitung und Veröffentlichung der Bundesergebnisse erfolgt im StBA.)

Zu 2: Befragte – Statistische Meldestellen (Kanalabgabe-Meldestellen) – Wasser- und Schifffahrtsdirektion Kiel (Zusammenstellung) – Bundesministerium für Verkehr – StBA (Veröffentlichung).

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Monatlich: Schiffsverkehr zu Handelszwecken nach Seehäfen und Flaggen. Güterverkehr nach Seehäfen, Flaggen, Güterhauptgruppen, Verkehrsbeziehungen, Einsatzarten (Linien-, Tramp-, Tankerfahrt), Massengut, Sack-/Stückgut.

Containerverkehr über See.

Anzahl und Eigengewichte der beförderten Fahrzeuge des Reise- und Güterverkehrs sowie der Transportbehälter; Trägerschiffsleichter.

Jährlich außerdem: Güterverkehr in der Verflechtung nach Verkehrsbezirken; tonnenkilometrische Leistungen.

Fährverkehr mit dem Ausland.

Zu 2: Monatlich: Gesamtverkehr nach Verwendungsart der Fahrzeuge. Handelsschiffe nach Flaggen. Güterverkehr der Handelsschiffe nach ausgewählten Gütergruppen.

Jährlich außerdem: Schiffsverkehr nach ausgewählten Herkunfts- und Bestimmungsgebieten.

Fachliche Gliederung

»Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik, Ausgabe 1969«.

Regionale Gliederung

StBA: Verkehrsbezirke, Seehäfen.

Veröffentlichungen

Zu 1 und 2. WiSta 7/76; 7/77

WiSta* (monatlich)

Fachserie 8, Reihe 5 (monatlich, jährlich mit Vorbericht),

Reihe 1 (vierteljährlich; jährlich).

Luftverkehr

- 1 Unternehmensstatistik.
- 2 Gewerblicher Luftverkehr auf ausgewählten Flugplätzen.
- 3 Sonstiger Luftverkehr.

10.14 Luftfahrtstatistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Luftfahrtstatistik vom 30. Oktober 1967 (BGBl. I S. 1053), geändert durch Artikel 15 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294). Verordnung zum Gesetz über die Luftfahrtstatistik vom 30. Oktober 1967 (BGBl. I S. 1056), zuletzt geändert durch Verordnung vom 10. März 1976 (BGBl. I S. 705). Zweite Verordnung zum Gesetz über die Luftfahrtstatistik vom 24. Juli 1968 (BGBl. I S. 866).

Periodizität

Zu 1: Jährlich.

Zu 2: Laufende Erhebung; monatliche Aufbereitung.

Zu 3: Monatlich: Gewerblicher Verkehr auf sonstigen Flugplätzen.

Jährlich: Nichtgewerblicher Verkehr auf allen Flugplätzen.

Kreis der Befragten

Zu 1: Inhaber von Genehmigungen für die Beförderung von Personen oder Sachen mit Luftfahrzeugen und für die gewerbsmäßige oder geschäftsmäßige Durchführung von Flügen für andere Zwecke (gemäß § 20 Abs. 1 des Luftverkehrsgesetzes).

Zu 2: In- und ausländische Luftfahrtunternehmen bzw. Führer der Luftfahrzeuge, wenn keine Luftfahrtunternehmen bestehen oder diese keine ständige Vertretung auf dem Flugplatz unterhalten.

Zu 3: Flugplatzunternehmen.

Berichtsweg

Zu 1: Befragte – zuständige Behörde für die Erteilung der Genehmigung – StBA (zentrale Aufbereitung).

Zu 2: Befragte – Flugplatzunternehmen – StBA (zentrale Aufbereitung).

Zu 3: Befragte – Aufsichtsbehörde – StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Art der Tätigkeit der Unternehmen. Anzahl und Art der verfügbaren Luftfahrzeuge nach Startgewichtsklassen. Anzahl und Art der in der Luftfahrt beschäftigten Personen. Umsatz aus Luftfahrttätigkeit nach Tätigkeitsbereichen; bei überwiegend in der Luftfahrt tätigen Unternehmen auch Anzahl der Gesamtbeschäftigten und Gesamtumsatz.

Zu 2: Luftfahrzeugbewegungen nach Flugplätzen, Flugarten und Startgewichtsklassen. Ein- und Aussteiger sowie Durchgang. Menge der ein- und ausgeladenen sowie durchgegangenen Fracht und Post nach Flugarten und Hauptverkehrsbeziehungen. Flüge, Flugkilometer; angebotene Sitzplatz- und Tonnenkilometer; geleistete Personenkilometer, Fracht- und Posttonnenkilometer; Ausnutzungsgrad der Flugzeuge. Beförderte Personen und Güter nach Verkehrsbeziehungen und Gütergruppen.

Zu 3: Luftfahrzeugbewegungen auf sonstigen Flugplätzen nach Flug- bzw. Startarten; gewerblicher und nichtgewerblicher Motorflug, Segelflug, bemannte Ballonfahrt; gegliedert nach Platz- und Überlandflügen.

Fachliche Gliederung

Zu 1: »Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979«.

Zu 2: »Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik, Ausgabe 1969«.

Regionale Gliederung

StBA: Flugplätze.

Veröffentlichungen

WiSta 3/76; 3/77; 3/78; 3/79; 4/80.

WiSta* (monatlich)

Fachserie 8, Reihe 6 (monatlich, jährlich),

Reihe 1 (vierteljährlich, jährlich)

10.15 Statistik der Luft- verkehrs- unfälle

Rechtsgrundlage

§ 5 Abs. 1 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Nr. 6 des Gesetzes über das Luftfahrt-Bundesamt vom 30. November 1954 (BGBl. I S. 354). Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der allgemeinen Verwaltungsvorschriften für die fachliche Untersuchung von Unfällen bei dem Betrieb von Luftfahrzeugen vom 16. August 1960 (BANz. Nr. 163 S. 1).

Periodizität

Laufende Erfassung; jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Die Angaben werden vom Luftfahrt-Bundesamt, Braunschweig, im Zusammenhang mit den Ermittlungen über die Unfallursachen festgestellt.

Berichtsweg

Luftfahrt-Bundesamt – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Flugbetriebsunfälle in der Zivilluftfahrt nach Betriebsart und Unfallfolgen (Unfälle mit Personenschaden sowie dabei Getötete und Verletzte, ferner Unfälle nur mit Sachschaden).

Veröffentlichungen

Luftfahrt-Bundesamt, Braunschweig:

•Monatsbericht. Angezeigte Unfälle bei dem Betrieb von Luftfahrzeugen*,
•Ergebnisse der fachlichen Untersuchung von Unfällen bei dem Betrieb von Luftfahrzeugen* (jährlich)

StBA:

Fachserie 8, Reihe 6 (jährlich)

Rohrfernleitungsverkehr

Rechtsgrundlage

Vereinbarung zwischen dem Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft und dem Statistischen Bundesamt sowie Gesetz über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs (Außenhandelsstatistikgesetz – AHStatGes) vom 1. Mai 1957 (BGBl. I S. 413), geändert durch Artikel 9 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294).

Periodizität

Laufende Erfassung; vierteljährliche und jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Rohrleitungsunternehmen.

Berichtsweg

Befragte (bei Durchsatz von rohem Erdöl Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, Eschborn/Ts.) – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Durchsatzmenge von rohem Erdöl nach Rohrfernleitungsabschnitten sowie geleistete Tonnenkilometer; Menge der durch Rohrfernleitungen eingeführten Mineralölprodukte nach Rohrfernleitungsabschnitten und Gütergruppen.

10.16 Rohrfernleitungsstatistik

Fachliche Gliederung

»Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik, Ausgabe 1969«.

Regionale Gliederung

StBA: Verkehrsbezirke.

Veröffentlichungen

WiSta* (monatlich).

Fachserie 8, Reihe 1 (vierteljährlich, jährlich)

Post- und Fernmeldewesen

- 10.17 Statistik der Deutschen Bundespost** **Rechtsgrundlage** § 9 Abs. 1 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289).

Kreis der Befragten

Ämter (einschl. Amtsstellen) und Oberpostdirektionen.

Berichtsweg

Befragte – Posttechnisches Zentralamt, Darmstadt (Bundeszusammenstellung) – Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen (Veröffentlichung).

10.17.1 Betriebseinrichtungen

Periodizität

Jährlich (Stichtag 31. Dezember).

Ergebnisse

Tatbestände

1 Post- und Fernmeldewesen: Ämter und Amtsstellen, Kraftfahrzeuge, Grundstücke und Gebäude.

2 Postwesen: Amtliche Abgabestellen für Postwertzeichen, Postbriefkästen, Postfacheinrichtungen, Zahl und Streckenlänge der Linien des Postreisedienstes, Omnibusse.

3 Fernmeldewesen: (siehe unter 10.17.2 Ziffer 6 und 7).

Regionale Gliederung

Zu 1 und 2: z. T. Oberpostdirektionsbezirke.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen

»Geschäftsbericht der Deutschen Bundespost über das Kalenderjahr«,

»Bezirksstatistik der Deutschen Bundespost über das Kalenderjahr«

10.17.2 Verkehrsleistungen

Periodizität

Laufende Erfassung (Briefsendungen im Stichprobenverfahren); monatliche und jährliche Zusammenstellung (Nebenstellenanlagen und Ortsgespräche jährliche Zusammenstellung).

Ergebnisse

Tatbestände

- 1 Postdienst: Briefsendungen, Paketsendungen, Wertsendungen, Nachnahmesendungen, Postzustellungsaufträge, Postaufträge zum Postprotest; Postvertriebsstücke im Postzeitungsdienst; Wagenachskilometer im Bahnpostdienst, Fahrleistungen der Kraftfahrzeuge zur Postbeförderung.
- 2 Gelddienste: Zahlkarten, Zahlungs- und Postanweisungen (Stück und Betrag), Postbarschecks und ec-Bankschecks; Renten der Sozialversicherung.
- 3 Postreisedienst: Wagenkilometer und Beförderungsfälle.
- 4 Postscheckdienst: Postscheckkonten, Guthaben, Gut- und Lastschriften (Stück und Betrag).
- 5 Postsparkassendienst: Postsparbücher, Guthaben, Einlagen und Rückzahlungen (Stück und Betrag).
- 6 Telegrafendienst: Telegramme; Telexanschlüsse, Telexverkehr im Inland nach Gebühreneinheiten.
- 7 Fernsprechkreis: Sprechstellen (Haupt- und Nebenanschlüsse, öffentliche Sprechstellen); Nebenstellenanlagen; Orts- und Ferngespräche.

Regionale Gliederung

Oberpostdirektionsbezirke; für Postscheckdienst: Postscheckämter.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen:
»Geschäftsbericht der Deutschen Bundespost über das Kalenderjahr«,
»Bezirksstatistik der Deutschen Bundespost über das Kalenderjahr«,
Pressemitteilungen »Post von der Post« (monatlich)

Posttechnisches Zentralamt, Darmstadt:

»Monatliche Bezirksstatistik«

StBA:

WiSta* (monatlich)

10.17.3 Personal

Periodizität

Jährlich (Stichtag 31. Dezember; Personalbestand nach Dienstzweigen: Jahresdurchschnitt).

Personalbestand nach Vollkräften halbjährlich (Stichtage: 30. Juni und 31. Dezember).

Ergebnisse

Tatbestände

- 1 Personalbestand nach Beamten, Angestellten, Arbeitern, Posthaltern und Nachwuchskräften, Vollkräften (Teilzeitkräfte auf Vollkräfte umgerechnet), Personenzahl sowie nach Dienstzweigen (Teilzeitkräfte auf Vollkräfte umgerechnet).
- 2 Schwerbehinderte.
- 3 Versorgungsempfänger.

Regionale Gliederung

Z. T. Oberpostdirektionsbezirke

Veröffentlichungen

Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen
»Geschäftsbericht der Deutschen Bundespost über das Kalenderjahr«,
»Bezirksstatistik der Deutschen Bundespost über das Kalenderjahr«
Posttechnisches Zentralamt, Darmstadt
»Monatliche Bezirksstatistik« (für Juni und Dezember).

10.17.4 Finanzwesen

Periodizität

Jährlich.

Ergebnisse

Tatbestände

Gewinn- und Verlustrechnung, Gesamtbilanz und Teilbilanzen, Leistungs- und Kostenrechnung nach Dienst- und Teildienstzweigen.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen:
»Geschäftsbericht der Deutschen Bundespost über das Kalenderjahr«.

Wetterdienst

10.18 Statistik des Deutschen Wetter- dienstes

Rechtsgrundlage

§ 3 des Gesetzes über den Deutschen Wetterdienst vom 11. November 1952 (BGBl. I S. 738).

Periodizität

Täglich, monatlich und jährlich.

Kreis der Befragten

Haupt- und nebenamtliche Beobachtungsstationen.

(Die Beobachtungen meteorologischer Erscheinungen in über 150 Staaten werden im Wege internationalen Austausches übernommen und für die Aufgaben des Deutschen Wetterdienstes verwertet.)

Ergebnisse

Tatbestände

Luftdruck, -temperatur, -feuchtigkeit; Windrichtung, -geschwindigkeit; horizontale Sichtweite; Bewölkungsmenge, -art; Niederschlagshöhe, -zeiten, -form; Sonnenscheindauer; luftelektrische und optische Erscheinungen; Schneehöhe, -dichte; Erdbodenzustand; Temperatur und Wassergehalt der oberen Bodenschichten; charakteristische Phasen der Entwicklung von Wild- und Kulturpflanzen; künstliche Radioaktivität des Aerosols und des Niederschlags; Bodenfeuchte.

Darstellungen:

In **Tabellen**: Gemessene und beobachtete Werte; abgeleitete Werte (Tages-, Monats-, Jahres-, langjährige Mittel); Summen über entsprechende Zeitabschnitte; Zahl der Tage mit bestimmten Stufenwerten von einer Reihe von Klimaelementen; Angaben über pflanzliche Entwicklungsstadien im Jahresverlauf (phänologische Daten).

Als **Diagramme** (monatlich, jährlich und größere Zeiträume): Lufttemperatur, Niederschlagshöhe; Niederschlags- und Temperaturabweichung vom langjährigen Durchschnitt; künstliche Radioaktivität des Aerosols und Niederschlags. Verlauf der Wochen- bzw. Gesamtbewertungsziffern zur Phytophthora-Negativ-Vorhersage (Krautfäule bei Kartoffeln). Witterungsbedingte Infektionswahrscheinlichkeit für *Cercospora herpotrichoides* (Halmgrund-Erkrankung bei Winterweizen).

Als **Karten** (täglich): Luftdruck- und Luftmassenverteilung mit Einzelwerten von Temperatur, Wind und Niederschlag für Europa und den größten Teil der nördlichen Hemisphäre; Strömungsverteilung mit Einzelwerten der Temperatur für einzelne Schichten der Troposphäre und unteren Stratosphäre für ein Gebiet, das einerseits den Nordosten Nordamerikas, den Nordatlantik, Europa und andererseits das östliche Mittelmeer, den vorderen Orient bis Indien umfaßt. Auswertung der Satellitenfotos des Raumes Europa und der östlichen Hälfte des Nordatlantik. Berechnung von Vorhersagekarten, Druckverteilung am Boden und verschiedener Höhenschichten für 24 bis 96 Stunden.

Wöchentlich: Verdunstung.

Monatlich: Temperatur und Niederschlagsverteilung für die Bundesrepublik; Einzelphasen der Großwetterentwicklung in Europa; Monatsmittel des Luftdrucks am Boden und in verschiedenen Höhenschichten sowie Abweichungen vom Normalwert für Luftdruck, Temperatur und Niederschlag für den größten Teil der nördlichen Hemisphäre; Monatsmittel des Luftdruckes, der Lufttemperatur und des Niederschlags für den größten Teil der Erde.

Jährlich: Phasen der pflanzlichen Entwicklung im Jahresverlauf (phänologische Phasen).

Monatlich und jährlich: langjährige Durchschnittswerte für Temperatur, Niederschlagshöhe und -tage, relative Sonnenscheindauer.

Veröffentlichungen

Deutscher Wetterdienst, Offenbach am Main:

- »Wetterkarte des Seewetteramtes in Hamburg« (täglich),
- »Wetterkarte des Wetteramtes Frankfurt« (täglich),
- »Europäischer Wetterbericht« (täglich),
- »Agrarmeteorologischer Wochenbericht«,
- »Monatlicher Witterungsbericht« (mit Jahresübersicht),
- »Deutsches Meteorologisches Jahrbuch« (Bundesrepublik),
- »Jahresbericht des Deutschen Wetterdienstes«,
- »Großwetterlagen Europas« (unregelmäßig),
- »Witterung in Übersee« (unregelmäßig),
- »Klimakarten, Klimaatlantanten der Bundesländer – Berichte des Deutschen Wetterdienstes« (unregelmäßig).

StBA:

Fachserie 3, Reihen 1 und 3 (jährlich auszugsweise).

Hinweis: Der Beratungsdienst umfaßt Wirtschafts-, Flug- und Seewetterdienst, Klimadienst, agrarmeteorologischen Dienst.

11 GELD UND KREDIT, VERSICHERUNGEN

Geld und Kredit

Bankstatistische Gesamtrechnungen	
11.1	Konsolidierte Bilanz des Bankensystems 249
11.2	Statistische Daten zum Geldvolumen 249
11.3	Statistische Daten zur Bankenliquidität 249
Deutsche Bundesbank	
11.4	Ausweis der Deutschen Bundesbank 250
11.5	Angaben zur Auslandsposition der Deutschen Bundesbank 250
11.6	Mindestreservestatistik 251
Kreditinstitute	
11.7	Zwischenbilanzstatistik 251
11.8	Kreditstatistik. 252
11.9	Kreditzusagenstatistik 252
11.10	Statistik der Wertpapierbestände 253
11.11	Statistik der Einlagen und aufgenommenen Kredite 253
11.12	Statistik der Wertpapier-Kundendepots 254
11.13	Zwischenbilanzstatistik der Auslandsfilialen deutscher Kreditinstitute 255
11.14	Statistik über Aktiv- und Passivpositionen der ausländischen Kreditinstitute im Mehrheitsbesitz deutscher Kreditinstitute.. 255
11.15	Statistik der Gewinn- und Verlustrechnungen der Kreditinstitute 256
11.16	Statistik der Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten ... 256

11.17	Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute	256
11.18	Statistik der Bausparkassen	257
	Wertpapiermärkte	
11.19	Emissionsstatistik	258
11.20	Investmentstatistik	258
11.21	Statistik über geschlossene Immobilienfonds	259
11.22	Statistik der Effektenkurse	259
11.23	Renditenstatistik festverzinslicher Wertpapiere	259
11.24	Börsenumsatzstatistik	260
	Zinsen und Währungen	
11.25	Die Währungen der Welt	260
11.26	Statistik der Devisenkurse	261
11.27	Statistik der Zinssätze	261
	Vermögenswirksames Sparen	
11.28	Mikrozensus	262

Versicherungen

11.29	Statistik über Kapitalanlagen, Bilanzen und Eigenkapital der Versicherungsunternehmen	262
11.30	Statistik der Lebensversicherung	264
11.31	Statistik der Pensions- und Sterbekassen	264
11.32	Statistik der privaten Krankenversicherungen	265
11.33	Statistik der Schaden-, Unfall- und Transportversicherung ..	266
11.34	Statistik über die Rückversicherung	266
11.35	Statistik der kleineren Versicherungsvereine	267

Geld und Kredit

Vorbemerkung: Soweit die in diesem Abschnitt nachgewiesenen Statistiken von der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, bearbeitet werden, ist ihre Rechtsgrundlage § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745). Ansonsten ist die Rechtsgrundlage gesondert erwähnt.

In Ergänzung zu den für die einzelnen Statistiken angegebenen Fundstellen wird auf den von der Deutschen Bundesbank 1976 herausgegebenen Statistikband »Deutsches Geld- und Bankwesen in Zahlen 1876–1975« verwiesen, der für viele der in diesem Abschnitt nachgewiesenen Statistiken methodische Erläuterungen und historische Zeitreihen enthält.

Bankstatistische Gesamtrechnungen

Periodizität

Monatliche Zusammenstellung durch Auswertung des Ausweises der Deutschen Bundesbank, der Monatlichen Bilanzstatistik der Kreditinstitute und von Zusatzangaben.

Ergebnisse

Tatbestände

Zusammenfassung der Ergebnisse der bilanzstatistischen Erhebungen bei den Kreditinstituten mit dem Ausweis der Deutschen Bundesbank zu einer Gesamtübersicht über die inländische monetäre Entwicklung.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank.

»Monatsberichte«.

StBA:

WiSta* (auszugsweise)

11.1 Konsolidierte Bilanz des Bankensystems

Periodizität

Monatliche, vierteljährliche und jährliche Zusammenstellung durch Auswertung des Ausweises der Deutschen Bundesbank, der Monatlichen Bilanzstatistik der Kreditinstitute und von Zusatzangaben.

Ergebnisse

Tatbestände

Entwicklung der inländischen Geldversorgung und der hierfür relevanten Positionen der Konsolidierten Bilanz des Bankensystems.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank.

»Monatsberichte« (auch im Textteil).

StBA:

WiSta* (auszugsweise).

Außerdem methodische Grundlagen:

Deutsche Bundesbank:

Längerfristige Entwicklung des Geldvolumens, »Monatsberichte«, 23 Jg., Nr. 7, Juli 1971

11.2 Statistische Daten zum Geldvolumen

Periodizität

Monatliche, vierteljährliche und jährliche Zusammenstellung durch Auswertung des Ausweises der Deutschen Bundesbank, der Mindestreservestatistik und von Zusatzangaben.

11.3 Statistische Daten zur Bankenliquidität

Ergebnisse

Tatbestände

Zentralbankgeldschaffung und freie Liquiditätsreserven der Banken.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:

»Monatsberichte«.

Außerdem methodische Grundlagen.

Deutsche Bundesbank:

Neuabgrenzung der »freien Liquiditätsreserven« der Banken, »Monatsberichte«, 25. Jg., Nr. 6, Juni 1973

Zentralbankgeldmenge und freie Liquiditätsreserven der Banken, »Monatsberichte«, 26. Jg., Nr. 7, Juli 1974.

Deutsche Bundesbank

11.4 Ausweis der Deutschen Bundesbank

Periodizität

Bankwöchentliche Zusammenstellung durch Auswertung des Bundesbankausweises und von Zusatzangaben.

Ergebnisse

Tatbestände

Aktiva und Passiva der Deutschen Bundesbank; Umlauf an Scheidemünzen.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:

»Monatsberichte«.

StBA:

Wista* (auszugsweise)

Außerdem methodische Grundlagen:

Deutsche Bundesbank.

Der Wochenausweis der Deutschen Bundesbank, »Monatsberichte«, 21. Jg., Nr. 1, Januar 1969.

Die Erhöhung der deutschen IWF-Quote und der neue Ausweis der IWF-Reserveposition in der Bundesbankbilanz, »Monatsberichte«, 23. Jg. Nr. 1, Januar 1971

11.5 Angaben zur Auslands- position der Deutschen Bundesbank

Periodizität

Monatliche Zusammenstellung durch Auswertung des Bundesbankausweises und von Zusatzangaben.

Ergebnisse

Tatbestände

Goldbestand sowie Stand der Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten der Deutschen Bundesbank nach Arten.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:

»Monatsberichte«,

»Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik«.

StBA:

IntMon

Periodizität

Monatliche Zusammenstellung anhand der Meldungen, die von den mindest-reservepflichtigen Kreditinstituten an die Deutsche Bundesbank erstattet werden.

Ergebnisse

Tatbestände

Reservehaltung der Kreditinstitute bei der Deutschen Bundesbank nach Bankengruppen und Progressionsstufen; Reservesätze.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:
»Monatsberichte«

11.6 Mindest-reserve-statistik

Kreditinstitute

Vorbemerkung: Die Zahl aller Kreditinstitute und ihrer Zweigstellen sowie eine Übersicht über die Zahl der zu den monatlichen bankstatistischen Erhebungen berichtenden Kreditinstitute in der Verteilung auf Größenklassen nach dem Geschäftsvolumen (jeweils nach dem Stand am Jahresende) werden in den »Monatsberichten« der Deutschen Bundesbank veröffentlicht.

Periodizität

Monatlich durch Auswertung der Meldungen der Kreditinstitute zur Monatlichen Bilanzstatistik bei der Deutschen Bundesbank.

11.7 Zwischen-bilanz-statistik

Kreis der Befragten

Kreditinstitute einschl. privater und öffentlicher Bausparkassen mit Ausnahme von Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. Dezember 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug. Kleinere Institute, die bei Einführung dieser Abgrenzung (31. Dezember 1973) bereits berichtspflichtig waren, sind weiterhin berichtspflichtig.

Berichtsweg

Befragte – Deutsche Bundesbank.

Ergebnisse

Tatbestände

Aktiva und Passiva sowie Inlandsaktiva und -passiva der Kreditinstitute nach Bankengruppen.

Für Bausparkassen außerdem neu abgeschlossene Bausparverträge, Vertragsbestand, Kapitalzusagen und noch bestehende Auszahlungsverpflichtungen.

Hinweis. In den Angaben für Kreditinstitute insgesamt sind die Zahlen für Bausparkassen nicht enthalten, sie werden jedoch als Bankengruppe gesondert aufgeführt.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:
»Monatsberichte«,
»Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 1, Bankenstatistik nach Bankengruppen«

Außerdem methodische Grundlagen.

Deutsche Bundesbank.

Die Umgestaltung der Bankenstatistik Ende 1968, »Monatsberichte«, 21. Jg., Nr. 4, April 1969.

11.8 Kreditstatistik

Periodizität

Monatlich durch Auswertung der Meldungen der Kreditinstitute zur Monatlichen Bilanzstatistik; vierteljährlich durch Auswertung der Meldungen der Kreditinstitute zur Vierteljährlichen Kreditnehmerstatistik bei der Deutschen Bundesbank.

Kreis der Befragten

Kreditinstitute einschl. privater und öffentlicher Bausparkassen mit Ausnahme von Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. Dezember 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug. Kleinere Institute, die bei Einführung dieser Abgrenzung (31. Dezember 1973) bereits berichtspflichtig waren, sind weiterhin berichtspflichtig.

Berichtsweg

Befragte – Deutsche Bundesbank.

Ergebnisse

Tatbestände

Monatlich: Kredite der Kreditinstitute und der einzelnen Bankengruppen an Nichtbanken und an inländische Nichtbanken (einschl. Schatzwechselkredite, Wertpapierbestände, Ausgleichs- und Deckungsforderungen) – untergliedert nach Unternehmen und Privatpersonen sowie öffentlichen Haushalten – nach Befristung und Arten; Kredite der Kreditinstitute und der einzelnen Bankengruppen an inländische Kreditinstitute (einschl. Wertpapierbestände) nach Befristung und Arten.

Für Bausparkassen außerdem Auszahlungen von Bauspardarlehen, Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten sowie Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen. (Zur Darstellung der Zahlen für Bausparkassen siehe Hinweis unter 11.7).

Vierteljährlich: Kredite der Kreditinstitute und der einzelnen Bankengruppen (ohne Bausparkassen) an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Schatzwechselkredite und Wertpapierbestände) nach Kreditnehmern.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:

•Monatsberichte•,

•Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 1, Bankenstatistik nach Bankengruppen• und halbjährliche Beilage hierzu.

StBA.

WiSta* (auszugsweise).

Außerdem methodische Grundlagen:

Deutsche Bundesbank:

Die privaten Kreditnehmer der Banken, •Monatsberichte•, 22. Jg., Nr. 10, Oktober 1970.

11.9 Kreditzusagenstatistik

Periodizität

Monatliche Auswertung der entsprechenden Meldungen der Kreditinstitute.

Kreis der Befragten

Kreditinstitute mit Ausnahme der privaten und öffentlichen Bausparkassen sowie der Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. Dezember 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug. Kleinere Institute, die bei Einführung dieser Abgrenzung (31. Dezember 1973) bereits berichtspflichtig waren, sind weiterhin berichtspflichtig.

Berichtsweg

Befragte – Deutsche Bundesbank.

Ergebnisse

Tatbestände

Stand der Zusagen für Kredite mit wechselnder Inanspruchnahme, Stand der Inanspruchnahme der zugesagten Kredite sowie Stand der noch nicht durch Auszahlung erledigten Zusagen für Darlehen mit festem Betrag und fester Laufzeit.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:
»Monatsberichte«.

Außerdem methodische Grundlagen:
Deutsche Bundesbank:

Die Kreditzusagenstatistik der Deutschen Bundesbank, »Monatsberichte«, 31. Jg., Nr. 5, Mai 1979.

Periodizität

Monatlich durch Auswertung der Meldungen der Kreditinstitute zur Monatlichen Bilanzstatistik bei der Deutschen Bundesbank.

Kreis der Befragten

Kreditinstitute einschl. privater und öffentlicher Bausparkassen mit Ausnahme der Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. Dezember 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug. Kleinere Institute, die bei Einführung dieser Abgrenzung (31. Dezember 1973) bereits berichtspflichtig waren, sind weiterhin berichtspflichtig.

Berichtsweg

Befragte – Deutsche Bundesbank.

Ergebnisse

Tatbestände

Bestände der Kreditinstitute (ohne Bausparkassen) an in- und ausländischen Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen sowie an Anleihen und Schuldverschreibungen inländischer öffentlicher Haushalte und ihrer Sondervermögen nach Emittenten.

Bestände der Kreditinstitute und der einzelnen Bankengruppen (ohne Bausparkassen) an in- und ausländischen Wertpapieren aller Emittenten nach Arten und Emittenten.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:
»Monatsberichte«.

»Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 1, Bankenstatistik nach Bankengruppen«.

Periodizität

Monatlich durch Auswertung der Meldungen der Kreditinstitute zur Monatlichen Bilanzstatistik bei der Deutschen Bundesbank.

Kreis der Befragten

Kreditinstitute einschl. privater und öffentlicher Bausparkassen mit Ausnahme der Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. Dezember 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug. Kleinere Institute, die bei Einführung dieser Abgrenzung (31. Dezember 1973) bereits berichtspflichtig waren, sind weiterhin berichtspflichtig.

11.10 Statistik der Wertpapierbestände

11.11 Statistik der Einlagen und aufgenommenen Kredite

Berichtsweg

Befragte – Deutsche Bundesbank.

Ergebnisse

Tatbestände

Einlagen und aufgenommene Kredite der Kreditinstitute und der einzelnen Bankengruppen von Nichtbanken und von inländischen Nichtbanken (untergliedert nach Unternehmen und Privatpersonen sowie öffentlichen Haushalten) nach Befristung und Arten.

Einlagen und aufgenommene Kredite (einschl. weitergegebener Wechsel) der Kreditinstitute und der einzelnen Bankengruppen von inländischen Kreditinstituten nach Befristung und Arten. (Zur Darstellung der Zahlen für Bausparkassen siehe Hinweis unter 11.7).

Spareinlagen der Kreditinstitute und der einzelnen Bankengruppen (ohne Bausparkassen) nach Sparergruppen und Befristung. Nach dem Sparprämiengesetz festgelegte Spareinlagen und Wertpapiere sowie Sparprämien-Gutschriften; Umsätze (Gutschriften, Belastungen, Zinsgutschriften) im Sparverkehr.

Für Bausparkassen: eingegangene Wohnungsbauprämien sowie Umsätze auf Bausparkonten (Einzahlungen, Zinsgutschriften, Rückzahlungen aus nicht zugeteilten Verträgen, Auszahlungen aufgrund von Zuteilungen).

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:

• Monatsberichte,

• Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 1, Bankenstatistik nach Bankengruppen* und halbjährliche Beilage hierzu.

StBA:

WiSta* (monatlich).

11.12 Statistik der Wertpapier-Kunden-depots

Periodizität

Jährliche Auswertung der entsprechenden Meldungen der Kreditinstitute.

Kreis der Befragten

Kreditinstitute einschl. Kapitalanlagegesellschaften mit Ausnahme der Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. Dezember 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug. Kleinere Institute, die bei Einführung dieser Abgrenzung (31. Dezember 1973) bereits berichtspflichtig waren, sind weiterhin berichtspflichtig.

Berichtsweg

Befragte – Deutsche Bundesbank.

Ergebnisse

Tatbestände

Zahl der von den Kreditinstituten (einschl. Bundesbank) und den einzelnen Bankengruppen geführten Wertpapier-Kundendepots und Höhe der in diesen Depots liegenden, auf DM lautenden Schuldverschreibungen und Aktien inländischer Emittenten sowie der auf DM lautenden Schuldverschreibungen ausländischer Emittenten (Nominalwert) und Zertifikate inländischer Investmentgesellschaften (Stückzahl) nach Depotinhabern.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:

»Monatsberichte« (Textteil);

jährliche Beilage zu den »Statistischen Beiheften zu den Monatsberichten, Reihe 1, Bankensstatistik nach Bankengruppen«.

Außerdem methodische Grundlagen:

Deutsche Bundesbank:

Die Entwicklung der Wertpapierdepots im Jahre 1968, »Monatsberichte«, 21. Jg., Nr. 9, September 1969

Die Streuung des Wertpapierbesitzes, »Monatsberichte«, 22. Jg., Nr. 8, August 1970

Periodizität

Monatlich durch Auswertung der Meldungen der Kreditinstitute zur Monatlichen Bilanzstatistik bei der Deutschen Bundesbank.

Kreis der Befragten

Kreditinstitute, die Zweigstellen in fremden Wirtschaftsgebieten unterhalten.

Berichtsweg

Befragte – Deutsche Bundesbank.

Ergebnisse

Tatbestände

Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen deutscher Kreditinstitute, untergliedert nach ausländischen und deutschen Geschäftspartnern.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:

»Monatsberichte«.

Periodizität

Monatlich durch Auswertung der Meldungen der Kreditinstitute zur Statistik über Auslandstöchter bei der Deutschen Bundesbank.

Kreis der Befragten

Kreditinstitute, die allein oder gemeinsam mit anderen inländischen Kreditinstituten – direkt oder indirekt über Beteiligungsgesellschaften – die Mehrheit der Anteile eines ausländischen Kreditinstituts besitzen.

Berichtsweg

Befragte – Deutsche Bundesbank.

Ergebnisse

Tatbestände

Aktiv- und Passivpositionen der Auslandstöchter deutscher Kreditinstitute mit deutschen Geschäftspartnern.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:

»Monatsberichte«

11.13 Zwischenbilanzstatistik der Auslandsfilialen deutscher Kreditinstitute

11.14 Statistik über Aktiv- und Passivpositionen der ausländischen Kreditinstitute im Mehrheitsbesitz deutscher Kreditinstitute

11.15 Statistik der Gewinn- und Verlustrechnungen der Kreditinstitute

Periodizität

Jährliche Zusammenstellung durch Auswertung der bei der Deutschen Bundesbank vorliegenden Gewinn- und Verlustrechnungen der Kreditinstitute mit Ausnahme der privaten und öffentlichen Bausparkassen sowie der Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. Dezember 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug. Kleinere Institute, die bei Einführung dieser Abgrenzung (31. Dezember 1973) bereits zur Monatlichen Bilanzstatistik berichtspflichtig waren, sind weiterhin erfaßt.

Ergebnisse

Tatbestände

Einzelpositionen der Gewinn- und Verlustrechnungen der Kreditinstitute und der einzelnen Bankengruppen; Zusammenfassung von Zinsüberschuß, Provisionsüberschuß, Verwaltungsaufwand, Betriebsergebnis, sonstigen Aufwendungen und Erträgen sowie Jahresüberschuß; Relationen zum Geschäftsvolumen.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:
»Monatsberichte« (Textteil)

Außerdem methodische Grundlagen:

Deutsche Bundesbank:

Ertragsentwicklung im Bankgewerbe, »Monatsberichte«, 28. Jg., Nr. 11, November 1976.

11.16 Statistik der Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten

Periodizität

Monatlich durch Auswertung der Meldungen der Kreditinstitute zum Auslandsstatus bei der Deutschen Bundesbank.

Kreis der Befragten

Kreditinstitute, die Auslandsforderungen oder -verbindlichkeiten haben.

Berichtsweg

Befragte – Deutsche Bundesbank.

Ergebnisse

Tatbestände

Kurz- und langfristige Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Ausländern nach Arten, Fristen, Sektoren, Währungen, wichtigen Ländern und Ländergruppen.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:

»Monatsberichte«,

»Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik«.

11.17 Statistik der Boden- und Kommalkreditinstitute

Rechtsgrundlage

§ 23 des Hypothekendarbankgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Februar 1963 (BGBl. I S. 81); § 21 des Gesetzes über Schiffspfandbriefbanken (Schiffspfandbriefgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Mai 1963 (BGBl. I S. 302); § 7 des Gesetzes über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Mai 1963 (BGBl. I S. 312), jeweils geändert durch Artikel 16, 17 bzw. 18 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294).

Periodizität

Vierteljährlich.

Kreis der Befragten

51 Boden- und Kommunalkreditinstitute (Stand 1980).

Berichtsweg

Befragte – StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Umlauf von deckungspflichtigen Schuldverschreibungen der einzelnen Realcreditinstitute nach Wertpapierarten (Pfandbriefe, Kommunalobligationen und sonstige Schuldverschreibungen), Zinssätzen und Institutsgruppen sowie deren Deckung (ordentliche Deckung und Ersatzdeckung).

Veröffentlichungen

Bundesminister der Justiz:

»Bundesanzeiger« mit vierteljährlichen Angaben.

StBA.

WiSta 4/80.

WiSta* (jährlich, auszugsweise).

Fachserie 9, Reihe 1 (Berichterstattung mit Monatsbericht März 1980 und Jahresbericht 1979 eingestellt).

Rechtsgrundlage

§ 3 Abs. 1 Nr. 10 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289).

Periodizität

Monatlich und jährlich.

Kreis der Befragten

18 private und 13 öffentliche Bausparkassen (Stand 1980).

Berichtsweg

Befragte – Verband der privaten Bausparkassen und Bundesgeschäftsstelle der Landesbausparkassen, Bonn – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zahl der im Berichtszeitraum eingelösten Neuabschlüsse (nach Berufsgruppen der Bausparer), Kündigungen, zugeteilten Verträge sowie jeweilige Bausparsummen.

Einzahlungen (Spargelder, Wohnungsbauprämien sowie Zins- und Tilgungsleistungen).

Auszahlungen (Bauspareinlagen und Baudarlehen aus Zuteilungen, Zwischenkredite und sonstige Baudarlehen).

Bestände der zugeteilten und nichtzugeteilten Verträge sowie deren Bausparsummen; Bestände an Bauspareinlagen, aufgenommenen Fremdmitteln, Baudarlehen aus Zuteilungen, Zwischenkrediten und sonstigen Baudarlehen.

11.18 Statistik der Bausparkassen

Veröffentlichungen

Bundesgeschäftsstelle der Landesbausparkassen, Bonn:
»Geschäftsbericht« (jährlich).

Verband der privaten Bausparkassen, Bonn:
»Bericht über das Geschäftsjahr« (jährlich).

StBA:

WiSta 9/76, 9/77, 9/78, 9/79, 9/80.

»Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft« (monatlich).

Wertpapiermärkte

11.19 Emissions- statistik

Periodizität

Monatlich durch Auswertung der Meldungen der inländischen Kreditinstitute für die von ihnen begebenen eigenen Emissionen sowie die durch sie begebenen Schuldverschreibungen Dritter; für Aktien: durch Auswertung verschiedener Unterlagen.

Kreis der Befragten

Inländische Emittenten bzw. Konsortialführer.

Berichtsweg

Befragte – Deutsche Bundesbank.

Ergebnisse

Tatbestände

Absatz und Umlauf von festverzinslichen Wertpapieren (insgesamt und nach Wertpapierarten) und Aktien in Nominalwerten, Absatz auch in Kurswerten. Für festverzinsliche Wertpapiere ferner Tilgung und Nettoabsatz, Emissionsbedingungen (Zinssätze, Emissionskurse, Laufzeiten).

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:

»Monatsberichte«,

»Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 2, Wertpapierstatistik«.

StBA:

StJb (auszugsweise)

11.20 Investment- statistik

Periodizität

Monatlich durch Auswertung der Meldungen der Kapitalanlagegesellschaften.

Kreis der Befragten

Kapitalanlagegesellschaften.

Berichtsweg

Befragte – Deutsche Bundesbank.

Ergebnisse

Tatbestände

Fondsvermögen, Anzahl der umlaufenden Anteile, Ausgabepreise, Mittelaufkommen, Zusammensetzung des Fondsvermögens von Wertpapierfonds.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:

»Monatsberichte«,

»Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 2, Wertpapierstatistik«.

Periodizität

Vierteljährlich (für Fonds nach Abschluß der Aufbauphase: jährlich) durch Auswertung der freiwilligen Meldungen der Grundstücksgesellschaften bzw. Treuhänder.

Kreis der Befragten

Grundstücksgesellschaften bzw. Treuhänder.

Berichtsweg

Befragte – Deutsche Bundesbank.

Ergebnisse

Tatbestände

Aufgenommenes Zertifikats- und Fremdkapital, Anzahl der Zertifikatsinhaber, noch geplante Mittelaufnahme.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:

• Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 2, Wertpapierstatistik.

Rechtsgrundlage

§ 3 Abs. 1 Nr. 10 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289).

Periodizität

Börsentägliche bzw. monatliche Berechnung im Statistischen Bundesamt anhand der Kursnotierungen an den Börsen des Bundesgebietes.

Ergebnisse

Tatbestände

Durchschnittswerte der Kurse, Dividenden und Renditen aller börsennotierten Aktien von Gesellschaften mit Sitz im Bundesgebiet sowie deren Kapital nach Wirtschaftsbereichen.

Index der Aktienkurse

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 466ff.).

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979«, unter Berücksichtigung von Börsenusancen.

Veröffentlichungen

WiSta 1, 7/76; 1, 7/77; 1, 7/78; 1, 7/79; 1, 7/80, 1/81.

WiSta* (monatlich),

Fachserie 9, Reihe 2 (monatlich)

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 12/74.

11.21 Statistik über geschlossene Immobilienfonds

11.22 Statistik der Effektkurse

Periodizität

Monatliche Berechnung der Deutschen Bundesbank aufgrund der Kursnotierungen an Bankstichtagen in Verbindung mit den bei der Emissionsstatistik anfallenden Angaben, wie Nominalverzinsung, Laufzeit und Umlaufbetrag.

Ergebnisse

Tatbestände

Durchschnittskurse und Durchschnittsrenditen tarifbeststeuerter festverzinslicher Wertpapiere mit einer mittleren Restlaufzeit von mehr als drei Jahren, insgesamt und nach Wertpapierarten.

11.23 Renditenstatistik festverzinslicher Wertpapiere

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:

•Monatsberichte•,

•Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 2, Wertpapierstatistik•.

StBA:

WiSta* (monatlich).

11.24 Börsen- umsatz- statistik

Periodizität

Monatlich durch Auswertung der Meldungen der Börsen und Lombard- bzw. Liquidationskassen.

Kreis der Befragten

Börsen und Lombard- bzw. Liquidationskassen.

Berichtsweg

Befragte – Deutsche Bundesbank.

Ergebnisse

Tatbestände

Kurswerte der über Kursmakler und freie Makler im Kassahandel umgesetzten Wertpapiere; Umsätze im Optionsgeschäft.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank.

•Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 2, Wertpapierstatistik•.

Zinsen und Währungen

11.25 Die Währungen der Welt

Periodizität

Vierteljährliche Zusammenstellung durch Auswertung verschiedener Quellen bei der Deutschen Bundesbank.

Ergebnisse

Tatbestände

Entwicklung des Außenwerts der DM und fremder Währungen bezogen auf Ende 1972 = 100 (Durchschnitte, Stichtagswerte und Schaubilder). Wechselkursentwicklung der am Europäischen Währungssystem (EWS) beteiligten Währungen (Schaubild). Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse (Durchschnitte und Tageskurse). Drei-Monats-Terminkurse und Swapsätze am Frankfurter Markt für bestimmte Währungen (Tageskurse). Devisenkurse an wichtigen ausländischen Handelsplätzen (Monatsendkurse). In den einzelnen Ländern festgestellte Devisenkurse für US-Dollar und DM (oder andere Währungen) sowie errechnete Vergleichswerte (Quartalsendstände). Wechselkursregelungen der IWF-Mitgliedsländer (Quartalsendstände). Werte des Sonderziehungsrechts (SZR) für bestimmte Währungen (Tageswerte). Bilaterale Leitkurse, Höchst- und Niedrigstkurse innerhalb des Europäischen Währungssystems. Abweichungsindikator im Europäischen Währungssystem (Tageswerte). Werte der Europäischen Währungseinheit (ECU; Durchschnitte und Tageswerte). ECU-Leitkurse innerhalb des Europäischen Währungssystems sowie chronologische Übersichten über die Entwicklung der Europäischen Währungs-Rechnungseinheit (EWRE) im Europäischen Wechselkursverbund, der SZR-Paritäten bzw. -Leitkurse verschiedener Währungen sowie der Gold-, US-Dollar und DM-Paritäten verschiedener Währungen. Auszüge aus amtlichen Bekanntmachungen.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:

»Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 5, Die Währungen der Welt«.

StBA:

StJb (auszugsweise).

Außerdem methodische Grundlagen:

Deutsche Bundesbank:

Zur Berechnung des gewogenen Außenwerts der D-Mark, »Monatsberichte«, 31. Jg., Nr. 4, April 1979.

Periodizität

Monatliche Zusammenstellung durch Auswertung verschiedener Quellen bei der Deutschen Bundesbank.

Ergebnisse

Tatbestände

Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse (Kursdurchschnitte). Entwicklung des Außenwerts der DM und fremder Währungen bezogen auf Ende 1972 = 100 (Durchschnitte).

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:

»Monatsberichte«,

»Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik« und

»Reihe 5, Die Währungen der Welt«.

StBA:

Fachserie 17, Reihe 10 (monatlich, jährlich).

Periodizität

Für Geldmarktsätze: tägliche Zusammenstellung; für Soll- und Habenzinsen: monatlich durch Auswertung der Meldungen ausgewählter Kreditinstitute zur Zinsstatistik bei der Deutschen Bundesbank.

Kreis der Befragten

Rund 450 Kreditinstitute bzw. Filialen von Kreditinstituten (für Soll- und Habenzinsen).

Berichtsweg

Befragte – Deutsche Bundesbank (für Soll- und Habenzinsen).

Ergebnisse

Tatbestände

Diskont- und Lombardsatz; Sätze der Deutschen Bundesbank bei kurzfristigen Operationen am Geldmarkt sowie für den Verkauf von Geldmarktpapieren am offenen Markt (Abgabesätze); Privatskontsätze, Geldmarktsätze in Frankfurt am Main (Monatsdurchschnitte).

Soll- und Habenzinsen: Durchschnitte sowie Streubreiten der für ausgewählte Kredit- und Einlagearten gemeldeten Zinssätze.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:

»Monatsberichte«.

Außerdem methodische Grundlagen:

Deutsche Bundesbank.

Erste Ergebnisse der Erhebungen über Bankzinsen, »Monatsberichte«, 19 Jg., Nr. 10, Oktober 1967.

Struktur und Entwicklung der Bankzinsen, »Monatsberichte«, 21. Jg., Nr. 1, Januar 1969.

11.26 Statistik der Devisenkurse

11.27 Statistik der Zinssätze

Vermögenswirksames Sparen

11.28 Mikrozensus (0,25% Unter- stichprobe)

Vorbemerkung: An dieser Stelle werden nur die das Vermögenswirksame Sparen betreffenden Tatbestände des Mikrozensus nachgewiesen. (Bevölkerungsstatistische Tatbestände siehe unter 1.2, erwerbsstatistische Tatbestände siehe unter 3.2, Reiseverkehr siehe unter 8.8, gesundheitsstatistische Tatbestände siehe unter 14.6)

Rechtsgrundlage

§ 3 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 15. Juli 1975 (BGBl. I S. 1909).

Periodizität

Ab 1976 jährlich (April/Mai) im Rahmen des Mikrozensus-Grundprogramms; zuvor unregelmäßig im Rahmen von Zusatzerhebungen.

Kreis der Befragten

Stichprobenerhebung bei rd. 58 000 Haushalten (Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456ff.).

Berichtsweg

Befragte (Befragung durch Interviewer) – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Abhängig Erwerbstätige in demographischer (Alter, Familienstand, Haushaltszugehörigkeit), erwerbsstatistischer (Stellung im Beruf), wirtschaftsfachlicher und einkommensmäßiger Gliederung nach den im zurückliegenden Kalenderjahr im Rahmen des 3. Vermögensbildungsgesetzes (3. VermBG) gesparten Leistungen sowie nach Anlageformen (z. B. nach Spar-Prämiengesetz bzw. Wohnungsbau-Prämiengesetz, vermögenswirksamer Lebensversicherungsvertrag).

Veröffentlichungen

WiSta 12/74; 10/77; 12/79

Versicherungen

Vorbemerkung. Die in diesem Abschnitt nachgewiesenen Statistiken werden vom Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen, Berlin, bearbeitet. Ihre Rechtsgrundlage sind die §§ 150 und 151 des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz – VAG) vom 6. Juni 1931 (RGBl. I S. 315).

11.29 Statistik über Kapital- anlagen, Bilanzen und Eigenkapital der Versiche- rungsunter- nehmen

1 Kapitalanlagen.

2 Bilanzen und Eigenkapital.

Periodizität

Zu 1: Vierteljährlich und jährlich.

Zu 2: Jährlich.

Kreis der Befragten

Zu 1:

Vierteljährlich: Alle unter Bundesaufsicht stehenden Versicherungsunternehmen mit Ausnahme der kleineren Versicherungsvereine gemäß § 53 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) mit weniger als 1 Mill. DM (Pensionskassen mit weniger als 3 Mill. DM) Brutto-Beiträgen sowie die unter Landesaufsicht stehenden öffentlich-rechtlichen Anstalten.

Jährlich: Alle Versicherungsunternehmen mit Ausnahme der unter Landesaufsicht stehenden kleineren Versicherungsvereine.

Zu 2:

Alle unter Bundesaufsicht stehenden Versicherungsunternehmen mit Ausnahme der kleineren Versicherungsvereine gemäß § 53 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) mit weniger als 1 Mill. DM (Pensionskassen mit weniger als 3 Mill. DM) Brutto-Beiträgen sowie die unter Landesaufsicht stehenden öffentlich-rechtlichen Anstalten.

Berichtsweg

Versicherungsunternehmen – Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen, Berlin.

Unter Landesaufsicht stehende öffentlich-rechtliche Anstalten: Versicherungsunternehmen – Landesaufsichtsbehörden – Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1:

Vierteljährlich: Vorläufige Angaben über Bestand und Entwicklung der Kapitalanlagen (Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte; Hypotheken, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen; Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen; Schuldbuchforderungen gegen Bund und Länder; Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine; Beteiligungen; Wertpapiere und Anteile; Festgelder, Termingelder und Spareinlagen) sowie Aufteilung des Zugangs und Abgangs der Anlagearten während der Berichtszeit.

Jährlich: Endgültige Angaben über Entwicklung der Kapitalanlagen und Aufteilung der Bilanzwerte der Anlagearten nach Sparten (Lebensversicherung, Pensions- und Sterbekassen, Krankenversicherung, Schaden-, Unfall- und Transportversicherung, Rückversicherung) und Rechtsformen.

Zu 2:

Bilanzen: Zusammenfassung der Sparten aufgegliedert nach Rechtsformen.

Eigenkapital: Zusammenfassung der Sparten.

Kapitalanlagen und Bilanzen aller Lebensversicherungsunternehmen (mit Ausnahme der ausländischen Unternehmen), der Pensionskassen (mit mehr als 3 Mill. DM Brutto-Beiträgen), der Sterbekassen (mit mehr als 1 Mill. DM Brutto-Beiträgen), der Krankenversicherungsunternehmen (mit mehr als 5 Mill. DM Brutto-Beiträgen), der Kompositversicherungsunternehmen (mit mehr als 30 Mill. DM Brutto-Beiträgen), der Spezial- und Transportversicherungsunternehmen (mit mehr als 10 Mill. DM Brutto-Beiträgen), der Rechtsschutzversicherungsunternehmen (mit mehr als 1 Mill. DM Brutto-Beiträgen) und aller Rückversicherungsunternehmen.

Veröffentlichungen

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen, Berlin:

»Veröffentlichungen« (monatlich);

»Geschäftsbericht« (jährlich).

Deutsche Bundesbank:

»Monatsberichte«.

StBA:

StJb (auszugsweise).

11.30 Statistik der Lebensversicherung

Periodizität

Vierteljährlich, jährlich.

Kreis der Befragten

Alle Lebensversicherungsunternehmen.

Berichtsweg

Versicherungsunternehmen – Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen, Berlin.

Unter Landesaufsicht stehende öffentlich-rechtliche Anstalten: Versicherungsunternehmen – Landesaufsichtsbehörden – Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen.

Ergebnisse

Tatbestände

Vierteljährlich: Vorläufige Angaben über Brutto-Beiträge und Bestandsentwicklung für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft.

Jährlich: Endgültige Angaben über Brutto-Beiträge, Brutto-Aufwendungen (für Versicherungsfälle, Rückkäufe, Beitragsrückerstattung, rechnungsmäßig gedeckte Abschlußkosten und für den Versicherungsbetrieb), Veränderung der Deckungsrückstellung, Rohüberschuß, Bewegung des Bestandes an selbst abgeschlossenen Versicherungen, Bestand an selbst abgeschlossenen Zusatzversicherungen, Bestand an Risiko- und fondsgebundenen Lebensversicherungen sowie selbständigen Berufsunfähigkeitsversicherungen, durchschnittliche Versicherungssummen. Ausgewählte Angaben aus den Gewinn- und Verlustrechnungen (Brutto-Beiträge, Brutto-Aufwendungen, Bestand an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen).

Veröffentlichungen

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen, Berlin:

•Veröffentlichungen• (monatlich);

•Geschäftsbericht• (jährlich)

StBA:

StJb (auszugsweise).

11.31 Statistik der Pensions- und Sterbekassen

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Alle Pensions- und Sterbekassen mit Ausnahme der unter Landesaufsicht stehenden kleineren Versicherungsvereine.

Berichtsweg

Versicherungsunternehmen – Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen, Berlin.

Unter Landesaufsicht stehende öffentlich-rechtliche Anstalten: Versicherungsunternehmen – Landesaufsichtsbehörden – Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen.

Ergebnisse

Tatbestände

Brutto-Beiträge, Brutto-Aufwendungen (für Versicherungsfälle, Rückkäufe, Rückgewährbeträge und Austrittsvergütungen, satzungsgemäße Überschüßbeteiligung, rechnungsmäßig gedeckte Abschlußkosten für den Versicherungsbetrieb), Veränderung der Deckungsrückstellung, Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen, Sterbegeld- und Zusatzversicherungen.

Ausgewählte Angaben aus den Gewinn- und Verlustrechnungen von Pensionskassen mit mehr als 3 Mill. DM und Sterbekassen mit mehr als 1 Mill. DM Brutto-Beiträgen (Brutto-Beiträge, Brutto-Aufwendungen).

Veröffentlichungen

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen, Berlin:
•Geschäftsbericht• (jährlich)

StBA:
StJb (auszugsweise).

Periodizität

Vierteljährlich, jährlich.

Kreis der Befragten

Vierteljährlich: Alle unter Bundesaufsicht stehenden Krankenversicherungsunternehmen mit mehr als 1 Mill. DM Brutto-Beiträgen sowie die unter Landesaufsicht stehenden öffentlich-rechtlichen Anstalten.

Jährlich: Alle Krankenversicherungsunternehmen mit Ausnahme der unter Landesaufsicht stehenden kleineren Versicherungsvereine.

Berichtsweg

Versicherungsunternehmen – Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen, Berlin.

Unter Landesaufsicht stehende öffentlich-rechtliche Anstalten: Versicherungsunternehmen – Landesaufsichtsbehörden – Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen.

Ergebnisse

Tatbestände

Vierteljährlich: Vorläufige Angaben über Brutto-Beiträge, Brutto-Aufwendungen, Bestandsentwicklung für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft und Bestandsaufteilung nach Männern, Frauen und Kindern.

Jährlich: Brutto-Beiträge, Brutto-Aufwendungen (für Versicherungsfälle, Beitragsrückerstattung, für den Versicherungsbetrieb), Veränderung der Deckungsrückstellung, Jahresüberschuß/-fehlbetrag, Bilanzgewinn/-verlust.

Außerdem von Unternehmen mit mehr als 1 Mill. DM Brutto-Beiträgen Angaben über Brutto-Beiträge und Brutto-Zahlungen für Versicherungsfälle, aufgeteilt nach Versicherungsarten; Bewegung des Bestandes an selbst abgeschlossenen Krankenversicherungen.

Außerdem ausgewählte Angaben aus den Gewinn- und Verlustrechnungen von Krankenversicherungsunternehmen mit mehr als 5 Mill. DM Brutto-Beiträgen (Brutto-Beiträge, Brutto-Aufwendungen).

Veröffentlichungen

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen, Berlin:
•Veröffentlichungen• (monatlich);
•Geschäftsbericht• (jährlich).

StBA:
StJb (auszugsweise)

11.32 Statistik der privaten Krankenversicherungen

11.33 Statistik der Schaden-, Unfall- und Transportversicherung

Periodizität
Jährlich.

Kreis der Befragten

Alle Schaden-, Unfall- und Transportversicherungsunternehmen mit Ausnahme der unter Landesaufsicht stehenden kleineren Versicherungsvereine.

Berichtsweg

Versicherungsunternehmen – Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen, Berlin.

Unter Landesaufsicht stehende öffentlich-rechtliche Anstalten: Versicherungsunternehmen – Landesaufsichtsbehörden – Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen.

Ergebnisse

Tatbestände

Angaben über Beiträge, Aufwendungen für Versicherungsfälle und für den Versicherungsbetrieb sowie Brutto-Beitragsüberträge und Brutto-Rückstellungen, Jahresüberschuß/-fehlbetrag, Bilanzgewinn/-verlust, gegliedert nach Versicherungszweigen. Bestand an Tierversicherungen (nur Unternehmen, die überwiegend die Tierversicherung betreiben). Bei Versicherungsvereinen mit weniger als 1 Mill. DM Brutto-Beiträgen nur Angaben über Beiträge, Netto-Aufwendungen für Versicherungsfälle und den Versicherungsbetrieb.

Ausgewählte Angaben aus den Gewinn- und Verlustrechnungen von Kompositversicherern mit mehr als 30 Mill. DM, Spezial- und Transportversicherungsunternehmen mit mehr als 10 Mill. DM und Rechtsschutz-Versicherungsunternehmen mit mehr als 1 Mill. DM Brutto-Beiträgen (Beiträge, Netto-Aufwendungen für Versicherungsfälle und den Versicherungsbetrieb sowie Jahresüberschuß/-fehlbetrag, Bilanzgewinn/-verlust).

Veröffentlichungen

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen, Berlin:
»Geschäftsbericht« (jährlich).

StBA:
StJb (auszugsweise).

11.34 Statistik über die Rückversicherung

Periodizität
Jährlich.

Kreis der Befragten

Rück- und Erstversicherungsunternehmen, die im laufenden Geschäftsjahr mehr als 1 Mill. DM Brutto-Beiträge für das selbst abgeschlossene Geschäft erzielten.

Berichtsweg

Versicherungsunternehmen – Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen, Berlin.

Ergebnisse

Tatbestände

Angaben über Beiträge, Netto-Aufwendungen für Versicherungsfälle und den Versicherungsbetrieb der Rückversicherungsunternehmen sowie Brutto-Beiträge des in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäfts der Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen. Ausgewählte Angaben aus den Gewinn- und Verlustrechnungen (Beiträge, Netto-Aufwendungen für Versicherungsfälle und den Versicherungsbetrieb).

Veröffentlichungen

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen, Berlin:
»Geschäftsbericht« (jährlich).

StBA:

StUb (auszugsweise)

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Unter Aufsicht der Landesaufsichtsbehörden stehende kleinere Versicherungsvereine gemäß § 53 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) (Pensions- und Sterbekassen sowie Kranken-, Schaden- und Unfallversicherungsvereine).

Berichtsweg

Versicherungsunternehmen – Landesaufsichtsbehörden – Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen, Berlin.

Ergebnisse

Tatbestände

Anzahl der Vereine, Brutto-Beiträge getrennt nach Sparten (Lebensversicherung, Pensions- und Sterbekassen, Krankenversicherung, Schaden-, Unfall- und Transportversicherung, Rückversicherung).

Veröffentlichungen

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen, Berlin:
»Geschäftsbericht« (jährlich).

11.35 Statistik der kleineren Versicherungsvereine

12 RECHTSPFLEGE

- 12.1 Statistiken über Gerichte 271
- 12.2 Polizeiliche Kriminalstatistik 272
- 12.3 Strafverfolgungsstatistik 273
- 12.4 Strafvollzugsstatistik 274
- 12.5 Bewährungshilfestatistik..... 274
- 12.6 Auslieferungsstatistik 275

12.1.1 Statistiken der Zivil- und Strafgerichte

12.1 Statistiken über Gerichte

Rechtsgrundlage

Beschlüsse der Justizministerkonferenz zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse. Verwaltungsanordnungen des Bundes und der Länder.

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Amtsgerichte, Landgerichte, Oberlandesgerichte bzw. Bayerisches Oberstes Landesgericht, Bundesgerichtshof.

Berichtsweg

Befragte – Justizministerien der Länder – StLÄ – StBA bzw. Bundesministerium der Justiz – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Gerichte sowie Zivil- und Strafkammern bzw. -senate; Personal der Gerichte und Staats-(Amts-)anwaltschaften; Geschäftsanfall und -erledigung der Zivilgerichte (mit besonderer Darstellung der Familiengerichte, jedoch ohne Freiwillige Gerichtsbarkeit) und der Strafgerichte nach Art, Gegenstand, Dauer, Streitwert usw. der Verfahren.

Regionale Gliederung

StBA: Oberlandesgerichtsbezirke und Oberlandesgerichte.

StLÄ: Gerichtsbezirke und Gerichte.

Veröffentlichungen

Fachserie 10, Reihe 1 (jährlich),
Reihen 2.1 und 2.2 (jährlich)

Hinweis: Über Geschäftsanfall und -erledigung bei den Staats-(Amts-)anwaltschaften liegen erst in einigen Ländern statistische Ergebnisse vor; die Zusammenstellung von Bundesergebnissen ist beabsichtigt. Eine Statistik für die Freiwillige Gerichtsbarkeit ist geplant.

12.1.2 Statistiken der besonderen Gerichte

- 1 Arbeitsgerichte.
- 2 Sozialgerichte.
- 3 Verwaltungsgerichte.
- 4 Finanzgerichte.

Rechtsgrundlage

Verwaltungsanordnungen des Bundes und der Länder.

Periodizität

Zu 1, 3 und 4: Jährlich.

Zu 2: Halbjährlich, jährlich.

Kreis der Befragten

Zu 1: Arbeitsgerichte, Landesarbeitsgerichte, Bundesarbeitsgericht.

Zu 2: Sozialgerichte, Landessozialgerichte, Bundessozialgericht.

Zu 3: Verwaltungsgerichte, Obergerverwaltungsgerichte bzw. Verwaltungsgerichtshöfe, Bundesverwaltungsgericht.

Zu 4: Finanzgerichte, Bundesfinanzhof.

Berichtsweg

Zu 1 und 2: Befragte – z. T. Arbeitsministerien der Länder – Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Zu 3: Befragte – z. T. zuständige Ministerien der Länder – Bundesministerium der Justiz.

Zu 4: Befragte – Justizministerium Nordrhein-Westfalen bzw. Bundesministerium der Justiz.

Ergebnisse

Tatbestände

Zahl der Gerichte und der Richter sowie Zahl der Kammern bzw. Senate; anhängige, zugegangene und erledigte Verfahren nach Art der Erledigung.

Regionale Gliederung

StLÄ: Arbeits-, Sozial-, Verwaltungs- und Finanzgerichtsbezirke.

Veröffentlichungen

Zu 1 und 2. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:

•Arbeits- und Sozialstatistik• im Bundesarbeitsblatt (halbjährlich, jährlich)

•Hauptergebnisse der Arbeits- und Sozialstatistik• (jährlich)

Zu 4: Bundesministerium der Finanzen:

•Bundessteuerblatt• Teil II (jährlich).

Zu 1 bis 4: StBA:

Fachserie 10, Reihe 1 (jährlich, auszugsweise).

Hinweis. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht in Fachserie 10, Reihe 1, außerdem Angaben über die Verfahren beim Bundesverfassungs- und beim Bundespatentgericht.

12.2 Polizeiliche Kriminalstatistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Einrichtung eines Bundeskriminalpolizeiamtes (Bundeskriminalamtes) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Juni 1973 (BGBl. I S. 701).

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Örtliche (Kriminal-)Polizeibehörden einschl. Bahnpolizei, Bahnfahndungsdienst, Bundesgrenzschutz, Zoll (nur Rauschgiftdelikte) und Postfahndungsdienst sowie Ermittlungsstellen der Landeskriminalämter und des Bundeskriminalamtes.

Berichtsweg

Befragte – Landeskriminalämter – Bundeskriminalamt, Wiesbaden.

Ergebnisse

Tatbestände

Jeweils für einzelne Straftaten bzw. Straftatengruppen mit z. T. kriminologischer Untergliederung:

Bekanntgewordene Fälle (Vollendung und Versuch), Tatort nach Gemeindegrößenklassen, Schußwaffenverwendung (Drohung, Schuß), Schadenshöhen und Tatmonat sowie Opfer nach Altersgruppen und Geschlecht; aufgeklärte Fälle; Tatverdächtige nach Altersgruppen und Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Wohnsitz und weiteren Angaben (z. B. Mitführung von Schusswaffen). Ausländer nach Art und Anlaß des Aufenthaltes in der Bundesrepublik Deutschland.

Regionale Gliederung

Großstädte.

Veröffentlichungen

Bundeskriminalamt, Wiesbaden:
»Polizeiliche Kriminalstatistik« (jährlich).

StBA:
Fachserie 10, Reihe 1 (jährlich)

Außerdem methodische Grundlagen:
»Kriminalistik« 10/74.

Rechtsgrundlage

Koordinierungsvereinbarungen zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse. Verwaltungsanordnungen der Länder.

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Strafvollstreckungsbehörden.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Abgeurteilte und verurteilte Personen (Erwachsene, Heranwachsende, Jugendliche) nach Geschlecht, Straftat, Art der Entscheidung, angeordneten Maßregeln der Besserung und Sicherung; Personen mit Untersuchungshaft nach dem Grund und der Dauer; Verurteilte außerdem nach dem Alter zur Zeit der Tat (10 Altersgruppen), dem angewandten Strafrecht (allgemeines oder Jugendstrafrecht), Vorstrafen, Art und Höhe der erkannten Strafen sowie der bei Verurteilung nach Jugendstrafrecht angeordneten Maßnahmen.

Veröffentlichungen

WiSta 8/79.
Fachserie 10, Reihe 1 (jährlich),
Reihe 3 (jährlich).

12.3 Strafverfolgungsstatistik

- 12.4 Strafvollzugsstatistik**
- Rechtsgrundlage**
Beschuß der Justizministerkonferenz zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse. Verwaltungsanordnungen der Länder.
- Periodizität**
Jährlich.
- Kreis der Befragten**
Justizvollzugsanstalten und Verwahranstalten.
- Berichtsweg**
Befragte – z. T. Justizministerien der Länder – StLÄ – StBA.
- Ergebnisse**
Tatbestände
Zahl und Art der Justizvollzugs- und Verwahranstalten, Belegungsfähigkeit und tatsächliche Belegung. Zu- und Abgänge.
Strafgefangene und Sicherungsverwahrte (Stichtag 31. März) nach Alter, Geschlecht, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Wohnsitz, strafbarer Handlung, Art und Zeitdauer der Strafen und Maßnahmen, Art des Vollzugs, Art und Häufigkeit der Vorstrafen sowie Wiedereinlieferungsabstände.
Gefangenenbewegung nach Art der Strafe oder freiheitsentziehenden Maßregel.
- Regionale Gliederung*
StBA und StLÄ: Justizvollzugsanstalten.
- Veröffentlichungen*
Fachserie 10, Reihe 1 (jährlich),
Reihe 4 (jährlich).
- 12.5 Bewährungshilfestatistik**
- Rechtsgrundlage**
Beschuß der Justizministerkonferenz zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse. Verwaltungsanordnungen der Länder.
- Periodizität**
Jährlich.
- Kreis der Befragten**
Hauptamtliche Bewährungshelfer.
- Berichtsweg**
Befragte – Landgerichte – StLÄ – StBA.
- Ergebnisse**
Tatbestände
Hauptamtliche Bewährungshelfer und ihnen übertragene Unterstellungen unter Bewährungsaufsicht (Stichtag 31. Dezember). Unterstellungen nach dem angewandten Strafrecht (allgemeines oder Jugendstrafrecht), dem Grund der Unterstellung sowie nach Personengruppen (Erwachsene, Heranwachsende, Jugendliche) und Geschlecht der Unterstellten.
Beendete Bewährungsaufsichten nach dem Grund ihres Abschlusses (Bewährung oder Widerruf) und nach persönlichen und kriminologischen Merkmalen der Unterstellten.

Regionale Gliederung

StLÄ: Oberlandesgerichtsbezirke, Landgerichte.

Veröffentlichungen

Fachserie 10, Reihe 1 (jährlich),
Reihe 5 (jährlich).

Rechtsgrundlage

Vereinbarungen des Bundesministers der Justiz mit den Justizministern der Länder.

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Bundesministerium der Justiz.

Ergebnisse

Tatbestände

Zahl und Inhalt der Ersuchen um Ein-, Aus- und Durchlieferung; Art der Erledigung; Zahl, Staatsangehörigkeit und Geschlecht der Verfolgten; den Ersuchen zugrunde liegende Straftaten, beteiligte Staaten.

Veröffentlichungen

Bundesministerium der Justiz:
»Bundesanzeiger« (jährlich).

StBA:

Fachserie 10, Reihe 1 (jährlich, auszugsweise).

12.6 Auslieferungstatistik

13 BILDUNG UND KULTUR

13.1	Statistik des allgemeinen Schulwesens.	279
13.2	Statistik des beruflichen Schulwesens.	279
13.3	Statistik der Studienseminare.	280
13.4	Statistik der Studien- und Berufswünsche.	281
13.5	Berufsbildungsstatistik	281
13.6	Hochschulstatistik	282
13.7	Statistik der Ausbildungsförderung.	285
13.8	Pressestatistik.	286
13.9	Statistik der Filmwirtschaft.	287

Rechtsgrundlage

Anordnungen der Länder. Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse.

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Schulleiter öffentlicher und privater Schulen der allgemeinen Ausbildung (Schulkindergärten einschl. Vorklassen, Grund- und Hauptschulen, Schulen für Behinderte, Realschulen, Gymnasien, Gesamtschulen) und der allgemeinen Fortbildung (Abendrealschulen, Abendgymnasien, Kollegs).

Berichtsweg

Befragte – z. T. Kultusministerien der Länder – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Schulen nach öffentlichem und privatem Status sowie Schulart.

Klassen nach öffentlichem und privatem Status der Schulen, Schulart, Klassenstufen (Schuljahrgängen) und Klassenart.

Schüler nach öffentlichem und privatem Status der Schulen, Schulart, Klassenstufen (Schuljahrgängen), Klassenart, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Geburtsjahren, Teilnahme am fremdsprachlichen Unterricht.

Schulabgänger nach Abschlußarten; Schülerbewegung.

Für Schulen der allgemeinen Fortbildung außerdem Schüler nach Vorbildung.

Lehrer nach öffentlichem und privatem Status der Schulen, Schulart, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Altersgruppen, Lehramt, Beschäftigungsumfang sowie erteilten Unterrichtsstunden. Lehrerbewegung.

Regionale Gliederung

StLA: Regierungsbezirke, Kreise, Schulorte.

Veröffentlichungen

WiSta 12/78; 4/80

Fachserie 11, Reihe 1 (jährlich)

13.1 Statistik des allgemeinen Schulwesens

Rechtsgrundlage

Anordnungen der Länder. Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse.

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Schulleiter öffentlicher und privater Schulen der beruflichen Ausbildung (Berufsschulen, Berufsschulen für Behinderte, Berufsfachschulen, Berufsaufbauschulen, Fachoberschulen, Fachgymnasien) und der beruflichen Fortbildung (Fachschulen, Schulen des Gesundheitswesens).

Berichtsweg

Befragte – z. T. Kultusministerien der Länder – StLÄ – StBA.

13.2 Statistik des beruflichen Schulwesens

Ergebnisse

Tatbestände

Schulen nach öffentlichem und privatem Status, Schulart, Schultyp und Fachrichtung.

Klassen nach öffentlichem und privatem Status der Schulen, Schulart, Schultyp, Klassenart, Unterrichtsform und wöchentlich erteilten Unterrichtsstunden.

Schüler nach öffentlichem und privatem Status der Schulen, Schulart, Schultyp, Klassenstufen (Schuljahrgängen), Klassenart, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Geburtsjahren, schulischer Vorbildung, Stellung im Beruf, beruflicher Gliederung, Teilnahme am fremdsprachlichen Unterricht und Unterrichtsform sowie Schulabgänger nach Abschlußarten.

Lehrer nach öffentlichem und privatem Status der Schulen, Schulart, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Altersgruppen, Lehramt, Beschäftigungsumfang sowie erteilten Unterrichtsstunden. Lehrerbewegung.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Schulorte.

Veröffentlichungen

WiSta 7/79.

Fachserie 11, Reihe 2 (jährlich).

13.3 Statistik der Studien- seminare

Rechtsgrundlage

Anordnungen der Länder. Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse.

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Studien-, Bezirks- und Anstaltsseminare für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen, Schulen für Behinderte, Realschulen, Gymnasien sowie für das Lehramt an Primar- und Sekundarstufen und an beruflichen Schulen.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zahl der Studien-, Bezirks- und Anstaltsseminare.

Teilnehmer nach Geschlecht, Ausbildungssemestern, Geburtsjahren und Lehrbefähigungen; mit Erfolg abgelegte pädagogische Prüfungen nach Fachgruppe bzw. Lehramt.

Lehrpersonen, die an der Ausbildung der Studienreferendare beteiligt sind, nach Geschlecht, Beschäftigungsumfang bzw. Wochenstundenzahl.

Veröffentlichungen

WiSta 3/79.

Fachserie 11, Reihe 1 (jährlich),

Reihe 2 (jährlich).

Rechtsgrundlage

Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen (Hochschulstatistikgesetz – HStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. April 1980 (BGBl. I S. 453).

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Schüler in den Abschlußklassen an den Bildungseinrichtungen der Sekundarstufe II, soweit die Erhebungen zur Feststellung des zu erwartenden Zugangs zu den Hochschulen erforderlich sind.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Angaben zur Person, Wohnsitz, Schulort, Schulzweig, Art des angestrebten Schulabschlusses, Art und Beginn des angestrebten Studiums, angestrebter Studienort, Berufsziel der Nichtstudienwilligen.

Veröffentlichungen

WiSta 10/76.

Fachserie 11, Reihe 1 (jährlich).

13.4 Statistik der Studien- und Berufswünsche

Rechtsgrundlage

Gesetz zur Förderung des Angebots an Ausbildungsplätzen in der Berufsausbildung (Ausbildungsplatzförderungsgesetz) vom 7. September 1976 (BGBl. I S. 2658).

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Für die Berufsausbildung zuständige Stellen (in der Regel Kammern).

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Ausbildungsstätten nach Ort, Wirtschaftszweig, Zahl der Beschäftigten, Zahl der beschäftigten Fachkräfte, Ausbildungsberufen, Zahl der besetzten Ausbildungsplätze, Zahl des Ausbildungspersonals; Zahl der vorzeitig gelösten Berufsausbildungsverhältnisse nach Ausbildungsberuf, Geschlecht, Ausbildungsjahr und Gründen.

Auszubildende nach Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, allgemeiner Vorbildung, Ausbildungsberuf, Ausbildungsjahr, Ausbildungsdauer, Ausbildungsart, Art der amtlich festgestellten Behinderungen, beruflicher Stellung der Erziehungsberechtigten.

Ausbilder nach Alter, Geschlecht, allgemeiner und beruflicher Vorbildung, fachlicher und pädagogischer Eignung; hauptberufliche Ausbildertätigkeit nach Ausbildungsberufen.

13.5 Berufsbildungsstatistik

Teilnehmer an Prüfungen in der beruflichen Bildung nach Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, allgemeiner und beruflicher Vorbildung, Berufsrichtung, Abkürzung und Verlängerung der Bildungsdauer, Zulassung zur Prüfung, Wiederholungsprüfung, Prüfungserfolg und Abschluß.

Untersagung der Ausbildungstätigkeit für Ausbildungsstätten.

Bußgeldbescheide bei Verstößen gegen das Berufsbildungsgesetz oder die Handwerksordnung nach Art der Ordnungswidrigkeit und Höhe der Geldbuße.

Aufsichtspersonal nach Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, allgemeiner und beruflicher Vorbildung, haupt- und nebenberuflicher Tätigkeit, fachlicher Zuständigkeit sowie durchgeführten Besuchen von Ausbildungsstätten und sonstiger Beratungstätigkeit.

Fachliche Gliederung

»Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe«, dem die »Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1975« zugrunde liegt.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Kammerbezirke.

Veröffentlichungen

WiSta 12/78; 9/79; 9/80

Fachserie 11, Reihe 3 (jährlich)

Hinweis: Die bisherige Rechtsgrundlage ist durch Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 10. Dezember 1980 wegen der fehlenden Zustimmung des Bundesrats für verfassungswidrig erklärt worden. Ein neues Gesetz befindet sich in der parlamentarischen Beratung

13.6 Hochschulstatistik

13.6.1 Studentenstatistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen (Hochschulstatistikgesetz – HStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. April 1980 (BGBl. I S. 453).

Periodizität

Halbjährlich (Sommer- und Wintersemester).

Kreis der Befragten

Studenten an Hochschulen (Universitäten, Gesamthochschulen, pädagogische Hochschulen, theologische Hochschulen, Kunsthochschulen und Fachhochschulen) einschl. Hochschulkliniken und sonstigen der Ausbildung von Studenten dienenden Krankenanstalten.

Berichtsweg

Befragte – Hochschulen – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Für Studenten (darunter Studienanfänger): Angaben zur Person, Staatsangehörigkeit, Wohnsitz, Hochschulart, Hochschul- und Fachsemester, Studienfach; Art, Zeitpunkt und Ort des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung, Studienverlauf, angestrebter Studienabschluß; Ausbildung der Eltern und deren Stellung im Beruf.

Für Beurlaubte und Exmatrikulierte: Angaben zur Person, Wohnsitz, Studiengang, Fachsemester, Grund der Exmatrikulation oder Beurlaubung.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Hochschulen.

Veröffentlichungen

WiSta 9/77, 3, 9, 11/78; 4, 11/79; 4, 11/80.

Fachserie 11, Reihe 4.1 (halbjährlich mit Vorbericht).

13.6.2 Statistik der Prüfungen

- 1 Befragung der Prüfungskandidaten.
- 2 Befragung der Hochschulen sowie der staatlichen und kirchlichen Prüfungsämter.

Rechtsgrundlage

Siehe unter 13.6.1.

Periodizität

Halbjährlich (Sommer- und Wintersemester).

Kreis der Befragten

Zu 1: Kandidaten für Abschlußprüfungen oder Promotionen.

Zu 2: Hochschulen, staatliche und kirchliche Prüfungsämter.

Berichtsweg

Zu 1: Befragte – Hochschulen/Prüfungsämter – StLÄ – StBA.

Zu 2: Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Angaben zur Person, Staatsangehörigkeit, Wohnsitz, Hochschulart, Studienverlauf, Art und Fachrichtung der abzulegenden Prüfung.

Zu 2: Akademische, staatliche und kirchliche Prüfungen nach Studiengängen und Prüfungserfolg (bestanden/nicht bestanden).

Regionale Gliederung

Zu 1: StBA und StLÄ: Hochschulen.

Veröffentlichungen

WiSta 12/77; 8/79; 7/80.

Fachserie 11, Reihe 4 2 (jährlich).

13.6.3 Statistik des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals

- 1 Befragung des Personals.
- 2 Befragung der Hochschulverwaltungen.

Rechtsgrundlage

Siehe unter 13.6.1.

Periodizität

Zu 1: Sechsjährlich (zuletzt 1977).

Zu 2: Jährlicher Veränderungsdienst.

Kreis der Befragten

Zu 1: Professoren, Hochschulassistenten, wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter, Lehrkräfte für besondere Aufgaben, Lehrbeauftragte, Tutoren und nichtstudentische wissenschaftliche Hilfskräfte an Hochschulen einschl. Hochschulkliniken und sonstigen der Ausbildung von Studenten dienenden Krankenanstalten (auch soweit kein Anstellungsverhältnis zum Land oder zur Hochschule besteht).

Zu 2: Hochschulverwaltungen.

Berichtsweg

Zu 1: Befragte – Hochschulen – StLÄ – StBA.

Zu 2: Hochschulen – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Angaben zur Person, Staatsangehörigkeit, Hochschulart; Ausbildungsverlauf, berufliche Tätigkeit vor der Tätigkeit in der Hochschule; Lehrfächer, fachliche Schwerpunkte der wissenschaftlichen oder künstlerischen Tätigkeit; dienstrechtliche Stellung und Stellung in der Hochschule; Zahl und Art weiterer Beschäftigungsverhältnisse sowie Art der Finanzierung der Stelle.

Zu 2: Geschlecht, Hochschulart; dienstrechtliche Stellung und Stellung in der Hochschule sowie Art der Finanzierung der Stelle.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Hochschulen.

Veröffentlichungen

Zu 1: WiSta 12/80.

Zu 2: Fachserie 11, Reihe 4.4 (jährlich).

13.6.4 Statistik des technischen, Verwaltungs- und sonstigen Personals

Rechtsgrundlage

Siehe unter 13.6.1.

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Hochschulen einschl. Hochschulkliniken und sonstige der Ausbildung von Studenten dienende Krankenanstalten.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Dienst- und Beschäftigungsverhältnis, organisatorische und fachliche Zugehörigkeit, Hochschulart sowie Art der Finanzierung der Stelle.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Hochschulen.

Veröffentlichungen

Fachserie 11, Reihe 4.4 (jährlich).

13.6.5 Statistik des Raumbestandes

Rechtsgrundlage

Siehe unter 13.6.1.

Periodizität

Sechsjährliche (bei Studentenwerken fünfjährige) Erhebung mit jährlichem Veränderungsdienst.

Kreis der Befragten

Hochschulen einschl. Hochschulkliniken und sonstige der Ausbildung von Studenten dienende Krankenanstalten.

Studentenwerke, die von ihnen verwalteten Einrichtungen und sonstige studentische Sozialeinrichtungen, soweit sie aus öffentlichen Mitteln gefördert werden.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Gebäude und Räume nach Größe, Ausstattung und Nutzung.

Veröffentlichungen

WiSta 8/74.

Hinweis. »Statistik der Studien- und Berufswünsche« siehe unter 13.4 und »Hochschulfinanzstatistik« siehe unter 16.1.5.

Eine Statistik der Habilitationen ist in Vorbereitung (Ergebnisse früherer Erhebungen in WiSta 10/80)

Weitere Hochschulstatistiken über Studienbewerber, aufzunehmende Studenten, Teilnehmer an Weiterbildungskursen der Hochschulen einschl. Einrichtungen für Fernstudienlehrgänge und Weiterbildungskurse, die einem Hochschulstudium vergleichbar sind, und über die sozialen Verhältnisse der Studenten können nach dem Hochschulstatistikgesetz durch Rechtsverordnung angeordnet werden.

Rechtsgrundlage

§ 55 des Bundesgesetzes über individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsförderungsgesetz – BAföG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. April 1976 (BGBl. I S. 989), zuletzt geändert durch Sechstes Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (6. BAföGÄndG) vom 16. Juli 1979 (BGBl. I S. 1037).

Periodizität

Monatliche Erfassung; jährliche Aufbereitung.

13.7 Statistik der Ausbildungs- förderung

Kreis der Befragten

Die statistischen Angaben werden der amtlichen Statistik von den mit der Berechnung der Forderungsbeträge beauftragten Landesrechenzentren als Auszug aus deren Eingabedaten und Rechenergebnissen zur Verfügung gestellt.

Berichtsweg

Von den Obersten Landesbehörden für Ausbildungsförderung beauftragte Rechenzentren – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Auszubildende: Geschlecht, Geburtsjahr, Staatsangehörigkeit, Familienstand, Zahl der Kinder, Wohnung während der Ausbildung, Art eines anerkannten Ausbildungsabschlusses, Ausbildungsstätte, Klasse bzw. (Fach-)Semester, Ende der Förderungshöchstdauer, Höhe und Zusammensetzung des bei der Berechnung der Förderung berücksichtigten Einkommens und Vermögens.

Ehegatte des Auszubildenden: Berufstätigkeit oder Art der Ausbildung, Höhe und Zusammensetzung des bei der Berechnung der Förderung berücksichtigten Einkommens; Zahl und Unterhaltsberechtigtenverhältnis der Kinder und der weiteren Unterhaltsberechtigten, für die ein Freibetrag nach diesem Gesetz gewährt wird.

Eltern des Auszubildenden: Familienstand, Berufstätigkeit, Höhe und Zusammensetzung des bei der Berechnung der Förderung berücksichtigten Einkommens; Zahl, Unterhaltsberechtigtenverhältnis und Art der Ausbildung der weiteren unterhaltenen Kinder sowie Zahl der Unterhaltsberechtigten, für die ein Freibetrag nach diesem Gesetz gewährt wird.

Höhe und Zusammensetzung des monatlichen Gesamtbedarfs des Auszubildenden; auf den Bedarf anzurechnende Beträge vom Einkommen und Vermögen des Auszubildenden sowie vom Einkommen seines Ehegatten und seiner Eltern; von den Eltern tatsächlich geleistete Unterhaltsbeträge, Art und Höhe des Förderungsbetrags sowie Beginn und Ende des Bewilligungszeitraumes.

Veröffentlichungen

»Bildung im Zahlenspiegel« (jährlich).

13.8 Pressestatistik

1 Pressestatistik.

2 Kostenstrukturstatistik im Pressewesen.

Rechtsgrundlage

Zu 1: Gesetz über eine Pressestatistik vom 1. April 1975 (BGBl. I S. 777).

Zu 2: Gesetz über Kostenstrukturstatistik (KoStrukStatG) vom 12. Mai 1959 (BGBl. I S. 245), geändert durch § 5 des Gesetzes über eine Pressestatistik vom 1. April 1975 (BGBl. I S. 777).

Periodizität

Zu 1: Jährlich.

Zu 2: Zweijährlich.

Kreis der Befragten

Unternehmen, die Zeitungen oder Zeitschriften verlegen.

Berichtsweg

Befragte – StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Rechtsform, tätige Personen, Umsatz, ausgewählte Kosten; hergestellte Zeitungen oder Zeitschriften, Verkaufsauflage, Art des Vertriebs, Bezugs- und Anzeigenpreise sowie andere auf Verlagsobjekte bezogene Daten (z. B. Redaktion, technische Herstellung, Vertriebsformen).

Zu 2: Umsatz, Kosten nach Kostenarten, beschäftigte Personen, Posten der Jahresbilanz.

Veröffentlichungen

WiSta 1, 12/78; 1/80

Fachserie 11, Reihe 5 (jährlich)

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 5/77.

13.9 Statistik der Filmwirtschaft

Rechtsgrundlage

§ 72 des Gesetzes über Maßnahmen zur Förderung des deutschen Films (Filmförderungsgesetz – FFG) vom 25. Juni 1979 (BGBl. I S. 803).

Periodizität

Zweijährlich.

Kreis der Befragten

Unternehmen, die Filme herstellen, verleihen, vertreiben oder vorführen oder die filmtechnische Leistungen erbringen.

Berichtsweg

Befragte – StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Rechtsform, Beschäftigte, Sachanlagen und Verwertungsrechte, Produktion oder Leistung, Umsatz nach Waren- und Leistungsgruppen und Kosten nach Kostenarten.

Veröffentlichungen

WiSta 11/76; 4/78; 2/79; 2/80.

Fachserie 11, Reihe 6 (jährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 4/75

14 GESUNDHEITSWESEN

14.1	Statistik der meldepflichtigen Krankheiten.	291
14.2	Statistik der Schwangerschaftsabbrüche.	293
14.3	Todesursachenstatistik	293
14.4	Statistik der Berufe des Gesundheitswesens.	294
14.5	Krankenhausstatistik	295
14.6	Mikrozensus.	295
14.7	Krankheitsartenstatistik der gesetzlichen Krankenversicherung	297

14.1.1 Statistik der Geschlechtskrankheiten

14.1 Statistik der meldepflichtigen Krankheiten

Rechtsgrundlage

§ 11a des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 25. August 1969 (BGBl. I S. 1351).

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Gesundheitsämter (aufgrund der Meldungen von behandelnden oder hinzugezogenen Ärzten); bei Soldaten der Bundeswehr: Sanitätsämter der Bundeswehr.

Berichtsweg

Befragte – Oberste Gesundheitsbehörden der Länder bzw. StLÄ – StBA.

Bei Bundeswehr: Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Erkrankte nach Geschlecht, Alter und Familienstand; Art der jetzigen Erkrankung und Beratung oder Behandlung durch einen anderen Arzt; Zahl und Art früherer Erkrankungen an einer Geschlechtskrankheit.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

Fachserie 12, Reihe 1 (jährlich),
Reihe 2.1 (jährlich).

14.1.2 Tuberkulosestatistik

Rechtsgrundlage

§ 5 a des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen (Bundes-Seuchengesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Dezember 1979 (BGBl. I S. 2262).

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Gesundheitsämter (aufgrund der Meldungen von behandelnden oder hinzugezogenen Ärzten sowie sonstiger meldepflichtiger Personen).

Berichtsweg

Befragte – z. T. Oberste Gesundheitsbehörden der Länder – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zugänge (Erst- und Wiedererkrankte) und Bestand am Jahresende von an aktiver Tuberkulose der Atmungsorgane und anderer Organe erkrankten Personen nach Geschlecht, Alter, Ausländereigenschaft und Diagnosegruppen.

Regionale Gliederung

Bundesgesundheitsamt: Regierungsbezirke.

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 6/76; 6/78.

Fachserie 12, Reihe 1 (jährlich),
Reihe 2 2 (jährlich).

Hinweis: Die Sterbefälle an Tuberkulose werden in der jährlichen Statistik der Todesursachen (siehe unter 14.3) nachgewiesen.

14.1.3 Statistik der sonstigen meldepflichtigen Krankheiten

Rechtsgrundlage

Siehe unter 14.1.2.

Periodizität

Vierteljährlich und jährlich.

Kreis der Befragten

Siehe unter 14.1.2.

Berichtsweg

Siehe unter 14.1.2.

Ergebnisse

Tatbestände

Erkrankungen und Sterbefälle an den in § 3 Abs. 1 bis 3 des Bundes-Seuchengesetzes aufgeführten übertragbaren Krankheiten sowie Ausscheider von Erregern gemäß § 3 Abs. 4 und Ausbrüche von Krankheiten in Anstalten gemäß § 8 des Bundes-Seuchengesetzes.

Regionale Gliederung

StBA und Bundesgesundheitsamt: Regierungsbezirke.

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

Bundesgesundheitsamt:
•Bundesgesundheitsblatt• (wöchentlich)

StBA:

WiSta 6/79.

Fachserie 12, Reihe 1 (jährlich),
Reihe 2 3 (vierteljährlich, jährlich).

Hinweis: Die Sterbefälle an sonstigen meldepflichtigen Krankheiten werden auch in der jährlichen Statistik der Todesursachen (siehe unter 14.3) nachgewiesen. Sie stimmen aus erhebungstechnischen Gründen nicht voll mit den hier erfaßten Zahlen überein.

Rechtsgrundlage

Artikel 4 des Fünften Gesetzes zur Reform des Strafrechts vom 18. Juni 1974 (BGBl. I S. 1297), geändert durch Artikel 3 Nr. 2 des Fünfzehnten Strafrechtsänderungsgesetzes vom 18. Mai 1976 (BGBl. I S. 1213).

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche unter den Voraussetzungen des § 218 a StGB vornehmen.

Berichtsweg

Befragte – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Angaben zur Person der Schwangeren: Alter, Familienstand, Zahl der versorgten Kinder, Zahl der vorangegangenen Schwangerschaften und deren Beendigung, ggf. ständiger Wohnsitz im Ausland.

Angaben zum Schwangerschaftsabbruch: Begründung des Abbruchs (Indikation), Schwangerschaftsdauer, Art des Eingriffs, ggf. abbruchbewirkendes Medikament, beobachtete Komplikationen, Ort des Eingriffs, ggf. Dauer des Krankenhausaufenthaltes.

Regionale Gliederung

StBA: Ausgewählte Großstädte.

Veröffentlichungen

WiSta 6/77; 5/78; 5/79, 5/80.
Fachserie 12, Reihe 3 (jährlich).

Außerdem methodische Grundlagen.
WiSta 10/76.

14.2 Statistik der Schwangerschaftsabbrüche

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 308) in Verbindung mit § 32 des Personenstandsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. August 1957 (BGBl. I S. 1125) und der Verordnung zur Durchführung des Personenstandsgesetzes vom 12. August 1957 (BGBl. I S. 1139).

Periodizität

Monatlich, vierteljährlich und jährlich.

Kreis der Befragten

Ärzte, die die Todesbescheinigung (Leichenschau- bzw. Totenschein) und Standesämter, die die Sterbefallzählkarten ausstellen.

Berichtsweg

Befragte – Gesundheitsämter (für die Todesbescheinigung), Standesämter (für die Sterbefallzählkarte) – StLÄ – StBA.

(Die Zusammenführung der Todesbescheinigungen und der Sterbefallzählkarten erfolgt in den Statistischen Landesämtern).

14.3 Todesursachenstatistik

Ergebnisse

Tatbestände

Monatlich und vierteljährlich: Gestorbene nach ausgewählten Todesursachen und Geschlecht.

Jährlich: Gestorbene nach Todesursachen, Geschlecht und Altersgruppen; gestorbene Säuglinge nach ausgewählten Todesursachen und Lebensdauer; gestorbene Mütter nach Todesursachen und Altersgruppen.

Fachliche Gliederung

»Handbuch der Internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD) 1979, 9. Revision«, Band I »Systematisches Verzeichnis«, Band II »Alphabetisches Verzeichnis«.

Regionale Gliederung

StBA: Kreise (ausgewählte Todesursachen).

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 7/78; 7/80.

Fachserie 12, Reihe 1 (jährlich),

Reihe 4 (vierteljährlich, jährlich).

Hinweis: In der Todesursachenstatistik wird nur eine Todesursache, und zwar die ursächlich zum Tode führende (Grundleiden), ausgewertet

14.4 Statistik der Berufe des Gesundheitswesens

Rechtsgrundlage

§§ 1, 2 und 20 der Dritten Durchführungsverordnung vom 30. März 1935 (RMBl. I S. 327) zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3. Juli 1934 (RGBl. I S. 531). Vereinbarungen mit den Ländern.

Periodizität

Jährlich (Stichtag 31. Dezember).

Kreis der Befragten

Gesundheitsämter.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Im Gesundheitswesen tätige Personen nach Geschlecht und Berufen; berufstätige Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte außerdem nach Art der Berufsausübung und Fachgebieten; an Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker erteilte Approbationen; Gesundheitsämter und deren Personal nach Berufen; Apotheken.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 12/76; 12/77; 12/78; 12/79.

Fachserie 12, Reihe 1 (jährlich),

Reihe 5 (jährlich).

14.5 Krankenhausstatistik

Rechtsgrundlage

Beschluß des Reichsrats vom 17. September 1931 (Reichsgesundheitsblatt vom 25. November 1931 S. 741) sowie §§ 49 und 79 der Dritten Durchführungsverordnung vom 30. März 1935 (RMBl. I S. 327) zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3. Juli 1934 (RGBl. I S. 531). Vereinbarungen mit den Ländern.

Periodizität

Jährlich (Stichtag 31. Dezember).

Kreis der Befragten

Krankenhäuser.

Berichtsweg

Befragte – Gesundheitsämter – z. T. Oberste Gesundheitsbehörden der Länder – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Krankenhäuser und planmäßige Betten nach dem Träger, der Zweckbestimmung sowie nach Größenklassen (Zahl der Betten); Fachabteilungen nach der Zweckbestimmung und Zahl der Betten.

In den Krankenhäusern tätige Ärzte nach Geschlecht, Stellung im Krankenhaus und Fachgebieten; Zahnärzte, Apotheker, Pflegepersonen, Hebammen, medizinisch-technisches Personal, sonstiges medizinisches Personal, Verwaltungs- und Wirtschaftskräfte nach Geschlecht.

Kranke, Pflgetage, Verweildauer und Bettenausnutzung.

Geburten, Sterbefälle und Sektionen in Krankenhäusern.

Fachliche Gliederung

»Verzeichnis der Krankenhäuser in der Bundesrepublik Deutschland, Ausgabe 1979«.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 3/76; 2/77, 3/78; 3/79; 3/80.

Fachserie 12, Reihe 1 (jährlich),
Reihe 6 (jährlich).

Vorbemerkung: An dieser Stelle werden die gesundheitsstatistischen Tatbestände des Mikrozensus nachgewiesen. (Bevölkerungssstatistische Tatbestände siehe unter 1.2, erwerbsstatistische Tatbestände siehe unter 3.2, Reiseverkehr siehe unter 8.8, Vermögenswirksames Sparen siehe unter 11.28).

14.6 Mikrozensus

- 1 Krankheiten und Unfälle.
- 2 Körpergröße und -gewicht.
- 3 Rauchgewohnheiten.
- 4 Ernährung (Einnahme des Mittagessens).
- 5 Impfungen.
- 6 Verbrauch von Schlaf- und Schmerzmitteln.

Rechtsgrundlage

§ 3 Abs. 1 Nr. 8 des Gesetzes über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 15. Juli 1975 (BGBl. I S. 1909), geändert durch Artikel 2 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294).

Periodizität

Erhebungen im Rahmen des Mikrozensus-Grundprogramms (Fragen zur Gesundheit).

Zu 1: Zweijährlich; zuletzt im April 1980 durchgeführt.

Zu 2 und 3: Einmalig im April 1978 durchgeführt.

Zu 4 bis 6: Einmalig im April 1980 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Zu 1: Stichprobenerhebung bei rd. 230 000 (1978) bzw. rd. 58 000 (1976, 1980) Haushalten (Auswahlsatz 1% bzw. 0,25%).

Zu 2 und 3: Stichprobenerhebung bei rd. 230 000 Haushalten (Auswahlsatz 1%).

Zu 4 bis 6: Stichprobenerhebung bei rd. 58 000 Haushalten (Auswahlsatz 0,25%).

(Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456ff.).

Berichtsweg

Befragte (Befragung durch Interviewer) – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Kranke und unfallverletzte Personen nach Art und Dauer der Krankheit bzw. Verletzung sowie nach Art der Behandlung (ambulante oder stationäre Behandlung); Arbeitsunfähigkeit.

Zu 2: Wohnbevölkerung nach Körpergröße und -gewicht.

Zu 3: Wohnbevölkerung im Alter von 10 Jahren und mehr nach Rauchgewohnheiten (z. Z. Raucher, früher Raucher, nie Raucher, regelmäßiger/gelegentlicher Raucher), Art des Tabakkonsums (Zigaretten, Zigarren/Zigarillos, Pfeifentabak); Menge der gerauchten Zigaretten.

Zu 4: Erwerbstätige nach Art und Ort der Einnahme des Mittagessens (Kantine, zu Hause, Gaststätte/Imbißstube oder dgl.); Verzehr mitgebrachter Nahrungsmittel; ohne Mittagessen.

Zu 5: Wohnbevölkerung nach Teilnahme an Impfungen gegen Grippe und Kinderlähmung; Jahr der letzten Schluckimpfung gegen Kinderlähmung.

Zu 6: Wohnbevölkerung nach Art des Verbrauchs von Schlaf- und Schmerzmitteln (regelmäßige, gelegentliche, keine Einnahme); Kauf dieser Mittel ohne Rezept.

Veröffentlichungen

Zu 1: WiSta 2/78

Zu 1 bis 3: WiSta 12/80.
Fachserie 12, Reihe S 3 (in Vorbereitung)

Zu 4 bis 6: in Vorbereitung.

Rechtsgrundlage

Freiwillig geführte Statistik aufgrund von Vereinbarungen zwischen dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und den Bundesverbänden der Krankenkassen.

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Gesetzliche Krankenkassen (ohne Ersatzkassen).

Berichtsweg

Befragte – Krankenkassenverbände – Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Ergebnisse

Tatbestände

Arbeitsunfähigkeitsfälle und -tage, Krankenhausfälle und -tage nach Krankheitsarten, z. T. auch nach Alter und Geschlecht der Erkrankten.

Fachliche Gliederung

»Handbuch der Internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD) 1979, 9. Revision, Band I«.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:

»Statistik der gesetzlichen Krankenkassen über Arbeitsunfähigkeitsfälle und -tage nach Krankheitsarten« (jährlich).

StBA.

Fachserie 12, Reihe 1 (jährlich).

14.7 Krankheits- arten- statistik der gesetzlichen Kranken- versicherung

15 SOZIALLEISTUNGEN

15.1	Statistik der gesetzlichen Rentenversicherung.....	301
15.2	Statistik der gesetzlichen Krankenversicherung.....	301
15.3	Statistik der gesetzlichen Unfallversicherung.....	302
15.4	Statistiken der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe	303
15.5	Statistik der Kriegsopferversorgung	304
15.6	Statistik der Kriegsgefangenenentschädigung und Häftlings- hilfe	304
15.7	Statistik über den Lastenausgleich	305
15.8	Statistik der Sozialhilfe	307
15.9	Statistik der Kriegsopferfürsorge	308
15.10	Statistik der Jugendhilfe	308
15.11	Statistik der Behinderten	309
15.12	Statistik der Rehabilitationsmaßnahmen.....	310
15.13	Statistik über Kindergeld	311
15.14	Wohngeldstatistik.....	311

Rechtsgrundlage

§ 79 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch (Artikel I des Gesetzes vom 23. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3845)). Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Statistik in der Rentenversicherung (RSVwV) vom 13. Mai 1980 (BAnz. Nr. 92 S. 4). § 32 des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. September 1965 (BGBl. I S. 1448).

Periodizität

Monatlich, vierteljährlich und jährlich.

Kreis der Befragten

Träger der gesetzlichen Rentenversicherung (Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten, Knappschaftliche Rentenversicherung und Altershilfe für Landwirte).

Berichtsweg

Befragte – Verband Deutscher Rentenversicherungsträger bzw. Gesamtverband der landwirtschaftlichen Alterskassen – Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Ergebnisse

Tatbestände

Monatlich: Rentenanträge sowie Anträge auf Rehabilitationsmaßnahmen und ihre Erledigung, Rentenbestand und Rentenzahlung, Einnahmen und Ausgaben; in der Knappschaftlichen Rentenversicherung auch Versicherte.

Vierteljährlich: Bestand und Veränderungen des Vermögens.

Jährlich: Versicherte, abgeschlossene Rehabilitationsmaßnahmen, Rentenzugänge, -wegfälle und -umwandlungen.

Personal, Einnahmen und Ausgaben, Vermögen, Liquidität der Rücklage.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

»Arbeits- und Sozialstatistik« im Bundesarbeitsblatt (vierteljährlich, halbjährlich, jährlich).

»Hauptergebnisse der Arbeits- und Sozialstatistik« (jährlich).

»Die Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre . . . Statistischer und finanzieller Bericht« (jährlich).

StBA:

WiSta* (halbjährlich).

15.1 Statistik der gesetzlichen Rentenversicherung

Rechtsgrundlage

§ 79 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch. §§ 41, 42 und 43 der Verwaltungsvorschriften über das Rechnungswesen bei den Trägern der sozialen Krankenversicherung vom 31. August 1956 (BAnz. Nr. 174 S. 1), geändert durch Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung von Vorschriften über Rechnungswesen und Statistik bei den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung (KVRÄndVwV) vom 18. April 1974 (BAnz. Nr. 77 S. 1) und § 41 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über Rechnungswesen und Statistik bei den Trägern der Krankenversicherung der Landwirte vom 5. Juni 1973 (Beilage Nr. 17/73 S. 1 zum BAnz. Nr. 108).

Periodizität

Monatlich, vierteljährlich, halbjährlich und jährlich.

15.2 Statistik der gesetzlichen Krankenversicherung

Kreis der Befragten

Gesetzliche Krankenkassen.

Berichtsweg

Befragte – Krankenkassenverbände – Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Ergebnisse

Tatbestände

Monatlich: Mitglieder, Krankenstand, Beitragssätze.

Vierteljährlich: Beitragseinnahmen und Leistungsausgaben, Reinausgaben.

Halbjährlich: Vermögen.

Jährlich: Mitglieder, Personal, Leistungsfälle, Einnahmen, Ausgaben, Vermögen.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

»Arbeits- und Sozialstatistik« im Bundesarbeitsblatt (monatlich, halbjährlich, jährlich).

»Hauptergebnisse der Arbeits- und Sozialstatistik« (jährlich).

»Die gesetzliche Krankenversicherung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre . . . Statistischer und finanzieller Bericht« (jährlich).

StBA:

WiSta* (monatlich).

Hinweis: Die Krankheitsartenstatistik der gesetzlichen Krankenversicherung ist unter 14 7 nachgewiesen.

15.3 Statistik der gesetzlichen Unfallversicherung

Rechtsgrundlage

§ 79 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch. § 25 der Verordnung über Art und Form der Rechnungsführung bei den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung (RUV) vom 8. September 1967 (BAnz. Nr. 174 S. 1). Ferner Anordnung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung gemäß § 707 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung (RVO).

Periodizität

Halbjährlich und jährlich.

Kreis der Befragten

Träger der gesetzlichen Unfallversicherung.

Berichtsweg

Befragte – jeweils zuständiger Bundesverband – Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Ergebnisse

Tatbestände

Halbjährlich: Angezeigte und erstmals entschädigte Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, Rentenempfänger, Ausgaben.

Jährlich: Personal, Selbstverwaltungsorgane; alle Unternehmen; Versicherte, Vollarbeiter, Entgelte; angezeigte und erstmals entschädigte Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten; Leistungsfälle; Ausgaben und Einnahmen, Vermögen.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:

»Arbeits- und Sozialstatistik« im Bundesarbeitsblatt (halbjährlich, jährlich).

»Hauptergebnisse der Arbeits- und Sozialstatistik« (jährlich).

»Die gesetzliche Unfallversicherung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre . . . Statistischer und finanzieller Bericht« (jährlich).

StBA:

WiSta* (halbjährlich).

- 1 Statistik der Kurzarbeit (siehe auch 3.4.6).
- 2 Statistik der Förderung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft (siehe auch 3.4.7).
- 3 Statistik der Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (siehe auch 3.4.8).
- 4 Statistik des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe.
- 5 Statistik des Konkursausfallgeldes.
- 6 Statistik der Beitragspflichtigen.
- 7 Statistik der Widersprüche und Klagen.

Rechtsgrundlage

§ 6 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) vom 25. Juni 1969 (BGBl. I S. 582), zuletzt geändert durch Fünftes Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes vom 23. Juli 1979 (BGBl. I S. 1189).

Periodizität

Laufende Berichterstattung; monatliche (1–6) bzw. halbjährliche (4) sowie jährliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Zu 1: Betriebe.

Zu 2 bis 5 und 7: Arbeitsämter (Auswertung der Geschäftsunterlagen).

Zu 6: Krankenkassen, die für die Bundesanstalt für Arbeit die Beiträge einziehen.

Berichtsweg

Zu 1 bis 5 und 7: Befragte/Arbeitsämter – Landesarbeitsämter – Hauptstelle der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

Zu 6: Krankenkassen – Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung – Hauptstelle der Bundesanstalt für Arbeit.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Kurzarbeitende Betriebe und Kurzarbeiter nach Wirtschaftszweigen und sonstigen wichtigen Merkmalen.

Zu 2: Anträge auf Winter- und auf Schlechtwettergeld, auf Investitionskosten- und auf Mehrkostenzuschüsse; witterungsbedingter Arbeitsausfall.

Zu 3: Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, beschäftigte geförderte Arbeitnehmer und Arbeitsvermittlungen nach wichtigen Merkmalen.

Zu 4: Empfänger von Arbeitslosengeld und von Arbeitslosenhilfe sowie Anträge und Sperrzeiten nach wichtigen Merkmalen.

Zu 5: Personen, für die Konkursausfallgeld beantragt und endgültig bewilligt wurde.

Zu 6: Beitragspflichtige und beitragsfreie Arbeitnehmer nach Krankenkassen.

Zu 7: Widersprüche und Klagen gegen Entscheidungen der Bundesanstalt für Arbeit nach Sachgebieten, erhoben sowie endgültig erledigt nach der Art der Erledigung.

Fachliche Gliederung

»Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit, Ausgabe 1973«.

Regionale Gliederung

Landesarbeitsamtsbezirke, Arbeitsamtsbezirke.

Veröffentlichungen

Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg:

»Amtliche Nachrichten« (monatlich) mit Sonderheften, u. a. »Arbeitsstatistik – Jahreszahlen«.

15.5 Statistik der Kriegsopfer- versorgung

Rechtsgrundlage

Verwaltungsvorschriften des Bundes und der Länder nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG).

Periodizität

Monatlich, halbjährlich und jährlich.

Kreis der Befragten

Versorgungsämter, orthopädische Versorgungsstellen, Landesversorgungsämter.

Berichtsweg

Versorgungsämter/orthopädische Versorgungsstellen – Landesversorgungsämter – Arbeitsministerien der Länder – Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Ergebnisse

Tatbestände

Monatlich: Anerkannte Versorgungsberechtigte.

Halbjährlich: Versorgungsanträge, Anträge auf Kapitalabfindung.

Jährlich: Ausgaben; Versorgungsanträge und Versorgungsberechtigte im Ausland; Tätigkeit der orthopädischen Versorgungsstellen und orthopädisch Versorgte.

Regionale Gliederung

Regionale Zuständigkeitsgebiete der Versorgungsämter (gebildet aus einem oder mehreren Stadt- bzw. Landkreis(en)).

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:

»Arbeits- und Sozialstatistik« im Bundesarbeitsblatt (vierteljährlich, jährlich).

»Bundesversorgungsblatt« im Bundesarbeitsblatt (vierteljährlich, jährlich).

»Hauptergebnisse der Arbeits- und Sozialstatistik« (jährlich)

StBA:

StJb (auszugsweise).

15.6 Statistik der Kriegsge- fangenenent- schädigung und Häft- lingshilfe

Rechtsgrundlage

Verwaltungsvorschriften des Bundes aufgrund des Kriegsfolgenrechts.

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Zuständige Dienststellen der Flüchtlings- bzw. (bis 31. Dezember 1979) der Ausgleichsverwaltung.

Berichtsweg

Befragte – Sozialministerien der Länder – Bundesausgleichsamt, Bad Homburg v. d. H.

Ergebnisse

Tatbestände

Gestellte und entschiedene Anträge nach Gruppen der Berechtigten. Anzahl und Betrag der gewährten Entschädigungen (an ehemalige Kriegsgefangene) oder Eingliederungshilfen (an politische Häftlinge), (bis 31. Dezember 1979 zusätzlich: bewilligte Darlehen nach Arten – Existenzaufbau oder Wohnraumbeschaffung – und bewilligte Hausratbeihilfen).

Veröffentlichungen

Bundesausgleichsamt, Bad Homburg v. d. H.:

»Statistik über Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte«, Statistischer Bericht Vt (jährlich).

15.7.1 Statistik über Leistungen an Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte

15.7 Statistik über den Lastenausgleich

Rechtsgrundlage

Verwaltungsvorschriften des Bundes aufgrund des Lastenausgleichsrechts.

Periodizität

Vierteljährlich, halbjährlich und jährlich.

(Maschinelle Aufbereitung der Schadensberechnung im Statistischen Bundesamt, der Schadensfeststellung, der Hauptentschädigung, der Hausratsschäden, der Kapitalbeihilfen, der Kriegsschadenrente und der laufenden Beihilfe in drei EDV-Rechenzentren (zwei ländereigene Zentren in Nordrhein-Westfalen und Bayern, ein Zentrum der Lastenausgleichsbank für die übrigen Bundesländer in Bonn-Bad Godesberg)).

Kreis der Befragten

Ausgleichsämter bzw. Landesausgleichsämter (außerdem Heimatauskunftstellen für die Begutachtung und Bewertung von Grundstücken und landwirtschaftlichen Betrieben, Vororte für die Begutachtung und Bewertung von gewerblichen Betrieben, Beschwerdeausschüsse sowie Vertreter der Interessen des Ausgleichsfonds).

Berichtsweg

Befragte – z. T. Landesausgleichsämter – Bundesausgleichsamt, Bad Homburg v. d. H.

Ergebnisse

Tatbestände

Feststellung oder Beweissicherung von Vermögensschäden:

Gestellte und entschiedene Anträge nach Geschädigtengruppen; Vermögensschäden nach Vermögensarten und Schadensgebieten.

Leistungen im Lastenausgleich:

Hauptentschädigung:

Zuerkannte und erfüllte Ansprüche auf Hauptentschädigung nach Anzahl, Betrag und Geschädigtengruppen.

Währungsausgleich und Altsparerentschädigung:

Gestellte und entschiedene Anträge, Anzahl und Betrag der DM-Ausgleichsgutschriften für Reichsmarkspareinlagen Vertriebener und Betrag der DM-Entschädigungsansprüche für Reichsmark-Altsparanlagen nach Anlageart.

Kriegsschadenrente und laufende Beihilfen:

Gestellte und entschiedene Anträge. Empfänger (Berechtigte) von Unterhalts-
hilfe, von Entschädigungsrente, von Beihilfe zum Lebensunterhalt und von
besonderer laufender Beihilfe nach Geschädigtengruppen.

Hausratentschädigung und Hausratbeihilfen:

Gestellte und entschiedene Anträge nach Geschädigtengruppen (bis 31. De-
zember 1977 zusätzlich: Beträge der bewilligten Hausratentschädigung und
der bewilligten Hausratbeihilfen).

Aufbaudarlehen:

Gestellte und entschiedene Anträge nach Geschädigtengruppen. Bewilligte
Aufbaudarlehen für die gewerbliche Wirtschaft und die freien Berufe sowie für
die Landwirtschaft nach wirtschaftlichen Vorhaben bzw. Betriebsgrößen;
bewilligte Aufbaudarlehen für den Wohnungsbau nach Art der Gebäude und
Anzahl der Wohnungen.

Härteleistungen nach § 301 b Lastenausgleichsgesetz:

Bewilligte Leistungen nach Arten und Umfang.

Beschwerden und Anfechtungsklagen:

Beschwerden bei den Beschwerdeausschüssen gegen Entscheidungen der
Ausgleichsämter. Klagen in Lastenausgleichsangelegenheiten bei den Verwal-
tungsgerichten nach Rechtsgebieten.

Veröffentlichungen

Bundesausgleichsamt, Bad Homburg v. d. H..

»Statistik über den Lastenausgleich«, Statistische Berichte LA (vierteljährlich, halbjähr-
lich, jährlich).

15.7.2 Statistik über Leistungen an Reparations-, Restitutions- und Rückerstattungsgeschädigte

Rechtsgrundlage

Verwaltungsvorschriften des Bundes aufgrund des Reparationsschäden-
gesetzes.

Periodizität

Vierteljährlich und halbjährlich. (Maschinelle Aufbereitung der Schadens-
berechnung im Statistischen Bundesamt, der Schadensfeststellung, der
Entschädigung und der Hausratbeihilfen in drei EDV-Rechenzentren (zwei
ländereigene Zentren in Nordrhein-Westfalen und Bayern, ein Zentrum der
Lastenausgleichsbank für die übrigen Bundesländer in Bonn-Bad Godes-
berg)).

Kreis der Befragten

Ausgleichsämter bzw. Landesausgleichsämter.

Berichtsweg

Ausgleichsämter/Landesausgleichsämter – Bundesausgleichsamt, Bad Hom-
burg v. d. H.

Ergebnisse

Tatbestände

Schadensberechnung und Entschädigung:

Gestellte und entschiedene Entschädigungsanträge. Vermögensschäden
nach Vermögensarten, Geschädigtengruppen und Schadensgebieten. Anzahl
und Betrag der zuerkannten und erfüllten Entschädigungsansprüche unter
Berücksichtigung der anzurechnenden Überbrückungsdarlehen.

Kriegsschadenrente:

Gestellte und entschiedene Anträge, Empfänger (Berechtigte) von Unterhalts-
hilfe und Entschädigungsrente.

Aufbaudarlehen und Hausratbeihilfen:

Gestellte und entschiedene Anträge, Anzahl und Betrag der bewilligten Auf-
baudarlehen für die gewerbliche Wirtschaft und die freien Berufe sowie die
Landwirtschaft. Anzahl (bis 31. Dezember 1977 auch Betrag) der bewilligten
Hausratbeihilfen.

Veröffentlichungen

Bundesausgleichsamt, Bad Homburg v. d. H..

»Statistik über den Lastenausgleich«, Statistische Berichte LA (vierteljährlich, halb-
jährlich)

1 Jahresstatistik.

2 Repräsentative Zusatzstatistiken mit wechselnder Fragestellung; zuletzt
1977 über »Hilfe zur Pflege«.

15.8 Statistik der Sozialhilfe

Rechtsgrundlage

Zu 1: Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der
Sozialhilfe, der Kriegsoferfürsorge und der Jugendhilfe vom 15. Januar 1963
(BGBl. I S. 49), geändert durch Artikel 19 des Ersten Gesetzes zur Änderung
statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980
(BGBl. I S. 294).

Zu 2: Verordnung zur Durchführung einer Zusatzstatistik auf dem Gebiet der
Sozialhilfe über Hilfe zur Pflege vom 12. Dezember 1977 (BGBl. I S. 2536).

Periodizität

Zu 1: Jährlich.

Zu 2: Höchstens einmal jährlich.

Kreis der Befragten

Zu 1: Ortliche und überörtliche Träger der Sozialhilfe (für Sozialhilfeempfan-
ger jährlich abwechselnd total bzw. mit einem Auswahlatz von 20%).

(Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456ff.).

Zu 2: Siehe unter 1 (für 30% der Empfänger von Hilfe zur Pflege).

(Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456ff.).

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1: Empfänger von Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen und in Einrich-
tungen nach Geschlecht, Altersgruppen, Ausländereigenschaft und Hilfe-
arten; für Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerdem Stellung
zum Haushaltsvorstand, Haushalte nach Haushaltstyp, Art des angerechneten
oder in Anspruch genommenen Einkommens sowie Hauptursache der Hilfe-
gewährung.

Ausgaben der Sozialhilfe nach Hilfearten außerhalb von Einrichtungen und in
Einrichtungen sowie sonstige Leistungen der Sozialhilfeträger. Einnahmen
nach Einnahmearten.

Zu 2: Empfänger von Hilfe zur Pflege nach Geschlecht, Altersgruppen, Familienstand, Haushaltsgröße, Versicherungsschutz in der gesetzlichen Krankenversicherung, Anspruch gegenüber dem Arbeitgeber auf Beihilfe im Pflegefall, Art und Höhe der Leistungen, Dauer der Hilfestellung, Art und Höhe des Einkommens, Vermögen bei Antragstellung und Inanspruchnahme Unterhaltspflichtiger; weitere nach dem Bundessozialhilfegesetz gewährte Hilfen.

Für Hilfeempfänger außerhalb von Einrichtungen zusätzlich Form der Betreuung, Schulbesuch, berufliche Aus- und Fortbildung sowie Erwerbstätigkeit; für Hilfeempfänger in Einrichtungen außerdem Art der Einrichtung.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 7, 9/76; 5, 9/77; 4, 11/78; 4, 11/79; 3, 7/80

Fachserie 13, Reihe 2 (jährlich),
Reihe S 5 (einmalig)

Hinweis: Für 1981 ist eine Zusatzstatistik über »Hilfe zum Lebensunterhalt« vorgesehen.

15.9 Statistik der Kriegsopfer- fürsorge

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsopferfürsorge und der Jugendhilfe vom 15. Januar 1963 (BGBl. I S. 49), geändert durch Artikel 19 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294).

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Örtliche und überörtliche Träger der Kriegsopferfürsorge.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Empfänger laufender und einmaliger Leistungen der Kriegsopferfürsorge nach Hilfearten und Empfängergruppen; Ausgaben nach Hilfearten und Empfängergruppen, Einnahmen nach Arten.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 8/76; 8/77; 10/78; 11/79; 12/80.

Fachserie 13, Reihe 3 (jährlich).

15.10 Statistik der Jugendhilfe

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsopferfürsorge und der Jugendhilfe vom 15. Januar 1963 (BGBl. I S. 49), geändert durch Artikel 19 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294).

Periodizität

Jährlich bzw. vierjährlich.

Kreis der Befragten

Jugendwohlfahrtsbehörden, Träger der freien Jugendhilfe und privatgewerbliche Träger.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Maßnahmen der Jugendhilfe

Jährlich: Empfänger von erzieherischen Einzelhilfen außerhalb von Einrichtungen nach Empfängergruppen und Hilfearten, in Einrichtungen auch nach Einrichtungsarten und Trägergruppen.

Vierjährlich: Gewährte Hilfen für die Jugendarbeit (einschl. der internationalen Jugendarbeit) nach Empfängergruppen und Hilfearten.

Einrichtungen

Vierjährlich: Bestand an Heimen und sonstigen baulichen Einrichtungen nach Einrichtungsart, Trägergruppen und verfügbaren Plätzen.

Personal

Vierjährlich: In der Jugendhilfe tätige Personen nach Geschlecht, Altersgruppen und Berufsausbildungsabschluß, Stellung im Beruf, Art der Beschäftigung und Arbeitsbereich sowie nach Einrichtungsart und Trägergruppen.

Aufwendungen und Einnahmen

Jährlich: Bei erzieherischen Einzelhilfen außerhalb von Einrichtungen Aufwendungen nach Empfängergruppen und Hilfearten, in Einrichtungen auch nach Einrichtungsarten und Trägergruppen. Bei Gruppen- und Pauschalhilfen Aufwendungen nach Hilfearten und Trägergruppen. Einnahmen nach Einnahmearten.

Vierjährlich: Aufwendungen für die Jugendarbeit (einschl. der internationalen Jugendarbeit) nach Empfängergruppen und Hilfearten.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta: 11, 12/76; 11/77; 1, 12/78; 1, 12/80.

Fachserie 13, Reihe 6 (jährlich),
Reihe S 4 (einmalig).

Rechtsgrundlage

§ 51 Abs. 1 des Gesetzes zur Sicherung der Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft (Schwerbehindertengesetz – SchwbG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Oktober 1979 (BGBl. I S. 1649), neugefaßt durch Artikel 20 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294).

Periodizität

Zweijährlich; erstmals zum 31. Dezember 1979 durchgeführt.

15.11 Statistik der Behinderten

Kreis der Befragten

Versorgungsämter.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Behinderte nach Geschlecht, Altersgruppen, Staatsangehörigkeit, Wohnort, Stellung im Erwerbsleben und Beruf, Art und Ursache der Behinderung einschl. des Grades einer auf ihr beruhenden Minderung der Erwerbsfähigkeit.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

Fachserie 13, Reihe 5 1 (zweijährlich, vorgesehen)

»Zur Situation der Behinderten in der Bundesrepublik Deutschland«

15.12 Statistik der Rehabilitationsmaßnahmen

Rechtsgrundlage

§ 51 Abs. 2 des Gesetzes zur Sicherung der Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft (Schwerbehindertengesetz – SchwbG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Oktober 1979 (BGBl. I S. 1649), neugefaßt durch Artikel 20 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294).

Periodizität

Jährlich; erstmals für 1981 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Träger der Rehabilitation.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Rehabilitationsmaßnahmen nach Art, Ort, Dauer, Verlauf und Ergebnis; Rehabilitanden nach Geschlecht, Altersgruppen, Staatsangehörigkeit, Wohnort, Stellung im Erwerbsleben und Beruf, Art und Ursache der Behinderung einschl. des Grades einer auf ihr beruhenden Minderung der Erwerbsfähigkeit.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 1/80

Fachserie 13, Reihe 5 2 (jährlich).

»Zur Situation der Behinderten in der Bundesrepublik Deutschland«.

15.13 Statistik über Kindergeld

Rechtsgrundlage

Bundeskindergeldgesetz (BKGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1975 (BGBl. I S. 412), zuletzt geändert durch Aches Gesetz zur Änderung des Kindergeldgesetzes vom 14. November 1978 (BGBl. I S. 1757).

Periodizität

Laufende Berichterstattung; monatliche und zweimonatliche Zusammenstellung.

Kreis der Befragten

Arbeitsämter (Auswertung der Geschäftsunterlagen, und zwar Anträge auf Kindergeld, Unterlagen für bargeldlose Zahlung).

Berichtsweg

Arbeitsämter – Landesarbeitsämter – Hauptstelle der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

Ergebnisse

Tatbestände

Anträge auf Kindergeld; Empfänger von Kindergeld nach Staatsangehörigkeit und Zahl der Kinder.

Regionale Gliederung

Landesarbeitsamtsbezirke, Arbeitsamtsbezirke.

Veröffentlichungen

Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

»Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit« (monatlich) mit Sonderheften, u. a.

»Arbeitsstatistik – Jahreszahlen«

15.14 Wohngeld- statistik

Rechtsgrundlage

§ 35 des Wohngeldgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 1980 (BGBl. I S. 1741).

Periodizität

Vierteljährlich und jährlich.

Kreis der Befragten

Für die Gewährung von Wohngeld zuständige Stellen in den Ländern (Auswertung der Berechnungsbogen der Bewilligungsstellen). Für besondere Auswertungszwecke wird auch eine Stichprobe durchgeführt. (Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456ff.). Die Ergebnisse dieser Stichprobe sind nicht veröffentlicht, sie sind jedoch auf Wunsch zugänglich.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Vierteljährlich: Zahl und Art der Anträge und Entscheidungen, Höhe des bewilligten Wohngeldes, Betrag des gezahlten Wohngeldes.

Jährlich: Wohngeldempfänger nach Art und Höhe des bewilligten Wohngeldes, sozialer Stellung und Zahl der Familienmitglieder.

Wohnung nach Ausstattung, Wohnfläche, Jahr der Bezugsfertigkeit, Höhe der Miete oder Belastung, öffentlicher Förderung, Gemeindegrößenklasse.

Familieneinkommen und bei seiner Ermittlung nicht zu berücksichtigende Beträge, anrechenbare Einnahmen der Familienmitglieder nach Art und Höhe.

Zu berücksichtigende Höchstbeträge für Miete und Belastung, Belastungsgrad der anrechenbaren Einnahmen.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

WiSta 7, 9/76; 5, 7/77; 7/78; 7/80.

Fachserie 13, Reihe 4 (vierteljährlich, jährlich).

16 FINANZEN UND STEUERN

	Öffentliche Haushalte	
16.1	Statistik der Haushaltswirtschaft	315
16.2	Statistik über den Steuerhaushalt	319
16.3	Statistik über Schulden	320
16.4	Personalstatistiken	322
	Steuern	
16.5	Einkommensteuerstatistiken	325
16.6	Statistik nach dem Entwicklungsländer-Steuergesetz	328
16.7	Vermögensteuerstatistik	328
16.8	Einheitswertstatistik	329
16.9	Erbschaftsteuerstatistik	331
16.10	Umsatzsteuerstatistik	332
16.11	Verbrauchssteuerstatistiken	333
16.12	Realsteuervergleich	335

Öffentliche Haushalte

16.1.1 Finanzplanungsstatistik

16.1 Statistik der Haushalts- wirtschaft

- 1 Finanzplanungen des Bundes und der Länder.
- 2 Finanzplanungen der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Finanzstatistik in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Juni 1980 (BGBl. I S. 673).

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Zu 1: Bundesministerium der Finanzen, Finanzministerien/-senatoren der Länder.

Zu 2: Gemeinden und Gemeindeverbände.

Berichtsweg

Zu 1: Befragte – StLÄ (teilweise) – StBA.

Zu 2: Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Für den fünfjährigen Planungszeitraum: Finanzplanungen nach Ausgabe- und Einnahmearten.

Für das zweite Planungsjahr: Ausgaben des Bundes und der Länder insgesamt sowie Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in der Gliederung nach Aufgabengebieten.

Fachliche Gliederung

»Schlüssel für die Zusammenfassung der Staats- und Kommunalfinanzen«.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

WiSta 7/77; 4/78.

16.1.2 Haushaltsansatzstatistik

- 1 Haushaltsansätze des Bundes (einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen) und der Länder.
- 2 Haushaltsansätze der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und der Gemeindeverbände (in fast allen Bundesländern durch kommunale Finanzplanungsstatistik ersetzt; siehe unter 16.1.1).

Rechtsgrundlage

Siehe unter 16.1.1.

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Zu 1: Bundesministerium der Finanzen, Finanzministerien/-senatoren der Länder.

Zu 2: Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände.

Berichtsweg

Zu 1: Befragte – StBA.

Zu 2: Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Haushaltsansätze des Bundes (einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen) und der Länder nach Ausgabe-/Einnahmearten und Aufgabengebieten oder -bereichen. Haushaltsansätze (teilweise geschätzt) bzw. Finanzplanungen der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Ausgabe- und Einnahmearten.

Fachliche Gliederung

»Schlüssel für die Zusammenfassung der Staats- und Kommunalfinanzen«.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

WiSta 7/76; 8/77; 7/78; 6/79; 5/80.

Fachserie 14, Reihe 1 (jährlich, entfällt ab Berichtsjahr 1981).

16.1.3 Vierteljahresstatistik

1 Kassenergebnisse des Bundes (einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen) und der Länder.

2 Kassenergebnisse der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Rechtsgrundlage

Siehe unter 16.1.1.

Periodizität

Vierteljährlich.

Kreis der Befragten

Siehe unter 16.1.1.

Berichtsweg

Siehe unter 16.1.1.

Ergebnisse

Tatbestände

Kassenmäßige Ausgaben und Einnahmen des Bundes (einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen), der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Ausgabe- und Einnahmearten. Bauausgaben nach ausgewählten Aufgabenbereichen.

Fachliche Gliederung

»Schlüssel für die Zusammenfassung der Staats- und Kommunalfinanzen«.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

WiSta 5, 11/76; 5, 10/77; 5, 10/78; 5, 10/79; 5, 10/80.

Fachserie 14, Reihe 2 (vierteljährlich).

16.1.4 Jahresrechnungsstatistik

1 Rechnungsergebnisse des Bundes (einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen) und der Länder.

2 Rechnungsergebnisse der Gemeinden und Gemeindeverbände.

3 Rechnungsergebnisse der Zweckverbände und anderer juristischer Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit, soweit sie anstelle kommunaler Körperschaften kommunale Aufgaben erfüllen.

4 Rechnungsergebnisse der Sozialversicherungsträger, der Bundesanstalt für Arbeit und der Träger der Zusatzversorgung des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände.

5 Rechnungsergebnisse der sonstigen juristischen Personen des öffentlichen oder privaten Rechts, die auf Dauer überwiegend aus Zuwendungen von den unter 1 bis 4 genannten juristischen Personen und/oder den Europäischen Gemeinschaften finanziert werden, sofern die Zuwendungen den Betrag von 50 000 DM jährlich übersteigen.

6 Rechnungsergebnisse der Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen, wenn eine oder mehrere der unter 1 bis 3 genannten juristischen Personen Träger oder mit mehr als 50% des Nennkapitals beteiligt sind.

Rechtsgrundlage

Siehe unter 16.1.1.

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Zu 1: Bundesministerium der Finanzen, Finanzministerien/-senatoren der Länder.

Zu 2: Gemeinden und Gemeindeverbände.

Zu 3: Zweckverbände und andere juristische Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit.

Zu 4: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bundesanstalt für Arbeit, Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Bundesknappschaft, Gesamtverband landwirtschaftlicher Alterskassen, Zusatzversorgungskassen des Bundes, der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände.

Zu 5: Organisationen, Anstalten und Einrichtungen, die die o. a. Voraussetzungen erfüllen.

Zu 6: Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Berichtsweg

Zu 1, 5 und 6: Befragte – StLÄ (teilweise) – StBA.

Zu 2 und 3: Befragte – StLÄ – StBA.

Zu 4: Befragte – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zu 1 bis 5: Ist-Ausgaben und Ist-Einnahmen nach Arten und Aufgabenbereichen.

Zu 6: Ausgaben und Einnahmen nach Arten.

Fachliche Gliederung

»Schlüssel für die Zusammenfassung der Staats- und Kommunalfinanzen«.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

Öffentliche Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenwesen:

WiSta 12/78; 10/79.

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte, Nettokreditaufnahme, fundierte Schulden, Gemeindesteuern.

WiSta* (monatlich).

Fachserie 14, Reihe 3 (jeweils jährlich).

3.1 Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts.

3.2 Rechnungsergebnisse der staatlichen Haushalte.

3.3 Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte.

3.4 Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

3.5 Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte für soziale Sicherung.

3.6 Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte für Gesundheit, Sport und Erholung

3.7 Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte für Verkehr und Nachrichtenwesen

3.8 Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte für Wirtschaftsförderung.

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 11/70; 6/71; 1/80.

16.1.5 Hochschulfinanzstatistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen (Hochschulstatistikgesetz – HStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. April 1980 (BGBl. I S. 453).

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Hochschulen einschl. Hochschulkliniken.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Ist-Ausgaben und -Einnahmen der Hochschulen einschl. Hochschulkliniken nach Arten sowie Fächergruppen/Studienbereichen und Hochschularten.

Veröffentlichungen

WiSta 6/76; 7/77; 9/78; 6/79; 5/80

Fachserie 11, Reihe 4.5 (jährlich, vorgesehen).

Außerdem methodische Grundlagen.

WiSta 1/76.

16.1.6 Statistik der kassenmäßigen Entwicklung des Bundeshaushalts

Rechtsgrundlage

§ 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745).

Periodizität

Monatliche Zusammenstellung durch Auswertung der Kassentransaktionen auf den bei der Deutschen Bundesbank unterhaltenen Konten des Bundes.

Ergebnisse

Tatbestände

Kasseneingänge und Kassenausgänge des Bundes, Kassensaldo und seine Finanzierung (Veränderung der Verschuldung und der Guthaben, Einnahmen aus Münzgutschriften, Saldo der Verrechnungen mit dem Lastenausgleichsfonds).

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank.
»Monatsberichte«

- 1 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes und der Länder.
- 2 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände.

16.2 Statistik über den Steuerhaushalt

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Finanzstatistik in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Juni 1980 (BGBl. I S. 673).

Periodizität

Zu 1: Monatlich.

Zu 2: Vierteljährlich.

Kreis der Befragten

Zu 1: Oberfinanzdirektionen bzw. Finanzministerien/-senatoren der Länder, Bundesministerium der Finanzen.

Zu 2: Gemeinden, Kreisverwaltungen.

Berichtsweg

Zu 1: Befragte – Bundesministerium der Finanzen – StBA.

Zu 2: Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Steuereinnahmen nach Steuerarten und Verteilung im Rahmen des Steuerverbunds gemäß Grundgesetz und entsprechenden Ausführungsgesetzen.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

Zu 1: »Bundesanzeiger« (monatlich).

StBA:

WiSta* (monatlich)

Zu 2: WiSta* (vierteljährlich).

Zu 1 und 2. WiSta 5/76; 5/77; 5/78; 5/79; 5/80.

Fachserie 14, Reihe 4 (vierteljährlich, jährlich),

Reihe 4 S 1 (unregelmäßig, zuletzt 1976).

16.3 Statistik über Schulden

16.3.1 Vierteljahresstatistik

- 1 Schulden des Bundes (einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen) und der Länder.
- 2 Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Rechtsgrundlage

Siehe unter 16.1.1.

Periodizität

Vierteljährlich.

Kreis der Befragten

Zu 1: Bundesministerium der Finanzen, Finanzministerien/-senatoren der Länder.

Zu 2: Gemeinden und Gemeindeverbände.

Berichtsweg

Zu 1: Befragte – StLÄ (teilweise) – StBA.

Zu 2: Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Schulden nach Arten.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

Zu 1 und 2: »Bundesanzeiger« (vierteljährlich).

Bundesministerium der Finanzen:

»Ministerialblatt« (vierteljährlich).

Zu 2: WiSta 1, 12/76; 12/77; 10/78; 10/79; 6/80.

Fachserie 14, Reihe 2 (vierteljährlich).

16.3.2 Jahresstatistik

- 1 Schulden des Bundes (einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen) und der Länder.
- 2 Schulden der Gemeinden, Gemeindeverbände, Zweckverbände und anderer juristischer Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit, soweit sie anstelle kommunaler Körperschaften kommunale Aufgaben erfüllen.

3 Schulden der sonstigen juristischen Personen des öffentlichen oder privaten Rechts, die auf Dauer überwiegend aus Zuwendungen von den unter 1 und 2 genannten juristischen Personen und/oder den Europäischen Gemeinschaften finanziert werden, sofern die Zuwendungen den Betrag von 50 000 DM jährlich übersteigen.

4 Schulden der Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen, wenn eine oder mehrere der unter 1 und 2 genannten juristischen Personen Träger oder mit mehr als 50% des Nennkapitals beteiligt sind.

Rechtsgrundlage

Siehe unter 16.1.1.

Periodizität

Jährlich (Stichtag: 31. Dezember).

Kreis der Befragten

Zu 1: Siehe unter 16.3.1 Ziffer 1.

Zu 2: Gemeinden, Gemeindeverbände, Zweckverbände und andere juristische Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit.

Zu 3: Organisationen, Anstalten und Einrichtungen, die die o. a. Voraussetzungen erfüllen.

Zu 4: Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Berichtsweg

Zu 1 und 3: Befragte – StLÄ (teilweise) – StBA.

Zu 2 und 4: Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Schulden nach Arten und Fälligkeiten. Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen.

Schuldenaufnahmen nach Art der Schulden und Laufzeiten. Tilgungen nach Arten.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

WiSta 8/76; 7/77; 7/78; 8/79; 6/80
Fachserie 14, Reihe 5 (jährlich).

16.3.3 Statistik des Umlaufs an kürzerfristigen Schuldtiteln öffentlicher Stellen

Rechtsgrundlage

§ 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745).

Periodizität

Monatliche Zusammenstellung der Deutschen Bundesbank durch Auswertung von Unterlagen über ihre Tätigkeit bei der Plazierung von Geldmarktpapieren.

Ergebnisse

Tatbestände

Verschuldung des Bundes, der Länder, der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost aus der Begebung von Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank
»Monatsberichte«.

16.3.4 Statistik der Ausgleichsforderungen

Rechtsgrundlage

Siehe unter 16.3.3.

Periodizität

Jährliche Zusammenstellung der Deutschen Bundesbank durch Auswertung von Angaben der Bundesschuldenverwaltung und der Landesschuldenverwaltungen.

Ergebnisse

Tatbestände

Ausgleichsforderungen für Deutsche Bundesbank, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen nach Schuldnern und Zinstypen.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank
»Monatsberichte«.

16.4 Personalstatistiken

16.4.1 Personalstandstatistik

1 Personal des Bundes einschl. Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost.

2 Personal der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der Zweckverbände und anderer juristischer Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit, soweit sie anstelle kommunaler Körperschaften kommunale Aufgaben erfüllen, jeweils einschl. rechtlich unselbständiger Wirtschaftsunternehmen; Personal der Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen, wenn eine oder mehrere der vorgenannten juristischen Personen Träger oder mit mehr als 50% des Nennkapitals beteiligt sind.

3 Personal der Sozialversicherungsträger unter Bundesaufsicht, der Bundesanstalt für Arbeit und der Träger der Zusatzversorgung des Bundes.

4 Personal der Sozialversicherungsträger unter Landesaufsicht und der Träger der Zusatzversorgung der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände.

5 Personal der sonstigen juristischen Personen des öffentlichen oder privaten Rechts, die auf Dauer überwiegend aus Zuwendungen von den unter 1 bis 4 genannten juristischen Personen und/oder den Europäischen Gemeinschaften finanziert werden, sofern die Zuwendungen den Betrag von 50 000 DM jährlich übersteigen.

6 Personal der rechtlich selbständigen Versorgungs- und Verkehrsunternehmen mit Ausnahme der Unternehmen mit einer Bilanzsumme unter 1 Mill. DM.

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Finanzstatistik in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Juni 1980 (BGBl. I S. 673).

Periodizität

Jährlich (Stichtag: 30. Juni); in jedem dritten bzw. neunten Jahr mit erweiterter Fragestellung.

Kreis der Befragten

Zu 1 und 2: Behörden, Gerichte und Einrichtungen des Bundes einschl. Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost, der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände.

Zu 3 und 4: Sozialversicherungsträger, Bundesanstalt für Arbeit.

Zu 5 und 6: Organisationen, Anstalten, Einrichtungen und Unternehmen, die die o. a. Voraussetzungen erfüllen.

Berichtsweg

Zu 1 und 3: Befragte – StBA.

Zu 2, 4 und 6: Befragte – StLÄ – StBA.

Zu 5: Befragte – StLÄ (teilweise) – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Jährlich: Voll- und Teilzeitbeschäftigte nach Dienstverhältnis, für Bund und Länder auch nach Aufgabenbereichen, für Gemeinden und Gemeindeverbände auch nach Art der Körperschaften und Gemeindegrößenklassen; kommunale Zweckverbände nach Aufgabenbereichen; rechtlich selbständige Unternehmen nach Arten (Versorgungs-, Verkehrsunternehmen).

Dreijährlich: Zusätzlich nach Geschlecht, Laufbahngruppen und Einstufungen (Besoldungs-, Vergütungs-, Lohngruppen) und nach Gruppen von Berufen, bei Gemeinden und Gemeindeverbänden auch nach Aufgabenbereichen. (Der Zeitpunkt, ab dem die Statistik nach Gruppen von Berufen gegliedert wird, ist von der Bundesregierung durch Rechtsverordnung festzulegen.)

Neunjährlich: Zusätzlich nach Altersgruppen.

Regionale Gliederung

StBA: Regierungsbezirke, Kreise (alle drei Jahre).

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

WiSta 1, 3, 4, 11/76; 3, 12/77; 4, 10, 11/78, 5, 7, 11/79; 4/80.

Fachserie 14, Reihe 6 (jährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 4/75.

16.4.2 Personalwechselstatistik

Rechtsgrundlage

Siehe unter 16.4.1.

Periodizität

Sechsjährlich, bis 1980 dreijährlich (Anschreibung vom 1. Juli eines Jahres bis 30. Juni des folgenden Jahres).

Kreis der Befragten

Behörden, Gerichte und Einrichtungen des Bundes einschl. Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost, der Länder, der Gemeinden mit 3 000 und mehr Einwohnern und der Gemeindeverbände. Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen, wenn eine oder mehrere der vorgenannten juristischen Personen Träger oder mit mehr als 50% des Nennkapitals beteiligt sind.

Berichtsweg

Bund: Befragte – StBA.

Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände: Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Personalzu- und -abgänge nach Geschlecht, Dienstverhältnis, Laufbahngruppen sowie nach ausgewählten Gründen des Personalwechsels.

Veröffentlichungen

WiSta 1, 9/77, 2/80.

Fachserie 14, Reihe 6 (sechsjährlich)

Außerdem methodische Grundlagen:
WiSta 4/75.

16.4.3 Versorgungsempfängerstatistik

Rechtsgrundlage

Siehe unter 16.4.1.

Periodizität

Jährlich (Stichtag: 1. Februar); dreijährlich mit erweiterter Fragestellung und sechsjährlich mit erweitertem Berichtskreis.

Kreis der Befragten

Behörden, die für die Auszahlung der Versorgungsbezüge der ehemaligen Bediensteten des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der kommunalen Zweckverbände zuständig sind.

Berichtsweg

Bund: Befragte – StBA.

Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände sowie kommunale Zweckverbände: Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Jährlich: Empfänger von Versorgungsbezügen aufgrund der beamtenrechtlichen Vorschriften von Bund und Ländern nach Dienstverhältnis und Art der Versorgungsbezüge.

Dreijährlich: außerdem nach den für die Bemessung der Versorgungsbezüge maßgebenden Besoldungsgruppen.

Sechsjährlich: Empfänger von Versorgungsbezügen aufgrund der beamtenrechtlichen Vorschriften von Bund, Ländern sowie zusätzlich von Gemeinden, Gemeindeverbänden und kommunalen Zweckverbänden nach Dienstverhältnis, Art der Versorgungsbezüge sowie nach den für die Bemessung der Versorgungsbezüge maßgebenden Besoldungsgruppen.

Veröffentlichungen

WiSta 6/76, 8/77; 6/78; 5/79; 6/80.
Fachserie 14, Reihe 6 (jährlich).

Außerdem methodische Grundlagen.
WiSta 4/75.

Steuern

16.5.1 Lohnsteuerstatistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665), zuletzt geändert durch Artikel 22 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294).

Periodizität

Dreijährlich; zuletzt für 1977 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Die Statistik wird anhand von Lohnsteuerkarten (bei maschinellm Lohnsteuer-Jahresausgleich und maschineller Arbeitnehmer-Veranlagung: Magnetbänder) durchgeführt, die den Statistischen Landesämtern von den Finanzämtern (Rechenzentren) zur Verfügung gestellt werden (rd. 20 Mill. Lohnsteuerpflichtige).

Berichtsweg

Finanzämter (Rechenzentren) – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Bruttolohn und Lohnsteuer der Lohnsteuerpflichtigen nach Steuerklassen, Bruttolohngruppen, Beschäftigungsdauer und Geschlecht; Steuerfälle und Bruttolohn nach Steuerklassen und Bruttolohngruppen.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Kreise.

Veröffentlichungen

Fachserie 14, Reihe 7 3 (dreijährlich).

Hinweis: Siehe Hinweis unter 16.5.2. Außerdem wird in § 1 Abs. 3 des Gesetzes über Steuerstatistiken bestimmt, daß im Rahmen der Lohnsteuerstatistik die nicht von den Wohnsitzländern vereinnahmten Lohnsteuerbeträge gemäß § 5 des Zerlegungsgesetzes ermittelt werden.

16.5.2 Einkommensteuerstatistik

Rechtsgrundlage

Siehe unter 16.5.1.

Periodizität

Dreijährlich; zuletzt für 1977 durchgeführt.

16.5 Einkommen- steuer- statistiken

Kreis der Befragten

Die Statistik wird anhand von Datenträgern der maschinellen Einkommensteuerveranlagung durchgeführt, die den Statistischen Landesämtern von den Finanzämtern (Rechenzentren) zur Verfügung gestellt werden (rd. 10 Mill. Steuerpflichtige).

Berichtsweg

Finanzämter (Rechenzentren) – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Unbeschränkt Steuerpflichtige:

Einkünfte, Einkommen und festgesetzte Einkommensteuer nach Größenklassen des Einkommens; Einkünfte, Einkommen und festgesetzte Einkommensteuer der Steuerpflichtigen nach Größenklassen des Gesamtbetrages der Einkünfte, überwiegender Einkunftsart sowie für nach der Grundtabelle und nach der Splittingtabelle Besteuerte; ausgeglichene Verluste; Sonderausgaben und außergewöhnliche Belastungen; Sondervergünstigungen und Aufwendungen besonderer Art; Entwicklung des zu versteuernden Einkommens aus dem Einkommen.

Einkommen und festgesetzte Einkommensteuer nach Größenklassen des zu versteuernden Einkommens sowie für nach der Grundtabelle und nach der Splittingtabelle Besteuerte.

Sonderausgliederung der Steuerpflichtigen mit Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, der Steuerpflichtigen mit Einkünften überwiegend aus Gewerbebetrieb und einiger freier Berufe.

Veranlagte Lohnsteuerpflichtige:

Bruttolohn, Werbungskosten, Einkünfte, Einkommen und festgesetzte Einkommensteuer für nach der Grundtabelle und nach der Splittingtabelle Besteuerte, nach Bruttolohngruppen sowie nach Gesamtbetrag der Einkünfte.

Absetzungen für Abnutzung und Substanzverringerung sowie Spesenabzug; Verlustfälle.

Beschränkt steuerpflichtige inländische Einkünfte, Einkommen und festgesetzte Einkommensteuer nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte.

Gesellschaften (Gemeinschaften):

Einkünfte, Gesamtbetrag der Einkünfte, Sondervergünstigungen, Aufwendungen besonderer Art nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte; Absetzungen für Abnutzung und Substanzverringerung, Spesenabzug.

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Umsatzsteuerstatistik, 1962«.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Kreise.

Veröffentlichungen

Fachserie 14, Reihe 7.1 (dreijährlich)

Hinweis. Gemäß § 1 Abs. 2 des Gesetzes über Steuerstatistiken sind in Verbindung mit jeder Einkommen- und Lohnsteuerstatistik Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommen- und Lohnsteuer gemäß § 3 des Gemeindefinanzreformgesetzes zu ermitteln. Diese Schlüsselzahlen ergeben sich aus dem Anteil der Gemeinde an der Summe der durch die Einkommen- und Lohnsteuerstatistik festgestellten Steuerbeträge, die auf zu versteuernde Einkommensbeträge innerhalb der im Gesetz genannten Grenzen entfallen. Sonderuntersuchungen über die Auswirkungen verschie-

dener Sockelbeträge für die Verteilung der Einkommensteuer auf das Steueraufkommen der Gemeinden vor und nach Durchführung der Gemeindefinanzreform werden aufgrund der Einkommen- und Lohnsteuerstatistik durchgeführt. Die Berechnungsmodalitäten werden durch Verordnung geregelt, zuletzt für die Schlüsselzahlen 1981 (BGBl. I 1980 S. 2201).

16.5.3 Statistik der steuerlichen Einkommensentwicklung

Rechtsgrundlage

Verwaltungsvereinbarungen zwischen dem Bundesminister der Finanzen und den Landesfinanzministern/-senatoren.

Periodizität

Jährlich – im gleitenden Zweijahresvergleich – zuletzt für die Vergleichsjahre 1977/78 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Die Statistik wird anhand der Datenträger der maschinellen Einkommensteuerveranlagung durchgeführt, die dem Statistischen Bundesamt von den Oberfinanzdirektionen zur Verfügung gestellt werden (rd. 9 Mill. Steuerpflichtige).

Berichtsweg

Finanzämter (Rechenzentren) – Oberfinanzdirektionen – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Unbeschränkt Steuerpflichtige, Einkünfte, zu versteuernder Einkommensbetrag, festgesetzte Einkommensteuer und Steuerabzugsbeträge nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte und überwiegender Einkunftsart.

16.5.4 Körperschaftsteuerstatistik

Rechtsgrundlage

Siehe unter 16.5.1.

Periodizität

Dreijährlich; zuletzt für 1977 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Die Statistik wird anhand von Durchschriften der Körperschaftsteuerbescheide und Angaben aus den Steuerakten durchgeführt, die den Statistischen Landesämtern von den Finanzämtern zur Verfügung gestellt werden (rd. 120 000 Steuerpflichtige).

Berichtsweg

Finanzämter – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtige:

Einkünfte, Einkommen und festgesetzte Körperschaftsteuer nach Körperschaftsarten und Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte; Einkünfte aus Gewerbebetrieb nach Körperschaftsarten.

Entwicklung des zu versteuernden Einkommens aus dem Bilanzgewinn; zu versteuerndes Einkommen, Steuersätze und Steuerschuld; Verluste.

Sondervergünstigungen, Aufwendungen besonderer Art, Absetzungen für Abnutzung und Substanzverringerung sowie Spesenabzug nach Körperschaftsarten.

Einkünfte, Einkommen und festgesetzte Körperschaftsteuer der Organgesellschaften nach Körperschaftsarten und Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte.

Beschränkt Körperschaftsteuerpflichtige:

Inlandseinkünfte, Einkommen und festgesetzte Körperschaftsteuer nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte.

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Umsatzsteuerstatistik, 1962«.

Veröffentlichungen

Fachserie 14, Reihe 7.2 (dreijährlich).

16.6 Statistik nach dem Entwicklungsländer-Steuer-gesetz

Rechtsgrundlage

§ 9 des Gesetzes über steuerliche Maßnahmen zur Förderung von privaten Kapitalanlagen in Entwicklungsländern (Entwicklungsländer-Steuer-gesetz – EntwLStG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Mai 1979 (BGBl. I S. 564).

Periodizität

Jährlich; erstmals für das nach dem 31. Dezember 1978 endende Wirtschaftsjahr.

Kreis der Befragten

Steuerpflichtige, die steuerfreie Rücklagen nach den §§ 1 und/oder 7 des o. g. Gesetzes in Anspruch nehmen.

Berichtsweg

Befragte – StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Art und Höhe sowie Verwendungszweck der Kapitalanlage; Anlageland; Zahl der durch die Kapitalanlage im Anlageland entstandenen Dauerarbeitsplätze und Ausbildungsplätze; Höhe der Beteiligung anderer Unternehmen im Anlageland, bei dem die Kapitalanlage stattgefunden hat.

16.7 Vermögensteuer-statistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665), zuletzt geändert durch Artikel 22 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294).

Periodizität

Dreijährlich; zuletzt für 1977 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Die Statistik wird anhand von Durchschriften der Vermögensteuerbescheide (bei maschineller Veranlagung: Magnetbänder) durchgeführt, die den Statistischen Landesämtern von den Finanzämtern (Rechenzentren) zur Verfügung gestellt werden (über 500 000 Steuerpflichtige).

Berichtsweg

Finanzämter (Rechenzentren) – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Unbeschränkt vermögensteuerpflichtige natürliche Personen (Steuerbelastete und Steuerbefreite):

Vermögensarten, Rohvermögen, Schulden und sonstige Abzüge, Gesamtvermögen, Freibeträge – nur bei Steuerbelasteten: steuerpflichtiges Vermögen und Steuerschuld – nach Vermögensgruppen und überwiegender Vermögensart, ferner (ohne Untergliederung nach überwiegender Vermögensart) nach sozialer Gliederung und Haushaltsgrößen; bis 1977 Sonderausgliederung des Sonstigen Vermögens.

Unbeschränkt vermögensteuerpflichtige nichtnatürliche Personen:

Betriebsvermögen (ggf. Vermögensarten und Rohvermögen), Abzüge (ggf. Schulden und sonstige Abzüge), Gesamtvermögen, steuerpflichtiges Vermögen und Steuerschuld nach Vermögensgruppen und Rechtsformen.

Beschränkt vermögensteuerpflichtige natürliche und nichtnatürliche Personen:

Vermögensarten, Rohvermögen, Schulden und sonstige Abzüge, Inlandsvermögen, steuerpflichtiges Vermögen und Steuerschuld nach Vermögensgruppen.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Kreise.

Veröffentlichungen

Fachserie 14, Reihe 7.4 (dreijährlich).

16.8.1 Einheitswerte der gewerblichen Betriebe

Rechtsgrundlage

Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665), zuletzt geändert durch Artikel 22 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294).

Periodizität

Dreijährlich; zuletzt für 1977 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Die Statistik wird anhand von Durchschriften der Einheitswertbescheide (bei maschineller Feststellung: Magnetbänder) durchgeführt, die den Statistischen Landesämtern von den Finanzämtern (Rechenzentren) zur Verfügung gestellt werden (über 1 Mill. gewerbliche Betriebe).

Berichtsweg

Finanzämter (Rechenzentren) – StLÄ – StBA.

16.8 Einheitswertstatistik

Ergebnisse

Tatbestände

Anlagevermögen (Sachanlagen und Finanzanlagen), Umlaufvermögen (Betriebskapital und Vorratsvermögen), Rohbetriebsvermögen, Schulden und sonstige Abzüge (u. a. langfristige Verbindlichkeiten, Rückstellungen für Pensionsanwartschaften), Abzüge aufgrund von Schachtelbeteiligungen, Einheitswert der gewerblichen Betriebe natürlicher und nichtnatürlicher Personen nach wirtschaftlicher Gliederung, Besitz- und Schuldposten sowie Einheitswert nach Einheitswertgruppen und Rechtsformen.

Zahl und Einheitswert der Betriebe natürlicher und nichtnatürlicher Personen nach wirtschaftlicher Gliederung und Einheitswertgruppen.

Fachliche Gliederung

Bis 1977: »Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Umsatzsteuerstatistik, 1962« unter besonderer Ausgliederung der Industriebetriebe sowie der in die Handwerksrolle eingetragenen gewerblichen Betriebe.

Ab 1980: »Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Steuerstatistiken«. Die gesonderte Kennzeichnung von Industrie und Handwerk entfällt gemäß Artikel 22 des 1. Statistikbereinigungsgesetzes vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294).

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Kreise.

Veröffentlichungen

Fachserie 14, Reihe 7 5.1 (dreijährlich).

16.8.2 Einheitswerte des Grundbesitzes

Rechtsgrundlage

Siehe unter 16.8.1.

Periodizität

Grundsätzlich sechsjährlich; als Bundesstatistik erstmals für den Hauptfeststellungszeitpunkt 1. Januar 1964 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Die Statistik wird anhand von »Statistischen Blättern« bzw. Durchschriften der Einheitswertbescheide (bei maschineller Feststellung: Magnetbänder) durchgeführt, die den Statistischen Landesämtern von den Finanzämtern (Rechenzentren) zur Verfügung gestellt werden (über 12 Mill. wirtschaftliche Einheiten des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens und des Grundvermögens).

Berichtsweg

Finanzämter (Rechenzentren) – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Land- und forstwirtschaftliche Vermögen (einschl. Betriebsgrundstücke):

Flächen und Ertragswerte des Wirtschaftsteils (der Nutzungen und Nutzungsteile) sowie Wohnungswert und Einheitswert der Betriebe der Land- und Forstwirtschaft nach Einheitswertgruppen, Flächengrößenklassen, Wohnungswertgruppen, Hektarwertgruppen, Eigentümerkategorien und Gemeindegrößenklassen.

Grundvermögen (einschl. Betriebsgrundstücke):

Fläche und Einheitswert (alt: nach Wertverhältnissen am 1. Januar 1935, neu: nach Wertverhältnissen am 1. Januar 1964) der unbebauten Grundstücke nach Einheitswertgruppen, Flächengrößenklassen, Besitzverhältnissen, Eigentümerkategorien und Gemeindegrößenklassen; Einheitswert (alt und neu) der bebauten Grundstücke je Grundstücksart nach Einheitswertgruppen, Baualtersgruppen, Gemeindegrößenklassen, Bewertungsverfahren, Besitzverhältnissen und Eigentümerkategorien.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Kreise, Gemeinden.

Veröffentlichungen

Fachserie 14, Reihen 7 5 2 und 7.5.3 (jeweils unregelmäßig).

Außerdem methodische Grundlagen:
WiSta 8/70.

16.8.3 Einheitswerte der Mineralgewinnungsrechte

Rechtsgrundlage

Siehe unter 16.8.1.

Periodizität

Sechsjährlich; zuletzt für Stichtag 1. Januar 1977 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Die Statistik wird anhand von »Statistischen Blättern« durchgeführt, die die für die Statistik erforderlichen Angaben aus den Feststellungsunterlagen enthalten und den Statistischen Landesämtern von den Finanzämtern zur Verfügung gestellt werden (1977 über 7 000 Rechte).

Berichtsweg

Finanzämter – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Einheitswert der Mineralgewinnungsrechte nach Bodenschätzen, Einheitswertgruppen, Arten des Rechts, Vermögensarten und Rechtsform der Eigentümer.

Regionale Gliederung

StBA und StLÄ: Kreise.

Veröffentlichungen

Fachserie 14, Reihe 7 5 4 (sechsjährlich).

Vorbemerkung. Die Erbschaftsteuerstatistik wird gemäß Artikel 22 des 1. Statistikbereinigungsgesetzes vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294) nach Ablauf des Veranlagungsjahres 1978 nicht mehr durchgeführt.

Rechtsgrundlage

Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665), zuletzt geändert durch Artikel 22 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294).

16.9 Erbschaftsteuerstatistik

Periodizität

Jährliche Erfassung; Zusammenstellung in sechsjährlichem Abstand (letztmalig 1978, zugleich für die vorhergehenden fünf Jahre).

Kreis der Befragten

Die Statistik wird anhand von »Erbchaftsteuernachweisungen« bzw. besonderer »Statistischer Blätter« durchgeführt, die den Statistischen Landesämtern von den Finanzämtern zur Verfügung gestellt werden (jährlich rd. 100 000 steuerbelastete Erwerbe).

Berichtsweg

Finanzämter – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Unbeschränkt erbschaftsteuerpflichtige Erwerbe:

Reinerwerb, steuerpflichtiger Erwerb und festgesetzte Steuer nach Erwerbsarten, Steuerklassen und Wertstufen.

Steuerpflichtiger Erwerb und festgesetzte Steuer der beschränkt Steuerpflichtigen nach Steuerklassen und Wertstufen.

Erwerbe nach dem Kalenderjahr, in dem die Steuerschuld entstanden ist.

Nachlasse und Zweckzuwendungen von Todes wegen:

Reinnachlaß bzw. -zuwendung, »versteuerter« Nachlaß bzw. Zuwendung und Steuerschuld nach Wertstufen; Steuerklassen und Wertgruppen der beteiligten steuerbelasteten Erwerbe nach Wertstufen der Nachlasse.

Veröffentlichungen

Fachserie 14, Reihe 7.6 (sechsjährlich, letztmalig für die Erhebungsperiode 1973 bis 1978).

16.10 Umsatzsteuerstatistik

Rechtsgrundlage

Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665), zuletzt geändert durch Artikel 22 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294).

Periodizität

Zweijährlich; zuletzt für 1978 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Die Statistik wird anhand der Umsatzsteuer-Überwachungsbogen (bei maschineller Umsatzsteuer-Überwachung: Magnetbänder) durchgeführt, in die von den Finanzämtern Angaben aus den Umsatzsteuer-Voranmeldungen übertragen und die den Statistischen Landesämtern zur Verfügung gestellt werden (rd. 1,6 Mill. Steuerpflichtige mit Jahresumsätzen über 12 000 DM).

Berichtsweg

Finanzämter (Rechenzentren) – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Steuerpflichtige, steuerbarer Umsatz, Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer, abziehbare Vorsteuer, Steuervorauszahlung, steuerbarer Vorjahresumsatz eines identischen Personenkreises jeweils nach Umsatzgrößenklassen, nach Rechtsformen und für Organkreise.

Sonderausgliederung der nach § 19 Umsatzsteuergesetz in der Fassung von 1968 bzw. 1973 besteuerten Kleinunternehmen.

Steuerfreie Umsätze mit und ohne Vorsteuerabzug, steuerpflichtige Umsätze nach Steuersätzen; Kürzung nach dem Berlin-Förderungsgesetz; Istbesteuerung gemäß § 20 Umsatzsteuergesetz.

Fachliche Gliederung

Bis 1978: »Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Umsatzsteuerstatistik, 1962« unter besonderer Ausgliederung der in die Handwerksrolle eingetragenen Unternehmen.

Ab 1980: »Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Steuerstatistiken«. Die gesonderte Kennzeichnung von Industrie und Handwerk entfällt gemäß Artikel 22 des 1. Statistikbereinigungsgesetzes vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294).

Regionale Gliederung

StBA: Kreise.

StLÄ: Kreise, z. T. Gemeinden.

Veröffentlichungen

WiSta 4, 6/80

Fachserie 14, Reihe 8 (zweijährlich).

Außerdem methodische Grundlagen

WiSta 3/70

Rechtsgrundlage

Mineralölsteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Oktober 1978 (BGBl. I S. 1669). Branntweinzählordnung (Anlage 4 der Grundbestimmungen zum Gesetz über das Branntweinmonopol vom 8. April 1922 [RGBl. I S. 335, 405]). Die übrigen Verbrauchsteuerstatistiken werden aufgrund von Verwaltungsanweisungen des Bundesministeriums der Finanzen erstellt.

Periodizität

Bei den einzelnen Steuern verschiedene Periodizität (siehe im einzelnen unter »Ergebnisse«).

Kreis der Befragten

Zollämter (aufgrund von Aufzeichnungen der Steuerpflichtigen und der Zollstellen).

Berichtsweg

Im allgemeinen: Zollämter – Hauptzollämter – Oberfinanzdirektionen – StBA. Branntwein: Zollämter – Hauptzollämter – Oberfinanzdirektionen – Bundesmonopolverwaltung für Branntwein, Monopolamt für Branntwein bei der Oberfinanzdirektion Berlin.

Tabak: Zollämter bzw. Hauptzollämter – Rechenzentrum der Bundesfinanzverwaltung.

Bei der Biersteuerstatistik werden die Nachweisungen von den Oberfinanzdirektionen München und Nürnberg auch dem Bayerischen Statistischen Landesamt zugestellt.

Ergebnisse

Tatbestände

1 Tabaksteuer:

Monatlich: Steuereinnahmen; Absatz versteuerter Tabakwaren und Zigarettenhüllen insgesamt nach Menge, Kleinverkaufswert und Steuerwert.

Vierteljährlich: Wie monatlich, jedoch nach Kleinverkaufspreisen.

16.11 Verbrauchsteuerstatistiken

Jährlich: Unternehmer und Herstellungsbetriebe; Herstellung und Absatz von Tabakwaren und Zigarettenhüllen sowie von Kau- und Schnupftabak; Herstellung von Tabakwaren nach Größenordnung der Unternehmerrgruppen und Einzelunternehmen; Steuererleichterungen und Anzahl der Empfänger; Einfuhr von Tabakwaren, Zigarettenhüllen sowie Kau- und Schnupftabak.

2 Biersteuer:

Monatlich: Bierausstoß nach Biergattungen und Bierarten, Bier in Behältern mit einem Raumgehalt von 5 hl und mehr, Bier in Flaschen usw., versteuerte und steuerfrei abgegebene Biermengen.

Jährlich: Gewerbliche Braustätten, Hausbrauer, verwendete Braustoffe, Bierausstoß nach Betriebsgrößenklassen und Biergattungen, versteuerte Biermengen nach Staffelsätzen, steuerfrei abgegebene Biermengen, versteuerte Biereinfuhr.

3 Mineralölsteuer:

Monatlich: Versteuertes Mineralöl nach Arten und Steuersätzen sowie Steuersollbeträge.

Jährlich: Erteilte Erlaubnisscheine, steuerbegünstigte Verwendung von Mineralöl sowie unsteuerter Verbrauch von Mineralöl zur Aufrechterhaltung des Betriebes in Mineralölherstellungsbetrieben nach Mineralölartern.

4 Branntweinmonopol:

Vierteljährlich: Erzeugung von Branntwein, Absatz von Branntwein zu Trinkzwecken und gewerblichen Zwecken.

Jährlich: Brennereien, Brennrechte, Branntweinerzeugung der Brennereien mit Brennrecht, verwendete Stoffe, Erzeugung und Absatz von Branntwein, Ausfuhr von Branntwein und Branntweinerzeugnissen, deren Branntweinabgaben erlassen, erstattet oder vergütet wurden, Branntweinabgaben, die erlassen, erstattet oder vergütet wurden, Einnahmen aus dem Branntweinmonopol, Branntweinabsatz der Monopolverwaltungen an Trinkbranntweinhersteller.

5 Schaumweinsteuer (ab 1981 jährlich, zuvor vierteljährlich):

Hersteller und Absatz von Schaumwein und schaumweinähnlichen Getränken nach Absatzgrößenklassen; versteuerter und steuerfreier Absatz nach Flaschengrößen; Steuersollbeträge.

6 Zuckersteuer (jährlich):

Herstellungsbetriebe, versteuerter und steuerfrei ausgeführter Zucker, Steuersollbeträge, Ausfuhrlager, Interventionslager; steuerfrei abgegebener Zucker, Inhaber von Erlaubnisscheinen; Betriebsstätten, in denen Zucker vergällt wurde; Menge und Vergütungsbeträge der mit Steuervergütung ausgeführten zuckerhaltigen Waren, Betrag der Vergütung, Inhaber von Zusagescheinen.

7 Salzsteuer (jährlich):

Herstellungsbetriebe; Versteuerung sowie steuerfreie Ausfuhr nach Salzarten, Steuersollbeträge; steuerfrei abgegebene Salz mengen nach Salzarten, Vergällungsmitteln und Verwendungszwecken; Zahl der Zwischenlager und erteilte Erlaubnisscheine.

Hinweis: Der Nachweis der Zundwaren-, Spielkarten-, Essigsäure- und Leuchtmittelsteuer wurde gemäß Artikel 22 des 1. Statistikbereinigungsgesetzes vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294) eingestellt.

Regionale Gliederung

StBA: Hauptzollamtsbezirke, Oberfinanzbezirke.

Veröffentlichungen

WiSta* (monatlich), ausgewählte Ergebnisse der Verbrauchsteuerstatistiken (Tabak, Bier, Mineralöl, Branntwein, bis 1980: Schaumwein, Zucker).

Tabaksteuer

Fachserie 14, Reihe 9.1.1 (vierteljährlich),
Reihe 9.1.2 (jährlich).

Biersteuer

Fachserie 14, Reihe 9.2.1 (monatlich),
Reihe 9.2.2 (jährlich).

Mineralölsteuer

Fachserie 14, Reihe 9.3 (vierteljährlich, jährlich)

Branntweinmonopol

Fachserie 14, Reihe 9.4 (jährlich).

Schaumweinsteuer

Fachserie 14, Reihe 9.5 (bis 1980 vierteljährlich, ab 1981 jährlich)

Kleinere Verbrauchsteuern

Fachserie 14, Reihe 9.6.3 Salzsteuer (jährlich),
Reihe 9.6.5 Zuckersteuer (jährlich).

Rechtsgrundlage

§ 4 Nr. 2 und 3 des Gesetzes über die Finanzstatistik in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Juni 1980 (BGBl. I S. 673).

Periodizität

Jährlich.

Kreis der Befragten

Rd. 8500 Gemeinden.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Ist-Aufkommen an Realsteuern, Grundbeträge und gewogene Durchschnitts-
hebesätze der Gemeinden, Streuung der effektiven Realsteuerhebesätze,
Gewerbesteuerumlage und Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, jeweils
nach Ländern und Gemeindegrößenklassen. Realsteuerkraft und -anspan-
nung.

Regionale Gliederung

StBA: Kreise (außerdem Kreisangehörige Gemeinden mit 50 000 Einwohnern
und mehr).

StLÄ: Kreise, Kreisangehörige Gemeinden.

Veröffentlichungen

WiSta 10/76, 10/77; 11/78, 10/79; 10/80
Fachserie 14, Reihe 10.1 (jährlich).

16.12 Realsteuer- vergleich

17 WIRTSCHAFTSRECHNUNGEN

17.1	Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte ...	339
17.2	Einkommens- und Verbrauchsstichproben.	340

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961 (BGBl. I S. 18), geändert durch Artikel 10 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294).

Periodizität

Monatliche Erhebung anhand laufender Anschreibungen in Haushaltsbüchern und monatliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Haushaltstyp 1: Rd. 150 Zwei-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen (1981 unter 1650 DM im Monat).

Haushaltstyp 2: Rd. 400 Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen (1981 zwischen 2 300 und 3 450 DM im Monat).

Haushaltstyp 3: Rd. 450 Vier-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen (1981 zwischen 4 400 und 6 000 DM im Monat).

Berichtsweg

Befragte – StLA – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Vollständiges monatliches Haushaltsbudget; Zusammensetzung der Haushalte sowie deren wirtschaftliche und soziale Verhältnisse (z. B. Angaben über Wohnverhältnisse) für die erfaßten drei Haushaltstypen.

Einnahmen der Haushalte nach Quellen (Erwerbstätigkeit, Rente, Pension, eigenes Vermögen u. a.).

Ausgaben der Haushalte nach Arten (Privater Verbrauch, Steuern und Abgaben, Beiträge zur Sozialversicherung und zu privaten Versicherungen, Rückzahlung von Schulden, Vermögensbildung sowie für sonstige Zwecke).

Ausgaben für den Privaten Verbrauch nach Verwendungszweck (Nahrungs- und Genußmittel; Kleidung, Schuhe; Wohnungsmieten u. ä.; Elektrizität, Gas, Brennstoffe u. ä.; übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung; Waren und Dienstleistungen für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung, Körper- und Gesundheitspflege, Bildungs- und Unterhaltungszwecke; Persönliche Ausstattung, sonstige Waren und Dienstleistungen) sowie nach Dauerhaftigkeit und Wert der erworbenen Güter (Verbrauchsgüter und Reparaturen, Gebrauchsgüter von mittlerer Lebensdauer und/oder begrenztem Wert, langlebige Gebrauchsgüter, sonstige Dienstleistungen).

Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern.

Fachliche Gliederung

»Guterverzeichnis für den Privaten Verbrauch, Ausgabe 1963« und »Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1963«.

Veröffentlichungen

WiSta 6/76; 6/77; 5/78; 5/79; 5/80.

WiSta* (monatlich).

Fachserie 15, Reihe 1 (monatlich, jährlich)

Außerdem methodische Grundlagen

WiSta 8/65, 6/72, 11/78

17.2 Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961 (BGBl. I S. 18), geändert durch Artikel 10 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294).

Periodizität

Bisher 1962/63, 1969, 1973, 1978; ab 1983 fünfjähriger Turnus.

Kreis der Befragten

Rd. 55 000 Haushalte, das sind etwa 0,25% der Haushalte aller Bevölkerungsschichten (Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456ff.).

Berichtsweg

Befragte – StLÄ (Einsatz von Interviewern) – StBA (zentrale Aufbereitung).

Ergebnisse

Tatbestände

Zusammensetzung der Haushalte sowie deren wirtschaftliche und soziale Verhältnisse (z. B. Angaben über Wohnverhältnisse, Energieversorgung).

Einnahmen der Haushalte nach Quellen (Erwerbstätigkeit, Rente, Pension, eigenes Vermögen u. ä.).

Ausgaben der Haushalte nach Arten (Privater Verbrauch, Steuern und Abgaben, Beiträge zur Sozialversicherung und zu privaten Versicherungen, Rückzahlung von Schulden, Vermögensbildung sowie für sonstige Zwecke).

Ausgaben für den Privaten Verbrauch nach Verwendungszweck (Nahrungs- und Genußmittel; Kleidung, Schuhe; Wohnungsmieten u. ä.; Elektrizität, Gas, Brennstoffe u. ä.; übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung; Waren und Dienstleistungen für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung, Körper- und Gesundheitspflege, Bildungs- und Unterhaltungszwecke; Persönliche Ausstattung, sonstige Waren und Dienstleistungen) sowie nach Dauerhaftigkeit und Wert der erworbenen Güter (Verbrauchsgüter und Reparaturen, Gebrauchsgüter von mittlerer Lebensdauer und/oder begrenztem Wert, langlebige Gebrauchsgüter, sonstige Dienstleistungen).

Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern.

Vermögensformen (Sparkonten, Bausparverträge, Versicherungsverträge, Wertpapiere, Haus- und Grundbesitz) und Vermögensbestände sowie Schulden (durch Aufnahme von Hypotheken, Baudarlehen, Krediten u. ä.).

Aufbereitungs- und Darstellungsschwerpunkt 1962/63 Privater Verbrauch einschl. Nachweis der Nahrungs- und Genußmittel, 1969 Bildung und Verteilung von Individual- und Haushaltseinkommen, 1973 Aufwendungen für Nahrungs- und Genußmittel nach Menge und Wert sowie Mahlzeiten außer Haus, 1978 wie 1973 zuzügl. staatliche Transferzahlungen.

Fachliche Gliederung

»Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch, Ausgabe 1963«, und »Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1963«.

Veröffentlichungen

WiSta 1, 11/76; 3, 4, 5, 8, 10, 11/77; 4, 7, 10/79; 6, 11/80.

Fachserie 15, »Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1978« Heft 1 (Heft 2–6 vorgesehen).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 7/72; 9/77; 7/78.

Fachserie 15, »Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1978«, Heft 7 (vorgesehen).

18 LÖHNE UND GEHÄLTER

18.1	Laufende Verdienststatistiken	343
18.2	Erhebungen über die Arbeitskosten.	345
18.3	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich.	346
18.4	Statistik der Tariflöhne und -gehälter	348
18.5	Statistik der betrieblichen Altersversorgung.	350

18.1.1 Verdiensterhebung in der Landwirtschaft

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Lohnstatistik vom 18. Mai 1956 (BGBl. I S. 429), geändert durch das Änderungsgesetz vom 4. August 1971 (BGBl. I S. 1217).

Periodizität

Jährlich (für September).

Kreis der Befragten

Rd. 1600 landwirtschaftliche Betriebe ab 50 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (ohne Betriebe in den Stadtstaaten und im Saarland). Die Betriebe sind so ausgewählt, daß die Erhebung etwa 3 500 der zu erfassenden Arbeiter einbezieht (Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456ff.).

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Durchschnittliche Bruttostundenverdienste und durchschnittlich bezahlte Stunden (darunter Mehrarbeitsstunden) der männlichen Arbeiter im Stundenlohn nach qualifizierten Arbeitern (ohne Landarbeiter), Landarbeitern und nichtqualifizierten Arbeitern.

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Stand 1970«.

Veröffentlichungen

WiSta 9/76

Fachserie 16, Reihe 1 (jährlich)

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 3/52, 8/58; 2/65.

18.1.2 Verdiensterhebung in Industrie und Handel

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Lohnstatistik vom 18. Mai 1956 (BGBl. I S. 429), geändert durch das Änderungsgesetz vom 4. August 1971 (BGBl. I S. 1217).

Periodizität

Vierteljährlich (jeweils für den ersten Monat des Quartals) und jährlich.

Kreis der Befragten

Rd. 33 500 Betriebe der Energiewirtschaft und Wasserversorgung sowie des Verarbeitenden Gewerbes mit 10 Beschäftigten und mehr, im Hoch- und Tiefbau, Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe mit fünf Beschäftigten und mehr, im Bergbau sämtliche Betriebe (Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456ff.).

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Für Arbeiter und Angestellte in der Industrie sowie für Angestellte im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe:

Vierteljährlich: Durchschnittliche Bruttowochen- und Bruttostundenverdienste und durchschnittlich bezahlte Wochenstunden (darunter Mehrarbeitsstunden) der Arbeiter nach Wirtschaftsbereichen und -zweigen, Leistungsgruppen und Geschlecht sowie Angaben zur Struktur (z. B. Anteil der Arbeiter in der Industrie nach Leistungsgruppen und Geschlecht). Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten nach Wirtschaftsbereichen und -zweigen, Beschäftigungsarten (kaufmännische, technische Angestellte), Leistungsgruppen und Geschlecht sowie Angaben zur Struktur (z. B. Anteil der Angestellten in Industrie und Handel nach Leistungsgruppen, Geschlecht und Beschäftigungsart).

Jährlich: Durchschnittliche Bruttojahresverdienste der Arbeiter und Angestellten nach Wirtschaftsbereichen, -zweigen und Geschlecht.

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Stand 1970«.

Veröffentlichungen

Vierteljährliche Erhebungen: WiSta 4/76; 4/77; 3/78; 3/79; 3/80.

Bruttojahresverdiensterhebung: WiSta 1, 10/77; 10/78; 11/79; 11/80.

WiSta* (vierteljährlich).

Fachserie 16, Reihe 2.1 (vierteljährlich mit Eilbericht),

Reihe 2.2 (vierteljährlich mit Eilbericht)

Außerdem methodische Grundlagen:

Vierteljährliche Erhebungen. WiSta 10/57; 12/64; 10/73

Bruttojahresverdiensterhebung: WiSta 1/75.

Indizes der durchschnittlich bezahlten Wochenstunden und der durchschnittlichen Bruttostunden- und -wochenverdienste der Arbeiter in der Industrie

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 466ff.)

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Stand 1970«.

Veröffentlichungen

Fachserie 16, Reihe 2.1 (vierteljährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 4/59; 12/61; 1/66, 7/72; 12/79

Index der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie, Handel, Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 466ff.)

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Stand 1970«.

Veröffentlichungen

Fachserie 16, Reihe 2 2 (vierteljährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 2/62; 1/66; 7/72, 12/79.

18.1.3 Verdiensterhebung im Handwerk

Rechtsgrundlage

Siehe unter 18.1.2.

Periodizität

Halbjährlich (Mai und November).

Kreis der Befragten

Rd. 20 000 Handwerksbetriebe mit zwei Beschäftigten und mehr in neun Handwerkszweigen (Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456ff.).

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Durchschnittliche Bruttowochen- und Bruttostundenverdienste und durchschnittlich bezahlte Wochenstunden (darunter Mehrarbeitsstunden) der männlichen Arbeiter jeweils in der Gliederung nach Vollgesellen, Junggesellen, übrigen Arbeitern und allen Arbeitern sowie Angaben zur Struktur (z. B. Anteil der »Vollgesellen« in einem Handwerkszweig).

Fachliche Gliederung

»Verzeichnis der Gewerbe, die als Handwerk betrieben werden können«, Anlage A der Handwerksordnung vom 28. Dezember 1965 (BGBl. I 1966 S. 1).

Veröffentlichungen

WiSta* (halbjährlich).

Fachserie 16, Reihe 3 (halbjährlich)

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 10/58, 1/67.

Vorbemerkung: Bis 1978 wurden für das Produzierende Gewerbe und den Dienstleistungsbereich (Groß- und Einzelhandel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe) getrennte Arbeitskostenerhebungen nach Rechtsgrundlagen der Europäischen Gemeinschaften für unterschiedliche Erhebungsjahre durchgeführt. Für 1978 wurde erstmals die Durchführung einer Arbeitskostenerhebung für beide Wirtschaftsbereiche gleichzeitig in einer Rechtsgrundlage angeordnet

18.2 Erhebungen über die Arbeitskosten

Rechtsgrundlage

Verordnung (EWG) Nr. 494/78 des Rates vom 6. März 1978 zur Durchführung einer Arbeitskostenerhebung in der Industrie, im Groß- und im Einzelhandel sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe (Amtsbl. der EG Nr. L 68 S. 1).

Periodizität

Dreijährlich (ab 1966) im Produzierenden Gewerbe, vierjährlich (ab 1970) im Dienstleistungsbereich; ab 1978 dreijährlich für beide Wirtschaftsbereiche vorgesehen.

Kreis der Befragten

Rd. 27 500 Unternehmen mit 10 Beschäftigten und mehr (Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456ff.).

Berichtsweg

Befragte - StLÄ - StBA (Zusammenstellung des Bundesergebnisses) - SAEG.

Ergebnisse

Tatbestände

Personalkosten insgesamt sowie je vollbeschäftigten Arbeitnehmer (im Produzierenden Gewerbe auch je Arbeiter und je Angestellten) nach Art der Personalkosten, Wirtschaftszweigen und Unternehmensgrößenklassen; Personalkosten je geleistete Arbeitsstunde nach Wirtschaftszweigen und Unternehmensgrößenklassen; Unternehmen und deren Arbeitnehmer mit Angaben zu den einzelnen Personalkostenarten nach Wirtschaftszweigen und Unternehmensgrößenklassen.

Fachliche Gliederung

»Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften - 1970 (NACE)«.

Veröffentlichungen

Fachserie 16, »Personal- und Personalnebenkostenerhebungen« (vorgesehen).

Außerdem methodische Grundlagen:
WiSta 4/81 (vorgesehen).

18.3 Gehalts- und Lohnstruktur-erhebung in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich

Rechtsgrundlage

Verordnung (EWG) Nr. 495/78 des Rates vom 6. März 1978 zur Durchführung einer Erhebung über die Struktur und die Verteilung der Löhne und Gehälter in der Industrie, im Groß- und im Einzelhandel sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe (Amtsbl. der EG Nr. L 68 S. 3).

Periodizität

Sechsjährlich; zuletzt für 1978 (Oktober bzw. Jahr) durchgeführt.

Kreis der Befragten

Etwa 27 200 Betriebe bzw. Unternehmen mit zusammen rd. 1,29 Mill. Arbeitnehmern (Stichprobenverfahren - Näheres siehe S. 456ff.).

Berichtsweg

Befragte - StLÄ - StBA (Zusammenstellung des Bundesergebnisses) - SAEG.

Ergebnisse

Tatbestände

Für Arbeiter:

Produzierendes Gewerbe

Vollbeschäftigte

Durchschnittliche Bruttostundenverdienste (insgesamt sowie für Mehrarbeitsstunden), Bruttowochen- und Bruttomonatsverdienste sowie Wochenarbeitszeiten (bezahlte Wochenarbeitszeit und Mehrarbeitsstunden) nach Wirtschaftszweigen, Geschlecht, Altersgruppen, Leistungsgruppen und Lohnformen (Zeit- bzw. Leistungslohn).

Durchschnittliche Bruttojahresverdienste insgesamt und durchschnittliche Sonderzahlungen der Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe nach Wirtschaftszweigen, Unternehmensgrößenklassen, Geschlecht und Leistungsgruppen.

Arbeiter nach Höhe des Bruttostunden- und des Bruttomonatsverdienstes, Wirtschaftszweigen, Geschlecht, Leistungsgruppen und Lohnformen.

Arbeiter nach Arbeitszeitdauer (bezahlte wöchentliche Arbeitszeit, Mehrarbeitszeit und wöchentliche betriebliche Arbeitsdauer), Wirtschaftszweigen und Geschlecht (jedoch nicht für wöchentliche betriebliche Arbeitsdauer); für Mehrarbeitszeit auch nach Unternehmensgrößenklassen.

Arbeiter nach Höhe des Bruttojahresverdienstes und der Sonderzuwendungen, nach Wirtschaftszweigen, Geschlecht und Leistungsgruppen.

Teilzeitbeschäftigte (Angaben nur für Monat Oktober 1978)

Durchschnittliche Bruttostundenverdienste (insgesamt sowie für Mehrarbeitsstunden), Bruttowochen- und Bruttomonatsverdienste sowie Wochenarbeitszeiten (bezahlte Wochenarbeitszeit und Mehrarbeitsstunden) der Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe nach Geschlecht, Wirtschaftszweigen (nur für weibliche Arbeiter), Leistungs- und Altersgruppen.

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe nach Geschlecht, Wirtschaftszweigen (nur für weibliche Arbeiter) und Lohnformen.

Arbeiter nach Arbeitsdauer (bezahlte wöchentliche Arbeitszeit), Geschlecht und Wirtschaftszweigen (nur für weibliche Arbeiter).

Arbeiter nach Höhe des Bruttomonatsverdienstes, Geschlecht, Wirtschaftszweigen (nur für weibliche Arbeiter) und Leistungsgruppen.

Dienstleistungsbereich

Vollbeschäftigte

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste (insgesamt sowie für Mehrarbeit), Bruttojahresverdienste insgesamt und Sonderzahlungen der Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe nach Geschlecht, Wirtschaftszweigen, Unternehmensgrößenklassen (nicht für Bruttomonatsverdienste), Altersgruppen (nur für Bruttomonatsverdienste) und Leistungsgruppen.

Arbeiter nach Höhe des Bruttomonats- und des Bruttojahresverdienstes sowie der Sonderzahlungen, nach Geschlecht, Wirtschaftszweigen und Leistungsgruppen.

Teilzeitbeschäftigte (Angaben nur für Monat Oktober 1978)

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste und Wochenarbeitszeiten der Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe nach Geschlecht, Wirtschaftszweigen (nur für weibliche Arbeiter), Unternehmensgrößenklassen (nicht für Wochenarbeitszeit), Altersgruppen (nur für Wochenarbeitszeit) und Leistungsgruppen.

Arbeiter nach Höhe des Bruttomonatsverdienstes, Geschlecht, Wirtschaftszweigen (nur für weibliche Arbeiter) und Leistungsgruppen.

Für Angestellte

Vollbeschäftigte

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste (insgesamt sowie für Mehrarbeit) der Angestellten mit einem Bruttomonatsverdienst unter 7 500 DM nach Wirtschaftszweigen, Geschlecht, Leistungsgruppen, Beschäftigungsarten (kaufmännische sowie technische Angestellte, Meister) und Altersgruppen (nicht für Mehrarbeitsverdienst).

Durchschnittliche Bruttojahresverdienste und Sonderzahlungen der Angestellten mit einem Bruttomonatsverdienst unter 7 500 DM nach Wirtschaftszweigen, Unternehmensgrößenklassen, Geschlecht und Leistungsgruppen.

Angestellte nach Höhe des Bruttomonatsverdienstes, des Bruttojahresverdienstes und der Sonderzahlungen, Wirtschaftszweigen, Geschlecht und Leistungsgruppen.

Angestellte nach wöchentlicher betrieblicher Arbeitsdauer und Wirtschaftszweigen.

Teilzeitbeschäftigte (Angaben nur für Monat Oktober 1978)

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste und Wochenarbeitszeiten nach Geschlecht, Wirtschaftszweigen (nur für weibliche Angestellte), Leistungs- und Altersgruppen.

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste nach Geschlecht, Wirtschaftszweigen (nur für weibliche Angestellte), Unternehmensgrößenklassen und Leistungsgruppen.

Angestellte nach wöchentlicher bezahlter Arbeitszeit, Geschlecht und Wirtschaftszweigen (nur für weibliche Angestellte).

Angestellte nach Höhe des Bruttomonatsverdienstes, Geschlecht, Wirtschaftszweigen (nur für weibliche Angestellte) und Leistungsgruppen.

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige für das Produzierende Gewerbe, Stand 1976«; für den Dienstleistungsbereich (Groß- und Einzelhandel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe): »Systematik der Wirtschaftszweige, Stand 1970«.

Veröffentlichungen

WiSta 5/81 (vorgesehen).

Fachserie 16, »Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1978« (vorgesehen).

18.4 Statistik der Tariflöhne und -gehälter

Rechtsgrundlage

§ 3 Abs. 1 Nr. 10 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289).

Periodizität

Laufende Erfassung der tariflichen Lohn- und Gehaltssätze und halbjährliche Aufbereitung, jeweils nach dem Stand April und Oktober.

(Zusammenstellung im Statistischen Bundesamt anhand der vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Tarifregister) und von den Sozialpartnern zur Verfügung gestellten Tarifverträge).

Ergebnisse

Tatbestände

Ausgewählte Tarifverträge für Wirtschaftszweige der gewerblichen Wirtschaft; tariflich festgelegte Zeitlohnsätze der höchsten tarifmäßigen Altersstufe und der höchsten tariflichen Ortsklasse für die Lohngruppen mit dem höchsten und niedrigsten Lohnsatz sowie für einige dazwischenliegende stärker besetzte Lohngruppen; tariflich festgelegte monatliche Anfangs- und Endgehälter der höchsten tariflichen Ortsklasse für die Gehaltsgruppen mit dem höchsten und niedrigsten Gehaltssatz sowie für einige dazwischenliegende stärker besetzte Gehaltsgruppen.

Für Arbeiter und Angestellte: wichtige tarifliche Regelungen (Arbeitszeit, Urlaub, Bezahlung bei Krankheit, Zuschläge für Überstunden u. ä.).

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Stand 1970«.

Regionale Gliederung

StBA: Tarifgebiete.

Veröffentlichungen

Fachserie 16, Reihe 4.1 und 4.2 (halbjährlich).

Indizes der tariflichen Wochenarbeitszeiten und der Tariflöhne und -gehälter in der gewerblichen Wirtschaft sowie bei Gebietskörperschaften

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Stand 1970«.

1 Tarifliche Wochenarbeitszeiten der Arbeiter und Angestellten (Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 466ff.).

Veröffentlichungen

WiSta 2/76; 2/77; 2/78; 2/79; 3/80.

WiSta* (vierteljährlich).

Fachserie 16, Reihe 4.3 (vierteljährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 8/60; 12/61; 1/66; 11/74; 12/79

2 Tarifliche Stundenlöhne und Wochenlöhne der Arbeiter (Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 466ff.).

Veröffentlichungen

WiSta 2/76; 2/77; 2/78; 2/79; 3/80.

WiSta* (vierteljährlich).

Fachserie 16, Reihe 4.3 (vierteljährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 9/58; 12/61; 1/66; 11/74; 12/79.

3 Tarifliche Monatsgehälter der Angestellten (Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 466ff.).

Veröffentlichungen

WiSta 2/76; 2/77; 2/78; 2/79; 3/80

WiSta* (vierteljährlich).

Fachserie 16, Reihe 4.3 (vierteljährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 9/58; 4/59; 1/62; 1/66; 11/74; 12/79.

Index der Tariflöhne in der Landwirtschaft

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 466ff.).

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Stand 1970«.

Veröffentlichungen

WiSta 2/76, 2/77; 2/78; 2/79; 3/80

Fachserie 16, Reihe 4.3 (jährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 11/58; 12/64.

Tariflohn- und -gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft und im Produzierenden Gewerbe (einschl. Baugewerbe)

Monatliche Berechnung der Deutschen Bundesbank anhand der vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und von den Sozialpartnern zur Verfügung gestellten Tarifverträge.

Entwicklung des Tariflohn- und -gehaltsniveaus auf Stunden- und auf Monatsbasis (1970 = 100).

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main.
»Monatsberichte«.

18.5 Statistik der betrieblichen Altersversorgung

Rechtsgrundlage

Zweite Verordnung zur Durchführung einer Erhebung über Arten und Umfang der betrieblichen Altersversorgung vom 6. April 1977 (BAnz. Nr. 69 S. 1).

Periodizität

Unregelmäßig; bisher für die Kalenderjahre 1973 und 1976 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Rd. 10 000 Unternehmen des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe), des Handels, des Verkehrs und der Nachrichtenübermittlung, der Kreditinstitute und des Versicherungsgewerbes sowie des Dienstleistungsbereichs (Stichprobenverfahren – Näheres siehe S. 456ff.).

Berichtsweg

Befragte – StLA – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zahl der Unternehmen mit betrieblicher Altersversorgung sowie Zahl der darin Beschäftigten, Arten der betrieblichen Altersversorgung; Zahl der begünstigten Arbeitnehmer nach Unternehmensgrößenklassen, Wirtschaftsbereichen, Beschäftigtengruppen und Leistungsformen; durchschnittliche Höhe der (monatlichen) Versorgungsleistung nach 35 Dienstjahren im Unternehmen; Anpassung der Höhe der Versorgungsleistung an die wirtschaftliche Entwicklung; Aufwendungen der Unternehmen für die betriebliche Altersversorgung.

Veröffentlichungen

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:
»Arbeits- und Sozialstatistik«, 5–6/1978

StBA.

WiSta 10/78 (mit methodischen Grundlagen).

19 PREISE

19.1	Statistik der Erzeuger- und Großhandelsverkaufspreise	353
19.2	Statistik der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	354
19.3	Statistik der Außenhandelspreise.	355
19.4	Statistik der Kaufwerte für Bauland.	356
19.5	Statistik der Baupreise	356
19.6	Statistik der Verbraucherpreise	357
19.7	Statistik der Preise für Leistungen des Beherbergungs- und Gaststättengewerbes.	358
19.8	Statistik der Verkehrspreise.	359

Vorbemerkung: In WiSta wird jährlich ein Bericht über die gesamte Preisentwicklung und monatlich eine Darstellung wichtiger Preisindizes veröffentlicht. Einige ausgewählte Preisangaben werden auch für bestimmte Marktorte nachgewiesen.

19.1 Statistik der Erzeuger- und Großhandelsverkaufspreise

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605). Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik vom 29. Mai 1959 (BAnz. Nr. 104 S. 1), zuletzt geändert durch Artikel 27 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294).

Periodizität

Grundsätzlich monatlich; bei saisonempfindlichen Waren teilweise in kürzeren Zeitabständen.

Kreis der Befragten

Ausgewählte Unternehmen, Genossenschaften, Preisnotierungskommissionen, Marktverwaltungen.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Erzeugerabsatz- bzw. Großhandelseinkaufspreise für 2143 gewerbliche Rohstoffe, Halb- und Fertigwaren sowie 179 land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse.

Verkaufspreise des Großhandels für 1155 Waren.

Fachliche Gliederung

»Systematisches Warenverzeichnis für die Industriestatistik, Ausgabe 1975« (für die Erzeugerpreise), »Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979« und »Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik, Ausgabe 1978« (für die Großhandelsverkaufspreise).

Veröffentlichungen

WiSta* (monatlich).

Fachserie 17, Reihen 1, 2, 3, 6 (monatlich, jährlich).

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 466ff.).

Fachliche Gliederung

»Systematisches Warenverzeichnis für die Industriestatistik, Ausgabe 1975«.

Veröffentlichungen

WiSta* (monatlich).

Fachserie 17, Reihe 2 (monatlich, jährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 8/80

Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 466ff.).

Veröffentlichungen

WiSta* (monatlich).

Fachserie 17, Reihe 1 (monatlich, jährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 9/80

Index der Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 466ff.).

Veröffentlichungen

WiSta* (monatlich).

Fachserie 17, Reihe 1 (monatlich, jährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 5/66.

Index der Grundstoffpreise

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 466ff.).

Fachliche Gliederung

In Anlehnung an das »Güterverzeichnis für die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Ausgabe 1978« und das »Systematische Warenverzeichnis für die Industriestatistik, Ausgabe 1975« sowie an die Gliederung nach »Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft der Außenhandelsstatistik, Stand 1971«.

Veröffentlichungen

WiSta* (monatlich).

Fachserie 17, Reihe 3 (monatlich, jährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 6/69

Index der Großhandelsverkaufspreise

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 466ff.).

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979« und »Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik, Ausgabe 1978«.

Veröffentlichungen

WiSta* (monatlich).

Fachserie 17, Reihe 6 (monatlich, jährlich).

Außerdem methodische Grundlagen.

WiSta 4/67, 11/77, 7/79.

19.2 Statistik der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605). Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik vom 29. Mai 1959 (BAnz. Nr. 104 S. 1), geändert durch Artikel 27 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294).

Periodizität

Monatlich.

Kreis der Befragten

Genossenschaften, Unternehmen des Landhandels sowie des Handwerks.

Die Erhebung wird in Hamburg, Bremen, im Saarland und in Berlin (West) nicht durchgeführt.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Einkaufspreise für 180 landwirtschaftliche Betriebsmittel und Dienstleistungen.

Veröffentlichungen

Fachserie 17, Reihe 1 (monatlich, jährlich).

Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 466ff.).

Veröffentlichungen

WiSta* (monatlich).

Fachserie 17, Reihe 1 (monatlich, jährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 9/80.

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605).

Periodizität

Monatlich.

Kreis der Befragten

Importierende bzw. exportierende Firmen.

Berichtsweg

Befragte – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Preise für 2100 Einfuhrwaren und für 2200 Ausfuhrwaren.

Fachliche Gliederung

»Systematisches Warenverzeichnis für die Industriestatistik, Ausgabe 1975«,

»Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft der Außenhandelsstatistik, Stand 1971« und »Standard International Trade Classification (SITC II), 1975«.

Veröffentlichungen

WiSta* (monatlich)

Fachserie 17, Reihe 8 (monatlich, jährlich).

Index der Einfuhrpreise

Index der Ausfuhrpreise

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 466ff.).

Veröffentlichungen

WiSta* (monatlich)

Fachserie 17, Reihe 8 (monatlich, jährlich)

Außerdem methodische Grundlagen.

WiSta 2/81.

19.3 Statistik der Außen- handelspreise

19.4 Statistik der Kaufwerte für Bauland

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605).

Periodizität

Laufende Erhebung; vierteljährliche und jährliche Aufbereitung.

Kreis der Befragten

Finanzämter.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Durchschnittliche Kaufwerte (flächengewogen) nach Baulandarten, Baugebieten, Gemeindegrößen, Grundstücksgroßen, Veräußerern, Erwerbern, Verwandtschaftsverhältnissen zwischen den Vertragspartnern und Preisgruppen.

Fachliche Gliederung

»Richtlinien für die Finanzämter zur Ermittlung der Bodenwerte« und »Baunutzungsverordnung«.

Regionale Gliederung

Ausgewählte Städte.

Veröffentlichungen

WiSta* (vierteljährlich).

Fachserie 17, Reihe 5 (vierteljährlich, jährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 8/62.

Hinweis: Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz siehe unter 5 7

19.5 Statistik der Baupreise

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605). Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik vom 29. Mai 1959 (BANz. Nr. 104 S. 1), geändert durch Artikel 27 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294).

Periodizität

Vierteljährlich (Februar, Mai, August, November) für Wohngebäude, Nichtwohngebäude und Sonstige Bauwerke; halbjährlich für Einfamiliengebäude in vorgefertigter Bauart.

Kreis der Befragten

Unternehmen und Betriebe des Bauhauptgewerbes und des Ausbaugewerbes.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Meßzahlen für Bauleistungspreise

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 466ff.).

Preisindizes für Bauwerke

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 466ff.).

Fachliche Gliederung

»Verdingungsordnung für Bauleistungen – VOB, Ausgabe 1979«, DIN 276 (Sept. 1971) und »Systematik der Bauwerke, Ausgabe 1978«.

Veröffentlichungen

WiSta* (vierteljährlich).

Fachserie 17, Reihe 4 (vierteljährlich mit Eilbericht).

Außerdem methodische Grundlagen:

Konventionelle Bauart.

WiSta 11/59; 9/66; 3/76; 8/80

Vorgefertigte Bauart:

WiSta 9/70; 5/72, 8/79.

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605). Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik vom 29. Mai 1959 (BANz. Nr. 104 S. 1), zuletzt geändert durch Artikel 27 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294).

Periodizität

Monatlich; bei Wohnungsmieten vierteljährlich.

Kreis der Befragten

Ausgewählte Unternehmen des Einzelhandels, des Handwerks, des Beherbergungs- und Gaststättengewerbes, der öffentlichen Versorgung; Inhaber von Mietwohnungen, z. T. auch Vermieter, in 118 Gemeinden.

Berichtsweg

Befragte – Gemeinden – StLÄ – StBA.

Feststellung der Preise in den Berichtsstellen durch Ermittler. Erhebung der im Bundesgebiet einheitlich geltenden Preise, Tarife usw. durch das Statistische Bundesamt.

Ergebnisse

Tatbestände

Verbraucherpreise für rd. 800 Waren und Leistungen.

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1961« (Umstellung auf Ausgaben 1979 in Vorbereitung), »Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik, Ausgabe 1978« und »Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch, Ausgabe 1963«.

Veröffentlichungen

Fachserie 17, Reihe 7 (monatlich mit Eilbericht, jährlich). Ergebnisse eines zwischenörtlichen Preisvergleichs vom September/Okttober 1978 in WiSta 6/79.

Index der Einzelhandelspreise (Verkaufspreise)

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 466ff.).

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1961« (Umstellung auf Ausgaben 1979 in Vorbereitung), »Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch, Ausgabe 1963« und »Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik, Ausgabe 1978«.

19.6 Statistik der Verbraucherpreise

Veröffentlichungen

WiSta 6/79.

WiSta* (monatlich).

Fachserie 17, Reihe 7 (monatlich mit Eilbericht, jährlich).

Außerdem methodische Grundlagen.

WiSta 9/68; 12/77; 11/79

Preisindizes für die Lebenshaltung

1 Alle privaten Haushalte.

2 Angestellten- und Beamtenhaushalte mit höherem Einkommen (Vier-Personen-Haushalte).

3 Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen (Vier-Personen-Haushalte).

4 Renten- und Sozialhilfeempfänger-Haushalte (Zwei-Personen-Haushalte).

5 Einfache Lebenshaltung eines Kindes.

(Berechnungsgrundlagen siehe Übersicht S. 466ff.).

Fachliche Gliederung

»Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch, Ausgabe 1963«.

Veröffentlichungen

WiSta* (monatlich).

Fachserie 17, Reihe 7 (monatlich mit Eilbericht, jährlich)

Außerdem methodische Grundlagen:

Zu 1–4: WiSta 12/73; 11/79

Zu 5: WiSta 5/68; 4/80

19.7 Statistik der Preise für Leistungen des Beherbergungs- und Gaststätten-gewerbes

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605). Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik vom 29. Mai 1959 (BANz. Nr. 104 S. 1), zuletzt geändert durch Artikel 27 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294).

Periodizität

Monatlich und – für regionale Preisvergleiche – dreijährlich (August).

Kreis der Befragten

Monatlich: Unternehmen des Beherbergungs- und Gaststättengewerbes in 12 ausgewählten Großstädten.

Dreijährlich: Unternehmen des Beherbergungs- und Gaststättengewerbes in rd. 110 ausgewählten Gemeinden (Großstädte, Seebäder, sonstige Badeorte, Luftkurorte, andere Fremdenverkehrsgemeinden, Gemeinden ohne besondere Bedeutung für den Fremdenverkehr).

Berichtsweg

Befragte – (teilweise auch Gemeinden) – StLA – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Monatlich: Preise für 17 Leistungen (Übernachtung, Speisen, Getränke).

Dreijährlich: Preise für 20 Leistungen (Übernachtung, Speisen, Getränke).

Veröffentlichungen

WiSta* (dreijährlich).

Fachserie 17, Reihe 7 (monatlich, dreijährlich)

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 12/59; 4/60

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (BGBl. I S. 605).

Periodizität

Laufende Erfassung; vierteljährliche Zusammenstellung.

Hinweis. Die Zusammenstellung erfolgt im Statistischen Bundesamt im wesentlichen unter Verwendung von Unterlagen der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn, des Bundesverbandes für den Güterfernverkehr, der Frachtausschüsse der Deutschen Binnenschifffahrt, der Bundesministerien für Verkehr, für das Post- und Fernmeldewesen sowie für Wirtschaft, von Reedereien und Luftverkehrsgesellschaften. Darüber hinaus werden auch Fachzeitschriften ausgewertet.

Ergebnisse

Tatbestände

Eisenbahntarife im Personenverkehr für das In- und Ausland, im Güterverkehr für das Inland; Frachttarife im Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen für das Inland; Frachttarife im Spediteursammelgutverkehr mit Eisenbahn und Kraftwagen für das Inland. Frachtraten der deutschen Binnenschifffahrt und der Linien-, Tramp- und Tankerschifffahrt im Seeverkehr. Luftverkehrspreise im Personen- und Güterverkehr. Ferner Postgebühren (u. a. für Briefe, Pakete, Zeitungen und im Zahlungsverkehr), Fernmeldegebühren (u. a. für Ferngespräche, Telegramme und Fernschreiben) sowie Gebühren für Personenbeförderungen im Kraftpostdienst. Es werden rd. 3 400 Preisreihen gebildet, von denen rd. 400 veröffentlicht werden.

Veröffentlichungen

Fachserie 17, Reihe 9 (vierteljährlich)

Indizes der Seefrachtraten

Monatliche Berechnung von Seefrachtenindizes.

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 466ff.).

1 Linienfahrt:

(Basis: 1965 = 100, gegliedert nach Stückgut und Massengut; 1 003 Reihen für rd. 180 Güter).

2 Trampfahrt:

Frachtmeßzahlen der Zeitcharter (Basis: 2. Halbjahr 1972 = 100, gegliedert nach zwei Schiffsgrößenklassen).

3 Tankerfahrt:

(Basis: Worldscale-Ratensystem = 100, gegliedert nach Rohöl und Ölprodukten; rd. 15 Reihen).

Veröffentlichungen

Fachserie 17, Reihe 9 (vierteljährlich).
IntMon.

Preisindizes der Post- und Fernmeldegebühren

(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 466ff.).

Fachliche Gliederung

Entsprechend der Leistungs- und Kostenrechnung in den jährlichen Geschäftsberichten der Deutschen Bundespost.

Veröffentlichungen

Fachserie 17, Reihe 9 (vierteljährlich).

19.8 Statistik der Verkehrspreise

20 VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN

Vorbemerkung: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen vermitteln ein umfassendes, hinreichend gegliedertes quantitatives Gesamtbild des wirtschaftlichen Geschehens in Form eines geschlossenen Systems der Güter-, Einkommens- und Finanzierungsströme in einer Volkswirtschaft. Sie werden vom Statistischen Bundesamt auf der Grundlage von Ergebnissen aus praktisch allen Gebieten der Wirtschafts- und Finanzstatistik sowie verwandter Statistikbereiche aufgestellt (siehe hierzu S. 38ff.) Das statistische Ausgangsmaterial wird im Hinblick auf seinen Umfang, Inhalt und Aussagewert geprüft, miteinander kombiniert, von Doppelzahlungen bereinigt, soweit erforderlich schätzungsweise ergänzt sowie auf die Konzepte, Definitionen, Abgrenzungen und Klassifizierungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen umgestellt. Die Angaben der Finanzierungsrechnung übernimmt das Statistische Bundesamt von der Deutschen Bundesbank.

- 1 Konten.
- 2 Tabellen zum Sozialprodukt und andere Standardtabellen.
- 3 Input-Output-Tabellen.
- 4 Vermögensrechnungen.
- 5 Finanzierungsrechnung.

Rechtsgrundlage

§ 3 Abs. 1 Nr. 7 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289).

Periodizität

Zu 1: Jährlich.

Zu 2: Halbjährlich und jährlich; ausgewählte Tatbestände der Sozialproduktberechnung vierteljährlich.

Zu 3: Unregelmäßig.

Zu 4: Jährlich.

Zu 5: Halbjährlich und jährlich.

Ergebnisse

Tatbestände

Darstellung des wirtschaftlichen Geschehens in Form eines geschlossenen Kontensystems und in einer Reihe ergänzender Tabellen (Standardtabellen, Input-Output-Tabellen), ferner Nachweis der hiermit in Zusammenhang stehenden Vermögensbestände (Sach-, Geldvermögen usw.). Die wirtschaftlichen Einheiten (Unternehmen, Körperschaften des Staatssektors, private Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte) werden in den Konten und Standardtabellen zu Sektoren zusammengefaßt, in einigen Tabellen auch in tieferer Gliederung nach Unternehmensbereichen usw. dargestellt.

1 Konten

Die wirtschaftlichen Tätigkeiten und damit verbundenen Vorgänge werden in zwei zusammengefaßten Konten (Konto 0 und Konto 8) und in den Konten der Sektoren (Kontengruppen 1 bis 7) dargestellt. Sektorkonten werden für die Sektoren Unternehmen (Produktionsunternehmen, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen), Staat (Gebietskörperschaften, Sozialversicherung) sowie private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck aufgestellt:

- Konto 0: Zusammengefaßtes Güterkonto der Volkswirtschaft
Gesamtes Aufkommen an Gütern (Waren und Dienstleistungen) aus inländischer Produktion (Produktionswerte der Sektoren) und Einfuhr einschl. Einfuhrabgaben; gesamte Verwendung der Güter, gegliedert in Vorleistungen, letzten Verbrauch (Privater Verbrauch und Staatsverbrauch), Anlageinvestitionen und Vorratsveränderung sowie Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen.
- Kontengruppe 1: Produktionskonten der Sektoren
Produktionswerte, Vorleistungen, Bruttowertschöpfung.
- Kontengruppe 2: Einkommensentstehungskonten der Sektoren
Bruttowertschöpfung, Abschreibungen, Produktionssteuern, Subventionen, Nettowertschöpfung.
- Kontengruppe 3: Einkommensverteilungskonten der Sektoren
Nettowertschöpfung, empfangene und geleistete Einkommen aus unselbständiger Arbeit sowie Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, Anteile am Volkseinkommen.
- Kontengruppe 4: Einkommensumverteilungskonten der Sektoren
Anteile am Volkseinkommen, empfangene laufende Übertragungen (indirekte Steuern, direkte Steuern, Sozialbeiträge, soziale Leistungen, sonstige laufende Übertragungen einschl. Nettoprämien für Schadenversicherungen und Schadenversicherungsleistungen), geleistete laufende Übertragungen (Subventionen, direkte Steuern, Sozialbeiträge, soziale Leistungen, sonstige laufende Übertragungen einschl. Nettoprämien für Schadenversicherungen und Schadenversicherungsleistungen), verfügbares Einkommen.
- Kontengruppe 5: Einkommensverwendungskonten der Sektoren
Verfügbares Einkommen, letzter Verbrauch (Privater Verbrauch bzw. Staatsverbrauch), Ersparnis.
- Kontengruppe 6: Vermögensveränderungskonten der Sektoren
Ersparnis, nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, Abschreibungen, empfangene Vermögensübertragungen, geleistete Vermögensübertragungen, Anlageinvestitionen und Vorratsveränderung, Finanzierungssalden.
- Kontengruppe 7: Finanzierungskonten der Sektoren
Finanzierungssalden, Veränderung der Forderungen und der Verbindlichkeiten (Ergebnisse der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank siehe unter Ziffer 5).
- Konto 8: Zusammengefaßtes Konto der übrigen Welt
Aufwendungen der übrigen Welt: Käufe von Waren und Dienstleistungen, geleistete Erwerbs- und Vermögenseinkommen, geleistete Übertragungen, Veränderung der Forderungen;
Erträge der übrigen Welt: Verkäufe von Waren und Dienstleistungen, empfangene Erwerbs- und Vermögenseinkommen, empfangene Übertragungen, Veränderung der Verbindlichkeiten.

2 Tabellen zum Sozialprodukt und andere Standardtabellen

Entstehung des Sozialprodukts

Produktionswerte, Vorleistungen, Bruttowertschöpfung (zu Marktpreisen), Abschreibungen, Produktionssteuern abzüglich Subventionen, Nettowertschöpfung (zu Faktorkosten), entstandene Einkommen aus unselbständiger Arbeit und aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nach bis zu 57 Bereichen. Darüber hinaus Angaben in konstanten Preisen für die Bruttowertschöpfung nach 57 und für die Produktionswerte und Vorleistungen nach 10 Bereichen; ferner Bruttowertschöpfung in konstanten Preisen je Erwerbstätigen (Produktivität) nach 43 Bereichen.

Verwendung des Sozialprodukts

Privater Verbrauch nach Lieferbereichen, Verwendungszwecken und Gütergruppen; Staatsverbrauch nach Aufgabenbereichen; Anlageinvestitionen (Ausrüstungen, Bauten) nach Sektoren und Wirtschaftsbereichen sowie nach Gütergruppen; Vorratsveränderung (auch Vorratsbestände) und Außenbeitrag (Ausfuhr abzüglich Einfuhr von Waren und Dienstleistungen). Angaben in jeweiligen Preisen und für zahlreiche Untergliederungen auch in konstanten Preisen; Preisindizes (mit wechselnder Wägung, Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 466ff.).

Verteilung des Volkseinkommens

Volkseinkommen nach Sektoren, Einkommen aus unselbständiger Arbeit (Übergang vom Inlands- zum Inländerkonzept, Zusammensetzung nach Bruttolöhnen und -gehältern, Sozialbeiträgen der Arbeitgeber, ferner Abzüge von den Bruttolöhnen und -gehältern, Nettolohn- und -gehaltsumme; auch Angaben je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer), Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (Übergang vom Inlands- zum Inländerkonzept, Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Unternehmensgewinne nach Sektoren sowie Einkommen aus Vermögen nach Arten und Sektoren, Belastung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen durch Abgaben, Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen, nichtentnommene Gewinne); Volkseinkommen und Einkommen der privaten Haushalte aus Erwerbstätigkeit und Vermögen je Einwohner und je Erwerbstätigen; ferner als Bezugsgrößen verwendete Durchschnittszahlen der Einwohner, Erwerbstätigen und beschäftigten Arbeitnehmer.

Einkommen der privaten Haushalte (einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck) und seine Verwendung

Erwerbs- und Vermögenseinkommen und empfangene laufende Übertragungen in verschiedenen Gliederungen (soziale Leistungen, Schadenversicherungsleistungen und übrige laufende Übertragungen), Zinsen auf Konsumentenschulden, geleistete laufende Übertragungen (Steuern, Sozialbeiträge, Nettoprämien für Schadenversicherungen und übrige laufende Übertragungen), verfügbares Einkommen einschl. und ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, Privater Verbrauch (auch je Einwohner), Ersparnis, nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, empfangene und geleistete Vermögensübertragungen, Finanzierungssaldo (nach der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank).

Der Staat als Teil der Volkswirtschaft

Laufende Einnahmen (Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, empfangene laufende Übertragungen) und laufende Ausgaben (Zinsen auf öffentliche Schulden, geleistete laufende Übertragungen, Staatsverbrauch), Ersparnis, empfangene bzw. geleistete Vermögensübertragungen und Investitionen des Staates (auch getrennt für Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) – diese Tatbestände nach empfangenden bzw. leistenden Sektoren –; laufende Ausgaben, Bruttoinvestitionen und Vermögensübertragungen des Staates nach Aufgabenbereichen.

Umverteilung von Einkommen und Vermögen über den Staat (gegliedert nach Arten, empfangenden bzw. leistenden Sektoren und Aufgabenbereichen).

Gesamtüberblick über die wirtschaftlichen Beziehungen des Staates (gegliedert nach Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung) zu den anderen Sektoren und zur übrigen Welt (Ausgaben: Käufe von Waren und Dienstleistungen, geleistete Erwerbs- und Vermögenseinkommen, geleistete Übertragungen, Veränderung der Forderungen; Einnahmen: Verkäufe von Verwaltungsleistungen, empfangene Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, empfangene Übertragungen, Veränderung der Verbindlichkeiten).

Anlageinvestitionen nach Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung sowie nach Aufgabenbereichen.

Vermögensbildung und ihre Finanzierung

Ersparnis, empfangene und geleistete Vermögensübertragungen, Vermögensbildung (Ersparnis zuzüglich Saldo der Vermögensübertragungen), Nettoinvestitionen und Finanzierungssalden, gegliedert nach Sektoren; Veränderung der Forderungen und Verbindlichkeiten nach Arten und Sektoren (nach der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank).

Wirtschaftliche Vorgänge mit der übrigen Welt

Aus- und Einfuhr nach Waren und Dienstleistungen, von Inländern an die übrige Welt geleistete bzw. aus der übrigen Welt empfangene Erwerbs- und Vermögenseinkommen, Außenbeitrag, laufende Übertragungen zwischen Inländern und der übrigen Welt, Saldo der laufenden Einnahmen und Ausgaben, Vermögensübertragungen zwischen Inländern und der übrigen Welt, Finanzierungssaldo gegenüber der übrigen Welt. Ausfuhr, Einfuhr und Außenbeitrag auch in konstanten Preisen.

3 Input-Output-Tabellen

Input-Output-Tabellen ergänzen die Entstehungs- und Verwendungsrechnung des Sozialprodukts um die Darstellung der güter- und produktionsmäßigen Verflechtungen in der Volkswirtschaft.

Gezeigt werden

- die Verteilung des Gesamtaufkommens an Gütern (Waren und Dienstleistungen) aus der inländischen Produktion und der Einfuhr auf einzelne Gütergruppen,

- die Verwendung der Güter als Vorleistungen der Produktionsbereiche, als letzter Verbrauch, Investitionen und Ausfuhr

- sowie die im Zuge der inländischen Produktion in den einzelnen Produktionsbereichen entstandenen Einkommen.

Die 60 Produktionsbereiche der Input-Output-Tabellen sind unter streng fachlichen Gesichtspunkten gebildet: sie umfassen Produktionseinheiten, die ausschließlich und je Produktionsbereich vollständig die Güter einer Gütergruppe produzieren.

Input-Output-Tabellen 1970 und 1974

Aufkommen an Gütern aus inländischer Produktion und Einfuhr zu Ab-Werk- bzw. Ab-Zoll-Preisen nach 60 Gütergruppen, Verwendung der Güter (Vorleistungen der 60 Produktionsbereiche, Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Anlageinvestitionen, Vorratsveränderung und Ausfuhr) sowie Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen und ihre Zusammensetzung (Abschreibungen, Produktionssteuern abzüglich Subventionen, entstandene Einkommen aus unselbständiger Arbeit sowie aus Unternehmertätigkeit und Vermögen) nach 60 Produktionsbereichen. Neben Tabellen mit Angaben zu Ab-Werk-Preisen werden Tabellen für die letzte Verwendung von Gütern auf der Basis von Anschaffungspreisen (vom Käufer zu zahlende Preise einschl. Handels- und Transportleistungen) aufgestellt.

An der Aufstellung der Tabellen für die folgenden Jahre wird gearbeitet.

4 Vermögensrechnungen

Ziel der Darstellung ist eine gesamtwirtschaftliche Vermögensrechnung, in der das Sach- und Geldvermögen, die Verbindlichkeiten und das Reinvermögen der Sektoren in Sektorvermögensbilanzen und

das in der Produktion eingesetzte reproduzierbare Sachvermögen brutto und netto (d. h. nach Abzug der Abschreibungen) in Kapitalstockberechnungen

nachgewiesen werden. Bisher liegen Angaben über die Bestände an reproduzierbarem Sachvermögen und – im Rahmen der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank (siehe unter Ziffer 5) – über die Bestände an Geldvermögen und Verpflichtungen vor.

Das reproduzierbare Sachvermögen umfaßt das in der Produktion eingesetzte reproduzierbare Anlagevermögen ohne Grund und Boden sowie die Vorratsbestände (nicht enthalten sind das Gebrauchsvermögen der privaten Haushalte und die militärisch genutzten dauerhaften Güter).

Dargestellt werden die Anlagevermögensbestände brutto und netto (d. h. nach Abzug der Abschreibungen), die Zugänge, Abgänge und Abschreibungen nach Güterarten (Ausrüstungen und Bauten sowie Vorräte) und nach 12 Wirtschaftsbereichen zu Anschaffungs-, Wiederbeschaffungs- und konstanten Preisen.

5 Finanzierungsrechnung

Veränderung der Forderungen und Verpflichtungen

Veränderung der Forderungen und Verpflichtungen, gegliedert nach finanziellen Sektoren (Banken, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen) und nichtfinanziellen Sektoren (nichtfinanzielle Unternehmen einschl. und ohne Wohnungswirtschaft, Öffentliche Haushalte – Gebietskörperschaften und Sozialversicherung –, private Haushalte einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck, Ausland) und nach wichtigen Formen der Geldvermögensbildung bzw. Kreditaufnahme (Bargeld und Sichteinlagen, Termingelder, Spareinlagen, Geldanlage bei Bausparkassen, Geldanlage bei Versicherungen, Erwerb bzw. Absatz von Geldmarktpapieren, festverzinslichen Wertpapieren und Aktien, Auslandsposition der Deutschen Bundesbank, kurzfristige Bankkredite, längerfristige Bankkredite, Darlehen der Bausparkassen, Darlehen der Versicherungsunternehmen, sonstige Forderungen bzw. Verpflichtungen, innersektorale Forderungen bzw. Verpflichtungen).

Bestand an Geldvermögen und Verpflichtungen

Jahresendbestände an Geldvermögen und Verpflichtungen nach Sektoren und Arten entsprechend der Gliederung bei »Veränderung der Forderungen und Verpflichtungen« (s. o.).

Fachliche Gliederung

Wirtschaftsbereiche: »Systematik der Wirtschaftszweige, Stand 1970, Fassung für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen«, Produzierendes Gewerbe: »Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979«.

Privater Verbrauch: »Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch, Ausgabe 1963«.

Produktionsbereiche: »Systematik der Produktionsbereiche in Input-Output-Rechnungen (SIO)« (Arbeitsunterlage).

Indizes und Meßzahlen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
(Berechnungsgrundlage siehe Übersicht S. 466ff.).

Veröffentlichungen

Konten:

Fachserie 18, Reihe 1 (jährlich); mit methodischen Erläuterungen und Hinweisen auf Veröffentlichungsquellen der derzeit gültigen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowie (im Anhang) auf ausgewählte Veröffentlichungen.

Fachserie 18, Reihe S 2 (1977).

Außerdem methodische Grundlagen.

WiSta 6, 10/60; 6/70

Tabellen zum Sozialprodukt und andere Standardtabellen:

Jahresergebnisse:

Fachserie 18, Reihe 1 (jährlich); mit methodischen Erläuterungen und Hinweisen auf Veröffentlichungsquellen der derzeit gültigen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowie (im Anhang) auf ausgewählte Veröffentlichungen.

Fachserie 18, Reihe 1 (jährlich mit Vorbericht),

Reihe S 2 (1977)

Reihe S 3 (1979),

Reihe S 4 (1981).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 3, 11/57; 3, 9/58; 12/60; 3/61; 6/62; 1, 12/63; 9/66; 9/68; 7/70, 7/72, 4/74; 4, 12/77; 5, 12/78; 10/79; 3/80.

Halbjahresergebnisse.

WiSta 9/80.

Fachserie 18, Reihe 1 (jährlich mit Vorbericht).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 12/65.

Vierteljahresergebnisse.

Statistischer Wochendienst (Beilagen; unregelmäßig).

Fachserie 18, Reihe 1 (jährlich mit Vorbericht).

Außerdem methodische Grundlagen.

WiSta 1/78.

Input-Output-Tabellen

Fachserie 18, Reihe 2 (unregelmäßig).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 2/65; 3/74.

Vermögensrechnungen.

Fachserie 18, Reihe 1 (jährlich),

Reihe S 3 (1979).

Außerdem methodische Grundlagen:

WiSta 10/71; 11/72; 6/79.

Finanzierungsrechnung.

Deutsche Bundesbank. »Monatsberichte der Deutschen Bundesbank« (jeweils im Mai- und Oktoberheft); »Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank Nr. 4« (Ergebnisse 1960 bis 1977).

StBA: Fachserie 18, Reihe 1 (jährlich, auszugsweise).

21 ZAHLUNGSBILANZ

21.1	Zahlungsbilanzstatistik	371
21.2	Auslandsvermögensstatistik.	373

Vorbemerkung Mit der Aufstellung der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland ist die Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main, beauftragt. Die Zahlungsbilanz ist eine systematische Darstellung aller wirtschaftlichen Transaktionen zwischen Gebietsansässigen und Gebietsfremden in einem bestimmten Zeitraum. Die Transaktionen im Wirtschaftsverkehr zwischen dem Bundesgebiet einschl. Berlin (West) und dem Gebiet der DDR und Berlin (Ost) werden in der Zahlungsbilanz nicht berücksichtigt.

Die Gliederung der Zahlungsbilanz ist durch den wirtschaftlichen Charakter der einzelnen Transaktionen mit der übrigen Welt bedingt. Sie besteht aus den drei Teilbilanzen »Leistungsbilanz« (zum Außenhandel siehe unter 9.1; Transithandel, Dienstleistungen und Übertragungen mit dem Ausland siehe unter 21.1.1), »Bilanz des Kapitalverkehrs« (siehe unter 21.1.2) sowie »Auslandsposition der Deutschen Bundesbank« (siehe unter 21.1.3).

Rechtsgrundlage

§ 26 des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 (BGBl. I S. 481), §§ 55 ff. der Außenwirtschaftsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. August 1973 (BGBl. I S. 1069), zuletzt geändert durch die 48. Änderungsverordnung vom 11. August 1980 (BGBl. I S. 1290, 1560). Gesetz über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs (Außenhandelsstatistikgesetz – AHStatGes) vom 1. Mai 1957 (BGBl. I S. 413), geändert durch Artikel 9 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294). § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745).

Periodizität

Laufende Ermittlung; monatliche, vierteljährliche und jährliche Zusammenstellung durch die Deutsche Bundesbank unter Verwendung zahlreicher Statistiken.

Ergebnisse

Tatbestände

Sämtliche statistisch erfaßbaren wirtschaftlichen Transaktionen der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland, unterteilt in Warenhandel, Dienstleistungen, Übertragungen, Kapitaleleistungen und Veränderung der Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank.

Monatlich: Sachliche Gliederung für Monate, Vierteljahre und Jahre, ohne regionale Gliederung; Darstellung der Einfuhr auf cif-Basis.

Jährlich: Zusammenstellung der Zahlungsbilanz in ausführlicher sachlicher und regionaler Gliederung; Darstellung der Einfuhr auf fob-Basis.

Regionale Gliederung

Z. T. Länder bzw. Ländergruppen.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank.

»Monatsberichte«.

»Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik«.

StBA

StJb (auszugsweise)

Außerdem methodische Grundlagen:

Deutsche Bundesbank:

Zum Inhalt der Zahlungsbilanzstatistik, »Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik« (am Schluß des Tabellentils)

21.1 Zahlungsbilanzstatistik

21.1.1 Statistik des Transithandels, der Dienstleistungen und der Übertragungen mit dem Ausland

Rechtsgrundlage

Siehe unter 21.1.

Periodizität

Siehe unter 21.1.

Kreis der Befragten

Gebietsansässige, wenn sie – von Ausnahmen abgesehen – im Einzelfall Zahlungen von mehr als 1000 DM oder im entsprechenden Gegenwert als Entgelt für Käufe und Verkäufe im Transithandel und für Dienstleistungen oder unentgeltlich an Gebietsfremde leisten oder von Gebietsfremden entgegennehmen.

Berichtsweg

Befragte – Deutsche Bundesbank.

Ergebnisse

Tatbestände

Monatlich und vierteljährlich: Geleistete und empfangene Zahlungen für Käufe und Verkäufe im Transithandel.

Jährlich: nach Ländergruppen, Ländern sowie nach Warengruppen.

Monatlich und vierteljährlich in sachlicher, jährlich außerdem in regionaler Gliederung: Einnahmen und Ausgaben für Dienstleistungen sowie für fremde und eigene Übertragungen im Außenwirtschaftsverkehr.

Vierteljährlich und jährlich: Einnahmen und Ausgaben im Reiseverkehr nach Ländergruppen und Ländern.

Regionale Gliederung

Siehe unter 21.1.

Veröffentlichungen

Siehe unter 21.1.

21.1.2 Statistik des lang- und kurzfristigen Kapitalverkehrs mit dem Ausland

Rechtsgrundlage

Siehe unter 21.1.

Periodizität

Siehe unter 21.1; für Veränderungen der Bestände an Forderungen und Verbindlichkeiten: monatlich.

Kreis der Befragten

Gebietsansässige, wenn sie im Einzelfall Zahlungen im Kapitalverkehr von mehr als 1000 DM (bei Meldungen nach §§ 55 und 57 der Außenwirtschaftsverordnung: mehr als 10 000 DM) oder Gegenwert an Gebietsfremde leisten oder von Gebietsfremden entgegennehmen. Gebietsansässige Kreditinstitute, gebietsansässige Unternehmen und Private, soweit ihre Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsfremden mehr als 100 000 DM betragen; gebietsansässige öffentliche Stellen.

Berichtsweg

Befragte – Deutsche Bundesbank.

Ergebnisse

Tatbestände

Langfristige deutsche Kapitalanlagen im Ausland und langfristige ausländische Kapitalanlagen im Inland (Zahlungsbilanzangaben), Veränderung der kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Ausländern aus Finanz- und Handelskrediten (auf der Grundlage von Bestandsangaben), getrennt für die Sektoren »Privat« (Kreditinstitute, Wirtschaft und Private) und »Öffentlich«, monatlich in sachlicher, jährlich außerdem in regionaler Gliederung (ausgenommen Handelskredite).

Regionale Gliederung

Siehe unter 21.1.

Veröffentlichungen

Siehe unter 21.1.

21.1.3 Auslandsposition der Deutschen Bundesbank

Rechtsgrundlage

Siehe unter 21.1.

Periodizität

Monatliche Zusammenstellung durch Auswertung des Bundesbankausweises und von Zusatzangaben durch die Deutsche Bundesbank.

Ergebnisse

Tatbestände

Auslandsposition der Deutschen Bundesbank (Gold, Forderungen und Verbindlichkeiten), Stand am Monatsende und monatliche Veränderung.

Veröffentlichungen

Siehe unter 21.1

21.2.1 Auslandsvermögensstatus

Rechtsgrundlage

§ 26 des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 (BGBl. I S. 481). §§ 55 ff. der Außenwirtschaftsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. August 1973 (BGBl. I S. 1069), zuletzt geändert durch die 48. Änderungsverordnung vom 11. August 1980 (BGBl. I S. 1290, 1560). § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745).

Periodizität

Jährlich durch Auswertung verschiedener Unterlagen und Schätzungen der Deutschen Bundesbank.

21.2 Auslandsvermögensstatistik

Ergebnisse

Tatbestände

Vermögensstatus der Bundesrepublik gegenüber dem Ausland, gegliedert nach Aktiva und Passiva, nach Regionen, Sachpositionen und Fristigkeiten sowie nach den Sektoren Deutsche Bundesbank, Kreditinstitute, Wirtschaft und Private sowie Öffentliche Hand.

Regionale Gliederung

Ländergruppen.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank.
»Monatsberichte« (Textteil)

Außerdem methodische Grundlagen.

Deutsche Bundesbank

Vermögensstatus der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Ausland, »Monatsberichte«, 26. Jg., Nr. 11, November 1974

21.2.2 Statistik über den Auslandsstatus der Kreditinstitute

Rechtsgrundlage

§ 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745).

Periodizität

Monatlich durch Auswertung der Meldungen der Kreditinstitute zum Auslandsstatus bei der Deutschen Bundesbank.

Kreis der Befragten

Kreditinstitute, die Auslandsforderungen oder -verbindlichkeiten haben.

Berichtsweg

Befragte – Deutsche Bundesbank.

Ergebnisse

Tatbestände

Stand der kurz- und langfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Ausländern nach Arten, Fristen, Sektoren, Währungen, wichtigen Ländern und Ländergruppen.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank

»Monatsberichte«,

»Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik«.

21.2.3 Statistik über den Auslandsstatus der Unternehmen

Rechtsgrundlage

§ 26 des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 (BGBl. I S. 481).

§ 62 der Außenwirtschaftsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. August 1973 (BGBl. I S. 1069), zuletzt geändert durch die 48. Änderungsverordnung vom 11. August 1980 (BGBl. I S. 1290, 1560).

Periodizität

Monatlich durch Auswertung der Meldungen der Unternehmen über ihre Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten bei der Deutschen Bundesbank.

Kreis der Befragten

Gebietsansässige Unternehmen (ohne Kreditinstitute) und Private, soweit ihre kurz- und langfristigen Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsfremden mehr als 100 000 DM betragen.

Berichtsweg

Befragte – Deutsche Bundesbank.

Ergebnisse

Tatbestände

Stand der kurz- und langfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Ausländern aus Finanz- und Handelskrediten nach Arten, Fristen, Sektoren und Währungen.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank

»Monatsberichte«,

»Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik«

Außerdem methodische Grundlagen:

Deutsche Bundesbank:

Die Verschuldung inländischer Wirtschaftsunternehmen an das Ausland, »Monatsberichte«, 23. Jg., Nr 11, November 1971.

21.2.4 Statistik über den Stand der Direktinvestitionen

Rechtsgrundlage

§ 26 des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 (BGBl. I S. 481). §§ 56 a und b, 58 a und b der Außenwirtschaftsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. August 1973 (BGBl. I S. 1069), zuletzt geändert durch die 48. Änderungsverordnung vom 11. August 1980 (BGBl. I S. 1290, 1560).

Periodizität

Jährlich durch Auswertung der Meldungen der Unternehmen (einschl. Kreditinstitute) und Privatpersonen über den Bestand an Direktinvestitionen bei der Deutschen Bundesbank.

Kreis der Befragten

Gebietsansässige Unternehmen und Privatpersonen, wenn ihnen 25% oder mehr der Anteile oder Stimmrechte an einem gebietsfremden Unternehmen gehören, sowie Gebietsansässige, die Zweigniederlassungen oder auf Dauer angelegte Betriebsstätten in fremden Wirtschaftsgebieten unterhalten.

Gebietsansässige Unternehmen, wenn einem Gebietsfremden oder einer wirtschaftlich verbundenen Gruppe von Gebietsfremden 25% oder mehr der Anteile oder Stimmrechte an dem Unternehmen gehören, sowie gebietsansässige Zweigniederlassungen und auf Dauer angelegte gebietsansässige Betriebsstätten von Gebietsfremden.

Berichtsweg

Befragte – Deutsche Bundesbank.

Ergebnisse

Tatbestände

Stand und jährliche Veränderung der unmittelbaren und mittelbaren deutschen Direktinvestitionen im Ausland sowie der unmittelbaren und mittelbaren ausländischen Direktinvestitionen in der Bundesrepublik Deutschland, gegliedert nach Anlage- bzw. Herkunftsländern und Wirtschaftszweigen. Anzahl, Bilanzsumme, Umsatz und Zahl der Beschäftigten der ausländischen bzw. inländischen Anlageobjekte.

Veröffentlichungen

Deutsche Bundesbank:
»Monatsberichte« (Textteil)

Außerdem methodische Grundlagen:

Deutsche Bundesbank.

Stand der Direktinvestitionen Ende 1976 – Erste Ergebnisse einer neuen Statistik über die deutschen Direktinvestitionen im Ausland und die ausländischen Direktinvestitionen in der Bundesrepublik Deutschland, »Monatsberichte«, 31. Jg., Nr. 4, April 1979.

22 UMWELTSCHUTZ

22.1	Statistik der Abfallbeseitigung	379
22.2	Statistik der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung	380
22.3	Statistik der Unfälle bei der Lagerung und beim Transport wassergefährdender Stoffe	383
22.4	Statistik der Investitionen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe.....	384

22.1.1 Statistik der öffentlichen Abfallbeseitigung

22.1 Statistik der Abfallbeseitigung

Rechtsgrundlage

Gesetz über Umweltstatistiken in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 311).

Periodizität

1975, 1977, ab 1980 zweijährlich.

Kreis der Befragten

Die für die Abfallbeseitigung zuständigen Körperschaften des öffentlichen Rechts und Dritte, deren sie sich bedienen.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Zahl der von der öffentlichen Abfallbeseitigung erfaßten Einwohner; Angaben über das erfaßte Gebiet; Einsammeln und Befördern der Abfälle; Art und Menge der Abfälle; Art und Ort der Abfallbeseitigungsanlagen.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

Fachserie 19, Reihe 1.1 (zweijährlich)

Außerdem methodische Grundlagen:
WiSta 4/74

22.1.2 Statistik der Abfallbeseitigung im Produzierenden Gewerbe und in Krankenhäusern

Rechtsgrundlage

Siehe unter 22.1.1.

Periodizität

Siehe unter 22.1.1.

Kreis der Befragten

Höchstens 80 000 Betriebe des Produzierenden Gewerbes und der Krankenhäuser.

Hinweis. Durch Artikel 23 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294) ist der Erhebungsbereich – bei gleichzeitiger Verringerung der Zahl der Auskunftspflichtigen – eingeschränkt worden. Er umfaßte bis dahin auch die Bereiche Handel, Verkehr sowie bestimmte Anstalten und Einrichtungen.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Art, Menge und Beseitigung von Abfällen.

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für Umweltstatistiken, Stand Juli 1974«.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

Fachserie 19, Reihe 1.2 (zweijährlich)

Außerdem methodische Grundlagen:
WiSta 4/74

22.1.3 Statistik der Abfallbeseitigung in der Viehhaltung

Rechtsgrundlage

Siehe unter 22.1.1.

Periodizität

Zweijährlich; erstmals für 1975, zuletzt für 1979 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Betriebe mit großen Viehhaltungen (genehmigungsbedürftige Betriebe bzw. Tierhaltungsanlagen mit Stallplätzen für mindestens 7 000 Legehennen, 14 000 Stück Mastgeflügel, 700 Mastschweine oder 280 Zuchtsauen).

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Art, Menge und Beseitigung von Abfällen (Mist und Jauche).

Veröffentlichungen

Fachserie 3, Reihe 4 (jährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:
WiSta 4/74; 11/77.

22.2 Statistik der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung

22.2.1 Statistik der öffentlichen Wasserversorgung und der öffentlichen Abwasserbeseitigung

Rechtsgrundlage

Gesetz über Umweltstatistiken in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 311).

Periodizität

Vierjährlich; erstmals für 1975, zuletzt für 1979 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie Unternehmen und Einrichtungen, die Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung und der öffentlichen Abwasserbeseitigung betreiben.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Wasserversorgung: Gewinnung, Bezug und Beschaffenheit von Grundwasser, Quellwasser und Oberflächenwasser, getrennt nach Gewinnungsanlagen. Abgabe von Wasser nach Menge und Beschaffenheit; Zahl der versorgten Einwohner.

Abwasserbeseitigung: Menge und Herkunft des Abwassers; Art und Wirkungsgrad der Abwasserbehandlung; an öffentliche Kanalisation und Kläranlagen angeschlossene und nicht angeschlossene Einwohner; Schädlichkeit des an öffentliche Kanalisation und Kläranlagen angeschlossenen Abwassers einschl. Schädlichkeit des Abwassers landwirtschaftlicher Betriebe, soweit es nicht durch landwirtschaftliche Verwertung beseitigt wird; Sammlung und Ableitung des Abwassers; Menge, Behandlung, Verwendung und Beseitigung des Klärschlammes; Einnahmen aus und Ausgaben für Ableitung und Behandlung des Abwassers.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Wassereinzugsgebiete.

Veröffentlichungen

Fachserie 19, Reihe 2.1 (vierjährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:
WiSta 4/74.

22.2.2 Statistik der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe

Rechtsgrundlage

Siehe unter 22.2.1.

Periodizität

Zweijährlich; erstmals für 1975, zuletzt für 1979 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Höchstens 70 000 Betriebe von Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes mit einem Bezug oder einer Gewinnung von Wasser ab insgesamt 10 000 m³ je Jahr. Im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) auch Betriebe mit einem Bezug oder einer Gewinnung von Wasser von weniger als insgesamt 10 000 m³ je Jahr.

Hinweis: Durch Artikel 23 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294) ist der Erhebungsbereich – bei gleichzeitiger Verringerung der Zahl der Auskunftspflichtigen – eingeschränkt worden. Er umfaßte bis dahin den gesamten Bereich des Produzierenden Gewerbes, Handel, Verkehr, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe sowie Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht.

Berichtsweg
Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Gewinnung, Bezug, Abgabe, Gebrauch und Verbrauch von Wasser; Kreislaufwasser und Mehrfachnutzung; Menge und Schädlichkeit des Abwassers; Art und Wirkungsgrad der Abwasserbehandlung; Sammlung und Ableitung des Abwassers; Menge, Behandlung, Verwendung und Beseitigung des Klärschlammes.

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für Umweltstatistiken, Stand Juli 1974«.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Wassereinzugsgebiete.

Veröffentlichungen

Fachserie 19, Reihe 2.2 (zweijährlich)

Außerdem methodische Grundlagen:
WiSta 4/74.

22.2.3 Statistik der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung

Rechtsgrundlage

Siehe unter 22.2.1.

Periodizität

Zweijährlich; erstmals für 1975, zuletzt für 1979 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Unternehmen, die Wärmekraftwerke für die öffentliche Versorgung betreiben.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Gewinnung und Bezug des Wassers; Kreislaufwasser und Mehrfachnutzung; Menge, Rückkühlung, Behandlung und Beseitigung des Abwassers, getrennt nach Kühlwasser und sonstigem Abwasser.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise, Wassereinzugsgebiete.

Veröffentlichungen

Fachserie 19, Reihe 2.2 (zweijährlich)

Außerdem methodische Grundlagen:
WiSta 4/74.

22.2.4 Statistik der Abwasserbeseitigung in der Viehhaltung

Rechtsgrundlage

Siehe unter 22.2.1.

Periodizität

Zweijährlich; erstmals für 1975, zuletzt für 1979 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Betriebe mit großen Viehhaltungen (genehmigungsbedürftige Betriebe bzw. Tierhaltungsanlagen mit Stallplätzen für mindestens 7 000 Legehennen, 14 000 Stück Mastgeflügel, 700 Mastschweine oder 280 Zuchtsauen).

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Sammlung und Beseitigung des Abwassers.

Veröffentlichungen

Fachserie 3, Reihe 4 (jährlich).

Außerdem methodische Grundlagen:
WiSta 4/74; 11/77.

Rechtsgrundlage

Gesetz über Umweltstatistiken in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 311).

Periodizität

Jährlich; erstmals für 1975 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Nach Landesrecht zuständige Dienststellen.

Berichtsweg

Befragte – StLÄ – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Unfälle bei der Lagerung: Art des Lagerbehälters; Art und Menge des wasser-gefährdenden Stoffes; Art, Ort und Zeit des Unfalls; Ursache des Unfalls; Unfallfolgen.

Unfälle beim Transport: Beförderungsmittel; Art und Menge des wasser-gefährdenden Stoffes; Art, Ort und Zeit des Unfalls; Ursache des Unfalls; Unfallfolgen.

Veröffentlichungen

Bundesministerium des Innern

•Umweltstatistikgesetz §§ 9 und 10. Zusammenstellung aus den Auswertungen der Erhebungen 1978 (Unfälle bei Lagerung und Transport wasser-gefährdender Stoffe)•

22.3 Statistik der Unfälle bei der Lagerung und beim Transport wasser-gefährdender Stoffe

22.4 Statistik der Investitionen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe

Rechtsgrundlage

Gesetz über Umweltstatistiken in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 311).

Periodizität

Jährlich; erstmals für 1975 durchgeführt.

Kreis der Befragten

Höchstens 100 000 Betriebe von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes.

Berichtsweg

Befragte – StLA – StBA.

Ergebnisse

Tatbestände

Für Unternehmen und Betriebe, im Baugewerbe nur für Unternehmen: Zugänge an Sachanlagen, die dem Schutz der Umwelt dienen, und zwar jeweils für Abfallbeseitigung, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung und Luftreinhaltung.

Fachliche Gliederung

»Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für Umweltstatistiken, Stand Juli 1974«.

Regionale Gliederung

StLÄ: Regierungsbezirke, Kreise.

Veröffentlichungen

Fachserie 19, Reihe 3 (jährlich)

Außerdem methodische Grundlagen:
WiSta 4/74.

Hinweis. Die Statistik der Investitionen für Umweltschutz in der Viehhaltung ist auf Grund des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294) eingestellt worden.

23 AUSLANDSSTATISTIK

Allgemeine Auslandsstatistik	
23.1	Internationale Übersichten 387
23.2	Länderberichterstattung 387
Auslandsstatistische Fachgebiete	
23.3	Stand und Entwicklung der Bevölkerung, natürliche Bevölkerungsbewegung 389
23.4	Statistik der Streiks und Aussperrungen 389
23.5	Statistik des Produzierenden Gewerbes 389
23.6	Lohnstatistik..... 390
23.7	Preisstatistik 390

Vorbemerkung: Über das Arbeitsgebiet und die Veröffentlichungen der Auslandsstatistik wird im Textteil ausführlich in Abschnitt 3 4.2 berichtet

Rechtsgrundlage für die auslandsstatistischen Arbeiten des Statistischen Bundesamtes ist § 3 Abs 1 Nr 4 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289).

Als Quellen werden von der Auslandsstatistik hauptsächlich Veröffentlichungen, Dokumente und Mitteilungen amtlicher Stellen des Auslands sowie internationaler Organisationen herangezogen. Vereinzelt wird auch auf ausländische Zeitschriften und ähnliche Unterlagen zurückgegriffen. Soweit wie möglich wird dieses Material durch eigene Feststellungen des Statistischen Bundesamtes ergänzt

Allgemeine Auslandsstatistik

Ergebnisse

Tatbestände

Ländervergleiche für ausgewählte Tatbestände, die für die außenwirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland von besonderer Bedeutung sind.

Veröffentlichungen

IntMon. Monatlicher Berichtsteil mit Konjunkturdaten für zahlreiche Länder; Sonder-tabellenteil für wichtige Fachbereiche.

Internationale Übersichten im StJb

23.1 Internationale Übersichten

Ergebnisse

Tatbestände

1 Länderberichte:

Unregelmäßig: Zusammenfassende textliche Darstellungen und statistische Angaben für einzelne Länder und Ländergruppen über Staats- und Verwaltungsaufbau, Gebiet und Bevölkerung, Gesundheitswesen, Unterricht und Bildung, Erwerbstätigkeit, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Produzieren des Gewerbe (Energiewirtschaft, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Bauwirtschaft), Binnenhandel, Außenhandel, Verkehr, Fremdenverkehr, Geld und Kredit, Öffentliche Finanzen, Entwicklungsplanung, Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Preise, Löhne, Versorgung und Verbrauch, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Zahlungsbilanzen.

2 Länderkurzberichte:

Im allgemeinen ein- bis dreijährlich: Gestraffte textliche und statistische Übersichten mit zeitlichen Vergleichen über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Struktur und Entwicklung von 147 Ländern (Tatbestände wie unter Ziffer 1).

Veröffentlichungen

(Erscheinungsjahr des letzten Berichts in Klammern)

Zu 1. Ägypten (1977), Afghanistan (1966); Äthiopien (1972); Algerien (1975); Argentinien (1968); Australien (1957), Belgien-Luxemburg (1959), Birma (1972); Brasilien (1968); Bulgarien (1978); Burundi (1967); Chile (1970); China (Taiwan) (1970); China, Volksrepublik (1979); Costa Rica (1966); Dominikanische Republik (1965), Ecuador (1965),

23.2 Länderbericht-erstattung

Elfenbeinküste (1969), El Salvador (1965); Frankreich (1961); Gabun (1979), Ghana (1972), Griechenland (1961), Großbritannien und Nordirland (1964); Guatemala (1966); Guinea (1967); Haiti (1965), Honduras (1966); Indien (1971), Indonesien (1974); Irak (1967); Iran (1967), Israel (1958), Italien (1959); Japan (1957); Jemen (1961), Jordanien (1969), Jugoslawien (1974), Kamerun (1968); Kanada (1958); Kenia (1969), Kolumbien (1965); Korea, Dem. Volksrepublik (1977), Korea, Sud (1975), Libanon (1959), Liberia (1973); Libyen (1977), Madagaskar (1973), Malawi (1967); Malaysia (1969), Mali (1966); Marokko (1975), Mexiko (1966); Mongolische Volksrepublik (1962); Nicaragua (1966), Niederlande (1959); Niger (1966); Nigeria (1977), Obervolta (1962); Pakistan (1974); Panama (1966), Paraguay (1965); Peru (1966), Philippinen (1977), Polen (1973); Ruanda (1962); Rumänien (1974), Sambia (1979); Saudi-Arabien (1959); Schweden (1958); Sierra Leone (1962); Somalia (1966); Sowjetunion (1977), Spanien (1960); Sri Lanka (Ceylon) (1972), Sudan (1976); Südafrika (1959); Tansania (1965), Thailand (1967); Togo (1978); Tschad (1964); Tschechoslowakei (1975), Türkei (1972); Tunesien (1976), Uganda (1965); Ungarn (1980), Uruguay (1966); Vietnam, Nord (1963); Zaire (1978); Länder im COMECON (1970).

In Vorbereitung: Indien, Jugoslawien, Kamerun, Kenia, Republik Korea, Philippinen, Polen, Thailand, Türkei

Zu 2: Ägypten (1980); Äquatorialguinea (1980); Äthiopien (1979); Afghanistan (1979); Albanien (1980); Algerien (1980); Angola (1977), Argentinien (1980), Australien (1980), Bahamas (1974), Bahrain (1972), Bangladesch (1980); Barbados (1973), Belgien (1971); Belize (1979), Birma (1979), Bolivien (1980), Botswana (1979), Brasilien (1979); Brunei (1976), Bulgarien (1979); Burundi (1979), Chile (1979); China (Taiwan) (1974), China, Volksrepublik (1980), Costa Rica (1980); Dahome (Benin) (1978); Dänemark (1975), Dominikanische Republik (1978), Ecuador (1980); Elfenbeinküste (1980), El Salvador (1979), Fidschi (1972), Finnland (1975), Frankreich (1976); Gabun (1980), Gambia (1976); Ghana (1980); Griechenland (1977); Großbritannien und Nordirland (1976); Guatemala (1976), Guinea (1975); Guayana, Franz. (1978); Guyana (1974), Haiti (1976); Honduras (1976); Hongkong (1976), Indien (1979); Indonesien (1980); Irak (1978); Iran (1980); Irland (1975); Island (1971), Israel (1976), Italien (1976), Jamaika (1979), Japan (1975); Jemen, Arab. Republik (1979); Jemen, Dem. Volksrepublik (1980), Jordanien (1980); Jugoslawien (1980); Kamerun (1977), Kanada (1974); Katar (1972), Kenia (1979), Kamputschea (1974); Kolumbien (1980); Kongo (Brazzaville) (1974); Korea, Dem. Volksrepublik (1978); Korea, (Sud) (1980), Kuba (1979); Kuwait (1980), Laos (1971), Lesotho (1980); Libanon (1975); Liberia (1980), Libyen (1978), Liechtenstein (1975), Luxemburg (1971); Madagaskar (1979), Malawi (1980); Malaysia (1979), Mali (1976), Malta (1976); Marokko (1980); Mauretanien (1979), Mauritius (1971); Mexiko (1979); Mongolei (1977), Mosambik (1977), Namibia (1978), Nepal (1980), Neuseeland (1975); Nicaragua (1979), Niederlande (1975), Niger (1980), Nigeria (1980); Norwegen (1974); Obervolta (1980), Österreich (1975), Oman (1974), Pakistan (1980), Panama (1979), Papua-Neuguinea (1975), Paraguay (1978); Peru (1980), Philippinen (1978); Polen (1977); Portugal (1980); Ruanda (1980), Rumänien (1980), Sambia (1977); Saudi-Arabien (1979), Schweden (1972); Schweiz (1975), Senegal (1980); Seschellen/Komoren (1980), Sierra Leone (1977); Simbabwe (Rhodesien) (1975), Singapur (1980), Somalia (1980), Sowjetunion (1978); Spanien (1978); Sri Lanka (Ceylon) (1980), Sudan (1980), Südafrika (1975), Surinam (1976); Swasiland (1980), Syrien (1978), Tansania (1980), Thailand (1979), Togo (1980); Trinidad und Tobago (1978), Tschad (1978); Tschechoslowakei (1979), Türkei (1980); Tunesien (1980); Uganda (1980); Ungarn (1977), Uruguay (1980), Venezuela (1978); Vereinigte Arabische Emirate (1975), Vereinigte Staaten (1976), Vietnam (1979), Zaire (Dem. Republik Kongo) (1980); Zentralafrikanische Republik (1974); Zypern (1978)

Auslandsstatistische Fachgebiete

Vorbemerkung: Nachweisungen zu ausgewählten Tatbeständen im Ländervergleich sind in die Veröffentlichungen der »Allgemeinen Auslandsstatistik« (siehe unter 23.1 und 23.2) integriert bzw. als Tabellen in verschiedenen Fachserien (z. B. Außenhandel, Straßenverkehrsunfälle, Verkehrspreise) und/oder im internationalen Teil des »Statistischen Jahrbuchs« (z. B. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Zahlungsbilanzen) enthalten. Im folgenden werden nur diejenigen Statistikbereiche angeführt, zu denen gesonderte Veröffentlichungen erscheinen

Ergebnisse

Tatbestände

Für Erdteile und Regionen:

Fläche, geschätzte Bevölkerung und jährliche Wachstumsrate, Altersgruppen, städtische Bevölkerung, Analphabeten; Geborene und Gestorbene je 1000 Einwohner; durchschnittliche Lebenserwartung, Bruttoreproduktionsindex.

Für Länder:

Fläche, Bevölkerungsstand und -bewegung, geschätzte Geburten- und Sterbeziffern, durchschnittliche Lebenserwartung der Neugeborenen.

Für ausgewählte europäische und außereuropäische Länder:

Bevölkerung nach Geschlecht, Altersgruppen und Familienstand; Bevölkerungswachstum, durchschnittliche Lebenserwartung nach dem Alter; Bevölkerung nach Verwaltungseinheiten und städtischen Agglomerationen; Privathaushalte; Analphabetentum.

Eheschließungen nach Eheschließungsmonaten sowie nach dem Alter der Ehepartner.

Geborene, Lebendgeborene nach Geschlecht, Legitimität und Lebendgeburtensfolge sowie nach dem Alter der Mutter; ehelich Lebendgeborene nach Ehedauer der Eltern; Totgeborene nach Legitimität; ehelich Totgeborene nach dem Alter der Mutter.

Gestorbene nach Altersgruppen und Geschlecht; Gestorbene im 1. Lebensjahr.

Ehescheidungen nach Ehedauer und Zahl der abhängigen Kinder.

Erwerbspersonen nach Altersgruppen, Stellung im Beruf und Wirtschaftsbereichen; Arbeitslosenquoten.

Veröffentlichungen

Fachserie »Statistik des Auslandes«, Reihen 1.1 und 1.2 (unregelmäßig)

23.3 Stand und Entwicklung der Bevölkerung, natürliche Bevölkerungsbewegung

Ergebnisse

Tatbestände

Für ausgewählte europäische und außereuropäische Länder:

Streiks und Aussperrungen, beteiligte Arbeitnehmer sowie verlorene Arbeitstage.

Dreijährlich außerdem nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen.

Fachliche Gliederung

»Internationale Systematik der Wirtschaftszweige« (ISIC).

Veröffentlichungen

Fachserie »Statistik des Auslandes«, Reihe 1.3 (jährlich)

23.4 Statistik der Streiks und Aussperrungen

Ergebnisse

Tatbestände

Für ausgewählte europäische und außereuropäische Länder:

1 Strukturdaten des Produzierenden Gewerbes
Betriebe, Beschäftigung, Umsatz und/oder Produktionswerte.

2 Produktionsdaten des Verarbeitenden Gewerbes
Produktion von ca. 600 Erzeugnissen des Verarbeitenden Gewerbes nach Menge und/oder Wert. Produktionsindex.

23.5 Statistik des Produzierenden Gewerbes

Fachliche Gliederung

Zu 1: »Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO)«.

Zu 2: wie 1, außerdem »Systematisches Warenverzeichnis für die Industriestatistik, Ausgabe 1975«.

Veröffentlichungen

Zu 1: Fachserie »Statistik des Auslandes«, Reihe 2.1 (unregelmäßig),
Reihe 2 S 1 (1970),
Reihe 2 S 2 (1973),
Reihe 2 S 3 (1975)

Zu 2: Fachserie »Statistik des Auslandes«, Reihe 2.2 (unregelmäßig)

23.6 Lohnstatistik 23.6.1 Statistik der Arbeitnehmerverdienste

Ergebnisse

Tatbestände

Für ausgewählte europäische und außereuropäische Länder:

Bruttostundenverdienste und Wochenarbeitszeiten der Arbeiter sowie Bruttomonatsverdienste der Angestellten nach Geschlecht und Wirtschaftszweigen. Maßzahlen der Bruttoverdienste in ausgewählten Wirtschaftszweigen; Arbeitskosten.

Veröffentlichungen

Fachserie »Statistik des Auslandes«, Reihe 4 1 (jährlich)

23.6.2 Statistik der Tariflöhne

Ergebnisse

Tatbestände

Für ausgewählte europäische und außereuropäische Länder:

Tarifliche oder gesetzliche Lohnsätze der Arbeiter nach Wirtschaftszweigen, Berufen und Geschlecht. Lohnindizes nach Wirtschaftszweigen.

Veröffentlichungen

Fachserie »Statistik des Auslandes«, Reihe 4 2 (jährlich)

23.7 Preisstatistik

23.7.1 Statistik der Erzeuger- und Großhandelspreise

Ergebnisse

Tatbestände

Für etwa 50 europäische und außereuropäische Länder:

Erzeuger- und Großhandelspreise wichtiger landwirtschaftlicher und industrieller Grundstoffe (darunter »Welthandelsgüter«) sowie Preisindizes.

Veröffentlichungen

Fachserie »Statistik des Auslandes«, Reihe 5 (monatlich, jährlich)

23.7.2 Statistik der Baupreise

Ergebnisse

Tatbestände

Für etwa 40 europäische und außereuropäische Länder:
Preisindizes für Baustoffe und Bauwerke.

Veröffentlichungen

Fachserie »Statistik des Auslandes«, Reihe 5 (monatlich, jährlich).

23.7.3 Statistik der Verbraucherpreise

Ergebnisse

Tatbestände

Für ausgewählte europäische und außereuropäische Länder (etwa 90 Indizes):
Verbraucherpreise für ausgewählte Waren und Dienstleistungen der Lebenshaltung sowie Preisindizes für die Lebenshaltung nach Gütergruppen.

Veröffentlichungen

Fachserie »Statistik des Auslandes«, Reihe 5 (monatlich, jährlich)

23.7.4 Statistik über den internationalen Vergleich der Preise für die Lebenshaltung

Ergebnisse

Tatbestände

Für etwa 50 europäische und außereuropäische Länder:
Verbrauchergeldparitäten der ausländischen Währungen zur DM, berechnet aus Preisvergleichen für Waren und Dienstleistungen der Lebenshaltung privater Haushalte.
Für 10 europäische Länder:
Reisegeldparitäten.

Veröffentlichungen

WiSta 6/68, 1, 4, 6/69, 1/70.
Fachserie 17, Reihe 10 (monatlich, jährlich).
Außerdem methodische Grundlagen:
WiSta 6/68, 4/69 (Reisegeldparitäten)

Nachweis über einmalige oder inzwischen eingestellte Statistiken in früheren Ausgaben*)

Bezeichnung	Letzte Fundstelle		Bezeichnung	Letzte Fundstelle	
	Ausgabe	Seite		Ausgabe	Seite
Gebiet und Bevölkerung					
Volkszählung 1946	1950	19	Berufliche Mobilität der Frauen (Mikrozensus-Zusatzerhebung 1974)	1976	125
Volkszählung 1950	1962	35			
Volkszählung 1961	1966	47			
Kriegsgefangenenstatistik	1950	17	Unternehmen und Arbeits- stätten		
Registrierung der Kriegsgefangenen, Vermißten, Straf- und Untersuchungsgefangenen im Ausland	1950	19	Arbeitsstättenzählung 1950....	1962	64
Herkunftsgebiete der Vertriebenen (Mikrozensus-Zusatzerhebung 1964)	1971	67	Arbeitsstättenzählung 1961....	1966	75
Aus- und Einwanderungsstatistik	1962	38	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
			Landwirtschaftliche Betriebs- zählung 1949	1962	52
Erwerbstätigkeit			Zählung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe unter 0,5 ha (1950).	1962	53
Berufszählung 1946	1950	19	Landwirtschaftszählung 1960..	1966	63
Berufszählung 1950	1962	41	Landwirtschaftszählung 1971 (mit Repräsentativ- und Sonder- erhebungen)	1976	139
Berufszählung 1961	1966	51	EWG-Strukturerhebung 1966/67 in der Landwirtschaft	1971	127
Merkmale der von den Erwerbstätigen ausgeübten Tätigkeiten (Mikrozensus-Zusatzerhebung 1968)	1971	116	Forsterhebung 1960	1971	128
Betreuung der Kinder (Mikrozensus-Zusatzerhebung 1969) ...	1971	117	Berichterstattung über ländliche Siedlung	1971	131
Umfang des Urlaubsanspruchs (Mikrozensus-Zusatzerhebung 1969)	1971	117	Nutzungsarten von Boden- flächen (Mikrozensus-Zusatzer- hebung 1970)	1971	137
Ausbildung und berufliche Fort- bildung (Mikrozensus-Zusatzer- hebung 1970)	1971	118	Erhebung über die Benutzung von Schleppern und Boden- fräsen in der Land- und Forst- wirtschaft 1953	1962	54
Berufliche und soziale Um- schichtung der Bevölkerung (Mikrozensus-Zusatzerhebung 1971)	1976	125	Erhebung über Anbau und Er- träge von Heil- und Gewürz- pflanzen	1962	57
Nacht- und Sonntagsarbeit (Mikrozensus-Zusatzerhebung 1972)	1976	125	Obstbaumzählung 1965	1971	137
Ausbildungsabsichten der Eltern für ihre Kinder (Mikrozen- sus-Zusatzerhebung 1972)	1976	125	Berichterstattung über Auffor- stung	1962	62
Beendigung der Arbeitszeit am Wochenende (Mikrozensus-Zu- satzerhebung 1972)	1976	125	Berichterstattung über Be- und Verarbeitung von Fischen	1958	47
			Edelpelztierzählung	1950	9

*) Aufgeführt sind die in unregelmäßigen Zeitabständen stattfindenden Zählungen, einmalige Erhebungen sowie inzwischen eingestellte laufende Statistiken. Die Vorläufer der sonstigen in diesem Band nachgewiesenen Statistiken werden hier nicht erwähnt, auch wenn das frühere Frageprogramm teilweise von dem gegenwertigen abweicht.

Bezeichnung	Letzte Fundstelle		Bezeichnung	Letzte Fundstelle	
	Ausgabe	Seite		Ausgabe	Seite
Produzierendes Gewerbe			Verkehr		
Jahreserhebung der Nettoleistung der Industrie 1954	1962	68	Verkehrszensus 1962.....	1971	209
Zensus im Produzierenden Gewerbe 1967	1971	159	Statistik der Güterbewegung im internationalen Verkehr	1962	93
Handwerkszahlung 1949	1956	12	Zusatzerhebung bei den gewerblichen Straßenverkehrsbetrieben 1951	1962	88
Handwerkszahlung 1956	1962	72	Repräsentativerhebung über den Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen 1952	1962	88
Handwerkszahlung 1963	1966	82	Benutzte Verkehrsmittel (Mikrozensus-Zusatzerhebung 1969)	1971	210
Handwerkszahlung 1968	1976	184	Führerscheininhaber und Ausnutzung der Fahrerlaubnisse (Mikrozensus-Zusatzerhebung 1965)	1971	215
Jahreserhebung der Wareneingänge und Warenvorräte (im Handwerk).	1976	186	Statistik des Güterkraftverkehrs	1971	219
Bautätigkeit und Wohnungen			Statistik der Kraftfahrzeugfahrleistungen	1971	222
Kostenstrukturerhebung in der Wohnungswirtschaft für das Jahr 1953	1962	76	Statistik der Kosten und Leistungen im Güterverkehr	1966	95
Statistik der Wohnraumvergaben	1962	78	Geld und Kredit		
Statistik der Baubeginne	1962	76	Halbmonatliche Bankenstatistik	1962	96
Gebäude- und Wohnungszählung 1950	1958	56	Erhebung der Einlagen der öffentlichen Hand	1953	70
Statistik der Wohn- und Mietverhältnisse und des Wohnungsbedarfs (Wohnungsstatistik) 1956/57	1966	87	Statistik zur Durchführung der Währungsreform	1953	70
Gebäudezählung 1961	1971	190	Anlageformen vermögenswirksamer Leistungen (Mikrozensus-Zusatzerhebung 1972)	1976	245
Statistik der Gebäude und Wohnungen der ausländischen Streitkräfte	1956	13	Rechtspflege		
Wohnungsdefizitberechnungen	1966	88	Amnestiestatistik	1962	51
Tiefbaustatistik	1976	191	Bildung und Kultur		
Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr			Statistik der Turn- und Sportstätten 1965	1971	97
Handels- und Gaststättenzählung 1960/61	1966	91	Statistik der Schulanlagen	1976	102
Handels- und Gaststättenzählung 1968/70	1976	199	Statistik zur Situation im Schulsport	1976	103
Einkaufsmöglichkeiten und Einkaufsverhalten in Großstädten (Mikrozensus-Zusatzerhebung 1972)	1976	203			

Bezeichnung	Letzte Fundstelle		Bezeichnung	Letzte Fundstelle	
	Ausgabe	Seite		Ausgabe	Seite
Gesundheitswesen			Finanzen und Steuern		
Ausbildung in erster Hilfe (Mikrozensus-Zusatzerhebung 1964)	1971	83	Monatsstatistik der Finanzwirtschaft	1966	120
Unfälle und Vergiftungen von Kindern und Jugendlichen unter 15 Jahren (Mikrozensus-Zusatzerhebung 1965)	1971	83	Statistik der Ausgaben für Landstraßen I. Ordnung und Landstraßen II. Ordnung	1966	120
Körperliche, geistige und seelische Behinderung von Kindern (Mikrozensus-Zusatzerhebung 1974)	1976	96	Gewerbesteuerstatistik	1976	284
Sozialleistungen			Wirtschaftsrechnungen		
Statistik der Unterhaltsbeihilfen für Angehörige von Kriegsgefangenen	1962	104	Statistik über die Einkommenslage der Wohnbevölkerung (Mikrozensus-Zusatzerhebung 1962)	1966	133
Statistik über die sozialen Verhältnisse der Renten- und Unterstützungsempfänger 1953/55	1962	106	Erhebung von Wirtschaftsrechnungen in Arbeiterhaushalten der Montan-Industrien 1956/57	1962	123
Statistik der Lager und Lagerinsassen 1955	1962	107	Löhne und Gehälter		
Eingliederungshilfe für Behinderte 1966 (Zusatzerhebung zur Statistik der Sozialhilfe)	1966	117	Personalkostenerhebung im Straßenverkehrsgewerbe 1967	1971	295
Tuberkulosehilfe 1968 (Zusatzerhebung zur Statistik der Sozialhilfe)	1971	258	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Erwerbsgartenbau 1962	1971	296
Sonstige Hilfen der Kriegsopfersorge 1969 (Zusatzerhebung zur Statistik der Kriegsopfersorge)	1971	259	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung im öffentlichen Dienst 1968	1971	298
			Statistik der Vermögensbildung der Arbeitnehmer 1964	1971	300
			Umweltschutz		
			Statistik der Investitionen für Umweltschutz in der Viehhaltung	1976	323

MATERIALIEN UND ÜBERSICHTEN

1 Rechtsgrundlagen

Ergänzend zu der ausführlichen Darstellung der Rechtsgrundlagen in Kapitel 2 des Textteils wird hier ein zusammenfassender Überblick über den verfassungsrechtlichen Rahmen der amtlichen Statistik in der Bundesrepublik Deutschland gegeben. Daneben findet sich eine Übersicht über die Grundlagen der supranationalen Rechtsetzung durch die Europäischen Gemeinschaften (vgl. hierzu auch Kapitel 2 und 7 des Textteils). Außerdem ist der Wortlaut des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 14. März 1980 abgedruckt und ein Fundstellennachweis für die Gesetze und Rechtsverordnungen aufgenommen worden, die statistische Erhebungen anordnen.

1.1 Allgemeine Bestimmungen des Grundgesetzes*)

Bei den Aufgaben der Bundesstatistik handelt es sich dem Gegenstand nach um einen Teilbereich der Eingriffsverwaltung des Bundes. Von elementarer Bedeutung ist daher für die statistische Verwaltung das Gebot der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, das in Artikel 20 Abs. 3 GG postuliert ist:

Artikel 20 Abs. 3:

»Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmaßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.«

Aus dieser Norm ergibt sich, daß einerseits alle gultigen Rechtssätze beachtet werden müssen, andererseits jede Verpflichtung des Bürgers durch die statistische Verwaltung einer wirksamen Ermächtigungsgrundlage bedarf.

Für die Schaffung der Rechtsgrundlagen auf dem Gebiet der Statistik für Bundeszwecke ist gemäß Artikel 73 Nr. 11 GG ausschließlich der Bund zuständig.

Artikel 73 Nr. 11:

*»Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über ...
11. die Statistik für Bundeszwecke.«*

Der Bund hat von dieser Befugnis Gebrauch gemacht durch das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314). Derzeit gültig ist das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289). In ihm sind die Rahmenvorschriften für diesen Bereich der öffentlichen Verwaltung enthalten.

Die einzelnen statistischen Erhebungen werden aufgrund spezieller Gesetze durchgeführt; unter bestimmten Voraussetzungen genügen auch Rechtsverordnungen. Die Anordnung einer Bundesstatistik durch Rechtsverordnung ist dabei nur innerhalb der verfassungsrechtlichen Grenzen des Artikels 80 Abs. 1 GG zulässig.

Artikel 80 Abs. 1:

»Durch Gesetz können die Bundesregierung, ein Bundesminister oder die Landesregierungen ermächtigt werden, Rechtsverordnungen zu erlassen. Dabei müssen Inhalt, Zweck und Ausmaß der erteilten Ermächtigung im Gesetze bestimmt werden. Die Rechtsgrundlage ist in der Verordnung anzugeben. Ist durch Gesetz vorgesehen, daß eine Ermächtigung weiter übertragen werden kann, so bedarf es zur Übertragung der Ermächtigung einer Rechtsverordnung.«

Was die Erhebung und Aufbereitung der Statistiken und damit die Ausführung der Bundesgesetze über Statistik angeht, gilt die Regelung des Artikels 83 GG, die diese Aufgabe grundsätzlich den Ländern als deren eigene Angelegenheit zuweist.

Artikel 83:

»Die Länder führen die Bundesgesetze als eigene Angelegenheit aus, soweit dieses Grundgesetz nichts anderes bestimmt oder zuläßt.«

Eine Ausnahmenvorschrift im Sinne des Artikels 83 GG stellt Artikel 87 Abs. 3 Satz 1 GG dar.

Artikel 87 Abs. 3 Satz 1:

»Außerdem können für Angelegenheiten, für die dem Bunde die Gesetzgebung zusteht, selbständige Bundesoberbehörden und neue bundesunmittelbare Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechtes durch Bundesgesetz errichtet werden.«

*) Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 (BGBl. I S. 1)

Aufgrund dieser Bestimmung wurde das Statistische Bundesamt errichtet, das in bestimmten Fällen auch Bundesstatistiken zentral durchführt. Die Aufgaben des Statistischen Bundesamtes sind im einzelnen in § 3 BStatG geregelt

Soweit die Statistikgesetze von den Ländern als eigene Angelegenheit ausgeführt werden, muß sich der Gesetzesvollzug in dem von Artikel 84 GG vorgegebenen Rahmen bewegen.

Artikel 84:

»(1) Führen die Länder die Bundesgesetze als eigene Angelegenheit aus, so regeln sie die Einrichtung der Behörden und das Verwaltungsverfahren, soweit nicht Bundesgesetze mit Zustimmung des Bundesrates etwas anderes bestimmen.

(2) Die Bundesregierung kann mit Zustimmung des Bundesrates allgemeine Verwaltungsvorschriften erlassen.

(3) Die Bundesregierung übt die Aufsicht darüber aus, daß die Länder die Bundesgesetze dem geltenden Rechte gemäß ausführen. Die Bundesregierung kann zu diesem Zwecke Beauftragte zu den obersten Landesbehörden entsenden, mit deren Zustimmung und, falls diese Zustimmung versagt wird, mit Zustimmung des Bundesrates auch zu den nachgeordneten Behörden.

(4) Werden Mängel, die die Bundesregierung bei der Ausführung der Bundesgesetze in den Ländern festgestellt hat, nicht beseitigt, so beschließt auf Antrag der Bundesregierung oder des Landes der Bundesrat, ob das Land das Recht verletzt hat. Gegen den Beschluß des Bundesrates kann das Bundesverfassungsgericht angerufen werden.

(5) Der Bundesregierung kann durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, zur Ausführung von Bundesgesetzen die Befugnis verliehen werden, für besondere Fälle Einzelweisungen zu erteilen. Sie sind, außer wenn die Bundesregierung den Fall für dringlich erachtet, an die obersten Landesbehörden zu richten.«

1.2 Ausgewählte Bestimmungen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft¹⁾

Die Ziele der Gemeinschaft sind in Artikel 2 des EWG-Vertrages umschrieben:

Artikel 2:

»Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und die schrittweise Annäherung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten eine harmonische Entwicklung des Wirtschaftslebens innerhalb der Gemeinschaft, eine beständige und ausgewogene Wirtschaftsausweitung, eine größere Stabilität, eine beschleunigte Hebung der Lebenshaltung und engere Beziehungen zwischen den Staaten zu fördern, die in dieser Gemeinschaft zusammengeschlossen sind.«

Die Gemeinschaft hat die in Artikel 4 Abs. 1 des EWG-Vertrages genannten Organe:

Artikel 4 Abs. 1:

»(1) Die der Gemeinschaft zugewiesenen Aufgaben werden durch folgende Organe wahrgenommen:

- eine Versammlung,*
- einen Rat,*
- eine Kommission,*
- einen Gerichtshof.*

Jedes Organ handelt nach Maßgabe der ihm in diesem Vertrag zugewiesenen Befugnisse.«

Während der Rat für die meisten grundsätzlichen, insbesondere rechtsetzenden Entscheidungen zuständig ist, hat die Kommission im wesentlichen Verwaltungsbefugnisse. Sie wirkt bei den vom Rat zu fassenden Beschlüssen dadurch mit, daß sie auf den meisten Gebieten ein Vorschlagsrecht besitzt, ohne dessen Wahrnehmung der Rat keinen Beschluß fassen kann. Auch hat die Kommission die allgemeine Aufgabe, für die Einhaltung des Vertrages zu sorgen. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedient sich die Kommission u. a. des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften.

Das Amtsgeheimnis ist in Artikel 214 geregelt:

Artikel 214:

»Die Mitglieder der Organe der Gemeinschaft, die Mitglieder der Ausschüsse sowie die Beamten und sonstigen Bediensteten der Gemeinschaft sind verpflichtet, auch nach Beendigung ihrer Amtstätigkeit Aus-

¹⁾ Vom 25. März 1957, BGBl II S. 766

künfte, die ihrem Wesen nach unter das Berufsgeheimnis fallen, nicht preiszugeben; dies gilt insbesondere für Auskünfte über Unternehmen sowie deren Geschäftsbeziehungen oder Kostenelemente.«

Zur Erreichung der Vertragsziele sind die Organe der Gemeinschaft auf den Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse der Mitgliedstaaten angewiesen. Sie brauchen dazu auch statistisches Material. Artikel 213 begründet daher ein allgemeines Auskunftsrecht der Kommission:

Artikel 213¹⁾:

»Zur Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben kann die Kommission alle erforderlichen Auskünfte einholen und alle erforderlichen Nachprüfungen vornehmen; der Rahmen und die nähere Maßgabe hierfür werden vom Rat gemäß den Bestimmungen dieses Vertrags festgelegt.«

Grundlage für das Auskunftsverlangen können Rechtsakte der Gemeinschaft sein. Näheres hierzu bestimmt Artikel 189 des EWG-Vertrages:

Artikel 189:

»Zur Erfüllung ihrer Aufgaben und nach Maßgabe dieses Vertrags erlassen der Rat und die Kommission Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen, sprechen Empfehlungen aus oder geben Stellungnahmen ab. Die Verordnung hat allgemeine Geltung. Sie ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Die Richtlinie ist für jeden Mitgliedstaat, an den sie gerichtet wird, hinsichtlich des zu erreichenden Ziels verbindlich, überläßt jedoch den innerstaatlichen Stellen die Wahl der Form und der Mittel.

Die Entscheidung ist in allen ihren Teilen für diejenigen verbindlich, die sie bezeichnet.

Die Empfehlungen und Stellungnahmen sind nicht verbindlich «

1.3 Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG)²⁾

Vom 14. März 1980

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Abschnitt I

Das Statistische Bundesamt

§ 1

(1) Das Statistische Bundesamt ist eine selbständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern.

(2) Der Präsident des Statistischen Bundesamtes wird vom Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundesregierung ernannt.

§ 2

Das Statistische Bundesamt führt seine Arbeiten nach den Anforderungen der fachlich zuständigen Bundesminister im Rahmen eines mit der Finanzplanung abgestimmten Aufgabenprogramms und der verfügbaren Haushaltsmittel durch.

§ 3

(1) Aufgabe des Statistischen Bundesamtes ist es,

1. Statistiken für Bundeszwecke (Bundesstatistiken) methodisch und technisch vorzubereiten, auf die einheitliche und termingemäße Durchführung der Erhebungs- und Aufbereitungsprogramme von Bundesstatistiken durch die Länder hinzuwirken, ihre Ergebnisse in der erforderlichen sachlichen und regionalen Gliederung für den Bund zusammenzustellen sowie für allgemeine Zwecke zu veröffentlichen und darzustellen;

¹⁾ Wortlich übereinstimmend Artikel 187 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft vom 25. März 1957 (BGBl. II S. 753, 1018) ähnlich auch Artikel 47 Abs. 1 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 18. April 1951 (BGBl. 1952 II S. 445) – ²⁾ BGBl. I S. 289

2. Bundesstatistiken zu erheben und aufzubereiten, wenn und soweit es in einem Bundesgesetz bestimmt ist oder soweit die beteiligten Länder zustimmen, sowie Zusatzaufbereitungen für Bundeszwecke und Sonderaufbereitungen für wissenschaftliche Zwecke durchzuführen, soweit die Statistischen Landesämter diese nicht selbst durchführen;
 3. nach Maßgabe des § 9 Abs. 1 Satz 2 Geschäftsstatistiken zu bearbeiten;
 4. Statistiken anderer Staaten, der Europäischen Gemeinschaften und internationaler Organisationen zusammenzustellen und ihre Ergebnisse für allgemeine Zwecke zu veröffentlichen und darzustellen;
 5. auf die sachliche, zeitliche und räumliche Abstimmung der Statistiken hinzuwirken, die in den Nummern 1 bis 3 und in § 9 genannt sind oder von anderen Bundesstellen durchgeführt werden;
 6. an der Vorbereitung des Programms der Bundesstatistik und der Rechts- und allgemeinen Verwaltungsvorschriften des Bundes, die die Aufgaben der Bundesstatistik berühren, mitzuwirken;
 7. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und sonstige Gesamtsysteme statistischer Daten für Bundeszwecke aufzustellen sowie sie für allgemeine Zwecke zu veröffentlichen und darzustellen;
 8. die allgemeine Statistische Datenbank des Bundes einzurichten und zu führen sowie an der Koordinierung von speziellen Datenbanken anderer Stellen des Bundes mitzuwirken; das gleiche gilt für entsprechende Vorhaben außerhalb der Bundesverwaltung, soweit der Bund für Bundeszwecke eingeschaltet wird;
 9. zur Vereinfachung und Verbesserung der Datengewinnung und -verarbeitung für Zwecke der Bundesstatistik an Nummerungsvorhaben und Bestrebungen des Bundes zur Automation von Verwaltungsvorgängen und Gerichtsverfahren mitzuwirken; das gleiche gilt, soweit der Bund in entsprechende Vorhaben außerhalb der Bundesverwaltung eingeschaltet wird;
 10. die Bundesbehörden bei der Vergabe von Forschungsaufträgen bezüglich der Gewinnung und Bereitstellung statistischer Daten zu beraten sowie im Auftrag der obersten Bundesbehörden auf dem Gebiet der Bundesstatistik Forschungsaufträge auszuführen, Gutachten zu erstellen und sonstige Arbeiten statistischer und ähnlicher Art durchzuführen.
- (2) Die Statistischen Landesämter und die sonstigen mit der Durchführung von Bundesstatistiken betrauten Stellen leiten dem Statistischen Bundesamt auf Anforderung Einzelangaben zu, soweit dies für die methodische und technische Vorbereitung von Bundesstatistiken nach Absatz 1 Nr. 1 oder die Durchführung von Zusatzaufbereitungen für Bundeszwecke nach Absatz 1 Nr. 2 erforderlich ist; das gleiche gilt für die Erfüllung der entsprechenden Aufgaben im supra- und internationalen Bereich.
- (3) Bei Landesstatistiken, an deren bundeseinheitlicher Zusammenstellung ein Bundesinteresse besteht, kann das Statistische Bundesamt die Aufgaben nach Absatz 1 Nr. 1 wahrnehmen, soweit die beteiligten Länder zustimmen.

Abschnitt II

Der Statistische Beirat

§ 4

- (1) Das Statistische Bundesamt erhält einen Beirat.
- (2) Der Beirat setzt sich zusammen aus
1. dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes oder seinem Vertreter im Amt als Vorsitzenden,
 2. je einem Vertreter der Bundesministerien, des Bundesrechnungshofes, der Deutschen Bundesbank und der Deutschen Bundesbahn,
 3. den Leitern der Statistischen Landesämter oder ihren Vertretern im Amt,
 4. je einem Vertreter der kommunalen Spitzenverbände,
 5. sieben Vertretern der gewerblichen Wirtschaft und einem Vertreter der Arbeitgeberverbände,
 6. drei Vertretern der Gewerkschaften,
 7. zwei Vertretern der Landwirtschaft,
 8. zwei Vertretern der wirtschaftswissenschaftlichen Institute,
 9. zwei Vertretern der Hochschulen.

Im Falle der Beschlußfassung haben die unter den Nummern 1 bis 3 genannten Mitglieder nur beratende Stimmen.

(3) Die Landesregierungen sind zu den Sitzungen des Beirats zu laden. Ihre Vertreter müssen jederzeit gehört werden.

(4) Die Mitglieder nach Absatz 2 Nr. 4 bis 9 sind durch den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes auf Vorschlag der in Frage kommenden Verbände und Einrichtungen zu berufen, der zuständige Bundesminister bestimmt die vorschlagsberechtigten Verbände und Einrichtungen

(5) Der Beirat kann für bestimmte Sachgebiete ständige Fachausschüsse und für einzelne Fragen Arbeitskreise einsetzen. Zu den Sitzungen des Beirats, der Fachausschüsse und der Arbeitskreise können Sachverständige hinzugezogen werden. Zu den Sitzungen der Fachausschüsse und Arbeitskreise sind die Bundesministerien zu laden und jederzeit zu hören.

(6) Die Tätigkeit im Beirat, in den Fachausschüssen und in den Arbeitskreisen ist ehrenamtlich.

§ 5

(1) Das Statistische Bundesamt holt bei der Durchführung seiner Aufgaben in methodischen und technischen Fragen den Beirat oder seine Fachausschüsse und Arbeitskreise. In Fällen, die der Beschleunigung bedürfen oder einfach liegen, kann dies auch schriftlich geschehen.

(2) Das Statistische Bundesamt hat die Anregungen und Vorschläge des Beirats zu prüfen und im Rahmen der verwaltungsmäßigen Notwendigkeiten und finanziellen Möglichkeiten zu verwerten

Abschnitt III

Anordnung von Bundesstatistiken

§ 6

(1) Die Bundesstatistiken werden, soweit nicht in Absatz 2 oder in anderen Rechtsvorschriften Ausnahmen zugelassen sind, durch Gesetz angeordnet.

(2) Die Bundesregierung wird ermächtigt, statistische Erhebungen durch Rechtsverordnungen mit Zustimmung des Bundesrates mit einer Geltungsdauer bis zu drei Jahren anzuordnen, wenn folgende Voraussetzungen gegeben sind:

1. die Ergebnisse der Erhebung müssen zur Erfüllung bestimmter, im Zeitpunkt der Erhebung schon festliegender Bundeszwecke erforderlich sein,
2. die Erhebung darf nicht einen unbeschränkten Personenkreis erfassen,
3. die voraussichtlichen Kosten der Erhebung ohne die Kosten für die Veröffentlichung dürfen beim Bund und bei den Ländern zusammen 1 Million Deutsche Mark jährlich nicht übersteigen.

(3) Die mit Bundesstatistiken amtlich befaßten Stellen können auf freiwilliger Grundlage zur Vorbereitung statistischer Erhebungen

1. Angaben zur Prüfung der Auskunftspflicht und der statistischen Zuordnung erheben,
2. Fragebogen und Erhebungsverfahren auf ihre Zweckmäßigkeit erproben.

(4) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates unbeschadet der Geltung der die Statistik anordnenden Rechtsvorschrift bis zu drei Jahren die Durchführung einer Bundesstatistik oder die Erhebung einzelner Sachverhalte auszusetzen, die Periodizität zu verlängern sowie den Kreis der Befragten einzuschränken, wenn die Ergebnisse nicht mehr oder nicht mehr in der ursprünglich vorgesehenen Ausführlichkeit oder Häufigkeit benötigt werden oder wenn tatsächliche Voraussetzungen für eine Statistik entfallen sind

§ 7

(1) Die die Bundesstatistik anordnende Rechtsvorschrift muß die zu erfassenden Sachverhalte, die Art der Erhebung, die Berichtszeit, die Periodizität und den Kreis der Befragten bestimmen. Die Rechtsvorschrift soll das Informationsbedürfnis der Länder berücksichtigen. Sie ist auf den Erhebungsvordrucken anzugeben

(2) Bei Bundesstatistiken, die auf freiwilligen Auskünften beruhen, ist die Freiwilligkeit der Beantwortung den Befragten bekanntzugeben.

§ 8

Die Kosten der Bundesstatistik werden, soweit sie bei den Bundesbehörden entstehen, vom Bund, im übrigen von den Ländern getragen.

Abschnitt IV
Besondere Verfahrensbestimmungen

§ 9

- (1) Die Bundesminister nehmen die Aufgabe des § 3 bei Statistiken wahr, deren Unterlagen ausschließlich im Geschäftsgang der Bundesbehörden anfallen oder deren Bearbeitung sich vom Geschäftsgang nicht trennen läßt (Geschäftsstatistiken). Sie können diese Aufgaben ganz oder teilweise dem Statistischen Bundesamt übertragen.
- (2) Die Bundesregierung kann in besonderen Fällen einen Bundesminister oder die von ihm zu bestimmende Stelle ermächtigen, für bestimmte Bundesstatistiken, auch wenn sie keine Geschäftsstatistiken sind, die Aufgaben des § 3 ganz oder zum Teil wahrzunehmen.

Abschnitt V
Auskunftspflicht

§ 10

- (1) Alle natürlichen und alle juristischen Personen des Privatrechts sowie Personenhandelsgesellschaften und Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, Behörden und sonstige öffentliche Stellen des Bundes, der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände sowie deren Aufsicht unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sind zur Beantwortung der ordnungsgemäß angeordneten Fragen verpflichtet, soweit nicht die Antwort ausdrücklich freigestellt ist.
- (2) Die Verpflichtung der Befragten, Auskunft zu erteilen, besteht gegenüber den mit der Durchführung der Bundesstatistiken amtlich betrauten Stellen und Personen
- (3) Die Antwort ist wahrheitsgemäß, vollständig, fristgerecht sowie kosten- und portofrei zu erteilen.
- (4) Sind Erhebungsvordrucke zur Ausfüllung durch den Befragten vorgesehen, so sind die Antworten auf diesen Erhebungsvordrucken zu erteilen. Die Richtigkeit der Angaben ist durch Unterschrift zu bestätigen, soweit es im Erhebungsvordruck vorgesehen ist.

Abschnitt VI
Geheimhaltung

§ 11

- (1) Einzelangaben über persönliche und sachliche Verhältnisse, die für eine Bundesstatistik gemacht werden, sind, soweit durch Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist, von den Amtsträgern und für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten, die mit der Durchführung von Bundesstatistiken betraut sind, geheimzuhalten, es sei denn, daß der Betroffene im Einzelfall in die Übermittlung oder Veröffentlichung der von ihm gemachten Einzelangaben ausdrücklich einwilligt. Die §§ 93, 97, 105 Abs. 1, § 111 Abs. 5 in Verbindung mit § 105 Abs. 1 sowie § 116 Abs. 1 der Abgabenordnung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 613), zuletzt geändert durch Zweites Kapitel Artikel 1 des Gesetzes vom 26. November 1979 (BGBl. I S. 1953), gelten nicht für Personen und Stellen, soweit sie mit der Durchführung von Bundes- und Landesstatistiken betraut sind.
- (2) Die Übermittlung von Einzelangaben zwischen den mit der Durchführung einer Bundesstatistik betrauten Personen und Stellen ist zulässig, soweit dies zur Erstellung der Bundesstatistik erforderlich ist.
- (3) Das Statistische Bundesamt, die Statistischen Landesämter und die sonstigen erhebenden Stellen und Behörden sind berechtigt und verpflichtet, den fachlich zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden, den von ihnen bestimmten Stellen sowie sonstigen Amtsträgern und für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten auf Verlangen statistische Einzelangaben zu übermitteln, wenn und soweit diese Übermittlung unter Angabe des Empfängerkreises und der Art des Verwendungszweckes in der die Statistik anordnenden Rechtsvorschrift zugelassen und in den Erhebungsvordrucken bekanntgegeben ist. In dieser Rechtsvorschrift und den Erhebungsvordrucken ist auch anzugeben ob die Übermittlung mit oder ohne Nennung von Namen oder von Namen und Anschrift zugelassen ist. Aus den Angaben gewonnene Erkenntnisse dürfen nicht zu Maßnahmen gegen den Betroffenen verwendet werden.
- (4) Die Geheimhaltungspflicht nach Absatz 1 gilt auch für die Personen, denen nach Absatz 3 Einzelangaben zugeleitet werden.
- (5) Einzelangaben, die so anonymisiert werden, daß sie Auskunftspflichtigen oder Betroffenen nicht mehr zuzuordnen sind, dürfen vom Statistischen Bundesamt und von den Statistischen Landesämtern übermittelt werden.
- (6) Eine Zusammenfassung von Angaben mehrerer Auskunftspflichtiger ist keine Einzelangabe im Sinne dieses Gesetzes.

(7) Die zur Identifizierung der Auskunftspflichtigen sowie sonstiger Betroffener dienenden Daten, insbesondere Namen und Anschriften, sind zu löschen, wenn ihre Kenntnis für die Erfüllung der Aufgaben auf dem Gebiet der Statistik für Bundeszwecke nicht mehr erforderlich ist. Namen und Anschriften der Auskunftspflichtigen sollen von den übrigen Angaben getrennt und unter besonderem Verschluß gehalten werden.

Abschnitt VII

Besondere Bestimmungen über statistische Erhebungen der Europäischen Gemeinschaften sowie die supra- und internationalen Aufgaben des Statistischen Bundesamtes

§ 12

Die Vorschriften dieses Gesetzes gelten auch für statistische Erhebungen, die durch unmittelbar geltende Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften angeordnet sind, soweit sich aus diesen Rechtsakten nichts anderes ergibt.

§ 13

Im supra- und internationalen Bereich hat das Statistische Bundesamt insbesondere die Aufgabe, an der Vorbereitung von statistischen Programmen und Rechtsvorschriften sowie an der methodischen und technischen Vorbereitung und Harmonisierung von Statistiken sowie der Aufstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen und sonstiger Gesamtsysteme statistischer Daten für Zwecke der Europäischen Gemeinschaften und internationaler Organisationen mitzuwirken und die Ergebnisse an die Europäischen Gemeinschaften und internationalen Organisationen weiterzuleiten.

Abschnitt VIII

Bußgeldvorschriften

§ 14

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig eine Auskunft nach § 10 Abs. 1 bis 3 nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erteilt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Deutsche Mark geahndet werden.

Abschnitt IX

Übergangs- und Schlußbestimmungen

§ 15

Für Statistiken, bei denen zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes ein Bundesminister die Aufgaben des § 3 wahrnimmt, gilt die besondere Ermächtigung der Bundesregierung nach § 9 Abs. 2 als erteilt.

§ 16

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 17

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 29-I, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 52 des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung vom 14. Dezember 1976 (BGBl I S. 3341) tritt zum gleichen Zeitpunkt außer Kraft.

1.4 Fundstellennachweis statistischer Gesetze und Verordnungen

(Stand 1. April 1981)

Die Übersicht enthält alle Rechtsgrundlagen für Bundesstatistiken und Statistiken der Europäischen Gemeinschaften, die vom Statistischen Bundesamt oder den Statistischen Landesämtern bearbeitet werden. Statistiken, die aufgrund von »Fachgesetzen« oder Verwaltungsvereinbarungen von den Bundesressorts oder anderen Bundesdienststellen durchgeführt werden, bleiben außer Betracht.

Nachgewiesen werden in einer Gliederung nach Sachgebieten, die sich an den »Katalog der Statistiken« anlehnt, die Fundstellen für die Gesetzes- bzw. Verordnungstexte und ihre Begründungen. Soweit Rechtsgrundlagen mehrere Sachgebiete betreffen, sind sie mehrfach zugeordnet; dies wird durch *) kenntlich gemacht. Am Schluß finden sich ferner Hinweise auf die wichtigsten Regelungen zum Datenschutz.

Eine Loseblattsammlung »Statistische Rechtsgrundlagen«, die jährlich aktualisiert wird, enthält die Texte aller einschlägigen Rechtsgrundlagen im vollen Wortlaut (einschl. Begründungen). Das Statistische Bundesamt stellt die Unterlage Interessenten auf Anforderung zur Verfügung.

Sachgebiet/Rechtsgrundlage	Fundstelle von	
	Gesetz/Verordnung	Begründung zur Rechtsgrundlage
Erstes Gesetz zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980	BGBI. I S. 294	BTDrucks. Nr. 8/2518 vom 26. Januar 1979
BEVÖLKERUNG		
Gesetz über eine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1970) vom 14. April 1969*)	BGBI. I S. 292	BTDrucks. V/3616 vom 6. Dezember 1968
Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. März 1980 geändert durch das Melderechtsrahmengesetz (MRRG) vom 16. August 1980*)	BGBI. I S. 308	BTDrucks. Nr. 3005 vom 12. Dezember 1956
	BGBI. I S. 1429	—
Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 15. Juli 1975	BGBI. I S. 1909	BTDrucks. 7/3042 vom 27. Dezember 1974
ergänzt durch Art. 2 des 1. Statistikbereinigungsgesetzes vom 14. März 1980*)	BGBI. I S. 294	—
WAHLEN		
Bundeswahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. September 1975, § 51	BGBI. I S. 2325	—
Bundeswahlordnung vom 8. November 1979, § 85	BGBI. I S. 1805	—
Gesetz über die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Europawahlgesetz – EuWG) vom 16. Juni 1978, § 25	BGBI. I S. 709	BTDrucks. Nr. 8/361 vom 6. Mai 1977
Verordnung über die Vorbereitung und Durchführung der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Europawahlordnung – EuWO) vom 23. August 1978, § 78	BGBI. I S. 1405	—

Sachgebiet/Rechtsgrundlage	Fundstelle von	
	Gesetz/Verordnung	Begründung zur Rechtsgrundlage
ERWERBSTÄTIGKEIT		
Gesetz über eine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1970) vom 14. April 1969 *)	BGBI. I S. 292	BTDrucks. V/3616 vom 6. Dezember 1968
Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 15. Juli 1975 ergänzt durch Art. 2 des 1. Statistikbereinigungsgesetzes vom 14. März 1980 *)	BGBI. I S. 1909 BGBI. I S. 294	BTDrucks. 7/3042 vom 27. Dezember 1974 —
Verordnung (EWG) Nr. 195/81 des Rates vom 20. Januar 1981 zur Durchführung einer Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte im Frühjahr 1981	Amtsbl. der EG Nr. L 24 S. 1	—
Verordnung (EWG) Nr. 311/76 des Rates vom 9. Februar 1976 über die Erstellung von Statistiken über ausländische Arbeitnehmer	Amtsbl. der EG Nr. L 39 S. 1	—
UNTERNEHMEN UND ARBEITSSTÄTTEN		
Gesetz über eine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1970) vom 14. April 1969 *)	BGBI. I S. 292	BTDrucks. V/3616 vom 6. Dezember 1968
Gesetz über Kostenstrukturstatistik (KoStrukStatG) vom 12. Mai 1959 geändert durch Gesetz über eine Pressestatistik vom 1. April 1975 und durch Gesetz über die Statistik im Produzieren der Gewerbe vom 6. November 1975	BGBI. I S. 245 BGBI. I S. 777 BGBI. I S. 2779	BTDrucks. Nr. 770 vom 5. Januar 1959 BTDrucks. 7/2407 vom 18. Juli 1974 BTDrucks. 7/3372 vom 17. März 1975
LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, FISCHEREI		
Gesetz über eine Zählung in der Landwirtschaft (Landwirtschaftszählungsgesetz 1979 – LwZG 1979) vom 5. Mai 1978	BGBI. I S. 597	BRDrucks. Nr. 414/77 vom 2. September 1977
Verordnung (EWG) Nr. 218/78 des Rates vom 19. Dezember 1977 zur Durchführung einer Erhebung über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe 1979/1980	Amtsbl. der EG Nr. L 35 S. 1	BRDrucks. Nr. 384/77 vom 22. August 1977
Agrarberichterstattungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juli 1980	BGBI. I S. 822	BTDrucks. 7/1990 vom 11. April 1974
Gesetz über Bodennutzungs- und Ernteerhebung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1978	BGBI. I S. 1509	BRDrucks. Nr. 556/77 vom 4. November 1977
Viehzahlungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juli 1980	BGBI. I S. 817	BTDrucks. Nr. 2102 vom 15. Februar 1956
Gesetz über eine Statistik der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juli 1980	BGBI. I S. 820	BTDrucks. Nr. 1794 vom 30. Dezember 1963

Sachgebiet/Rechtsgrundlage	Fundstelle von	
	Gesetz/Verordnung	Begründung zur Rechtsgrundlage
Gesetz über betriebs- und marktwirtschaftliche Meldungen in der Landwirtschaft vom 23. Dezember 1966	BGBI. I S. 683	BRDrucks. Nr. 233/66 vom 10. Juni 1966
Verordnung zur Einschränkung und Änderung des Erhebungsprogramms nach § 2 des Gesetzes über betriebs- und marktwirtschaftliche Meldungen in der Landwirtschaft vom 11. August 1976	BGBI. I S. 2196	—
Verordnung über eine Obstanbauerhebung vom 25. Januar 1977	BGBI. I S. 219	BRDrucks. 620/76 vom 20. Oktober 1976
Verordnung Nr. 24 über die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Wein vom 4. April 1962 ¹⁾	Amtsbl. der EG Nr. 30 S. 989	—
Verordnung (EWG) Nr. 357/79 des Rates vom 5. Februar 1979 über statistische Erhebungen der Rebflächen	Amtsbl. der EG Nr. L 54 S. 124	BRDrucks. 628/77 vom 13. Dezember 1977
Verordnung (EWG) Nr. 991/79 der Kommission vom 17. Mai 1979 zur Festlegung eines Tabellenprogramms und Definitionen in statistischen Grunderhebungen der Rebflächen und zur Aufhebung der Verordnungen Nr. 143 und Nr. 26/64/EWG der Kommission	Amtsbl. der EG Nr. L 129 S. 1	—
Verordnung (EWG) Nr. 1992/80 des Rates vom 22. Juli 1980 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 357/79 über statistische Erhebungen der Rebflächen	Amtsbl. der EG Nr. L 195 S. 10	—
Gesetz über eine Holzstatistik vom 30. April 1968	BGBI. I S. 333	BTDrucks. V/2180 vom 13. Oktober 1967
Gesetz über Umweltstatistiken in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. März 1980 *), hier § 8 (Abfallbeseitigung und Abwasserbeseitigung in der Viehwirtschaft)	BGBI. I S. 311	BRDrucks. Nr. 332/73 vom 4. Mai 1973
Gesetz über eine Geflügelstatistik vom 29. März 1967	BGBI. I S. 388	BTDrucks. V/1287 vom 12. Januar 1967
geändert durch Änderungsgesetz vom 17. April 1974	BGBI. I S. 972	—
Verordnung (EWG) Nr. 2782/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die Erzeugung von und den Verkehr mit Bruteiern und Küken von Hausgeflügel	Amtsbl. der EG Nr. L 282 S. 100	BRDrucks. Nr. 140/75 vom 12. März 1975
Neufassung des Fleischbeschaugesetzes vom 29. Oktober 1940, § 25a (eingefügt durch Änderungsgesetz vom 15. September 1969)	RGBl. I S. 1463 BGBI. I S. 1627	— —
Geflügelfleischhygienegesetz - GFIHG - vom 12. Juli 1973, § 34	BGBI. I S. 776	BRDrucks. Nr. 648/72 vom 22. Dezember 1972

¹⁾ Grundlegende EWG-Verordnung für das Weinbaukataster und die Weinerzeugungs- und -bestandsstatistik. Ergänzende Bestimmungen hierzu siehe im »Katalog der Statistiken«, S. 139 und 150

Sachgebiet/Rechtsgrundlage	Fundstelle von	
	Gesetz/Verordnung	Begründung zur Rechtsgrundlage
Verordnung über die Durchführung der Fleischbeschau- und Geflügelfleischhygienestatistik (Fleischhygiene-Statistik-Verordnung – FISTV) vom 20. Dezember 1976 und Berichtigung vom 29. Dezember 1976	BGBI. I S. 3615	BRDrucks. 669/76 vom 10. November 1976
	BGBI. I S. 3839	–
Gesetz über eine Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik vom 29. August 1975	BGBI. I S. 2305	BTDrucks. Nr. 7/3440 vom 1. April 1975
Gesetz über eine Milchstatistik vom 25. Juli 1968	BGBI. I S. 860	BTDrucks. V/2864 vom 30. April 1968
Gesetz über eine Fischereistatistik vom 21. Juli 1960	BGBI. I S. 589	BTDrucks. Nr. 1626 vom 16. Februar 1960
PRODUZIERENDES GEWERBE		
Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Mai 1980	BGBI. I S. 641	BTDrucks. 7/3372 vom 17. März 1975
Verordnung über die statistische Erfassung des Material- und Wareneingangs im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Baugewerbe vom 20. Oktober 1977	BGBI. I S. 1897	BRDrucks. Nr. 396/77 vom 7. September 1977
Gesetz über Statistiken der Rohstoff- und Produktionswirtschaft einzelner Wirtschaftszweige vom 11. November 1960	BGBI. I S. 842	BTDrucks. Nr. 1808 vom 28. April 1960
geändert durch Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975 und durch Änderungsgesetz vom 22. Juni 1976	BGBI. I S. 2779 S. 1607	BTDrucks. 7/4603 vom 20. Januar 1976
Gesetz über eine Düngemittelstatistik vom 15. November 1977	BGBI. I S. 2137	BTDrucks. Nr. 8/371 vom 10. Mai 1977
Gesetz über die Handwerkszählung 1977 (Handwerkszählungsgesetz 1977) vom 10. August 1976	BGBI. I S. 2125	BTDrucks. 7/5228 vom 20. Mai 1976
Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handwerk in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Mai 1980	BGBI. I S. 648	BTDrucks. Nr. 1547 vom 18. Januar 1960
BAUTÄTIGKEIT UND WOHNUNGEN		
Zweites Gesetz über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit und die Fortschreibung des Gebäudebestandes (2. BauStatG) vom 27. Juli 1978	BGBI. I S. 1118	BRDrucks. Nr. 141/77 vom 25. März 1977
Zweites Wohnungsbaugesetz (Wohnungsbau- und Familienheimgesetz – II. WoBauG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juli 1980, hier § 32 (Bewilligungsstatistik)	BGBI. I S. 1085	–
Gesetz über die Gebäude- und Wohnungszählung 1968 (Wohnungszählungsgesetz 1968) vom 18. März 1968	BGBI. I S. 225	BTDrucks. Nr. 1318 vom 31. März 1967

Sachgebiet/Rechtsgrundlage	Fundstelle von	
	Gesetz/Verordnung	Begründung zur Rechtsgrundlage
Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik auf dem Gebiet des Wohnungswesens (Wohnungsstichprobengesetz 1978) vom 14. Dezember 1977	BGBl. I S. 2562	BTDrucks. Nr. 8/921 vom 21. September 1977
HANDEL, GASTGEWERBE, REISEVERKEHR		
Gesetz über die Statistik im Handel und Gastgewerbe (Handelsstatistikgesetz – HdlStatG) vom 10. November 1978	BGBl. I S. 1733	BTDrucks. Nr. 8/1766 vom 2. Mai 1978
Gesetz über die Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr (Beherbergungsstatistikgesetz – BeherbStatG) vom 14. Juli 1980	BGBl. I S. 953	BRDrucks. Nr. 388/79 vom 7. September 1979
Gesetz über die Statistik des Warenverkehrs mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost) vom 16. Juni 1978	BGBl. I S. 751	BTDrucks. Nr. 8/1488 vom 1. Februar 1978
AUSSENHANDEL		
Gesetz über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs (Außenhandelsstatistikgesetz – AHStatGes) vom 1. Mai 1957	BGBl. I S. 413	BTDrucks. Nr. 2658 vom 8. August 1956
geändert durch Art. 9 des 1. Statistikbereinigungsgesetzes vom 14. März 1980	BGBl. I S. 294	–
Neufassung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs vom 14. Juli 1977	BGBl. I S. 1281	BRDrucks. Nr. 183/77 vom 19. April 1977
geändert durch Art. 24 des 1. Statistikbereinigungsgesetzes vom 14. März 1980	BGBl. I S. 294	–
Verordnung (EWG) Nr. 1736/75 des Rates vom 24. Juni 1975 über die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten	Amtsbl. der EG Nr. L 183 S. 3	BTDrucks. 7/18 vom 14. Dezember 1972
Verordnung (EWG) Nr. 518/79 der Kommission vom 19. März 1979 über die Erfassung der Ausfuhr vollständiger Fabrikationsanlagen in der Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten	Amtsbl. der EG Nr. L 69 S. 10	–
VERKEHR		
Gesetz über die Statistik der Straßen in den Gemeinden 1976 vom 7. April 1975	BGBl. I S. 830	BTDrucks. 7/338 vom 10. Mai 1974
Gesetz zur Durchführung einer Statistik über die Personenbeförderung im Straßenverkehr in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Juni 1980	BGBl. I S. 865	BTDrucks. V/3202 vom 14. August 1968
Verordnung über die Durchführung einer Statistik der Beförderungsleistungen im Güterfernverkehr vom 20. April 1956	BAnz. Nr. 83 S. 1	–
Gesetz über eine Statistik im Güterkraftverkehr 1978 vom 24. November 1977	BGBl. I S. 2261	BTDrucks. Nr. 8/177 vom 15. März 1977

Sachgebiet/Rechtsgrundlage	Fundstelle von	
	Gesetz/Verordnung	Begründung zur Rechtsgrundlage
Gesetz über eine Statistik des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs vom 21. Dezember 1973	BGBI. I S. 1987	BRDrucks. Nr. 77/73 vom 12. Januar 1973
Gesetz zur Durchführung einer Straßenverkehrsunfallstatistik (StVUnfG) vom 18. Mai 1961 geändert durch Gesetz vom 20. September 1965	BGBI. I S. 606 S. 1437	BTDrucks. Nr. 2310 vom 10. Dezember 1960
Verordnung über eine Eisenbahnstatistik vom 8. August 1965 geändert durch Art. 25 des 1. Statistikbereinigungsgesetzes vom 14. März 1980	BGBI. I S. 749 BGBI. I S. 294	BRDrucks. Nr. 348/65 vom 22. Juni 1965 —
Gesetz über die Statistik der Binnenschifffahrt vom 26. Juli 1957 geändert durch Art. 16 des 1. Statistikbereinigungsgesetzes vom 14. März 1980	BGBI. II S. 742 BGBI. I S. 294	BTDrucks. Nr. 2924 vom 28. November 1956 —
Gesetz über die Statistik der Seeschifffahrt vom 26. Juli 1957 geändert durch Art. 14 des 1. Statistikbereinigungsgesetzes vom 14. März 1980	BGBI. II S. 739 BGBI. I S. 294	BTDrucks. Nr. 3162 vom 4. Februar 1957 —
Verordnung über die Meldestellen für die Seeverkehrsstatistik vom 24. April 1958 geändert durch Änderungs-Verordnung vom 18. März 1960	BAnz. Nr. 80 S. 1 BAnz. Nr. 57 S. 1	— —
Gesetz über die Luftfahrtstatistik vom 30. Oktober 1967 geändert durch Art. 15 des 1. Statistikbereinigungsgesetzes vom 14. März 1980	BGBI. I S. 1053 BGBI. I S. 294	BTDrucks. V/1702 vom 11. Mai 1967 —
Verordnung zum Gesetz über die Luftfahrtstatistik vom 30. Oktober 1967 geändert durch 1. und 2. Änderungs-Verordnung vom 12. November 1973 bzw. 10. März 1976	BGBI. I S. 1056 BGBI. I S. 1675 S. 705	— —
Zweite Verordnung zum Gesetz über die Luftfahrtstatistik vom 24. Juli 1968	BGBI. I S. 866	—
GELD UND KREDIT, VERSICHERUNGEN		
Hypothekendarlehenbankgesetz in der Fassung vom 5. Februar 1963, § 23 zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. März 1974 und Art. 16 des 1. Statistikbereinigungsgesetzes vom 14. März 1980	BGBI. I S. 81 BGBI. I S. 671 S. 294	— —
Gesetz über Schiffspfandbriefbanken (Schiffsbankgesetz) in der Fassung vom 8. Mai 1963, § 21 zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. März 1974 und Art. 17 des 1. Statistikbereinigungsgesetzes vom 14. März 1980	BGBI. I S. 302 BGBI. I S. 671 S. 294	— —

Sachgebiet/Rechtsgrundlage	Fundstelle von	
	Gesetz/Verordnung	Begründung zur Rechtsgrundlage
Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten in der Fassung vom 8. Mai 1963, § 7 zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. März 1974 und Art. 18 des 1. Statistikbereinigungsgesetzes vom 14. März 1980	BGBI. I S. 312 BGBI. I S. 669 S. 294	– –
BILDUNG UND KULTUR		
Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen (Hochschulstatistikgesetz – HStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21 April 1980 *)	BGBI. I S. 453	BRDrucks. Nr. 89/71 vom 19. Februar 1971
Bundesgesetz über individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsförderungsgesetz – BAföG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. April 1976, § 55 zuletzt geändert durch 6. BAfoGÄndG vom 16. Juli 1979	BGBI. I S. 989 BGBI. I S. 1037	BTDrucks. VI/1975 vom 18. März 1971 BRDrucks. 525/78 vom 9. November 1978
Gesetz zur Förderung des Angebots an Ausbildungsplätzen in der Berufsausbildung (Ausbildungsplatzförderungsgesetz) vom 7. September 1976, 2. Kapitel ²⁾	BGBI. I S. 2658	BTDrucks. 7/5236 vom 20. Mai 1976
Gesetz über eine Pressestatistik vom 1. April 1975	BGBI. I S. 777	BTDrucks. 7/2407 vom 18. Juli 1974
Gesetz über Maßnahmen zur Förderung des deutschen Films (Filmförderungsgesetz – FFG) vom 25. Juni 1979	BGBI. I S. 803	BRDrucks. 228/78 vom 12. Mai 1978
GESUNDHEITSWESEN		
Bundes-Seuchengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Dezember 1979, §§ 3, 5a und 8	BGBI. I S. 2262	BRDrucks. 402/78 vom 8. September 1978
Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 25. August 1969	BGBI. I S. 1351	BTDrucks. V/3615 vom 6. Dezember 1968
Fünftes Gesetz zur Reform des Strafrechts (5. StrRG) vom 18. Juni 1974 geändert durch 15. Strafrechtsänderungsgesetz vom 18. Mai 1976, hier Art. 4 (Schwangerschaftsabbruchstatistik)	BGBI. I S. 1297 BGBI. I S. 1213	– –
Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 15. Juli 1975 ergänzt durch Art. 2 des 1. Statistikbereinigungsgesetzes vom 14. März 1980 *)	BGBI. I S. 1909 BGBI. I S. 294	BTDrucks. 7/3042 vom 27. Dezember 1974 –

²⁾ Durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Ausbildungsplatzförderungsgesetz (APIFG), das infolge der fehlenden Zustimmung des Bundesrats für verfassungswidrig erklärt worden ist, wurde der durch dieses Gesetz angeordneten Berufsbildungsstatistik die Rechtsgrundlage entzogen. Ein neues Gesetz befindet sich in der parlamentarischen Beratung.

Sachgebiet/Rechtsgrundlage	Fundstelle von	
	Gesetz/Verordnung	Begründung zur Rechtsgrundlage
Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. März 1980 geändert durch das Melderechtsrahmengesetz (MRRG) vom 16. August 1980 *), hier § 1 Nr. 1 (Todesursachenstatistik)	BGBl. I S. 308 BGBl. I S. 1429	BTDrucks. Nr. 3005 vom 12. Dezember 1956 –
SOZIALLEISTUNGEN		
Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsopferfürsorge und der Jugendhilfe vom 15. Januar 1963 geändert durch Art. 19 des 1. Statistikbereinigungsgesetzes vom 14. März 1980	BGBl. I S. 49 BGBl. I S. 294	BTDrucks. Nr. 615 vom 20. August 1962 –
Verordnung zur Durchführung einer Zusatzstatistik auf dem Gebiet der Sozialhilfe über Hilfe zur Pflege vom 12. Dezember 1977	BGBl. I S. 2536	BRDrucks. Nr. 426/77 vom 12. September 1977
Schwerbehindertengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Oktober 1979, § 51 neugefaßt durch Art. 20 des 1. Statistikbereinigungsgesetzes vom 14. März 1980	BGBl. I S. 1649 BGBl. I S. 294	– –
Wohngeldgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 1980	BGBl. I S. 1741	BTDrucks. Nr. 8/287 vom 14. April 1977
FINANZEN UND STEUERN		
Gesetz über die Finanzstatistik in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Juni 1980 und Berichtigung vom 27. Juni 1980	BGBl. I S. 673 BGBl. I S. 782	BTDrucks. Nr. 1367 vom 9. November 1959
Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen (Hochschulstatistikgesetz – HStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. April 1980 *), hier § 8, Nr. 5 (Hochschulfinanzstatistik)	BGBl. I S. 453	BRDrucks. 89/71 vom 19. Februar 1971
Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 zuletzt geändert durch Art. 22 des 1. Statistikbereinigungsgesetzes vom 14. März 1980	BGBl. I S. 665 S. 294	BTDrucks. V/519 vom 14. April 1966
Entwicklungsländer-Steuergezet (EntwLStG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Mai 1979, §§ 1, 7 und 9	BGBl. I S. 564	BTDrucks. 8/2501 vom 24. Januar 1979
Tabaksteuergesetz (TabStG 1980) vom 13. Dezember 1979, § 23	BGBl. I S. 2118	BRDrucks. 229/79 vom 11. Mai 1979

Sachgebiet/Rechtsgrundlage	Fundstelle von	
	Gesetz/Verordnung	Begründung zur Rechtsgrundlage
WIRTSCHAFTSRECHNUNGEN		
Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961 ergänzt durch Änderungsgesetz vom 19. Januar 1968 und geändert durch Art. 10 des 1. Statistikbereinigungsgesetzes vom 14. März 1980	BGBI. I S. 18 BGBI. I S. 97 S. 294	BTDrucks. Nr. 1623 vom 16. Februar 1960 –
Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 18. Mai 1977	BGBI. I S. 737	BRDrucks. Nr. 47/77 vom 1 Februar 1977
LÖHNE UND GEHÄLTER		
Gesetz über die Lohnstatistik vom 18. Mai 1956 ergänzt und geändert durch Änderungsgesetz vom 4. August 1971	BGBI. I S. 429 BGBI. I S. 1217	BTDrucks. Nr. 1994 v. 30. Dezember 1955 BRDrucks. 700/70 v. 18. Dezember 1970
Verordnung (EWG) Nr. 495/78 des Rates vom 6. März 1978 zur Durchführung einer Erhebung über die Struktur und die Verteilung der Löhne und Gehälter in der Industrie, im Groß- und im Einzelhandel sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe	Amtsbl. der EG Nr. L 68 S. 3	BRDrucks. Nr. 12/78 vom 19. Januar 1978
Verordnung (EWG) Nr. 3112 des Rates vom 27. November 1980 bezüglich einer Erhebung über die Verdienste der ständig in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter	Amtsbl. der EG Nr. L 326 S. 6	BRDrucks. 454/80 vom 25. Juli 1980
Verordnung (EWG) Nr. 494/78 des Rates vom 6. März 1978 zur Durchführung einer Arbeitskostenerhebung in der Industrie, im Groß- und im Einzelhandel sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe	Amtsbl. der EG Nr. L 68 S. 1	BRDrucks. Nr. 12/78 vom 19. Januar 1978
Zweite Verordnung zur Durchführung einer Erhebung über Arten und Umfang der betrieblichen Altersversorgung vom 6. April 1977	BAnz. Nr. 69 S. 1	BRDrucks. Nr. 739/76 vom 20. Dezember 1976
PREISE		
Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958	BGBI. I S. 605	BTDrucks. Nr. 44 vom 30. November 1957
Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Preisstatistik vom 29. Mai 1959 zuletzt geändert durch Art. 27 des 1. Statistikbereinigungsgesetzes vom 14. März 1980	BAnz. Nr. 104 S. 1 BGBI. I S. 249	– –
UMWELTSCHUTZ		
Gesetz über Umweltstatistiken in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. März 1980 *)	BGBI. I S. 311	BRDrucks. Nr. 332/73 vom 4. Mai 1973
Verordnung nach § 5 Abs. 3 Nr. 1 des Gesetzes über Umweltstatistiken (Dritte Abwasserschadlichkeitsverordnung) vom 8. November 1979	BGBI. I S. 1908	BRDrucks. 359/79 vom 16. Juli 1979
Verordnung zur Änderung der Erhebungstermine für die Abfallstatistiken vom 12. Januar 1979	BGBI. I S. 76	BRDrucks. 505/78 vom 31. Oktober 1978

Sachgebiet/Rechtsgrundlage	Fundstelle von	
	Gesetz/Verordnung	Begründung zur Rechtsgrundlage
DATENSCHUTZ		
Gesetz zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (Bundesdatenschutzgesetz – BDSG) vom 27. Januar 1977	BGBI. I S. 201	BTDrucks. 7/1027 vom 21. September 1973
Datenschutzregisterordnung (DSRegO) vom 9. Februar 1978	BGBI. I S. 250	–
Datenschutzgebührenordnung (DSGebO) vom 22. Dezember 1977	BGBI. I S. 3153	–
Datenschutzveröffentlichungsordnung (DSVeröffO) vom 3. August 1977	BGBI. I S. 1477	–

2 Systematiken

2.1 Gliederungstiefe und Anwendungsgebiete wichtiger deutscher Systematiken

Systematik	Gliederungstiefe und Anwendungsgebiete
Unternehmens- und Betriebssystematiken	
Systematik der Wirtschaftszweige, Grundsystematik mit Erläuterungen, Ausgabe 1961, mit Nachtrag 1970 ¹⁾ 2)	Zahl der Positionen: 10 Abteilungen (Einsteller), 26 Unterabteilungen (Zweisteller), 176 Gruppen (Dreisteller), 496 Untergruppen (Viersteller), 856 Klassen (Fünfsteller); außerdem »Sonderschlüssel zum Nachweis bestimmter Anstalten und Einrichtungen: 5 Untergruppen, 19 Klassen.
Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für Umweltstatistiken (SYUM) – für die Bereiche außerhalb des Produzierenden Gewerbes –	Zahl der Positionen: 18 Zweisteller, 68 Dreisteller, 150 Viersteller, 213 Fünfsteller (siehe hierzu auch unter »SYUM« der WZ 1979). Anwendungsgebiete: Statistik der Abfallbeseitigung im Handel, Verkehr und bei bestimmten Anstalten und Einrichtungen; Statistik der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in der Wirtschaft; Statistik der Investitionen für Umweltschutz.
Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – für die Bereiche außerhalb des Produzierenden Gewerbes –	Zahl der Positionen: 3 Sektoren (ohne Unternehmen des Produzierenden Gewerbes), 20 Bereiche (siehe hierzu auch unter »Fassung für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen« der WZ 1979). Anwendungsgebiet: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.
Systematik der Produktionsbereiche in Input-Output-Rechnungen, Ausgabe 1980 (SIO 1980) ³⁾ – für die Bereiche außerhalb der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, des Produzierenden Gewerbes und des Handels –	Zahl der Positionen: 5 Abteilungen (Einsteller), 65 Gruppen (Dreisteller), 495 Waren- bzw. Dienstleistungsarten (Sechssteller) (siehe hierzu auch unter »SIO 1980« der WZ 1979). Anwendungsgebiet: Input-Output-Tabellen im Rahmen Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen.
Systematik der Wirtschaftszweige, Grundsystematik mit Erläuterungen, Ausgabe 1961, mit Nachtrag 1970 ¹⁾ 2) – in unterschiedlicher Gliederungstiefe –	Anwendungsgebiete: Pressestatistik, Statistik der Filmwirtschaft, Statistik der Streiks und Aussperrungen, Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren, Statistik der Aktienmärkte, Beherbergungsstatistik, Statistik des Güterverkehrs mit Kraftfahrzeugen, ausgewählte Preisstatistiken, Verdiensterhebung in der Landwirtschaft und in Industrie und Handel, Statistik der Tariflöhne und -gehälter.

¹⁾ Für alle nach Institutionen gegliederten Statistiken – Hierzu auch »Alphabetisches Verzeichnis der Betriebs- und ähnlichen Benennungen« – ²⁾ Die »Systematik der Wirtschaftszweige, Grundsystematik mit Erläuterungen«, Ausgabe 1961, mit Nachtrag 1970, wurde umfassend revidiert und wird durch die »Systematik der Wirtschaftszweige mit Erläuterungen, Ausgabe 1979«, ersetzt. Der Übergang von der alten auf die neue Systematik wird in einzelnen Statistiken zeitlich unterschiedlich vollzogen. Das hat zur Folge, daß in einer Übergangsphase für einzelne Statistiken noch die Ausgabe 1961 bzw. der Nachtrag 1970, für andere Statistiken dagegen bereits die Ausgabe 1979 der Systematik der Wirtschaftszweige angewendet wird – ³⁾ Erscheinungsfolge jährlich

Systematik	Gliederungstiefe und Anwendungsgebiete
<p><i>Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit, Ausgabe 1973⁴⁾</i> – mit eigenem Nummernsystem –</p>	<p>Zahl der Positionen: 10 Abteilungen (Einsteller), 95 Gruppen (Zweisteller), 293 Klassen (Dreisteller)</p> <p>Anwendungsgebiete: Arbeitsmarktstatistik, Beschäftigtenstatistik</p>
<p>Systematik der Wirtschaftszweige mit Erläuterungen, Ausgabe 1979 (WZ 1979)⁵⁾</p>	<p>Zahl der Positionen: 10 Abteilungen (Einsteller), 40 Unterabteilungen (Zweisteller), 209 Gruppen (Dreisteller), 612 Untergruppen (Viersteller), 1 064 Klassen (Fünfsteller); außerdem »Sonderschlüssel zum Nachweis bestimmter Anstalten und Einrichtungen«: 5 Untergruppen, 32 Klassen.</p>
<p><i>Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO)⁶⁾</i> – mit eigenem Nummernsystem –</p>	<p>Zahl der Positionen: 42 Zweisteller, 254 Viersteller.</p> <p>Anwendungsgebiete: Monats-, Jahres- und mehrjährige Erhebungen bei Betrieben und Unternehmen des Bergbaus, des Verarbeitenden Gewerbes, des Baugewerbes sowie der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung; Indizes des Auftragseingangs, des Auftragsbestandes, der Nettoproduktion, der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter und der Arbeitsproduktivität.</p>
<p><i>Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für Umweltstatistiken (SYUM)</i> – für den Bereich des Produzierenden Gewerbes; mit eigenem Nummernsystem –</p>	<p>Zahl der Positionen: 42 Zweisteller, 264 Viersteller (siehe hierzu auch unter »SYUM« der WZ 1961).</p> <p>Anwendungsgebiete: Statistik der Abfallbeseitigung im Produzierenden Gewerbe; Statistik der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in der Wirtschaft; Statistik der Investitionen für Umweltschutz.</p>
<p><i>Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen</i> – für den Bereich des Produzierenden Gewerbes –</p>	<p>Zahl der Positionen: 1 (Teil-) Sektor, 18 Bereiche (siehe hierzu auch unter »Fassung für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen« der WZ 1961).</p> <p>Anwendungsgebiet: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen</p>
<p><i>Systematik der Produktionsbereiche in Input-Output-Rechnungen, Ausgabe 1980 (SIO 1980)³⁾</i> – für die Bereiche der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, des Produzierenden Gewerbes und des Handels –</p>	<p>Zahl der Positionen: 5 Abteilungen (Einsteller), 16 Unterabteilungen (Zweisteller), 112 Gruppen (Dreisteller), 2 546 Waren- bzw. Dienstleistungsarten (Sechststeller) (siehe hierzu auch unter »SIO 1980« der WZ 1961).</p> <p>Anwendungsgebiet: Input-Output-Tabellen im Rahmen Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen.</p>

³⁾ Erscheinungsfolge jährlich – ⁴⁾ In Anlehnung an die »Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1961, mit Nachtrag 1970«. – ⁵⁾ Für alle nach Institutionen gegliederten Statistiken – Hierzu auch »Systematik der Wirtschaftszweige mit Betriebs- und ähnlichen Benennungen« und »Alphabetisches Verzeichnis der Betriebs- und ähnlichen Benennungen zur Systematik der Wirtschaftszweige« – ⁶⁾ Bisherige Bezeichnung für die vorgezogene Veröffentlichung des Bereiches »Produzierendes Gewerbe« der revidierten WZ »Systematik der Wirtschaftszweige (WZ) rev., Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe – SYPRO –, Stand 1976«

Systematik	Gliederungstiefe und Anwendungsgebiete
<i>Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Handwerkszählung⁷⁾</i>	<p>Zahl der Positionen: 8 Abteilungen (Einsteller), 18 Unterabteilungen (Zweisteller), 67 Gruppen (Dreisteller), 122 Untergruppen (Viersteller), 89 Klassen (Fünfsteller)</p> <p>Anwendungsgebiet: Handwerkszählung 1977.</p>
<i>Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Steuerstatistiken</i>	<p>Zahl der Positionen: 10 Abteilungen (Einsteller), 38 Unterabteilungen (Zweisteller), 187 Gruppen (Dreisteller), 526 Untergruppen (Viersteller), 923 Klassen (Fünfsteller)</p> <p>Anwendungsgebiete: Einkommensteuerstatistik, Körperschaftsteuerstatistik, Einheitswertstatistik, Umsatzsteuerstatistik, Statistik der Effektenkurse.</p>
<i>Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung</i>	<p>Zahl der Positionen: 10 Abteilungen (Einsteller), 36 Unterabteilungen (Zweisteller), 196 Gruppen (Dreisteller), 479 Untergruppen (Viersteller), 650 Klassen (Fünfsteller).</p> <p>Anwendungsgebiet: Arbeitsstättenzählung. (Die 1980 erstellte Fassung steht für eine künftige Arbeitsstättenzählung zur Verfügung.)</p>
<i>Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Berufszählung</i>	<p>Zahl der Positionen: 4 Bereiche, 10 Abteilungen (Einsteller), 42 Unterabteilungen (Zweisteller), 100 Gruppen (Dreisteller).</p> <p>Anwendungsgebiet: Volkszählung (erwerbsstatistische Tatbestände). (Die 1980 erstellte Fassung steht für eine künftige Berufszählung zur Verfügung.)</p>
<i>Systematik der Wirtschaftszweige mit Erläuterungen, Ausgabe 1979 (WZ 1979)⁸⁾ – in unterschiedlicher Gliederungstiefe –</i>	<p>Anwendungsgebiete: Kostenstrukturstatistik, Statistik der Kapitalgesellschaften, Bilanzstatistik, Handwerksberichterstattung, Handels- und Gaststättenzählung 1979, Berichterstattung im Handel und im Gastgewerbe, Eisenbahnstatistik, Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr, Seeschiffahrtsstatistik, Binnenschiffahrtsstatistik, Luftfahrtstatistik, Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich.</p>
Verzeichnis der Gewerbe, die als Handwerk betrieben werden können, Anlage A der Handwerksordnung vom 28. 12. 1965	<p>Zahl der Positionen: 7 Gruppen (Einsteller), 125 Zweige (Dreisteller).</p> <p>Anwendungsgebiete: Handwerkszählung 1977, Handwerksberichterstattung, Verdiensterhebung im Handwerk.</p>

⁷⁾ Vorgezogene Fassung 1977 der revidierten WZ – ⁸⁾ Siehe Fußnote ⁵⁾ auf S. 418

Systematik	Gliederungstiefe und Anwendungsgebiete								
Systematiken der öffentlichen Finanzwirtschaft und der privaten Haushalte Funktions- und Gruppierungsplan für die staatlichen Haushalte	Zahl der Positionen: <table> <tr> <td>Funktionsplan</td><td>Gruppierungsplan</td></tr> <tr> <td>10 Hauptfunktionen (Einsteller)</td><td>10 Hauptgruppen (Einsteller)</td></tr> <tr> <td>65 Oberfunktionen (Zweisteller)</td><td>63 Obergruppen (Zweisteller)</td></tr> <tr> <td>248 Funktionen (Dreisteller).</td><td>348 Gruppen (Dreisteller)</td></tr> </table> Anwendungsgebiete: Alle Statistiken über die Finanzen von Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Ländern sowie der staatlichen Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen	Funktionsplan	Gruppierungsplan	10 Hauptfunktionen (Einsteller)	10 Hauptgruppen (Einsteller)	65 Oberfunktionen (Zweisteller)	63 Obergruppen (Zweisteller)	248 Funktionen (Dreisteller).	348 Gruppen (Dreisteller)
Funktionsplan	Gruppierungsplan								
10 Hauptfunktionen (Einsteller)	10 Hauptgruppen (Einsteller)								
65 Oberfunktionen (Zweisteller)	63 Obergruppen (Zweisteller)								
248 Funktionen (Dreisteller).	348 Gruppen (Dreisteller)								
Gliederungs- und Gruppierungsplan für die kommunalen Haushalte	Zahl der Positionen: <table> <tr> <td>Gliederungsplan</td><td>Gruppierungsplan</td></tr> <tr> <td>10 Einzelpläne (Einsteller)</td><td>10 Hauptgruppen (Einsteller)</td></tr> <tr> <td>81 Abschnitte (Zweisteller)</td><td>76 Gruppen (Zweisteller)</td></tr> <tr> <td>32 Unterabschnitte (Dreisteller).</td><td>189 Untergruppen (Dreisteller).</td></tr> </table> Anwendungsgebiete: Alle Statistiken über die Finanzen der Gemeinden, Gemeindeverbände, Zweckverbände u. dgl. (= Kommunalfinanzen) sowie der kommunalen Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.	Gliederungsplan	Gruppierungsplan	10 Einzelpläne (Einsteller)	10 Hauptgruppen (Einsteller)	81 Abschnitte (Zweisteller)	76 Gruppen (Zweisteller)	32 Unterabschnitte (Dreisteller).	189 Untergruppen (Dreisteller).
Gliederungsplan	Gruppierungsplan								
10 Einzelpläne (Einsteller)	10 Hauptgruppen (Einsteller)								
81 Abschnitte (Zweisteller)	76 Gruppen (Zweisteller)								
32 Unterabschnitte (Dreisteller).	189 Untergruppen (Dreisteller).								
Schlüssel für die Zusammenfassung der Staats- und Kommunalfinanzen (Zusammenfassung der beiden vorgenannten Systematiken)	Anwendungsgebiete: Alle Statistiken über Einnahmen, Ausgaben, Schulden und das Personal des öffentlichen Gesamthaushalts								
Systematisches Verzeichnis der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1963 <i>Einnahmen</i> <i>Ausgaben⁹⁾</i>	Anwendungsgebiete: Laufende Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichproben. Zahl der Positionen: 6 Zweisteller, 16 Dreisteller, 34 Viersteller, 51 Fünfsteller. 5 Zweisteller, 12 Dreisteller, 26 Viersteller, 39 Fünfsteller								
Gütersystematiken Güterverzeichnis für die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Ausgabe 1978 (GÜLA) ¹⁰⁾	Zahl der Positionen: 5 Gruppen (Zweisteller), 20 Zweige (Dreisteller), 72 Klassen (Viersteller), 565 Meldenummern (Sechssteller) Anwendungsgebiete: Textilstatistik, Statistik des Warenverkehrs mit Berlin (West), Statistik des Warenverkehrs mit der DDR und Berlin (Ost), ausgewählte Preisstatistiken.								

⁹⁾ Zuzüglich Ausgaben für den Privaten Verbrauch abgeleitet aus dem »Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch, Ausgabe 1963«, siehe dort – ¹⁰⁾ Enthält ein alphabetisches Stichwortverzeichnis

Systematik	Gliederungstiefe und Anwendungsgebiete
Systematisches Warenverzeichnis für die Industriestatistik, Ausgabe 1975 (WI) ¹¹⁾	<p>Zahl der Positionen: 36 Warengruppen (Zweisteller), 245 Warenzweige (Dreisteller), 1 153 Warenklassen (Viersteller), 5 901 Warenarten (Sechststeller).</p> <p>Anwendungsgebiete: Vierteljährliche Produktionserhebung, Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter, Textilstatistik, Statistik des Warenverkehrs mit Berlin (West), Statistik des Warenverkehrs mit der DDR und Berlin (Ost), Außenhandelsstatistik, ausgewählte Preisstatistiken.</p>
Nomenklatur zum Produktions-Eilbericht	<p>Zahl der Positionen: Variabel, bis max. 1 000 Eilberichts-Nummern aus derzeit 27 Warengruppen.</p> <p>Anwendungsgebiet: Produktions-Eilbericht.</p>
Produktliste aus Fachstatistiken zum Produktions-Eilbericht	<p>Zahl der Positionen: Variabel, Eilberichts-Nummern aus derzeit 7 Warengruppen.</p> <p>Anwendungsgebiet: Produktions-Eilbericht.</p>
Warenverzeichnis für den Material- und Wareneingang im Produzierenden Gewerbe, Ausgabe 1978 (WE) ¹⁰⁾	<p>Zahl der Positionen: 40 Warengruppen (Zweisteller), 154 Warenzweige (Dreisteller), 346 Warenklassen (Viersteller), 584 Warenarten (Fünfsteller).</p> <p>Anwendungsgebiet: Erhebung über die Zusammensetzung des Material- und Wareneingangs nach Warenarten in Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bauhaupt- und Ausbaugewerbes.</p>
Systematik der Bauwerke, Ausgabe 1978 (SB) ¹⁰⁾	<p>Zahl der Positionen: 2 Gruppen (Zweisteller), 10 Untergruppen (Dreisteller), 33 Klassen (Viersteller), 74 Unterklassen (Fünfsteller), 120 Arten (Sechststeller).</p> <p>Anwendungsgebiete: Bautätigkeitsstatistiken, Statistik der Baupreise.</p>
Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik, Ausgabe 1978 (WB) ¹²⁾	<p>Zahl der Positionen: 91 Warengruppen (Zweisteller), 712 Warenklassen (Dreisteller), 3 861 Warenarten (Viersteller).</p> <p>Anwendungsgebiete: Statistik im Handel und Gastgewerbe, ausgewählte Preisstatistiken.</p>

¹⁰⁾ Enthält ein alphabetisches Stichwortverzeichnis – ¹¹⁾ Hierzu auch »Alphabetisches Warenverzeichnis für die Industriestatistik« und »Gegenüberstellung des Warenverzeichnisses für die Industrie- und Außenhandelsstatistik« – ¹²⁾ Hierzu auch »Alphabetisches Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik«

Systematik	Gliederungstiefe und Anwendungsgebiete
Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik, Ausgabe 1981 (WA) ¹⁰⁾	<p>Zahl der Positionen: 21 Abschnitte (I bis XXI), 99 Kapitel (1 bis 99), 1 024 Tarifnummern (Viersteller), 9 084 Warennummern (Siebensteller).</p> <p>Anwendungsgebiete: Außenhandelsstatistik, ausgewählte Preisstatistiken.</p>
Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik, Ausgabe 1969 (GV) ¹⁰⁾	<p>Zahl der Positionen: 10 Abteilungen (Einsteller), 52 Hauptgruppen (Zweisteller), 175 Gruppen (Dreisteller).</p> <p>Anwendungsgebiete: Eisenbahnstatistik, Statistik des Güterverkehrs mit Kraftfahrzeugen, Statistik des grenzüberschreitenden Güterverkehrs mit Kraftfahrzeugen, Binnenschiffahrtsstatistik, Seeschiffahrtsstatistik, Luftfahrtstatistik</p>
Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch, Ausgabe 1963 ¹⁰⁾	<p>Zahl der Positionen: 9 Hauptgruppen (Einsteller), 46 Gruppen (Zweisteller), 88 Untergruppen (Dreisteller)</p> <p>Anwendungsgebiete: Nachweisung des Privaten Verbrauchs in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Preisindizes für die Lebenshaltung, Laufende Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichproben.</p>
Personensystematiken	
Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1975 ¹³⁾	<p>Zahl der Positionen: 6 Berufsbereiche (röm. Ziffern), 33 Berufsabschnitte (röm. Ziffern und kleine Buchstaben), 86 Berufsgruppen (Zweisteller), 328 Berufsordnungen (Dreisteller), 1 689 Berufsklassen (Viersteller)</p> <p>Anwendungsgebiete: Volkszählung (erwerbsstatistische Tatbestände), Arbeitsmarktstatistik, Beschäftigtenstatistik, Personalstatistik im öffentlichen Dienst.</p>
Handbuch der Internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen, 9. Revision, 1979 (ICD) ¹⁴⁾ Band I: Systematisches Verzeichnis ¹⁵⁾	<p>Zahl der Positionen: 17 Kapitel (röm. Ziffern) sowie Zusatzklassifikation der äußeren Ursachen bei Verletzungen und Vergiftungen</p> <p>Anwendungsgebiete: Todesursachenstatistik sowie Nachweisungen über Krankheiten.</p>
Verzeichnis der Religionsbenennungen, Ausgabe 1970	<p>Zahl der Positionen: 10 Einsteller, 42 Zweisteller.</p> <p>Anwendungsgebiet: Volkszählung.</p>

¹⁰⁾ Enthält ein alphabetisches Stichwortverzeichnis. – ¹³⁾ Enthält ein alphabetisches Verzeichnis der Berufsbenennungen – ¹⁴⁾ Herausgeber Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit – ¹⁵⁾ Hierzu auch Band II. Alphabetisches Verzeichnis

Systematik	Gliederungstiefe und Anwendungsgebiete
<p>Regionalsystematiken</p> <p>Amtliches Gemeindeverzeichnis, Ausgabe 1971¹⁶⁾</p> <p>Kennziffern der Gemeinden und Verwaltungsbezirke in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Stand 31. Dezember 1977¹⁷⁾</p> <p>Alphabetisches Länderverzeichnis für die Außenhandelsstatistik, Ausgabe 1981</p> <p>Verzeichnis der Verkehrsbezirke und Häfen, Ausgabe 1980</p>	<p>Zahl der Positionen: 11 Länder (Zweisteller), 30 Regierungs- und Verwaltungsbezirke (Dreisteller), 136 kreisfreie Städte und 406 Landkreise (Fünfsteller), 22 510 Gemeinden (Achtsteller).</p> <p>Anwendungsgebiet: Feststellung des Gebiets- und Bevölkerungsstandes.</p> <p>Zahl der Positionen: 11 Länder (Zweisteller), 29 Regierungs- und Verwaltungsbezirke (Dreisteller), 92 kreisfreie Städte und 235 Landkreise (Fünfsteller), 10 391 Gemeinden (Achtsteller).</p> <p>Anwendungsgebiet: Feststellung des Gebietsstandes.</p> <p>Zahl der Positionen: 9 Teile (Einsteller), 194 Länderpositionen (Dreisteller).</p> <p>Anwendungsgebiet: Außenhandelsstatistik.</p> <p>Zahl der Positionen: 73 Verkehrsgebiete (Zweisteller), darunter 22 im Bundesgebiet, 293 Verkehrsbezirke (Dreisteller), darunter 76 im Bundesgebiet.</p> <p>Anwendungsgebiet: Verkehrsstatistik.</p>

¹⁶⁾ Enthält ein alphabetisches Gemeindeverzeichnis – ¹⁷⁾ Wird seit 1976 vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen geführt

2.2 Auszüge aus wichtigen Systematiken

Systematik der Wirtschaftszweige mit Erläuterungen (WZ)*

Ausgabe 1979

Abteilungen (Einsteller), Unterabteilungen (Zweisteller), Gruppen (Dreisteller)

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
0	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	200	Chemische Industrie
01	Landwirtschaft	201	Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen
011	Allgemeine Landwirtschaft	205	Mineralölverarbeitung
014	Allgemeiner Gartenbau	21	Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren
017	Dienstleistungen auf der landwirtschaftlichen Erzeugerstufe	210	Herstellung von Kunststoffwaren
03	Gewerbliche Gärtnerei, gewerbliche Tierhaltung, -zucht und -pflege	213	Herstellung von Gummiwaren
031	Gewerbliche Gärtnerei	216	Runderneuerung und Reparatur von Bereifungen
034	Gewerbliche Tierhaltung, -zucht und -pflege	22	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik, Glasgewerbe
037	Gewerbliche Jagd	221	Gewinnung von Steinen und Erden
05	Forstwirtschaft	222	Verarbeitung von Steinen und Erden (ohne Grobkeramik, Herstellung von Schleifmitteln)
051	Forstwirtschaft (ohne Dienstleistungen auf der forstwirtschaftlichen Erzeugerstufe)	223	Grobkeramik
055	Dienstleistungen auf der forstwirtschaftlichen Erzeugerstufe	224	Feinkeramik
07	Fischerei, Fischzucht	226	Herstellung von Schleifmitteln
071	Hochsee- und Küstenfischerei	227	Herstellung und Verarbeitung von Glas
074	Binnenfischerei, Fischzucht	23	Metallerzeugung und -bearbeitung
077	Dienstleistungen auf der fischwirtschaftlichen Erzeugerstufe	230–	
1	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	232	Eisenschaffende Industrie
10	Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	230	Hochofen-, Stahl- und Warmwalzwerke (ohne Herstellung von Stahlrohren)
100	Elektrizitäts-, Gas- und Fernwärmeversorgung*)	231	Herstellung von Stahlrohren
101	Elektrizitätsversorgung	232	Schmiede-, Preß- und Hammerwerke
103	Gasversorgung	233	NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke
105	Fernwärmeversorgung	234	Eisen-, Stahl- und Tempergießerei
107	Wasserversorgung	236	NE-Metallgießerei
11	Bergbau	237	Ziehereien, Kaltwalzwerke
110	Steinkohlenbergbau und -brikettherstellung, Kokerei	238	Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Hartung
111	Braunkohlenbergbau und -brikettherstellung	239	Mechanik, a.n.g.
113	Erzbergbau	24	Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, Herstellung von Buromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen
114	Gewinnung von spalt- und brutstoffhaltigen Erzen	240	Herstellung von Stahl- und Leichtmetallkonstruktionen, Weichenbau
115	Kali- und Steinsalzbergbau, Salinen	241	Kessel- und Behälterbau
116	Gewinnung von Erdöl, Erdgas	242	Maschinenbau
118	Sonstiger Bergbau, Torfgewinnung	243	Herstellung von Buromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen
2	Verarbeitendes Gewerbe	244	Herstellung von Kraftwagen und deren Teilen
20	Chemische Industrie, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen, Mineralölverarbeitung	245	Straßenfahrzeugbau (ohne Herstellung von Kraftwagen)
		246	Schiffbau

Fußnoten siehe S 428

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
247	Schienenfahrzeugbau	293	Brauerei, Mälzerei
248	Luft- und Raumfahrzeugbau	294	Alkoholbrennerei, Herstellung von Spirituosen, Weinherstellung und -verarbeitung
249	Reparatur von Kraftfahrzeugen, Fahrrädern, Haushaltsnäh- und -schreibmaschinen	295	Mineralbrunnen, Herstellung von Mineralwasser, Limonaden
25	Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik, Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Schmuck; Foto- und Filmlabors	296	Sonstiges Ernährungsgewerbe (ohne Herstellung von Futtermitteln)
250	Elektrotechnik	297	Herstellung von Futtermitteln
252	Feinmechanik, Optik	299	Tabakverarbeitung
254	Herstellung von Uhren		
256	Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	3	Baugewerbe
257	Herstellung von Fullhaltern u.ä., Stempeln; Verarbeitung von natürlichen Schnitz- und Formstoffen; Foto- und Filmlabors	30	Bauhauptgewerbe
258	Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuck u.ä.	300	Hoch- und Tiefbau
259	Reparatur von Gebrauchsgütern aus der Unterabteilung 25	302	Spezialbau
		305	Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei
26	Holz-, Papier- und Druckgewerbe	308	Zimmerei, Dachdeckerei
260	Holzbearbeitung	31	Ausbaugewerbe
261	Holzverarbeitung	310	Bauinstallation
264	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	316	Ausbaugewerbe (ohne Bauinstallation)
265	Papier- und Pappeverarbeitung		
268	Druckerei, Vervielfältigung	4	Handel
269	Reparatur von Gebrauchsgütern aus Holz u.a.	40/41	Großhandel
27	Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe	401	Großhandel mit Getreide, Saaten, Pflanzen, Futter- und Düngemitteln, lebenden Tieren
270	Ledererzeugung	402	Großhandel mit textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten, Fellen, Leder, Rohtabak
271	Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	404	Großhandel mit technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk
272	Herstellung von Schuhen	405	Großhandel mit festen Brennstoffen, Mineralölerzeugnissen
275	Textilgewerbe	406	Großhandel mit Erzen, Stahl, NE-Metallen, Stahl- und NE-Metallhalbezeug
276	Bekleidungsgewerbe	407	Großhandel mit Holz, Baustoffen, Installationsbedarf
279	Reparatur von Schuhen, Gebrauchsgütern aus Leder u.ä., Schirmen	408	Großhandel mit Altmaterial, Reststoffen
28/29	Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	411	Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren
281	Mahl- und Schalmuhlen	412	Großhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren
282	Herstellung von Stärke, Stärkeerzeugnissen	413	Großhandel mit Eisen- und Metallwaren, Mobeln, Einrichtungs- und Haushaltsgegenständen
283	Herstellung von Teigwaren	414	Großhandel mit feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck, Spielwaren, Sportartikeln
284	Herstellung von Backwaren	416	Großhandel mit Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf
285	Zuckerindustrie	418	Großhandel mit pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen, Laborbedarf, medizinischen Artikeln, Reinigungsmitteln
286	Obst- und Gemuseverarbeitung	419	Großhandel mit Papier, Schreibwaren, Druckerzeugnissen, Waren verschiedener Art*)
287	Herstellung von Sußwaren (ohne Dauerbackwaren)		
288	Milchverwertung		
289	Herstellung von Speiseöl, Margarine u.a. Nahrungsfetten		
291	Schlachthäuser (ohne kommunale Schlachthofe), Fleischverarbeitung		
292	Fischverarbeitung		

Fußnoten siehe S 428

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
42	Handelsvermittlung	55	Spedition, Lagerei, Verkehrsvermittlung
421	Vermittlung von landwirtschaftlichen Grundstoffen, lebenden Tieren, textilen Rohstoffen und Halbwaren	551	Spedition, Lagerei
422	Vermittlung von technischen Chemikalien, Brennstoffen, Mineralölerzeugnissen, Erzen, Holz, Baustoffen	555	Verkehrsvermittlung
423	Vermittlung von Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	6	Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe
424	Vermittlung von Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	60	Kreditinstitute
425	Vermittlung von Eisen- und Metallwaren, Möbeln, Einrichtungs- und Haushaltsgegenständen	600	Deutsche Bundesbank
426	Vermittlung von feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck, Spielwaren, Sportartikeln	601	Kreditbanken
427	Vermittlung von Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf	602	Institute des Sparkassenwesens (ohne Post- und Bausparkassen)
428	Vermittlung von sonstigen Waren, Waren verschiedener Art ^{*)}	603	Genossenschaftliche Kreditinstitute
429	Versandhandelsvertretung	604	Realkreditinstitute
43	Einzelhandel	605	Teilzahlungskreditinstitute
431	Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	606	Kreditinstitute mit Sonderaufgaben
432	Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	607	Postscheck- und Postsparkassenämter
433	Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen (ohne elektrotechnische und Haushaltsgroßgeräte)	608	Bausparkassen
434	Einzelhandel mit elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgroßgeräten, Musikinstrumenten	609	Sonstige Kreditinstitute
435	Einzelhandel mit Papierwaren, Druck-erzeugnissen, Büromaschinen	61	Versicherungsgewerbe
436	Einzelhandel mit pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen, medizinischen Artikeln, Reinigungsmitteln, Anstrichbedarf	611	Lebensversicherung, Pensions- und Sterbekassen
437	Einzelhandel mit Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen)	612	Krankenversicherung
438	Einzelhandel mit Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen	614	Schaden- und Unfallversicherung
439	Einzelhandel mit sonstigen Waren, Waren verschiedener Art	616	Rückversicherung
5	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	65	Mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten
51	Verkehr, Nachrichtenübermittlung (ohne Spedition, Lagerei, Verkehrsvermittlung)	651	Finanzierungs-Leasing
511	Eisenbahnen	653	Leihhauser
512	Straßenverkehr, Parkplätze und -häuser	655	Effektenbörsen, Vermittlung von Bank- und Effekengeschäften
513	Binnenschifffahrt, -wasserstraßen und -häfen	657	Vermittlung von Versicherungen
514	See- und Küstenschifffahrt, Seehäfen	7	Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht
515	Luftfahrt, Flugplätze	71	Gastgewerbe
516	Transport in Rohrleitungen	711	Beherbergungsgewerbe
517	Deutsche Bundespost	713	Gaststättengewerbe
		715	Kantinen
		717	Schlaf- und Speisewagenbetriebe
		72	Heime (ohne Fremden-, Erholungs- und Ferienheime)
		721	Wohnheime (ohne Wohnheime für Behinderte)
		723	Heime für Säuglinge, Kinder und Jugendliche (ohne Erziehungs-, Erholungs- und Ferienheime)
		725	Einrichtungen zur Eingliederung und Pflege Behinderteter, Wohnheime für Behinderte
		727	Altenpflege- und -krankenheime
		728	Tagesheime
		73	Wascherei, Körperpflege, Fotoateliers u.a. persönliche Dienstleistungen
		731	Wascherei, Reinigung

Fußnoten siehe S. 428

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
735	Friseur- und sonstige Körperpflegegewerbe	816	Kommunale Spitzen- und Regionalverbände, Verbände der Sozialversicherungsträger
739	Sonstige persönliche Dienstleistungen	817	Politische Parteien, sonstige Organisationen ohne Erwerbszweck, nicht für Unternehmen tätig
74	Gebäudereinigung, Abfallbeseitigung u.a. hygienische Einrichtungen	83	Organisationen ohne Erwerbszweck, für Unternehmen tätig
741	Reinigung von Gebäuden, Räumen, Inventar (ohne Fassadenreinigung)	831	Arbeitgeberverbände
745	Abfall- und Abwasserbeseitigung, sonstige hygienische Einrichtungen	834	Wirtschaftsverbände und Berufsorganisationen (ohne öffentlich-rechtliche Wirtschafts- und Berufsvertretungen)
75	Bildung, Wissenschaft, Kultur, Sport, Unterhaltung	837	Öffentlich-rechtliche Wirtschafts- und Berufsvertretungen
751	Wissenschaft, Forschung, Unterricht	85	Private Haushalte
755	Kultur, Kunst, Sport, Unterhaltung	850	zugleich Gruppe
76	Verlagsgewerbe	9	Gebietskörperschaften und Sozialversicherung
760	zugleich Gruppe	9.1)	Gebietskörperschaften
77	Gesundheits- und Veterinärwesen	9.0	Politische Führung, zentrale Verwaltung, Auslandsvertretungen
771	Gesundheitswesen	9.1	Verteidigungsstreitkräfte
774	Veterinärwesen	9.2	Öffentliche Sicherheit und Ordnung
78	Rechtsberatung, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und -beratung, technische Beratung und Planung, Werbung, Dienstleistungen für Unternehmen, a.n.g.	9.3	Rechtsschutz
781	Rechtsberatung, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und -beratung	9.4	Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kultur
784	Technische Beratung und Planung	9.5	Sozialhilfe, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung
787	Werbung	9.6	Sport, Gesundheitswesen
789	Dienstleistungen für Unternehmen, a.n.g.	9.7	Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht
79	Dienstleistungen, a.n.g.	9.8	Abfall- und Abwasserbeseitigung, sonstige hygienische Einrichtungen
791	Vermietung beweglicher Sachen (ohne Buch-, Zeitschriften- und Filmverleih)	9.9	Verschiedene kommunale Anstalten und Einrichtungen
794	Grundstücks- und Wohnungswesen	98	Sozialversicherung, Arbeitsförderung
797	Beteiligungsgesellschaften (ohne Kapitalanlagegesellschaften)	981	Gesetzliche Rentenversicherung (ohne knappschaftliche Rentenversicherung), Zusatzversorgung für Angehörige des öffentlichen Dienstes
799	Sonstige Dienstleistungen, a.n.g.	982	Gesetzliche Krankenversicherung (ohne knappschaftliche Krankenversicherung)
8	Organisationen ohne Erwerbszweck und Private Haushalte	984	Knappschaftsversicherung
81	Organisationen ohne Erwerbszweck, nicht für Unternehmen tätig	986	Gesetzliche Unfallversicherung
811	Christliche Kirchen, religiöse und weltanschauliche Vereinigungen	989	Arbeitsförderung
812	Organisationen der freien Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe	99	Vertretungen fremder Staaten, Stationierungsstreitkräfte, inter- und supranationale Organisationen mit Behördencharakter
813	Organisationen der Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	990	zugleich Gruppe
814	Organisationen des Sports und Gesundheitswesens		
815	Gewerkschaften		

*) Enthält 10 Einsteller, 40 Zweisteller, 209 Dreisteller, 612 Viersteller, 1 064 Fünfsteller, darunter 18 Vier- und 18 Fünfsteller in den Abteilungen 8 und 9, die durch Verknüpfung mit dem »Sonderschlüssel zum Nachweis bestimmter Anstalten und Einrichtungen«, der 5 Viersteller und 32 Fünfsteller enthält, erweitert werden können

*) Ohne ausgeprägten Schwerpunkt

1) Bei den Gebietskörperschaften wird für die zweite Stelle folgender Schlüssel angewendet. 0 = Gebietskörperschaften insgesamt, 1 = Bund, 2 = Länder, 3 = Kreisfreie Städte, 4 = Landkreise, 5 = Kreisangehörige Gemeinden, Ämter, Samtgemeinden, Verbandsgemeinden, 6 = Bezirksverbände, 7 = Zweckverbände

Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979
Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO))**

(Zweisteller)

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
	Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	40	Chemische Industrie
10	Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	50	Herstellung von Buromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen
	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	51	Feinkeramik
21	Bergbau	52	Herstellung und Verarbeitung von Glas
22	Mineralölverarbeitung	53	Holzbearbeitung
24	Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	54	Holzverarbeitung
25	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	55	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung
27	Eisenschaffende Industrie	56	Papier- und Pappeverarbeitung
28	NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke	57	Druckerei, Vervielfältigung
29	Gießerei	58	Herstellung von Kunststoffwaren
30	Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung, Mechanik, a.n.g.	59	Gummiverarbeitung
31	Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	61	Ledererzeugung
32	Maschinenbau	62	Lederverarbeitung
33	Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen usw	63	Textilgewerbe
34	Schiffbau	64	Bekleidungsgewerbe
35	Luft- und Raumfahrzeugbau	65	Reparatur von Gebrauchsgütern (ohne elektrische Geräte für den Haushalt)
36	Elektrotechnik, Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	68	Ernährungsgewerbe
37	Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	69	Tabakverarbeitung
38	Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren		Baugewerbe
39	Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Schmuck, Fullhaltern; Verarbeitung von natürlichen Schnitz- und Formstoffen; Foto- und Filmlabors	72 – 75	Bauhauptgewerbe
		72	Hoch- und Tiefbau
		73	Spezialbau
		74	Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei
		75	Zimmerei, Dachdeckerei
		76 – 77	Ausbaugewerbe
		76	Bauinstallation
		77	Ausbaugewerbe (ohne Bauinstallation)

*) Bisherige Bezeichnung für die vorgezogene Veröffentlichung des Bereiches „Produzierendes Gewerbe“ der revidierten WZ „Systematik der Wirtschaftszweige (WZ) rev. Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe – SYPRO –, Stand 1976“ – **) Enthält 42 Zweisteller, 254 Viersteller

Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Stand 1970 bzw. 1979 (Warenproduzierendes Gewerbe)

Bereich	Nummer (T a = Teile aus)	Bereich	Nummer (T. a. = Teile aus)
Unternehmen	0-7 (einschl. T. a. 80 4 ²⁾ , 80 5 ²⁾ , 80 6 ²⁾ ; T. a. 9. 70 0 ¹⁾)	Baugewerbe	3
		Bauhauptgewerbe	30
		Ausbaugewerbe	31
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0	Handel und Verkehr	4, 5 (einschl. 60 6; T. a. 9. 70 0)
Landwirtschaft	00 0-00 2; 00 9		
Forstwirtschaft	00 5	Handel	4 (einschl. T. a. 9. 70 0)
Fischerei, gewerbliche Gärtnerei und Tierhaltung	05	Großhandel, Handelsvermittlung	40/41; 42 (einschl. T. a. 9. 70 0)
Warenproduzierendes Gewerbe	1-3	Einzelhandel	43
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	1	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	5 (einschl. 60 6)
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	10	Eisenbahnen	50 0
Bergbau	11	Schifffahrt, Wasserstraßen, Häfen	50 2; 50 3
Kohlenbergbau, Kokerei	110; 111	Übriger Verkehr	50 1, 50 4; 50 5; 50 9
Übriger Bergbau	113-118	Nachrichtenübermittlung (Deutsche Bundespost)	50 7 (einschl. 60 6)
Verarbeitendes Gewerbe	2	Dienstleistungsunternehmen	6 (ohne 60 6); 7 (einschl. T. a. 80 4 ²⁾ , 80 5 ²⁾ , 80 6 ²⁾)) ¹⁾
Chemische Industrie, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	200; 201	Kreditinstitute, Versicherungs- unternehmen	6 (ohne 60 6; 60 9; 61 9)
Mineralölverarbeitung	205	Kreditinstitute	60 (ohne 60 6; 60 9)
Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren	21	Versicherungsunternehmen	61 (ohne 61 9)
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	221-223; 226	Wohnungsvermietung	T. a. 71 70 ¹⁾
Feinkeramik, Herstellung und Verarbeitung von Glas	224, 227	Sonstige Dienstleistungen	7 (einschl. 60 9, 61 9; T. a. 80 4 ²⁾ , 80 5 ²⁾ , 80 6 ²⁾ ; ohne T. a. 71 70 ¹⁾)
Metallerzeugung und -bearbeitung	23	Gaststätten- und Beherbergungs- gewerbe	70 0
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, Herstellung von ADV-Einrichtungen	24	Wissenschaft, Bildung, Kunst, Publizistik	70 6-70 8
darunter:		Gesundheits- und Veterinärwesen	71 0; 71 1
Maschinenbau	242	Übrige Dienstleistungen	70 1; 70 2; 71 2-71 8 (einschl. 60 9; 61 9; T. a. 80 4 ²⁾ , 80 5 ²⁾ , 80 6 ²⁾ ; ohne T. a. 71 70 ¹⁾)
Fahrzeugbau	244-248; 249 1		
Elektrotechnik, Feinmechanik, Herstellung von EBM-Waren usw.	25		
darunter:			
Elektrotechnik	250; 259 1		
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	26		
Textilgewerbe	275		
Leder- und Bekleidungsgewerbe	27 (ohne 275)		
Ernährungsgewerbe	28/29 (ohne 299)		
Tabakverarbeitung	299		

Fußnoten siehe S. 431

Bereich	Nummer (T. a. = Teile aus)	Bereich	Nummer (T. a. = Teile aus)
Staat	9 ³⁾ (ohne T. a. 9. 70 0; 9. 9) ¹⁾	Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter	8 (ohne T. a. 80 4 ²⁾ , 80 5 ²⁾ , 80 6 ²⁾) ¹⁾
Gebietskörperschaften	9 ³⁾ (ohne T. a. 9. 70 0; 9. 9) ¹⁾	Private Haushalte (häusliche Dienste)	85 ¹⁾
Sozialversicherung	96 ¹⁾	Private Organisationen ohne Erwerbscharakter	80 (ohne T. a. 80 4 ²⁾ , 80 5 ²⁾ , 80 6 ²⁾) ¹⁾

¹⁾ In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen umfaßt der den Dienstleistungsunternehmen zugeordnete Bereich »Wohnungsvermietung« außer der gewerblichen Wohnungsvermietung im Wirtschaftszweig Grundstücks- und Wohnungswesen (T. a. 71 70) die gewerbliche Wohnungsvermietung von Einheiten, die nach dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit anderen Bereichen zugeordnet sind, sowie die nichtgewerbliche Wohnungsvermietung einschl. der Nutzung von Eigentümerwohnungen – ²⁾ Einschl. der von ihnen betriebenen Schulen, Krankenhäuser u. a. Anstalten und Einrichtungen – ³⁾ Ohne Unternehmen im Eigentum der Gebietskörperschaften

**Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den
Europäischen Gemeinschaften
Nomenclature générale des activités économiques dans les Communautés
européennes (NACE)*)**

Ausgabe 1970

Abteilungen (Einsteller), Klassen (Zweisteller)

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
0	Landwirtschaft, Jagd, Forstwirtschaft und Fischerei	35	Bau von Kraftwagen und deren Einzelteilen
01	Landwirtschaft und Jagd	36	Fahrzeugbau (ohne Bau von Kraftwagen)
02	Forstwirtschaft	37	Feinmechanik und Optik
03	Fischerei		
1	Energie- und Wasserwirtschaft	4	Sonstiges Produzierendes Gewerbe
11	Kohlenbergbau (einschl. Herstellung von Briketts)	41/42	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
12	Kokerei	43	Textilgewerbe
13	Gewinnung von Erdöl und Erdgas	44	Ledergewerbe
14	Mineralölverarbeitung	45	Schuh- und Bekleidungsgewerbe
15	Kernbrennstoffindustrie	46	Be- und Verarbeitung von Holz
16	Erzeugung und Verteilung von Elektrizität, Gas, Dampf und Warmwasser	47	Papier- und Pappenerzeugung und -verarbeitung; Druckerei- und Verlagsgewerbe
17	Wassergewinnung, -reinigung und -verteilung	48	Verarbeitung von Gummi und Kunststoffen
		49	Sonstiges verarbeitendes Gewerbe
2	Gewinnung und Bearbeitung von nicht-energetischen Mineralien und Derivaten; Chemische Industrie	5	Baugewerbe
21	Erzbergbau (Gewinnung und Aufbereitung)	50	Baugewerbe
22	Erzeugung und erste Bearbeitung von Metallen		
23	Gewinnung von nicht-energetischen Mineralien (ohne Erze), Torfgewinnung	6	Handel, Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, Reparaturen
24	Be- und Verarbeitung von Steinen und Erden, Herstellung und Verarbeitung von Glas	61	Großhandel (ohne Rückgewinnung)
25	Chemische Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	62	Rückgewinnung
26	Chemiefaserindustrie	63	Handelsvermittlung
		64/65	Einzelhandel
3	Metallverarbeitende Industrie, Feinmechanik und Optik	66	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe
31	Herstellung von Metallerzeugnissen (ohne Maschinen- und Fahrzeugbau)	67	Reparatur von Gebrauchsgütern und Fahrzeugen
32	Maschinenbau		
33	Herstellung von Buromaschinen sowie Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	7	Verkehr und Nachrichtenübermittlung
34	Elektrotechnik	71	Eisenbahn
		72	Sonstiger Landverkehr (Ortsverkehr, Straßenverkehr usw.)
		73	Binnenschifffahrt
		74	See- und Kustenschifffahrt
		75	Luftfahrt
		76	Mit dem Verkehr verbundene Tätigkeiten
		77	Reisebüros, Verkehrsvermittlung, Lagerei
		79	Nachrichtenübermittlung

Fußnote siehe S 433

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
8	Kreditwesen, Versicherungsgewerbe, Dienstleistungen für Unternehmen, Vermietung	9	Sonstige Dienstleistungen
81	Kreditwesen	91	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Gesetzliche Sozialversicherung
82	Versicherungsgewerbe, ohne gesetzliche Sozialversicherung	92	Hygienische Einrichtungen und Verwaltung von Friedhöfen
83	Hilfsgewerbe des Kredit- und Versicherungswesens, Grundstücks- und Wohnungswesen (ohne Vermietung von eigenen Immobilien), Dienstleistungen für Unternehmen	93	Unterrichtswesen
84	Vermietung beweglicher Sachen	94	Forschung und Entwicklung
85	Vermietung von eigenen Grundstücken und Gebäuden	95	Gesundheits- und Veterinarwesen
		96	Sonstige Dienstleistungen für die Allgemeinheit
		97	Dienstleistungen zur Unterhaltung und andere kulturelle Dienstleistungen
		98	Personliche Dienste
		99	Hausliche Dienste
		00	Vertretungen fremder Staaten, inter- und supranationale Organisationen und Stationierungsstreitkräfte

*) Enthalt 10 Einsteller, 61 Zweisteller, 271 Dreisteller, 687 Viersteller, 768 Fünfteller

Internationale Systematik der Wirtschaftszweige*)
International Standard Industrial Classification of
all Economic Activities, Rev. 2 (ISIC))**

Ausgabe 1968

Hauptabteilungen (Einsteller), Abteilungen (Zweisteller)

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
1	Land- und Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei	5	Baugewerbe
11	Landwirtschaft und Jagd	50	Baugewerbe
12	Forstwirtschaft und Holzeinschlag	6	Handel, Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe
13	Fischerei	61	Großhandel, Handelsvermittlung
2	Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	62	Einzelhandel
21	Kohlenbergbau	63	Hotel- und Gaststättengewerbe
22	Erdöl- und Erdgasgewinnung	7	Verkehr und Nachrichtenübermittlung
23	Erzbergbau	71	Verkehr
29	Sonstiger Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	72	Nachrichtenübermittlung
3	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	8	Geld- und Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe, Grundstückswesen und Dienstleistungen für Unternehmen
31	Nahrungsmittelgewerbe, Getränkeherstellung und Tabakverarbeitung	81	Geld- und Kreditinstitute
32	Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbe	82	Versicherungsgewerbe
33	Be- und Verarbeitung von Holz (einschl. Möbelherstellung)	83	Grundstückswesen und Dienstleistungen für Unternehmen
34	Herstellung und Verarbeitung von Papier, Druckerei, Verlagswesen	9	Öffentlicher Dienst, soziale und persönliche Dienstleistungen
35	Chemische Industrie, Mineralöl-, Gummi- und Kunststoffverarbeitung	91	Öffentliche Verwaltung und Verteidigung
36	Verarbeitung von Steinen und Erden	92	Sanitäre u a Dienste
37	Eisen- und NE-Metallerzeugung	93	Soziale und verwandte Dienstleistungen für die Allgemeinheit
38	Herstellung von Metallwaren, Maschinen- und Fahrzeugbau	94	Dienstleistungen für kulturelle und Erholungszwecke
39	Sonstige verarbeitende Gewerbe	95	Persönliche und häusliche Dienstleistungen
4	Energiewirtschaft und Wasserversorgung	96	Internationale und supranationale Organisationen
41	Energiewirtschaft	0	Nicht ausreichend beschriebene Tätigkeiten
42	Wassergewinnung und -verteilung		

*) Übersetzung aus der engl. Fassung - **) Enthalt 10 Einsteller, 34 Zweisteller, 72 Dreisteller, 160 Viersteller

Schlüssel für die Zusammenfassung der Staats- und Kommunalfinanzen

1 Gesamtwirtschaftliche Übersicht

Vorbemerkung: In der tabellarischen Darstellung der Ergebnisse werden für die unter Ziffer 1 aufgezählten Aufgabenbereiche der öffentlichen Haushalte jeweils die unter Ziffer 2 angegebenen ökonomisch wichtigen Ausgabe- und Einnahmearten nachgewiesen.

1.1 Aufgabenbereiche

Politische Führung und zentrale Verwaltung	Gesundheit, Sport und Erholung
Auswärtige Angelegenheiten	Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste
Verteidigung	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Rechtsschutz	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen
Schulen und vorschulische Bildung	Verkehr und Nachrichtenwesen
Hochschulen	Wirtschaftsunternehmen
Förderung des Bildungswesens	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen
Sonstiges Bildungswesen	Allgemeine Finanzwirtschaft (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	
Kulturelle Angelegenheiten	
Soziale Sicherung	

1.2 Ausgabe- und Einnahmearten

Ausgaben

Ausgaben der laufenden Rechnung

Personalausgaben/Versorgung¹⁾
Unterhaltung von unbeweglichem Vermögen
Übriger laufender Sachaufwand/Zinsen¹⁾
Laufende Zuweisungen, Erstattungen und Zinsausgaben¹⁾ an öffentlichen Bereich
Laufende Zuschüsse an Unternehmen
Renten, Unterstützungen u. a.
Laufende Zuschüsse an Sonstige im Inland
Laufende Zuschüsse an Ausland

Ausgaben der Kapitalrechnung

Baumaßnahmen
Erwerb von Grund- und Sachvermögen
Vermögensübertragungen an öffentlichen Bereich
Vermögensübertragungen an Unternehmen
Vermögensübertragungen an Sonstige im Inland
Vermögensübertragungen an Ausland
Darlehen und Tilgungen¹⁾ an öffentlichen Bereich
Darlehen an Unternehmen
Darlehen an Sonstige im Inland
Darlehen an Ausland
Erwerb von Beteiligungen

Einnahmen

Einnahmen der laufenden Rechnung

Steuern und steuerähnliche Abgaben
Mieten und Pachten
Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit
Zinseinnahmen von anderen Bereichen
Laufende Zuweisungen, Erstattungen und Zinseinnahmen vom öffentlichen Bereich
Laufende Zuschüsse von anderen Bereichen
Gebühren, sonstige Entgelte
Übrige laufende Einnahmen

Einnahmen der Kapitalrechnung

Veraußerung von Sachvermögen
Vermögensübertragungen vom öffentlichen Bereich
Vermögensübertragungen von anderen Bereichen
Darlehensrückflüsse vom öffentlichen Bereich
Darlehensrückflüsse von anderen Bereichen
Veraußerung von Beteiligungen
Schuldenaufnahme vom öffentlichen Bereich

¹⁾ Versorgung, Zinsen und Tilgung nur beim Aufgabenbereich "Allgemeine Finanzwirtschaft"

2 Finanzwirtschaftliche Übersichten

Vorbemerkung In der tabellarischen Darstellung der Ergebnisse werden für die unter Ziffer 1 aufgezählten Aufgabenbereiche der öffentlichen Haushalte jeweils die unter Ziffer 2 angegebenen finanzwirtschaftlich wichtigen Ausgabe- und Einnahmearten nachgewiesen (letzteren liegen haushalts- und finanzwirtschaftliche Gesichtspunkte zugrunde).

2.1 Aufgabenbereiche nach Einzelfunktionen

Insgesamt

Politische Führung und zentrale Verwaltung

Politische Führung / Innere Verwaltung / Hochbauverwaltung / Steuer- und Finanzverwaltung

Auswärtige Angelegenheiten

Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Verteidigung

Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Bundesgrenzschutz, Polizei

Rechtsschutz

Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften / Justizvollzugsanstalten

Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten

Schulen und vorschulische Bildung

Unterrichtsverwaltung / Grund- und Hauptschulen / Sonderschulen / Realschulen / Gymnasien / Gesamtschulen / Kindergärten / Berufliche Schulen / Fachschulen / Sonstiges

Hochschulen

Universitäten / Technische Hochschulen / Technische Universitäten / Hochschulkliniken / Pädagogische Hochschulen und entsprechende Einrichtungen der Lehrerbildung / Gesamthochschulen / Kunsthochschulen / Fachhochschulen / Sonstiges

Förderung des Bildungswesens

Ausbildungsförderung für Schüler / Ausbildungsförderung für Studierende / andere Förderungsmaßnahmen für Schüler / desgl. für Studierende / Schülerbeförderung / Studentenwohnraumförderung / Sonstiges

Sonstiges Bildungswesen

Außerschulische Jugendbildung / Volkshochschulen / Sonstige Weiterbildung / Lehrerfortbildung / Betriebliche und überbetriebliche berufliche Aus- und Fortbildung einschl. Ausbilderfortbildung / Förderung der politischen Bildung / Bibliothekswesen / Berufsakademien / Fachakademien / Sonstiges

Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen (ohne Forschung der Verteidigung)

Wissenschafts- und Forschungsverwaltung / Fachübergreifende Wissenschaft und Forschung / Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive u. ä. / Wissenschaftliche Museen, Sonderforschungsbereiche / Kernforschung / Sonstige Energieforschung / Weltraumforschung und -technik / Informatik, Datenverarbeitung / Technologische Forschung und Entwicklung / Wirtschaft (einschl. Infrastruktur) / Verkehr und Nachrichtenwesen / Reinhaltung von Luft, Wasser, Erde und dgl. / Ernährung, Land- und Forstwirtschaft / Soziale Fragen, Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen / Bau- und Wohnungswesen, Raum- und Städteplanung / Boden- und Meeresforschung / Bildungswesen / Sonstiges

Kulturelle Angelegenheiten

Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten / Theater und Musik / Museen, Sammlungen, Ausstellungen / Denkmalspflege / Naturschutz und Landschaftspflege / Sonstiges / Kirchliche Angelegenheiten

Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung

Verwaltung

Versicherungsbehörden / Allgemeine Sozialverwaltung / Jugendämter / Versorgungsämter / Lastenausgleichsverwaltung / Wiedergutmachungsbehörden / Sonstige Behörden im Bereich der sozialen Sicherung

Sozialversicherung (einschl. Arbeitslosenversicherung) / Rentenversicherung der Angestellten und Arbeiter / Knappschaftsversicherung / Unfallversicherung / Krankenversicherung / Arbeitslosenversicherung / Altershilfe für Landwirte / Sonstige Sozialversicherungen

Familien-, Sozial- und Jugendhilfe

Kindergeld / Mutterschutz / Wohngeld / Sozialhilfe / Einrichtungen der Sozialhilfe des öffentlichen Bereichs / Förderung der freien Wohlfahrtspflege / Jugendhilfe / Einrichtungen der Jugendhilfe des öffentlichen Bereichs / Förderung der freien Jugendhilfe

Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen

Leistungen der Kriegsoferversorgung und gleichartige Leistungen / Einrichtungen der Kriegsoferversorgung / Lastenausgleich / Wiedergutmachung nach den Entschädigungsgesetzen / Sonstige Wiedergutmachungsleistungen / Vertriebene und Flüchtlinge / Kriegsoferversorgung u. a. / Sonstiges

Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz

Arbeitslosenhilfe / Hilfen für die Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung / Sonstige Anpassungsmaßnahmen und produktive Arbeitsförderung / Arbeitsschutz

Naturkatastrophen

Förderung der Vermögensbildung

Sonstige soziale Angelegenheiten
Leistungen nach dem Unterhaltsicherungsgesetz /
Übrige soziale Angelegenheiten

Gesundheit, Sport und Erholung

Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens
Gesundheitsbehörden / Krankenhäuser / Maßnahmen
des Gesundheitswesens / Sonstiges

Sport und Erholung
Park- und Gartenanlagen / Badeanstalten / Sportstat-
ten / Förderung des Sports / Sonstiges

Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde

Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste

Wohnungswesen

Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen

Kommunale Gemeinschaftsdienste
Straßenbeleuchtung / Abwasserbeseitigung / Abfall-
beseitigung / Straßenreinigung / Schlacht- und Vieh-
höfe / Sonstiges

Städtebauförderung

Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Verbesserung der Agrarstruktur

Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)
Ernährung und Landwirtschaft / Forsten,
Flurbereinigung, Einzelbetriebliche Förderung, Ver-
besserung der Marktstruktur / Wirtschaftswege / EG-
Ausrichtungsfonds / Sonstiges

Einkommenstabilisierende Maßnahmen
EG-Garantiefonds / Marktordnungen / Gasolverbilli-
gung / Aufwertungsausgleich / Sonstiges

Sonstige Bereiche
Versuchsgüter und -felder / Fischerei / Sonstiges

Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen

Verwaltung

Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau
Kernenergie / Sonstige Energieformen / Wasserwirt-
schaft und Kulturbau / Talsperren, Hochwasserrück-
haltebecken, Küstenschutz / Erdölversorgung / Son-
stige Energieversorgung / Sonstige Rohstoffbeschaf-
fungsmaßnahmen / Sonstiges

Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe
Kohlenbergbau / Sonstiger Bergbau / Sonstige Grund-
stoffproduktion / Verarbeitende Industrie / Handwerk
und Kleingewerbe / Baugewerbe / Sonstiges verarbei-
tendes Gewerbe

Handel

Handel / Exportförderung, Auslandsmessen / Märkte
und Inlands-Messen / Sonstiges

Fremdenverkehr

Geld- und Versicherungswesen
Banken und sonstige Kreditinstitute / Versicherungen /
Sonstiges

Sonstige Dienstleistungen

Sonstige Bereiche

Regionale Förderungsmaßnahmen
Betriebliche Investitionen / Verbesserung der Infra-
struktur / Sonstiges

Verkehr- und Nachrichtenwesen

Straßen

Straßen- und Brückenbauverwaltung / Bundesauto-
bahnen / Bundes- und Landesstraßen / Kreisstraßen /
Gemeindestraßen / Sonstiges

Wasserstraßen und Hafen

Verwaltung für Wasserstraßen und Häfen / Wasser-
straßen und Häfen / Förderung der Schifffahrt

Schienenverkehr

Maßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr

Luftfahrt

Flugsicherung / Sonstiges

Wetterdienst

Nachrichtenwesen

Post- und Fernmeldewesen / Rundfunkanstalten und
Fernsehen

Sonstige Bereiche

Wirtschaftsunternehmen

Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen

Versorgungsunternehmen

Verkehrsunternehmen

Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen

Bergbau- und Gewerbeunternehmen

Sonstige Wirtschaftsunternehmen

Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen

Allgemeines Grundvermögen / Allgemeines Kapitalver-
mögen / Sondervermögen

Allgemeine Finanzwirtschaft

Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen / Schul-
den / Versorgung / Beihilfen, Unterstützungen u. ä. /
Sonstiges

2.2 Ausgabe- und Einnahmearten

Ausgaben

Unmittelbare Ausgaben

(ohne Zahlungen an andere Bereiche)

Beamtenbezüge
Angestelltenvergütungen
Arbeiterlöhne
Sonstige Personalausgaben / Versorgung¹⁾
Unterhaltung von unbeweglichem Vermögen
Bewirtschaftung der Grundstücke
Mieten und Pachten
Übriger laufender Sachaufwand / Zinsen²⁾
Baumaßnahmen
Erwerb von unbeweglichen Sachen
Erwerb von beweglichen Sachen
Erwerb von Beteiligungen

Zahlungen an andere Bereiche

Renten, Unterstützungen u. a.
Laufende Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen
Übrige laufende Zuschüsse
Vermögensübertragungen an andere Bereiche
Darlehen an andere Bereiche

Zahlungen an öffentlichen Bereich

Laufende Zuweisungen, Erstattungen und Zinsausgaben an öffentlichen Bereich²⁾
Vermögensübertragungen an öffentlichen Bereich
Darlehen / Tilgungsausgaben an öffentlichen Bereich²⁾
Bruttoausgaben
1/2 Zahlungen von gleicher Ebene
Gesamtausgaben
1/2 Zahlungen von anderer Ebene
Nettoausgaben

Einnahmen

Unmittelbare Einnahmen

Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit
Gebühren, sonstige Entgelte
Übrige laufende Einnahmen / Steuern³⁾
Veraußerung von Sachvermögen
Veraußerung von Beteiligungen
Laufende Zuschüsse von anderen Bereichen
Übrige Einnahmen

¹⁾ Nur beim Aufgabenbereich »Versorgung« – ²⁾ Zinsen und Tilgung nur beim Aufgabenbereich »Schulden« – ³⁾ Nur beim Aufgabenbereich »Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen«

Systematisches Verzeichnis der Einnahmen und Ausgaben der Privaten Haushalte*)

Ausgabe 1963

Zweisteller, Dreisteller

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
1	Einnahmen	2	Ausgaben für den Privaten Verbrauch (abgeleitet aus dem »Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch, Ausgabe 1963«; siehe dort)
11	Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen		
1 11	Einkommen aus unselbständiger Arbeit (brutto) ¹⁾		
1 12	Einkommen aus Unternehmertätigkeit (brutto)		
1 13	Einkommen aus Vermögen (brutto)	3	Sonstige Ausgaben
12	Einnahmen aus Übertragungen (Geldleistungen)	31	Zinsen auf Konsumentenkredite
1 21	Laufende Einnahmen aus Übertragungen	3 10	Zinsen auf Konsumentenkredite
1 22	Einmalige und unregelmäßige Einnahmen aus Übertragungen	32	Geleistete Übertragungen (Geldleistungen)
13	Einnahmen aus Untervermietung, aus dem Verkauf von Waren und aus der Erstattung von Ausgaben für geschäftliche Zwecke	3 21	Steuern
1 31	Einnahmen aus Untervermietung	3 22	Beiträge zur Sozialversicherung
1 32	Einnahmen aus dem Verkauf im Haushalt erzeugter Waren	3 23	Pramien für private Kranken-, Unfall- und Schadenversicherung und an Pensionskassen
1 33	Einnahmen aus dem Verkauf gebrauchter Waren	3 24	Sonstige geleistete Übertragungen
1 34	Einnahmen (netto) aus der Erstattung von Ausgaben für geschäftliche (dienstliche) Zwecke (Spesen, Tagegelder) u. a.	33	Ausgaben für die Bildung bzw. Umwandlung von Vermögen und Rückzahlung von Krediten
14	Einnahmen aus der Auflösung bzw. Umwandlung von Vermögen und Kreditaufnahme	3 31	Bildung von Sachvermögen bzw. Betriebsvermögen
1 41	Verminderung des Sachvermögens bzw. Betriebsvermögens	3 32	Bildung von Geldvermögen
1 42	Verminderung des Geldvermögens	3 33	Rückzahlung von Krediten
1 43	Kreditaufnahme	34	Ausgaben, die einer der vorstehend genannten Positionen nicht zugeordnet werden können
15	Einnahmen, die einer der vorstehend genannten Positionen nicht zugeordnet werden können	3 40	Ausgaben, die einer der vorstehend genannten Positionen nicht zugeordnet werden können
1 50	Einnahmen, die einer der vorstehend genannten Positionen nicht zugeordnet werden können	35	Nachrichtlich:
16	Nachrichtlich:	3 51	Aufwendungen für die Unterhaltung von Grundstücken und Gebäuden, Schönheitsreparaturen in Eigentümerwohnungen u. a.
1 61	Einnahmen aus Vermietung (ohne Untervermietung)	3 52	Ausgaben für geschäftliche (dienstliche) Zwecke, soweit vom Unternehmer erstattet oder auf Geschäftskosten verbucht
1 62	Reisekostenerstattungen, Tagegelder, Auslosungen, Trennungsschadigungen usw.	3 53	Barbestand am Ende des Monats
1 63	Barbestand am Anfang des Monats		

*) Enthält Einnahmen = 6 Zweisteller, 16 Dreisteller, 34 Viersteller, 51 Fünfsteller, Ausgaben = 5 Zweisteller, 12 Dreisteller, 26 Viersteller, 39 Fünfsteller

¹⁾ Ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung

Güterverzeichnis für die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (GÜLA)*)

Ausgabe 1978

Gruppen (Zweisteller)

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
01	Pflanzliche Erzeugnisse der Landwirtschaft und der gewerblichen Gärtnerei	03	Dienstleistungen auf der landwirtschaftlichen Erzeugerstufe und Dienstleistungen der gewerblichen Gärtnerei und Tierpflege
02	Lebende Tiere und tierische Erzeugnisse der Landwirtschaft und gewerblichen Tierhaltung	05	Forstwirtschaftliche Erzeugnisse
		07	Fischereierzeugnisse

*) Enthalt 5 Zweisteller, 20 Dreisteller, 72 Viersteller, 565 Sechssteller

Systematisches Warenverzeichnis für die Industriestatistik (WI)*)

Ausgabe 1975

Warengruppen (Zweisteller)

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
10	Elektrizität, Gas, Fernwärme, Wasser	39	Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck, belichtete Filme, Fullhalter u. a.
21	Bergbauliche Erzeugnisse	40	Chemische Erzeugnisse
22	Mineralölzeugnisse	50	Büromaschinen; Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen
24	Spalt- und Brutstoffe	51	Feinkeramische Erzeugnisse
25	Steine und Erden, Asbestwaren, Schleifmittel	52	Glas und Glaswaren
27	Eisen und Stahl (Erzeugnisse der Eisen-schaffenden und Ferrolegierungs-Industrie)	53	Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz
28	NE-Metalle und -Metallhalbzeug (einschl. Edelmetalle und deren Halbzeug)	54	Holzwaren
29	Gießereierzeugnisse	55	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe
30	Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke und der Stahlverformung	56	Papier- und Pappwaren
31	Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge	57	Druckereierzeugnisse, Lichtpaus- und verwandte Waren
32	Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschlepper)	58	Kunststofferzeugnisse
33	Straßenfahrzeuge (ohne Ackerschlepper)	59	Gummiwaren
34	Wasserfahrzeuge	61	Leder
35	Luft- und Raumfahrzeuge (einschl. Flugbetriebs-, Rettungs-, Sicherheits- und Bodengeräte)	62	Lederwaren und Schuhe
36	Elektrotechnische Erzeugnisse	63	Textilien
37	Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	64	Bekleidung
38	Eisen-, Blech- und Metallwaren	68	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes
		69	Tabakwaren
		70	Fertigteilebauten im Hochbau

*) Enthalt 36 Zweisteller, 245 Dreisteller, 1 153 Viersteller, 5 901 Sechssteller

**Warenverzeichnis
für den Material- und Wareneingang im Produzierenden Gewerbe (WE)*)**

Ausgabe 1978

Warengruppen (Zweisteller)

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
01	Pflanzliche Erzeugnisse der Landwirtschaft und der gewerblichen Gärtnerei	37	Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren
02	Lebende Tiere und tierische Erzeugnisse der Landwirtschaft und der gewerblichen Tierhaltung (ohne Fischereierzeugnisse)	38	Eisen-, Blech- und Metallwaren
05	Forstwirtschaftliche Erzeugnisse	39	Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck, belichtete Filme, Fullhalter u. a
07	Fischereierzeugnisse	40	Chemische Erzeugnisse
10	Elektrizität, Gas, Fernwärme, Wasser	50	Buromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen (einschl. Zubehör, Einzel- und Ersatzteile)
21	Kohle, Erze, Kali- u. a. natürliche Salze, Erdöl, Flußspat und verwandte Erzeugnisse (ohne Gase)	51	Feinkeramische Erzeugnisse
22	Mineralerzeugnisse (ohne Flüssiggas u. a. Raffineriegase)	52	Glas und Glaswaren (einschl. Glasfaser und Waren daraus)
24	Spalt- und Brutstoffe	53	Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz
25	Steine und Erden (einschl. mineralische Baustoffe und rohe natürliche Edel- und Schmucksteine), Asbestwaren, Schleifmittel	54	Holzwaren
27	Eisen und Stahl	55	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe
28	NE-Metalle, -halbzeug, -formguß (einschl. Edelmetalle, -halbzeug, -formguß) (ohne NE-Metallfolien)	56	Papier- und Pappwaren
29	Eisen-, Stahl- und Temperguß	57	Druckereierzeugnisse, Lichtpaus- und verwandte Waren
30	Kalt gezogene und kalt gewalzte Erzeugnisse sowie Erzeugnisse der Stahlverformung	58	Kunststofferzeugnisse (Halbzeug, Einzelteile, Fertigerzeugnisse)
31	Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge	59	Gummiwaren
32	Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschlepper)	61	Leder
33	Straßenfahrzeuge (ohne Ackerschlepper) (einschl. Teile)	62	Lederwaren und Schuhe
34	Wasserfahrzeuge (einschl. schiffbauliche Einzelteile)	63	Textilien
35	Luft- und Raumfahrzeuge (einschl. Teile)	64	Bekleidung, auch gewirkt oder gestrickt (einschl. Wasche, textile Bettartikel, veredelte Pelzfelle und Pelzwaren, Planen, Zelte, Segel)
36	Elektrotechnische Erzeugnisse	68	Nahrungs- und Genußmittel (ohne Tabakwaren)
		69	Tabakwaren
		70	Fertigteilmontagen im Hochbau zur Vollmontage vorgesehen

*) Enthält 40 Zweisteller, 154 Dreisteller, 346 Viersteller, 584 Fünfsteller

Systematik der Bauwerke (SB)*

Ausgabe 1978

Gruppen (Zweisteller), Untergruppen (Dreisteller), Klassen (Viersteller)

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
71	Hochbauten	75 16	Start- und Landebahnen für Flugzeuge
71 1	Wohngebäude	75 17	Wasserstraßen und Hafen
71 11	Wohngebäude (ohne Wohnheime)	75 19	Fernmeldeleitungen, Fernmelde-, Radar- und Fernsehantennen u. a. Tiefbauten der Nachrichtenübermittlung
71 17	Wohnheime		
71 3	Unterkünfte	75 3	Tiefbauten für die Energie- und Wasserwirtschaft
71 30	zugleich Bauwerksklasse	75 31	Tiefbauten für die Elektrizitätsgewinnung
71 5	Nichtwohngebäude	75 32	Tiefbauten für die Elektrizitätsverteilung
71 51	Anstaltsgebäude	75 33	Rohrleitungen für den Transport von Erdöl und flüssigen Mineralerzeugnissen
71 53	Büro- und Verwaltungsgebäude	75 34	Rohrleitungen für den Transport und die Verteilung von Gas
71 55	Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	75 35	Rohrleitungen für den Transport und die Verteilung von Fernwärme
71 57	Nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude	75 36	Unterirdische Kraftstofflager und Gasbehälter
71 59	Sonstige Nichtwohngebäude	75 37	Tiefbauten für Wasserversorgungsanlagen
71 7	Behelfsmäßige Nichtwohnbauten	75 39	Tiefbauten für Abwasseranlagen
71 70	zugleich Bauwerksklasse		
71 9	Freistehende selbständige Konstruktionen	75 5	Landeskulturbauten
71 90	zugleich Bauwerksklasse	75 51	Tiefbauten an nicht schiffbaren Gewässern
75	Tiefbauten	75 53	Küstenschutz-, Landgewinnungs- u. a. Tiefbauten
75 1	Tiefbauten für Verkehr und Nachrichtenübermittlung (ohne Rohrleitungsbauten)	75 55	Landwirtschaftliche Wasserbauten
75 11	Straßen und Wege	75 57	Andere Landeskulturbauten
75 12	Park- und Abstellplätze	75 7	Sportplätze, Freibäder u. a. Tiefbauten für Sport- und Freizeit Zwecke
75 13	Bahnkörper u. a. Tiefbauten für Schienenbahnen (ohne Tunnel, Brücken, Hochbahnkonstruktionen)	75 71	Sportplätze, Freibäder u. a. Tiefbauten für Sport Zwecke
75 14	Tunnel	75 75	Tiefbauten für andere Freizeit Zwecke
75 15	Brücken (einschl. Hochstraßen und Hochbahnkonstruktionen)	75 9	Sonstige Tiefbauten, a. n. g.
		75 90	zugleich Bauwerksklasse

*) Enthält 2 Zweisteller, 10 Dreisteller, 33 Viersteller, 74 Fünfsteller, 120 Sechsteller

Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik (WB)*)

Ausgabe 1978

Warengruppen (Zweisteller)

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
00	Fleisch, Wurst, Fische, Fischerzeugnisse (ohne tiefgefrorene, gefrorene, diätetische und Konserven)	24	Damenoberbekleidung ab Größe 34 (ohne Pullover u. a., Pelz- und Sportbekleidung)
01	Obst, Gemüse (ohne tiefgefrorenes, diätetisches und Konserven)	25	Kinderoberbekleidung ab Größe 104 bis einschl. 176 (ohne Pullover u. a., Säuglings-, Pelz- und Sportbekleidung)
02	Milch, Kase, Speisefette und -öle, Eier (ohne tiefgefrorene und diätetische)	26	Pullover, Westen u. a., gewirkt oder gestrickt, Säuglingsbekleidung
03	Tiefgefrorene und gefrorene Erzeugnisse, Speiseeis	27	Herren-, Damen- und Kinderwäsche, Miederwaren (ohne Säuglingswäsche)
04	Nahrungsmittel (ohne Suppen, tiefgefrorene und diätetische)	28	Kurzwaren, Handarbeiten
05	Suppen, Gewürze, Brotaufstrich (ohne diätetische und Speisefette), Zucker	29	Strumpfwaren, Bekleidungszubehör, Schirme, Stocke (ohne Säuglingsartikel)
06	Fleisch-, Wurst- und Fischkonserven, Marinaden, Konservenfertiggerichte (ohne diätetische)	30	Pelzwaren
07	Obst- und Gemusekonserven (ohne diätetische und Konservenfertiggerichte)	31	Herrenschuhe (ohne Sportschuhe)
08	Süßwaren (einschl. Dauerbackwaren, aber ohne Kakaopulver und diätetische Süßwaren)	32	Damenschuhe (ohne Sportschuhe)
09	Diätetische Nahrungsmittel und Getränke (einschl. Säuglings- und Kleinkinder-nahrung, ohne tiefgefrorene)	33	Kinderschuhe (ohne Sportschuhe), Schuhzubehör
10	Weine, Schaumweine (ohne solche für Diabetiker), Spirituosen	34	Leder- und Täschnerwaren, a. n. g.
11	Biere, alkoholfreie Getränke (ohne tiefgefrorene und diätetische)	35	Bilderrahmen, Devotionalien, Raucher-artikel u. a. Galanteriewaren, a. n. g.
12	Kaffee, Tee, Kakao, Tabakwaren	36	Sportbekleidung, Sportschuhe (ohne Straßenschuhe)
13	Backwaren (ohne tiefgefrorene, diätetische und Dauerbackwaren)	37	Rundfunk-, Fernseh- und phono-technische Geräte
15	Wasch-, Putz- und Reinigungsmittel (ohne Industriereiniger, -seifen und Autopflegemittel)	38	Geräte und Einrichtungen der Elektrizitätserzeugung, -umwandlung und -verteilung
16	Hygieneartikel, Verbandstoffe, Säuglings- und Kinderkörperpflegemittel, Kerzen	39	Elektrotechnische Erzeugnisse, a. n. g.
17	Feinseifen, Desodorantien, Haut-, Mund- und Haarpflegemittel, Rasiermittel (ohne Säuglings- und Kinderkörperpflegemittel)	40	Foto- und Kinogeräte, fototechnisches und -chemisches Material
18	Sonstige Körperpflegemittel, mechanische Körperpflegegeräte	41	Feinmechanische und optische Erzeugnisse, a. n. g.
19	Haus-, Tisch- und Bettwäsche, Bettwaren	42	Uhren (ohne Armaturbrettluhren und Uhrenradios, elektrische Zeitdienst- und -schaltgeräte)
20	Heimtextilien (ohne Bodenbeläge)	43	Schmuck, Gold- und Silberschmiede-waren, Perlen, Edel-, Schmucksteine u. a. (ohne Uhren, Antiquitäten, Kunstgegenstände, Galanteriewaren aus unedlen Stoffen)
21	Bodenbeläge	45	Spielwaren, Fest- und Scherzartikel, a. n. g.
22	Meterware für Bekleidung	47	Musikinstrumente (ohne phono-technische Geräte und Musikspielwaren), Musikalien
23	Herrenoberbekleidung ab Größe 38 (ohne Pullover u. a., Pelz- und Sport-bekleidung)	49	Schulmöbel, Ladeneinrichtungen u. ä., Wohn- und Küchenmobel (ohne Korb-, Garten- und Campingmobel)

*) Enthält 91 Zweisteller, 712 Dreisteller, 3 861 Viersteller

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
50	Kunstgegenstände, Sammlungsstücke, Antiquitäten	73	Klebstoffe, Klebemörtel, Bodenspachtel, Tapetentrennmittel
51	Holz-, Korb-, Kork-, Flecht-, Schnitz- und Formstoffwaren, a n g, Kinderwagen	74	Lacke und Lackfarben (einschl. Polituren und Mattierungen)
52	Papier, Pappe	75	Sonstige Anstrichstoffe, Malerpinsel und -bursten (ohne Unterrichts-, Künstlerfarben und -malmittel)
53	Papier- und Pappwaren, a. n. g., sowie verwandte Erzeugnisse	76	Tapeten (einschl. Wand- und Deckenbeläge)
54	Schreib-, Zeichen- und Malgeräte, Lernmittel, a n g (ohne Druckereierzeugnisse), Zeichenmaschinen	77	Kraftwagen, Kraftwagenteile und -zubehör, a n g, Bereifungen, a. n. g
55	Unterrichts- und Künstlerfarben (einschl. Malhilfsmittel, a. n. g.)	78	Zweirader, Zweiradteile und -zubehör, a. n. g.
56	Druckereierzeugnisse (ohne Musikalien, bedruckte Behälter)	79	Sonstige Fahrzeuge, deren Teile und Zubehör, a. n. g
57	Büroorganisationsmittel und -kleinartikel (ohne Druckereierzeugnisse)	80	Landmaschinen
58	Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Büromöbel	81	Werkzeug-, Bau-, Textil- und Nähmaschinen
59	Eisenerze, Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug, Gußeisen	82	Maschinen, a n g
60	NE-Metallerze, NE-Metalle, NE-Metallhalbzeug, NE-Metallguß, Edelmetalle, Edelmetallhalbzeug	83	Technischer Spezialbedarf verschiedener Wirtschaftszweige, Verpackungsmittel aus Metall, Kunststoff, Keramik, Glas
61	Werkzeuge, a. n. g	84	Sonstiger technischer Bedarf, a n g; chemisch-technische Erzeugnisse, a. n. g.
62	Maschinen- und Präzisionswerkzeuge, a. n. g. (ohne Sägeblätter, Maschinenmesser, Hartmetall- und Diamantwerkzeuge), Elektrowerkzeuge, Werkstatt-einrichtungen, Baugeräte, Gerüste, Leitern, Handtransportgeräte, Behälter, a. n. g.	85	Orthopädische und medizinische Erzeugnisse (ohne orthopädische Schuhe), Dentalbedarf, Laborgeräte, Krankenpflege-artikel
63	Beschläge und Schlosser, Eisenkurzwaren	87	Arzneimittel und sonstige pharmazeutische Erzeugnisse, a. n. g.
64	Garten-, Landwirtschafts- und Forstwirtschaftsgeräte u. a., Ketten, Drahtgeflechte (ohne Landmaschinen und deren Zusatzgeräte)	90	Chemische Grundstoffe und Chemikalien
65	Spielplatzgeräte, Camping- und Sportartikel, Handelswaffen, Bastelsätze	91	Kunststoffe, Stein-, Hutten- und Salinensalz, a. n. g., Rohdrogen, Kautschuk, rohe pflanzliche und tierische Fette und Öle für technische Zwecke
66	Tafel-, Kuchen- u. a. Haushaltsgeräte (ohne elektrische)	92	Feste Brennstoffe, Mineral-ölerzeugnisse
67	Heiz- und Kochgeräte, Kühl-, Gefrier-möbel, Wasch- und Geschirrspülmaschinen für den Haushalt	93	Textile Rohstoffe und Vorerzeugnisse, a. n. g., Haute, Felle, Leder, Leder-faserstoff
68	Installationsgeräte und -material für Wasser, Gas und Heizung	94	Gebrauchsgüter, Schrott, Altmaterial, a n. g
69	Holz, Bauelemente aus Holz, Metall und Kunststoff	95	Lebendes Vieh und Geflügel
70	Baustoffe, mineralische Bauelemente, Flachglas, Fertigteilbauten u. a.	96	Heim- und Kleintierfutter, zoologische Artikel, lebende Tiere, a. n. g
72	Anstrichfarben (ohne Unterrichts-, Künstlerfarben, Lacke und Lackfarben)	97	Pflanzen (einschl. Baumschul-erzeugnisse)
		98	Saaten, Rohstoffe und Vorerzeugnisse pflanzlichen und tierischen Ursprungs für Nahrungsmittel und Getränke; Futter- und Düngemittel

Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA)*)

Ausgabe 1981

Abschnitte (I bis XXI), Kapitel (1 bis 99)

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
I	Lebende Tiere und Waren tierischen Ursprungs	IV	Waren der Lebensmittelindustrie; Getränke, alkoholische Flüssigkeiten und Essig; Tabak
1	Lebende Tiere	16	Zubereitungen von Fleisch, Fischen, Krebstieren und Weichtieren
2	Fleisch und genießbarer Schlachtabfall	17	Zucker und Zuckerwaren
3	Fische, Krebstiere und Weichtiere	18	Kakao und Zubereitungen aus Kakao
4	Milch und Milcherzeugnisse; Vogeleier; natürlicher Honig; genießbare Waren tierischen Ursprungs, anderweitig weder genannt noch inbegriffen	19	Zubereitungen auf der Grundlage von Getreide, Mehl oder Stärke; Backwaren
5	Andere Waren tierischen Ursprungs, anderweitig weder genannt noch inbegriffen	20	Zubereitungen von Gemüse, Küchenkräutern, Früchten und anderen Pflanzen oder Pflanzenteilen
II	Waren pflanzlichen Ursprungs	21	Verschiedene Lebensmittelzubereitungen
6	Lebende Pflanzen und Waren des Blumenhandels	22	Getranke, alkoholische Flüssigkeiten und Essig
7	Gemüse, Pflanzen, Wurzeln und Knollen, die zu Ernährungszwecken verwendet werden	23	Rückstände und Abfälle der Lebensmittelindustrie; zubereitetes Futter
8	Genießbare Früchte; Schalen von Zitrusfrüchten oder von Melonen	24	Tabak
9	Kaffee, Tee, Mate und Gewürze	V	Mineralische Stoffe
10	Getreide	25	Salz; Schwefel; Steine und Erden; Gips, Kalk und Zement
11	Müllereierzeugnisse; Malz; Stärke; Kleber; Inulin	26	Metallurgische Erze sowie Schlacken und Aschen
12	Ölsaaten und ölhaltige Früchte; verschiedene Samen und Früchte, Pflanzen zum Gewerbe- oder Heilgebrauch; Stroh und Futter	27	Mineralische Brennstoffe, Mineralöle und Erzeugnisse ihrer Destillation; bituminöse Stoffe, Mineralwachs
13	Gummen, Harze und andere Pflanzensäfte und -auszüge	VI	Erzeugnisse der chemischen Industrie und verwandter Industrien
14	Flechtstoffe und andere Waren pflanzlichen Ursprungs, anderweitig weder genannt noch inbegriffen	28	Anorganische chemische Erzeugnisse; anorganische oder organische Verbindungen von Edelmetallen, radioaktiven Elementen, Metallen der seltenen Erden und Isotopen
III	Tierische und pflanzliche Fette und Öle; Erzeugnisse ihrer Spaltung; genießbare verarbeitete Fette; Wachse tierischen und pflanzlichen Ursprungs	29	Organische chemische Erzeugnisse
15	Tierische und pflanzliche Fette und Öle; Erzeugnisse ihrer Spaltung; genießbare verarbeitete Fette; Wachse tierischen und pflanzlichen Ursprungs	30	Pharmazeutische Erzeugnisse
		31	Düngemittel
		32	Gerb- und Farbstoffauszüge, Tannine und ihre Derivate; Farbstoffe, Farben, Anstrichfarben, Lacke und Farbmittel; Kitten; Tinten
		33	Atherische Öle und Resinoide, zubereitete Riech-, Körperpflege- und Schönheitsmittel

*) Enthält 21 Abschnitte, 99 Kapitel, 1 024 Viersteller, 9 084 Siebensteller

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
34	Seifen, organische grenzflächenaktive Stoffe, zubereitete Waschmittel und Waschhilfsmittel, zubereitete Schmiermittel, künstliche Wachse, zubereitete Wachse, Schuhcreme, Scheuerpulver und dergleichen, Kerzen und ähnliche Erzeugnisse, Modelliermassen und »Dentalwachs«	XI	Spinnstoffe und Waren daraus
35	Eiweißstoffe, Klebstoffe, Enzyme	50	Seide, Schappeseide und Bourretteseide
36	Pulver und Sprengstoffe; pyrotechnische Artikel; Zundholzer; Zündmetalllegierungen; leicht entzündliche Stoffe	51	Synthetische und künstliche Spinnfaden
37	Erzeugnisse zu photographischen und kinematographischen Zwecken	52	Metallgarne
38	Verschiedene Erzeugnisse der chemischen Industrie	53	Wolle, feine und grobe Tierhaare, Roßhaar
VII	Kunststoffe, Zelluloseäther und -ester und Waren daraus; Kautschuk (Naturkautschuk, synthetischer Kautschuk und Faktis) und Kautschukwaren	54	Flachs und Ramie
39	Kunststoffe, Zelluloseäther und -ester und Waren daraus	55	Baumwolle
40	Kautschuk (Naturkautschuk, synthetischer Kautschuk und Faktis) und Kautschukwaren	56	Synthetische und künstliche Spinnfasern
VIII	Häute, Felle, Leder, Pelzfelle und Waren daraus; Sattlerwaren; Reiseartikel, Handtaschen und ähnliche Behältnisse; Waren aus Därmen	57	Andere pflanzliche Spinnstoffe, Papiergarne und Gewebe aus Papiergarnen
41	Haute und Felle, Leder	58	Teppiche und Tapisserien, Samt, Plusch, Schlingengewebe und Chenillegewebe; Bänder, Posamentierwaren; Tulle und geknupfte Netzstoffe, Spitzen, Stickereien
42	Lederwaren, Sattlerwaren, Reiseartikel, Handtaschen und ähnliche Behältnisse; Waren aus Därmen	59	Watte und Filze, Tauwerk und andere Seilerwaren; Spezialgewebe, getrankte oder bestrichene Gewebe; Gegenstände des technischen Bedarfs, aus Spinnstoffen
43	Pelzfelle und kunstliches Pelzwerk; Waren daraus	60	Gewirke
IX	Holz, Holzkohle und Holzwaren; Kork und Korkwaren; Flechtwaren und Korbmacherwaren	61	Bekleidung und Bekleidungszubehör, aus Geweben
44	Holz, Holzkohle und Holzwaren	62	Andere konfektionierte Waren aus Geweben
45	Kork und Korkwaren	63	Altwaren, Lumpen
46	Flechtwaren und Korbmacherwaren	XII	Schuhe; Kopfbedeckungen; Regen- und Sonnenschirme; zugerichtete Federn und Waren aus Federn; künstliche Blumen; Waren aus Menschenhaaren
X	Ausgangsstoffe für die Papierherstellung; Papier, Pappe und Waren daraus	64	Schuhe, Gamaschen und ähnliche Waren, Teile davon
47	Ausgangsstoffe für die Papierherstellung	65	Kopfbedeckungen und Teile davon
48	Papier und Pappe, Waren aus Papierhalbstoff, Papier und Pappe	66	Regenschirme, Sonnenschirme, Gehstöcke, Peitschen, Reitpeitschen und Teile davon
49	Waren des Buchhandels und Erzeugnisse des graphischen Gewerbes	67	Zugerichtete Federn und Daunen und Waren aus Federn oder Daunen, künstliche Blumen; Waren aus Menschenhaaren
		XIII	Waren aus Steinen, Gips, Zement, Asbest, Glimmer oder ähnlichen Stoffen; keramische Waren; Glas und Glaswaren
		68	Waren aus Steinen, Gips, Zement, Asbest, Glimmer oder ähnlichen Stoffen
		69	Keramische Waren
		70	Glas und Glaswaren

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
XIV	Echte Perlen, Edelsteine, Schmucksteine und dergleichen, Edelmetalle, Edelmetallplattierungen, Waren daraus; Phantasieschmuck; Münzen	XVIII	Optische, photographische und kinematographische Instrumente, Apparate und Geräte; Meß-, Prüf- und Präzisionsinstrumente, -apparate und -geräte; medizinische und chirurgische Instrumente, Apparate und Geräte; Uhrmacherwaren; Musikinstrumente; Tonaufnahme- oder Tonwiedergabegeräte; Bild- und Tonaufzeichnungsgeräte oder Bild- und Tonwiedergabegeräte für das Fernsehen
71	Echte Perlen, Edelsteine, Schmucksteine und dergleichen, Edelmetalle, Edelmetallplattierungen, Waren daraus, Phantasieschmuck		
72	Münzen		
XV	Unedle Metalle und Waren daraus		
73	Eisen und Stahl	90	Optische, photographische und kinematographische Instrumente, Apparate und Geräte, Meß-, Prüf- und Präzisionsinstrumente, -apparate und -geräte; medizinische und chirurgische Instrumente, Apparate und Geräte
74	Kupfer		
75	Nickel	91	Uhrmacherwaren
76	Aluminium	92	Musikinstrumente, Tonaufnahme- oder Tonwiedergabegeräte; Bild- und Tonaufzeichnungsgeräte oder Bild- und Tonwiedergabegeräte für das Fernsehen; Teile und Zubehör für diese Instrumente oder Geräte
77	Magnesium, Beryllium (Glucinium)		
78	Blei		
79	Zink		
80	Zinn		
81	Andere unedle Metalle		
82	Werkzeuge; Messerschmiedewaren und Eßbestecke aus unedlen Metallen		
83	Verschiedene Waren aus unedlen Metallen	XIX	Waffen und Munition; Teile davon
XVI	Maschinen, Apparate und mechanische Geräte; elektrotechnische Waren	93	Waffen und Munition, Teile davon
84	Kessel, Maschinen, Apparate und mechanische Geräte		
85	Elektrische Maschinen, Apparate und Geräte sowie andere elektrotechnische Waren	XX	Verschiedene Waren
XVII	Beförderungsmittel	94	Möbel, medizinisch-chirurgische Möbel; Bettenausstattungen und ähnliche Waren
86	Schienenfahrzeuge, ortsfestes Gleismaterial, nichtelektrische mechanische Signalvorrichtungen für Verkehrswege	95	Bearbeitete Schnitz- und Formstoffe, Waren aus Schnitz- und Formstoffen
87	Zugmaschinen, Kraftwagen, Krafttrader, Fahrräder und andere nicht schienengebundene Landfahrzeuge	96	Besen, Bürsten, Pinsel, Puderquasten und Siebwaren
88	Luftfahrzeuge	97	Spielzeug, Spiele, Scherzartikel und Sportgeräte
89	Wasserfahrzeuge und schwimmende Vorrichtungen	98	Verschiedene Waren
		XXI	Kunstgegenstände, Sammlungsstücke und Antiquitäten
		99	Kunstgegenstände, Sammlungsstücke und Antiquitäten

Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel*)
Standard International Trade Classification, Rev. 2 (SITC II))**

Ausgabe 1975

Teile (Einsteller), Abschnitte (Zweisteller)

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
0	Nahrungsmittel und lebende Tiere, vorwiegend zur Ernährung	56	Chemische Düngemittel
00	Lebende Tiere, vorwiegend zur Ernährung	57	Pulver und Sprengstoffe, pyrotechnische Artikel
01	Fleisch und Fleischwaren	58	Kunststoffe, Zelluloseather und -ester
02	Molkereierzeugnisse und Eier	59	Chemische Erzeugnisse, a. n. g.
03	Fische, Krebstiere und Weichtiere und Zubereitungen davon	6	Bearbeitete Waren, vorwiegend nach Beschaffenheit gegliedert
04	Getreide und Getreideerzeugnisse	61	Leder, Lederwaren, a. n. g., und zugerichtete Pelzfelle
05	Gemüse, Kuchenkrauter und Früchte	62	Kautschukwaren, a. n. g.
06	Zucker, Zuckerwaren und Honig	63	Kork- und Holzwaren (ausgenommen Möbel)
07	Kaffee, Tee, Kakao, Gewürze u. Waren daraus	64	Papier und Pappe; Waren aus Papierhalbstoff, Papier und Pappe
08	Futtermittel (ausgenommen Getreide)	65	Garne, Gewebe, fertiggestellte Spinnstoff-erzeugnisse, a. n. g., und verwandte Erzeugnisse
09	Verschiedene Nahrungsmittel und Nahrungsmittelzubereitungen	66	Waren aus mineralischen Stoffen, a. n. g.
1	Getränke und Tabak	67	Eisen und Stahl
11	Getranke	68	NE-Metalle
12	Tabak und Tabakwaren	69	Metallwaren, a. n. g.
2	Rohstoffe (ausgenommen Nahrungsmittel und mineralische Brennstoffe)	7	Maschinenbauerzeugnisse, elektrotechnische Erzeugnisse und Fahrzeuge
21	Haute, Felle und Pelzfelle, roh	71	Kraftmaschinen und Kraftmaschinen-ausrüstungen
22	Olisaaten und ölhaltige Früchte	72	Arbeitsmaschinen für besondere Zwecke
23	Rohkautschuk (einschl. synthetischer und regenerierter Kautschuk)	73	Metallbearbeitungsmaschinen
24	Kork und Holz	74	Maschinen, Apparate und Geräte für verschiedene Zwecke, a. n. g., und Teile davon, a. n. g.
25	Papierhalbstoffe und Papierabfälle	75	Buromaschinen und automatische Daten-verarbeitungsmaschinen
26	Spinnstoffe (ausgenommen Kammzugwickel [Tops] aus Wolle) und Abfälle davon (noch nicht zu Garnen oder Geweben verarbeitet)	76	Geräte für die Nachrichtentechnik, Bild- und Tonaufnahme- und -wiedergabegeräte
27	Mineralische Rohstoffe (ausgenommen Erze, Brennstoffe und Schmucksteine)	77	Elektrische Maschinen, Apparate und Geräte, a. n. g., und elektrische Teile davon (einschl. der entsprechenden nicht-elektrischen Haushaltsgeräte, a. n. g.)
28	Metallurgische Erze und Metallabfälle	78	Straßenfahrzeuge (einschl. Luftkissenfahrzeuge)
29	Rohstoffe tierischen und pflanzlichen Ursprungs, a. n. g.	79	Andere Beförderungsmittel
3	Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel und verwandte Erzeugnisse	8	Sonstige bearbeitete Waren
32	Kohle, Koks und Briketts	81	Sanitäre Anlagen, Heizungs- und Beleuchtungseinrichtungen und Zubehör, a. n. g.
33	Erdöl, Erdölzeugnisse u. verwandte Waren	82	Möbel und Teile davon
34	Gas	83	Reiseartikel, Handtaschen und ähnliche Behältnisse
35	Elektrischer Strom	84	Bekleidung und Bekleidungszubehör
4	Tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachse	85	Schuhe
41	Tierische Öle und Fette	87	Meß-, Prüf- und Kontrollinstrumente, -apparate und -geräte, a. n. g.
42	Fette, pflanzliche Öle	88	Fotografische Apparate, Ausrüstungen und Zubehör; optische Waren, a. n. g., Uhrmacherwaren
43	Tierische und pflanzliche Öle und Fette, verarbeitet, und Wachse tierischen oder pflanzlichen Ursprungs	89	Sonstige bearbeitete Waren, a. n. g.
5	Chemische Erzeugnisse, a. n. g.	9	Waren und Warenverkehrsvorgänge, anderweitig in der SITC nicht erfaßt
51	Organische Chemikalien		
52	Anorganische Chemikalien		
53	Farbstoffe, Gerbstoffe und Farben		
54	Medizinische und pharmazeut. Erzeugnisse		
55	Ätherische Öle und Riechstoffe; Körperpflegemittel, Wasch-, Putz- u. Reinigungsmittel		

*) Übersetzung aus der engl. Fassung -- **) Enthält 10 Teile, 63 Abschnitte, 233 Gruppen, 786 Untergruppen und 1832 Positionen

Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik (GV)*)

Ausgabe 1969

Abteilungen (Einsteller), Hauptgruppen (Zweisteller)

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
0	Land-, forstwirtschaftliche und verwandte Erzeugnisse (einschl. lebende Tiere)	5	Eisen, Stahl und NE-Metalle (einschl. Halbzeug)
00	Lebende Tiere	51	Roheisen, Ferrolegierungen, Rohstahl
01	Getreide	52	Stahlhalbzeug
02	Kartoffeln	53	Stab- und Formstahl, Draht, Eisenbahnoberbaumaterial
03	Frische Früchte, frisches und gefrorenes Gemüse	54	Stahlbleche, Bandstahl, Weißblech und -band
04	Spinnstoffe und textile Abfälle	55	Rohre u. a. aus Stahl, rohe Gießereierzeugnisse und Schmiedestücke aus Eisen und Stahl
05	Holz und Kork	56	NE-Metalle und NE-Metallhalbzeug
06	Zuckerrüben		
09	Sonstige pflanzliche, tierische und verwandte Rohstoffe	6	Steine und Erden (einschl. Baustoffe)
1	Andere Nahrungs- und Futtermittel	61	Sand, Kies, Bims, Ton, Schlacken
11	Zucker	62	Salz, Schwefelkies, Schwefel
12	Getränke	63	Sonstige Steine, Erden und verwandte Rohminerale
13	Genußmittel und Nahrungsmittelzubereitungen, a. n. g.	64	Zement und Kalk
14	Fleisch, Fische, Fleisch- und Fischwaren, Eier, Milch und Milcherzeugnisse, Speisefette	65	Gips
16	Getreide-, Obst- und Gemüseezeugnisse, Hopfen	69	Sonstige mineralische Baustoffe u. a. (ausgenommen Glas)
17	Futtermittel	7	Düngemittel
18	Olisaaten, Ölfrüchte, pflanzliche und tierische Öle und Fette (ausgenommen Speisefette)	71	Natürliche Düngemittel
2	Feste mineralische Brennstoffe	72	Chemische Düngemittel
21	Steinkohle und Steinkohlenbriketts	8	Chemische Erzeugnisse
22	Braunkohle, Braunkohlenbriketts und Torf	81	Chemische Grundstoffe (ausgenommen Aluminiumoxyd und -hydroxyd)
23	Steinkohlen- und Braunkohlenkoks	82	Aluminiumoxyd und -hydroxyd
3	Erdöl, Mineralölerzeugnisse, Gase	83	Benzol, Teere u. a. Destillationserzeugnisse
31	Rohes Erdöl	84	Zellstoff und Altpapier
32	Kraftstoffe und Heizöl	89	Sonstige chemische Erzeugnisse (einschl. Starke)
33	Natur-, Raffinerie- und verwandte Gase	9	Fahrzeuge, Maschinen, sonstige Halb- und Fertigwaren, besondere Transportgüter
34	Mineralölerzeugnisse, a. n. g.	91	Fahrzeuge
4	Erze und Metallabfälle	92	Landwirtschaftliche Maschinen
41	Eisenerze (ausgenommen Schwefelkiesabbrände)	93	Elektrotechnische Erzeugnisse, andere Maschinen
45	NE-Metallerze, -abfälle und -schrott	94	Baukonstruktionen aus Metall, EBM-Waren
46	Eisen- und Stahlabfälle und -schrott, Schwefelkiesabbrände	95	Glas, Glaswaren, feinkeramische u. a. mineralische Erzeugnisse
		96	Leder, Lederwaren, Textilien, Bekleidung
		97	Sonstige Halb- und Fertigwaren
		99	Besondere Transportgüter (einschl. Sammel- und Stuckgut)

*) Enthält 10 Einsteller, 52 Zweisteller, 175 Dreisteller

Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch*)

Ausgabe 1963

Hauptgruppen (Einsteller), Gruppen (Zweisteller)

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
0/1	Nahrungs- und Genußmittel (einschl. Verzehr in Gaststätten)	53	Heiz- und Kochgeräte, Beleuchtungs- körper
01	Fleisch und Fleischwaren, Fische und Fischwaren	54	Haushaltsmaschinen und -geräte (ohne Heiz- und Kochgeräte)
02	Eier	55	Tapeten, Farben, Baustoffe, Wohnungs- reparaturen u. a.
03	Milch, Kase, Butter	56	Hausliche Dienste
04	Speisefette und -ole (ohne Butter)	57	Wascherei und Reinigung
05	Brot und Backwaren	58	Sonstige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung
06	Mehl, Nahrungsmittel, Kartoffelerzeugnisse		
07	Kartoffeln		
08	Gemüse und Obst	6	Waren und Dienstleistungen für Ver- kehrszwecke, Nachrichten- übermittlung
09	Zucker, Süßwaren	61	Kraftfahrzeuge und Fahrräder
11	Gewürze und ähnliche Back- und Speisezutaten	62	Kraftstoffe
12	Alkoholfreie Getränke	63	Sonstige Waren und Dienstleistungen für eigene Kraftfahrzeuge u. a.
13	Genußmittel	64	Fremde Verkehrsleistungen
14	Fertige Mahlzeiten, Verzehr in Gaststätten	65	Nachrichtenübermittlung
2	Kleidung, Schuhe		
21	Oberbekleidung	7	Waren und Dienstleistungen für die Körper- und Gesundheitspflege (so- weit nicht in 3 bis 5 enthalten)
22	Sonstige Bekleidung	71	Waren und Dienstleistungen für die Körperpflege
23	Schuhe	72	Waren und Dienstleistungen für die Gesundheitspflege
3	Wohnungsmieten u. ä.		
31	Mieten und Pachten (ohne Mietwert der Eigentümerwohnungen u. a.)	8	Waren und Dienstleistungen für Bil- dungs- und Unterhaltungszwecke (so- weit nicht in 0/1, 6 und sonstigen Hauptgruppen enthalten)
32	Mietwert der Eigentümerwohnungen u. a.	81	Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräte und deren Zubehörteile
33	Untermieten	82	Foto- und Kinoapparate und deren Zubehö- rteile
4	Elektrizität, Gas, Brennstoffe u. ä.	83	Bücher, Zeitungen, Zeitschriften
41	Elektrizität	84	Kosten für Theater, Kino und Sport- veranstaltungen
42	Gas	85	Sonstige Waren und Dienstleistungen für Bildungs- und Unterhaltungszwecke
43	Kohlen und sonstige feste Brennstoffe		
44	Flüssige Brennstoffe (ohne Kraftstoffe)	9	Persönliche Ausstattung; sonstige Waren und Dienstleistungen
45	Zentralheizung und Warmwasser	91	Persönliche Ausstattung
5	Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung (soweit nicht in sonstigen Hauptgruppen enthalten)	92	Sonstige Waren und Dienstleistungen
51	Möbel		
52	Heimtextilien, Haushaltswäsche (auch Kunststoffwaren)		

*) Enthält 9 Einsteller, 46 Zweisteller, 88 Dreisteller

Klassifizierung der Berufe*)

Ausgabe 1975

Berufsbereiche (römische Ziffern), Berufsabschnitte (römische Ziffern und kleine Buchstaben), Berufsgruppen (Zweisteller)

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
I	Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	21	Metallverformer (spanlos)
I a	Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	22	Metallverformer (spanend)
01	Landwirte	23	Metalloberflächenbearbeiter, -verguter, -beschichter
02	Tierzüchter, Fischereiberufe	24	Metallverbinder
03	Verwalter, Berater in der Landwirtschaft und Tierzucht	III g	Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe
04	Landwirtschaftliche Arbeitskräfte, Tierpfleger	25	Schmiede
05	Gartenbauer	26	Feinblechner, Installateure
06	Forst-, Jagdberufe	27	Schlosser
II	Bergleute, Mineralgewinner	28	Mechaniker
II a	Bergleute, Mineralgewinner	29	Werkzeugmacher
07	Bergleute	30	Metallfeinbauer und zugeordnete Berufe
08	Mineral-, Erdöl-, Erdgasgewinner	III h	Elektriker
09	Mineralaufbereiter	31	Elektriker
III	Fertigungsberufe	III i	Montierer und Metallberufe, a. n. g.
III a	Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	32	Montierer und Metallberufe, a n g
10	Steinbearbeiter	III k	Textil- und Bekleidungsberufe
11	Baustoffhersteller	33	Spinnberufe
III b	Keramiker, Glasmacher	34	Textilhersteller
12	Keramiker	35	Textilverarbeiter
13	Glasmacher	36	Textilveredler
III c	Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	III l	Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter
14	Chemiearbeiter	37	Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter
15	Kunststoffverarbeiter	III m	Ernährungsberufe
III d	Papierhersteller, -verarbeiter, Drucker	39	Back-, Konditorwarenhersteller
16	Papierhersteller, -verarbeiter	40	Fleisch-, Fischverarbeiter
17	Drucker	41	Speisenbereiter
III e	Holzaufbereiter, Holzwarenfertiger und verwandte Berufe	42	Getranke-, Genußmittelhersteller
18	Holzaufbereiter, Holzwarenfertiger und verwandte Berufe	43	Übrige Ernährungsberufe
III f	Metallerzeuger, -bearbeiter	III n	Bauberufe
19	Metallerzeuger, Walzer	44	Maurer, Betonbauer
20	Former, Formgießer	45	Zimmerer, Dachdecker, Gerüstbauer
		46	Straßen-, Tiefbauer
		47	Bauhilfsarbeiter

*) Enthält 6 Berufsbereiche, 33 Berufsabschnitte, 86 Berufsgruppen (Zweisteller), 328 Berufsordnungen (Dreisteller), 1 689 Berufsklassen (Viersteller)

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
III o	Bau-, Raumausstatter, Polsterer	V d	Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe
48	Bauausstatter	75	Unternehmer, Organisatoren, Wirtschaftsprüfer
49	Raumausstatter, Polsterer	76	Abgeordnete, administrativ entscheidende Berufstätige
III p	Tischler, Modellbauer	77	Rechnungskaufleute, Datenverarbeitungsfachleute
50	Tischler, Modellbauer	78	Bürofach-, Bürohilfskräfte
III q	Maler, Lackierer und verwandte Berufe	V e	Ordnungs-, Sicherheitsberufe
51	Maler, Lackierer und verwandte Berufe	79	Dienst-, Wachberufe
III r	Warenprüfer, Versandfertigmacher	80	Sicherheitswahrer
52	Warenprüfer, Versandfertigmacher	81	Rechtswahrer, -berater
III s	Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	V f	Schriftwerkschaffende, schriftwerkordnende sowie künstlerische Berufe
53	Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	82	Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare
III t	Maschinisten und zugehörige Berufe	83	Künstler und zugeordnete Berufe
54	Maschinisten und zugehörige Berufe	V g	Gesundheitsdienstberufe
IV	Technische Berufe	84	Ärzte, Apotheker
IV a	Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	85	Ubrige Gesundheitsdienstberufe
60	Ingenieure	V h	Sozial- und Erziehungsberufe, anderweitig nicht genannte geistes- und naturwissenschaftliche Berufe
61	Chemiker, Physiker, Mathematiker	86	Sozialpflegerische Berufe
IV b	Techniker, Technische Sonderfachkräfte	87	Lehrer
62	Techniker	88	Geistes- und naturwissenschaftliche Berufe, a. n. g.
63	Technische Sonderfachkräfte	89	Seelsorger
V	Dienstleistungsberufe	V i	Allgemeine Dienstleistungsberufe
V a	Warenkaufleute	90	Körperpfleger
68	Warenkaufleute	91	Gästebetreuer
V b	Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe	92	Hauswirtschaftliche Berufe
69	Bank-, Versicherungskaufleute	93	Reinigungsberufe
70	Andere Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe	VI	Sonstige Arbeitskräfte
V c	Verkehrsberufe	VI a	Sonstige Arbeitskräfte
71	Berufe des Landverkehrs	97	Mithelfende Familienangehörige außerhalb der Landwirtschaft, a. n. g.
72	Berufe des Wasser- und Luftverkehrs	98	Arbeitskräfte mit noch nicht bestimmtem Beruf
73	Berufe des Nachrichtenverkehrs	99	Arbeitskräfte ohne nähere Tätigkeitsangabe
74	Lagerverwalter, Lager-, Transportarbeiter		

Handbuch der Internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD)*)

9. Revision, 1979

– Band I: Systematisches Verzeichnis –

Kapitel (römische Ziffern), Gruppen (Dreisteller)

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
I.	Infektiöse und parasitäre Krankheiten	210–229	Gutartige Neubildungen
001–009	Infektiöse Krankheiten des Verdauungssystems	230–234	Carcinoma in situ
010–018	Tuberkulose	235–238	Neubildungen unsicheren Verhaltens
020–027	Zoonosen durch Bakterien	239	Neubildungen unbekannten Charakters
030–041	Sonstige bakterielle Krankheiten	III.	Endokrinopathien, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten sowie Störungen im Immunitätssystem
045–049	Poliomyelitis und sonstige nicht durch Arbo-Viren hervorgerufene Viruskrankheiten des Zentralnervensystems	240–246	Krankheiten der Schilddrüse
050–057	Viruskrankheiten mit Exanthem	250–259	Krankheiten sonstiger endokriner Drüsen
060–066	Durch Arthropoden übertragene Viruskrankheiten	260–269	Ernährungsmangelkrankheiten
070–079	Sonstige durch Viren und Chlamydien übertragene Krankheiten	270–279	Sonstige Stoffwechselkrankheiten und Störungen im Immunitätssystem
080–088	Rickettsiosen und sonstige Infektionskrankheiten, durch Arthropoden übertragen	IV.	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe
090–099	Syphilis (Lues) und sonstige Geschlechtskrankheiten	280–289	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe
100–104	Sonstige Spirochätenkrankheiten	V.	Psychiatrische Krankheiten
110–118	Mykosen	290–294	Organische Psychosen
120–129	Helminthosen	295–299	Andere Psychosen
130–136	Sonstige infektiöse und parasitäre Krankheiten	300–316	Neurosen, Persönlichkeitsstörungen (Psychopathien) und andere nichtpsychotische psychische Störungen
137–139	Spätfolgen von infektiösen und parasitären Krankheiten	317–319	Oligophrenien
II.	Neubildungen	VI.	Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane
140–149	Bösartige Neubildungen der Lippe, der Mundhöhle und des Rachens	320–326	Entzündliche Krankheiten des Zentralnervensystems
150–159	Bösartige Neubildungen der Verdauungsorgane und des Bauchfells	330–337	Hereditäre und degenerative Krankheiten des Zentralnervensystems
160–165	Bösartige Neubildungen der Atmungs- und intrathorakalen Organe	340–349	Sonstige Krankheiten des Zentralnervensystems
170–175	Bösartige Neubildungen der Knochen, des Bindegewebes, der Haut und der Brustdrüse	350–359	Affektionen des peripheren Nervensystems
179–189	Bösartige Neubildungen der Harn- und Geschlechtsorgane		
190–199	Bösartige Neubildungen sonstiger und nicht näher bezeichneter Sitze		
200–208	Bösartige Neubildungen des lymphatischen und hamatopoetischen Gewebes		

*) Herausgegeben vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
360–379	Affektionen des Auges und seiner Anhangsgebilde	X.	Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane
380–389	Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes	580–589	Nephritis, Nephrotisches Syndrom und Nephrose
VII.	Krankheiten des Kreislaufsystems	590–599	Sonstige Krankheiten der Harnorgane
390–392	Akutes rheumatisches Fieber	600–608	Krankheiten der männlichen Geschlechtsorgane
393–398	Chronische rheumatische Herzkrankheiten	610–611	Krankheiten der Brustdrüse
401–405	Hypertonie und Hochdruckkrankheiten	614–616	Entzündliche Krankheiten der weiblichen Beckenorgane
410–414	Ischämische Herzkrankheiten	617–629	Sonstige Affektionen der weiblichen Geschlechtsorgane
415–417	Krankheiten des Lungenkreislaufs	XI.	Komplikationen der Schwangerschaft, bei Entbindung und im Wochenbett
420–429	Sonstige Formen von Herzkrankheiten	630–639	Schwangerschaft mit nachfolgender Fehlgeburt
430–438	Krankheiten des zerebrovaskulären Systems	640–648	Komplikationen, die hauptsächlich im Zusammenhang mit der Schwangerschaft auftreten
440–448	Krankheiten der Arterien, Arteriolen und Kapillaren	650–659	Normale Entbindung sowie andere Indikationen zur Behandlung während der Schwangerschaft, bei Wehen und Entbindung
451–459	Krankheiten der Venen und Lymphgefäße sowie sonstige Krankheiten des Kreislaufsystems	660–669	Komplikationen, die hauptsächlich im Verlauf der Wehen und der Entbindung auftreten
VIII.	Krankheiten der Atmungsorgane	670–676	Komplikationen im Wochenbett
460–466	Akute Infektionen der Atmungsorgane	XII.	Krankheiten der Haut und des Unterhautzellgewebes
470–478	Sonstige Krankheiten der oberen Luftwege	680–686	Infektionen der Haut und des Unterhautzellgewebes
480–487	Pneumonie und Grippe	690–698	Sonstige entzündliche Krankheiten der Haut und des Unterhautzellgewebes
490–496	Chronische obstruktive Lungenkrankheiten und verwandte Affektionen	700–709	Sonstige Krankheiten der Haut und des Unterhautzellgewebes
500–508	Pneumokoniosen und sonstige Lungenkrankheiten durch äußere Wirkstoffe	XIII.	Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes
510–519	Sonstige Krankheiten der Atmungsorgane	710–719	Arthropathien und verwandte Affektionen
IX.	Krankheiten der Verdauungsorgane	720–724	Dorsopathien
520–529	Krankheiten der Mundhöhle, der Speicheldrüsen und der Kiefer	725–729	Rheumatismus, ausgen. des Rückens
530–537	Krankheiten der Speiseröhre, des Magens und des Zwölffingerdarmes	730–739	Osteopathien, Chondropathien und erworbene Deformitäten des Muskelskelettsystems
540–543	Appendizitis	XIV.	Kongenitale Anomalien
550–553	Eingeweidebrüche	740–759	Kongenitale Anomalien
555–558	Nichtinfektiöse Enteritis und Kolitis		
560–569	Sonstige Krankheiten des Darmes und Bauchfells		
570–579	Sonstige Krankheiten der Verdauungsorgane		

Nummer	Bezeichnung	Nummer	Bezeichnung
XV.	Bestimmte Affektionen, die ihren Ursprung in der Perinatalzeit haben	990-995	Sonstige und nicht näher bezeichnete Schädigungen durch äußere Einflüsse
760-779	Bestimmte Affektionen, die ihren Ursprung in der Perinatalzeit haben	996-999	Komplikationen nach chirurgischen Eingriffen und ärztlicher Behandlung, anderweitig nicht klassifizierbar
XVI.	Symptome und schlecht bezeichnete Affektionen		Zusatzklassifikation der äußeren Ursachen bei Verletzungen und Vergiftungen
780-789	Symptome	E 800-E 807	Eisenbahnunfälle
790-796	Unspezifische Befunde	E 810-E 819	Kraftfahrzeugunfälle im Verkehr
797-799	Schlecht bezeichnete und unbekannte Krankheits- und Todesursachen	E 820-E 825	Kraftfahrzeugunfälle außerhalb des Verkehrs
XVII.	Verletzungen und Vergiftungen	E 826-E 829	Unfälle von sonstigen Straßenfahrzeugen
800-804	Schädelfraktur	E 830-E 838	Wasserverkehrsunfälle
805-809	Fraktur der Wirbelsäule und des Rumpfskeletts	E 840-E 845	Verkehrsunfälle in der Luft- und Raumschiffahrt
810-819	Frakturen der oberen Extremitäten	E 846-E 848	Fahrzeugunfälle, anderweitig nicht klassifizierbar
820-829	Frakturen der unteren Extremitäten	E 850-E 858	Vergiftungen (Unfälle) durch Drogen, Arzneimittel und biologische Präparate
830-839	Luxationen	E 860-E 869	Vergiftungen (Unfälle) durch sonstige feste und flüssige Substanzen, Gase und Dämpfe
840-848	Verstauchungen, Gelenk- und Muskelzerrungen	E 870-E 876	Zwischenfälle bei Patienten während chirurgischer und medizinischer Behandlung
850-854	Intrakranielle Verletzungen (ausgen. solche mit Schädelbruch)	E 878-E 879	Chirurgische und medizinische Maßnahmen als Ursache abnormer Reaktion oder späterer Komplikation, ohne Angabe eines Zwischenfalls zur Zeit der Behandlung
860-869	Innere Verletzungen der Brust, des Bauches und des Beckens	E 880-E 888	Unfälle durch Sturz
870-879	Offene Wunden des Kopfes, des Halses und des Rumpfes	E 890-E 899	Unfälle durch Feuer und Flammen
880-887	Offene Wunden der oberen Extremitäten	E 900-E 909	Unfälle durch Natur- und Umwelteinflüsse
890-897	Offene Wunden der unteren Extremitäten	E 910-E 915	Unfälle durch Untergehen, Erstickten und Fremdkörper
900-904	Verletzungen der Blutgefäße	E 916-E 928	Sonstige Unfälle
905-909	Spätfolgen von Verletzungen, Vergiftungen und sonstigen äußeren Einwirkungen	E 929	Spätfolgen von Unfallverletzungen
910-919	Oberflächliche Verletzungen	E 930-E 949	Schädliche Wirkung durch Drogen, Arzneimittel und biologische Substanzen bei therapeutischer Anwendung
920-924	Prellungen ohne Hautverletzung	E 950-E 959	Selbstmord und Selbstbeschädigung
925-929	Quetschungen	E 960-E 969	Mord, Totschlag und vorsätzliche Verletzungen durch eine andere Person
930-939	Folgen des Eindringens von Fremdkörpern in Körperöffnungen	E 970-E 978	Verletzungen durch gesetzliche Maßnahmen
940-949	Verbrennungen	E 980-E 989	Verletzungen, unbestimmt ob unbeabsichtigt oder vorsätzlich
950-957	Nerven- und Rückenmarksverletzungen	E 990-E 999	Schadensfälle bei Kriegshandlungen
958-959	Bestimmte Komplikationen nach Verletzung und n. n. bez. Verletzungen		
960-979	Vergiftung durch Drogen, Medikamente, Seren und Impfstoffe		
980-989	Toxische Wirkungen von medizinisch nichtgebrauchlichen Substanzen		

3 Methodische Grundzüge

Sachgebiet Statistik	Katalog Seite	Grundlagen der Statistik		Aus
		Erhebungseinheit	Aufbereitungseinheit	Auswahleinheit ¹⁾
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit				
Volkszählung 1970	95	Haushalt	Person, Haushalt	Zählerliste ³⁾
Mikrozensus				
1%-Erhebungen	96, 112,	Haushalt	meist: Person	Segment ⁴⁾
0,5%-Erhebungen	117,	Haushalt	meist: Person	Segment ⁵⁾
0,25%-Erhebungen	206,	Haushalt	meist: Person	Segment ⁵⁾
0,1%-Erhebungen	295	Haushalt	meist: Person	Segment ⁵⁾
Wahlen				
Bundestagswahlstatistik 1980	107	Wahlberechtig- ter bzw. Wähler	Wahlberechtig- ter bzw. Stimm- zettel	Wahlbezirk
Europawahlstatistik 1979				
Land- und Forstwirtschaft				
Agrarberichterstattung	131	Landw. Betrieb	Landw. Betrieb, Person	Landw. Betrieb
Repräsentativteil der Haupt- erhebung zur Landwirtschafts- zählung 1979	133	Landw. Betrieb	Landw. Betrieb, Person	Landw. Betrieb
Statistik der Arbeitskräfte				
in der Landwirtschaft	137	Landw. Betrieb	Person	Landw. Betrieb
in der Forstwirtschaft	137	Forstw. Betrieb	Person	Forstw. Betrieb
Bodennutzungserhebungen				
Bodennutzungshaupt- erhebung	143	Landw. Betrieb, Forstw. Betrieb	Landw. Betrieb, Forstw. Betrieb	Landw. Betrieb, Forstw. Betrieb
Gemuseanbauerhebung	144	Landw. Betrieb	Landw. Betrieb	Gemeinde ⁹⁾
Besondere Erntermittlung¹⁰⁾				
Probeschnitte und Proberodungen	149	Probestück	Feld	Betrieb, Feld der Fruchtart, Probestück

Fußnoten siehe S. 464

der Stichprobenstatistiken

wahlverfahren			Hochrechnungsverfahren
Zahl der Auswahl-einheiten	Schichtungsmerkmale ²⁾ (Zahl der Gruppen)	Durchschnittlicher Auswahlsatz	
800 000	Bundesland (11) – Zahl der Haushalte (6)	10% ³⁾	Freie Hochrechnung mit Anpassung an die Personen- und Haushaltsstruktur je Kreis
ca. 1 000 000	Bundesland (11) – Gemeinde-Größenklasse (9) – Straßenart (3), Anstalt (1), Großgebäude (1)	1%	Kombinierte Anpassung an Personen- und Haushaltsstruktur, anschließend freie Hochrechnung; Anpassung an 1%-Erhebung für die Auswahlsätze 0,25% und 0,1%
ca. 10 000 ⁵⁾		0,5% ⁶⁾	
ca. 10 000 ⁵⁾		0,25% ⁷⁾	
ca. 10 000 ⁵⁾		0,1% ⁷⁾	
57 000	Bundesland (10); Anordnung nach: Gemeindegroßenklasse (9) – SPD-Anteil (7) – FDP-Anteil (3) – Evangelischen-Anteil (3)	3,4% ⁸⁾	Freie Hochrechnung mit dem realisierten Erfassungssatz der Wahlberechtigten (für die Wahlbeteiligung) und der Wähler (für die Stimmabgabe)
900 000	Bundesland (11) – Viehbestand (4), Anbaufläche von Sonderkulturen (6), landwirtschaftl. genutzte Fläche im Bereich Gartenbau (3) und in der übrigen Landwirtschaft (7)	ca. 11%	Freie Hochrechnung
900 000	(wie Agrarberichterstattung)	ca. 11%	Freie Hochrechnung
900 000	(wie Agrarberichterstattung)	ca. 11%	Freie Hochrechnung
8 000	Bundesland (8) – Rechtsform (2) – Größe der Waldfläche (4)	ca. 37%	Freie Hochrechnung
1 070 000	(wie Agrarberichterstattung) – zusätzlich: Hauptproduktionsrichtung Forstwirtschaft (1), landw. Kleinbetriebe (1)	10%	Freie Hochrechnung
8 500	Bundesland (8) – Anbaufläche von Gemüse, Erdbeeren und Unter-glasanlagen (3 oder 4)	ca. 25%	Verhältnisschätzung bzw. freie Hochrechnung
ca. 700 000	Bundesland (8)	ca. 0,0001% der Fläche ⁷⁾¹¹⁾	Durchschnittlicher Hektarertrag wird als ungewichteter Mittelwert der auf den Probestücken ermittelten Erträge bestimmt

3 Methodische Grundzüge

Sachgebiet Statistik	Katalog Seite	Grundlagen der Statistik		Aus
		Erhebungseinheit	Aufbereitungseinheit	Auswahl(einheit')
Volldrusche	149	Feld	Feld	Feld der Fruchtart ¹²⁾
Viehzwischenzählungen im April und August	151	Landw. Betrieb	Landw. Betrieb	Landw. Betrieb
im Juni	151	Landw. Betrieb	Landw. Betrieb	Landw. Betrieb
Nachprüfung der Viehzählungen im Dezember	151	Landw. Betrieb	Landw. Betrieb	Gemeinde, Landw. Betrieb
im April	151	Landw. Betrieb	Landw. Betrieb	Gemeinde, Landw. Betrieb
Produzierendes Gewerbe				
Kostenstrukturhebung im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	168	Unternehmen	Unternehmen	Unternehmen
Material- und Wareneingangs- erhebung im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	169	Unternehmen	Unternehmen	Unternehmen
Kostenstrukturhebung im Baugewerbe	177	Unternehmen	Unternehmen	Unternehmen
Material- und Wareneingangs- erhebung im Baugewerbe	178	Unternehmen	Unternehmen	Unternehmen
Handwerksberichterstattung	187	Unternehmen	Unternehmen	Unternehmen

Fußnoten siehe S. 464

der Stichprobenstatistiken

wahlverfahren			Hochrechnungsverfahren
Zahl der Auswahl- einheiten	Schichtungsmerkmale ²⁾ (Zahl der Gruppen)	Durchschnittlicher Auswahlsatz	
1 500 bis 1 900	Bundesland (8)	0,03% der Fläche ⁷⁾ ¹¹⁾	Berechnung von Korrektiven ¹³⁾
950 000	Bundesland (8) – Art und Größe der Schweinehaltung (8)	5%	Freie Hochrechnung
700 000	Bundesland (8) – landwirtschaftl. genutzte Fläche (4), Zahl der Rinder (1), Zahl der Schafe (1)	5%	Freie Hochrechnung
ca. 8 400	Bundesland (8) – Zahl der Schweine- und Rinderhaltun- gen (4) ¹⁴⁾ ,	ca. 0,6% ⁷⁾	Separate Differenzenschätzung
950 000	Art und Größe der Schweine- haltungen (8), Größe der landwirt- schaftl. genutzten Fläche (4), Zahl der Rinder (1), Zahl der Schafe (1)		
ca. 7 800	Bundesland (8) – Zahl der Schweinehaltungen (3) ¹⁵⁾ ,	ca. 0,3% ⁷⁾	Separate Differenzenschätzung
950 000	Art und Größe der Schweine- haltungen (8)		
38 000	SYPRO-Zweige (213) – Zahl der Beschäftigten (5)	39%	Freie Hochrechnung mit Angleichung an Eckwerte
38 000	SYPRO-Zweige (213) – Zahl der Beschäftigten (5)	53%	Freie Hochrechnung mit Angleichung an Eckwerte
17 000	SYPRO-Zweige (36) – Zahl der Beschäftigten (5) – Beteiligung an Arbeitsgemeinschaften (2)	23%	Freie Hochrechnung mit Angleichung an Eckwerte
17 000	SYPRO-Zweige (36) – Zahl der Beschäftigten (5) – Beteiligung an Arbeitsgemeinschaften (2)	58%	Freie Hochrechnung mit Angleichung an Eckwerte
316 000	Bundesland (11) – Firmenkreis- gruppe (3) – Zusammenfassung von Wirtschaftsklassen (32) – Zahl der Beschäftigten (max. 5), Gewerbebezweig (31)	ca. 11% ¹⁶⁾	Teils freie Hochrechnung, teils kombinierte Verhältnis- schätzung

3 Methodische Grundzüge

Sachgebiet Statistik	Katalog Seite	Grundlagen der Statistik		Aus
		Erhebungseinheit	Aufbereitungseinheit	Auswahleinheit ¹⁾
Wohnungen Wohnungssstichprobe 1978	197	Gebäude, Wohnungen, Haushalte	Gebäude, Wohnungen, Haushalte	Segment ¹⁷⁾
Handel Ergänzungserhebung im Großhandel 1981	202	Unternehmen	Unternehmen	Unternehmen
im Einzelhandel 1980	203	Unternehmen	Unternehmen	Unternehmen
im Gastgewerbe 1981	204	Unternehmen	Unternehmen	Unternehmen
Großhandelsstatistik	202	Unternehmen	Unternehmen	Unternehmen ²²⁾
Handelsvermittlungsstatistik	203	Unternehmen	Unternehmen	Unternehmen
Einzelhandelsstatistik	203	Unternehmen	Unternehmen	Unternehmen
Gastgewerbestatistik	204	Unternehmen	Unternehmen	Unternehmen
Verkehr Statistik im Güterkraftverkehr 1978	230	Lastkraft- fahrzeug	Lastkraft- fahrzeug, Fahrt	Lastkraft- fahrzeug

Fußnoten siehe S. 464

der Stichprobenstatistiken

wahlverfahren			Hochrechnungsverfahren
Zahl der Auswahl-einheiten	Schichtungsmerkmale ²⁾ (Zahl der Gruppen)	Durchschnittlicher Auswahlsatz	
ca. 1 000 000	Bundesland (11) – Gemeinde- größenklasse (9) – Straßenart (3), Anstalt (1), Großgebäude (1)	1%	Anpassung an Bautätigkeits- statistik (ab 1972), anschließend freie Hochrechnung
43 000 ¹⁸⁾	Bundesland (11) – Wirtschafts- gruppe (14) – Umsatzgrößen- klasse (2) ¹⁹⁾ ; Beschäftigten- größenklasse (2)	46%	Freie Hochrechnung
123 000 ²⁰⁾	Bundesland (11) – Wirtschafts- gruppe (9) – Umsatzgrößen- klasse (2) ¹⁹⁾ ; Beschäftigten- größenklasse (2)	20%	Freie Hochrechnung
137 000 ²¹⁾	Bundesland (11) – Wirtschafts- gruppe (3) – Umsatzgrößen- klasse (2) ¹⁹⁾ ; Beschäftigten- größenklasse (2)	6%	Freie Hochrechnung
20 000 ²²⁾	Bundesland (11) – Wirtschafts- gruppe (14) – Umsatzgrößen- klasse (2) ¹⁹⁾ ; Beschäftigten- größenklasse (2)	50%	Freie Hochrechnung
45 000 ²¹⁾	Bundesland (11) – Wirtschafts- gruppe (10) – Umsatzgrößen- klasse (2) ¹⁹⁾ ; Beschäftigten- größenklasse (2)	22%	Freie Hochrechnung
123 000 ²⁰⁾	Bundesland (11) – Wirtschafts- gruppe (9) – Umsatzgrößen- klasse (2) ¹⁹⁾ ; Beschäftigten- größenklasse (2)	20%	Freie Hochrechnung
137 000 ²¹⁾	Bundesland (11) – Wirtschafts- gruppe (3) – Umsatzgrößen- klasse (2) ¹⁹⁾ ; Beschäftigten- größenklasse (2)	6%	Freie Hochrechnung
947 000	Fahrzeughaltergruppe (13) – Nutzlastklasse bei Lastkraft- wagen (10), Motorleistungs- klasse bei Sattelzugmaschinen (4)	9% ²³⁾	Freie Hochrechnung auf Bestandszahlen

3 Methodische Grundzüge

Sachgebiet Statistik	Katalog Seite	Grundlagen der Statistik		Aus
		Erhebungseinheit	Aufbereitungseinheit	Auswahlseinheit ¹⁾
Sozialleistungen				
Zusatzstatistik zur Sozialhilfe über laufende Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt 1980	307	Hilfeempfänger	Hilfeempfänger	Hilfeempfänger
Zusatzstatistik zur Jahresstatistik der Sozialhilfe 1977 über Hilfe zur Pflege	307	Hilfeempfänger	Hilfeempfänger	Hilfeempfänger
Wohnveldstatistik 1978	311	Haushalt	Haushalt	Haushalt
Löhne und Gehälter				
Verdienstenerhebung in der Landwirtschaft	343	Landw. Betrieb	Landw. Betrieb	Landw. Betrieb
in Industrie und Handel	343	Betrieb (bzw. Arbeitsstätte)	Betrieb	Betrieb (bzw. Arbeitsstätte)
im Handwerk	345	Betrieb	Betrieb	Betrieb
Erhebungen über die Arbeitskosten 1978 im Produzierenden Gewerbe	345	Unternehmen	Unternehmen und Betrieb	Unternehmen
im Handel und Dienstleistungsbereich ²⁴⁾	345	Unternehmen	Unternehmen	Unternehmen
Gehalts- und Lohnstrukturhebung 1978 in der gewerblichen Wirtschaft	346	Betrieb	Arbeitnehmer (Tätigkeitsfall)	Betrieb Arbeitnehmer
im Dienstleistungsbereich ²⁴⁾	346	Unternehmen	Arbeitnehmer	Unternehmen Arbeitnehmer

Fußnoten siehe S. 464

der Stichprobenstatistiken

wahlverfahren			Hochrechnungsverfahren
Zahl der Auswahl-einheiten	Schichtungsmerkmale ²⁾ (Zahl der Gruppen)	Durchschnittlicher Auswahlsatz	
1 000 000	Bundesland (11)	20%	Gebundene bzw. freie Hochrechnung
425 000	Bundesland (11)	30%	Freie Hochrechnung
ca. 1 500 000	Art des Zuschusses (2) – Haushaltsgröße (2) – Sozialer Status (6)	25%	Freie Hochrechnung
43 500	Bundesland (11) – Beschäftigten- größenklasse (3)	4%	Freie Hochrechnung von Zähler und Nenner der Verhältnisswerte
265 000	Bundesland (11) – Wirtschafts- zweig (70) – Beschäftigten- größenklasse (6)	12,7%	
149 000	Bundesland (11) – Handwerks- zweig (9) – Beschäftigten- größenklasse (5)	13,5%	
116 000	Bundesland (11) – Wirtschafts- zweig (51) – Beschäftigten- größenklasse (7)	13,3%	Freie Hochrechnung
52 000	Bundesland (11) – Wirtschafts- zweig (10) – Beschäftigten- größenklasse (6)	23,3%	Freie Hochrechnung
126 000	Bundesland (11) – Wirtschafts- gruppe und -klasse (88) Betriebsgrößenklasse (4)	14,1%	
ca. 11 000 000	–	10% ⁷⁾	Freie Hochrechnung
52 000	Bundesland (11) – Wirtschafts- zweig (10) – Beschäftigten- größenklasse (6)	23,3%	
ca. 2 000 000	–	10%	Freie Hochrechnung

3 Methodische Grundzüge

Sachgebiet Statistik	Katalog Seite	Grundlagen der Statistik		Aus
		Erhebungseinheit	Aufbereitungseinheit	Auswahleinheit ¹⁾
Statistik der betrieblichen Altersversorgung	350	Unternehmen	Unternehmen	Unternehmen
Wirtschaftsrechnungen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1978	340	Haushalt	Haushalt	Haushalt ²⁷⁾

¹⁾ Die in Betracht kommenden Auswahleinheiten sind beim mehrstufigen Auswahlverfahren nach Stufenfolge untereinander aufgeführt – ²⁾ Hierarchisch geordnete Schichtungsmerkmale sind durch Querstrich (–) gegeneinander abgesetzt – ³⁾ Größere Anstalten total erfaßt Zählerlisten in der Schicht mit der größten Zahl der Haushalte mit 20% ausgewählt und zur Hälfte erfaßt – ⁴⁾ Systematische Aufteilung der geordneten Stichprobe zur Vorbereitung der Rotation von Segmenten Jährlich wird ein Viertel der 1%-Stichprobe ausgetauscht – ⁵⁾ Auswahl 2. Phase aus der 1%-Erhebung des Mikrozensus – ⁶⁾ Zweijährlich für Zwecke der Europäischen Gemeinschaften – ⁷⁾ Gesamtauswahlsatz. – ⁸⁾ Wahlbezirke mit weniger als 290 Wahlberechtigten nicht in Stichprobe einbezogen, Ersatz durch größere, die in der Summe der Wahlberechtigten und bezüglich des Wahlverhaltens annähernd den ersetzten Bezirken entsprechen Für die Wahlberechtigung 3,7% – ⁹⁾ In einigen Bundesländern außerdem Betriebsstichprobe in einer 2. Stufe. – ¹⁰⁾ Für Saarland abweichender Stichprobenplan – ¹¹⁾ Je Fruchtart – ¹²⁾ Auswahl 2. Phase aus der Feldstichprobe der Probeschnitte – ¹³⁾ Verhältnisswerte zur Umrechnung der mit Probeschnitten ermittelten Ertragswerte auf geerntete Erträge – ¹⁴⁾ Es werden nur die Schweine- und Rinderhaltungen herangezogen, die der Stichprobe der Vorwegaufbereitung der allgemeinen Viehzählung im Dezember angehören – ¹⁵⁾ Es

der Stichprobenstatistiken

wahlverfahren		Hochrechnungsverfahren	
Zahl der Auswahl- einheiten	Schichtungsmerkmale ²⁾ (Zahl der Gruppen)	Durchschnittlicher Auswahlsatz	
110 000 ²⁵⁾	Bundesland (11) – Wirtschafts- zweig (113) ²⁶⁾ – Beschäftigten- größenklasse (7)	10,1%	Freie Hochrechnung
240 000 ²⁷⁾	(siehe Mikrozensus; zusätzlich Haushaltsgröße, Stellung im Beruf, Einkommensklasse)	0,25%	Freie Hochrechnung nach Anpassung an Mikrozensus- Haushalte

werden nur die Schweinehaltungen herangezogen, die der Stichprobe der Viehzwischenzählung im April angehören - ¹⁶) Handwerksunternehmen, die zum Monatsbericht des Bergbaus und des Verarbeitendes Gewerbes melden, dem Bauhauptgewerbe angehören oder durch einen ihrer Betriebe an der Monaterhebung des Ausbaugewerbes beteiligt sind, sind hierin nicht enthalten - ¹⁷) Gleicher Auswahlplan wie für den Mikrozensus - ¹⁸) Mit mindestens 1 Mill DM Umsatz im Jahr 1978 - ¹⁹) Die Auswahlwahrscheinlichkeiten der 2 Schicht sind proportional zu den Umsatzwerten bei der Handels- und Gaststättenzählung 1979 - ²⁰) Mit mindestens 250 000 DM Umsatz im Jahr 1978 - ²¹) Mit mindestens 50 000 DM Umsatz im Jahr 1978 - ²²) Auswahl 2. Phase aus der Ergänzungserhebung im Großhandel - ²³) Gleichmäßig verteilt auf 13 Serien im Verlauf des Jahres - ²⁴) Im Dienstleistungsbereich (ohne Öffentlichen Dienst) wurde die Stichprobe aus dem Jahr 1974 noch einmal herangezogen - ²⁵) 105 000 Unternehmen aus der Arbeitsstättenzählung 1970 und 5 000 Unternehmen mit betrieblicher Altersversorgung aus der Personalkostenerhebung 1972 - ²⁶) 56 Wirtschaftszweige aus der Personalkostenerhebung und 57 aus der Arbeitsstättenzählung - ²⁷) Freie Auswahl, teilweise aus dem Mikrozensus 1977

4 Berechnungsgrundlage von Indizes bzw. Meßzahlen*)

Bezeichnung	Periodizität	Basisjahr = 100	Gliederung ¹⁾	Reihen	Gewichtung	Methode in WiSta
Produzierendes Gewerbe						
Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes für das Verarbeitende Gewerbe ²⁾	mtl.	1976	Hauptgruppen sowie 65 Wirtschaftszweige	393	Auftragseingänge des Jahres 1976	9/80
Index des Auftragsbestandes für das Verarbeitende Gewerbe	mtl.	1976	Hauptgruppen sowie 22 Wirtschaftszweige	87	Auftragsbestände des Jahres 1976	9/80
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe	mtl.	1970	Hauptgruppen sowie 71 Wirtschaftszweige	470	Nettoproduktionswerte des Jahres 1970	12/74
Index der Bruttonproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter	mtl.	1970	6 Warengruppen für Investitionsgüter und 6 Warengruppen für Verbrauchsgüter	96 für Inv-güter, 89 für Verbrauchsgüter	Bruttonproduktionswerte des Jahres 1970	1/75
Index der Arbeitsproduktivität für den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe (Produktionsergebnisse je Beschäftigten, je Beschäftigtenstunde, je Arbeiter und je Arbeiterstunde)	mtl. ³⁾	1970	Hauptgruppen sowie 49 Industriegruppen bzw. -zweige	Gegenüberstellung des Produktionsergebnisses (gemessen am Index der industriellen Nettoproduktion) zu den verschiedenen Daten des Arbeitsaufwandes		2/75
Index des Auftragseingangs für das Bauhauptgewerbe	mtl.	1976	Hoch- und Tiefbau	13	Auftragseingänge des Jahres 1976	9/73
Index des Auftragsbestands für das Bauhauptgewerbe	vj.	1976	Hoch- und Tiefbau	13	Auftragsbestände des Jahres 1976	9/73
Produktionsindex für das Baugewerbe	vj. ³⁾	1970	Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe	6	Nettoproduktionswerte des Jahres 1970	12/74
Handel, Gastgewerbe						
Meßzahlen des Umsatzes und der Beschäftigten						
im Großhandel	mtl.	1980	14 Gruppen und ca 50 Zweige des Großhandels	ca. 10 000 Unternehmen	—	5/72
im Einzelhandel	mtl.	1980	9 Gruppen, ca 50 Zweige sowie 4 Betriebsformen des Einzelhandels	ca. 25 000 Unternehmen	—	7/74
im Gastgewerbe	mtl.	1980	ca 5 Zweige des Beherbergungs- und ca 8 Zweige des Gaststättengewerbes	ca. 8 000 Unternehmen	—	5/75
Außenhandel						
Indizes der Ein- und Ausfuhr						
Index der tatsächlichen Werte	mtl.	1976	8 Warengruppen und 215 Warenuntergruppen der Außenhandelsstatistik. 10 Teile des Internationalen Warenverzeichnisses für den Außenhandel	ca 9 000 Waren	Durchschnittswerte des Jahres 1976, Mengen der Berichtsmonate bzw -jahre	1/79
Index des Volumens						
Index der Durchschnittswerte						

Fußnoten siehe S 470

4 Berechnungsgrundlage von Indizes bzw. Meßzahlen*)

Bezeichnung	Periodizität	Basisjahr = 100	Gliederung ¹⁾	Reihen	Gewichtung	Methode in WiSta
Verkehr						
Meßzahlen des Personen- und Güterverkehrs	mtl.	1976	Personenverkehr: Eisenbahnen, Straßenverkehr, Luftverkehr; Güterverkehr: Eisenbahnen, Fernverkehr mit Lastkraftfahrzeugen, Binnenschifffahrt, Seeschifffahrt, Luftverkehr, Rohrfernleitungen	33	—	4/51
Geld und Kredit						
Index der Aktienkurse	tagl.	30. 12. 1976	4 Hauptgruppen und 29 Wirtschaftsgruppen	ca. 270 ausgewählte Aktiengesellschaften	Börsennotiertes Stammkapital der Aktiengesellschaften am 30. 12. 1976	12/74
Löhne und Gehälter						
Indizes der durchschnittlich bezahlten Wochenstunden und der durchschnittlichen Bruttostunden- und -wochenverdienste der Arbeiter in der Industrie	vj.	1976	7 Wirtschaftsbereiche, 40 Wirtschaftsgruppen, jeweils getrennt nach Geschlecht, für alle Bereiche zusätzlich nach Leistungsgruppen	4 062	Beschäftigtenzahlen	4/59; 12/61; 1/66; 7/72; 12/79
Index der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie, Handel, Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe	vj	1976	8 Wirtschaftsbereiche, 44 Wirtschaftsgruppen, jeweils getrennt nach Beschäftigungsart und Geschlecht, für alle Bereiche zusätzlich nach Leistungsgruppen	1 405	Beschäftigtenzahlen	2/62; 1/66; 7/72; 12/79
Indizes der tariflichen Wochenarbeitszeiten und der Tariflöhne und -gehälter in der gewerblichen Wirtschaft sowie bei Gebietskörperschaften						
Tarifliche Wochenarbeitszeiten der Arbeiter und Angestellten	vj.	1976	11 Wirtschaftsbereiche und 42 Wirtschaftsgruppen bei Arbeitern; 10 Wirtschaftsbereiche und 45 Wirtschaftsgruppen bei Angestellten	400 Tarife für Arbeiter; 230 Tarife für Angestellte	Beschäftigtenzahlen	8/60; 12/61; 1/66; 11/74; 12/79
Tarifliche Stundenlöhne und Wochenlöhne der Arbeiter	vj.	1976	11 Wirtschaftsbereiche und 42 Wirtschaftsgruppen	6 430 Lohnreihen aus 400 Lohn-tarifen	Beschäftigtenzahlen	9/58; 12/61; 1/66; 11/74; 12/79
Tarifliche Monatsgehälter der Angestellten	vj	1976	10 Wirtschaftsbereiche und 45 Wirtschaftsgruppen	7 220 Gehaltsreihen aus 230 Tarifverträgen	Beschäftigtenzahlen	9/58; 4/59; 1/62; 1/66; 11/74; 12/79
Index der Tariflöhne in der Landwirtschaft	vj.	1976	7 Gruppen, unterschieden nach Qualifikation und Entlohnungsform	90 Lohnreihen aus 11 Tarifverträgen	Beschäftigtenzahlen	11/58; 12/64

Fußnoten siehe S. 470

4 Berechnungsgrundlage von Indizes bzw. Meßzahlen*)

Bezeichnung	Periodizität	Basisjahr = 100	Gliederung ¹⁾	Reihen	Gewichtung	Methode in WiSta
Preise						
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	mtl.	1976	34 Warengruppen in weiterer Unterteilung nach Warenzweigen und -klassen	15 104 Preisreihen für 2 143 Waren	Umsatzwerte des Produzierenden Gewerbes (Inlandsabsatz) 1976	8/80
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	mtl.	1976	17 Warengruppen pflanzlicher und tierischer Produkte	1 103 Preisreihen für 145 Waren	Verkaufserlöse der Landwirtschaft 1976	9/80
Index der Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte	mtl.	1970 (umbasiert von 1962)	4 Sorten Rohholz aus Staats- und Privatforsten	1483 Preisreihen für 34 Waren	Verkaufserlöse der Forstwirtschaft im FwJ. 1962	5/66
Index der Grundstoffpreise	mtl.	1970 (umbasiert von 1962)	30 Warengruppen nach dem produktionswirtschaftlichen Zusammenhang, 19 Warengruppen nach dem Bearbeitungsgrad und der vorwiegenden Verwendungsart, in weiterer Unterteilung nach Warenuntergruppen und Warenarten, z. T. getrennt nach in- und ausländischer Herkunft	7 500 Preisreihen für 820 Waren	Verkaufserlöse der Land- u. Forstwirtschaft, Inlands-Umsatzwerte des Produzierenden Gewerbes, Einfuhrwerte (zzgl. -belastungen) 1976	6/69
Index der Großhandelsverkaufspreise	mtl.	1976	14 Wirtschaftsgruppen und 76 -klassen, getrennt nach einzelwirtschaftl. und genossenschaftl. Großhandel (institutionelle Gliederung), 32 Hauptgruppen und 371 Warenuntergruppen (Warengliederung nach dem produktionswirtschaftlichen Zusammenhang) 10 Hauptbereiche und 77 Warengruppen (Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik, Ausgabe 1978)	9 000 Preisreihen für 1155 Waren	Umsatzwerte des Großhandels 1976	7/79
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	mtl.	1976	11 Warengruppen in weiterer Unterteilung nach Warenzweigen	4 965 Preisreihen für 180 Waren u. Leistungen	Betriebsausgaben der Landwirtschaft 1976	9/80
Index der Einfuhrpreise	mtl.	1976	3 Warengruppen der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei, 31 Warengruppen des Produzierenden Gewerbes	5 598 Preisreihen für 2 100 Waren	Einfuhrwerte 1976	
Index der Ausfuhrpreise	mtl.	1976	11 Warengruppen nach der Außenhandelsstatistik sowie weitere Unterteilungen, 9 Teile (Wirtschaftsbereiche) nach dem Internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC II)	5 889 Preisreihen für 2 200 Waren	Ausfuhrwerte 1976	

Fußnoten siehe S. 470

4 Berechnungsgrundlage von Indizes bzw. Meßzahlen*)

Bezeichnung	Periodizität	Basisjahr = 100	Gliederung ¹⁾	Reihen	Gewichtung	Methode in WiSta
Meßzahlen für Bauleistungspreise	vj.	1976	für Neubau: 38 Bauarbeiten; für Instandhaltung: 12 Bauarbeiten	28 000 Preisreihen für 227 Bauleistungen darunter 18 Instandhaltungen	—	
Preisindizes für Bauwerke	vj	1976	Neubau: Bauleistungen am Bauwerk (nach Abschnitten, Arbeiten, Leistungen) für Wohngebäude, Nichtwohngebäude und sonstige Bauwerke; Bauleistungen insgesamt (nach 4 Hauptgruppen) für Wohngebäude; Einfamiliengebäude in vorgefertigter Bauart mit und ohne Unterkellerung. Instandhaltung: Wohngebäude (4 Typen)	28 000 Preisreihen für 227 Leistungen und 255 Preisreihen für Fertighäuser	Herstellungskosten von Bauwerken 1976	11/59, 9/66, 9/70; 5/72; 3/76; 8/80
Index der Einzelhandelspreise (Verkaufspreise)	mtl	1976	9 Wirtschaftsgruppen sowie Wirtschaftsuntergruppen und -klassen (Gliederung nach der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1961) 8 Hauptgruppen sowie Gruppen und Untergruppen (Gliederung nach dem Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch, Ausgabe 1963) 10 Hauptbereiche sowie Warengruppen (Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik, Ausgabe 1978)	Über 200 000 Preisreihen für insgesamt 900 Waren und Leistungen	Umsatzwerte des Einzelhandels 1976	11/79
Preisindizes für die Lebenshaltung Alle privaten Haushalte	mtl.	1976			Ausgaben für die Lebenshaltung 1973	
Angestellten- und Beamtenhaushalte mit höherem Einkommen (Vier-Personen-Haushalte)	mtl	1976				
Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen (Vier-Personen-Haushalte)	mtl.	1976	9 Hauptgruppen sowie Gruppen und Untergruppen nach der Verwendung sowie nach Dauerhaftigkeit und Wert der Güter	Über 200 000 Preisreihen für insgesamt 800 Waren und Leistungen	Ausgaben für die Lebenshaltung 1976	11/79
Renten- und Sozialhilfeempfänger-Haushalte (Zwei-Personen-Haushalte)	mtl.	1976				
Einfache Lebenshaltung eines Kindes ⁴⁾	mtl	1976	9 Hauptgruppen		Bedarfschema für die Lebenshaltung 1976	4/80
Preisindizes der Post- und Fernmeldegebühren	⁵⁾	1970	6 Leistungsbereiche in weiterer Unterteilung nach Teilbereichen und Einzelleistungen	835 Preisreihen für 149 Leistungen (Gebührenarten)	Gebühreneinnahmen der Deutschen Bundespost 1970	—

Fußnoten siehe S 470

4 Berechnungsgrundlage von Indizes bzw. Meßzahlen*)

Bezeichnung	Periodizität	Basisjahr = 100	Gliederung ¹⁾	Reihen	Gewichtung	Methode in WiSta
Indizes der Seefrachtraten						
Linienfahrt	mtl.	1976	2 Hauptgruppen (f. Stuckgut u. Massengut)	rd. 1400 Preisreihen für 180 Güterarten	Frachtwerte 1976	—
Trampfahrt	mtl.	1976	3 Hauptgruppen der Zeitcharter	Durchschnittsraten für 10 Schiffsgroßenklassen	Frachterlöse 1976	—
Tankerfahrt	mtl.	WORLDSCALE ⁶⁾	2 Hauptgruppen (f. Rohöl und Ölprodukte in Reisecharter)	Durchschnittsmeßzahlen für 7 Fahrtgebiete	Frachtabschlüsse ⁷⁾	—
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen						
Meßzahlen zur Volumensentwicklung des Bruttosozialprodukts	hj. j.	1970	Bruttosozialprodukt, gegliedert nach Verwendungsarten	—	Preisrelationen des Jahres 1970	11/57
Meßzahlen zur Volumensentwicklung der Bruttowertschöpfung und des Bruttoinlandsprodukts	hj. j.	1970	Bruttowertschöpfung, gegliedert nach Wirtschaftsbereichen ⁸⁾	—		
Meßzahlen zur Produktivitätsentwicklung (Bruttowertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970 je durchschnittlich Erwerbstätigen)	hj. j.	1960 bzw. 1970		—		3/58
Preisindizes in der Sozialproduktberechnung	hj. j.	1970	Bruttosozialprodukt, gegliedert nach Verwendungsarten	—	Warenkorb des jeweiligen Berichtsjahres	1/63

*) Nur die vom Statistischen Bundesamt berechneten Indizes und Meßzahlen

¹⁾ Entsprechend den im »Katalog der Statistiken« angegebenen systematischen Verzeichnissen. — ²⁾ Für »Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe« insgesamt und für Hauptgruppen monatlich, für Wirtschaftszweige jährlich. — ³⁾ Für »Bauhauptgewerbe« monatlich. — ⁴⁾ Zugrunde gelegt ist der Bedarf von Kindern vom 1. bis 18. Lebensjahr. — ⁵⁾ Bei Gebührenerhöhung. — ⁶⁾ Tarifschema »WORLDSCALE« nach der jeweils zum 1. 1. eines Jahres (ab 1980 auch zum 1. 7. des jeweiligen Jahres) revidierten Fassung = 100. — ⁷⁾ In dem der jeweiligen Revision des WORLDSCALE-Tarifs vorangegangenen Jahr, ab 1. 7. 1980 in dem vorangegangenen Halbjahr. — ⁸⁾ Meßzahlen zur Produktivitätsentwicklung halbjährlich nur für die Bruttowertschöpfung und das Bruttoinlandsprodukt insgesamt

5 Veröffentlichungsnachweis

5.1 Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes

Die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. hierzu auch Kapitel 5.1 im Textteil) sind über den Verlag W. Kohlhammer GmbH, 65 Mainz 42, Postfach 42 11 20, zu beziehen. Einzelheiten zu Inhalt, Erscheinungsfolge und Preis sind dem »Veröffentlichungsverzeichnis des Statistischen Bundesamtes« zu entnehmen, das jährlich aktualisiert wird und alle lieferbaren Titel nachweist. Bereits vor längerem erschienene, aber nicht mehr neu aufgelegte Veröffentlichungen werden im Quellennachweis des Statistischen Jahrbuchs erwähnt.

Zusammenfassende Veröffentlichungen

Allgemeine Querschnittsveröffentlichungen

Statistisches Jahrbuch

Umfassendes Nachschlagewerk mit den wichtigsten Angaben aus allen Arbeitsgebieten der amtlichen Statistik in der Bundesrepublik Deutschland. Anhang 1 enthält ausgewählte Ergebnisse für die Deutsche Demokratische Republik, Anhang 2 Internationale Übersichten.

Wirtschaft und Statistik

Monatszeitschrift mit Aufsätzen über methodische Fragen sowie mit textlichen Darstellungen von Ergebnissen neuer und wichtiger laufender Statistiken unter Verwendung von zahlreichen grafischen Darstellungen. Außerdem Tabellenteil mit regelmäßig wiederkehrenden und einmaligen Übersichten sowie ausführlichen Zahlennachweisen zu Aufsätzen im Textteil.

Ausgewählte Aufsätze zu Methodenfragen aus dieser Zeitschrift erscheinen in englischer Übersetzung in der Reihe »Studies on Statistics«.

Statistischer Wochendienst

Enthält alle in der Berichtswoche angefallenen Ergebnisse kurzfristiger Statistiken mit Vergleichszahlen.

Bevölkerung und Wirtschaft 1872 bis 1972

Entwicklungsreihen für das Deutsche Reich und die Bundesrepublik Deutschland aus allen Bereichen des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens, verbunden mit einer Abhandlung über die Wandlungen im Programm und in den Aufgaben der amtlichen Statistik in den letzten 100 Jahren. (Erschienen 1972.)

Lange Reihen zur Wirtschafts- entwicklung

Zeitreihen zur Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung seit 1950. Die Veröffentlichung enthält in mittlerer fachlicher Tiefengliederung Grunddaten über die Bevölkerung und Erwerbstätigkeit und die wichtigsten Ergebnisse der laufenden Wirtschaftsstatistiken. Neben den Basisdaten werden auch Prozent-, Bezugs- und Meßzahlen sowie Veränderungsraten ausgewiesen (zweijährlich).

Indikatoren zur Wirtschafts- entwicklung

Für wichtige Konjunkturindikatoren werden Originalwerte sowie saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte jeweils für die letzten 13 Monate gebracht. Ausgewählte Tatbestände werden außerdem für längere Zeiträume durch Grafiken veranschaulicht (monatlich).

Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer

Jährlich erscheinende Veröffentlichung mit Entwicklungsreihen über wichtige Bevölkerungs- und Wirtschaftsdaten in länderweiser Gliederung (jährlich).

Wirtschaftskalender

Diese Veröffentlichung dokumentiert Einflußfaktoren und Ereignisse aus dem wirtschafts- und sozialpolitischen Geschehen, die sich in den Ergebnissen der amtlichen Statistik ausgewirkt bzw. sie möglicherweise beeinflusst haben (vierteljährlich und jährlich).

Thematische Querschnittsveröffentlichungen

Bildung im Zahlenspiegel

Nach Ausbildungsbereichen gegliederte Zusammenfassung der für die Bildungsplanung wichtigsten statistischen Daten aus einer Vielzahl von Erhebungen (jährlich).

Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft

Diese Veröffentlichung vermittelt durch Zusammenführung von Material aus der Bauberichterstattung, den Statistiken der Bautätigkeit und verschiedenen anderen Quellen einen Überblick über die gesamte Bauwirtschaft vom Einsatz der Produktionsfaktoren bis zum fertigen Bauergebnis (monatlich).

Ausgewählte Zahlen zur Energiewirtschaft

Monatliche und jährliche Übersichten zur Erzeugung und zum Verbrauch im gesamten Energiebereich (vorgesehen).

Die Frau in Familie, Beruf und Gesellschaft

Nach Themenbereichen geordnete Darbietung umfassenden Zahlenmaterials über die Situation der Frau, ergänzt durch zahlreiche Schaubilder und knappe textliche Kommentierung (Ausgabe 1975; vergriffen).

Die Lebensverhältnisse älterer Menschen

Zusammenstellung ausgewählter Strukturdaten über die Generation der über 60jährigen in Zahl, Text und Schaubild (Ausgabe 1977).

Die Situation der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland

Veröffentlichung zum »Internationalen Jahr des Kindes 1979« mit Angaben aus allen Lebensbereichen über die Altersgruppe der unter 15jährigen. Der ausführliche Tabellenteil ist durch Texte und Schaubilder angereichert (erschienen 1979).

Zur Situation der Behinderten

Zusammenstellung von Strukturdaten zum »Internationalen Jahr der Behinderten 1981«.

Veröffentlichungen zu Organisations- und Methodenfragen

Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik

Zusammenfassende Darstellung von Aufgaben, Organisation und Methoden der Bundesstatistik mit ausführlichen Textbeiträgen, einem Katalog aller amtlichen Statistiken und ergänzenden Übersichten (Ausgabe 1981). In der »Kurzausgabe«, die auch in englischer und französischer Sprache erscheint, ist der Katalogteil stark gestrafft (Ausgabe 1981 in Vorbereitung).

Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der amtlichen Statistik

Darstellung der Ziele, Aufgaben und Probleme der Bundesstatistik, herausgegeben anlässlich des

hundertjährigen Bestehens der zentralen amtlichen Statistik. Hierzu gibt es auch eine englische und eine französische Fassung (erschienen 1972).

Die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes 1976–1981

Dieser Bericht für den Statistischen Beirat gibt in mehrjährigen Abständen einen Überblick über Stand und Entwicklung des statistischen Arbeitsprogramms sowie über Schwerpunkte und Probleme der Amtsarbeit.

Kurzbroschüren

Zahlenkompaß

Diese Broschüre im handlichen Taschenformat bringt eine Auswahl der wichtigsten Eckzahlen aus allen Sachgebieten mit Vergleichsdaten für zurückliegende Berichtsjahre. Verfügbar ist auch eine englische, französische und spanische Ausgabe (jährlich).

Im Blickpunkt: Der Mensch

Prägnante und leicht verständliche Darbietung von Material aus wichtigen Arbeitsgebieten der amtlichen Statistik über die Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland (Ausgabe 1980).

Haushaltsgeld – woher, wohin?

Populäre Darstellung der wichtigsten Ergebnisse aus den laufenden Wirtschaftsrechnungen und der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973 (Ausgabe 1977).

Das Wohnen in der Bundesrepublik Deutschland

Wichtige Eckdaten in kommentierter Form aus der Wohnungsstichprobe 1978 über Gebäude und Wohnungen nach Baualter, Belegung, Ausstattung und Miete (vorgesehen).

Fachserien

Die Ergebnisse einzelner Statistiken werden im System der Fachserien veröffentlicht, dessen Rahmen in der folgenden Übersicht dargestellt ist. Jede Fachserie umfaßt Veröffentlichungsreihen zu laufenden Statistiken, die im Bedarfsfall durch Sonderbeiträge ergänzt werden. Die Reihentitel bezeichnen das engere Aufgabengebiet einer Statistik; innerhalb einer Reihe kann eine weitere Aufgliederung in Einzel- bzw. Untertitel erfolgen. Ergebnisse einmaliger oder in unregelmäßigen Zeitabständen stattfindender Erhebungen werden innerhalb der Fachserien als Einzelveröffentlichungen herausgegeben.

Fachserie 1:

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Veröffentlichungsreihen

- Reihe 1: Gebiet und Bevölkerung
- Reihe 2: Bevölkerungsbewegung
- Reihe 3: Haushalte und Familien
- Reihe 4: Erwerbstätigkeit

Einzelveröffentlichungen:

- Volks- und Berufszählung vom 27. Mai 1970
- Wahl zum Deutschen Bundestag
- Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland

Fachserie 2:

Unternehmen und Arbeitsstätten

Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Kostenstruktur in ausgewählten Wirtschaftszweigen
- Reihe 2: Kapitalgesellschaften
- Reihe 3: Abschlüsse der öffentlichen Versorgungs- und Verkehrsunternehmen
- Reihe 4: Zahlungsschwierigkeiten

Einzelveröffentlichungen

- Arbeitsstättenzählung vom 27. Mai 1970

Fachserie 3:

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Ausgewählte Zahlen für die Agrarwirtschaft
- Reihe 2: Betriebs-, Arbeits- und Einkommensverhältnisse
- Reihe 3: Pflanzliche Erzeugung
- Reihe 4: Tierische Erzeugung

Einzelveröffentlichungen

- Landwirtschaftszählung 1971
- Landwirtschaftszählung 1979 (in Vorbereitung)
- Gartenbauerhebung 1972/73
- Forsterhebung 1972
- Binnenfischereierhebung 1972
- Weinbauerhebung 1972/73

Fachserie 4:

Produzierendes Gewerbe

Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Zusammenfassende Daten für das Produzierende Gewerbe (in Vorbereitung)
- Reihe 2: Indizes für das Produzierende Gewerbe
- Reihe 3: Produktion im Produzierenden Gewerbe
- Reihe 4: Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe
- Reihe 5: Baugewerbe
- Reihe 6: Energie- und Wasserversorgung
- Reihe 7: Handwerk
- Reihe 8: Fachstatistiken

Einzelveröffentlichungen

- Zensus im Produzierenden Gewerbe 1967
- Handwerkszählung 1977

Fachserie 5:

Bautätigkeit und Wohnungen

Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Bautätigkeit
- Reihe 2: Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau
- Reihe 3: Bestand an Wohnungen

Einzelveröffentlichungen

- Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968
- 1%-Wohnungsstichprobe 1978

Fachserie 6:

Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr

Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Großhandel
- Reihe 2: unbesetzt
- Reihe 3: Einzelhandel
- Reihe 4: Beschäftigte und Umsatz im Gastgewerbe
- Reihe 5: Warenverkehr mit Berlin (West)
- Reihe 6: Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost)
- Reihe 7: Reiseverkehr

Einzelveröffentlichungen:

- Handels- und Gaststättenzählung 1968
- Handels- und Gaststättenzählung 1979 (in Vorbereitung)

Fachserie 7:

Außenhandel

Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel
- Reihe 2: Außenhandel nach Waren und Ländern
- Reihe 3: Außenhandel nach Ländern und Warengruppen
- Reihe 4: Außenhandel mit ausgewählten Waren
- Reihe 5: Außenhandel mit ausgewählten Ländern
- Reihe 6: Durchfuhr im Seeverkehr und Seeumschlag
- Reihe 7: Außenhandel nach Ländern und Warengruppen der Industriestatistik
- Reihe 8: Außenhandel nach dem Internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC-Rev.II) und Ländern (Spezialhandel)

Fachserie 8:

Verkehr

Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Güterverkehr der Verkehrszweige
- Reihe 2: Eisenbahnverkehr
- Reihe 3: Straßenverkehr
- Reihe 4: Binnenschifffahrt
- Reihe 5: Seeschifffahrt
- Reihe 6: Luftverkehr

Fachserie 9:

Geld und Kredit

Veröffentlichungsreihen:

- Reihe 1: Boden- und Kommunalkreditinstitute (eingestellt)
- Reihe 2: Aktienmärkte

Fachserie 10:

Rechtspflege

Veröffentlichungsreihen

Reihe 1: Ausgewählte Zahlen für die Rechtspflege

Reihe 2: Gerichte

Reihe 3: Strafverfolgung

Reihe 4: Strafvollzug

Reihe 5: Bewährungshilfe

Fachserie 11:

Bildung und Kultur

Veröffentlichungsreihen

Reihe 1: Allgemeines Schulwesen

Reihe 2: Berufliches Schulwesen

Reihe 3: Berufliche Bildung

Reihe 4: Hochschulen

Reihe 5: Presse

Reihe 6: Filmwirtschaft

Fachserie 12:

Gesundheitswesen

Veröffentlichungsreihen

Reihe 1: Ausgewählte Zahlen für das Gesundheitswesen

Reihe 2: Meldepflichtige Krankheiten

Reihe 3: Schwangerschaftsabbrüche

Reihe 4: Todesursachen

Reihe 5: Berufe des Gesundheitswesens

Reihe 6: Krankenhäuser

Fachserie 13:

Sozialleistungen

Veröffentlichungsreihen

Reihe 1: Versicherte in der Kranken- und Rentenversicherung

Reihe 2: Sozialhilfe

Reihe 3: Kriegsopferversorge

Reihe 4: Wohngeld

Reihe 5: Behinderte und Rehabilitationsmaßnahmen

Reihe 6: Öffentliche Jugendhilfe

Fachserie 14:

Finanzen und Steuern

Veröffentlichungsreihen

Reihe 1: Haushaltsansätze

Reihe 2: Vierteljahreszahlen zur öffentlichen Finanzwirtschaft

Reihe 3: Rechnungsergebnisse

Reihe 4: Steuerhaushalt

Reihe 5: Schulden der öffentlichen Haushalte

Reihe 6: Personal des öffentlichen Dienstes

Reihe 7: Einkommen- und Vermögensteuern

Reihe 8: Umsatzsteuer

Reihe 9: Verbrauchsteuern

Reihe 10: Realsteuern

Fachserie 15:

Wirtschaftsrechnungen

Veröffentlichungsreihen

Reihe 1: Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte

Einzelveröffentlichungen

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1978

Fachserie 16:

Löhne und Gehälter

Veröffentlichungsreihen

Reihe 1: Arbeiterverdienste in der Landwirtschaft

Reihe 2: Arbeitnehmerverdienste in Industrie und Handel

Reihe 3: Arbeiterverdienste im Handwerk

Reihe 4: Tariflöhne und Tarifgehälter

Einzelveröffentlichungen

Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1972

Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1978

(in Vorbereitung)

Personal- und Personalnebenkostenerhebungen

Fachserie 17:

Preise

Veröffentlichungsreihen

Reihe 1: Preise und Preisindizes für die Land- und Forstwirtschaft

Reihe 2: Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte

Reihe 3: Index der Grundstoffpreise

Reihe 4: Maßzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke

Reihe 5: Kaufwerte für Bauland

Reihe 6: Index der Großhandelsverkaufspreise

Reihe 7: Preise und Preisindizes für die Lebenshaltung

Reihe 8: Preise und Preisindizes für die Ein- und Ausfuhr

Reihe 9: Preise für Verkehrsleistungen

Reihe 10: Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung

Fachserie 18:

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Veröffentlichungsreihen

Reihe 1: Konten und Standardtabellen

Reihe 2: Input-Output-Tabellen

Fachserie 19:

Umweltschutz

Veröffentlichungsreihen

Reihe 1: Abfallbeseitigung

Reihe 2: Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung

Reihe 3: Investitionen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe

Systematische Verzeichnisse

Unternehmens- und Betriebs-systematiken

Systematik der Wirtschaftszweige

Systematik der Wirtschaftszweige mit Erläuterungen (Ausgabe 1979)

Systematik der Wirtschaftszweige mit Betriebs- u. a. Benennungen (Ausgabe 1979 – vorgesehen)

Alphabetisches Verzeichnis der Betriebs- u. ä. Benennungen zur Systematik der Wirtschaftszweige (Ausgabe 1979)

Verzeichnis der Aktiengesellschaften und der Gesellschaften mit beschränkter Haftung (Stand 31. 12. 1971, vergriffen)

Gütersystematiken

Güterverzeichnis für die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (Ausgabe 1978)

Warenverzeichnis für die Industriestatistik

Systematisches Verzeichnis (Ausgabe 1975)

Kommentare für Mineralölerzeugnisse; elektrotechnische Erzeugnisse; chemische Erzeugnisse; Büromaschinen; Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Suwaren und Dauerbackwaren

Alphabetisches Verzeichnis (Ausgabe 1975)

Warenverzeichnis für den Material- und Wareneingang im Produzierenden Gewerbe (Ausgabe 1978)

Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (Ausgabe 1981)

Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC II) (Ausgabe 1976)

Gegenüberstellungen

Standard International Trade Classification (SITC) mit Warenverzeichnis für die Industriestatistik (WI) (Ausgabe 1975)

Warenverzeichnis für die Industriestatistik (WI) mit dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) (Ausgabe 1979)

Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik (Ausgabe 1969)

Güterverzeichnis für den Privaten Verbrauch (Ausgabe 1963, unveränderter Nachdruck 1977)

Systematik der Bauwerke (Ausgabe 1978)

Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik (Ausgabe 1978)

Personensystematiken

Klassifizierung der Berufe (Ausgabe 1975)

Internationale Standardklassifikation der Berufe (ISCO) (Deutsche Ausgabe 1968)

Handbuch der Internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD) (Ausgabe 1979)

Band I: Systematisches Verzeichnis

Band II: Alphabetisches Verzeichnis

Verzeichnis der Religionsbenennungen (Ausgabe 1970)

Regionalsystematiken

Ämtliches Gemeindeverzeichnis für die Bundesrepublik Deutschland (Ausgabe 1971)

Statistische Kennziffern der Gemeinden und Verwaltungsbezirke in der Bundesrepublik Deutschland (Ausgabe 1974)

Alphabetisches Länderverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (Stand: 1. 1. 1981)

Verzeichnis der Verkehrsbezirke und Hafen (Ausgabe 1980)

Wohnbevölkerung in den Postleiteinheiten und in ausgewählten administrativen Gebietseinheiten am 27. 5. 1970

Sonstige Systematiken

Verzeichnis der Krankenhäuser in der Bundesrepublik Deutschland (Ausgabe 1978)

Kartographische Darstellungen

Im Zusammenhang mit den in längeren Zeitabständen stattfindenden Großzählungen gibt das Statistische Bundesamt thematische Karten im Mehrfarbendruck heraus. Bisher sind 6 Kartenblätter zur Wohnungszählung 1968, 9 Kartenblätter zur Arbeitsstättenzählung 1970, 8 Kartenblätter zur Volks- und Berufszählung 1970 und 6 Kartenblätter zur Landwirtschaftszählung 1971 erschienen.

Statistik des Auslandes

Allgemeine Auslandsstatistik

Internationale Monatszahlen

Ausgewählte Tatbestände im Ländervergleich.

Länderberichte

Zusammenstellung und Kommentierung des jeweils neuesten Zahlenmaterials für ausgewählte Länder oder Ländergruppen (unregelmäßig)

Länderkurzberichte

Darbietung von zeitnahen statistischen Angaben über die wirtschaftliche sowie gesellschaftliche Struktur und

Entwicklung fast aller selbständigen Staaten der Erde (jährlich 48 Berichte).

Fachserie Auslandsstatistik

Veröffentlichungsreihen.

Reihe 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit im Ausland

Reihe 2: Produzierendes Gewerbe im Ausland

Reihe 3: Außenhandel des Auslandes

Reihe 4: Löhne und Gehälter im Ausland

Reihe 5: Preise und Preisindizes im Ausland

5.2 Veröffentlichungen von Bundesministerien und anderen Bundesbehörden

Ergebnisse der von Bundesministerien und anderen Bundesbehörden bearbeiteten Statistiken erscheinen in erster Linie in den nachstehend aufgeführten Publikationen. Eine Auswahl der wichtigsten Zahlen wird auch in das »Statistische Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland« übernommen.

Herausgeber	Veröffentlichung	Herausgeber	Veröffentlichung
Meteorologische Angaben			
Deutscher Wetterdienst	Deutsches Meteorologisches Jahrbuch (Bundesrepublik) Wetterkarte Europäischer Wetterbericht Die Großwetterlagen Europas Die Witterung in Übersee Monatlicher Witterungsbericht Jahresbericht Das Klima der Bundesrepublik Deutschland Klimadaten von Europa Marine Climatological Summary Ergebnisse von Strahlungsmessungen in der Bundesrepublik Deutschland Agrarmeteorologischer Wochenhinweis für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Sonderbeobachtungen des Meteorologischen Observatoriums Hohenpeißenberg (Ozonmessungen)		Statistischer Bericht über die Milch- und Molkereiwirtschaft Struktur der Mühlenwirtschaft Abschlußbericht über die Besondere Erntemittlung bei Getreide und Kartoffeln Futterwirtschaft Landwirtschaftliche Erzeugerpreise, Zukaufspreise und Absatzwege Die Molkereistruktur im Bundesgebiet
Erwerbstätigkeit		Energie- und Wasserwirtschaft	
Bundesanstalt für Arbeit	Amtliche Nachrichten (monatlich) mit Sonderheften als Beilage (u. a. Jahreszahlen zur Arbeitsstatistik)	Bundesministerium für Wirtschaft	Öffentliche Elektrizitätsversorgung der Bundesrepublik Deutschland Vierteljahresbericht über die Elektrizitätswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland Die Elektrizitätswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland Bericht über die Gaswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland Die Entwicklung der Gaswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		Bautätigkeit und Wohnungen	
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Agrarbericht (agrar- und ernährungspolitischer Bericht der Bundesregierung) Agrarstrukturbericht Tierseuchenbericht Jahresbericht über die Deutsche Fischwirtschaft Statistische Reihe »BML Daten-Analysen« Statistischer Monatsbericht Ertragslage des Garten- und Weinbaues	Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	Bundesbaublatt
		Straßenverkehr	
		Bundesministerium für Verkehr	Verkehr in Zahlen Straßenbaubericht Verkehrsstarkekarten Forschung Straßenbau und Straßenverkehrstechnik (Schriftenreihe) Allgemeiner Statistischer Dienst Straßenverkehrszählungen (Schriftenreihe) Statistische Mitteilungen Der Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhangern
		Kraftfahrt-Bundesamt	

Herausgeber	Veröffentlichung	Herausgeber	Veröffentlichung
Bundesanstalt für den Güterfernverkehr	Neuzulassungen – Besitzumschreibungen – Löschungen von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern Auswertung des Verkehrszentralregisters als Mittel der Effizienzkontrolle Unternehmen und Fahrzeuge des gewerblichen Güter- und Mobelfernverkehrs Unternehmen und Fahrzeuge des gewerblichen Güternahverkehrs Unternehmen und Fahrzeuge des Werkfernverkehrs Grenzüberschreitender gewerblicher Güterverkehr deutscher Kraftfahrzeuge nach obligatorischen Tarifen und Sonderabmachungen (Vierteljahresberichte)	Rechtspflege Bundesministerium der Justiz Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung Bundeskriminalamt	Bundesanzeiger Bundesarbeitsblatt Hauptergebnisse der Arbeits- und Sozialstatistik Polizeiliche Kriminalstatistik
Bundesanstalt für den Güterfernverkehr/ Kraftfahrt-Bundesamt	Statistische Mitteilungen des Kraftfahrt-Bundesamtes und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr Gemeinsame Jahresberichte der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr und des Kraftfahrt-Bundesamtes	Gesundheitswesen Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung Bundesgesundheitsamt	Handbuch der Internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD) 1979, 9. Revision, Band I Systematisches Verzeichnis, Band II Alphabetisches Verzeichnis Daten des Gesundheitswesens Schriftenreihe Jahresberichte Bundesgesundheitsblatt
Luftverkehr Luftfahrt-Bundesamt	Monatsbericht. Angezeigte Unfälle bei dem Betrieb von Luftfahrzeugen Ergebnisse der fachlichen Untersuchung von Unfällen bei dem Betrieb von Luftfahrzeugen	Sozialleistungen Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung Bundesanstalt für Arbeit Bundesausgleichsamt	Bundesarbeitsblatt Jahresberichte Hauptergebnisse der Arbeits- und Sozialstatistik Amtliche Nachrichten (monatlich) mit Sonderheften als Beilage (u. a. Jahreszahlen zur Arbeitsstatistik) Amtliches Mitteilungsblatt Statistische Berichte Vierteljahresberichte
Nachrichtenverkehr Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen Posttechnisches Zentralamt	Geschäftsbericht Bezirksstatistik des Kalenderjahres Monatliche Bezirksstatistik	Finanzen und Steuern Bundesministerium der Finanzen Bundesministerium der Justiz	Finanzbericht Ministerialblatt Bundesanzeiger
Geld und Kredit Deutsche Bundesbank	Monatsberichte Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 1 bis 5	Löhne und Gehälter Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung Deutsche Bundesbank	Bundesarbeitsblatt Monatsberichte
Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen	Geschäftsbericht »Veröffentlichungen«	Zahlungsbilanz Deutsche Bundesbank	Monatsberichte Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik
Versicherungen Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen Deutsche Bundesbank	Geschäftsbericht »Veröffentlichungen« Monatsberichte	Bundesministerium der Justiz	Bundesanzeiger

5.3 Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter

In dieser Übersicht sind die von den Statistischen Landesämtern herausgegebenen »Statistischen Berichte« gruppenweise zusammengefaßt. Nähere Angaben über die einzelnen Titel, ihre Periodizität usw. enthält das »Gesamtverzeichnis Statistischer Berichte der Statistischen Landesämter«, das kostenlos von den Landesämtern abgegeben wird.

Die Statistischen Berichte sind weitgehend einheitlich gegliedert und umfassen auch Ergebnisse für kleinere regionale Einheiten (insbesondere Regierungsbezirke und Kreise). Die Einheitlichkeit der Länderveröffentlichungen ist jedoch dadurch begrenzt, daß alle Landesämter außer Schleswig-Holstein neben den »Statistischen Berichten« eine Quellenwerksreihe führen, die nicht sachlich gegliedert, sondern laufend numeriert ist. Vgl. hierzu die Veröffentlichungsverzeichnisse der jeweiligen Landesämter.

Kennziffer	Sachgebiet	Kennziffer	Sachgebiet
A	Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	F	Bautätigkeit, Wohnungswesen
A I 1 bis 5, 7 bis 8	Bevölkerungsstand	F I	(unbesetzt)
A II 1 bis 2	Natürliche Bevölkerungsbewegung	F II 1 bis 5, 10 bis 11	Wohnungswesen
A III 1 bis 2	Wanderungen	F III 1	Grundeigentum
A IV 1 bis 6, 8 bis 10	Gesundheitswesen		
A V 1 bis 2	Gebiet	G	Handel und Gastgewerbe
A VI 1 bis 2, 4 bis 5	Erwerbstätigkeit	G I 1 bis 3	Binnenhandel
		G II 1 bis 2	Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik einschl. Berlin (Ost) und mit Berlin (West)
B	Unterricht und Bildung, Rechtspflege, Wahlen	G III 1 bis 3	Außenhandel
B I 1 bis 5	Allgemeinbildende Schulen	G IV 1 bis 3	Fremdenverkehr, Gastgewerbe
B II 1 bis 2, 4 bis 5	Berufsbildung	H	Verkehr
B III 1 bis 6	Hochschulen	H I 1 bis 2, 4 bis 8	Straßen- und Schienenverkehr
B IV 1 bis 2	Erwachsenenbildung	H II 1 bis 2	Schiffsverkehr
B V 1, 3 bis 8	Sonstige kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungen, Jugend, Sport	H III 1	Luftverkehr
B VI 1 bis 7	Rechtspflege	J	Geld und Kredit
B VII 1 bis 5	Wahlen	J I 1 bis 2, 4	Geld und Kredit
C	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	K	Öffentliche Sozialleistungen
C I 1 bis 8	Bodennutzung und Anbau	K I 1, 3 bis 4	Sozialhilfe und Jugendhilfe
C II 1, 3 bis 5, 7	Wachstumsstand und Ernte	K II 1	Sozialversicherung
C III 1 bis 6	Viehwirtschaft	K III 3	Behinderte
C IV 1 bis 8	Betriebswirtschaft	K IV 1	Soziale Einrichtungen
C V	Forstwirtschaft	L	Finanzen und Steuern
D	Unternehmen und Arbeitsstätten	L I 1 bis 3, 7	Staatsfinanzen
D I 1 bis 2	Laufende Statistiken der Unternehmen (bzw. Arbeitsstätten)	L II 2 bis 5, 7 bis 9	Gemeindefinanzen
		L III 1 bis 3	Schulden und Personal
E	Produzierendes Gewerbe	L IV 1 bis 11	Steuern
E I 1 bis 8	Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe	M	Preise und Preisindizes
E II 1 bis 3	Bauhauptgewerbe	M I 1 bis 2, 4 bis 7	Preise und Preisindizes
E III 1 bis 2	Ausbaugewerbe	N	Löhne und Gehälter
E IV 1 bis 3	Energie- und Wasserversorgung	N I 1 bis 4	Effektiv-Verdienste
E V 1	Handwerk	N II 1	Tariflöhne und Tarifgehälter

Kennziffer	Sachgebiet	Kennziffer	Sachgebiet
O	Verbrauch	Q	Umweltschutz
O I 1	Wirtschaftsrechnungen	Q I 1 bis 3	Wasserversorgung und Abwasser- beseitigung
O II 1, 3, 5	Einkommens- und Verbrauchsstich- probe	Q II 1 bis 3	Abfallbeseitigung
P	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	Q III 1 bis 2	Investitionen für Umweltschutz
P I 1 bis 2	Landerergebnisse	Q IV 1	Umweltbelastungen anderer Art
P II 1 bis 2	Kreisergebnisse	Z	Zusammenfassende Berichte

Anschriften der Statistischen Ämter*)

Statistisches Bundesamt	Gustav-Stresemann- Ring 11 Postfach 55 28	6200 Wiesbaden 1	Tel. (0 61 21) 751 Telex 04186467 Telex 04186511
Zweigstelle Berlin	Kurfürstenstraße 87 Postfach 11 04 60	1000 Berlin 11	Tel. (0 30) 2 61 14 31 Telex 0185489
Außenstelle Düsseldorf (Eisen- und Stahlstatistik)	Hüttenstraße 5 a Postfach 77 20	4000 Düsseldorf	Tel. (02 11) 37 20 60 Telex 08582744
Beratungsstelle – Statistisches Informationssystem –	Deutschherren- straße 93	5300 Bonn 2	Tel. (02 28) 33 27 30
Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein	Fröbelstraße 15–17	2300 Kiel 1	Tel. (04 31) 6 89 51 Telex 0299871
Statistisches Landesamt Hamburg	Steckelhörn 12	2000 Hamburg 11	(0 40) 3 68 11 Telex 0212121
Niedersächsisches Landes- verwaltungsamt – Statistik –	Geibelstraße 61/65	3000 Hannover 1	Tel. (05 11) 8 08 31 Telex 0923287
Statistisches Landesamt Bremen	An der Weide 14–16	2800 Bremen 1	Tel. (04 21) 36 11 Telex 0244804
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen	Mauerstraße 51	4000 Düsseldorf 1	Tel. (02 11) 4 49 71 Telex 08586654
Hessisches Statistisches Landesamt	Rheinstraße 35/37	6200 Wiesbaden	Tel. (0 61 21) 36 81 Telex 04186555
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	Mainzer Straße 15–16	5427 Bad Ems	Tel. (0 26 03) 7 11 Telex 0869033
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg	Böblinger Straße 68	7000 Stuttgart 1	Tel. (07 11) 66 51 Telex 0722815
Bayerisches Statistisches Landesamt	Neuhauser Straße 51	8000 München 2	Tel. (0 89) 2 11 91 Telex 0524540
Statistisches Amt des Saarlandes	Hardenbergstraße 3	6600 Saarbrücken	Tel. (0 61 81) 50 51 Telex 04421371
Statistisches Landesamt Berlin	Fehrbelliner Platz 1	1000 Berlin 31	Tel. (0 30) 86 71 Telex 0183798

*) **Städtestatistische Ämter** sind jeweils erreichbar durch den Zusatz »Städtestatistisches Amt der Stadt«

Sachregister

Vorbemerkung: Das Sachregister enthält Hinweise auf die wichtigsten Tatbestände im »Katalog der Statistiken« sowie ausgewählte Stichworte aus den »Abhandlungen«. In Einzelfällen wird auch auf die »Materialien und Übersichten« verwiesen. Um den Umgang mit dem Sachregister zu erleichtern, sind die Seitenangaben, die sich auf die »Abhandlungen« beziehen, kursiv gedruckt. Die übrigen Seitenangaben verweisen jeweils auf den Beginn einer Statistikbeschreibung, so daß es sich empfiehlt, auch die folgenden Seiten nachzuschlagen.

	Seite		Seite
A		Altersgruppen (Alter, Geburtsjahr)	
Abfallbeseitigung		– Berufsschüler	279
– Investitionen	384	– Bevölkerung (Ausland)	388
– Krankenhäuser	379	– Bevölkerung	
– Öffentliche Abfallbeseitigung	379	(Inland)	95, 96, 98, 111, 112, 117
– Produzierendes Gewerbe	379	– Ehepaare	95, 101
– Viehhaltung	380	– Erkrankte	291
Abgaben	339, 340	– Erwerbstätige/	
Abgeurteilte	273	-personen	111, 112, 114, 346
Absatz		– Familienvorstand	95, 96
– Landwirtschaft	140, 144, 148, 158, 159	– Frauen	95, 96, 111, 112
– Verbrauchsteuer	333	– Gestorbene	101, 293
– Wertpapiere	258	– Haushaltsvorstand	95, 96
Abschreibungen		– Kinder	95, 96
– Kostenstruktur	124	– Lehrer	279
– Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	363	– Pendler	111
Absetzungen		– Personal im öffentlichen Dienst	322
– Einkommensteuer	325	– Rehabilitanden	310
– Körperschaftsteuer	327	– Schüler	279
Abteilungsleiterausschuß Statistik	21	– Schwangere	293
Abtreibungen	293	– Sozialhilfeempfänger	307
Abwasserbeseitigung		– Strafgefangene	274
– Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	381	– Straftäter	272
– Öffentliche Abwasserbeseitigung	380	– Verurteilte	273
– Viehhaltung	383	– Wahlberechtigte	107
– Wärmekraftwerke	383	– Wahlkandidaten	107
Abzüge		– Zu- bzw. Fortgezogene	103
– Einheitswerte	329	Altershilfe (Landwirte)	301
– Einkommensteuer	325	Alterssicherung	
– Körperschaftsteuer	327	– Betriebliche Altersversorgung	350
– Vermögensteuer	328	– Bevölkerung	96, 112
Ackerland s Anbauflächen		– Erwerbstätige	117
Ärzte	291, 294, 295	– Gesetzliche Rentenversicherung	301
Agrarberichterstattung	27, 131	Altspärerentschädigung	305
Aktien s a Wertpapiere		Amtsleiterkonferenz	21
– Effektenkurse	259	Anbauflächen s a Bodennutzung	
– Emissionen	258	– Baumschulen	145
– Kundendepots	254	– Bodennutzung	143
Aktiengesellschaften s a Rechtsformen	125, 126	– Gemüseanbau	144
Altersgruppen (Alter, Geburtsjahr)		– Obstanbau	145
– Anstaltsbevölkerung	95, 111	Angestellte s a Arbeitnehmer, Arbeitskräfte,	
– Arbeitnehmer	114, 118	Beschäftigte, Erwerbstätige, Personal,	
– Arbeitssuchende	115	Stellung im Beruf, Tatige Personen	
– Arbeitskräfte (Landwirtschaft)	137	– Deutsche Bundespost	243
– Ausbilder	281	– Gehaltsstruktur	346
– Ausländer	95, 100, 111, 112	– Rentenversicherung	301
– Auszubildende	285	– Verdienste	343
– Behinderte	309	Anlagegüter s a Anlageinvestitionen, Investitionen	
		– Baugewerbe	177, 178

	Seite		Seite
Anlagegüter		Arbeitslosenversicherung	303
– Bergbau und		Arbeitsmarkt	115
Verarbeitendes Gewerbe	165, 168, 169	Arbeitsproduktivität	163
– Einzelhandel	203	Arbeitsstätten	123, 201
– Energie- und Wasserversorgung	180, 181	Arbeitsstättenzählungen	33, 123
– Gastgewerbe	204	Arbeitsstunden s. a. Arbeiterstunden, Arbeitszeit	
– Großhandel	202	– Baugewerbe	174, 176
– Handelsvermittlung	203	– Verdienste	343, 345, 346
Anlageinvestitionen s. a. Anlagegüter, Investitionen, selbsterstellte Anlagen		Arbeitsuchende	115
– Kostenstrukturstatistik	124	Arbeitsunfähigkeit	295, 297
– Volkswirtschaftliche		Arbeitsunfälle	302
Gesamtrechnungen	363	Arbeitsvermittlung	115
Anlagevermögen	329	Arbeitszeit s. a. Arbeiterstunden, Arbeitsstunden	
Anleihen s. a. Wertpapiere	253	– Ausland	390
Anstalten		– Inland	348
– Jugendhilfe	308	– Mikrozensus	112
– Sozialhilfe	307	Aufbaudarlehen (Lastenausgleich)	305, 306
– Verwahranstalten	274	Auftragsbestand	
– Volkszählung	95	– Bauhauptgewerbe	175
Anstaltsbevölkerung	95, 111	– Bergbau und	
Apotheken, Apotheker	294, 295	Verarbeitendes Gewerbe	165, 167
Approbationen	294	– Eisen- und Stahlindustrie	170
Arbeiter s. a. Arbeitnehmer, Arbeitskräfte, Beschäftigte, Erwerbstätige, Personal, Stellung im Beruf, Tätige Personen		Auftragseingang	
– Deutsche Bundespost	243	– Bauhauptgewerbe	174
– Lohnstruktur	346	– Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	163
– Rentenversicherung	301	– Eisen- und Stahlindustrie	170
– Verdienste	343	– Metallgewinnung	171
Arbeiterstunden (geleistete) s. a. Arbeitsstunden, Arbeitszeit		Aufwendungen s. a. Ausgaben	
– Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	163	– Einkommensteuer	325
– Eisen und Stahl	170	– Jugendhilfe	308
– Energie- und Wasserversorgung	179, 181	– Körperschaftsteuer	327
Arbeitnehmer s. a. Angestellte, Arbeiter, Arbeitskräfte, Beamte, Beschäftigte, Erwerbstätige, Personal, Tätige Personen	114, 123, 201	Ausbaugewerbe	174, 176
Arbeitsausfall s. a. Verlorene Arbeitstage	112, 303	Ausbildung s. a. Ausbildungsstand	
Arbeitsbeschaffung	115, 303	– Allgemeines Schulwesen	279
Arbeitsentgelt s. a. Verdienste	114	– Ausland	387
Arbeitsförderungsmaßnahmen	115	– Berufliches Schulwesen	279
Arbeitsgerichte	271	– Berufsausbildung	281
Arbeitskosten s. a. Bruttolohn- und -gehaltssumme, Kosten		– Hochschulen	282
– Ausland	390	– Lehrer	280
– Inland	124, 186, 345	– Sozialhilfeempfänger	307
Arbeitskräfte s. a. Angestellte, Arbeiter, Arbeitnehmer, Beamte, Beschäftigte, Erwerbstätige, Personal, Tätige Personen		Ausbildungsförderung	285
– Binnenfischerei	135	Ausbildungsplätze	115
– Gartenbau	134	Ausbildungsstand	
– Landwirtschaft	131, 133, 135, 137	– Bevölkerung	95, 96, 111
– Weinbau	134	– Erwerbstätige	112, 114, 117
Arbeitskreise (in der Statistik)	20, 44	Ausfuhr	
– Maschinelle Aufbereitung	57, 58	– Außenhandel	211
– Öffentlichkeitsarbeit	69	– Düngemittel	173
Arbeitslose		– Elektrizität, Gas	180, 181
– Ausland	388	– Preise	355
– Inland	115, 117	– Verbrauchsteuer	333
Arbeitslosengeld/-hilfe	303	– Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	363
		– Zahlungsbilanz	371

	Seite
Ausgaben	
– Private Haushalte	339, 340
– Reiseverkehr	372
– Rentenversicherung	301
– Sozialhilfe	307
– Unfallversicherung	302
– Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	363
Ausgleichsforderungen	322
Auskunftsdienst	
(Statistisches Bundesamt)	53, 63
Auskunftspflicht	24, 26
Ausländer s a Staatsangehörigkeit	100
– Arbeitnehmer	114, 118
– Arbeitslose	115
– Beschäftigte	114
– Eheschließungen/Ehescheidungen	101
– Erwerbstätige	112, 117
– Geburten	101
– Mikrozensus/ Volkzählung	95, 96, 111, 112
– Reiseverkehr	205, 206
– Sozialhilfeempfänger	307
– Staatsangehörigkeit	100
– Sterbefälle	101
– Straftäter	272
– Wanderungen	103
– Wohnparteien	195
Ausländerstatistiken	32
Ausland	
– Bevölkerung	388
– Internationale Übersichten	387
– Kapitalanlagen	372
– Länderberichterstattung	387
– Preise	390
– Produzierendes Gewerbe	388
– Streiks und Aussperrungen	388
– Verdienste	390
Auslandsstatistiken	40
Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten	250, 256
Auslandsposition (Deutsche Bundesbank)	373
Auslandsreisen	206
Auslandsvermögen	
– Kreditinstitute	374
– Staat	373
– Unternehmen	374
Auslieferungen	275
Außenbeitrag	363
Außenhandel	28, 209, 387
Außenhandelspreise	355
Außenwanderungen	103
Außenwirtschaftsverkehr	371
Ausschüsse	
– Abteilungsleiterausschuß Statistik	21, 31, 44, 72
– Fachausschüsse	21, 44
– Interministerieller Ausschuß für Koordi- nierung und Rationalisierung der Statistik	21, 31, 44, 72

Ausschüsse	
– Statistische Ausschüsse	19
Aussperrungen	
– Ausland	388
– Inland	117
Ausstattung	
– Haushalte	339, 340
– Hochschulräume	285
– Wohnungen	195, 197, 311
Auswahl von Stichproben	48, 51
Auswertung von Ergebnissen	45
Auszubildende	281
Autobahnen	218
Automation (Verwaltungsunterlagen)	17, 30, 31, 46
Autos s Kraftfahrzeuge/-anhänger	

B

Bahnhöfe	217
Banken s Kreditinstitute	
Bankenliquidität	249
Bargeldumlauf	249
Baubetriebe	174, 175
Baufertigstellungen	192
Baugenehmigungen	191
Baugewerbe	
– Arbeiterstunden	174
– Arbeitsstunden	174, 176
– Auftragsbestand	175
– Auftragseingang	174
– Ausbaugewerbe	174, 176
– Bauhauptgewerbe	174, 175, 176
– Beschäftigte	174, 176, 177, 178
– Brutto Lohn- und -gehaltsumme	174, 176, 177, 178
– Fertigteilbau	174, 175
– Investitionen	177, 178
– Jahresbauleistung	177, 178
– Kostenstruktur	177
– Material- und Warenbestände/ -eingänge	177, 178
– Selbsterstellte Anlagen	177
– Umsatz	177, 178
Bauhauptgewerbe	174, 176
Bauinvestitionen	
– Finanzen, öffentliche	315, 316
– Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	363
Baukosten s a Baupreise	191, 194
Bauland (Kaufwerte)	356
Baulastträger (Straßen)	218, 219
Baumschulen	145
Baupreise s a Baukosten	
– Ausland	391
– Inland	356
Bauspardarlehen	252
Bausparkassen	251, 252, 257, 322

	Seite		Seite
Bausparverträge	251	Berufskrankheiten	302
Bautätigkeit	191	Berufsschulen/-fachschulen/ -aufbauschulen	279
Bauüberhang	192	Berufswünsche	281
Bauwerke, Systematik s a »Materialien und Übersichten«	83	Beschäftigte s a Angestellte, Arbeiter, Arbeitnehmer, Arbeitskräfte, Beamte, Erwerbstätige, Personal, Tätige Personen	32
Beamte s a Arbeitnehmer, Arbeitskräfte, Beschäftigte, Erwerbstätige, Personal, Stellung im Beruf, Tätige Personen ..	243, 322, 323	- Altersversorgung	350
Behandlung (medizinische)	295	- Baugewerbe	174, 176, 177, 178
Beherbergungsstätten	205	- Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	163, 166, 167, 168, 169
Beherbergungsgewerbe s Gastgewerbe		- Binnenschifffahrt	235
Behinderte	115, 243, 309	- Deutsche Bundespost	243
Beihilfen	304, 305	- Eisen und Stahl	170
Beirat, statistischer	20, 31, 44	- Energie- und Wasserversorgung ...	179, 181
Beiträge		- Filmwirtschaft	287
- Arbeitslosenversicherung	303	- Handel und Gastgewerbe	201, 202, 203, 204
- Gesetzliche Krankenversicherung	301	- Handwerk	186, 187
- Gesetzliche Rentenversicherung	301	- Luftfahrt	239
- Gesetzliche Unfallversicherung	302	- Pressewesen	286
- Lebensversicherungen	264	- Produzierendes Gewerbe im Ausland ...	388
- Pensions- und Sterbekassen	264	- Seeschifffahrt	237
- Private Krankenversicherungen	265	- Sozialversicherungspflichtige	114
- Rückversicherungen	266	- Straßenpersonenverkehr	224
- Schaden-, Unfall-, Transportversicherung	266	- Textilwirtschaft	173
- Sozialbeiträge (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	363	- Verdienste	315, 316, 343
- Versicherungen (Ausgaben der Haushalte)	339, 340	Beschäftigungsumfang (Lehrer)	279, 280
- Versicherungsvereine	267	Besitzumschreibungen (Kraftfahrzeuge) ...	220
Belastungen (außergewöhnliche)	325	Besitzverhältnisse	
Benutzerschulung	71	- Gartenbau	134
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe		- Grundstücke	330
- Anlagegüter	165, 168, 169	- Landwirtschaft	131, 133, 135
- Auftragsbestand	167	- Weinbau	134, 139
- Auftragseingang	163	- Wohnungen	195
- Beschäftigte ..	163, 165, 166, 167, 168, 169	Besoldungsgruppen	
- Betriebe	166	(öffentlicher Dienst)	322, 324
- Bruttolohn- und -gehaltsumme	163, 166, 167, 169	Bestände s a Material- und Warenbestände, Vorräte	
- Investitionen	165, 166, 168, 169	- Binnenschiffe	234, 235
- Kleinbetriebe	165	- Brennstoffe	163, 183
- Kostenstruktur	168	- Düngemittel	173
- Material- und Warenbestände	165, 168, 169	- Eisenbahnfahrzeuge	217
- Material- und Wareneingang	168, 169	- Eisenerz	170
- Produktion	165, 166	- Fertige und unfertige Erzeugnisse (Baugewerbe)	177, 178
- Umsatz	163, 165, 167, 168, 169	- Fertige und unfertige Erzeugnisse (Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe)	165, 168, 169
- Unternehmen	167, 168, 169	- Fertige und unfertige Erzeugnisse (Energie- und Wasserversorgung) .	179, 181
- Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung	381	- Fertige und unfertige Erzeugnisse (Handwerk, Handel)	124
Berlinhandel	207	- Gebäude	195
Beruf, Berufsgruppen s a Stellung im Beruf		- Getreide, Kartoffeln	140, 158
- Arbeiter im Ausland	390	- Koks	170
- Ausländer	118	- Kraftfahrzeuge	220, 224, 225
- Erwerbstätige	111, 112, 114, 115	- Luftfahrzeuge	239
- Gesundheitswesen	294	- Mineralölprodukte	172
Berufsberatung	115	- Obst- und Ziergehölze, Forstpflanzen ...	145
Berufsbildung	142, 281		
Berufsklassifizierung s a »Materialien und Übersichten«	85		

	Seite
Bestände	
– Öle und Fette	159
– Rohstahl	170
– Seeschiffe	237
– Stahlhalbzeug/-fertigerzeugnisse	170
– Straßen	218
– Textilerzeugnisse/-maschinen	173
– Vieh	151
– Wein und Most	150
– Wohnungen	195, 197
– Zucker	158
Beteiligung am	
Erwerbsleben	95, 96, 111, 112
Betriebe	
– Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ..	166
– Binnenfischerei	135
– Bodennutzung	143
– Einheitswerte	329
– Gartenbau	134
– Landwirtschaft	131, 133, 135, 136
– Produzierendes Gewerbe im Ausland ...	388
– Weinbau	134, 139
Betriebliche Altersversorgung	350
Betriebsflächen	
– Betriebsgrößenstruktur	136
– Bodennutzung	143
– Gartenbau	134
– Weinbau	134
Betriebsgrößenstruktur	136
Betriebsinhaber/-leiter	
(Landwirtschaft)	131, 133, 136
Betriebsmittel, landwirtschaftliche	
(Einkaufspreise)	354
Betriebsnummern/-register	31
Bettenkapazität	
– Gastgewerbe	201, 205
– Krankenhäuser	295
Bevölkerung	
– Ausländer	95, 100
– Bevölkerungsstand (Ausland)	385
– Bevölkerungsstand	
(Inland)	95, 96, 98, 117
– Bevölkerungsvorausschätzung	99
– Gesundheit	295
– Natürliche Bevölkerungsbewegung ..	101, 102
– Wanderungen	103
Bevölkerungsdichte	98
Bevölkerungsforschung (Bundesinstitut) ...	18
Bewährungshilfe	274
Bevölkerungsstatistiken	30
Bibliothek (Statistisches Bundesamt)	63
Bewilligungen (Sozialer Wohnungsbau) ...	194
Biersteuer	333
Bilanzen s a Jahresabschluß	
– Deutsche Bundesbank	249, 250
– Deutsche Bundespost	244
– Kreditinstitute	249, 250, 251, 255
– Versicherungsunternehmen	262
Bildschirmtext	67

	Seite
Bildung s Ausbildung, Fortbildung	
Bildungsstatistiken	36
Binnenfischerei	135
Binnenhandel s Berlinhandel, Handel	
Binnenschifffahrt	
– Binnenschiffsbestand	234
– Frachtraten	359
– Schiffs- und Güterverkehr	235
– Verkehrs- und Betriebsunfälle	236
Binnenwanderung	103
Bodennutzung	131, 135, 142
Bodenschätze (Einheitswerte)	331
Boden- und Kommunalkreditinstitute	256
Börsen	259
Börsenumsatz	260
Branntweinmonopol	333
Brauereien	333
Brennstoffe	
– Bestand (Bergbau und	
Verarbeitendes Gewerbe)	163, 183
– Einfuhr	213
– Verbrauch (Bergbau und	
Verarbeitendes Gewerbe)	163, 183
Briefwahl	
– Bundestagswahl	107
– Europawahl	107
Bruttoinlandsprodukt	363
Bruttolohn s Löhne	
Bruttolohn- und -gehaltssumme	
s a Personalkosten	
– Bauhaupt-	
gewerbe	174, 175, 177, 178
– Bergbau und	
Verarbeitendes Gewerbe ..	163, 166, 167, 169
– Einzelhandel	203
– Eisen und Stahl	170
– Energie- und Wasserversorgung ...	179, 181
– Großhandel	202
– Handelsvermittlung	203
Bruttoproduktion	163
Bruttosozialprodukt	363
Bruttowertschöpfung	363
Bruttoverdienste s Verdienste	
Budget	
– Öffentliche Haushalte	315
– Private Haushalte	339
Bürgerfreundlichkeit	42, 69
Bürgschaften	320
Bundesakademie für öffentliche Verwaltung ..	18
Bundesanstalt für Arbeit	115, 303
Bundesbahn	217
Bundesbank	
– Ausgleichsforderungen	322
– Auslandsposition	250, 373
– Auslandsvermögensstatus	373
– Bilanz	250
– Mindestreserven	251
Bundesfinanzen s Finanzen, öffentliche	
Bundshaushalt	315

	Seite
Bundespost	
– Betriebseinrichtungen	242
– Finanzwesen	244
– Personal	243
– Verkehrsleistungen	243
Bundesstatistik	
– Aufgabengebiet	16, 27, 44
– Auftraggeber	28, 41
– Benutzer	28
– Bundesstatistikgesetz	16, 22
– Durchführung	41
– Gesetzgebungszuständigkeit	15, 22
– Historische Entwicklung	15
– Koordinierung	16
– Organisationsgrundsätze	13
– Rechtsgrundlagen	22
Bundesstraßen/-autobahnen	218
Bundestagswahlen	107
Bundeswahlleiter	18
Bußgeldentscheidungen (Verkehr)	223

C

Campingplätze	205
---------------	-----

D

Darlehen s a Kredite	
– Bauspardarlehen	252
– Kreditzusagen	252
– Kriegsgefangene und politische Häftlinge	304
– Lastenausgleich	305, 306
– Versicherungsunternehmen	262
Datenanforderungen	13
Datenbank s Informationssystem, statistisches	
Datenschutz s a Geheimhaltung	22, 25, 46
Datenverknüpfung	47, 48
Deutsche Bundesbahn	217
Deutsche Bundesbank s Bundesbank	
Deutsche Bundespost s Bundespost	
Devisenkurse	260, 261
Dienstberichterstattung	25, 59
Dienstleistungen s a Verkehrsleistungen	
– Ausgaben der privaten Haushalte	339, 340
– Gehalts- und Lohnstruktur	346
– Preise	357
– Zahlungsbilanz	372
Dienstverhältnis (öffentlicher Dienst)	322
Direktinvestitionen (Zahlungsbilanz)	375
Diskontsatz	261
Dividenden	259
Düngemittel	173
Durchfuhr, Durchgangsverkehr	
– Außenhandel	211
– Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen	227, 229, 232
– Luftverkehr	239

E

Edelmetalle s Metallgewinnung	
Effektenkurse	259
Ehedauer	101
Ehelösungen	102
Ehepaare	95
Ehescheidungen	
– Ausland	388
– Inland	102
Eheschließungen	
– Ausland	388
– Inland	101
Eigenkapital (Versicherungen)	262
Eigentumsverhältnisse (Wohnungen)	195
Einbürgerungen	100
Einfuhr	
– Außenhandel	211
– Brennstoffe	213
– Düngemittel	173
– Elektrizität, Gas	180, 181
– Preise	355
– Verbrauchsteuer	333
– Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	363
– Zahlungsbilanz	371
Einheitswerte	
– Gewerbliche Betriebe	329
– Grundbesitz	330
– Mineralgewinnungsrechte	331
Einkaufspreise	
(landwirtschaftliche Betriebsmittel)	354
Einkommen s a Verdienste	37
– Einkommensentwicklung	327
– Einkommensteuerpflichtige	325, 327
– Private Haushalte	95, 111, 340
– Körperschaftsteuerpflichtige	327
– Land- und Forstwirtschaft	140
– Mikrozensus/Volkszählung	95, 96, 111, 112
– Sozialhilfeempfänger	307
– Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	363
– Wohngeldempfänger	311
Einkommensteuer	325, 327
Einkünfte	
– Einkommensteuerpflichtige	325, 327
– Körperschaftsteuerpflichtige	327
– Lohnsteuerpflichtige	325
Einlagen	
– Bankeinlagen	253
– Spareinlagen	253, 262, 243
Einnahmen	
– Branntweinmonopol	333
– Hochschulen	318
– Jugendhilfe	308
– Krankenversicherung	301
– Kriegsofferfürsorge	308
– Öffentliche Haushalte	315, 316, 317
– Private Haushalte	339
– Reiseverkehr (Zahlungsbilanz)	372
– Rentenversicherung	301

	Seite
Einnahmen	
– Sozialhilfe	307
– Unfallversicherung	302
– Verkehr	217, 224, 227
– Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ..	363
Einwohner s Bevölkerung	
Einzelangaben	
– Anonymisierung	25
– Weiterleitung	25
Einzelhandel	
– Arbeitsstätten	201
– Bruttolohn- und -gehaltsumme	203
– Investitionen	203
– Kostenstruktur	124
– Material- und Wareneingang/-bestand ...	203
– Tätige Personen	201, 203
– Umsatz	201, 203
– Unternehmen	201
Einzelhandelspreise	357
Eisenbahnverkehr	217
Eisen und Stahl	170
Elektrizitätsversorgung	
s a Energie- und Wasserversorgung	180, 181
Elektronische Datenverarbeitung	46, 47, 54
Emissionen	258
Emittenten	253, 254
Energie- und Wasserversorgung	
s a Wasserversorgung	
– Arbeiterstunden	179, 181
– Ausgaben der privaten Haushalte ..	339, 340
– Beschäftigte	179, 181
– Bruttolohn- und -gehaltsumme	179, 181
– Ein- und Ausfuhr	180, 181
– Erzeugung, Gewinnung ..	180, 183, 184, 185
– Investitionen	180, 183, 184
– Kostenstruktur	181
– Material- und Warenbestände	180, 181
– Material- und Wareneingang	182
– Umsatz	181
– Verdienste	343
Entschädigungen (Lastenausgleich) ..	305, 306
Erbschaftsteuer	331
Erdöl (Rohrfernleitungen)	
s a Mineralölprodukte	241
Erfolgsrechnungen	
s Gewinn- und Verlustrechnung	
Ergebnisbereitstellung	45, 58
Erkrankte	291, 292, 295
Erhebungen	44
Erlaubnisscheine (Verbrauchssteuer)	333
Erlöse (landwirtschaftliche Erzeugnisse)	
s a Umsatz	140
Ernährung	295
Ernährungswirtschaft	158
Ernteerträge, Ernteschätzungen	
– Feldfrüchte	146, 149
– Gemüse, Erdbeeren	147
– Obst	147
– Weinmost	148
ERP-Sondervermögen	315, 316, 317, 320

Ersparnis	
(Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	363
Ertragswerte (land- und	
forstwirtschaftliches Vermögen)	330
Erwerbe (Erbschaftsteuer)	331
Erwerbseinkommen	95, 111
Erwerbsleben s Beteiligung am Erwerbsleben	
Erwerbspersonen	
– Mikrozensus	112
– Wanderungen	103
Erwerbsquellen s a Lebensunterhalt	
– Gartenbau	134
– Landwirtschaft	131
– Weinbau	134
Erwerbstätige s a Angestellte, Arbeiter,	
Arbeitnehmer, Arbeitskräfte, Beamte, Beschäftigte,	
Personal, Tätige Personen	32
– Ausland	387, 388
– EG-Stichprobe	117
– Mikrozensus/Volkszählung ...	111, 112, 262
– Sozialhilfeempfänger	307
Erzeugerpreise	
– Ausland ...	390
– Inland	353
Erzeugung s Herstellung/Erzeugung, Produktion	
Etat	
– Öffentliche Haushalte	315
– Private Haushalte	339
Europäische Gemeinschaften	26, 71
Europäisches Währungssystem (EWS)	260
Europawahlen	107
Export s Ausfuhr	

F

Fachausschüsse	19, 20, 21
Fachhochschulen s Hochschulen	
Fachliche Konzentration	13
Fachrichtung/-bereich	
(Schulen, Hochschulen)	279, 282
Fachschulen/-oberschulen/	
-gymnasien	142, 279
Fachserien	59, 62, 63
Fahr- und Fahrlehrerlaubnisse	222
Fahrzeuge	
– Eisenbahnfahrzeuge	217
– Kraftfahrzeuge	220, 225, 229
– Luftfahrzeuge	239
– Schiffe	234, 237
Fahrzeugmängel	224
Familien	95, 96
Familienstand	
– Anstaltsbevölkerung	95, 111
– Ausländer	95, 100, 111
– Auszubildende	285
– Bevölkerung (Ausland)	388
– Bevölkerung (Inland)	95, 96, 98, 111

	Seite
Familienstand	
– Erkrankte	291
– Erwerbstätige	111, 112
– Familienvorstand	95
– Frauen	95, 96, 111, 112
– Geschlechtskranke	291
– Gestorbene	101
– Haushaltsvorstand	95
– Mütter	95, 96, 112
– Schwangere	293
– Sozialhilfeempfänger	307
– Strafgefangene	274
– Studenten	279
– Wanderungen	103
Fehlerrechnungen	52, 53
Ferienwohnungen	201, 205
Fernmeldegebühren	359
Fernsprechdienst	243
Fernverkehr (Güter)	225, 227, 229, 230, 232
Fernwärmeversorgung	
s Energie- und Wasserversorgung	
Fertigteilbau	174, 175
Filmwirtschaft	287
Finanzen, öffentliche	35
– Ausland	387
– Deutsche Bundespost	244
– Finanzplanung	315
– Haushaltsansätze	315
– Hochschulen	318
– Kassenergebnisse	316, 317, 319
– Schulden	320, 321, 322
– Steuerhaushalt	319
Finanzgerichte	271
Finanzierung	
– Wohnungsbau	194
– Sozialer Wohnungsbau	194
Finanzierungsrechnung	
(Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	363
Finanzkredite	372, 374
Fischerei	
– Ausland	387
– Binnenfischerei	135
– Seefischerei	157
Flächennutzung	s Bodennutzung
Fleischbeschau	154, 155
Flüchtlinge	
– Lastenausgleich	305
– Mikrozensus/Volkszählung	95, 96, 111, 112
Flurbereinigung	141
Flugverkehr	239, 240
Förderungsmittel (sozialer Wohnungsbau)	194
Forderungen	s a Bilanzen
– Ausgleichsforderungen	252, 322
– Auslandsforderungen	
(Kreditinstitute)	256, 374
– Konkurs- und Vergleichsverfahren	128
– Versicherungsunternehmen	262
– Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	363
– Zahlungsbilanz	372, 373, 374

Forschungsstatistik	36
Forstwirtschaft	
– Arbeitskräfte	137
– Ausland	387
– Betriebe	136, 137, 143
– Bodennutzung	143
– Buchführung	140
– Einheitswerte	330
– Erzeugnisse (Preise)	353
Fortbildung	
– Allgemeines Schulwesen	279
– Arbeitsförderungsmaßnahmen	115
– Berufliches Schulwesen	279
– Sozialhilfeempfänger	307
Frachteinahmen	227
Frachtraten/-tarife	359
Frauen	
(Mikrozensus/Volkszählung)	95, 96, 111, 112
Freibeträge	
– Umsatzsteuer	332
– Vermögensteuer	328
Freie Berufe	s a Selbständige
– Aufbaudarlehen (Lastenausgleich)	305
– Kostenstruktur	124
Freiheitsentzug	274
Fremdenverkehr	
– Ausland	387
– Inland	205
Fremdkapitalzinsen (Kostenstruktur)	124
Führerscheine	222
Fürsorge	s Sozialhilfe
Futtermittel	
– Herstellung, Handel	158
– Verbrauch (Binnenfischerei)	135

G

Gartenbau	134
Gasgewinnung	
s a Energie- und Wasserversorgung	183, 184, 185
Gastgewerbe	
– Arbeitsstätten	201
– Beschäftigte	201, 204
– Bruttolohn- und -gehaltsumme	204
– Kostenstruktur	124
– Preise	358
– Investitionen	204
– Umsatz	201, 204
– Unternehmen	201
– Waren- und Materialeingang/-bestand	204
Gasthöfe	205
Gasversorgung	
s a Energie- und Wasserversorgung	180
Gebäude	
– Abgänge	193
– Baufertigstellungen	192
– Baugenehmigungen	191
– Bauüberhang	192

	Seite
Gebäude	
– Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau	194
– Gesamtbestand	195, 197
– Hochschulen	285
– Preise	356
Gebietskörperschaften (Tariflöhne und -gehälter) s a Finanzen, Öffentliche Haushalte	348
Gebietsstand	
– Ausland	387
– Inland	98
Gebrauchsgüterausstattung (Haushalte)	339, 340
Geburten	
– Ausland	386
– Inland	101, 295
Geburtsjahr s Altersgruppen	
Geflügel	152
Gehälter s a Verdienste, Einkommen	123
– Gehaltsniveau	348
– Gehaltsstruktur	346
– Tarifgehälter	348
– Wirtschaftsbereiche	343
Gehaltssumme s Bruttolohn- und -gehaltssumme	
Geheimhaltung s a Datenschutz	22, 24, 26, 27
Geldmarktpapiere	261
Geldversorgung	249
Geldvolumen	249
Gelegenheitsverkehr	224
Gemeindefinanzen s Finanzen, öffentliche	
Gemeinden	95
– Gemeindekennziffern	98
– Gemeindestraßen	219
Gemüseanbau	144
Generalhandel	211
Gerichte	
– Arbeitsgerichte	271
– Finanzgerichte	271
– Sozialgerichte	271
– Strafgerichte	271
– Verwaltungsgerichte	271
– Zivilgerichte	271
Gerichtsverfahren	271
Gesamthochschulen s Hochschulen	
Gesamtschulen	279
Geschädigte (Lastenausgleich)	305, 306
Geschäftsstatistiken	14, 16, 23
Geschiedene s Familienstand	
Geschlechtskrankheiten	291
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	125
Gestorbene s a Sterbefälle	
– Bevölkerung (Ausland)	388
– Bevölkerung (Inland)	101
– Meldepflichtige Krankheiten	291, 292
– Todesursachen	293
– Verkehrsunfälle (Getötete)	217, 233, 236, 240
Gesundheitsämter (Personal)	294
Gesundheitswesen	35
– Ausland	387

Gesundheitswesen	
– Berufe	294
– Krankenhäuser	295
– Krankheitsarten	297
– Mikrozensus	295
– Meldepflichtige Krankheiten	291
– Schwangerschaftsabbrüche	293
– Todesursachen	293
Getreideverarbeitung/-handel	158
Gewässerschutz	384
Gewerbebetriebe (Körperschaftsteuer)	327
Gewerbe, produzierendes s Produzierendes Gewerbe	
Gewerbesteuerumlage	335
Gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise)	353
Gewerbliche Wirtschaft s a Produzierendes Gewerbe, Handel	
– Aufbaudarlehen (Lastenausgleich)	305
– Kostenstruktur	124
– Tariflöhne und -gehälter	348
Gewicht (Körpergewicht)	295
Gewinne (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	363
Gewinn- und Verlustrechnung	
– Aktiengesellschaften	126
– Deutsche Bundespost	244
– Einzelkaufleute	127
– Gesellschaften mit beschränkter Haftung	127
– Kreditinstitute	256
– Lebensversicherungen	264
– Öffentliche Wirtschaftsunternehmen	127
– Personenhandelsgesellschaften	127
– Private Krankenversicherungen	265
– Rückversicherungen	266
– Schaden-, Unfall-, Transportversicherungen	266
– Zweckverbände	127
Goldbestand	250
Größe (Körpergröße)	295
Großhandel	
– Arbeitsstätten	201
– Bruttolohn- und -gehaltssumme	202
– Investitionen	202
– Kostenstruktur	124
– Material- und Wareneingang/-bestand	202
– Umsatz	201, 202
– Unternehmen	201
– Tätige Personen	201, 202
Großhandelsverkaufspreise	
– Ausland	390
– Inland	353
Grundbesitz (Einheitswerte)	330
Grundschulen	279
Grundstoffpreise	353
Grundstückspreise	138, 356
Gutersystematiken s a »Materialien und Übersichten«	81, 82
Güterverkehr	
– Binnenschifffahrt	235
– Eisenbahnen	217

	Seite
Güterverkehr	
– Luftfahrt	239
– Rohrfernleitungen	241
– Seeschifffahrt	238
– Straßenverkehr	225, 227, 229, 230, 232
Gymnasien	279

H

Häftlingshilfe	304
Halb- und Fertigwaren (Preise)	353
Handel	
– Ausland	387
– Außenhandel	211, 371
– Berlinhandel	207
– Einzelhandel	201, 203
– Großhandel	201, 202
– Handelsvermittlung	201, 203
– Innerdeutscher Handel	208
– Kostenstruktur	124
– Verdienste	343
Handelskredite	372, 374
Handelsschiffe	237
Handels- und Gastgewerbestatistiken	29
Handelsvermittlung	
– Arbeitsstätten	201
– Bruttolohn- und -gehaltssumme	203
– Investitionen	203
– Material- und Wareneingang/-bestand	203
– Tätige Personen	201, 203
– Umsatz	201, 203
– Unternehmen	201
Handwerk	
– Beschäftigte	186, 187
– Kostenstruktur	124
– Löhne und Gehälter	186
– Preise	357
– Umsatz	187
– Unternehmen	186
– Verdienste	345
Hauptschulen	279
Haushalte s. Private Haushalte, Öffentliche Haushalte	
Haushaltsbudget	
– Öffentliche Haushalte	315
– Private Haushalte	339
Haushaltseinkommen	95, 96, 111
Hausratsbeihilfen (Lastenausgleich)	305, 306
Hausratentschädigung (Lastenausgleich)	305
Hebammen	295
Hebesätze (Realsteuern)	335
Heimarbeit	115, 123
Heime s. Anstalten	
Heiraten	
– Ausland	388
– Inland	101
Heizung	195, 197

Herstellung, Erzeugung s. a. Produktion	
– Düngemittel	173
– Eier	140
– Elektrizität	180, 183
– Erze	171
– Gas/Erdgas	180, 183, 184, 185
– Getreideerzeugnisse, Futtermittel	158
– Koks	170
– Milcherzeugnisse	156, 160
– Obst	145
– Öle und Fette	159
– Rohstahl	170
– Stahlhalbzeug/-fertigerzeugnisse	170
– Textilerzeugnisse	173
– Waren (Verbrauchssteuer)	333
– Wein, Most	150
– Zierpflanzen	144
– Zucker	158
Hochrechnungen	52
Hochschulen	
– Finanzen	318
– Prüfungen	283
– Raumbestand	285
– Studenten	282
– Studienabschluß	282
– Technisches, Verwaltungs- und sonstiges Personal	284
– Wissenschaftliches und künstlerisches Personal	283
Hoch- und Tiefbau (Verdienste) s. a. Baugewerbe, Baufertigstellungen	343
Holzbearbeitung/-einschlag	151
Hotels	205
Hypotheken (Versicherungsunternehmen)	262

I

Immobilienfonds	259
Impfungen	295
Import s. Einfuhr	
Indexberechnungen	38
Indizes s. Berechnungsgrundlage von Indizes und Maßzahlen S. 466 f.	
Industrie (Verdienste) s. a. Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe	343
Informationssystem, statistisches	17, 30, 40, 45, 54, 60, 64
Innerdeutscher Handel	208
Input-Output-Tabellen	30, 35, 39, 363
Insolvenzen	125, 128
Instandhaltungskosten (Kostenstruktur)	124
Internationale Organisationen	13, 16, 18, 71
Internationaler Währungsfonds (IWF)	260
Investitionen s. a. Anlagegüter, Selbsterstellte Anlagen	
– Baugewerbe	178
– Bauinvestitionen (öffentliche)	315, 316

Investitionen	
– Bergbau und	
Verarbeitendes Gewerbe	165, 166, 168, 169
– Einzelhandel	203
– Energie- und	
Wasserversorgung	179, 181, 183, 184
– Gastgewerbe	204
– Großhandel	202
– Handelsvermittlung	203
– Kostenstruktur	124
– Umweltschutz	384
– Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	363
– Zahlungsbilanz	375
Investitionsförderungsmaßnahmen	315
Investitionsgüter	163
Investitionskostenzuschüsse	303
Investmentfonds	258

J

Jahresabschluß s a Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnung	
– Aktiengesellschaften	126
– Einzelkaufleute	127
– Gesellschaften mit beschränkter Haftung	127
– Kostenstruktur	124
– Öffentliche Wirtschaftsunternehmen	127
– Personenhandelsgesellschaften	127
– Zweckverbände	127
Jahresbauleistung	177, 178
Jugendhilfe	308
Jugendstrafrecht	273
Juristische Personen	317, 320, 322
Justizvollzugsanstalten	274

K

Kaiserliches Statistisches Amt	15
Kanalisation	379
Kapitalanlagegesellschaften	254, 258
Kapitalanlagen	
– Entwicklungsländer-Steuergesetz	328
– Versicherungen	262
– Zahlungsbilanz	372
Kapitalgesellschaften	125
Kapitalverkehr (Zahlungsbilanz)	372
Kassenergebnisse (öffentliche Haushalte)	316
Kaufkraftparitäten	38, 41
Kaufwerte	
– Bauland	356
– Landwirtschaftlicher Grundbesitz	138
Kindergeld	311
Kinder/Kinderzahl	95, 111
– Auszubildende	285
– Erwerbstätige Frauen und Mütter	96, 112

Kinder/Kinderzahl	
– Geburten (Ausland)	388
– Geburten (Inland)	101, 295
– Geschiedene (Ausland)	388
– Geschiedene (Inland)	102
– Kindergeldempfänger	311
– Säuglingssterblichkeit	101, 293
– Schwangere	293
– Wohnungsinhaber	197
Klagen	
– Ehesachen	102
– Entscheidungen der Bundesanstalt für Arbeit	303
– Lastenausgleich	305
Kläranlagen	380
Klassifikationen s a »Materialien und Übersichten«	
– Berufe	85
– Krankheiten, Verletzungen, Todesursachen	86
Kleinbetriebe (Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe)	165
Klimatische Verhältnisse	244
Knappschaftliche Rentenversicherung s a Alterssicherung	301
Körpergewicht	295
Körpergröße	295
Körperschaftsforsten (Arbeitskräfte)	137
Körperschaftsteuer	327
Kollegs	279
Kommunkreditinstitute	256
Kommunallobligationen	256
Kommunalstatistik	19
Konfession	
– Bevölkerung	95, 103, 111
– Ehepartner	101, 102
Konkursausfallgeld	303
Konkurse	125, 128
Konten	
(Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	363
Koordinierung	29, 57
Kosten s a Bruttolohn- und -gehaltssumme	
– Arbeitskosten/ Personalkosten	124, 186, 345, 390
– Baugewerbe	177
– Baukosten	191, 194
– Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	168
– Energie- und Wasserversorgung	181
– Filmwirtschaft	287
– Freie Berufe	124
– Handel und Gastgewerbe	124
– Handwerk	124, 186
– Pressewesen	286
– Verkehrsgewerbe	124
Kostenkalkulation (Statistiken)	44
Kraftfahrzeuge/-anhänger	
– Abstellmöglichkeiten	195, 197
– Besitzumschreibungen	220
– Bestand	220
– Güterverkehr	225, 229
– Löschungen	220

	Seite
Leiharbeitnehmer	115
Leistungsbilanz	371
Leitkurse	260
Linienverkehr	224
Liquidität	
– Banken (freie Liquiditätsreserven)	249
– Rentenversicherungsträger	301
Löhne s a Einkommen, Personalkosten, Verdienste ..	123
– Bruttolöhne	325
– Lohnstruktur	346
– Tariflöhne	348
– Wirtschaftsbereiche	343
Lohnarbeiten	169, 178, 203, 204
Lohngruppen	322
Lohnsteuer	325
Lohnstruktur	346
Lohnsumme s Bruttolohn- und -gehaltssumme	
Lombardsatz	261
Luftfahrzeuge	239
Luftreinhaltung	384
Lufttemperatur/-druck	244
Luftverkehr	
– Preise	359
– Unfälle	240
– Unternehmen	239
– Verkehrsleistungen	239

M

Maschinenausrüstung (EDV)	54, 56
Maschinen (Landwirtschaft)	135, 138
Material- und Warenbestände/-einkäufe	
– Baugewerbe	177, 178
– Bergbau und	
Verarbeitendes Gewerbe	165, 168, 169
– Einzelhandel	203
– Energie- und	
Wasserversorgung	179, 181, 182
– Gastgewerbe	204
– Großhandel	202
– Handelsvermittlung	203
Materialverbrauch (Kostenstruktur)	124
Mehrkostenzuschüsse (Arbeitsförderung) ..	303
Meßzahlen s Berechnungsgrundlage von Indizes und Meßzahlen S 466 ff	
Mehrwertsteuer s Umsatzsteuer	
Metallgewinnung	171
Mieten	
– Sozialer Wohnungsbau	194
– Wirtschaftsrechnungen	339, 340
– Wohngeld	311
– Wohnparteien (Haushalte)	96, 195, 197
Mikrozensus	32, 33, 53
– Bevölkerung	96
– Erwerbstätige	112
– Gesundheitswesen	295
– Vermögenswirksames Sparen	262

Milcherzeugung/-verwendung	156
Minderung der Erwerbsfähigkeit	309, 310
Mindestreserven	251
Mindestveröffentlichungsprogramm	59
Mineralölprodukte	172
Mineralölsteuer	333
Molkereiwirtschaft	160
Monatsverdienste s Verdienste	
Müllbeseitigung s Abfallbeseitigung	
Münzumsatz	250
Mütter	95, 96, 101, 112

N

Nachlässe	331
Nachrichtenverkehr	242
Nahrungsfette	159
Nationalität s Staatsangehörigkeit	
Natürliche Bevölkerungsbewegung	101
Natürliche Personen	328, 329
Nettoeinkommen (Mikrozensus)	96, 112
Nettoproduktion	124, 163, 166
Nettowertschöpfung	363
Neuzulassungen (Kraftfahrzeuge)	220
Nichteisen- und Edelmetalle	171
Nichtigkeit von Ehen	102
Niederschlagsmengen	244
Nominalkapital (Kapitalgesellschaften)	125
Nummerungssysteme	17, 31, 48
Nutzfläche (Gebäude) s a Anbauflächen, Betriebsflächen	192

O

Obstanbau	145
Öffentliche Haushalte s a Finanzen, öffentliche	
– Finanzplanung	315
– Haushaltsansätze	315
– Kassenergebnisse	316, 317, 319
– Schulden	320, 321, 322
– Steuerhaushalt	319
– Tariflöhne und -gehälter	348
– Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen .	363
Öffentlicher Dienst	
– Personal	322
– Personalwechsel	323
Öffentliche Finanzen s Finanzen, öffentliche	
Öffentliche Wirtschaftsunternehmen	128
Öffentlichkeitsarbeit	68
Offene Stellen	115
Organgesellschaften	327
Organisationen, private	
ohne Erwerbscharakter	363

P

Pachtpreise (Landwirtschaft)	131, 133
Pädagogische Hochschulen	282
Paritäten	260
Parkeinrichtungen	219
Pendler	96, 111, 112
Pensionen s a Renten	339, 340
Pensionskassen	264
Personal s a Angestellte, Arbeiter, Arbeitnehmer, Arbeitskräfte, Beamte, Beschäftigte, Erwerbstätige, Tätige Personen	
– Deutsche Bundespost	243
– Eisenbahnen	217
– Gerichte	271
– Gesundheitswesen	294, 295
– Hochschulen	283, 284
– Krankenhäuser	295
– Krankenversicherungen	301
– Öffentlicher Dienst	322
– Rentenversicherungen	301
– Unfallversicherungen	302
Personalkosten s a Bruttolohn- und -gehaltsumme, Kosten	
– Ausland	390
– Inland	123, 124, 186, 345
Personalwechsel (öffentlicher Dienst)	323
Personenbeförderung	
– Eisenbahnverkehr	217
– Grenzüberschreitender Verkehr	231
– Kraftfahrzeugverkehr mit Berlin und der DDR	233
– Luftfahrt	239
– Straßenverkehr	224
Personenkraftwagen s Kraftfahrzeuge	
Personensystematiken s a »Materialien und Übersichten«	85, 86
Pfandbriefe	256
Pflegepersonal	295
Pipelines	241
Polizei	272
Post- und Fernmeldewesen	
– Betriebseinrichtungen	242
– Finanzwesen	244
– Personal	243
– Postgebühren	359
– Verkehrsleistungen	243
Preise	
– Ausland	387, 390
– Außenhandelspreise	355
– Bauland (Kaufwerte)	356
– Baupreise	356
– Beherbergungs- und Gaststättengewerbe	358
– Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	354
– Einzelhandelspreise	357
– Erzeugerpreise	353
– Großhandelsverkaufspreise	353
– Grundstoffpreise	353
– Lebenshaltung	357

Preise

– Milch	160
– Pressewesen	286
– Rohstoffe	353
– Verbraucherpreise	357
– Verkehrspreise	359
– Vieh und Fleisch	159
Preisindizes s Berechnungsgrundlage von Indizes und Maßzahlen S 466 ff.	
Pressenotizen	68
Pressewesen	286
Private Haushalte	
– Mikrozensus	96
– Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen .	363
– Volkszählung	95
– Wirtschaftsrechnungen	339, 340
– Wohnungen	195, 197
Privater Verbrauch	
– Haushalte	339, 340
– Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen .	363
Privatforsten (Arbeitskräfte)	137
Produktion s a Herstellung/Erzeugung	
– Baugewerbe	174, 175
– Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	163, 166
– Filmwirtschaft	287
– Kostenstruktur	124
– Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen .	363
Produktionsgrundlagen (Land- und Forst- wirtschaft)	140
Produktionsindizes s. Berechnungsgrundlage von Indizes und Maßzahlen S 466 ff	
Produktionsstatistiken	28
Produktionssteuern (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	363
Produktionswerte (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	363
Produzierendes Gewerbe s a Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Handwerk, Gewerbliche Wirtschaft	33
– Abfallbeseitigung	379
– Abwasserbeseitigung	381
– Ausland	387, 388
– Investitionen für Umweltschutz	384
– Wasserversorgung	381
Professoren	283
Prognosen	39
Programmierung	57
Promotionen	283
Prüfungen	
– Auszubildende	281
– Fahrerlaubnisse	222
– Fahrlehrerlaubnisse	222
– Fahrzeuge (TÜV)	224
– Hochschulprüfungen	283

Q

Querschnittsveröffentlichungen	59, 62
--------------------------------------	--------

	Seite
R	
Rauchgewohnheiten	295
Raumbestand	
– Hochschulen	285
– Wohnungen	195, 197
Realschulen	279
Realsteuervergleich	335
Rebflächen	134, 139
Rechtsformen (Betriebe/Unternehmen)	123
– Einheitswerte	329
– Filmwirtschaft	287
– Handel	201
– Handwerk	186
– Konurse	128
– Landwirtschaft	135, 136
– Pressewesen	286
– Umsatzsteuer	332
– Vermögensteuer	328
– Versicherungen	262
Rechtsgrundlagen s. a. »Materialien und Übersichten«	22, 23, 27, 44
Rechtspflege	271, 272, 273, 274, 275
Regionale Dezentralisierung	13
Regionalstatistiken	29
Regionalsystematiken	86
Rehabilitationsmaßnahmen	310
Reichsamt, statistisches	15
Reisegeldparitäten	391
Reiseverkehr	
– Ausland	387
– Einnahmen, Ausgaben	372
– Inland	201, 205, 206
Religionszugehörigkeit	
– Ausländer	95, 111
– Bevölkerung	95, 103, 111
– Ehepartner	101, 102
Renditen (festverzinsliche Wertpapiere) ...	259
Rentabilität (Land- und Forstwirtschaft)	140
Renten	
– Haushaltseinnahmen	339, 340
– Kriegsschadenrente	305, 306
– Rentenanträge	301
– Rentenbestand	301
– Rentenempfänger (Unfallversicherung) ..	302
– Rentenzahlung	301
Rentenversicherung (gesetzliche) s. a. Alterssicherung	
– Einnahmen, Ausgaben	301
– Vermögen	301
Reparationsgeschädigte	306
Reproduktionsindex (Ausland)	388
Restitutionsgeschädigte	306
Richter	271
Rohrfernleitungen	241
Rohstoffe/-material s. a. Material- und Waren- bestände/-einkänge	
– Edelmetalle	171
– Eisen und Stahl	170

Rohstoffe/-material	
– Preise	353
– Textilien	173
Rotationsverfahren	53, 70
Rückerstattungsgeschädigte	306
Rücklage (Rentenversicherung)	301
Rückstellungen (für Pensionsanwartschaften)	329
Rückversicherung	266

S

Saatgutvermehrung	149
Sachvermögen (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen)	363
Sachverständigenrat	
– Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	17
– Umweltfragen	17
Säuglinge	
– Geburten (Ausland)	388
– Geburten (Inland)	101, 295
– Säuglingssterblichkeit	101
– Todesursachen	293
Salzsteuer	333
Schaden	
– Lastenausgleich	305, 306
– Schadenversicherung	265
– Straßenverkehrsunfälle	233
Schätzmethoden	30
Schatzanweisungen	253, 321
Schatzwechsel	321
Schaumweinsteuer	333
Schecks, nicht eingelöste	128
Scheidemünzen	250
Scheidungen	
– Ausland	388
– Inland	102
Schiffsbestand	234, 237
Schlachtungen	152, 153, 154, 155, 159
Schlafmittel	295
Schlechtwettergeld	303
Schlepperbestand	138
Schmerzmittel	295
Schulbildung s. Ausbildung, Ausbildungsstand	
Schulden s. a. Verbindlichkeiten	
– Deutsche Bundesbahn	321
– Deutsche Bundespost	321
– Einheitswerte	329
– Private Haushalte	339, 340
– Öffentliche Haushalte	320
– Vermögensteuer	328
Schuldverschreibungen	
– Kreditinstitute	253, 254, 256
– Versicherungsunternehmen	262
Schüler	111, 279
Schulen	279

	Seite		Seite
Schwangerschaftsabbrüche	293	Staatsangehörigkeit	
Schwerbehinderte	115, 243, 309	– Erkrankte	291
Seefrachtraten	359	– Familienvorstand	95
Seeleute	237	– Hochschulpersonal	283
Seeschiffe	237	– Kindergeldempfänger	311
Seeverkehr	238	– Lehrer	279
Selbständige s a Freie Berufe	111	– Rehabilitanden	311
Selbsterstellte Anlagen	124, 168, 177	– Schüler	279
Selbstverwaltungsorgane (Unfallversiche- rung)	302	– Strafgefangene	274
Sicherungsverwahrte	274	– Straftäter	272
Sonderzahlungen (Gehalts- und Lohn- struktur)	346	– Strafverfolgte	275
Sonderziehungsrechte	260	– Studenten	282
Sozialbeiträge (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) s a Beiträge	363	Staatsanwaltschaften	271
Sozialbudget	36	Staatsforsten (Arbeitskräfte)	137
Sozialeinrichtungen, studentische	285	Staats- und Verwaltungsaufbau (Ausland) ..	387
Sozialer Wohnungsbau	192, 194	Staatsverbrauch	363
Soziale Sicherung s a Sozialleistungen		Stahlwerke/-gießereien	170
– Haushalte	339, 340	STATIS-BUND s Informationssystem, statistisches	
– Landwirtschaft	133	Statistikbereinigung	22
Soziale Stellung s a Stellung im Beruf		Statistische Landesämter	19
– Wohngeldempfänger	311	Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes	15
– Wohnparteien	195	Statistisches Bundesamt	16
Sozialgerichte	271	Statistisches Reichsamt	15
Sozialhilfe	307	Stellen, offene	115
Soziale Indikatoren	30, 39	Stellung im Beruf s a Soziale Stellung	
Sozialkosten s Personalkosten		– Arbeitskräfte (EG)	117
Sozialleistungen	36	– Ausländer	111
– Arbeitslosenversicherung	303	– Behinderte	309
– Gesetzliche Krankenversicherung	301	– Berufsschüler	279
– Gesetzliche Rentenversicherung	301	– Bevölkerung	111
– Gesetzliche Unfallversicherung	302	– Eltern von Studenten	282
– Häftlingshilfe	304	– Erwerbspersonen (Ausland)	388
– Jugendhilfe	308	– Erwerbstätige (Inland)	112, 114
– Kindergeld	311	– Familienvorstand	95
– Kriegsgefangenenentschädigung	304	– Frauen	95, 111
– Kriegsoferfürsorge	308	– Haushaltsvorstand	95
– Kriegsoferversorgung	304	– Rehabilitanden	310
– Lastenausgleich	305	– Tätige Personen	95
– Rehabilitationsmaßnahmen	310	Sterbefälle s a Gestorbene	
– Sozialhilfe	307	– Krankenhäuser	295
– Wohngeld	311	– Meldepflichtige Krankheiten	291, 292
Sozialprodukt	363	– Todesursachen	293
Sozialversicherung		– Tuberkulose	291
– Arbeitslosenversicherung	303	Sterbekassen	264
– Krankenversicherung	301	Sterbetafeln	101
– Rentenversicherung	301	Steuerbarer Umsatz	332
– Unfallversicherung	302	Steuereinnahmen	319
Spareinlagen	253, 262	Steuerhaushalt	319
Sperrzeiten (Arbeitslosenversicherung) ..	303	Steuerklassen	
Spezialhandel	211	– Erbschaftsteuer	331
Staatsangehörigkeit s a Ausländer		– Lohnsteuer	325
– Anstaltsbevölkerung	95, 111	Steuern	
– Ausländer	95, 100, 111	– Einkommensteuer	325
– Auszubildende	281, 285	– Erbschaftsteuer	331
– Behinderte	309	– Körperschaftsteuer	327
– Bevölkerung (Inland)	95, 100, 101, 103, 111	– Lohnsteuer	325
		– Umsatzsteuer	332
		– Verbrauchsteuern	333

	Seite
Überstundenzuschläge	348
Umlaufvermögen	329
Umsatz	
– Bauhauptgewerbe	174, 176, 177, 178
– Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	163, 165, 167, 168, 169
– Binnenschifffahrt	235
– Börsen	260
– Einzelhandel	124, 201, 203
– Energie- und Wasserversorgung	181
– Filmwirtschaft	287
– Freie Berufe (Einnahmen)	124
– Gastgewerbe	124, 201, 204
– Großhandel	124, 201, 203
– Handelsvermittlung	124, 201, 202
– Handwerk	186, 187
– Landwirtschaft (Erlöse)	140
– Luftfahrt	239
– Pressewesen	286
– Produzierendes Gewerbe im Ausland ...	388
– Straßenpersonenbeförderung	224
– Verkehrsgewerbe	124
Umsatzsteuer	332
– Baugewerbe	177
– Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ..	168
– Energie- und Wasserversorgung	181
Umschulung	115, 117
Umweltschutz	
– Abfallbeseitigung	372, 373
– Abwasserbeseitigung	373, 374
– Investitionen	384
– Transportunfälle	383
– Wasserversorgung	380, 381, 382
Umzüge s Wanderungen	
Unfälle	
– Arbeitsunfälle	302
– Binnenschifffahrt	236
– Eisenbahnverkehr	217
– Luftverkehr	240
– Mikrozensus	295
– Straßenverkehr	233
– Transport wassergefährdender Stoffe ...	383
Unfallversicherung	266, 302
Universitäten s Hochschulen	
Unterhaltsberechtigte (Ausbildungs- förderung)	285
Unterhaltshilfe (Lastenausgleich)	305
Unterhaltspflichtige (Sozialhilfe)	307
Unterhaltsquellen (Landwirtschaft) s a Einkommen, Lebensunterhalt	131, 134
Unterkünfte	195
Unternehmen	123
– Baugewerbe	177
– Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	167, 168, 169
– Binnenschifffahrt	235
– Energie- und Wasserversorgung	180
– Filmwirtschaft	287
– Güterverkehr	225

	Seite
Unternehmen	
– Handel und Gastgewerbe	201
– Handwerk	186
– Konkurse	128
– Luftfahrt	239
– Pressewesen	286
– Straßenpersonenverkehr	224
– Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen .	363
– Wirtschaftsunternehmen, öffentliche	127
Unternehmens- und Betriebssystematiken s a „Materialien und Übersichten“	78
Unterricht	
– Allgemeines Schulwesen	279
– Ausland	387
– Berufliches Schulwesen	279
Urlaubsansprüche	348
Urlaubsreisen	206
Urteile	
– Ehesachen	102
– Strafverfolgung	273

V

Verarbeitendes Gewerbe s a Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	
– Produktionsdaten/Ausland	388
– Verdienste	343
Verbindlichkeiten s a Bilanzen, Schulden	
– Auslandsverbindlichkeiten (Kredit- institute)	256, 374
– Gewerbliche Betriebe (Einheitswerte) ...	329
– Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen .	363
– Zahlungsbilanz	372, 373, 374
Verbrauch	
– Ausland	387
– Brennstoffe, Elektrizität (Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe)	163, 183
– Düngemittel (Landwirtschaft)	173
– Einsatzstoffe (Eisen und Stahl)	170
– Futtermittel (Binnenfischerei)	135
– Privater Verbrauch	339, 340, 363
– Staatsverbrauch	363
Verbrauchsgüter	163
Verbrauchergeldparitäten	391
Verbraucherpreise	
– Ausland	391
– Inland	357
Verbrauchssteuern	333
Verbundprogrammierung	57
Verdienste s a Arbeitsentgelt, Einkommen	
– Ausland	387, 390
– Gehalts- und Lohnstruktur	346
– Handwerk	345
– Industrie und Handel	343
– Landwirtschaft	343
– Öffentlicher Dienst	322, 324
– Tariflöhne	348

	Seite		Seite
Vereinte Nationen	74	Vermogen	
Vergleichsverfahren	128	– Krankenversicherung	301
Vergütungsgruppen (öffentlicher Dienst) ...	322	– Land- und Forstwirtschaft	140, 330
Verheiratete s. Familienstand, Ehepaare		– Private Haushalte	339, 340
Verkehr		– Rentenversicherung	301
– Ausland	387	– Unfallversicherung	302
– Berlinverkehr	233	– Vermögensteuer	328
– Binnenschifffahrt	234, 235, 236	– Versicherungen	262
– Eisenbahnverkehr	217	– Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen .	363
– Fahrerlaubnisse	222	Vermögensbildung/-verteilung	38
– Fahrzeugmängel	224	Vermögensschäden	
– Gelegenheitsverkehr	224	(Lastenausgleich)	305, 306
– Grenzüberschreitender Verkehr ...	231, 232	Vermögenssteuer	328
– Güterkraftverkehr	225, 227, 229, 230	Vermögenswirksames Sparen	262
– Kraftfahrzeugbestand	220, 225, 229	Veröffentlichungen s. a. *Materialien und	
– Linienverkehr	224	Übersichten* ..	45, 59
– Luftverkehr	239	Verpflichtungsgesetz	25
– Post- und Fernmeldewesen	242	Versicherte/Versicherungen	262, 363
– Rohrfernleitungen	241	– Arbeitslosenversicherung	303
– Seeschifffahrt	237, 238	– Berufsunfähigkeitsversicherung	264
– Straßen	218, 219	– Gesetzliche Krankenversicherung	301
– Straßenpersonenverkehr	224	– Gesetzliche Rentenversicherung	301
– Verkehr mit der DDR	233	– Gesetzliche Unfallversicherung	302
– Verkehrseinnahmen	217, 224, 227	– Lebensversicherung	264
– Verkehrspreise	359	– Pensions- und Sterbekassen	264
– Verkehrsunfälle	217, 233, 236, 240	– Private Krankenversicherung	265
Verkehrsleistungen		– Rückversicherung	266
– Binnenschifffahrt	235	– Schaden-, Unfall- und Transportversiche-	
– Eisenbahnen	217	– rung	266
– Güterfernverkehr	227	– Versicherungsvereine	267
– Güterkraftverkehr	230, 232	Versicherungsbeiträge s. Beiträge	
– Kraftfahrzeugverkehr mit Berlin und der		Versorgungsämter	304
DDR	233	Versorgungsempfänger	243, 324
– Luftfahrt	239	Vertrieb	
– Post- und Fernmeldewesen	243	– Handel	201
– Rohrfernleitungen	241	– Pressewesen	286
– Seeschifffahrt	237	Vertriebene	
– Straßenpersonenverkehr	224	– Lastenausgleich	305
– Werkfernverkehr	229	– Mikrozensus,	
Verkehrsunfälle		Volkszählung	95, 96, 111, 112
– Binnenschifffahrt	236	Verunglückte s. Unfälle	
– Eisenbahnen	217	Verurteilte	273
– Luftverkehr	240	Verwahranstalten	274
– Straßenverkehr	233	Verwaltungsautomation	17, 30, 46
Verkehrsverflechtungen		Verwaltungsgerichte	271, 305
– Binnenschifffahrt	235	Verwitwete s. Familienstand	
– Grenzüberschreitender Güterkraftverkehr	232	Veterinäruntersuchungen	153, 154
– Güterfernverkehr	227	Viehhaltung	
– Luftfahrt	239	– Abfallbeseitigung	380
– Seeschifffahrt	238	– Abwasserbeseitigung	383
– Werkfernverkehr	229	– Landwirtschaft	131, 151, 159
Verkehrszentralregister	223	Vieh- und Fleischwirtschaft	151, 159
Verlorene Arbeitstage (Streiks und Aus-		Volkseinkommen	363
sperrungen)		Volkswirtschaftliche Gesamt-	
– Ausland	388	rechnungen	17, 30, 37, 39, 73, 76
– Inland	117	– Ausland	387
Verluste (Einkommensteuer)	325	– Inland	363
Vermögen		Volkszählungen	32, 70, 95, 111
– Einheitswerte	329, 330		

	Seite
Vollbeschäftigte	
– Einzelhandel	201, 203
– Gastgewerbe	201, 204
– Gehalts- und Lohnstruktur	346
– Großhandel	201, 202
Vorausschätzungen	40
Vorleistungen (Volkswirtschaftliche Gesamt- rechnungen)	363
Vorräte (Volkswirtschaftliche Gesamtrech- nungen) s a Bestände, Material- und Waren- bestände	363
Vorsteuer	332
Vorstrafen	273

W

Wachstumstand	
– Feldfrüchte, Grünland	146
– Gemüse, Erdbeeren	147
– Obst	147
– Reben	148
Währungen	260, 261, 374
Währungsausgleich (Lastenausgleich)	305
Wahlen	
– Bundestagswahl	107
– Europawahl	107
Waldfläche	136, 142, 143
Wanderungen	103
Warenbestände/-eingänge s Material- und Warenbestände/-eingänge	
Wareneinsatz (Kostenstruktur)	124
Warensortiment	
– Einzelhandel	203
– Gastgewerbe	204
– Großhandel	202
Warenverkehr	
– Außenhandel	211
– Berlinhandel	207
– Handel mit der DDR	208
Warenverzeichnisse s a -Materialien und Übersichten*	82
Wassergefährdende Stoffe	383
Wasserversorgung s a Energie- und Wasser- versorgung	
– Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ..	381
– Öffentliche Wasserversorgung	380
– Verdienste	343
– Wärmekraftwerke	374
Wechselkurse	260
Wechselproteste	128
Wein/Weinbau	
– Arbeitskräfte	134
– Betriebe	139
– Rebflächen	134, 139
– Wachstumstand	148
– Weinbaukataster	139
– Weinbestand	150

Wein/Weinbau	
– Weinerzeugung	150
– Weinmosterträge	148
Werbungskosten	325
Werkfernverkehr	225, 229
Wertpapiere	
– Absatz	258
– Börsen	259, 260
– Dividenden	259
– Effektenkurse	259
– Emissionen	258
– Emittenten	254
– Immobilienfonds	259
– Investmentfonds	258
– Kundendepots	254
– Kurswerte	260
– Optionsgeschäft	260
– Renditen	259
– Schuldverschreibungen	256
– Umlauf	258
– Wertpapierbestände	253
– Wertpapierfonds	258
Wertschöpfung	363
Wetterdienst	244
Wirtschaftsrechnungen (private Haushalte)	339
Wirtschaftsstatistiken	33, 73
Wirtschafts- und Konjunkturentwicklung ...	29
Wirtschaftsunternehmen, öffentliche	
– Finanzen	127
– Personal	322
Wirtschaftszweigsystematiken s a -Materialien und Übersichten*	79
Wochenarbeitsverdienste s Verdienste	
Wohnbevölkerung s Bevölkerung	
Wohnfläche	191, 192, 311
Wohngebäude s Gebäude	
Wohngeld	311
Wohnparteien	195
Wohnsitz	
– Behinderte	309
– Strafgefangene	274
– Straftäter	272
– Studenten	282, 283
Wohnungen	
– Abgänge	193
– Aufbaudarlehen (Lastenausgleich)	305
– Baufertigstellungen	192
– Baugenehmigungen	191
– Bauüberhang	192
– Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau	194
– Eigentumsverhältnisse	195
– Gesamtbestand	195, 197
– Mieten	194, 195, 197, 311, 339, 340
– Wohnparteien	195
– Wohnungsausstattung	195, 197, 311
– Wohnungsinhaber	197
Wohnungsbaukredite (Kapitalsammel- stellen)	194

	Seite		Seite
Z		Zentralregister	
Zahlungsbilanz		– Ausländer	100
– Ausland	387	– Verkehr	223
– Inland	371	Zimmervermietung	133, 201, 204
Zahnärzte	294, 295	Zinsen	
Zeitlohnsätze	348	– Kostenstruktur	124
Zeitreihenanalyse	39	– Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen .	363
Zeitschriften, Zeitungen	286	Zinssätze	256, 261
Zensen		Zivilgerichte/-kammern	271
– Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Bau-		Zollerträge	211
gewerbe	166, 169	Zuckererzeugung/-absatz	158
– Energie- und Wasserversorgung	182	Zuckersteuer	333
Zentralbank s Bundesbank		Zulassungen (Kraftfahrzeuge)	220
Zentralbankgeldschaffung	249	Zu- und Fortzüge	103
Zentrale Statistiken	17	Zweckverbände	127, 128
		Zwischenbilanzen (Kreditinstitute) ...	251, 255

Statistisches Bundesamt
6200 Wiesbaden 1

Gustav Stresemann-Ring 11 — Postfach 55 28 — Fernschreiber 4 186 511
Fernruf (06121) 751 Vermittlung
Zweigstelle Berlin, Kurfürstenstraße 87, 1000 Berlin 30
Postanschrift Postfach 11 04 60, 1000 Berlin 11
Fernruf (030) 26 00 30 Vermittlung
Außenstelle Düsseldorf, Huttenstraße 5a, 4000 Düsseldorf 1 (0211) 37 20 60
Postanschrift Postfach 77 20, 4000 Düsseldorf 1

Bundeswahlleiter:	
Präsident Kroppenstedt	21 00
Vertreter Dir b StBA Herberger	21 80

Präsident Kroppenstedt
21 00

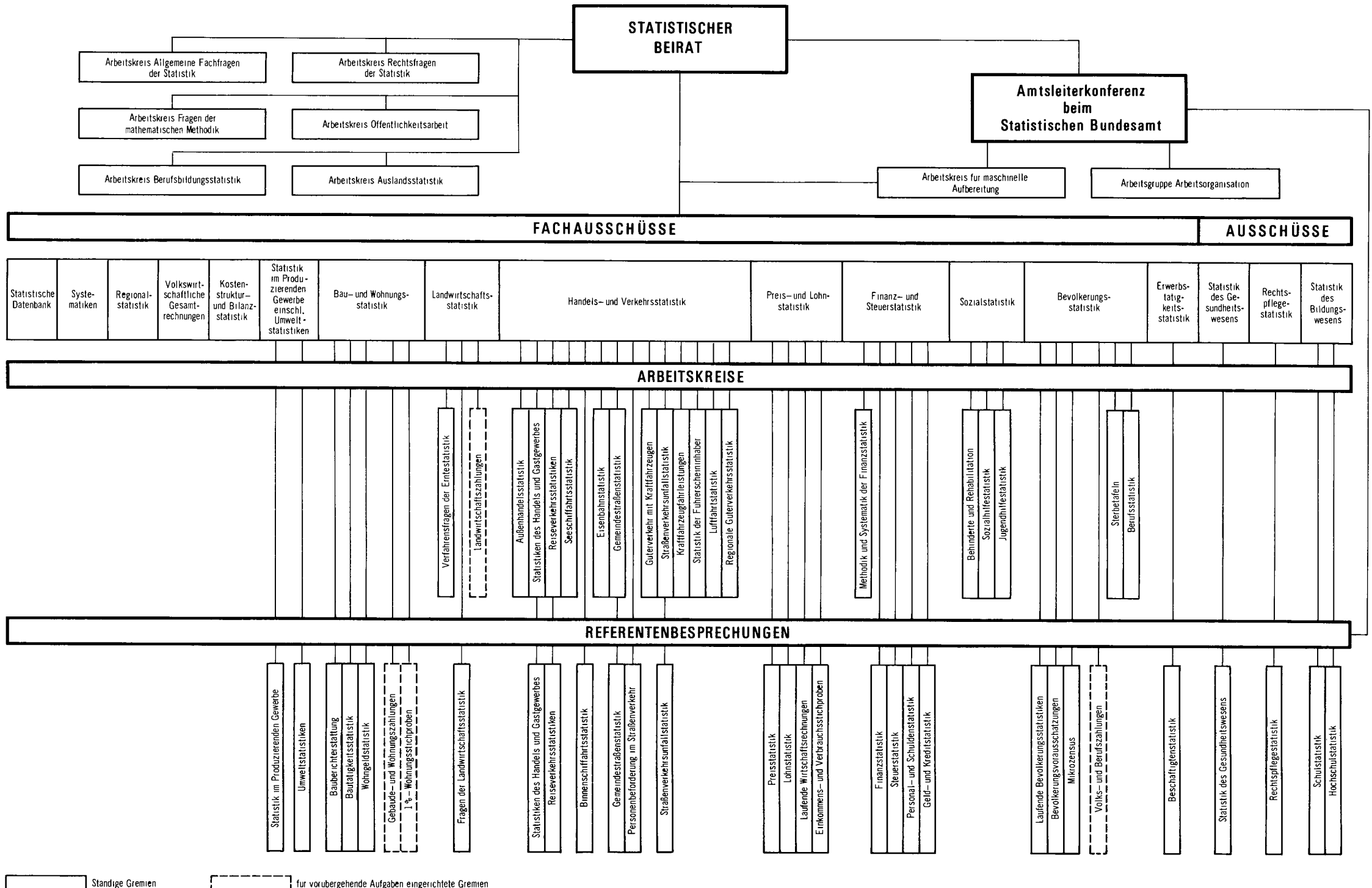
Allgemeine Verbindung zum Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
Allgemeine Verbindung zum Rat von Sachverständigen für Umweltfragen

Organisationsübersicht
(1. April 1981)

ABTEILUNG Z Verwaltung	ABTEILUNG I Allgemeine und zusammenfassende Aufgaben der Statistik	ABTEILUNG II Mathematik Maschinelle Datenverarbeitung	ABTEILUNG III Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Unternehmens- und Wirtschaftsrechnungen	ABTEILUNG IV Produzierendes Gewerbe Bautätigkeit Umweltstatistiken	ABTEILUNG V Ernährung und Landwirtschaft Handel und Verkehr	ABTEILUNG VI Preise, Löhne Außenhandel	ABTEILUNG VII Finanzen und Steuern Bildungs- und Gesundheitswesen	ABTEILUNG VIII Bevölkerung Erwerbstätigkeit Wohnungswesen Allgemeine Auslandsstatistik
GRUPPE ZA Organisation Organisation des Amtes Allgemeine Planung und Koordinierung der Arbeitsabläufe in der Statistik Kostenberechnungen Aus- und Fortbildung Dezentrale Fortbildungsveranstaltungen der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung	GRUPPE I A Allg. Fach- u. Organisationsfragen der Bundesstatistik Planung und Koordinierung des statistischen Programms Organisation der Bundesstatistik Statistischer Beirat Allgemeine Verbindung zu Bundesministern, Statistischen Landesämtern, internationalen Organisationen	GRUPPE II A Mathematisch-statistische Methoden	GRUPPE III A Volkswirtsch. Gesamtrechnungen Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts Unternehmen Privater Verbrauch Investitionen	GRUPPE IV A Monatsstatistiken im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, Indizes Monatsbericht Auftragsbestände, Auftragsbestände Produktionsindizes, Produktivität	GRUPPE V A Betriebsverhältnisse der Landwirtschaft Agrarberichterstattung Arbeitskräfte Landwirtschaftszahlungen Preise für landwirtsch. Grundbesitz Agrarstatistik des Auslandes	GRUPPE VI A Preise Erzeugerpreise Bau- und Baulandpreise Groß- und Außenhandelspreise Verkehrspreise Verbraucherpreise Preise im Ausland Preisvergleiche mit dem Ausland	GRUPPE VII A Öffentliche Haushalte Gesamthaushalt Staatsfinanzen Kommunalfinanzen Schulden Hochschulfinanzen	GRUPPE VIII A Bevölkerungs- und erwerbsstatistisches Gesamtbild Volkszählungen Gebäude und Wohnungen Bevölkerungs- und erwerbsstatistisches Gesamtbild Volks- und Berufszahlungen Grundstücke, Gebäude, Wohnungen Wohngehalt Wahlen
GRUPPE ZB Haushalt Innerer Dienst Haushalts- und Rechnungswesen, Zahlstelle Allgemeine Rechtsfragen der Verwaltung Innerer Dienst Druck und Vertrieb	GRUPPE I B Systematiken Unternehmens- und Betriebs-systematiken Warensystematiken Berufssystematiken	GRUPPE II B Maschinelle Datenverarbeitung Planung und Durchführung von Aufbereitungsarbeiten Programmierkurse Maschinelle Rationalisierung	GRUPPE III B Volkswirtsch. Gesamtrechnungen Einkommen Staat, Private Haushalte Banken und Versicherungen Außenwirtschaft Volkswirtsch. Gesamtrechnungen des Auslandes	GRUPPE IV B Produktion, Umweltstatistiken Grundstoffe und Produktionsgüter Investitionsgüter, Verbrauchsgüter Nahrungs- und Genußmittel Energie und Wasser Umweltstatistiken	GRUPPE V B Pflanzliche und tierische Produktion Allgemeine Bodennutzung und Ackerbau Obst-, Gemüse- und sonstiger Gartenbau Weinwirtschaft Vieh-, Fleisch- und Milchwirtschaft Fischerei, Forstwirtschaft	GRUPPE VI B Löhne und Gehälter Gehalts- und Lohnstruktur Personalkosten Laufende Verdiensterhebungen Tariflöhne und -gehälter Löhne und Gehälter im Ausland	GRUPPE VII B Steuern Personal im öffentlichen Dienst Steuerhaushalt, Realsteuern Einkommensteuern Vermögenssteuern, Einheitswerte Umsatz- und Verbrauchsteuern Personal im öffentlichen Dienst	GRUPPE VIII B Laufende Bevölkerungsstatistiken Gebietsgliederungen Bevölkerungsbewegung Bevölkerungsforschung Bevölkerungsvorausschätzungen Familien und Haushalte Ausländer Bevölkerung des Auslandes
GRUPPE ZC Personal	GRUPPE I C Rechtsfragen, Datenschutz	GRUPPE II C Mathematische und technische Fragen des Statistischen Informationssystems	GRUPPE III C Volkswirtsch. Gesamtrechnungen Soziale Indikatoren Input - Output - Rechnungen Vermögen Sonderaufgaben, sonstige statistische Gesamtsysteme	GRUPPE IV C Jahreserhebungen, Zensen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe Jahreserhebungen Zensen, Wareneingänge Arbeitsstatistiken Produzierendes Gewerbe im Ausland	GRUPPE V C Binnenhandel und Gastgewerbe, Reiseverkehr Groß- und Einzelhandel Handelsvermittlung Gastgewerbe Reiseverkehr Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost) Warenverkehr mit Berlin (West)	GRUPPE VI C Außenhandel Anmeldeverfahren Aufbereitung Warengliederungen Außenhandel des Auslandes	GRUPPE VII C Bildung und Kultur Rechtspflege Schulen Berufsbildung Hochschulen Presse und Filmwirtschaft, Kultur Rechtspflege	GRUPPE VIII C Mikrozensus und Erwerbstätigkeit Mikrozensus Beschäftigtenstatistik Erwerbstätigkeit Berufe
GRUPPE ZD Bibliothek, Dokumentation, Archiv	GRUPPE I D Öffentlichkeitsarbeit Allgemeine Öffentlichkeitsarbeit Allgemeine Fragen der Bereitstellung statistischer Ergebnisse Zusammenfassende Darstellungen Redaktion der Veröffentlichungen Allgemeiner Auskunftsdienst Übersetzungsbüro		GRUPPE III D Unternehmensrechnungen Wirtschaftsrechnungen Kostenstruktur Unternehmensbilanzen Geld und Kredit Einkommens- und Verbrauchs-stichproben Laufende Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte	GRUPPE IV D Bautätigkeit, Handwerk Monatlicher Baubericht Jahreserhebungen, Zensen, Wareneingänge im Baugewerbe Baugenehmigungen, Baufertigstellungen Fortschreibung der Gebäude und Wohnungen Handwerksbericht, Handwerkszahlungen	GRUPPE V D Verkehr Binnen- und Seeschifffahrt Eisenbahnen Straßenverkehr Luftfahrt Rohrleitungen Nachrichtswesen Verkehrsunfälle		GRUPPE VII D Gesundheitswesen Sozialleistungen Krankheiten und Todesursachen Berufe des Gesundheitswesens, Krankenhäuser Sozialhilfe, Kriegsgesundheitswesen, Jugendhilfe Behinderte, Rehabilitation	GRUPPE VIII D Allgemeine Auslandsstatistik Internationale Übersichten Länderberichte Länderkurzberichte
Zweigstelle Berlin Statistische Aufbereitungsarbeiten für verschiedene Fachgebiete Länderkurzberichte des Auslandes		Beratungsstelle Statistisches Informationssystem Bonn - Bad Godesberg Fernruf (0228) 33 27 30 84 05 68 84 05 69		Außenstelle Düsseldorf Eisen- und Stahlstatistik				
Vorprüfungsstelle								

DIE GREMIEN DES STATISTISCHEN BEIRATS

Stand April 1981



Ständige Gremien

für vorübergehende Aufgaben eingerichtete Gremien